Neue Grundlagen der Handelspolitik

Wissenschaftliche Gutachten

Dritter Teil:

Weltwirtschaft I

Von

Franz Eulenburg

Duncker & Humblot *reprints*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften

des

Vereins für Sozialpolitik.

---

171. Band.

Neue Grundlagen der Handelspolitik.

Herausgegeben von Franz Eulenburg.

Dritter Teil.

Weltwirtschaft I.

Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1926.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Neue Grundlagen der Handelspolitik.

Wissenschaftliche Gutachten

von

Wahrhold Drascher, Georg Jahn, Charlotte Leubuscher, Melchior Palyi, Curt Poralla, P. H. Seraphim, Walther Tuckermann

herausgegeben von

Franz Eulenburg.

Dritter Teil.

Weltwirtschaft I.

Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1926.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg, Thür.
Piererſche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorbemerkung des Herausgebers.

Der dritte Band der Enquete sollte eine doppelte Aufgabe erfüllen: einmal eine vergleichende Darstellung bedeutsamer weltwirtschaftlicher Gewerbezweige geben und sodann die Vollendung des noch fehlenden Auslandes bringen, dessen einer Teil im vorigen Bande geboten wurde. Indessen zwischen Idee und Verwirklichung besteht auch diesmal der übliche Riß. Drei fest zugesagte Aufsätze über die internationalen Verhältnisse wichtiger Industrien konnten bisher nicht fertiggestellt werden. Dafür sind zwei ebenso bedeutsame Fragen, nämlich die Neuindustrialisierung der Erde und die internationalen Kapitalwanderungen, auf Grund weitschichtigen Materials hier zum ersten Male behandelt worden. Da der letztere Beitrag über die Grenzen eines Gutachtens hinausgeht, so erscheint er als besonderes Heft.

Die Berichte über die einzelnen Länder sind im ganzen nach einheitlichem Plane des Herausgebers bearbeitet worden. Dadurch werden Vergleiche erleichtert und das Wesentliche tritt schärfer hervor. Der europäische Staatenkreis ist mit Ausnahme der Tschechoslowakei damit fast ganz geschlossen.

Von den überseeischen Ländern haben die englischen Dominien und das lateinische Amerika Darstellungen gefunden. Dagegen konnten Gutachten über die Vereinigten Staaten und Ostasien bisher nicht beschafft werden. Da sich ein weiteres Hinausschieben der Veröffentlichung verbot, so muß der Band ohne diese Beiträge hinausgehen. Vollständigkeit ist nun einmal bei den sehr beschränkten Mitteln des Vereins nicht zu erzielen. Trotzdem dürften gerade die vorliegenden Aufsätze besondere Beachtung verdienen; behandeln sie doch Probleme von größter Wichtigkeit für die zukünftige Gestaltung der Weltwirtschaft.

Von einer Erörterung der europäischen Zollunionspläne ist mit Absicht Abstand genommen worden. Die Enquete stellt sich die vornehmliche Aufgabe, unsere Kenntnis zu erweitern, bisher fremde Tatsachen festzustellen und dadurch auch die politischen Maßnahmen in die rechte Beleuchtung zu setzen. Sie berichtet über Seiendes und Werden-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des. Eine Erörterung jener Idee würde dagegen notwendig auf Wünsche und Hoffnungen eingehen, die nicht mehr Gegenstand einer wissenschaftlichen Behandlung sein können.

In den vorliegenden drei Bänden mit ihren 28 Beiträgen steckt nicht nur viel Arbeit, sondern auch nicht geringe Einsicht in die Zusammenhänge der gegenwärtigen Volkswirtschaften. Eine solche Sammlung wissenschaftlicher Gutachten kann niemals der Politik unmittelbar bestimmte Wege weisen oder Fingerzeige für bestimmte Maßnahmen bieten. Aber sie vermag eine möglichst objektive Aufklärung über die Verhältnisse zu geben und damit die Erkenntnis zu fördern, die Ausgangspunkt auch für die politische Maßnahme sein muß. In Deutschland pflegte bislang die Wirtschaftspolitik zu ihrem eigenen Schaden nicht viel Rücksicht auf die Ergebnisse der Wissenschaft zu nehmen. Trotzdem wird sich die letztere der Pflicht nicht entziehen dürfen, das zu geben, was sie vermag: das Verständnis für den Zustand und die Tendenzen der Wirklichkeit.

Juni 1926.

F. E.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Die Neuindustrialisierung der Erde. Von Walther Tuckermann, Mannheim . . . . . 1—54

II. Ziele und Mittel der Handelspolitik in den britischen Dominions. Von Charlotte Leubuscher, Berlin . . . . . 55—99

III. Grundzüge der Wirtschaftsentwicklung in Süd- und Mittelamerika. Von Wahrhold Drascher, Stuttgart . . . . . 101—153

IV. Die handelspolitische Lage Hollands und Belgiens. Von Georg Jahn, Halle . . . . . 155—228

V. Grundzüge der polnischen Handels- und Zollpolitik. Von Curt Poralla, Breslau. . . . . 229—275

VI. Die Handelspolitik Großrumäniens. Von P. H. Seraphim, Breslau. . . . . 277—316

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I.

Die Neuindustrialisierung der Erde.

Von

Dr. Walther Tuckermann,
Professor an der Handelshochschule Mannheim.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 3

I. Europa 5

1. Südeuropa 5
2. Das östliche Mitteleuropa und Osteuropa 13
5. Skandinavien und Dänemark 20

II. Afrika 23

III. Asiatischer Kontinent 28

1. Vorderasien 28
2. Indien 30
3. Ostasien 34

IV. Australien 40

V. Amerika 42

1. Britisch-Nordamerika 43
2. Das lateinische Amerika 45

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einleitung.

Die gewaltige kriegerische Erschütterung im zweiten Siebtel unseres Jahrhunderts, die bedeutendste seit dem Bestehen der modernen Wirtschaft, hat ihre letzten Ausstrahlungen auch in den abgelegensten Räumen der Erde gehabt. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens machen sich die wirtschaftlichen Folgen der Kriegsvorgänge bemerkbar. Bei der die ganze Erde in Mitleidenschaft ziehenden allgemeinen Transportnot werden schon in den ersten Kriegsjahren allenthalben Bestrebungen geltend, die durch die Erschwerung oder Unterbindung des zwischenstaatlichen Verkehrs hervorgerufenen Hemmungen durch Erweiterung oder auch Umstellung der eigenen Erzeugung auszugleichen. Waren vor dem Kriege fast alle Teile der Erde dem kunstvoll verflochtenen System der Weltwirtschaft angeschlossen, so zwang die Absperrung der Kriegszeit beinahe in rückläufiger Entwicklung zum weitgehenden Ausbau der im abgeschlossenen territorialen Rahmen sich abspielenden Sonderwirtschaften. Mit der Rückkehr normalerer Verhältnisse waren, sobald einmal die für ihre Entstehung gegebenen Voraussetzungen hinfällig geworden waren, vielfach diese Neuerzeugungen schweren Krisen unterworfen. Damit war das Künstliche mancher Neuschöpfung klar gegeben. Und doch hat auch in der Nachkriegszeit das Streben nach Erweiterung der Produktion angehalten, und zwar namentlich in den neugebildeten oder räumlich erweiterten Staaten Europas, aber auch in einigen großen selbständigen oder mit europäischen Mächten verknüpften überseeischen Gebieten. Wie in den territorialen Neubildungen Europas, die zum Teil nicht einmal an die bescheidenste Tradition staatlichen Lebens anknüpfen können, das Streben unverkennbar ist, der politischen Selbständigkeit auch eine weitgehende wirtschaftliche zur Seite zu stellen, so machen sich in den transozeanischen fremdrassigen Ländern die schon in der Vorkriegszeit vorhandenen nationalistischen Bestrebungen nun mit aller Macht geltend. Sie suchen der politischen Unabhängigkeit oder dem Streben nach ihr eine weitere Stütze auch in einem starken nationalen Wirtschaftsleben zu geben und Waren über den heimischen Absatz hinaus zu erzeugen und in anderen Ländern abzusetzen.

Dieses Streben wird unterstützt durch eine allgemein breiten Boden findende protektionistische Strömung, wie sie in der Erlassung von Einfuhrverboten, der Förderung der Wirtschaft durch Prämien und Privilegien und in der Schutzzollpolitik zum Ausdruck kommt. Ganz unabhängig davon, ob das eigene Land überhaupt in der Lage ist, etwa hochwertige Industrieerzeugnisse zu schaffen, hat man eine Erweiterung des Wirtschaftslebens vorgenommen, die häufig genug treibhausartigen Charakter trägt. Indem man teuer und minderwertig produziert, wird der heimische Abnehmer schwer geschädigt. Von einer erzieherischen Wirkung der protektionistischen Politik kann hier nicht mehr die Rede sein. Es ist kein Zweifel, daß namentlich das

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaftsleben in den Rußland westlich vorgelagerten Staaten häufig den Charakter künstlicher Aufpfropfung trägt, wobei man Finnland noch am ehesten ausnehmen dürfte. Aber alle europäischen Staaten haben ihr Wirtschaftsleben derartig erweitert, daß ihm die stark verminderte Konsumfähigkeit nicht entspricht. Und die schweren Krisen, die das Wirtschaftsleben heimsuchen, liegen in dem Zwiespalt zwischen der gewaltig erweiterten Möglichkeit der Erzeugung und dem durch Krieg und Inflation stark verarmten Abnehmerkreis, der nicht in der Lage ist, die teuren Weltmarktpreise zu bezahlen[1]), die sich nach dem Balfour-Bericht[2]) im Jahre 1925 gegen das Jahr 1913 um rund 55% gesteigert haben. Wenn demnach auch der Gesamtexport aller Länder der Erde gegen 1913 dem Wert nach in den letzten Jahres gestiegen ist, so ist tatsächlich angesichts der allgemeinen Weltpreissteigerung doch ein beträchtlicher Rückgang der Weltausfuhr festzustellen.

Häufig genug wird es nicht möglich sein, ein abgerundetes Bild von dem Ausbau des Wirtschaftslebens, insbesondere der Industrie zu geben. Zumal für viele Länder Europas, die heute noch mitten in schweren Krisen stecken, dürfte diese Einschränkung zutreffen. Vieles ist hier so sehr vorübergehender Natur gewesen, daß schon wenige Nachkriegsjahre genügt haben, die Erweiterung des Wirtschaftslebens z. B. auf agrarwirtschaftlichem Gebiet zu beseitigen und den Vorkriegsstatus wieder herzustellen. Eher ist es möglich, sich ein Bild über die Änderungen in den überseeischen Ländern zu machen, wiewohl auch hier das Wiederauftreten der europäischen Waren schon manche Korrektur der Ergebnisse aus den Kriegsjahren zur Folge gehabt hat.

Die nachfolgenden Erörterungen werden bei dem beschränkten Raum auf die alten europäischen Industriestaaten nicht weiter eingehen. Es bleiben demnach außer Betracht das Deutsche Reich, die industriewirtschaftlich stärksten Länder der alten Habsburger Monarchie, Deutsch-Österreich und die Tschechoslowakei, weiter die Schweiz, die drei auf dem Gebiet des niederländisch-burgundischen Erbes gebildeten Staaten, Frankreich und die britischen Inseln. Die Untersuchung sucht insbesondere den Änderungen auf industriellem Gebiet in den vor dem Kriege noch mehr zurückstehenden Ländern zumal der überseeischen Räume nachzugehen. Dabei wird man sich stets bewußt bleiben, daß mit der Zeit, mit dem stärkeren Wiederauftreten der Europäer auf ihren alten Märkten mancher neue oder erweiterte Wirtschaftszweig, dem man heute eine größere Bedeutung zuzubilligen geneigt geneigt ist, wieder verkümmern wird. Es wird aber auch sonst Gelegenheit geboten sein, manche noch offene Frage zu berühren.

---

[1] Hat man doch berechnet, daß sich die Weltproduktionsfähigkeit an Eisen und Stahl heute auf 120 bis 150 Millionen Tonnen beläuft, während sie im Jahre 1913 nur auf etwa 80 bis 100 Millionen Tonnen geschätzt wurde. H. Levy, Der Weltmarkt 1913 und heute, Leipzig, 1926, S. 26.

[2] Survey of Overseas Markets, London 1925. Vgl. hierzu A. Predöhl, Zur Krisis der englischen Exportindustrie, Weltwirtschaftliches Archiv, 23 (1926). S. 1*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I. Europa.

1. Südeuropa.

Der Neutralitätswille, den **Spanien** bis zum Kriegsende aufrecht hielt, hat diesem Lande wesentliche Vorteile gebracht, indem es durch kräftige Unterstützung der wirtschaftlichen und militärischen Bedürfnisse der Westmächte seinen Wohlstand ansehnlich steigerte. Eine amerikanische Schätzung beziffert das Nationalvermögen Spaniens, zu dem übrigens auch die Auslandsspanier, zumal Argentiniens und Cubas, erheblich beitragen, auf 29 Milliarden Dollar, womit es dem des Deutschen Reiches mit seiner um mehr als das Dreifache größeren Volkszahl nicht viel nachstehen und das Italiens noch um einige Milliarden übertreffen soll. Aber dieser gesteigerte Wohlstand findet in größerem Umfange sein Betätigungsfeld in Unternehmungen des Auslandes, zumal auch neuerdings wieder mehr und mehr des romanischen Amerika. Man scheut vor reformerischen oder gar wagemutigen Leistungen im eigenen Lande immer noch stark zurück: im Grunde hat man die günstige Konjunktur der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre doch nur unzulänglich ausgenutzt und, wie so vieles andere, so namentlich die unumgänglich notwendige Reformierung der asturisch-baskischen Hüttenwerke versäumt. Darunter leiden nun selbst so angesehene Werke wie die Altos Hornos de Vizcaya in Bilbao, die fast zwei Drittel des spanischen Roheisens herstellen. Von einer durchgreifenden Industrialisierung kann daher noch lange nicht gesprochen werden, zumal das Verkehrswesen sich immer noch in einem so beschämend rückständigen Zustand befindet. Kein Land Europas, ja man ist beinahe versucht zu sagen, der Erde, hat sein Eisenbahnnetz, wie übrigens auch bereits seit einigen Jahrzehnten, so wenig ausgebaut wie Spanien. O. Quelle hat kürzlich darauf hingewiesen, daß die beiden größten spanischen Eisenbahngesellschaften, die Norte de España und die Madrid-Zaragoza-Alicante, denen fast die Hälfte aller Bahnlinien gehört, in der Zeit von 1910 bis 1922 ihr Liniennetz nur um 13 km vermehrt haben[3]. Ganze Provinzen von bedeutendem Umfang (12—17 000 qkm), zumal der östlichen inneren Hochflächen (Guadalajara, Cuenca, Teruel, Albacete), sind heute noch nur auf ein oder zwei Bahnlinien angewiesen. Erst ganz neuerdings widmet der Staat dem Bahnbau tatkräftiger sein Interesse und hat ein großzügiges Bauprogramm aufgestellt. Diese Tatsachen sind zu be-

[3] Andree, Geographie des Welthandels, Wien 1926, S. 806.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rücksichtigen, wenn man das Problem der Industrialisierung des spanischen Landes behandelt. So sind denn auch die wirtschaftlichen Wandlungen auf der Meseta keineswegs belangreich. Nur Madrid hat mit der starken spanischen Zentralisierungstendenz zumal als Verwaltungszentrale großer industrieller Unternehmungen und Verbände seine Stellung weiter stärken können. Die Erweiterung der Industrie konzentriert sich doch im wesentlichen auf die küstennahen älteren Industriegebiete des Nordens und der Mittelmeerzonen.

Der Staat selbst hat sich im letzten Jahrzehnt der heimischen Industrie sehr angenommen. Indem er weitreichende Industrieschutzgesetze erlassen hat, sucht er den ausländischen Kapitaleinfluß und das fremde Unternehmertum zurückzudrängen. Aber es ist sehr bezeichnend, wie selbst im fleißigen Norden, in Asturien, Vizcaya und den benachbarten Gebieten die Entwicklung des Bergbaus teilweise wieder rückläufig ist. Indem der spanische Kohlenbergbau bei rückständigen Methoden teuer arbeitet, konnte er sich gegen den fremden Wettbewerb selbst in den für ihn günstig gelegenen Gebieten nicht behaupten. Nun sucht der Staat der Schiffahrt und der Industrie den Bezug einheimischer Kohle vorzuschreiben. Die kohlenarmen mediterranen Provinzen hatten sich schon immer stark auf den Bezug englischer Kohle eingerichtet und haben, wie zumal Catalonien, die Einrichtung von Kokereien in der jüngsten Zeit weiterbetrieben. Am Mittelmeer sind auch Hüttenwerke neu entstanden oder erweitert worden, wie namentlich das große von amerikanischen Unternehmern aufgebaute Hüttenwerk der Compañia Siderurgica del Mediterraneo in Sagunto in der Provinz Valencia mit seinen Elektrohochöfen, mehr im Innern die neuen Kupferwerke in Cordova. Auch die erzreichen Nordprovinzen haben infolge des Anreizes, den der Weltkrieg bot, ihre Hüttenindustrie beträchtlich erweitert. Besondere Beachtung verdient das große Stahlwerk von Ponferrada in der Provinz Leon an der Bahn Lugo—Leon, womit die Schwerindustrie des asturischen Randlandes auch in die Nordzone der Meseta herabgestiegen ist. Mit protektionistischer Hilfe sucht der Staat der Hütten- und der Verarbeitungsindustrie beizuspringen. Auf Eisenerze wird ein Ausfuhrzoll erhoben. Die heimischen Unternehmer werden bei der Vergebung von Eisenbahnbauten und sonstigen Verkehrsanlagen bevorzugt. Auf den spanischen Schiffbau, der vor dem Kriege ziemlich unbedeutend war, so daß das Land fast ganz von Großbritannien abhing, hat der Krieg sehr anregend gewirkt, die bestehen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den größeren Unternehmungen (Sociedad Española de Construccion Naval in Ferrol, Cartagena und Cadiz, die Compañia Euskalduna in Bilbao u. a.) wesentlich erweitert und zur Einrichtung neuer Betriebe (Astilleros del Nervion in Bilbao) geführt. Der Staat greift auch hier unterstützend ein, sucht neuerdings auch eine durchgreifende Modernisierung der Handelsflotte zu erreichen, macht aber unter anderem seine Mithilfe von der alleinigen Verarbeitung heimischer Rohstoffe abhängig.

Aber die spanische Industrie arbeitet auch heute noch trotz mancher Besserungen viel zu teuer und ist auch sonst der ausländischen in ihren Leistungen nicht gewachsen. Im Submissionsverfahren ist nicht selten das teuerste ausländische Angebot immer noch ganz wesentlich, um die Hälfte oder auch noch mehr unter der billigsten inländischen Offerte. Unbeschadet aller Fortschritte muß man immer wieder auf ausländische Hilfe bei solchen Erzeugnissen zurückgreifen, bei denen die technischen Voraussetzungen in Spanien bisher fehlen. Dem großen, vertikal aufgebauten Unternehmen in Mieres (Asturien), das Kohlen- und Erzgruben, Kokereien, Stahl- und Walzwerke und Eisenkonstruktionswerkstätten besitzt, stellt die deutsche Firma Krupp ihre technischen Erfahrungen zur Verfügung, wie auch dem großen maritimen Konzern der Union Naval Levante in Barcelona. Hat die Maschinenindustrie (Fabrikation von Dampfmaschinen und Kesseln besonders in Catalonien, dann in Bilbao) während des Krieges auch weitere beträchtliche Fortschritte gemacht, stellenweise aber wiederum auf so unsolider Grundlage, daß sie dem normalen Wirtschaftskampf nicht gewachsen ist, so ist die Abhängigkeit vom Ausland bei den Präzisionserzeugnissen immer noch ganz bedeutend.

Der Krieg erst gab in nennenswerterem Umfang die Veranlassung, die Wasserkräfte des Landes (1923: 1 000 000 P.S.) auszunutzen und die elektrotechnische Industrie auszubauen. Catalonien und das asturisch-baskische Industriegebiet stehen hier wieder obenan. In Catalonien liegt vielleicht die Hälfte der bisher erschlossenen Kräfte. Eine ziemliche Zahl weitreichender Projekte, unter anderen die Ausnutzung der Wasserkräfte des Duero, ist ins Auge gefaßt worden. Die spanische Nordbahn hat ein umfangreiches Elektrisierungsprogramm aufgestellt und teilweise in Angriff genommen.

Auch die Textilindustrie, zumal die angesehene catalonische Baumwollindustrie, wurde mit dem Krieg stark ausgebaut, wobei ihr das

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ausbleiben des fremden Wettbewerbes sehr zustatten kam. Dieser Entwicklung sind aber die Nachkriegsjahre nicht günstig gewesen. Sie haben bewiesen, daß auch die Catalanen die Zeiten der günstigen Konjunktur keineswegs für den inneren und organischen Ausbau ihrer Unternehmungen ausgenutzt haben. Haben sie doch die Ausfuhr an Fertigerzeugnissen der catalonischen Baumwollindustrie von 10,5 Mill. kg im Jahre 1920 auf nicht einmal 3 Mill. im Jahre 1923 herabgedrückt. Der Absatz nach dem romanischen Amerika hat fast ganz aufgehört. Die besseren Auslandswaren haben sich wieder Zutritt verschafft. Nun freilich auch hier wieder das echt spanische Rufen nach Staatsunterstützung! Bedeutend erweitert ist auch die Leder- und Schuhwarenindustrie, zumal Cataloniens, die auch die Nachkriegskrise anscheinend besser überwunden und es verstanden hat, sich im romanischen Amerika ihren Absatzmarkt zu sichern.

Eine gewisse Verselbständigung hat der Krieg infolge der Abschließung der chemischen Industrie gebracht. Zu der schon vor dem Kriege bestehenden Barceloneser Firma, die die Herstellung von Farben betreibt, sind drei weitere Firmen gekommen, die sich natürlich gleichfalls weitgehenden Schutzes erfreuen. Auch die Zementindustrie wie einige der auf der Landwirtschaft ruhenden Industrien, wie die Zuckerherstellung, sind in der jüngeren Zeit mit Erfolg ausgebaut worden.

Auch **Portugal** hat aus den kriegerischen Erschütterungen heraus sein Wirtschaftsleben zu erweitern gesucht. Im Bergbau, in der Hütten- und der Metall verarbeitenden Industrie kann man freilich von einem Fortschritt kaum sprechen. Setzte man doch das einzige größere Hochofenwerk des Landes, in Leiria, wieder außer Betrieb. Doch wird in jüngster Zeit auch in Portugal die Anlage eines großen modernen Hüttenwerkes betrieben. Erheblicher ist die Entwicklung auf dem Gebiet der Textilindustrie, auf dem das Land sowohl die Zahl der Spindeln, zumal in der Baumwollindustrie (1914: 428 000, 1925: 503 000), als auch den Rohstoffverbrauch und die Arbeiterzahl (im ganzen 50 000) gesteigert hat. Eine Förderung hat die Industrie der Steine und Erden erfahren. So ist in jüngster Zeit in Leiria eine bedeutende Zementfabrik entstanden, die die Einfuhr so ziemlich beseitigt hat. Auch die chemische Industrie erfreut sich im jüngsten Jahrzehnt wenigstens hinsichtlich der Erzeugung einiger einfacherer Fabrikate und von Düngemitteln, die nun den freilich nicht bedeutenden Bedarf des Landes decken, eines gewissen Aufstiegs.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Großen Gewinn für seine Industrie hat **Italien** aus den kriegerischen Vorgängen zu ziehen versucht. Hier hat die Entwicklung zeit- und stellenweise geradezu einen stürmisch-ungesunden Charakter erhalten. Die Schwerindustrie, die vor dem Kriege im allgemeinen sich noch in bescheideneren Grenzen hielt, ist besonders gefördert worden, zumal in Hafenstädten, und gibt damit dem bisher so trägen Wirtschaftsleben mancher südlicherer Städte, wie insbesondere Neapel, einen ganz ungewohnten, frischen Einschlag. Beachtenswerte Fortschritte sind mit Hilfe der elektrischen Öfen auf dem Gebiet der Metallegierungen gemacht worden, auf dem vielfach auch ganz Neues (Fabrikation von Metallzink) erreicht wurde. Während des Krieges hat man die an und für sich nicht bedeutenden Stein- und Braunkohlenlager stärker auszunutzen gesucht (1913:0,7, 1918:2,2Mill. t), sehr vorübergehende Vorgänge; denn nach dem Kriege machte die minderwertige Inlandkohle der besseren fremden Kohle wieder Platz (Einfuhr 1925:8,59 Mill. t freie Kohle, 1,72 Mill. t Reparationskohle). Dagegen hat man sich mit großem Erfolg auf die Ausnutzung der Wasserkräfte geworfen. Die Leistung der Wasserkraftwerke ist von 200 000 P.S. im Jahre 1913 auf 1,8 Mill. im Jahre 1924 gestiegen. Nun sind auch im bisher stark vernachlässigten Süden bedeutende Kraftanlagen im Werk, wie im kalabresischen Silagebirge, wo Aluminiumfabriken errichtet werden sollen, und ebenso auf Sardinien. Das kohlenarme Land nimmt in der Einrichtung von Elektrohochöfen (1914:9, 1923:173) die erste Stelle in Europa ein.

Aber dem stürmischen Aufbau der Hütten- und auch der Verarbeitungsindustrie entsprach nicht die Aufnahmefähigkeit des Landes in normaleren Zeiten. Gerade hier hat die Nachkriegszeit Korrekturen vorgenommen, zu groß angelegte Werke zerschlagen und im allgemeinen die Unternehmungen mehr den tatsächlichen Bedürfnissen anpassen müssen. Aber auch so macht die Hütten- und Fertigindustrie schwere Krisen durch, zahlreiche Hochöfen sind stillgelegt. Immerhin brachte das Jahr 1924 wieder eine Stahlerzeugung von 1,35 Mill. t. Nur 150 000 t Stahl mußten noch hinzubezogen werden[4]. Die konkurrierenden Fertigwaren des nördlicheren Europa haben mit ihrem Qualitätscharakter wieder erfolgreich Einzug in das Land gehalten, dessen Industrie mit Ausnahme der der Alpentäler, der nördlichen

[4] Im Jahre 1925 erreichte die Stahlproduktion den Stand von 1½ Mill. t.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ebenen und des ligurisch-toskanischen Apenninenrandes doch noch nicht in der Lage ist, das Land unabhängig von der fremden Zufuhr zu lassen. Daß aber der Krieg und daneben die nationalistische Bewegung der jüngsten Jahre wesentliche Fortschritte in der qualitativen Erzeugung gezeitigt haben, ist ganz unverkennbar, wenn sie sich auch, wie hinsichtlich der Herstellung von Präzisionsinstrumenten, fast ganz auf den Norden beschränken. Die Herstellung von Dampfmaschinen (Lokomotiven), Motoren, Maschinen für Wasserkraftanlagen und Textilmaschinen geht jetzt in einem wesentlich größeren Umfange als in der Vorkriegszeit im Lande vor sich. Das gilt ebenso von den Leistungen der elektrotechnischen Industrie (Elektromotoren). Die starke Stellung, die der Automobilbau im Norden hat, war freilich schon in der Vorkriegszeit vorhanden. Aber auch hier ist der weitere Aufschwung offensichtlich. Er hat bewirkt, daß für das Wirtschaftsjahr 1925 in der Handelsbewegung die Ausfuhr von Automobilen an die dritte Stelle gerückt ist, und auch westliche Industriestaaten, wie Großbritannien, die Schweiz und Deutschland beachtenswerte Abnehmer sind. Besonders beachtenswert sind ferner die jungen und tüchtigen, durch Prämien geförderten Leistungen des Schiffbaues, der in der Vorkriegszeit beinahe ständig unter Krisen lebte und nun auch in der Herstellung von Motorschiffen Hervorragendes leistet.

Auch die Textilindustrie ist durch den Krieg weiter belebt worden. Namentlich gehen Modernisierungen und Reformen, Ausnutzung der Wasserkräfte, wie sie besonders das Baumwollgewerbe kennzeichnen, zum guten Teil auf den Krieg zurück. Demgegenüber ist die äußere Ausdehnung kaum nennenswert beeinflußt worden (1914 und 1925 je 4,6 Mill. Baumwollspindeln). Die innere Erstarkung hat bewirkt, daß Italien sich auf dem fremden Markt eine angesehene Stellung erobert hat, daß wohl zwei Fünftel der Erzeugnisse ausgeführt werden, zumal in die Länder des nahen Ostens und des romanischen Amerika, besonders nach Argentinien mit seinen vielen italienischen Zuwanderern. So hat die Ausfuhr von Baumwollwaren im Jahre 1925 die erste Stellung in der Ausfuhrstatistik erobert. Aber es bleibt abzuwarten, ob ihr diese Stellung beim Fortfall manch vorteilhafter Konjunkturerscheinungen verbleibt oder ob es auch hier den älteren europäischen Industriestaaten gelingt, die durch ungünstige Konstellationen zu erklärende Zurückdrängung wieder wettzumachen. Einen starken Vorsprung besitzt die Baumwollindustrie (wie namentlich auch die Kunstseiden-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

industrie) vor den älteren Industrieländern freilich in den billigen Arbeitskräften. Beträchtlicher ist der äußere Ausbau bei der Wollindustrie. Anzillotti teilt mit, daß sie im Jahre 1907 490 000, im Jahre 1923 dagegen 1 050 000 Spindeln beschäftigte und daß die Zahl der Webstühle in derselben Zeit von etwa 10 600 auf 18 000 stieg[5]. Außerordentlich eindrucksvoll ist die Erstarkung der Kunstseidenindustrie trotz der starken Abhängigkeit vom Ausland in der Beschaffung der Zellulose. In der Vorkriegszeit noch in kleinen Anfängen steckend, so daß die Einfuhr größer als die Ausfuhr war, hat sie in den letzten Jahren einen ungewöhnlichen, beinahe hypertrophischen Aufschwung genommen, so daß sie heute den zweiten Platz in der Weltproduktion behauptet. Die Snia Viscosa in Mailand-Turin (der kürzlich auch die Herstellung einer künstlichen Wollfaser [Sniafil] glückte) ist wohl das größte Unternehmen der europäischen Kunstseidenindustrie. Die Ausfuhr an Kunstseide hat sich im Jahre 1923 auf 2,3 Mill., im Jahre 1925 auf über 8,5 Mill. kg gesteigert. Damit steht die Ausfuhr an Kunstseide an vierter Stelle, während sich die Einfuhr (1925) auf knapp 0,6 Mill. kg beziffert. Die italienische Schuhwarenindustrie ist in der jüngsten Zeit derartig ausgebaut worden, daß heute nur noch feine Schuhwaren ihren Weg nach Italien finden können.

Auch die chemische Industrie, die in jedem größeren Lande und in den meisten mittleren Staaten von den Kriegsvorgängen großen Nutzen gezogen hat, ist in Italien erstarkt. In den Vorkriegsjahren noch ziemlich geringfügig, hat sie es hinsichtlich der Düngemittel, der pharmazeutischen Stoffe, aber auch der Farben den ausländischen Wettbewerb zurückzudrängen vermocht. Durch Herstellug von Stickstoff auf synthetischem Wege sucht insbesondere die Montecatini-Gruppe Italien vom Ausland unabhängig zu machen, ja darüber hinaus zur Ausfuhr überzugehen.

Die Industrien der Nahrungsmittel haben ebenfalls zum Teil einen Ausbau erfahren, wie er in normalen Zeiten kaum durchgeführt worden wäre. Das gilt namentlich von der durch Zölle geschützten Zuckerindustrie, die heute um fast zwei Drittel mehr produziert als in der Vorkriegszeit.

Auch **Griechenland** hat im Rahmen seines mäßig großen Raumes und seiner beschränkten Kapitalkräfte seine Wirtschaft bemerkenswert

[5] Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 171, 2, S. 235.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erweitern können. Seine bescheidene Hüttenindustrie, die einen kleinen Teil der größtenteils ausgeführten Erze verarbeitet, ist zwar kaum ausgedehnt worden. Dagegen hat die Fertigindustrie sich kräftiger entwickelt und mitgewirkt, die Doppelstadt Athen-Piräus zu der schnell herangewachsenen Großstadtsiedlung von 450 000 Einwohnern (1923, gegen 240 000 im Jahre 1907) zu machen. Hier ist namentlich der Schiffbau zu erwähnen, der zu einer wesentlichen Verjüngung und Vergrößerung der griechischen Handelsflotte in der letzten Zeit geführt hat, so daß die schweren Verluste während des Krieges weit mehr als wettgemacht werden konnten.

Besondere Beachtung verdient aber die Entwicklung der Textilindustrie. Während in der Vorkriegszeit nur ganz bescheidene Ansätze einer solchen bestanden, ist die Woll-, zumal aber die Baumwollindustrie heute merklich gekräftigt, namentlich in und um der Hauptstadt. Schätzte man doch bereits im Jahre 1918 die Zahl der (außerhalb der Heimarbeit) in größeren Betrieben beschäftigten Arbeiter auf über 10 000. Die Neugründungstätigkeit liegt andauernd vor allem auf dem Gebiet der Textilindustrie. Kürzlich ist man in Athen an die Errichtung einer Kunstseidenfabrik gegangen. Die Erstarkung des Textilgewerbes läßt sich nicht zuletzt auf die zwangsweise Zuwanderung der ostthrazischen, der Konstantinopeler und der anatolischen Griechen zurückführen, deren Zahl man auf gegen 1½ Millionen schätzt, und die auch sonst für die griechische Wirtschaft — Saloniki wurde in drei Jahren aus einer Stadt von 180000 Einwohnern eine solche von 450000 (1926) — ein sehr belebendes Element zu werden versprechen. Haben doch diese Flüchtlinge Griechenland einen ganz neuen Wirtschaftszweig, die Teppichindustrie, zugeführt, wie sie namentlich in den nördlichen Landschaften, in Macedonien und Westthrazien, für die Erweiterung des Ackerbaues gesorgt haben. In der Nähe von Athen ist eine ganz neue Stadt, Nea Jonia, von mehr als 40 000 Einwohnern entstanden, die in erster Linie der Teppichwirkerei obliegen. Aber auch sonst, bei Patras, Volo, in Macedonien (Saloniki, Kotschani usw.) sind zahlreiche Teppichwirkereien entstanden, deren Zahl schon Mitte 1925 auf 2500 mit 13 000 Arbeitskräften angegeben wurde. Ganz neu entwickelt wird die Glas- und Papierindustrie. Auch ältere Industriezweige, wie die der Lebensmittel, der Seifen und Öle sowie der Lederbereitung, haben in der jüngsten Zeit eine Kräftigung erfahren. Die Seifenindustrie deckt den ganzen inländischen Bedarf und ist zur Ausfuhr übergegangen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In Macedonien denkt man an die Errichtung von Wasserkraftwerken zur Gewinnung elektrischer Kraft für industrielle Zwecke.

Die Regierung sucht die zahlreichen Auslandsgriechen zumal der amerikanischen Staaten auf Anlagemöglichkeiten in der Heimat aufmerksam zu machen und damit auch sie für die wirtschaftliche Entwicklung des Mutterlandes zu interessieren. Die Wirtschaftspolitik des Landes geht offenbar von gesünderen Gesichtspunkten aus, als man sie sonst so häufig im neuen Europa findet. Man sucht nur die Industrien zu schützen, die lebenskräftig sind, den Bewohnern liegen und eine starke Grundlage im Lande selbst haben.

2. Das östliche Mitteleuropa und Osteuropa.

In den Gebieten der Übergangszone zwischen Mittel- und Osteuropa sowie in Osteuropa selbst sind die größten territorialen Änderungen auf dem ganzen Kontinent vor sich gegangen. Hier haben sich die kriegerischen Ereignisse auf besonders ausgedehnter und breiter Front abgespielt. Fast alle Staaten, die neugebildeten wie die älteren, die aber auch sämtlich nicht mehr in den alten Grenzen bestehen, haben schwere Erschütterungen erlebt, in der Kriegs- wie in der Nachkriegszeit. Hierzu sind namentlich die katastrophalen Vorgänge zu rechnen, die das Gebiet der sozialistischen föderativen Sowjetrepubliken Rußlands heimgesucht haben, die zwar in ihrem jetzigen Umfange nicht oder nicht nennenswert zwischenstaatliche Kriegszone gewesen sind, dafür aber die Schrecken der Bürgerkriege und der inneren Umwälzungen in einem noch größeren Umfange erlebt haben. In vielen dieser Länder ist die Zerstörung der Siedlung und der Wirtschaft noch folgenschwerer gewesen als in den Kriegszonen des westlichen Europa, zumal sie hier altgekräftigte, solide Kulturländer betraf, bei denen sich der Aufbau wieder leichter durchführen ließ.

Während aber im westlichen Europa die territorialen Änderungen trotz aller gegenteiligen Bestrebungen sich immerhin in verhältnismäßig beschränkten Grenzen hielt, sind sie im östlichen Mitteleuropa und in Osteuropa derartig von Grund auf geändert worden wie seit Jahrhunderten nicht mehr. Denn fast will es scheinen, als ob auch die Teilungen Polens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das Staatenbild des Kontinents nicht so gewandelt haben wie die Tatsache der Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie, das Zurückweichen Rußlands von der Ostsee und aus dem Weichselgebiet nach

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Osten, das Zurückgedrängtwerden Deutschlands noch mehr nach der Mitte des Kontinents hin. Indem mit der territorialen Neugestaltung dieser Zwischengebiete die Wiederherstellung der alten Großstaaten und damit die voraussichtlich beschleunigte Wiederkehr gesunder Wirtschaftsverhältnisse unmöglich gemacht wurde, setzten allenthalben schwere Hemmungen ein, die noch heute zumeist nicht behoben sind. Trotz aller Bedenken, wie sie in der Zufuhr der Rohstoffe von außen her, den schlechten Verkehrsverhältnissen, dem wenig tragfähigen inneren Markt, der geringen Leistungsfähigkeit der Arbeiter und der Verteuerung der Ware bestehen, suchen viele dieser Länder ihr Heil in der Aufrichtung nicht bodenständiger Industrien, denen dann staatlicher Schutz gewährt wird. Nur einige schwächere, fast ganz auf agrar- und waldwirtschaftlicher Grundlage aufgebaute Staaten, wie namentlich Litauen, halten sich von dem Streben nach forzierter Industrialisierung fern. Auch in **Bulgarien** beachtet man mehr die gegebenen Grundlagen und verlegt sich insbesondere auf den Ausbau der agrarwirtschaftlich orientierten Industrie, wie der Zuckerfabrikation, der Mühlenindustrie (Rustschuk), der Brauerei, der Tabak- und der Lederfabrikation, zu denen dann eine aufblühende Textilindustrie kommt. Der Krieg und mit ihm der Einfluß der Mittelmächte sowie die Nachkriegszeit haben bewirkt, daß die Zahl der Fabrikbetriebe, die mehr als 15 Arbeiter beschäftigen, von 389 im Jahre 1912 auf 1541 im Jahre 1922 gestiegen ist, wobei allerdings die mäßige Vergrößerung des Staatsgebiets zu berücksichtigen ist, und daß die Zahl der Fabrikarbeiter sich immerhin auf 63 000 beläuft.

Bulgariens Nachbarn im Westen und Norden, Jugoslawien und Rumänien, haben das Glück, in den annektierten ehemaligen österreichischen und ungarischen Gebieten Länder kräftigerer industrieller Entwicklung zu besitzen, denen gegenüber die alten Reichsteile weit zurückstehen. In den vormals österreichisch-ungarischen Provinzen **Jugoslawiens** ist fast die ganze größere Industrie des Staates konzentriert. Doch ist seit Kriegsende im Verein mit neugebauten oder der Beendigung entgegengehenden Bahnlinien auch in dem bisher fast rein agrar- und waldwirtschaftlichen serbischen Kernteil die Industrie in kräftigerer Entfaltung. Hier ist die Errichtung eines Hochofenwerkes in Kraljewo vorgesehen und der Aufbau größerer Fertigindustrien, wie für den Eisenbahnbedarf (in Belgrad u. a.), in die Wege geleitet. In dem abendländischen Landesteil, in Kroatien und Slowenien wurde das Vor-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

handene im Zusammenhang mit Neugründungen weit über die Aufnahmefähigkeit des Gesamtstaates hinaus erweitert, so daß schwere Krisen zumal angesichts der resoluten Deflationspolitik der Regierung nicht ausblieben, während andererseits alte Wirtschaftszweige, wie die Hüttenwerke im einstmaligen österreichischen Krain, losgelöst von ihrer alten Rohstoffbasis, aus anderen Gründe harte Zeiten durchmachen. Im Gegensatz zu der Zeit starker Neugründungstätigkeit, aus der nur wenige Wirtschaftszweige sich ganz durchgesetzt haben, wie namentlich die früher ganz schwache Zuckerindustrie, die nun auch für die Ausfuhr arbeitet, dann die Brennerei und Brauerei sowie die Zementherstellung und natürlich die von jeher starke Holzindustrie, herrscht nun beinahe das Streben vor, mehr die in der Natur liegenden Wege zu betreten und die landwirtschaftliche Erzeugung stärker zu entwickeln. Jedenfalls beobachtet man jetzt mehr das Streben, bei der Industriepolitik das Hauptaugenmerk auf die bodenständigen Industrien zu richten.

Auch im vergrößerten **Rumänien,** dessen verschiedene Landesteile entsprechend der jeweiligen staatlichen Zugehörigkeit auf verschiedener Kulturstufe stehen, und die unter sich nur durch wenige Bahnlinien, die jetzt aber vermehrt werden, verbunden sind, machte sich in der Nachkriegszeit eine starke Neugründungstätigkeit bemerkbar. Sie nahm sich besonders der agrarwirtschaftlichen Erzeugung an, so daß der Zuckerbedarf jetzt im Lande selbst gedeckt werden kann. Ähnliches gilt von der Lederindustrie und wohl jetzt so ziemlich auch — mit Ausnahme des Bedarfs in feineren Waren — von der Schuhindustrie, und natürlich erst recht von der schon seit langem leistungsfähigen Mühlen- und der Spirituosenindustrie. Industrien, die auf ein entwickelteres wirtschaftliches Leben, höhere Bedarfsansprüche schließen lassen, befanden sich im größeren Umfange beinahe nur in den alten österreichisch-ungarischen Landesteilen mit ihren ausgedehnteren Bergbaubetrieben. Hier liegen im Banater Bergland der Südkarpathen, bei Reschitza die einzigen bedeutenden Hüttenwerke mit großen Weiterverarbeitungsstätten, die sich jetzt auch dem Lokomotiven- und Motorenbau widmen. Ihnen soll jetzt in Kürze ein weiteres großes mit beträchtlicher Staatsbeteiligung zu errichtendes Werk folgen, das aber wohl in erster Linie Rüstungsaufgaben zu erfüllen hat. In den neuen Landesteilen liegen auch die nennenswertesten Werke der Zement- und der keramischen Industrie sowie der Holzverarbeitung, weiter die bedeutendsten Unternehmungen der Textilindustrie, die sich jetzt mehr der Natur-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seide (Lugos, Temesvar) und ganz neuerdings auch der Kunstseide (Temesvar) annimmt. Die während des Krieges zerstörte Petroleumindustrie des südkarpathischen Hügellandes ist wieder hergestellt und vervollkommnet worden. Die Vorkriegsförderung der Quellen ist so ziemlich wieder erreicht. Eine neue Röhrenleitung bringt das Rohstoffgebiet in Verbindung mit der Bukarester Industrie, der man jetzt auch die Wasserkräfte des Karpathenflusses Arges zuführen will.

Rumänien ist vielleicht noch mehr als Jugoslawien von schweren Wirtschaftskrisen heimgesucht worden, wiewohl die Erweiterung der Industrie sich im allgemeinen in ruhigeren Bahnen hielt. Die staatliche Wirtschaftspolitik mit ihren Ausfuhrverboten und ihren Exporttaxen hat bisher mehr hindernd gewirkt und die bedeutendste Industrie des Landes, die Holzverarbeitung, schwer geschädigt. Auch hier ruft ein Teil der Wirtschaftszweige nach staatlicher Hilfe, um wie bei der Zuckerindustrie ihre teuren Erzeugnisse vor den billigeren und besseren des Auslandes zu schützen. Rumänien ist noch mehr als Jugoslawien auf fremdes Kapital, das sich übrigens zurzeit infolge der inneren Hemmungen merklich zurückhält, fremde technische Hilfsmittel und fremde Kräfte in leitender oder gehobener Stellung beim Aufbau seiner Industrie angewiesen.

Bei **Ungarn** macht sich besonders einschneidend die Zerstörung eines großen, einheitlichen, straff zentralisierten, organisatorisch wie verkehrsgeographisch vorzüglich eingerichteten Wirtschaftsgebietes bemerkbar. Die Industrie war hier mit großem Ehrgeiz und zäher Energie aufgebaut worden. Hier wie im Reststaat des alten Österreich, in Deutsch-Österreich und in der Tschechoslowakei, dem Erben Ungarns und Österreichs, merkt man so recht, wie bei der Neuziehung der Grenzen nach machtpolitischen Gesichtspunkten die wirtschaftlichen Zusammenhänge außer acht gelassen und somit die Wirtschaftskräfte völlig unorganisch verteilt wurden. Gerade für Ungarn haben sich aus den Friedensverträgen die größten Schwierigkeiten ergeben. Die Erdölraffinerien des jetzigen Ungarn sind von ihren Rohstoffquellen getrennt, die Eisenerzeugung ist zum bei weit größtem Teil den Nachfolgestaaten anheimgefallen, während die Maschinenindustrie vorwiegend in und um Budapest angesiedelt ist. Entsprechend der Tatsache, daß in den abgetretenen gebirgigen Randgebieten die Erzlager, die Erdgasquellen, die Wasserkräfte und großen Waldräume liegen, war in diesen die Industrialisierung auf den meisten Gebieten fortgeschrittener

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

als im magyarischen Kernlande. Der Staat der Nachkriegszeit bemüht sich um eine planmäßige Industrialisierung seines in engen Grenzen gehaltenen und in diesen vorwiegend agrarwirtschaftlich aufgebauten Landes. Da vier Fünftel der Textilunternehmungen an die neuen Nachbarn, zumal an die Tschechoslowakei abgetreten wurden, hat man dem Aufbau der Textilindustrie sein besonderes Interesse zugewandt. Von Kriegsende bis 1924 wurden für 150 Mill. Goldkronen 43 neue Textilfabriken gegründet und große Betriebserweiterungen vorgenommen, so daß wohl in wenigen Jahren der Bedarf an einfachen Waren im Lande gedeckt werden kann[6]. Die Spindelzahl hat sich bis 1924 in der Baumwollindustrie verfünffacht, die Zahl der Webstühle verdoppelt. Die Seidenindustrie hat sich so gekräftigt, daß sie bereits zur Ausfuhr übergegangen ist.

Polen ist aus heterogenen Landesteilen zusammengesetzt, die in mehr als einem Jahrhundert durch die jeweilige staatliche Bindung auch eine ganz verschiedenartige wirtschaftliche Entwicklung genommen haben. Noch schroffer vielleicht als bei Rumänien und Jugoslawien weichen die einzelnen Landesteile in ihrem Kulturstand voneinander ab. Es gibt wohl kaum einen Staat in Europa, der in seinen einzelnen Provinzen so den Zustand des Unausgeglichenen böte als der polnische. Von einem glühenden Nationalismus beseelt, hat sich die Staatsleitung auch in ihrer Wirtschaftspolitik von schroffen Abschließungstendenzen leiten lassen, die das Land mit hohen Wirtschaftsmauern, mit Prohibitivzöllen und Einfuhrverboten umgeben. Dabei ist es ihr aber nicht gelungen, gegenüber der Einfuhrabschnürung etwa die Ausfuhr zu beleben. Denn naturgemäß muß die Abdrosselung der Einfuhr auch zu Gegenmaßregeln der Mächte führen, gegen die sich die Abschließung richtet, ganz abgesehen davon, daß durch die Isolierungspolitik das Interesse der Geldgeber für den sehr unterstützungsbedürftigen Staat keineswegs gefördert wird. Zudem kommen die Ausfuhrziffern, wie beim Kohlenexport, unter Verlusten zustande, wie auch sonst die verlustreichen Preise für das Ausland durch bedeutende Erhöhung der Inlandpreise ausgeglichen werden. Der Aufschwung des Wirtschaftslebens, zumal der Industrie, leidet sehr darunter, daß eine kurzsichtige Nationalitätenpolitik einen großen Teil der Intelligenzen aus dem Lande gejagt hat.

---

[6] R. Rungaldier, Geographie des Welthandels, Wien 1926, S. 407.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Industrie des einstmals österreichischen und noch mehr die des vordem russischen Polen ist in den Kriegsjahren zu einem großen Teil vernichtet worden, besonders die Textilindustrie. Die Herstellungsarbeiten sind zwar zum allergrößten Teil durchgeführt worden. Wie aber in der Zuckerindustrie, der wichtigsten polnischen landwirtschaftlichen Ausfuhrindustrie, ferner auch in der Papierherstellung die Vorkriegszahlen der Fabriken und ihrer Erzeugung noch nicht wieder erlangt sind, so hat auch die Zahl der Baumwollspindeln noch nicht den Vorkriegsstand erreichen können (1914 : 1,3 Mill., 1925 : 1,1 Spindeln). Die bedeutende Industrie von Lodz macht andauernd kritische Zeiten durch, so daß in dieser Halbmillionenstadt zu Beginn des Jahres 1926 beinahe jeder siebente Einwohner arbeitslos ist. Der Industrie ist der einstige große Markt bis zum Stillen Ozean genommen, und es ist nicht möglich, ihr in dem nur ein Siebentel der Einwohnerzahl des alten Absatzgebietes fassenden Neustaat einen Ersatz zu bieten, so daß die Abwanderung von Fabrikeinrichtungen, Unternehmern und Arbeitern in das südöstliche Europa, nach Palästina und anderswohin eingesetzt hat. Noch trostloser sieht die Lage in dem zweiten polnischen Textilzentrum, in Bialystok, aus. Wenn andere Industriezweige sich besser halten, so liegt das daran, daß sie mehr den Bedürfnissen des Landes angepaßt sind. Die Abschließung des Landes nach außen hin kommt ihnen und ihrer teuren Produktion zugute, womit freilich zugleich auch in nicht wenigen Fällen der Gesundungsprozeß der Wirtschaft aufgehalten wird.

Wiewohl Polen von gewichtigen Großmächten und einer beträchtlichen Zahl von Mittelmächten gestützt wird, wiewohl die große europäische Politik seit der Entstehung eines selbständigen Staates ihm fast nur Vorteile zu bringen suchte, so ist doch seine Wirtschaft neben der russischen, die aber hier nicht zur Debatte stehen kann, vielleicht die krisenreichste unter allen europäischen Wirtschaften. In der Verkennung dessen, was die ruhige Aufwärtsentwicklung eines völkisch und kulturell sehr verschieden zusammengesetzten Staates nötig hat, hat man auch in der Wirtschaft Großmachtplänen nachgejagt, ohne daß es möglich wäre, dieser äußerlichen Vergrößerung der Wirtschaftskräfte die inneren Grundlagen zu geben. Das gilt besonders vom Bergbau und der Hüttenindustrie, für die der binnenländische Markt viel zu klein ist. Bei den starken Zerstörungen, die die polnische Industrie im Weltkriege erlitten hat, bei dem besonders seit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Vertreibung der deutschen Volksteile sehr geschwächten inneren Absatzgebiet, ist es begreiflich, daß das Großgewerbe nur in wenigen Zweigen den Vorkriegsstand überschritten, bei einigen anderen ihn wieder erreicht hat. Das Wirtschaftsleben ist auf Hilfe von außen angewiesen. Bei der eigenartigen inneren Verfassung des Staates ist es aber begreiflich, daß zumal das Kapital der angelsächsischen Mächte sich merklich zurückgehalten hat.

Von starken Zerstörungen sind während des Krieges auch die Gebiete, die heute zum litauischen und besonders zum lettländischen Staat gehören, heimgesucht worden. Im Gegensatz zu Litauen besaß **Lettland** auch eine sehr bedeutende Großindustrie, zumal in seiner Hauptstadt Riga, die aber fast ganz von den Russen vernichtet wurde. Noch heute hat die Stadt nicht viel mehr als die Hälfte der Einwohner, die sie 1915 hatte. Die großen Betriebe, die namentlich Riga besaß, werden bei den kleinstaatlichen Verhältnissen und bei der Tatsache, daß alles wieder neu aufgebaut werden muß, kaum wieder erstehen. Besaß doch Riga allein 1914 88 000 Industriearbeiter, während der ganze Staat 1924 nur 34 000 aufwies. Die Industrie des Staates Estland hat während des Krieges nicht so schwere Erschütterungen durchgemacht. Aber auch hier, wo abermals aus der russischen Zeit eine Großindustrie, das Textilgewerbe von Narwa-Kränholm, gleich der Lodzer und der Bialystoker von Deutschen begründet, für den Rahmen des kleinen Landes beinahe zu groß ist, hat die Industrie noch nicht den Vorkriegsstand wieder erreicht; freilich ist bei einigen Zweigen, wie der Leder- und Lederwarenherstellung und der Papierindustrie bereits ansehnlich überschritten.

Auch die Industrie **Finnlands** hat besonders im Bürgerkriege des Jahres 1918 gelitten. Aber die Verluste sind wieder ausgeglichen. Der Ausbau der Industrie bewegt sich in mäßigen Grenzen, wie sie eben dem gesund-nüchternen, jeder inneren und äußeren Konjunkturpolitik feindlichen Sinn des nordischen Volkes entspricht. Die Protektionspolitik hält sich von jeder Übertreibung fern. Die Industrieerweiterungen knüpfen in erster Linie an die bodenständige Wirtschaft an, so in den mannigfachen Zweigen der Holzverarbeitung, von denen die Papier- und die Streichholzindustrie sich besonders ausgedehnt haben. Die Eisen verarbeitende Industrie hat sich ebenfalls recht bemerkenswert vergrößert (1911 : 11 900, 1921 : 21 300 Arbeiter). Die Ausdehnung der unter sehr schwierigen Verhältnissen arbeitenden Textilindustrie

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verdient gleichfalls Beachtung. Die Ausnutzung der reichen Wasserkräfte, wie der Imatrafälle, schreitet rüstig vorwärts. Die Zahl der Industriearbeiter ist heute, wiewohl in einzelnen Zweigen Stillstand oder auch Rückgang eingetreten ist, im ganzen erheblich größer als in der Vorkriegszeit (1911 : 97 200, 1921 : 120 300).

Sehr schwierig ist es, sich ein Bild von der industriellen Entwicklung der **russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepubliken** zu machen. Unter unendlichen Schwierigkeiten beginnt sich nach und nach die beinahe vollkommen vernichtete Industrie wieder emporzurecken. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die Hochschutzzollpolitik der Räte. Nur dann gestatten sie in beschränktem Umfange die Einfuhr von Industriewaren, wenn die eigene Produktion den heimischen Bedürfnissen nicht entspricht[7]. Nach langen Jahren des Experimentierens sind doch auf allen Wirtschaftsgebieten bedeutende Resultate zu buchen. Das Eisenbahnnetz ist in den letzten Jahren sogar in überraschender Weise ausgebaut worden. Wie man die agrarwirtschaftliche Erzeugung wieder mehr und mehr den Vorkriegszuständen anzunähern sucht und in einzelnen Zweigen (Flachs, Baumwolle) diesen nicht mehr allzu fern ist, wie man im Bergbau auf der einen Seite (Erdöl, Platin) ähnliche Erfolge aufzuweisen hat, freilich auf der anderen (Eisenerze, Kohle) von diesem Ziel immer noch weit entfernt ist, so sucht man auch die industriellen Unternehmungen, die an Wirtschaftsverbände unter Aufsicht des Staates übertragen wurden, wieder auf die Höhe der alten Leistung zu bringen. Der Weg, der zu diesem Ziele führt, scheint freilich im ganzen noch ziemlich weit zu sein, trotz der optimistischen amtlichen Berichte, nach denen die Industrieproduktion „95 % ihres Friedensstandes" erreicht hat. Zur Unterstützung dieser Aufgabe faßt man jetzt die Ausnutzung der Wasserkräfte zumal in der Ukraine (Porogen des Dnjepr) ins Auge. Die Ausfuhr, die in ganz bescheidenem Umfange eingesetzt hat, beschränkt sich zurzeit fast ganz auf Rohstoffe und Halbfabrikate.

3. Skandinavien und Dänemark.

Von den nordischen Staaten ist die Industrieentwicklung am solidesten in **Schweden** geblieben. Gewiß hat auch hier der Krieg zur Entstehung neuer Unternehmungen beigetragen, aber sie hielt sich im

[7] H. J. Seraphim, Schriften des Vereins für Sozialpolitik: 171, 2, S. 219.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gegensatz wohl zu Norwegen und Dänemark in ruhigeren Bahnen. Die Baumwollindustrie hat die Zahl ihrer Spindeln immerhin beträchtlich, von 461 000 im Jahre 1914 auf 564 000 im letzten Jahre, vermehrt. In manchen Zweigen, in denen die schwedische Eisenfertigindustrie dank ihres hervorragend geschulten Arbeiterstandes und damit ihrer ausgezeichneten und soliden Arbeit eine sehr starke Stellung auf dem Weltmarkt einnimmt, wie in der Herstellung von Separatoren (Milchentrahmungsapparaten) und Kugellagern, läßt sich gegen die Vorkriegszeit ein weiterer beträchtlicher Aufschwung feststellen. Ähnliches gilt auch von der Herstellung von Spezialmaschinen für die Papierindustrie, bei der, wie bei den genannten Industrien, Aufträge in ferne Länder ihr weitreichendes Ansehen kennzeichnen. Sehr gekräftigt hat sich dank der Wasserkräfte (1923: 1,4 Mill. P.S.) die elektrotechnische und die elektrochemische Industrie, die gleichfalls in weitenfernte Gebiete absetzen. Die tüchtige Qualitätsarbeit gibt sich nicht minder auf dem Gebiet der Holz-, zumal der Zündholzindustrie kund. Dank der Güte ihrer Ware, freilich auch einer ausgezeichneten Organisationsarbeit, versteht es diese Industrie des kleinen Landes mit ihren eigenen steigenden Ausfuhrwerten, mit amerikanischer Unterstützung in unseren Tagen sogar große Industrien anderer Länder in ihren Welttrust einzugliedern. Eine beträchtliche Erweiterung hat die Holzstoffindustrie unter anderem in der Herstellung von Kunstseide-Zellulose (gebleichtes Sulfit) erfahren, die in die Hauptländer der Kunstseidenindustrie, zumal nach Italien, ausgeführt wird. Auch einige agrarwirtschaftliche Industriezweige arbeiten heute in einem wesentlich vergrößerten Umfang wie in der Vorkriegszeit. Die Zahl der Zuckerfabriken stieg von 10 im Jahre 1911 mit 2760 Arbeitern auf 27 mit 10 060 Kräften im Jahre 1922. Und ähnliches gilt von der Industrie der Milchprodukte.

In **Norwegen** wuchs die Zahl der gewerblichen Unternehmungen von 5788 zu Ende des Jahres 1911 auf 8172 zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1921. Demgegenüber hielt sich die Steigerung der Arbeitskräfte in bescheideneren Grenzen, ein Zeichen, wie viele kleine, nicht recht lebenskräftige Unternehmungen begründet wurden. In einzelnen Wirtschaftszweigen ist freilich die Zunahme auch der Kräfte beachtenswert, während in anderen auch ein Rückgang eingesetzt hat. Der Krieg hat namentlich auf die Industrie der Nahrungsmittel anregend gewirkt, deren beschäftigte Kräfte von 17 000 (in 1911) auf fast 22 000 (in 1921) stieg, weiter auf die Bekleidungsindustrie. Und auch in der Metall-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verarbeitung ist die starke Steigerung der Kräfte (27 000, 33 000) eben doch nur den Kriegsvorgängen zu verdanken. Das sehr lebhafte Transportgeschäft während der Kriegsjahre hat zum Ausbau der Schiffswerften und einer starken Vergrößerung der Dampfer- und Motorschiffflotte (1913: 1,1 Mill., 1923: 1,45 Mill. t) geführt. Norwegen denkt, da ihm im Jahre 1919 Spitzbergen zugesprochen ist, mit Hilfe der dortigen Kohlen und der eigenen Erze nach schwedischem Vorbild in dem ausgezeichnet gelegenen Erzausfuhrhafen Narvik ein eigenes Hüttenwerk zu errichten. Die reichen Wasserkräfte, deren Ausnutzung sehr rasch steigt (1923: 1,8 Mill. P.S.), haben die bereits recht angesehene elektrochemische und die elektrotechnische Industrie schnell entwickelt, besonders die Aluminiumproduktion (1913: 6000, 1924: 22 000 t), so daß heute schon Norwegen der erste europäische Aluminiumerzeuger ist, wiewohl der Rohstoff, der Bauxit, eingeführt werden muß.

Entsprechend seiner fast ganz agrarwirtschaftlichen Einstellung ist die Industrie **Dänemarks** in erster Linie auf der Landwirtschaft aufgebaut. Sie hat sich bei der starken Nachfrage während des Krieges vor allem erweitert und dem Lande besonders große Gewinne gebracht. So sehr die Exportindustrie den starken Viehbestand vorübergehend vermindert hat — bei den Schweinen bis auf ein Viertel des Vorkriegsstandes —, so hat man doch in wenigen Jahren mit großem Eifer die Viehherden wesentlich über die Zahlen von 1914 hinaus vergrößert. Zu den landwirtschaftlichen Industriezweigen, die sich erweitert haben, gehört die Molkereiindustrie, die sich jetzt auch der Käsefabrikation mit ansehnlicher Ausfuhr annimmt, und die Margarineindustrie. Auch die Zuckerproduktion macht große Fortschritte. Die Transportfrage regte ferner in Dänemark den Schiffbau stark an und damit den Bau manch kleiner Werft, von denen die eine oder andere wieder verschwunden ist. Die Zahl der im Schiffbau beschäftigten Arbeiter hat sich von 5000 im Jahre 1913 auf 10 000 im Jahre 1924 gehoben. Eine besondere Qualitätsarbeit der dänischen Werften stellen in der jüngsten Zeit Motorschiffe dar, die auch im beachtlichen Umfange ausgeführt werden. Als bleibenden Erfolg kann auch Dänemark eine wesentliche Vergrößerung seiner Flotte durch Dampfer und Motorschiffe buchen, die zum größten Teil auf heimischem Boden entstanden sind. Stieg doch die Dampferflotte von 415 000 t zu Ende des Jahres 1912 auf 788 000 zu Schluß des Jahres 1922, zu der dann noch die sehr respektable Motorschiffflotte von etwa 180 000 t kommt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

II. Afrika.

Von allen Erdteilen war die industrielle Weiterentwicklung verhältnismäßig am geringsten in Afrika. Zurzeit kommen ja auch nur zwei größere Räume in Frage, in denen dank ihrer Lage in gemäßigten Breiten und der Möglichkeit, Europäer in bedeutenderem Umfange anzusiedeln, auch das Wirtschaftsleben, insbesondere Bergbau und Industrie sich in europäischen Formen vollziehen können. Der eine dieser Räume ist **Nordafrika.** Zwar scheidet hier das untere Nilgebiet, das dem tropischen Klima nähersteht als der Nordwesten des Erdteils, für's erste noch so ziemlich aus. Ägypten mit seiner sehr geringen Zahl europäischer und levantinischer Volksteile ist in erster Linie Agrarland, dessen Industrie sich auf die erste Zubereitung der Rohstoffe für die Weiterverarbeitung im Abendland verlegt, während die meisten Fertigwaren, wie vor allem Baumwollwaren als die wichtigsten fast ganz eingeführt werden müssen. Früher wurde ja auch Baumwolle im Lande zu Geweben verarbeitet, aber die Unternehmungen gingen ein, und erst in den jüngsten Jahren hat im Zusammenhang mit der erstarkten nationalistischen Bewegung das Baumwollgewerbe und die Seidenweberei einen zunächst noch schüchternen Aufschwung genommen. Bedeutender ist die gleichfalls ganz junge Lederindustrie und die Zigarettenindustrie, die nun auch hier zum größten Teil maschinell arbeitet. Die Förderung des Rohrzuckeranbaus hatte schon vor dem Kriege im größeren Umfang eingesetzt, sie ist aber dann später, zumal in Oberägypten, derartig erweitert worden, daß Zucker, in eigenen Raffinerien verarbeitet, nach Baumwolle und Baumwollsamen die wichtigste Ausfuhrware ist. Die Produkte des Phosphatbergbaus werden zwar zum größten Teile wie auch aus den übrigen nordafrikanischen Gebieten ausgeführt. Indem man aber während des Krieges in Alexandrien eine Fabrik für Superphosphat einrichtete, wächst das Bestreben, die Verarbeitung der heimischen Produkte im eigenen Lande vorzunehmen.

Wie in der geographischen Lage, so stehen politisch und im allgemeinen wohl auch wirtschaftlich die Atlasländer Europa näher als Ägypten. Das älteste Gebiet französischer Herrschaft, Algerien, mit seiner langen Küstenlinie, im östlichen Teil dem Gegenstück zur Küste des Languedoc und der Provence, ist schon äußerlich in die europäische Verwaltung einbezogen und weist allein an die 15% europäischer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bevölkerung, darunter auch bäuerliche Volksteile, auf. Aber ebenso ist die europäische Bevölkerung in Tunesien und neuerdings namentlich in Marokko ansehnlich[8]. Für die Europäer besteht die Wichtigkeit dieser Länder neben der Möglichkeit, in den gut, natürlich oder künstlich bewässerten Gebieten Anbauflächen zu erhalten, vornehmlich im Bergbau, der besonders Eisen und Mangan sowie Phosphat liefert. Eine Hüttenindustrie ist sogar während des Krieges nicht ins Leben gerufen worden, wie auch die Verarbeitungsindustrie bei den sehr engen Beziehungen zu Frankreich nicht nennenswert ausgedehnt worden ist. Überhaupt kann man von einer über den normalen Ausbau hinausgehenden Entwicklung der Industrien (so der Anlage einiger Superphosphatwerke in Algerien) nicht sprechen, wenn auch der neuerdings systematisch geförderte Anbau von Tabak das Tabakgewerbe hat kräftiger entwickeln lassen und der Einführung des Zuckerrübenbaus die Anlage von Zuckerraffinerien folgen soll. In Marokko, das aus dem reinen orientalischen Wirtschaftsstadium heraus nun der europäischen Wirtschaftsweise zugänglich werden soll, stecken die Industrialisierungsvorgänge noch in den Anfängen, können aber bereits, unterstützt durch ein anerkennenswert ausgebautes Netz von Straßen und von stückweise elektrisierten Bahnen, eine stärkere europäische Zuwanderung und den landwirtschaftlichen Ausbau auf Beachtung rechnen, zumal im Zentrum des französischen Einflusses, in dem amerikanisch herangewachsenen Casablanca, dessen Hafen neuzeitlich ausgebaut worden ist. In der französischen Interessenzone von Marokko wurden bereits 1921 immerhin 268 industrielle Unternehmungen mit 4100 Arbeitern gezählt.

Südlich von den mediterranen Gebieten beginnt, über drei Viertel des ganzen Erdteils einnehmend, der riesige Raum, der zwar in den jüngsten Jahrzehnten auch zum größten Teil in die Weltwirtschaft einbezogen ist, der aber der eigentlichen Industrialisierung, wenn man von den menschenarmen subarktischen Gebieten absieht, von allen Erdräumen den größten Widerstand entgegensetzt. Die verkehrsfeindlichen Küsten, das in gleicher Weise verkehrsfeindliche, schroff hinter dem Küstenrand aufsteigende Tafelland, das vielfach Hochland ist, die ungünstigen klimatischen Verhältnisse besonders der feuchtheißen Tropen und die damit im Gefolge auftretende Erschwerung der Ansiedlung euro-

[8] V. Piquet, La colonisation française dans l'Afrique du Nord, Paris 1912.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

päischer Volksteile, die Schwierigkeit der Arbeiterbeschaffung haben im ganzen eindrucksvollere Anfänge einer europäischen Industrialisierung, soweit sie über die erste industrielle Behandlung der wildwachsenden und der Plantagenfrüchte oder über die Bearbeitung tierischer Produkte für die Ausfuhr hinausgehen, bisher verhindert. Auch einige im Innern gelegene gesündere Hochländer haben bis heute nur in kleinem Umfange Europäer angezogen. Der Weltkrieg hat auch in den tropischen und tropennahen Teilen Afrikas nur eine ganz unwesentliche Erweiterung der industriellen Wirtschaft gebracht. Die Stärke dieser großen Länderräume für die Weltwirtschaft, soweit sie für diese überhaupt in Frage kommen, liegt ganz vorzugsweise in ihren Plantagenkulturen oder in ihren wildwachsenden Pflanzen. Und hier allein beinahe gab die kriegerische Erschütterung den europäischen Nationen die Anregung, die Bewirtschaftung zu erweitern. Das ist von keiner Macht mehr geschehen wie von Großbritannien, das in großartiger Weise nicht nur den Baumwollbau förderte, sondern auch die Kultur des Rohrzuckers, des Kakaos und anderer Früchte der warmen Zonen. Sieht man von diesen Tatsachen ab, so wird man nur wenige Zeugnisse für eine Erweiterung der Wirtschaft im europäischen Sinne beibringen können. Das ist schon aus dem Grunde verständlich, weil der Krieg die an und für sich nicht starken europäischen Kräfte absorbierte und einige Gebiete selbst in die kriegerischen Vorgänge einbezogen wurden. So ist es in dem großen mittleren afrikanischen Raum nur hier und da zu einer nennenswerten Erweiterung der Eisenbahnen gekommen, der wichtigsten Voraussetzung, um Bergbau und Industrie zu beleben.

Wohl nur ein Gebiet ist von dieser Charakterisierung auszunehmen. Schon während der Kriegsjahre hat sich auf dem Hochland von Katanga im Süden der belgischen Kongokolonie, in der Nachbarschaft des gleichfalls sehr entwicklungsfähigen Rhodesien, die Kupfererzeugung gesteigert, aber sie hat doch erst seit 1921 dank der zähen Ausdauer der Union Minière du Haut-Catanga achtunggebietende Förderungsziffern hervorgerufen, so daß die Erzeugung des Jahres 1925 zwölfmal größer als die des Jahres 1913 (1913: 7 400, 1921: 30 500, 1925: 89 300 t) war. Der Katangabergbau ist das einzige bedeutendere Kupfervorkommen, das dem Einfluß der Vereinigten Staaten, die hier ebenfalls solchen erstreben, entrückt ist. Der Reichtum Katangas an anderen Erzen an Zinn und Eisen, scheint gleichfalls sehr groß zu sein. So zieht man auch bereits, da Kohlenlager vorhanden sind, die Errichtung von Stahl-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werken in Erwägung. Die Erze fanden bisher ihren Weg vorwiegend über die in südlicher und südöstlicher Richtung gestreckten langen Bahnlinien zur Küste. Denn die Durchführung wichtiger Bahnprojekte ist während des Krieges beendet worden, indem im Jahre 1918 Bukama im Norden des Katangahochlandes und am Nordende der Stromschnellenstrecke des Lualaba an das Bahnnetz Rhodesiens und damit auch der südafrikanischen Union (Beira, Kapstadt) angeschlossen wurde. Schon vorher, 1915, war die Lukugabahn fertig geworden, die Buli am Kongo durch das Kohlenbecken des Lukuga mit Albertville am Tanganjikasee verbindet. Damit ist ein freilich mehrmals gebrochener Verkehrsweg in vorwiegend west-östlicher Richtung von Ozean zu Ozean geschaffen worden. Im Zusammenarbeiten mit den Portugiesen, die die Lobito- oder Benguellaeisenbahn bereits auf über 600 km hin gestreckt haben, erstrebt die Kongoverwaltung für ihr Erschließungsprogramm einen kürzeren, ungebrochenen Weg von der Katangabahn zur Westküste, der im ganzen etwa 1800—1900 km lang sein wird[9]. Gerade die Lobitobahn, die das für europäische Besiedlung geeignete Hochland des Benguella-Planalto aufschließt, hat bereits Industrien, wie Zuckersiedereien ins Leben gerufen, wie deratige Industrien auch in anderen Kolonialgebieten, in Mozambique, auf den Mascarenen und dem noch sehr wenig europäisch entwickelten Madagaskar bestehen. Doch ist hier in jüngster Zeit eine Papierindustrie entstanden, die einheimische Zellstoffe verarbeitet. Bemerkenswert ist noch der Aufschwung der ganz jungen Gefrierfleischindustrie, der die Herden der inneren Hochländer zur Verfügung stehen (1914: 440, 1917: 8000 t Fleisch).

Der einzige Teil Afrikas, der bereits jetzt eine stärkere Industrialisierung aufweist, und der auch seit dem Kriege die größten Bestrebungen macht, sie mit allen Mitteln zu pflegen, ist der außerhalb der Tropen gelegene Süden. Dank ihres gemäßigten und subtropischen Klimas ist **die südafrikanische Union** mehr wie ein anderer Teil Afrikas von Weißen bewohnt, deren Zahl sich auf über 1,6 Millionen und damit auf fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung beläuft. Die Union weist zwar eine Ausfuhr auf, in der Erzeugnisse der Viehzucht, aber auch bereits des Anbaues, darunter in steigendem Umfange solche industrieller Verwertung (Molkereiprodukte, Maismehl), stark vertreten

[9] Auch der Bau von Kunststraßen, wie insbesondere der kürzlich beendeten Kongo-Nilstraße darf hier erwähnt werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sind. Der Zuckerrohranbau und die Zuckerindustrie haben sich in jüngster Zeit so gehoben, daß die Einfuhr, die in der Vorkriegszeit um mehr als das Zehnfache größer als die Ausfuhr war, ähnlich wie beim Tabak und den Tabakwaren fast ganz aufgehört hat und eine sehr ansehnliche Ausfuhr vorhanden ist.

Daneben ist aber seit langem die Ausfuhr von Produkten des Bergbaus, von Gold und Diamanten sowie von Kupfererzen wesentlich, zu denen dann in allerjüngster Zeit, seit 1924, Platin (in Transvaal) hinzutritt. Doch ist auch die Ausfuhr von Kohle nicht unwichtig. Mit dem Kriege ist die Förderung der Kohle wesentlich erweitert worden (1913:8, 1925 über 13 Mill. t). Im Zusammenhang mit dem Industrialisierungsprogramm, dessen Durchführung die billige Arbeitskraft der Schwarzen mit erleichtert, sucht man jetzt durch Prämien die Ölschieferindustrie zu beleben, um sich von überseeischen Ölbezügen freier zu machen. Um ihre Aufgaben ermöglichen zu können, schreckt die Union nicht davor zurück, gegen die Vorzugsbehandlung Großbritanniens in Zolltariffragen anzugehen. Mit aller Macht erstrebt das Dominium den Schutz seiner vorhandenen oder noch heranzuziehenden Industrien, von denen man glaubt, daß sie sich durchsetzen werden. Im Zusammenhang mit der Hebung des Kohlen- und des Eisenerzbergbaus (Transvaal) ist man zur Gründung einer Hüttenindustrie geschritten, die das Elektrostahlverfahren anwendet, und die vom Staat durch Prämien begünstigt wird. Auch die Wasserwirtschaft wird durch Anlage großer Staubecken nun tatkräftig gefördert, sei es, um neues Ackerland, sei es, um Kraftanlagen zu gewinnen. Die Elektrisierung der Eisenbahnen ist in Angriff genommen.

In den verschiedensten Gebieten der Union, in Natal und im Zululand, sowie in Transvaal, hat man den Baumwollanbau beträchtlich ausgebreitet, so daß die Erzeugung nach Kriegsende um das Vierfache größer als vor dem Kriege war und späterhin eine noch schnellere Entwicklung einsetzte. Dazu zieht man neuerdings im Lande auch Flachs. So ist die aufstrebende Textilindustrie durchaus in der Lage, auf die heimischen tierischen und pflanzlichen Rohstoffe zurückzugreifen. Die Lederwerke, deren Zahl während des Krieges von angeblich nur 2 auf über 200 stieg, haben nur die feinere Auslandsware noch nicht zu verdrängen vermocht. Die chemische Industrie kann unter anderem den Bedarf der Bergwerke an Karbid und Sprengstoffen selbst decken.

Waren im Jahre 1915/16 3900 Betriebe der Fertigindustrie mit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

101 000 Arbeitern vorhanden, so waren es im Jahre 1923/24 7055 mit über 180 000 Beschäftigten, während die Zahl der im Bergbau und in der Bergbauindustrie arbeitenden Kräfte sich auf über 305 000 beläuft.

III. Asien.

1. Vorderasien.

In den Ländern Vorderasiens wurden mit den Friedensschlüssen tiefgreifende Veränderungen durchgeführt, indem in den westlichen und südlichen Teilen eine völlig neue Gliederung der Räume stattfand, freilich vielfach vorläufiger Art, indem der erstarkte nationale Wille einzelner Völker schon sehr einschneidende Korrekturen der Aufteilungsbeschlüsse erzwungen hat, so vor allem in Kleinasien und in Arabien, und weitere Änderungen offenbar in naher Zeit erwartet werden können. In Kleinasien hat die völkische und nationale Verjüngung des Osmanentums die inneren Gegner fremder Abstammung beseitigt, im Kriege die Vernichtung von 1—1½ Millionen Armenier erreicht und in der Nachkriegszeit die Abwanderung der Griechen, die bis zum Spätherbst 1924 in einer Stärke von 1½ Millionen die ihnen seit Jahrtausenden vertrauten Küstenzonen verlassen haben. Smyrna sank von einer Stadt von etwa 300000 Einwohnern auf eine solche von nicht einem Drittel. Mit der Beseitigung dieser Gegner langer Jahrhunderte sind auch tüchtige Elemente verschwunden, die für die Landwirtschaft wie für die Entwicklung des Gewerbes von großer Bedeutung waren. Es hat sich noch zu erweisen, ob die Entfernung derartiger, unruhiger, wirtschaftlich indessen sehr aktiver Elemente nicht artiger, zwar unruhiger, wirtschaftlich indessen sehr aktiver Elemente nicht doch ein Fehler war. Umgekehrt haben die Türken als Gewinn, der aus den mazedonischen und westthrazischen Gebieten, den besten Zigarettentabakzonen der Welt, ausgewiesenen Osmanen zu verzeichnen, die bereits einen sehr starken Aufschwung des Tabakbaus und auch der Tabakindustrie herbeigeführt haben. Jedenfalls haben die Türken, die die Aufhebung der Kapitulationen erzwungen haben, den Willen, von der völkisch einheitlichen Grundlage aus mit der politischen und nationalen Reorganisation auch den wirtschaftlichen Aufbau tatkräftig in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck soll nun endlich systematisch das Land durch Eisenbahnen, sollen die Kohlen- und Eisenerzlager (Heraclea, Zafranboli, Wil. Kastamuni) erschlossen werden. Die türkische National-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

versammlung ist jüngst der Errichtung von Eisen- und Stahlwerken näher getreten. Der Baumwollbau, der sich neuerdings stärker auch auf die Gegend von Smyrna ausdehnt, hat nach schwerem Niedergang den Vorkriegsumfang im Jahre 1925 überschritten. Er sowie die Seidenraupenzucht suchen die Hebung der heimischen Textilindustrie zu fördern; der Seidenweberei halber hat man die Einführung der Kunstseidenindustrie verboten.

Die syrisch-arabischen Länder sind aufgeteilt worden zwischen die beiden Mandatsmächte Frankreich und Großbritannien. In Syrien war schon vor dem Kriege der Einfluß Frankreichs im Wirtschaftsleben, namentlich im Verkehr (Eisenbahnen) und in der Industrie stark und ist mit der Übernahme des Mandats begreiflicherweise erweitert worden. Überraschender ist die Entwicklung in Palästina[10], wo mit der starken Zuwanderung jüdisch-zionistischer Elemente das Wirtschaftsleben teilweise auf ganz neue Grundlagen gestellt wird, denen die Ausdehnung der Eisenbahnen im letzten Jahrzehnt sehr zustatten kommt. Stehen auch die Landwirtschaft und das Handwerk im Vordergrund, so ist nicht minder die Entstehung neuer, über bescheidene Ansprüche weit hinausgehender Industrien sehr bemerkenswert, wie sie namentlich die neue, gleichsam über Nacht entstandene Judenstadt Tel-Awiw bei Jaffa, die mit ihren 30—40 000 Einwohnern beinahe ein Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung Palästinas beherbergt, und die Hafenstadt Haifa aufweisen. Es sind vornehmlich landwirtschaftliche Industrien (Mühlenwerke, Ölfabriken), dann Werke der Salzgewinnung auf industrieller Grundlage, aber auch bedeutende Unternehmungen der Baustoffe (Zement, Ziegeleien) und bereits eine Reihe von Textilfabriken, bei denen die Maschinen teilweise aus Polen übertragen wurden, errichtet worden. Auch die Elektrizitätswirtschaft entwickelt sich und sucht große Pläne, wie die Aufstauung des Sees von Galiläa, durchzuführen.

Mesopotamien und die anschließenden Teile Irans sind durch ihre Erdölvorkommen heiß umstrittene Räume. Im ehemaligen türkischen Teil, einer wichtigen Etappe auf dem Wege nach Indien, hält Großbritannien seine Mandatsansprüche mit der Errichtung eines arabischen Staates Irak aufrecht, namentlich auch in dem nördlichen Wilajet

[10] F. Pinner, Das neue Palästina, Volkswirtschaftliche Studien, Berlin 1925.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mossul, wohl mehr aus politischen als aus wirtschaftlichen Gründen, mögen letztere auch sehr wichtig sein, was neben der starken Förderung des Erdöls (mit Persien 1913: knapp 2, 1924 aber 30 Mill. Barrels) in der Pflege des Baumwollbaus zum Ausdruck kommt. In den iranischen Ländern, im größten Teil von Persien und noch mehr in Afghanistan kann auch heute noch nicht von einer bescheidenen Europäisierung der Industrie gesprochen werden, zumal nur ein paar kurze Eisenbahnstrecken vorhanden sind. Aber in beiden Ländern bereitet sich offenbar ein Umschwung vor. In Persien geht man an die Errichtung von Textil-, Zündholz- und Papierfabriken im Zusammenhang mit neuen Eisenbahnplänen. Und in Afghanistan hat der sehr reformfreudige Emir jüngst in der Nähe von Kabul den Grund zu einer Industriestadt (mit Eisengießereien und Textilfabriken) gelegt.

2. Indien.

Bedeutende Fortschritte hat die Industrialisierung mit dem Kriege in **Vorderindien** gemacht. Zwar ist Indien auch heute noch ein ganz vorwiegend Landwirtschaft treibendes Land. Während aber im Jahre 1911 noch 87% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt waren, waren es ein Jahrzehnt später nur 73%. Der Anteil der Industriearbeiter beläuft sich bereits auf etwa 11 %. Während selbst noch im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts die Entwicklung nur eine bescheidene gewesen war, strömt mit der europäischen Industrialisierung eine immer größer werdende Masse von Arbeitern aus den Dörfern in die Städte. Damit gehen die ländlichen Kleingewerbe zurück[11]. Aus der großen Zahl vorwiegend kleiner Werke wachsen nun nach und nach bedeutende industrielle Großbetriebe empor. Schon vor dem Kriege hatte die indische Bevölkerung begonnen, sich am Aufbau des Großgewerbes mitzubeteiligen. Im Grunde hat aber doch erst der Krieg der indischen Bewegung auch auf dem Wirtschaftsgebiet zum Durchbruch verholfen. Er machte es Großbritannien beinahe unmöglich, seinen alten Absatzmarkt mit Waren zu versehen. Das gab den indischen Fabrikanten die Möglichkeit, ihr Land nun selbständig neben den alten Industrieländern zu entwickeln und das Vorhandene weiter auszubauen. Das nationalindische Kapital drängte sich mehr in den Vordergrund.

---

[11] Manabendra Nath Roy, Indien Hamburg 1922. — Report of the Indian Industrial Commission.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die britische Regierung, die vorher keineswegs eine Förderin indischer Industrien gewesen war, unterstützte bis zu einem gewissen Grad diese indische Bewegung. Um die Inder für die Aufbringung eines Kriegsfonds von 100 Millionen Pfund geneigt zu machen, bewilligte sie im Jahre 1916 einen 3½ %-Zoll auf Baumwolle. So wurde der wichtigsten indischen Industrie ein kräftiger Schutz zugebilligt, so daß bereits 1917 der größte Teil des Bedarfs an Garn und die Hälfte des Bedarfs an Webwaren gedeckt werden konnte. Der neuerdings wieder stärker werdenden Zufuhr japanischer Baumwollgarne und Gewebe, ähnlich dem Vordringen in den ersten Kriegsjahren, sucht man durch eine rigorose Schutzzollpolitik und durch Aufhebung der inneren Verbrauchssteuerabgaben zu begegnen. Aber bei dieser Zufuhr handelt es sich bereits um bessere Qualitäten, bei deren Absatz die einstmals so stark vorherrschende englische Industrie schwer bekämpft wird.

Die Zahl der in der Baumwollindustrie arbeitenden Spindeln hat sich von etwa 6 Mill. im Jahre 1913 auf etwa 8½ Mill. im Jahre 1925 erhöht, die Zahl der Webstühle von 100 000 auf 150 000. Rechnet man den Bedarf der Heimarbeit mit, so wird beinahe die Hälfte der indischen Baumwolle im eigenen Lande bereits verarbeitet, darunter abermals fast die Hälfte in der riesig erweiterten Industrie von Bombay. Die Produktion der Wollindustrie, bei der die Bildung von Großbetrieben in der jüngsten Zeit besonders auffallend war (1912: 4 Unternehmungen mit je über 50 Arbeitern, 1922: 30), war 1917 um das Dreieinhalbfache größer als vor dem Kriege. Das in der Juteindustrie investierte indische Kapital war gegenüber der Vorkriegszeit gegen Kriegsende um mehr als das Dreifache gestiegen.

Die Textilindustrie, die dank des großen eigenen Rohstoff- und Viehreichtums eine starke Grundlage im Lande hat und die daher auch gerade von der Sympathie der Stützen der nationalen Freiheitsbewegung, wie Gandhis, getragen wird, auch vorzugsweise in Händen von Indern sich befindet, weist von allen Industrien den beträchtlichsten Aufschwung auf. Die Zahl der Arbeiter, einschließlich der Hauswerker, belief sich 1921 auf gegen 7,8 Mill. An in den unmittelbaren britischen Besitzungen gelegenen Unternehmungen, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigten, gab es 1922 2611 (1913: 1626) mit 780 000 (553 000) Arbeitern. Namentlich die Baumwollindustrie ist in ihren Einrichtungen in der jüngsten Zeit stark modernisiert worden. Bezeichnend ist, daß, während vor dem Kriege die englische Textilmaschinenindustrie nach

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Indien überhaupt keine Ausfuhr hatte, im Jahre 1922 hierhin zwei Fünftel ihrer Ausfuhr gingen.

Die vor dem Kriege ganz unbedeutende und vorwiegend im Hausgewerbe steckende Lederindustrie, wies 1922 bereits 107 größere Betriebe mit 17 000 Arbeitern auf. Sie erfreut sich der Hilfe des Staates, der die Ausfuhr von Fellen durch Erhebung von Ausfuhrzöllen erschwert. Ebenso dehnt sich die Verarbeitung von Holz und Holzmasse aus. Der schwedische Zündholztrust errichtet im Lande eigene Zündholzfabriken. Die Papiererzeugung, die vor dem Kriege noch keinen größeren Betrieb aufwies, steigerte ihre Papiererzeugung von 1913 zu 1917 auf fast das Zweieinhalbfache. Ein beinahe ausschließlicher Gewinn der jüngsten Zeit ist die Zementindustrie.

Gegenüber der Textilindustrie ist die metallurgische, bei der gleichfalls das Streben nach staatlichem Schutz stark ist, etwas zurückgeblieben. Aber auch hier zeigen sich seit dem Kriege bemerkenswerte Ansätze eines Aufschwunges. Beachtlich bleibt ja auch die Entwicklung des Kohlenbergbaus (1913: 16, gegen 1918 über 21 Mill. t), die den heimischen Bedürfnissen genügt und auch noch eine kleine Ausfuhr erlaubt. Eine nationale Hütten- und Stahlwerksindustrie ist nun mit zwei großen Unternehmungen im Werden, von denen die größere, das Werk des Inders Tata, sich während des Krieges gewaltig vergrößert und eine ansehnliche Mittelstadt, Jamshedpur (Bengalen) ins Leben gerufen hat. Im Jahre 1924 deckte die Hüttenindustrie etwa drei Zehntel des Bedarfs an Eisen und Stahl, und man hofft, das Verhältnis der einheimischen Produktion zu dem im Ausland zu befriedigenden Bedarf im Jahre 1926 wie zwei zu drei gestalten zu können. Unter großen Schwierigkeiten, die darin liegen, daß nicht genügend einheimische geschulte Kräfte vorhanden sind, da man lange Zeit fast ausschließlich auf englische Facharbeiter zurückgriff, entwickelt sich nun auch die Maschinenindustrie. Auch die Wasserkraftwirtschaft ist begründet worden und hat die Elektrisierung der Eisenbahnen bereits eingeleitet.

In **Hinderindien,** sowohl in den festländischen wie in den insularen Gebieten, von denen die letzteren in ausgesprochen äquatorialen Breiten liegen, ist die Industrialisierung im allgemeinen noch gering. Die Räume mit ihren großen wertvollen Wäldern, ihren ausgezeichneten Böden, die die noch immer weiter sich ausdehnenden Plantagenkulturen so sehr begünstigen, haben fast nur industrielle Unternehmungen, die sich der Zubereitung der forst- und landwirtschaftlichen Pro-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dukte zuwenden, wie Sägewerke, Reisschälmühlen, Zuckerfabriken, Tapiokafabriken, Pflanzenölmühlen und Raffinerien, Tabakfermentieranstalten, dann weiter in alter Heimarbeit sich vollziehende Textilindustrien. Eine auf fremde Rohstoffe oder auf bergbauliche Erzeugnisse sich stützende europäische Industrie existiert nur hier und da, meist nur in Anfängen. Die jüngste Zeit hat aber auch an einigen Punkten die Begründung neuer Fabrikindustrien veranlaßt, die Anlage von Zementwerken (so auch in Bangkok), Lederfabriken, namentlich aber auch von Eisen verarbeitenden und chemischen (Chininherstellung in Bandung im Innern Javas usw.) Industrien, u. a. in Siam, in Französisch-[12] und noch mehr in Niederländisch-Indien. Vom französischen Gebiet ist Tonkin (mit seinen reichen Anthrazitkohlenfeldern, seinen Zinkerzen und Phosphaten) der industriell entwickeltste Teil. Die Franzosen haben hier eine aufstrebende Hafenstadt, Haiphong, mit Zinkhüttenwerk, sehr bedeutender Zementfabrikation, ansehnlicher chemischer und Papierindustrie — diese auch in Hanoi — völlig neu geschaffen. Jung und bereits beträchtlich ist auch die hier wie in Hué (Annam) entstandene Keramik- und Glasindustrie, die in weiten Gebieten des Ostens ihren Absatz findet. Auch andere Industrien, wie die Tabakverarbeitung, sind in Indochina neuerdings emporgeblüht. Man ist im französischen Gebiet zur Anlage von Baumwollfabriken übergegangen, während solche auf den niederländischen Inseln noch fehlen. Hier denkt man an die Schaffung einer eigenen Juteindustrie, um die javanische Zuckerindustrie unabhängiger von den vorderindischen Fabrikaten zu machen.

Man tritt in der jüngsten Zeit dem Gedanken näher, die Kohlen (von Borneo, Sumatra), deren Förderung sich 1921 auf über 1,1 Mill. t gehoben hat, und die Erze (von Celebes, Borneo usw.) in einem großen Hüttenwerk zu verwerten. Da aber die in erster Linie in Frage kommenden Kohlen von Borneo sich zur Verkokung nicht besonders eignen, so ist man von dem Plan, auf dieser Insel große Werke zu errichten, anscheinend wieder etwas abgekommen. Es arbeiten übrigens bereits kleine Hüttenanlagen im südlichen Sumatra und in Surabaja. Wesentlich kräftiger ist schon die Hüttenindustrie der malayischen Halbinsel, die nicht nur ihre Zinnerze, sondern auch die Südafrikas und Australiens verhüttet. Die Verhüttung der Zinnerze auf Banka und Billiton geht in einfachen Anlagen vor sich; aber auch hier ist der Bau eines

[12] Revue Indochinoise — A. Gaisman, L'œuvre de la France au Tonkin Paris. — L'Indochine du Nord, Paris 1923.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

modernen Werkes beabsichtigt. Von großer Bedeutung sind die Erdölfelder auf Sumatra, Borneo, Java, die in wachsendem Umfange (1913: 11, dagegen 1922: 16 Mill. Barrels) erschlossen werden und die eine sehr ansehnliche Industrie mit bedeutender Ausfuhr ins Leben gerufen haben. Große Kraftanlagen, die unter anderem die Elektrisierung der Eisenbahnen sich zur Aufgabe setzen, sind in der Ausführung begriffen.

Die Eisenverarbeitungsindustrie hat in Surabaja an der javanischen Nordküste immerhin bereits ein lebhaftes Zentrum gefunden. Man stellt hier namentlich Eisenkurzwaren her, Maschinen, dann auf staatlichen Werften Schiffe. Das ausgedehntere Bahnnetz Javas ist übrigens bereits in der Lage, Lokomotiven aus den Werken in Cheribon, das gleichfalls an der Nordküste liegt, zu erhalten, wie auch sonst der Eisenbahnbedarf zu einem guten Teil im Lande gedeckt werden kann.

Auch auf den gleichfalls in tropischen Breiten gelegenen Philippinen[13] knüpft die Industrie fast ganz an den landwirtschaftlichen Reichtum der Inseln an. Das nordamerikanische Kapital hat sich im Archipel immer etwas zurückgehalten, da man es bei dem unsicheren politischen Schicksal der Inselgruppe nicht einer sehr ungewissen Zukunft aussetzen wollte. Immerhin ist auch hier jüngst wohl das Interesse der Union und ihrer Wirtschaftskreise für die Inseln etwas lebhafter geworden, vielleicht aus dem Gedanken heraus, daß die herrschende republikanische Partei nicht so leicht den Archipel freigeben wird. Bemerkenswert sind namentlich die technischen Vervollkommnungen, wie man sie in der Zuckerindustrie und in der Kopraverarbeitung, die zeitweise eine außerordentliche Erweiterung erfuhr, eingeführt hat. Indem man neuerdings für den Visayasarchipel die Maulbeerbaumkultur befürwortet, hofft man, die Seidenindustrie entwickeln zu können. Da auch Eisenerze (zumal auf Mindanao) in großen Mengen vorhanden sind, so erörtert man auch den Gedanken, eine eigene Eisen- und Stahlindustrie zu begründen.

3. Ostasien[14].

Trotz der jahrelangen inneren Zerrüttungen, die **China** heimsuchen und die eine feste Zentralgewalt unmöglich machen, erkennt man klar,

[13] W. Tuckermann, Die Philippinen, Leipzig 1926.

[14] Sehr wichtig: The Far Eastern Review (Shanghai). — Arnold, Commercial Handbook of China, Washington. — The China Yearbook, London. — The Japan Yearbook, Tokio. — W. Mc. Govern, Modern Japan, London 1920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß in dem großen Reich sich auch in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen etwas Neues anbahnt, das zugleich mit der Beseitigung jedes fremden exterritorialen Einflusses und dem Streben nach voller Zollautonomie das Land wirtschaftlich selbständiger stellen soll. Immer mehr treten neuerdings die Chinesen in die Fabrikindustrie ein, die bis vor wenigen Jahrzehnten fast ausschließlich, und dazu in kleinem Umfange in den Fremdenstädten den Fremden vorbehalten war. Von den Baumwollspindeln und Webstühlen gehören ihnen nun etwa zwei Drittel, die übrigen meist den Japanern. Auf Grund des eigenen bergbaulichen, pflanzlichen und tierischen Reichtums und nicht zuletzt seines Reichtums an Menschenkräften besitzt das Land die Möglichkeit, eine starke Industrie zu schaffen und ihre Erzeugnisse im eigenen Raum abzusetzen.

In China ist ähnlich wie in Indien die Entwicklung der Textilindustrie besonders beachtenswert. Das Gewerbe, das in erster Linie auf dem uralten Baumwollbau des Jangtsebeckens und des Nordens fußt, ist erst in den beiden jüngsten Jahrzehnten, namentlich aber seit dem Weltkrieg dank der Einführung von Maschinen, die vor dem Kriege nur in ganz kleinen Mengen ins Land kamen, und der billigen Arbeitskräfte achtunggebietende Fabrikindustrie geworden. Neugründungen waren in der Baumwollindustrie zeitweilig in den jüngsten Jahren an der Tagesordnung. Wenn auch der eigene Baumwollanbau infolge der schweren inneren Zuckungen gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen und man infolgedessen auf die Einfuhr von etwa einem Viertel des Bedarfs angewiesen ist, so ist doch der Verbrauch ständig gestiegen. In der Vorkriegszeit verbrauchte die chinesische Baumwollindustrie etwa 520 000 Ballen, 1924 reichlich das Dreifache. Die Zahl der Baumwollspindeln stieg von etwa 1 Million vor dem Kriege auf über 3⅓ Millionen 1925. Diese schnelle Aufwärtsbewegung vollzieht sich also in einer Zeit schwerster Bürgerkämpfe und in einem Land sehr geringer moderner Verkehrswege, womit die Konzentrierung der Industrie zur Zeit noch auf wenige, günstig gelegene Verkehrsplätze, wie vor allem auf Shanghai, gegeben ist. Es ist der Baumwollindustrie gelungen, die nordamerikanische und britische Einfuhr sehr stark zurückzudrängen, während die japanische sich noch so einigermaßen hält. Auch die uralte Seidenindustrie organisiert sich jetzt stärker in Fabrikbetrieben. In den Provinzen des untersten Jangtsekiang, in Kiangsu und Tschekiang, sind in jüngster Zeit bedeutende Unternehmungen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

(Sungkiang, Sutschou, Wusih) entstanden. Im Jahre 1920 wurde berichtet, daß hier ein Spezialzweig, die Fabrikation von seidenen Satinbrokaten, bereits 200 000 Arbeiter beschäftige. Im übrigen hat man es in China beim Ausbleiben der handgeklöppelten Spitzen unserer Mittelgebirge während des Krieges verstanden, auch diesen Zweig der Textilindustrie durch deutsche Vermittlung zu übernehmen und sich mit Erfolg in den europäischen Markt einzudrängen.

Natürlich finden sich auch Bestrebungen, die metallurgische Industrie zu fördern. Ihre Aussichten sind günstig, da Erze und zumal Kohlen in großen Reserven zur Verfügung stehen. Die Förderung der Kohle ist größer geworden (1913 : 8, 1923 : 20 Mill. t). Zu dem älteren Stahlwerk in Hanyang bei Hankou der Hanyehpinggesellschaft, die Erzminen und Kohlengruben besitzt, sind weitere im Jangtsekianggebiet (Hankou, Shanghai) hinzugetreten, und bei Peking sind solche beabsicht. Die in ungewöhnlicher Entwicklung befindliche Mandschurei, das Ziel der größten Völkerwanderung der Gegenwart (1911: 13, 1925: 25 Mill. Einw.) hat leistungsfähige, unter japanischem Einfluß stehende Hüttenwerke, wie die auf die Kohlen von Fushun und eigene Erzgruben begründeten Stahlwerke bei Anshan in der Gegend von Mukden. Aber man denkt auch hier im Zusammenhang mit dem Bau neuer Bahnlinien und der Erschließung der an ihnen liegenden Kohlengruben an die Errichtung von rein chinesischen Unternehmungen. Die Verarbeitungsindustrie ist noch unbedeutend, besteht doch bisher erst eine einzige große Nagel- und Nietenfabrik (in Shanghai). Die meisten Neugründungen in der Eisenfertigindustrie gehen gleichfalls auf den Krieg zurück. So sind in jüngster Zeit Fabriken entstanden, die Textil- und Werkzeugmaschinen herstellen. Der Ausbau des Bahnnetzes und der Zug, die fremden Linien zu nationalisieren — über $^5/_6$ der Bahnstrecken sind jetzt im staatlichen Besitz —, führte in der jüngsten Zeit zu einer umfangreichen Herstellung eigenen Materials, wobei die Gesellschaften freilich mitgearbeitet haben. Man stellt nicht nur Eisenbahnwagen her, sondern (auf den Tangschan-Werkstätten der Peking-Mukden-Eisenbahn, den Werkstätten der südmandschurischen Eisenbahn in Dairen u. a.) auch Lokomotiven. Beachtenswert ist ferner der Aufschwung des Schiffbaus, und zwar in Händen nationalchinesischer Unternehmungen, in Tientsin, Kanton, namentlich aber in und um Shanghai.

Auch die Holzverarbeitungsindustrie befindet sich in starker Ent-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wicklung. Im Jahre 1924 zählte man im ganzen Reich über 50 Streichholzfabriken, in denen freilich der japanische Einfluß noch vorwiegt. Die Industrie der Erden entwickelt sich neuerdings gleichfalls in bedeutendem Umfang. In Schantung besteht eine Zementfabrik, die an die 5000 Arbeiter beschäftigt. Ganz jung ist die Glasfabrikation.

Der Chinese, der noch vor kurzem kaum Milchkühe kannte, beginnt nun auch eine Molkereiindustrie aus kleinen Anfängen um die Großstadtzentren Kanton und Shanghai zu entwickeln. Der Krieg hat die Entwicklung einer modernen Mühlenindustrie, besonders in Shanghai, sehr beschleunigt. Vor dem Kriege bestanden 70, jetzt gegen 150 Mühlenwerke, die, wenn auch zunächst nur vorübergehend, bereits in der Lage waren, Weizenmehl auszuführen. Weit bedeutender ist freilich die sehr erstarkte Ölmühlenindustrie, besonders in der Mandschurei (Dairen), mit ihren ausgedehnten Sojabohnenkulturen. In dieser Industrie, wie auch in der Bohnenkuchenverarbeitung sind übrigens die Chinesen, wenn man die primitiven Unternehmungen mitrechnet, gegenüber den Japanern weit vorherrschend. Auch die chinesische Zuckerherstellung wird nun mit modernen Raffinerien ausgestattet.

Wie Indien und China, so ist auch **Japan** heute noch vorwiegend ein Land der Agrarwirtschaft. Dazu ist sehr wichtig die Fischerei und die Holzwirtschaft. Aber entsprechend den kleinräumigeren Verhältnissen, der dichtsitzenden Besiedlung, der politischen Stellung des Landes mit seinen Großmachtansprüchen ist das Verhältnis zwischen diesen Erwerbszweigen und der Industrie doch mehr zugunsten der letzteren verschoben, wenn auch heute wohl noch zwei Drittel der japanischen Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei arbeiten. Japan hatte schon in der Vorkriegszeit eine starke Industrie; jedoch ist die Ausgestaltung und Erweiterung seit dem Kriege ganz offenkundig. Mehr als einem anderen nichtamerikanischen Land war Japan und seiner Industrie dank ihrer Anpassungsfähigkeit, der Billigkeit ihrer Erzeugnisse und des Wegbleibens der europäischen Konkurrenten in den Kriegsjahren eine Zeit außerordentlichen Glücks und starker Expansion beschieden. Vielfach trat die Industrie in die Fußtapfen der englischen und riß sich deren Absatzgebiete an, zumal die Länder des indischen Ozeans. Selbst in den Markt des abessinischen Hochlandes konnte sie erfolgreich eindringen. In den Gebieten des Stillen Ozeans teilte sie ihr Vordringen mit der nordamerikanischen. Aber auch jenseits der Magellanstraße, in Argentinien und zumal in Brasilien, das

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ein Ziel japanischer Zuwanderung wurde, gelang es der japanischen Fabrikindustrie, neue Absatzgebiete zu finden. Manche dieser Eroberungen sind ihr mit der Wiederkehr normaler Verhältnisse, mit dem Wiederauftreten der Europäer auf den alten Märkten genommen worden; aber die äußere Erstarkung der japanischen Industrie ist Tatsache. Sie wendet sich jetzt vor allem gegen die fremde Einfuhr im eigenen Land. Das Bestreben ist allenthalben bemerkbar, über die billigen und häufig minderwertigen Waren hinaus auch gute anzufertigen, so in der Baumwollindustrie feinere Garne, mit denen es der japanischen Industrie gelungen ist, kräftig auf dem indischen Markte vorzudringen, der aus dem eigenen Lande noch nicht entsprechend versorgt werden kann. Die englische Industrie hat zweifellos in der japanischen einen Gegner, der anfängt, sich in der Herstellung guter Ware zu betätigen. Das eingezahlte Kapital stieg bei den Industrieunternehmungen von etwa 880 Mill. Yen in 1915 auf rund 2250 in 1919, wobei freilich die Entwertung der Währung in Rechnung zu setzen ist. Die Zahl der Fabrikarbeiter steigerte sich in Unternehmungen mit wenigstens 10 Angestellten in derselben Zeit von 910 000 auf über 1,6 Millionen.

Eine Grundlage der Industriesteigerung ist die Hebung der Steinkohlenförderung. Sie hob sich von 21 (1913) auf 31 Mill. t (1919). Dazu kommt die Steinkohle in Korea, im japanischen Interessengebiet der Südmandschurei, die sich zur Verhüttung besser eignet als die des eigenen Landes, und — neben den Erdölvorkommen — die vorzügliche Kohle der russischen Hälfte von Sachalin, von der das gleiche gilt, und deren Ausnutzungsrechte Japan unabhängig von fremder Kokskohle machen sollen. Zur Unterstützung der Industrialisierung kommt die Ausnutzung der Wasserkräfte, die besonders im mittleren Teil von Hondo, im Hinterland von Tokio-Yokohama und Nagoya sehr schnell fortschreitet. Während die Wasserkraftwerke des Jahres 1917 eine Leistungsfähigkeit von 510 000 P.S. aufwiesen, wurde sie im Jahre 1921 auf 1 Mill. und im Jahre 1923 auf 1,7 Mill. veranschlagt. Dazu befanden sich Anlagen im Bau, deren Leistung auf über 1 Mill. P.S. geschätzt wird. Das in der Elektrizitätsindustrie investierte Kapital stieg von 169 Mill. Yen (1910) auf 1200 Mill. (1921). Wird so der Industrie in erheblichem Umfange Kraft hinzufügt, so hat man gleichfalls mit der Elektrisierung der Eisenbahnen (seit 1915, erste Linie: Tokio—Yokohama) begonnen. Damit ist auch der Bedarf für elektrische Maschinen,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der aber größtenteils bereits im Lande gedeckt werden kann, mächtig gestiegen.

Die sehr erweiterte Hüttenindustrie hat Japan in seinen Rohstoffen stark abhängig vom Festland gemacht, da das Inselreich nur wenige Erze aufweist. Die während des Krieges mit allen Mitteln gehobene Eisenerzförderung ist stark zurückgegangen. Aus China bezieht Japan daher (1925) fast 1 Mill. und aus Korea und der Mandschurei 1/3 Mill. t Erze, wozu noch rund 300 000 t chinesische Manganerze kommen. Der Erzbedarf ist in der Nachkriegszeit noch stark im Steigen. Die Forderungen der Kriegsführung haben die großen japanischen Hüttenwerke (die großen Muroranwerke auf Hokkaido, weitere Werke in Korea), von denen die bedeutendsten im Besitz des Staates sind (Wakamatsu, Yawata), der aber auch die privaten Werke unterstützt, außerordentlich erweitert. Die Stahlerzeugung stieg von 230 000 t im Jahre 1913 auf 1,5 Mill. t im Jahre 1921. Auch in den Verarbeitungsindustrien, wie sie dem Verkehr (Eisenbahnen, Schiffswerften) dienen, hat der Staat eine starke Stellung. Hier ist der Krieg gleichfalls ein reger Förderer gewesen, zumal auf dem Gebiet des Schiffbaus mit seinen großen Unternehmungen in Kobe, Nagasaki, Osaka usw. Im Jahre 1912 bestanden 226, 1919 362 Schiffswerften. Die von den Werften gebauten Schiffsräume haben sich von 1912 bis 1919 rund verzehnfacht (72 000—725 000 t). Die Dampferflotte hat sich mehr als verdoppelt. Dazu kommt noch eine ansehnliche Seglerflotte. Mit dieser Vergrößerung hat sich das Verkehrsgebiet der japanischen Flotte mächtig ausgedehnt (Europa, atlantische Seite von Südamerika).

Die umfangreichste Industrie ist auch in Japan die Textilindustrie. Die Baumwollindustrie ist eine ausgesprochene Großindustrie europäischen Charakters geworden. Die Baumwollernte hat sich im Nebenland Korea gegen die Vorkriegszeit rund verdoppelt. Wies die japanische Industrie im Jahre 1914 rund 2,2 Mill. Baumwollspindeln auf, so waren es 1925 über 5 Mill. Wird die Seidenindustrie auch noch ganz vorwiegend im alten Stil betrieben, so ist doch in ihr der Fabrikbetrieb in jüngster Zeit erstarkt, so daß sich ihre Spindelzahl seit Kriegsausbruch um mehr als das Doppelte vergrößert hat. Unbedeutend ist bisher die japanische Kunstseidenindustrie. Sehr bemerkenswert ist aber wieder der Aufschwung der Wollindustrie, die neuerdings einen riesig gesteigerten Bedarf zu befriedigen hat und die die Einfuhr englischer Kammgarnstoffe stark eingeschränkt hat.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gefördert ist endlich die Industrie der Holzverwertung, der die eigenen großen Wälder, die Konzessionen auf Nordsachalin usw. zur Verfügung stehen. Die japanische Holzstoffproduktion für die Papiererzeugung stieg von 76 000 t im Jahre 1913 auf 420 000 t im Jahre 1925, der nur eine kleine Einfuhr gegenübersteht. Sehr bedeutend hatte sich die Zündholzindustrie gehoben, der namentlich während des Krieges eine wesentliche Erweiterung ihres Marktes geglückt war. Die chemische Industrie ist in einzelnen ihrer Branchen, wie der Farbenindustrie, sehr jung, aber immerhin so leistungsfähig, daß sie jetzt viele Anilinfarben selbst herzustellen vermag, womit freilich die deutsche Zufuhr noch nicht überflüssig gemacht ist. Einen bemerkenswerten Aufschwung hat auch die Zuckerindustrie genommen.

IV. Australien.

Im kleinsten Kontinent, in **Australien,** liegen für die Entwicklung der Industrie die Dinge im allgemeinen nicht sonderlich glücklich[15]. Die Erschwerungen sind begründet in der entlegenen Lage des Erdteils, seiner geringen Bevölkerungszahl, der Absperrung des Landes gegen die farbige Bevölkerung wie überhaupt in der im ganzen nicht gerade einer Ausbreitung der Industrie freundlich gesinnten Politik der herrschenden Partei, der Arbeiterpartei, die „im Lande der geruhsamen Arbeit" auf die Hebung des Loses der eigenen Arbeiterschaft bedacht, einen stärkeren Zuzug auch von weißen Arbeitnehmern als unerwünscht ansieht. Das Nachlassen der Ausfuhrmöglichkeit, wie bei den Kohlenminen von N. S. Wales, in der Grafschaft Northumberland bei Newcastle, die trotz der hervorragenden meernahen Lage der Kohlen (ähnlich der Lage in der gleichnamigen nordenglischen Grafschaft) zurückging, hat den Bergbau nur schwach gefördert. Immerhin hat die Erschwerung der Zufuhr auch in Australien die Hütten- und Verarbeitungsindustrie beinahe wider Erwarten schnell aufblühen lassen. Stieg doch die Kokserzeugung von 300 000 t (1913) auf etwa 620 000 (1918). Man war hier, wie auf anderen Gebieten, gezwungen, Dinge, die bisher infolge der hohen Arbeitslöhne im Lande nicht hergestellt und daher im Rohzustand ausgeführt wurden, um nach der Verarbeitung wieder hereingebracht zu werden, in eigene Verarbeitung zu nehmen. Vor 1914 gab es auf

[15] K. Hassert, Australien und Neuseeland, Gotha 1924. — T. A. Coghlan, Labour and Industry in Australia, London 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem Kontinent nur ein einziges Hüttenwerk in Lithgow im Kohlenbecken von N. S. Wales, das aber nur etwa 50000 t Roheisen herstellte, so daß die Einfuhr von Roheisen und Stahl sich auf über ½ Mill. t belief. Während des Krieges errichteten nun die Broken Hillwerke, gewissermaßen über Kohle und Erz, die sehr bedeutenden Stahlwerke in Newcastle. Es entstanden hier einige kleinere Unternehmungen. Die Hüttenindustrie bedient sich übrigens bereits des Elektroverfahrens. Indem die Errichtung weiterer Hüttenwerke geplant ist, hat Australien eine immerhin beachtenswerte Schwerindustrie erhalten, deren Entwicklung eben doch nur aus den Kriegsvorgängen heraus zu erklären ist. Auch die Verarbeitungsindustrie hat sich stärker entwickelt. Sie widmet sich im steigenden Umfange der Herstellung von Maschinen, auch von Lokomotiven, von Agrarmaschinen amerikanischen Typs, von Waggons, von Schiffen (Newcastle, Sydney). Im Staate N. S. Wales stieg die Zahl der in der Metallindustrie tätigen Arbeiter von 25500 im Jahre 1912 auf 34300 im Jahre 1921.

Auch die Textilindustrie beginnt eine kräftigere Entwicklung zu nehmen. Die gewaltigen Schafherden haben die Wollindustrie schon längst eingebürgert, aber sie hat sich mit dem Kriege besonders entfaltet. Im tropennahen Queensland hat man seit dem Kriege beinahe aus dem Nichts eine ziemlich bedeutende Baumwollkultur großgezogen, der 1921 erst 2800, dagegen 1924 bereits 62000 Acres gewidmet waren. Zählte man im Jahre 1921 800 Baumwollpflanzer, so waren es 1923 nicht weniger als 14500! Im Jahre 1922 betrug die australische Baumwollernte 3000, im Jahre 1925 14000 Ballen. Mit dem Aufblühen der Baumwollplantagen geht die Entstehung und der Ausbau der Baumwollindustrie parallel.

Sehr bemerkenswert ist weiter das Wachsen der Nahrungsmittelindustrie. Im tropisch-subtropischen Queensland hat sich die Anbaufläche des Zuckerrohrs beinahe verdoppelt. Dazu kommt im klimatisch gemäßigten Südosten (Victoria), wenn auch in geringerem Umfange, die Zuckerrübe. So hat Australien neuerdings, unter Heranziehung italienischer Arbeiter wie in den Plantagen so in der Verarbeitung, auch eine bedeutende Zuckerindustrie, der in Queensland im Jahre 1922 allein 39 Unternehmungen dienten, erhalten. Zu erwähnen ist die Fruchtkonservenherstellung, die vor dem Kriege kaum eine Ausfuhr hatte. In starker Steigerung befindet sich die Mühlenindustrie, so daß das Commonwealth heute im Durchschnitt das Zehnfache der Vor-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kriegsmehlausfuhr aufweist. Auch die Industrie der Viehverwertungsprodukte hat sich mit den starken Forderungen der Kriegführung erweitert. Sie führt nicht nur in erheblichem Umfange Gefrier- und Büchsenfleisch dem Weltmarkte zu, sondern hat sich mehr und mehr der Erzeugung von Molkereiprodukten, wie Käse und Butter, angenommen und drängt damit ähnlich wie die neuseeländische Industrie auf dem englischen Absatzmarkt die europäische Einfuhr zurück. Die Butterausfuhr erreicht in guten Jahren fast das Vierfache der Vorkriegszahlen.

Noch beträchtlicher sind wohl verhältnismäßig die Vorteile, die das Dominium **Neu-Seeland** wenigstens für seine landwirtschaftliche Industrien aus den Kriegsvorgängen gezogen hat. Die Zahl der in den Industriebetrieben überhaupt tätigen Kräfte stieg von 57 000 im Jahre 1915 auf 70 300 im Jahre 1921, das in ihnen investierte Kapital von fast 22 auf gegen 40, der Wert der Produktion von 45½ auf 81½ Mill. £. In den teilweise sehr gut befeuchteten Teilen der Doppelinsel hat die Zucht von Fleischschafen bedeutende Fortschritte gemacht, und ähnliches gilt von der Rinderzucht. So ist auch die Gefrierfleischindustrie erstarkt, wie übrigens auch in dem französischen Neu-Caledonien. Besonders aber ist die Molkereiindustrie gefördert worden, die Erzeugung von kondensierter Milch, Butter und namentlich von Käse, von dem das Land überraschend große Mengen ausführt. Die Erzeugung dieser Produkte ist fast um das Vierfache größer als in der Vorkriegszeit. Seit 1912 hob sich die Ausfuhr von Molkereierzeugnissen von 4 auf 16 Mill. £ im Jahre 1922. Die Ausfuhr der Gefrierfleischindustrie wies in den gleichen Jahren Werte von 4 und 8,4 Mill. £ auf. Auch andere Gewerbe, wie die Lederverarbeitung, das Textilgewerbe, die Holzverarbeitungsindustrie, der Schiffbau haben eine stärkere Entwicklung genommen. Die Förderung der Industrie der beiden Inseln wird durch die reichen Wasserkräfte begünstigt.

V. Amerika.

Der größte Nutznießer aus den Vorgängen des Weltkrieges ist die Neue Welt, und zwar ganz besonders der große nordamerikanische Bundesstaat, wiewohl auch Canada und Argentinien, weiter Brasilien und Chile sehr wesentliche Vorteile aus der großen Weltkrise gezogen haben. Im übrigen ist die gewaltige Erweiterung der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wirtschaftlichen Struktur der nordamerikanischen Union, die sich zu der unbestritten größten Geld- und Wirtschaftsmacht der Erde emporgeschwungen hat, bei uns in der jüngsten Zeit so eingehend geschildert worden, daß man sie in diesen Zeilen übergehen kann.

1. Britisch-Nordamerika.

Der größten Beachtung wert, indes weniger bekannt, ist die Entwicklung der Industrie in **Canada**[16]. Hatte doch die Ausfuhr an industriellen Erzeugnissen im Jahre 1914 einen Wert von etwa 85, im Jahre 1918 dagegen von über 636 Mill. $. Dem industriellen Aufschwung kommt der Reichtum an Kohlen, Erzen und namentlich an Wasserkräften sehr zustatten. Wo Kohlen fehlen, wie im Raum der Lorenzseen und des Lorenzstromes, also im Gebiet der beiden für die Industrie wichtigsten Provinzen, da tritt die Nachbarhilfe der Union ein. Zudem sind diese Räume sehr reich an Wasserkräften, die gerade in der jüngsten Zeit in einem Umfange der Bewirtschaftung zugeführt wurden, wie in keinem anderen amerikanischen Lande und auch kaum in einem anderen Lande der Erde. Weitere großartige Erschließungen stehen bevor. Es stehen schon über 3,3 Mill. P.S. zur Verfügung. Der Krieg hat auch auf die Förderung der Bergbauschätze belebend gewirkt; denn im Jahre 1914 hatte die jährliche Förderung einen Wert von etwa 129, im Jahre 1918 von über 211 Mill. $. Besonders bemerkenswert ist in der jüngsten Zeit die Erschließung der Asbestlager geworden, die dem Dominium in ähnlicher Weise wie in der Nickel- und Kobalterzeugung eine starke Stellung vor allen anderen Ländern der Erde verschafft. Für die Entwicklung einer Hüttenindustrie ist die geographische Verteilung der Erze und Kohlen nicht überall günstig. So ist es vielfach vorteilhafter, für die Verhüttung auf die Erze der Union zurückzugreifen. Die Hüttenwerke, die meist in dem Halbinselland Neu-Schottland (Sydney) und in dem Seenland Ontario angesiedelt sind, haben im ganzen immerhin eine bemerkenswerte Steigerung ihrer Leistung während der Kriegsjahre (Stahlerzeugung 1 Mill. t im Jahre 1913, 1,7 Mill. im Jahre 1918) zu verzeichnen, ohne daß aber diese Steigerung anhielt; in der Nachkriegszeit wurde Canada bald wieder der wichtigste amerikanische Kunde von Eisen und Stahl. Kräftiger entfaltet, und zwar

[16] Canada, National Resources and Commerce, Ottawa 1924. — Report on Financial Industrial, and Commercial Conditions in Canada, 1922.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf ständig ansteigender Linie, hat sich die Eisenfertigindustrie, die im ganzen in der Lage ist, allen Ansprüchen zu genügen und sich vor allem einen Markt in Südamerika zu schaffen sucht. Dabei ist freilich zu bemerken, daß gerade auf diesem Gebiet die Errichtung von Filialbetrieben durch amerikanische Unternehmungen, die auf diesem Wege dem kanadischen Zolltarif entgehen und andererseits der Vorzugsbehandlung teilhaftig werden wollen, die kanadische Waren im britischen Imperium genießen, andauernd groß ist. Im übrigen ist der amerikanische Kapitaleinfluß, wie der englische, auch bei vielen anderen kanadischen Industrien sehr stark. Die Ausfuhr von Produkten der Metallindustrie belief sich im Jahre 1912/13 auf knapp 2, im Jahre 1922/23 auf über 51 Mill. $.

Bedeutender als die Metallindustrie ist die Holzverarbeitung. Namentlich hat hier, dank der reichen Wasserkräfte, die Holzstoff- und Papierindustrie, die die alte Industrie der skandinavischen Länder bereits übertrifft, in der jüngsten Zeit einen außerordentlichen Aufschwung erfahren. Die Ausfuhr von Papier und Holzstoff belief sich 1922 auf 180, 1924 aber auf 273 Mill. $. Die stärkste Stellung nimmt in der kanadischen Industriewirtschaft die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte ein. Hier ist die Steigerung in der jüngsten Zeit beinahe unvergleichlich. Sie fußt auf der gewaltigen Ausdehnung des Getreidebaus, zumal in den Prärieprovinzen, und hier besonders in der Provinz Saskatschewan, in der die Vergrößerung der Anbaufläche und der Ernte seit 1914 einen Umfang erhalten hat, wie in keinem anderen Raum der Erde. Die Ausfuhr von Mühlenerzeugnissen, insbesondere von Weizenmehl, ist im Durchschnitt um mehr als das Dreifache größer als in der Vorkriegszeit. Indem der Zuckerrübenbau sich ansehnlich ausdehnt, auch in der Prärie, stellt die Zuckerindustrie bereits beträchtliche Mengen zur Ausfuhr (1922/23 für 20,6 Mill. $). Vergrößert hat sich auch die Viehzucht, und zwar um die Hälfte der Bestände in der Vorkriegszeit. Der Wert der Molkereierzeugnisse (Butter, Käse, kondensierte Milch) ist heute um rund das Dreifache größer als vor dem Kriege. Die Belebung der Schafzucht in der jüngsten Zeit hat die Wollindustrie gestärkt, die, wie die noch schwache Baumwollindustrie und die kräftigere Lederverarbeitungsindustrie namentlich eine Gegnerin von Vorzugszöllen für britische Waren ist.

Auch in Neu-Fundland, dessen Stärke für die Weltwirtschaft in der Vorkriegszeit beinahe einzig neben der indes stark zurückstehenden

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ausfuhr von Eisenerzen im Export von Fischen und Fischprodukten bestand, hat die Erzeugung von Papier und Holzstoff einen sehr kräftigen Aufschwung genommen. Die vor dem Kriege kaum bestehende Ausfuhr dieser Waren, die heute über ein Viertel der Gesamtausfuhr beansprucht, hat dazu geführt, daß in den letzten Jahren die Handelsbilanz des schwachen Dominium aktiv war.

2. Das lateinische Amerika.

In den großräumigen Gebieten des romanischen Amerika, die in 20 Staaten aufgeteilt sind, kämpft schon infolge der politischen Zersplitterung, der im Gegensatz zum germanischen Norden verlaufenden geschichtlichen Entwicklung und Besiedlung und der damit im Zusammenhang stehenden eigenartigen völkischen Gliederung die Industrialisierung im europäischen Sinne mit sehr großen Schwierigkeiten. All diese Dinge stehen im engen Konnex mit den Naturverhältnissen. Nicht gering sind die Hemmungen, die sich aus der klimatischen Veranlagung der Räume, der Schwierigkeit der Akklimatisation der Europäer, dem vertikalen Aufbau des Landes und manchen anderen naturbedingten Tatsachen erklären. Die gewaltige Gebirgsmauer im Westen des südamerikanischen Erdteils, die orographisch aus verschiedenen Teilen besteht und so gerade zur Bildung der verschiedenen Staaten beigetragen hat, ist von der Küste aus sehr schwer zu ersteigen. So sind die Verkehrsverhältnisse in den meisten Teilen des Westens, wie übrigens auch noch in vielen anderen Gebieten des lateinischen Amerika, noch sehr rückständig. Wiewohl gerade die inneren Hochlandgebiete am dichtesten besiedelt sind, konnte sich eine moderne Industriewirtschaft bisher hier kaum recht durchsetzen, weil die sehr schwierige Erreichbarkeit dieser Zonen, die wieder in sich bedeutende Gegensätze zwischen tief eingerissenen Tälern, niedriger gelegenen Beckenlandschaften und den eigentlichen Cordilleren mit ihren gewaltigen Erhebungen bieten, sie aufs äußerste erschwert. Man ist leicht bei der Hand mit Urteilen über die Rückständigkeit der lateinisch-amerikanischen Gebiete, macht sich aber meistens nicht klar, welche ungeheuren natürlichen Schwierigkeiten zu überwinden sind. Selbst die dichtest bevölkerten Gebiete der südamerikanischen Hochländer weisen doch nur höchstens die Dichte mittelmäßig besiedelter Räume des nördlichen Europa auf, sind also noch arm an Menschen. Und die Volkszunahme schreitet meist recht langsam vorwärts. Manche Hochland-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zonen, die altberühmt sind wegen ihres Bergbaus, können mit ihren Höhenlagen von an und über die 4000 m im allgemeinen nur von Hochlandindianern bewirtschaftet werden. Aber auch große, tiefer gelegene Räume sind für den Europäer und seine Wirtschaft aus klimatischen Gründen kaum recht zugänglich.

So wird man für die meisten Teile des lateinischen Amerika sagen dürfen, daß ihre Industrialisierung noch weit zurücksteht. Fast alle Staaten sind auch heute noch auf tatkräftige Hilfe aus dem nördlichen Amerika und dem westlichen Europa angewiesen, sei es, daß sie Kapitalien, sei es, daß sie Menschenkräfte in gehobener Stellung oder Arbeitermassen bedürfen, wie insbesondere der subtropische Süden oder auch große Teile Brasiliens. Vor dem Kriege war der europäische Einfluß in der romanischen Welt Amerikas mit Ausnahme einiger nördlicherer Länder in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung im allgemeinen vorherrschend, zumal der Großbritanniens. Aber auch Frankreich, Deutschland und Spanien hatten hier bedeutsame Interessen. Indes war schon damals der Einfluß der Nordamerikaner bis in die Südstaaten hinein, die wohl noch am stärksten mit Europa finanziell und wirtschaftlich verbunden waren, im starken Wachsen. Und dieser Einfluß ist nun in den jüngsten Jahren in einem gewaltigen Vorwärtsdringen begriffen, wenn auch neuerdings die europäischen Waren sich einen Teil ihres alten Marktes zurückerobert haben. Während der Anteil der Union an der Gesamteinfuhr in die iberoamerikanischen Staaten im Jahre 1913 auf 24% geschätzt wurde, will man ihn für das Jahr 1925 auf gegen 55% veranschlagen. Die nordamerikanische Union hat ganze Staaten, wie Nicaragua, Santo Domingo und Haiti ihrer Finanzverwaltung unterworfen, hat durch Regierungsanleihen und durch Privatinvestitionen, die in Bergwerke, Ölquellen, Eisenbahnen, Südfruchtkulturen und damit im Zusammenhang stehenden Transportanlagen, Fabrikunternehmungen usw. gesteckt wurden, alle Länder des romanischen Amerika mehr oder weniger stark durchdrungen. Bemerkenswert sind aber immerhin die jüngsten Versuche einiger Staaten, wie Mexicos, Brasiliens, Argentiniens, sich der starken fremden Invasion mehr und mehr entgegenzustemmen.

Am größten sind die amerikanischen Interessen auf Cuba und in Mexico, in denen auch europäische Länder (Großbritannien, Spanien, Frankreich) stark interessiert sind. Von allen Staaten des romanischen Amerika entwickelt sich Cuba wohl am flottesten, was schon in

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der von keinem anderen Land erreichten Volksbewegung zum Ausdruck kommt. Im Jahre 1923 war die Bevölkerung Cubas um fast ein Drittel größer als im Jahre 1913. Die Handelsbewegung der reichen Insel ist, so sehr sie im einzelnen schwankende Ziffern aufweist, um rund das Dreifache größer als in der Vorkriegszeit. Auf Cuba nimmt sich das amerikanische Interesse insbesondere der großartigsten Plantagenkulturen ihrer Art auf der Erde, dem Zuckerrohr- und Tabakbau und ihrer industriellen Verarbeitung an. Nicht nur war die Zuckerernte des Jahres 1925 mehr als doppelt so stark wie die der Vorkriegszeit, sondern die Verarbeitung ist gegen früher modernisiert und erweitert worden, wenn auch die Zahl der Zuckerfabriken (185), von denen zwei Drittel in amerikanischem Besitz sind, nicht so sehr zugenommen hat. Die bedeutenden Eisenerzschätze werden zur Zeit noch vollkommen außer Landes verhüttet.

In Mexiko betätigt sich das amerikanische Kapital in den Bergwerken, besonders in den Ölfeldern und der Erdölindustrie. Mit Zunahme der amerikanischen Investitionen hat die Erdölförderung einen starken Aufschwung genommen, so daß Mexico heute an zweiter Stelle (1912: 16, 1924: 145 Mill. Barrels) steht. Im Gegensatz zur Erdölindustrie läßt sich bei der Hüttenindustrie (in den Bergwerksbezirken des inneren Hochlandes, Zentrum Monterey), der Eisenverarbeitungsindustrie wie den übrigen Industrien kaum eine stärkere Entwicklung feststellen. Der jahrelang währende Bürgerkrieg hat ja die Bevölkerung zurückgehen lassen (1912: 15,5, 1921: 13,9 Mill. Einw.), wie auch das Eisenbahnnetz sich nur unzulänglich ausdehnte. Die durch Schutzzölle geförderte, auf einheimischen Rohstoff zurückgreifende Baumwollindustrie, deren Unternehmungen zahlenmäßig zurückgegangen sind, wies 1912: 762 000, 1922: 803 000 Spindeln auf. Manche Industrien würden sich schwerlich halten können, wenn sie nicht durch die Zollpolitik des Staates geschützt würden. In den kleinen Staaten des mittelamerikanischen Festlandes blieb gleichfalls die industrielle Entwicklung bei dem geringen Ausbau der Eisenbahnen ziemlich unbedeutend, so sehr hier allenthalben das amerikanische Kapital sich betätigt, sei es in Plantagenanlagen, Bergwerken oder Verkehrsunternehmungen, deren bedeutendste, der Panamakanal mit seinem gewaltig angeschwollenen Verkehr (1924: 31 Mill. t) den nordamerikanischen Einfluß an der pazifischen Seite des südamerikanischen Kontinents ebenfalls festigt. Immerhin wird man das Vorhandene und ins-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

besondere in der jüngsten Zeit Ausgebaute nicht zu gering veranschlagen dürfen. In San Salvador hat sich die eigene Schuhindustrie so entwickelt, daß Einfuhr kaum noch in Frage kommt. Ähnliches gilt bei einer Reihe von Staaten von der Zucker- und der Tabakindustrie.

In Venezuela und den übrigen südamerikanischen Cordillerenrepubliken ist mit Ausnahme von Chile die Industrialisierung gleichfalls noch gering. Der Ausbau von Verkehrslinien ist namentlich in den drei kolumbischen Republiken besonders zurückgeblieben und auch im letzten Jahrzehnt nicht nennenswert gefördert worden. Dafür hat aber in der jüngsten Zeit der Luftverkehrsdienst große Fortschritte gemacht. Hier und da sind auf industriellem Gebiet die Neuerungen bemerkenswert, namentlich wenn ein Land wie Venezuela sich der zielbewußten Leitung eines Mannes wie des Präsidenten Vicente Gomez erfreut. Alle Staaten, sonderlich aber Peru und Venezuela besitzen bedeutende Erdölquellen. Beide haben ihre Ölindustrie in der jüngsten Zeit kräftig entwickelt. In Peru stieg die Förderung von 2 Mill. Barrels vor dem Kriege auf 6,5 Mill. im Jahre 1924. Große Rohrleitungen sind beendet oder in Ausführung begriffen, auch in Columbien. Der Krieg gab Veranlassung, namentlich den reichen Zinnbergbau des bolivianischen Hochlandes und die Platinproduktion Columbiens (1913: 15 000, 1920: 48 000 Unzen) stärker zu entwickeln. Neben den Schmelzhütten für die Zinnerze finden sich weitere Hüttenwerke in den Andenstaaten nur in Columbien, das auch Kohle (¼ Mill. t) fördert. Columbien trägt sich mit dem Gedanken, in Zipaquirá an der Westseite der Cordillere von Bogota ein großes modernes Eisenwerk zu errichten. Die Eisenfertigindustrie ist noch ganz unbedeutend. Doch ist in Peru, das mehrere 100000 t Steinkohle fördert, die Anlage einer großen Schiffswerft mit fremder Kapitalhilfe geplant.

Die Kultur der Baumwolle macht Fortschritte, zumal in Venezuela, Columbien und Peru. In diesen Staaten ist auch die Baumwollindustrie wohl über die ersten Anfänge hinaus. Columbien hat 11 Fabriken mit 30 500 Spindeln, Venezuela 7, Peru 10 mit 60 000 Spindeln, während es vor dem Kriege 4 Unternehmungen besaß. Auch Lederbereitung und Schuhindustrie entwickeln sich jetzt mehr zu Fabrikbetrieben.

In Peru, in dem sich der Umfang der Zuckerplantagen von 200 000 Acres im Jahre 1913 auf 600 000 ausgedehnt hat, ist die Zuckerindustrie das wichtigste Gewerbe des Landes. Sie hat nun leistungsfähige Raffinerien erhalten und beschäftigt allein 24 000 Arbeiter. Bei Trujillo

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im nördlichen Teil des Landes haben deutsche Unternehmer die größte Rohrzuckeranlage der Erde mit den dazugehörigen Verarbeitungsstätten angelegt. Im Lande arbeiten aber auch sonst modern eingerichtete Zuckerfabriken, so bei Lima. In Venezuela gab es vor dem Kriege nur eine einzige neuzeitliche Zuckerfabrik, im Jahre 1920 dagegen 6 mit teilweise recht bedeutendem Umsatz. Auch in Columbien machten einige moderne Zuckerfabriken den landesüblichen primitiven Zuckermühlen Platz. Eine Errungenschaft der jüngsten Zeit ist in dem an Vieh so reichen Venezuela die Gefrierfleischindustrie.

Nicht minder entwickelt sich die Elektrizitätsindustrie in den nordwestlichen Staaten Südamerikas und hat bereits zur Elektrisierung einiger Bahnen geführt.

Von den Andenstaaten weist das vorwiegend der subtropisch-gemäßigten Zone angehörende **Chile** die bedeutendste Industrie auf, dank auch seines ausgedehnteren Bahnsystems, dessen straffe Zusammenfassung die während des Krieges vollendete Längsbahn ermöglicht, die damit Valdivia mit Antofagasta, Bolivien und Peru verbindet. Die Kohlenförderung ist die ansehnlichste aller südamerikanischen Staaten und hob sich während des Krieges, um später wieder zu sinken. Auch an anderen Erzeugnissen des Bergbaues, und zwar an Kupfererzen, Jod und hochwertigen Eisenerzen weist das Land einen beträchtlichen Schatz auf. Der Bergbau macht zwar kritische Zeiten durch, namentlich die Salpeterindustrie infolge der erschwerten Absatzverhältnisse, ferner infolge der technischen Unzulänglichkeit der Anlagen, so daß wie im Kohlenbergbau sich die Einführung von modernen Bergbaumaschinen immer mehr als notwendig herausstellt. Ein kleiner Teil der Kupfererze wird im Lande verhüttet. Zur Verhüttung der Eisenerze war vor dem Kriege eine französische Hochofenanlage in Corral begründet worden. Die Regierung ist darauf bedacht, die Hüttenindustrie durch Gewährung von Unterstützungen zu fördern.

Die Eisenfertigindustrie ist zwar noch nicht sehr bedeutend, aber die Maschinenindustrie hat jüngst immerhin die ersten Lokomotiven herausgebracht, die mit Ausnahme der Räder rein chilenisches Erzeugnis sind. Die Fabrikation von Nägeln hat nun die Einfuhr völlig zum Erliegen gebracht. Die Zementfabrikation kann den Landesbedarf zum größten Teil decken. Sehr gestärkt ist auch die Industrie der Glaswaren. Im Bedarf des Sprengstoffes hat man sich gleichfalls neuer-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dings durch Errichtung eines Spezialunternehmens unabhängiger zu machen gesucht. Die Streichholzfabrikation hat die fremde Ware so ziemlich beseitigt.

Wie die zudem durch die protektionistische Politik des Staates geschützte Textilindustrie, zumal die Baumwoll- wie auch die Wollindustrie, so wurde auch die Lederherstellung und die Schuhindustrie kräftig entwickelt. Letztere mit ihren 200 Fabriken hat die Einfuhr sehr herabgedrückt.

Die Ausdehnung der Landwirtschaft hat die Vergrößerung auch anderer Industrien zur Folge gehabt, so der Zuckerfabrikation und Raffinerie, die durch auf bewässertem Boden angelegte Rohrzuckerkulturen wie weiter durch Rübenzuckerwirtschaften im gemäßigten Süden in die Lage versetzt wird, neben dem peruanischen auch auf den einheimischen Rohstoff zurückzugreifen. Die Brauerei hat sich gleichfalls so erstarkt, daß die Einfuhr auf ein Minimum zurückgegangen ist. Ähnliches gilt von der Tabakindustrie. Auch Chile hat neuerdings eine Gefrierfleischindustrie erhalten, die neue Unternehmungen namentlich im Süden, u. a. an der Magellanstraße (Puerto Natales) aufweist.

Die Fabrikindustrie hat die Zahl ihrer Unternehmungen von 5321 im Jahre 1910 auf 8150 im Jahre 1922 erhöht. Nach dem Balfourbericht ist der Ertrag der industriellen Erzeugung auf etwa das Fünffache des Vorkriegsertrages zu veranschlagen. Die Zahl der in den Fabrikbetrieben tätigen Arbeiter beläuft sich heute auf gegen 80 000. (Dazu kommen etwa 70 000 Bergarbeiter, deren Zahl freilich sehr schwankt.)

Noch größere Vorteile als Chile zog **Argentinien** aus den Kriegsvorgängen. Vorwiegend in der subtropisch-gemäßigten Zone gelegen, ist es für den Anbau der Getreidefrüchte, die auf der nördlichen Halbkugel beheimatet sind, ausgezeichnet geeignet. Wie das Getreidekorn von den hervorragend leistungsfähigen Mühlen zu einem guten Teil in der Form des Mehls dem Weltmarkt zugeführt wird, so hat neuerdings mit dem Ausbau der Ölmühlen die Ausfuhr von Leinöl zugenommen auf Kosten der Leinsaat. Neben den in der Mitte, dem Kerngebiet des Staates gezogenen Früchten sind in der jüngsten Zeit die Kulturen der tropennahen Teile immer wichtiger geworden, zumal die Rohrzuckerkulturen in der bevölkertsten Provinz des Landes, der Provinz Tucuman und in einigen Nachbargebieten. Auf ihnen wie

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auch auf dem ganz neuerlich in der klimatisch gemäßigten Provinz Buenos Ayres eingeführten Zuckerrübenbau ruht die bedeutende, kräftig gewachsene und geschützte Zuckerindustrie, die in Paraguay (10 Fabriken) die Einfuhr zurückdrängt. Noch mehr aber hat sich die Baumwollkultur gehoben, die von den noch so ziemlich tropischen Chacoterritorien sich nach Süden hin in die klimatischen Übergangszonen der Provinzen Corrientes und Santa Fé ausdehnt. Auch an der Ostseite der Anden (Tucuman, Santiago del Estero) wird viel Baumwolle gepflanzt. Die argentinische Anbauzone steiegrte sich von 2200 ha vor dem Kriege auf 105 000 im Jahre 1924/25, die Ernte von 1800 t auf etwa 22 000. Um aus den gleichen Gründen die eigene Textilindustrie zu heben, pflanzt man ebenfalls den Lein der Faser halber.

Neben dem Anbau hat die Viehzucht eine ähnliche, den Weltmarkt beherrschende Bedeutung. Der Krieg hat namentlich die Gefrierfleischindustrie und die Herstellung von Fleischkonserven und ihre Ausfuhr mächtig gestärkt. Das in der Gefrierfleischindustrie investierte Kapital stieg von 35 Mill. Goldpesos auf über 80. Noch beträchtlicher ist die Steigerung in der Molkereiindustrie, in der Herstellung von Käse und Butter, die während des Krieges sich ums Zwei- bis Dreifache vermehrte und in großen Mengen ausführt. Die Zahl der Betriebe stieg hier von 1289 im Jahre 1913 auf 3035 im Jahre 1918. Die Gerbereiindustrie, die eine vortreffliche Stütze im eigenen Land in der Quebrachoextraktindustrie besitzt, hat sich gleichfalls gewaltig vergrößert, so daß der Wert ihrer Ausfuhr mit 2 Mill. Goldpesos (1923) um fast das Siebenfache größer war als im Jahre 1914. Die ziemlich junge Schuhwarenindustrie deckt mit Ausnahme der verwöhnten Ansprüche den ganzen einheimischen Bedarf.

Die schnelle Ausdehnung der Baumwollkultur gab die Veranlassung, im Lande eine eigene Industrie zu begründen, die allerdings noch unbedeutend ist. Neben der Verwendung der Baumwolle zu Wachszündhölzern wird viel Rohware ausgeführt. Bedeutender ist die auf den großen Schafherden begründete Wollindustrie. Neuerdings wird die Wolle auch für die Ausfuhr im größeren Umfange im eigenen Lande gewaschen. Wurden 1913 erst 2,9 Mill. kg im Lande gewaschen, so waren es 1918 über 17 Mill. Die Förderung der weiteren Wollverarbeitung hat die Einfuhr Schritt für Schritt zurückgehen lassen.

Wiewohl der Schatz an Eisenerzen sehr gering ist — zumal gegenüber der schnell ansteigenden Erdölförderung (1913: 131 000, 1924:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3,5 Mill. Barrels) —, so sind doch vor einigen Jahren die ersten Hüttenwerke eröffnet worden. Beträchtlich ist die Zahl der Eisengießereien. Die Eisenfertigindustrie stellt landwirtschaftliche Maschinen, Maschinen für die Gefrierfleischindustrie, Straßenbahnwagen, Waffen, Beleuchtungskörper, die Kleineisenindustrie Massenwaren einfacher Art her. Konnten vor dem Kriege die inländischen Schiffswerften nur bescheidenen Ansprüchen gerecht werden, so ist die stark vergrößerte Industrie heute in der Lage, den Bau großer Ozeandampfer zu betreiben. Auch die elektrotechnische Industrie hat sich beträchtlich entwickelt.

Der dem Raum wie der Bevölkerung nach größte Staat des lateinischen Amerika, **Brasilien,** entwickelt gleichfalls seine Industrie zusehends. Dieser Entwicklung entspricht die sehr starke Zunahme der Bevölkerung (1913: 24,3, 1920: 30,6 Mill. Einw.), die nur in dem nach amerikanischem Maßstab kleinräumigen und von einer mittelstarken Bevölkerung bewohnten Cuba verhältnismäßig größer ist. Auch die Verkehrswege werden mehr und mehr ausgebaut, so daß in der Bahnverbindung zwischen den Südstaaten und den Plantagenstaaten des nördlichen Ostens nur noch unbedeutende Lücken klaffen. In Brasilien hat sich gleichfalls die agrarwirtschaftliche Industrie stark entfaltet. Die Mühlenindustrie (Rio de Janeiro) hat sich sehr vergrößert und vervollkommnet. Sie ist obendrein, wie der Weizenbau überhaupt, durch Differentialzölle geschützt, so daß die Einfuhr argentinischen Mehls sehr zurückgegangen ist. Mächtig entwickelt hat sich die auf einheimischen Rohstoffen, insbesondere auf dem Zuckerrohr ruhende Zuckerindustrie, deren Ausfuhr von etwa 5400 t im Jahre 1913 auf 252 000 im Jahre 1922 stieg. Neben den im alten Zuckerplantagenland errichteten Fabriken der Staaten Pernambuco und Bahia ist namentlich die schnell herangewachsene Industrie im Osten des Staates Rio de Janeiro zu erwähnen, die Campos in kurzer Zeit aus einer bescheidenen Siedlung zu einer Großstadt von etwa 200 000 Einwohnern gemacht hat. Hat die ältere leistungsfähige Zigarrenindustrie ihren Hauptsitz im Norden, so sind ganz neuerdings mit deutscher Unterstützung auch bedeutendere Werke in den Südstaaten entstanden. Es bestehen in Brasilien heute an die 2000 Zigarrenfabriken. Mit der Vergrößerung der Viehherden, in denen Brasilien jetzt mit den größten Viehzuchtländern der Südhalbkugel wetteifern kann, hat auch die Gefrierfleisch- und die Molkereiindustrie, begünstigt durch die Nachfrage der Kriegszeit, zumal in den Südstaaten einen beträchtlichen Aufschwung genommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die kräftigste Industrie Brasiliens ist die Textilindustrie. Ihr Hauptsitz ist das schnell emporgeblühte São Paulo (1914: 450 000, 1920: 580 000 Einw.), die tätigste Stadt des Landes. Die Baumwollindustrie, zu einem guten Teil auf inländischem Rohstoff beruhend, beschäftigt heute in 242 Unternehmungen mit 110 000 Arbeitskräften ebensoviel Spindeln (1,8 gegen 1 Mill. im Jahre 1911) wie die altberühmte belgische und steht der spanischen nur noch ganz unwesentlich nach. Die Paulistaner Industrie entwickelt sich besonders stürmisch. In modernen Fabrikbetrieben arbeitet jetzt vorzugsweise die Wollmanufaktur (mit 35 Fabriken), die Juteverarbeitung (mit 16 Unternehmungen) und namentlich die Seidenindustrie (mit 13 Fabriken gegen 2 im Jahre 1913), gefördert nicht zuletzt von den im Lande ansässigen Italienern. Die Regierung sucht die Seidenraupenzucht im Lande zu begünstigen und hat für die die Zucht fördernden Unternehmer besondere Privilegien festgesetzt. Die Kunstseidenindustrie hat ebenfalls Eingang gefunden.

Die Gerberei und die Lederverarbeitung sind gleichfalls sehr schnell emporgewachsen. Die Schuhindustrie befriedigt nun völlig, mit Ausnahme der Qualitätsware, die inländischen Anforderungen. Auch die Glas-, Zement-, Holzverarbeitungs- und Papierindustrie sowie die Seifenherstellung sind bereits ansehnlich entwickelt.

Kein Staat des lateinischen Amerika hat in der jüngsten Zeit so beträchtliche Anstrengungen gemacht, seine Hütten- und seine Eisenverarbeitungsindustrie auszubauen wie Brasilien. Es besitzt bedeutende Eisenerzlager, die bedeutendsten in dem küstennahen Staat Minas Geraes. Dazu kommen namentlich wieder im letzteren Staat bedeutende Manganlager, deren Förderung sich während der Kriegsjahre rasch steigerte (1914: 183000, 1916: 503000 t). Die Kohlen liegen im Verhältnis zu den Erzen geographisch ungünstig und sind von wenig guter Qualität. Den älteren Hochöfen von Itabira (Esperanza) sind in der jüngsten Zeit eine Reihe weiterer Hüttenwerke gefolgt. Da die brasilischen Erze sich im Elektrostahlverfahren gut verhütten lassen, so sind auch mit elektrischer Kraft arbeitende Stahlwerke errichtet worden. Neue Hüttenwerke sind in Rio de Janeiro, Ribeirão Preto (S. Paulo) und São Paulo entstanden. Die von Belgiern errichteten neuen Hüttenwerke von Sabara (Minas Geraes) sollen erweitert werden. Ein weiteres Unternehmen soll bei Marianna (Minas Geraes) die dortigen Manganerze verhütten. Die Genehmigung zur Ausfuhr von Erzen durch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

europäische Unternehmer sucht die brasilische Regierung neuerdings an die Bedingung zu knüpfen, daß ein Teil der Förderung im Lande selbst verhüttet wird. Deutsche Industrielle tragen sich mit dem Gedanken, Ruhrkoks nach Brasilien zu verschiffen, um im Staate Minas Geraes ein Hochofenwerk zu errichten. Dafür würden sie die Erlaubnis erhalten, Erze nach Deutschland auszuführen. Die Eisenverarbeitungsindustrie hat sich in der Verfolgung des neuen staatlichen Industrialisierungsprogramms neuerdings in vielseitiger Weise entwickelt. Sie stellt landwirtschaftliche Maschinen, Mühlenwerke, gußeiserne Rohre, Turbinen, Waggons usw. her. Die Schiffswerften, deren Zahl mit der Vergrößerung der Dampferflotte (450000 t gegen 130000 im Jahre 1912) wächst, suchen, wie die Costeirawerft in Rio de Janeiro, auch vollkommeneren Aufgaben gerecht zu werden.

Quellen: The Statesmans-Yearbook, London. — Hübners Geograph.-statist. Tabellen, Wien. — Weltwirtschaftliches Archiv, Jena. — Wirtschaft und Statistik, Berlin. — Wirtschaftlicher Nachrichtendienst (mit länderkundlichen Sonderheften), Berlin. — Handels-Eildienst, Berlin. — Lateinamerika, Berlin. — Ostasiatische Rundschau, Hamburg. — Zeitschrift für Geopolitik, Berlin. — Frankfurter Zeitung. — Kölnische Zeitung usw.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

II.

Ziele und Mittel der Handelspolitik in den britischen Dominions.

Von

Dr. Charlotte Leubuscher,
Privatdozent an der Universität Berlin.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Grundlagen und Motive für die Handelspolitik der Dominions . . . . . 57—59

II. Der Industrieschutz . . . . . 59—68

1. Grundlagen, Ziele und Umfang 59

a) Lage der Industrie in der Kriegs- und Nachkriegszeit . . . 59
b) Der Ausbau des Zollschutzes nach dem Kriege 62
c) Die Zollbelastung englischer Waren 64
d) Produktions- und Exportprämien 66
e) Die finanzwirtschaftliche Bedeutung der Zölle 67

2. Methoden . . . . . 68—78

f) Die Gliederung der Zolltarife 68
g) Die Bestimmungen über „preference" 69
h) Der Antidumpingschutz 70
i) „Aufgeschobene" Zölle 74
k) Die ausführenden Behörden 74

III. Die Förderung des Agrarexportes . . . . . 78—88

1. Gewährung von Prämien 78
2. Exportkontrolle 79
3. Das Streben nach Vorzugsbedingungen auf dem englischen Markt 81

a) Die volkswirtschaftlichen Grundlagen 82
b) Die Forderung nach zollpolitischer Vorzugsbehandlung . . . 84
c) Die bisherigen Zugeständnisse Großbritanniens 86

IV. Die Rückwirkungen der dominialen Handelspolitik auf Großbritannien . . . . . 88—97

1. Die Argumente der Imperialisten 89
2. Der Standpunkt der Freihändler 91
3. Die Zahlen der Handelsstatistik 92

V. Zusammenfassung und Hinweis auf zukünftige Möglichkeiten . . . . . 97—99

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I. Grundlagen und Motive für die Handelspolitik der Dominions.

Der handelspolitische Status der britischen Dominions läßt sich in formalrechtlicher Beziehung kennzeichnen als Mittelstellung zwischen unassimilierten Kolonien und souveränen Staaten mit autonomer Handelspolitik. Dabei kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Entwicklung zur souveränen Staatspersönlichkeit im letzten Jahrzehnt bedeutsame Fortschritte gemacht hat, so daß es fraglich erscheinen mag, ob die Bezeichnung „Kolonien" heute noch berechtigt ist[1]. Die Entscheidung dieser Frage gehört in den Bereich des Staats- und Völkerrechts und der Politik, nicht der wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung. Für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung ergibt sich jedoch aus der angeführten Doppelstellung die wichtige Tatsache, daß die Handelspolitik der Dominions in materieller Beziehung an zwei Richtpunkten orientiert ist: an den natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Volkswirtschaft und den Zielsetzungen ihrer autonomen Wirtschaftspolitik einerseits, an den Rücksichten, die sich aus der Zugehörigkeit zu einem weiteren Verband, dem Empire, herleiten, andererseits. Die folgenden Ausführungen werden darzulegen haben, in welchem Umfange diese beiden Kräfte die Handelspolitik der einzelnen Dominions im letzten Jahrzehnt beeinflußt haben, wie sie vor allem aufeinander abgestimmt sind.

So sehr sich die hier in Frage kommenden vier Wirtschaftskörper[2] in bezug auf geographische Lage, Ausdehnung, ethnische Bedingungen

---

[1] „The Dominion Status, as it is evolving itself, may be described as one of absolute independence, tempered by loyalty to a common crown and by the determination to work in co-operation with Great Britian in the fulfillment of the imperial trust. — H. E. Egerton, British Policy in the 20th Century. 1922, S. 127. Über den Umfang der den Dominions zustehenden handelspolitischen Autonomie vergl. C. F. Bastable, The Commerce of Nations, 9th Edition revised by T. E. Gregory. London 1923, S. 119 fg.

[2] Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf Canada, Australien, Neuseeland und Südafrika. Neufundland kann wegen seiner Kleinheit außer Betracht bleiben. Von einer Behandlung der Handelspolitik Indiens und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

voneinander unterscheiden, so ist ihre Stellung innerhalb der Weltwirtschaft doch übereinstimmend die von relativ schwach besiedelten Exportgebieten für Erzeugnisse der Urproduktion, deren Erträge noch beträchtlicher Steigerung fähig sind. Ebenso gilt für alle vier Gebiete, wenn auch in verschiedenem Maße, daß sie den Charakter von Siedlungskolonien tragen, die nach Klima und Bodenbeschaffenheit geeignet sind, Wohngebiete für Angehörige der weißen Rasse zu bilden; die weitere Aufschließung ihrer natürlichen Hilfsquellen hängt in hohem Maße davon ab, ob es gelingen wird, sie dichter zu besiedeln und ihnen die zu ihrer Nutzbarmachung notwendigen Kapitalien zuzuführen[3].

Gleichfalls gemeinsam ist den vier Ländern, daß sie trotz der noch in den Anfängen befindlichen Erschließung ihrer natürlichen Hilfsquellen nicht mehr rein agraren Charakter tragen, sondern sich in schnellem Tempo industrialisieren, und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Herstellung des eigenen Industriebedarfs, sondern bereits im Hinblick auf die Ausfuhr, die namentlich in Kanada heute schon in beträchtlichem Maße Realität geworden ist[4]. Aus diesem doppelten Charakter, als noch nicht voll erschlossene Agrarstaaten, deren Wohlergehen zu einem wesentlichen Teile von der Kauf- und Steuerkraft der ländlichen Bevölkerung abhängt einerseits, als im Werden befindliche Industriestaaten andererseits, leiten sich die Hauptmotive für die Handelspolitik der Dominions her. Einmal gebietet es ihr volkswirtschaftliches Interesse, eine Handelspolitik zu betreiben, die dem Absatz der Produkte ihrer Urproduktion förderlich ist oder jedenfalls keine Hindernisse in

---

derjenigen Irlands mußte abgesehen werden, weil die handelspolitischen Probleme dieser Länder so besonderer Art sind, daß sie sich nicht in den Rahmen dieser räumlich beschränkten Abhandlung einfügen ließen.

[3] Vgl. über die Siedlungsfrage C. Leubuscher, Die britische Reichswanderungs- und -siedlungspolitik seit dem Kriege. Weltwirtschaftl. Archiv, 22. Bd., Heft 1, Juli 1925.

[4] Aber auch in bezug auf Australien schreibt der dortige englische Senior Trade Commissioner im Hinblick auf die Tatsache, daß eine Reihe englischer Fabrikniederlassungen in Australien sich nicht rentiert haben infolge der Beschränktheit des australischen Marktes: „It will soon be necessary for Australian industries, even if it is not now necessary, to find an export outlet for their goods in order to overcome this difficulty". The Board of Trade Journal vom 17. 11. 1925, S. 662.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Weg legt, sodann verlangt die junge Industrie Schutz gegenüber der überlegenen Konkurrenz älterer Industriestaaten. Zu diesen beiden Motiven, die — wie ohne weiteres ersichtlich ist — keineswegs miteinander im Einklang stehen, gesellt sich als drittes der finanzwirtschaftliche Gesichtspunkt: die Bedeutung der Zolleinnahmen für den Staatshaushalt.

Werden die von den Dominions ergriffenen handelspolitischen Maßnahmen des letzten Jahrzehnts an Hand dieser drei Motive betrachtet, so tritt unbestreitbar das Primat der industrieschutzzöllnerischen Forderung hervor, die durch das finanzpolitische Moment eine weitere Verstärkung erfährt. Es sei deswegen hier ihren Auswirkungen an erster Stelle nachgegangen.

II. Der Industrieschutz.

1. Grundlagen, Ziele und Umfang.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß sich das Motiv des Industrieschutzes seit langem in der Handelspolitik der vier in Frage kommenden Staaten findet, tatsächlich so lange, als sie überhaupt in der Lage gewesen sind, eine autonome Handelspolitik zu treiben. Die Momente, durch die sich die heutige Situation von der Vorkriegszeit unterscheidet, beziehen sich einmal auf die Höhe des zur Anwendung gelangenden Industrieschutzes, ferner auf die gegenüber früher viel stärkeren realen Grundlagen in den einzelnen Volkswirtschaften, auf die sich diese Politik stützen kann.

a) Die Lage der Industrie in der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Die wesentliche Ursache für die Beschleunigung und Intensivierung der Industrialisierungstendenzen lag in den wirtschaftlichen Bedingungen, denen sich die überseeischen Länder während des Krieges gegenübersahen, in dem Zwang, für die ausbleibende europäische, vor allem englische Industriezufuhr Ersatz aus anderen Bezugsquellen oder durch eigene Produktion zu suchen, ferner in dem Anreiz zum Ausbau eigener industrieller Anlagen für die Zwecke der Kriegsproduktion der Alliierten. Die einzelnen Momente haben sich in den vier Dominions in verschiedenem Grade und nach verschiedener Richtung ausgewirkt. Den größten praktischen Erfolg haben sie zweifellos in

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Canada gezeitigt, wo amerikanisches Kapital der Entwicklung zu Hilfe kam[5], und das wegen der verhältnismäßig geringen geographischen Entfernung als Kriegslieferant der Alliierten, namentlich auf dem Gebiete der Metallindustrie, herangezogen wurde.

Weiter begünstigt wurde die Entwicklung durch die hohe Prosperität der ländlichen Bevölkerung während des Krieges, in Canada vor allem infolge der hohen Preise für Weizen, die von den Prärieprovinzen erzielt wurden, in Australien und in Südafrika namentlich infolge des günstigen Absatzes der Wolle. Hierdurch war für eine Reihe von Jahren ein sehr kaufkräftiger Markt für die inländischen Industrien geschaffen[5a].

Die Entfaltung der industriellen Kräfte hat zur Folge gehabt, daß die bereits vorhandene Produktion mannigfaltiger geworden, daß ferner eine Anzahl früher nicht vorhandener Industriezweige neu entstanden ist. Das erstere gilt vor allem von den Industrien, die sich auf eigene Rohstoffe der betreffenden Länder gründen, und die bei weitem an der Spitze ihrer industriellen Produktion stehen (Müllerei, Papierindustrie und Holzverarbeitung, Fleischkonservenfabrikation in Canada; Wollindustrie in Australien, Molkereiproduktion und Gefrierfleischindustrie sowie Lederverarbeitung in Neuseeland, Obst- und Gemüsekonservenindustrie in sämtlichen Dominions)[6]. Zum Teil werden

---

[5] Nach Harvey E. Fiske wurden 1919—1922 über 700 amerikanische Zweigniederlassungen in Canada errichtet. 1919 beherrschte amerikanisches Kapital bereits einzelne Industrien völlig, so die Herstellung von Automobilzubehör. Es hatte ferner inne 60% der Automobilindustrie, je 40% der elektrischen, Fleischkonserven-, Gummi-, Farben-, Kupferindustrie, der Herstellung von kondensierter Milch und der Petroleumraffinerie. Seit 1919 haben sich die Amerikaner vor allem in der Zellstoff- und Papierindustrie festgesetzt. Vgl. „Empire Trade and Finance" by the Editor of the „Economist", The Empire Review, September 1923.

[5a] „The general result was, that industry worked at high pressure, not only to produce the munitions and military supplies for the armies of the Allies, but also to make the manifold varieties of goods required for the stimulated civilian consumption." Canada Year Book 1924, Ottawa 1925.

[6] In Südafrika liegen die Verhältnisse insofern anders als in den übrigen Dominions als hier neben der agrarischen Produktion die Gold- und die Diamantengewinnung überragende Bedeutung, vor allem für den Export haben (mehr als die Hälfte des Exportes der Union entfällt auf Gold). Vgl. Survey of Overseas Markets. 1925. S. 332. Die Industrialisierungstendenzen richten sich vor allem auf die Schaffung einer einheimischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aber auch Rohstoffe und Halbfabrikate eingeführt, so Baumwolle von der canadischen Textilindustrie, ferner führt Canada auch Gummi, Zucker, Eisenerze, Stahl, Maschinenteile in beträchtlichen Mengen ein, während Australien vor allem Halbfabrikate für die Metallverarbeitung importiert[7].

Nach dem Kriege fanden sich diese zum Teil erst in den letzten Jahren entstandenen oder ausgebauten Industrien sehr veränderten internationalen Wettbewerbsverhältnissen und einer wesentlich ungünstigeren Marktlage im Innern gegenüber. Namentlich nach dem 1921 eingetretenen Umschwung in der Preisentwicklung der Agrarprodukte ließ die bisher unverhältnismäßig günstige Kaufkraft des Innenmarktes

---

Eisen- Stahl- und Maschinenindustrie, die eine ihrer Grundlagen in dem Kohlenvorkommen der Union findet.

[7] Das Wachstum der industriellen Entwicklung geht aus folgenden Zahlen hervor.

In Australien stieg die Zahl der in Fabriken beschäftigten Personen von 311700 im Jahre 1911 auf 412410 im Jahre 1922/23 bei einer Steigerung der Gesamtbevölkerung von 4,4 auf 5,4 Millionen (Australia Year Book 1924, S. 895). Von diesen entfielen ca. 25% (102451) auf die Textil- und Bekleidungsindustrie, die in der Wolle einen Hauptrohstoff im Lande hat. An zweiter Stelle stand die Metall- und Maschinenindustrie mit 78614, an dritter Stelle die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 60888 Beschäftigten Die industrielle Entwicklung Südafrikas ist dadurch gekennzeichnet, daß die Zahl der Fabriken 1922/23 7029 betrug gegenüber 3998 im Jahre 1915/16. Die Zahl der beschäftigten Personen stieg im gleichen Zeitraum von 101178 (davon 39524 Europäer) auf 172047 (davon 61296 Europäer). Official Year Book of the Union of South Africa 1924. Pretoria 1925. S. 543.

In Canada stieg das in industriellen Unternehmungen investierte Kapital von 1247583609 $ im Jahre 1911 auf 3125772761 $ im Jahre 1922. Canada Year Book 1924, Ottawa 1925. S. XXVI. Dagegen sank bemerkenswerter Weise die Zahl der beschäftigten Personen von 515203 auf 462573 (dagegen betrug sie 583112 im Jahre 1920). (Bei einer Gesamtbevölkerung von 8788000.)

In der canadischen Produktionsstatistik stehen in bezug auf den Wert der Produkte an der Spitze die Mühlenindustrie, die Zellstoff- und Papierindustrie, die zusammen mit der Holzindustrie auch die stärkste Steigerung der Exportzahlen gegenüber 1914 aufweist, die Fleischkonserven- und die Holzindustrie. Alle diese Industrien arbeiten überwiegend für den Export. Das gleiche gilt von der Gummiindustrie, die ihren Aufschwung in erster Linie der Entwicklung der Automobilindustrie verdankt. Ebenda, 381 ff. und 394 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach. Dazu setzte die während des Krieges ausgeschaltete Konkurrenz der älteren Industriestaaten wieder ein. Gegenüber dieser Wandlung stand der zähe Wille der jungen Industrieländer, die zum Teil unter Opfern entwickelten Industrien nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen. Neben wirtschaftlichen Überlegungen waren es vor allem im Kriege erstarkte nationalistische Tendenzen, die auf wirtschaftlichem Gebiete in dem Streben nach möglichster Autarkie zum Ausdruck kamen. Als ein weiterer starker Antrieb für erhöhten Industrieschutz wirkte die Besorgnis der Arbeiterklasse jener Länder, daß ihre sehr hohe Lebenshaltung bedroht werden könnte durch das Einströmen von Waren aus Ländern, in denen aus dem einen oder anderen Grunde die Produktionskosten niedriger waren, vor allem die Furcht vor einer Schleuderkonkurrenz aus Ländern mit entwerteter Währung. Hier liegt das Hauptmotiv für den stark entwickelten Antidumpingschutz. Diese schutzzöllnerische Tendenz konnte sich um so leichter in der Gesetzgebung durchsetzen, als die städtische und industrielle Bevölkerung ein weder durch ihre Zahl noch ihre volkswirtschaftliche Bedeutung begründetes politisches Übergewicht besitzt; es beruht auf ihrer Zusammenballung auf verhältnismäßig engen Wohngebieten, während die Landbevölkerung räumlich weit zerstreut ist[8].

b) Der Ausbau des Zollschutzes nach dem Kriege.

Alle diese Momente haben dahin gewirkt, daß drei Dominions in den Jahren 1919 bis 1925 sich neue Tarife gegeben haben, die sowohl der Zahl der Zollpositionen wie der Höhe der Zollsätze nach einen verstärkten protektionistischen Charakter gegenüber der bisherigen Handelspolitik zum Ausdruck bringen, während Canada den heute noch geltenden Tarif von 1907 in gleicher Richtung modifiziert hat. Bemerkenswert ist, daß diese Zollerhöhungen trotz Vermehrung der Zahl der Fälle, in denen englische Waren Vorzugsbehandlung erhalten, und trotz anteilmäßiger Erhöhung der gewährten preference, auch die englische Einfuhr in die Dominions treffen. Das Committee on

[8] Dies gilt insbesondere von Australien, wo die Hälfte der Bevölkerung des gesamten Kontinentes in fünf Städten lebt. Survey, S. 361. Fast 1/3 der gesamten australischen Bevölkerung entfällt auf die Städte Melbourne und Sidney. Diese ungesunde Verteilung wird durch den herrschenden industriellen Protektionismus noch verschärft, indem er die Landbevölkerung in die Städte zieht. Leubuscher, a. a. O.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Industry and Trade, das die Aufgabe hatte, die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation für die englische Industrie zu untersuchen, kommt in seinem umfangreichen Bericht[9] zu der bemerkenswerten Feststellung, daß die größten Tariferhöhungen, denen sich die englische Industrieausfuhr in der Nachkriegszeit gegenübersieht, innerhalb des Empire zu finden sind, da hier die durchschnittliche Belastung dem Werte nach um fast zwei Drittel gestiegen sei, während die gleiche Belastung in ausländischen Staaten trotz der starken Tariferhöhung in den Vereinigten Staaten um ein Fünftel gesunken ist. Diese Erhöhung wird nur zum Teil durch die gewährte preference ausgeglichen.

Am prägnantesten kommt der Wille, die eigenen Industrien zu schützen bzw. neue Industriezweige zu entwickeln und auch die englische Einfuhr nur einzulassen, soweit sie dieses Ziel nicht gefährdet, in den offiziellen Auslassungen der australischen Politik zum Ausdruck. In dem Jahresbericht des „Bureau of Commerce and Industry" (einer amtlichen Stelle des Commonwealth) für 1922 werden folgende Zwecke des australischen Zolltarifs aufgeführt:

„I. To admit goods of British origin on the most favourable term possible consistent with the development of local manufacture.

II. To grant a reasonable measure of preference to reciprocating friendly countries.

III. To exclude the products of alien communities whose conditions of labour would enable their goods to compete unfairly with local products produced under Australian conditions.

IV. Finally, to bring into being a set of Customs duties competent to guarantee stability and permanence to every industry already established, and secure prosperity and possibility of development to many projected enterprises, the establishment of which is now certain."

In einer Flugschrift, die der High Commissioner für Australien zur Information englischer Exporteure herausgegeben hat, heißt es[10]:

„The established policy of the Government is Protection. If the present schedule (the Tariff Act of 1920) does not provide duties sufficient to

[9] Survey of Overseas Markets. Based on material, mainly derived from official sources, with regard to the conditions prevailing in various overseas markets which affect British export trade, together with statistical and other information. London 1925. (Im folgenden zitiert als „Survey".)

[10] Ebenda, S. 351.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

protect new industries, consideration will be given to the matter of providing sufficient protection on the first revision of the tariff after the establishment of the new industry."

Den Niederschlag dieser Politik bildet der Customs Tariff von 1920, der mit dem Ziel erlassen ist „to protect the industries created during the war, to encourage new and to extend existing industries"[11].

Der 1921 erlassene Industries Preservation Act bezweckt daneben den Antidumpingschutz in weitestem Umfange.

Auch Neuseeland hat sich 1921 mit erhöhtem Industrieschutz bei gleichzeitig erhöhter preference für einen Teil der englischen Einfuhr umgeben. Der geltende britische Vorzugstarif entspricht dem früheren allgemeinen Tarif, so daß jetzt durchschnittlich ein Wertzoll von 30% auf fremde, von 20% auf britische Waren erhoben wird. Das offizielle Year Book erklärt als den Zweck der Tarifrevision „to secure a larger revenue to the Dominion and to give a measure of protection to local industries"[11a].

Südafrika hat sich 1925 einen neuen Tarif mit erhöhten allgemeinen Sätzen und Einschränkung der für die britische Einfuhr eingeräumten preference auf 22 Tarifpositionen gegeben, während bis dahin die britische Einfuhr eine 3%ige Ermäßigung bei sämtlichen Zollsätzen genoß.

Die kanadische Gesetzgebung beruht heute noch auf dem allerdings mehrfach modifizierten Tarif von 1907. Kanada hat den höchsten Zolltarif aller wichtigen Teile des Empire und nächst Neuseeland die höchste preference für die britische Einfuhr; sie ist jedoch in den letzten Jahren zum Teil durch die häufigere Einräumung des Intermediate Tariff (siehe unten) an fremde Staaten ausgeglichen worden. Die Einfuhr der letzteren ist unter diesem einer Mehrbelastung von nur 5% ihres Wertes gegenüber britischen Waren unterworfen.

c) Die Zollbelastung englischer Waren.

Das „Committee on Industry and Trade" hat versucht, die Zollbelastung, der sich die britische Fabrikatausfuhr in den Dominions im Vergleich zu ausländischen Importen gegenübersieht, unter Berück-

[11] Ebenda, S. 355. Vergl. auch T. E. Gregory, Recent Tariff Changes and their Probable Influence on British Trade. London and Cambridge Economic Service. Special Memorandum Nr. 2. May 1923.

[11a] O. Year Book 1925, S. 327 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sichtigung der Wichtigkeit der einzelnen Warengattungen für den britischen Export und unter Zugrundelegung von „Durchschnittspreisen typischer Artikel" zu errechnen[12]. Das Ergebnis zeigt folgende Tabelle:

Dominion	Durchschnittliche Belastung britischer Waren mit Wertzöllen		Höhe der „preference" gegenüber ausländischen Waren	
	1914	1924	1914	1924
Australien	6¼ %	9¾ %	3½ %	11¾ %
Canada	15¼ %	13¼ %	5¾ bzw. 6 %	5 bzw. 8¼ %
Südafrika	7½ %	9 %	2¾ %	2¾ % [12a]
Neuseeland	8¼ %	8½ %	3½ %	12 %

Wie vorstehende Tabelle zeigt, hat die gewährte preference eine zum Teil — vor allem in Australien und Neuseeland — nicht unbeträchtliche Erhöhung erfahren. Gleichzeitig ist aber die effektive prozentuale Zollbelastung der britischen Einfuhr mit Ausnahme von Canada gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß tatsächlich die britische Einfuhr, soweit sie zollpflichtig ist, höher belastet ist, als aus dem in der Tabelle eingesetzten durchschnittlichen Prozentsatz für die gesamte Einfuhr hervorgeht, da der Satz durch die Einbeziehung der zollfreien Einfuhr herabgedrückt wird. Dies gilt vor allem von Australien, wo Baumwollgarne und -gewebe zollfrei sind. Wird von ihnen abgesehen, so beträgt die Zollbelastung britischer Waren 15 % gegenüber 10 % im Jahre 1914[12b]. Die englische Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie sieht sich heute in Australien der doppelten Zollbelastung wie vor dem Kriege gegenüber[12c]. Ähnlich liegen die Verhält-

[12] Vgl. über die Methode der Berechnung Survey, S. 543.

[12a] Nach dem alten, 1925 außer Geltung gesetzten Tarif.

[12b] Doch sind Baumwolltweede, die bisher zollfrei aus England eingeführt werden durften, seit September 1925 mit einem Zoll von 30 % des Wertes (unter dem britischen Vorzugstarif, sonst 40 bzw. 45 %) belegt. Als Begründung wurde angeführt, daß Baumwolltweed den in Australien hergestellten groben Wollstoffen Konkurrenz mache. Die Einführung des Zolles ist in Manchester als Unfreundlichkeit empfunden worden, obwohl keine sehr bedeutenden Posten in Frage kommen (vgl. The Manchester Guardian vom 14. September 1925). Wollstoffe sind in Australien unter den 3 Tarifen mit einem Wertzoll von 35, 45 und 50 % belegt. The Bd. of Trade Journal vom 22. Oktober 1925, S. 452.

[12c] Survey, S. 546.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nisse in Neuseeland, wo gleichfalls der Durchschnittssatz für britische Waren durch die zollfreie Einfuhr von Baumwollgeweben niedrig gehalten wird. Die tatsächliche Zollbelastung der zollpflichtigen Einfuhr betrug 1924 für die britische Einfuhr 13 % gegenüber 12 % im Jahre 1914. Der Rückgang der Zollbelastung in Canada ist bedingt durch die Gewährung eines Zollabschlags von 10 % auf alle 15 % des Wertes überschreitende Zölle, sofern es sich um Waren handelt, die aus einem britischen Hafen unmittelbar nach einem canadischen Hafen geschifft worden sind. Durch die gesteigerte Anwendung des Zwischentarifs ist die Spannung zwischen der Zollbelastung der britischen Einfuhr und der aus einigen anderen Ländern (vornehmlich Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Spanien) von 6 auf 5 % gesunken, während die Einfuhr aus Deutschland und aus den Vereinigten Staaten heute um 8¼ % höher belastet ist als die englische Einfuhr (gegenüber einer Differenz von 6 % im Jahre 1914). Auch in Südafrika bringt der neue Tarif von 1925, abgesehen von der bereits erwähnten Einschränkung der preference für britische Waren, das industrieschutzzöllnerische Prinzip stärker zum Ausdruck.

d) Produktions- und Exportprämien.

Die protektionistische Tendenz der Handelspolitik wird in einzelnen Dominions unterstrichen durch die gleichfalls schon in der Vorkriegszeit geübte, jetzt verstärkt angewandte Gewährung von Subsidien an einzelne Industrien. Vor allem erfreut sich die Eisen- und Stahlindustrie derartiger Begünstigungen. So hat Australien durch den „Iron and Steel Bounties Act" von 1922 Prämien für eine Reihe von Erzeugnissen vorgesehen unter der Bedingung, daß diese aus Material hergestellt sind, das aus Australien stammt und dort verarbeitet worden ist, es sei denn, daß die Einfuhr ausdrücklich nach Prüfung und Bericht des Tarifamts bewilligt worden ist[13].

Südafrika hat durch den „Iron and Steel Industry Encouragement Act" von 1922 die gleiche Bahn eingeschlagen. Australien verwendet außerdem einen Teil seiner Zolleinnahmen dazu, um den australischen Export nicht nur von Rohstoffen, sondern auch von verarbeiteten Produkten auf verschiedene Weise, unter anderem durch Zahlung von Ausfuhrprämien, zu fördern. — In Neuseeland erhalten die Obst- und die Fischkonservenindustrie Ausfuhrprämien.

[13] O. Year Book 1922, S. 348.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

e) Die finanzwirtschaftliche Bedeutung der Zölle.

Die protektionistischen Tendenzen, die in den letzten Jahren einen erhöhten Zollschutz bewirkt haben, finden in allen Dominions eine starke Unterstützung in der finanzwirtschaftlichen Lage. Der Krieg hat die Budgets sämtlicher vier Staaten stark anschwellen lassen. Neben den durch ihn verursachten außerordentlichen Ausgaben macht sich „das Gesetz von den wachsenden Staatsausgaben in fortschreitenden Gemeinwesen" geltend, und zwar nicht nur hinsichtlich der Staats- bzw. Bundesausgaben, sondern auch hinsichtlich der Ausgaben von Einzelstaaten, Provinzen und Munizipalitäten.

In sämtlichen Dominions, besonders aber in Canada, Australien und Neuseeland, sind dem Staate große Verluste aus der Übernahme und dem Betrieb von Eisenbahnen erwachsen; auch die staatlich subventionierten Schiffahrtslinien haben sich als sehr verlustreiche Geschäfte erwiesen[13a]. Ferner haben ausgedehnte Bewässerungsanlagen (Australien, Südafrika) und Ausgaben für Siedlungszwecke, vor allem die sehr kostspielige Ansiedlung von Kriegsteilnehmern in den ersten Nachkriegsjahren, hohe Summen verschlungen.

Gegenüber diesen erhöhten Anforderungen bilden die Zölle eine wichtige Einnahmequelle, obgleich ihr Anteil an den Gesamteinnahmen im letzten Jahrzehnt, vor allem seit der Einführung von Einkommensteuern, zurückgegangen ist. Im Kriege sind die Zölle mehrfach unter ausschließlich finanziellen Gesichtspunkten erhöht worden. Auch nach dem Kriege haben neben dem protektionistischen Ziele fiskalische Rücksichten mitgesprochen. In Canada brachten die Zölle im Jahre 1924 rund 121 Mill. $, gleich über 25 % sämtlicher Staatseinnahmen, über 1/3 sämtlicher Steuereinnahmen[13b]. Von den Einnahmen des australischen Bundes machten die Zölle 1922/23 rund 22 Mill. £, gleich über 1/3 und fast die Hälfte sämtlicher Steuereinnahmen aus[14]. In Neuseeland beliefen sich 1923/24 die gesamten Einnahmen auf 28 Mill. £, die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben auf 7,8 Mill. £, gleich 28 % der Gesamteinnahmen, 48 % des gesamten Steueraufkommens[14a]. Von den 27 Mill. £ betragenden Einnahmen der süd-

[13a] Vgl. Imperial Railway Finance by the Editor of the Economist. The Empire Review, Juni 1925, S. 686 ff. — Imperial Shipping, ebenda, April 1925, S. 448 ff.

[13b] O. Year Book 1924, S. 736.

[14] O. Year Book, S. 366.

[14a] O. Year Book 1925, S. 547.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

afrikanischen Union stammten 1922/23 aus Zöllen 5,7 Mill. £, also rund 1/5 (5,2 Mill. £ aus Einkommensteuer)[15].

Die prozentuale Abnahme der Zolleinnahmen deutet darauf hin, daß mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung andere Steuern den Platz einnehmen werden, der heute noch den Zöllen im Finanzsystem der Dominions zukommt. Für absehbare Zeit ist jedoch schwer zu ersehen, welche Einnahmen an die Stelle der Zölle treten könnten, da sowohl eine größere Ergiebigkeit der Einkommensteuern als auch eine bessere Rentabilität der staatlichen Verkehrsanstalten, vor allem der Eisenbahnen, nicht zu erwarten ist, solange die Besiedlung und wirtschaftliche Erschließung der natürlichen Hilfsquellen nicht schneller fortschreitet. Das gleiche gilt auch von der Möglichkeit eines reinen Finanzzollsystems nach englischem Vorbilde, dessen Ergiebigkeit auch nur bei einer dichten und kaufkräftigen Bevölkerung gewährleistet ist.

2. Methoden.

Die Handelspolitik der Dominions wird nicht nur übereinstimmend durch die allgemeine industrieschutzzöllnerische Tendenz charakterisiert, sondern sie bedient sich mit geringen Abweichungen auch in allen vier Staaten derselben Methoden. Diese tragen nicht unwesentlich dazu bei, die schutzzöllnerische Wirkung der Zolltarife zu verschärfen, ja zu kumulieren.

f) Gliederung der Zolltarife.

Australien und Neuseeland haben nach dem Kriege die bereits seit 1907 in Canada bestehende Dreigliederung des Zolltarifs in einen allgemeinen, einen Mittel- und einen britischen Vorzugstarif angenommen. Letzterer kommt gegenüber Großbritannien und entweder allgemein oder auf Grund besonderer Reziprozitätsabmachungen gegenüber sonstigen Teilen des britischen Reiches zur Anwendung. Der allgemeine Tarif gilt für das Ausland, außer wenn diesem auf Grund spezieller Vereinbarungen der Mitteltarif eingeräumt ist. Dieser hat somit den Zweck, die Grundlage für Vertragsverhandlungen zu schaffen, ohne daß dabei der Grundsatz von Imperial preference preisgegeben zu werden braucht. Seine Einführung bzw. gegen früher vermehrte Anwendung in Canada beweist, daß auch hochschutzzöllnerische

[15] O. Year Book 1924, S. 737 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Staaten eines elastischeren Instruments in der Handelspolitik bedürfen, als es die einfache Unterscheidung von allgemeinem und Vorzugstarif darstellt.

g) Die Bestimmungen über „preference".

Die Methoden der Großbritannien gewährten preference sind heute übereinstimmend die, daß auf bestimmte im Tarif aufgeführte Artikel ein gleichfalls festgesetzter prozentualer Abschlag gewährt wird, wenn sie aus Großbritannien bzw. aus anderen britischen Reichsteilen stammen. Diese Methoden bieten gegenüber dem früher beispielsweise von Canada bis 1904, von Südafrika bis 1925, gewährten gleichmäßigen prozentualen Abschlag auf alle britische Einfuhr der dominialen Handelspolitik die Möglichkeit, auch die preference mehr im Sinne der eigenen Wirtschaftspolitik zu gestalten[16].

Die Bedingungen für die Gewährung von preference sind in Australien seit dem 1. April 1925, in Neuseeland seit dem 1. Januar 1926, an die Bedingung geknüpft worden, daß mindestens 75 % (gegenüber bisher 25 %) der Arbeits- und (oder) Materialkosten eines Artikels aus Großbritannien bzw. dem Empire stammen muß, wenn ein Anspruch auf preference bestehen soll.

> „Goods however, in the manufacture of which all possible processes of manufacture in the raw material and in the finished goods which are commercially performed in the United Kingdom, have been performed in the United Kingdom, will qualify for preference irrespective of the proportion of United Kingdom labour and for material contained in the factory or works cost of the goods; and in the case of goods of a class not commercially manufactured in the Commonwealth, preference will be granted provided that they contain at least 25 per cent of United Kingdom labour and/or material in their factory or works cost."

Durch die Heraufsetzung des verlangten britischen Kostenanteils auf 75 % soll verhindert werden, daß Waren, die als Halbfabrikate, vor-

[16] „The tendency in the Empire is towards specialisation of tariffs to suit the circumstances of each portion, together with preferences to other portions of the Empire." cf. Bastable: „The Commerce of Nations", 9. Edition, Revised by T. E. Gregory, London 1923. S. 118.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nehmlich aus Ländern des europäischen Festlandes, nach England eingeführt werden, als britische Waren Vorzugsbehandlung erhalten[17].

Diese Bestimmungen, die auf den ersten Blick als ein Schutz der englischen Industrie erscheinen könnten, sind in der Praxis bei dem auf weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung beruhenden Charakter der englischen Industrie, die sich vielfach auf die Weiterverarbeitung ausländischer Rohstoffe und Halbfabrikate gründet, geeignet, einen Teil der englischen Einfuhr der bisher genossenen Vorzugsbehandlung zu berauben. Diese Gefahr besteht vor allem in Australien, wo auch Rohstoffe imperialen Ursprungs, z. B. australische Wolle, nicht in die verlangten 75% der Arbeits- und Materialkosten einbezogen werden dürfen. (Anders in Neuseeland, wo nur „imperialer Ursprung" verlangt wird.) Diesen Befürchtungen entsprach auch die Aufnahme, die diese Änderung der australischen Vorzugsbestimmungen in englischen Wirtschaftskreisen gefunden hat[18].

h) Der Antidumpingschutz.

Der Zolltarif allein gibt keinen Aufschluß über die effektive Zollbelastung, der die ausländische wie die britische Einfuhr in den Domi-

[17] Dabei soll das Vorhandensein von Patentrechten keinen Grund bilden, daß ein Fabrikationsprozeß nicht „kaufmännisch" im Vereinigten Königreich durchgeführt werden könne. „The Board of Trade Journal" vom 14. Mai 1925, S. 541.

[18] Sogar die „Times" sprach bei ihrem Bekanntwerden die Befürchtung aus, daß dadurch Waren der preference verlustig gehen könnten, „that are as British as it is possible for them to be". „Times" 9. Okt. 1924. Sir Charles Mallet glaubt, daß durch die neuen Bestimmungen 82% der britischen Fabrikateinfuhr betroffen werden. (The Value of Imperial Preference, The Contemporary Review, Februar 1925.)

Der englische Senior Trade Commissioner für Australien erklärt in bezug auf Waren, die aus ausländischen Rohstoffen hergestellt sind und einen, wenn auch geringen Kostenanteil ausländischer Arbeit enthalten: „In actual effect it seems not unlikely that in goods of this class the preference in practically all cases will be unobtainable. Owing to the fact that very few raw materials are available in the United Kingdom and that raw material itself would almost always represent at least £ 25 of £ 100 value of finished goods, then it follows that if 6 d represents foreign labour the goods cannot possibly secure a preference." (The Bd. of Trade Journal vom 17. Dez. 1925, S. 660 f. Vgl. den Wortlaut der neuen Preferencebestimmungen ebenda 16. April 1925, S. 424.) — Diese Auffassung englischer Kreise steht im Widerspruch zu den Plauts (2. Teil dieser Sammlung, S 94).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nions unterliegt. Diese erfährt vielmehr eine weitere Erhöhung durch das Institut der Antidumpingzölle. In diesem Teile der Gesetzgebung kommt vor allem das besonders von der Arbeiterklasse der Dominions befürwortete Bestreben zum Ausdruck, die Handelspolitik als Mittel gegen die Gefahr einer Herabdrückung der Lebenshaltung, vor allem der Löhne, zu benutzen. Erstaunlich ist dabei, in welchem Umfange das Produzenteninteresse einzelner Wirtschaftszweige gleichgesetzt wird mit dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Gedeihen, wie dagegen die wohlfeile und reichliche Versorgung der Konsumenten mit den benötigten Industrieprodukten als bestimmender Gesichtspunkt ganz auszuscheiden scheint.

Die feinste Ausbildung und weiteste Anwendung hat der Antidumpingschutz in Australien, in geringerem Maße in Canada und in Südafrika erfahren, während in Neuseeland nur als Schutz gegen Valutadumping, trotz weitergehender gesetzlicher Ermächtigung, von ihm Gebrauch gemacht worden ist[19]. Es soll deswegen im folgenden von den Bestimmungen des australischen „Customs (Industry Preservation) Act" von 1921 ausgegangen werden. Dieser sieht vor, daß nach Prüfung und Berichterstattung durch das Tarifamt besondere Zölle in bestimmten Fällen auferlegt werden sollen, wenn die Einfuhr der aufgeführten Waren sich nachteilig für eine australische Industrie erweisen könnte. Die Fälle, in denen besondere Antidumpingzölle auferlegt werden können, betreffen:

1. Verkauf von Waren in Australien zu einem Preis, der niedriger ist als der angemessene Marktpreis (Fair market price) in dem Exportlande zur Zeit der Verschiffung. (In gleichem Sinne Südafrika, Neuseeland, Canada.)

2. Verkauf von Waren zu einem Preis, der niedriger ist als der „*reasonable price*". Unter diesem wird in der australischen Gesetzgebung verstanden, „such a price as represents the cost of production plus 5 % plus free on board charges".

Später wurde der Zuschlag von 5 % als ungenügend erachtet und die Bestimmung dahin abgeändert: „such addition not exceeding 20 %

[19] Eine ausführliche Darstellung der einschlägigen Gesetzgebung (mit Abdruck der Gesetzestexte) gibt Hoffmann, Die Antidumpinggesetzgebung des Auslandes und ihre Anwendung. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Heft 26. Mai 1925.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

as is determined by the Minister after inquiry by the Board" (Dumping below cost duty). (Australien, Neuseeland.)

3. Verschiffung von Waren zu einem niedrigeren Frachtsatz nach dem betreffenden Dominion, als dem *fair market value* der Frachtsätze entspricht (Australien, Südafrika, Neuseeland).

4. Gewährung von Produktions- oder Ausfuhrprämien und ähnlicher Sondervergünstigungen im Ursprungslande (Südafrika, Neuseeland).

5. Einfuhr von Waren aus Ländern mit entwerteter Valuta (sämtliche Dominions). Die Bestimmungen über Zölle gegen Valutadumping sind mehrfach geändert worden, da es sich erwies, daß die zuerst vorgesehenen Prozentsätze keinen ausreichenden Schutz boten. Die Bestimmungen wurden deswegen beispielsweise in Australien schließlich dahin festgesetzt, daß der Zoll der Differenz entsprechen solle zwischen dem Preise einer Ware bei der Landung in Australien plus einem vom Minister festzusetzenden Gewinnzuschlag und dem australischen Engrospreis für ähnliche Waren australischen Ursprungs[20].

6. Die sogenannte *dumped material duty*. Von ihr werden getroffen Waren, die ganz oder teilweise aus Stoffen hergestellt worden sind, die aus einem Lande mit entwerteter Währung nach einem anderen Lande geliefert worden sind, wenn die in letzterem Lande hergestellten Waren von diesem nach Australien zu einem niedrigeren Preise verkauft worden sind, als die gleiche Ware in dem Exportlande aus Stoffen dieses Landes selbst hätte verfertigt werden können[21] (Australien).

---

[20] Vgl. „Denkschrift des RWM. über die ausländische Gesetzgebung zur Abwehr des Dumping, insbesondere des Valutadumping." Reichstag III 1924/26. Drucksache 1787.

[21] Diese Bestimmung ist häufig in Australien gegen englische Waren angewandt worden, mit der Begründung, daß diese aus Halbfabrikaten hergestellt seien, die aus Ländern mit entwerteter Valuta stammten. Da mit der Stabilisierung der mitteleuropäischen Währungen diese Begründung von Dumpingzöllen in wichtigen bisherigen Anwendungsfällen weggefallen ist, liegt die Vermutung nahe, daß die oben erwähnte Heraufsetzung des Prozentsatzes für Material- und Arbeitskosten auf 75% für die Gewährung von preference einen Ersatz für die nicht mehr in gleichem Maße mögliche Anwendung der dumped material duty unter dem Industries Preservation Act bieten soll.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eine Sonderheit der australischen und der neuseeländischen Dumpinggesetzgebung ist es, daß der Schutz gegen das Valutadumping auf dem australischen Markte auch auf die Waren aus Großbritannien ausgedehnt wird (in Neuseeland auf Waren aus allen Teilen des Empire), d. h. es kann ein besonderer Antidumpingzoll (dumping preference duty) auf die Einfuhr aus einem bestimmten Lande gelegt werden, wenn durch sie die Konkurrenzfähigkeit der britischen Waren auf dem australischen bzw. neuseeländischen Markt bedroht erscheint.

Diese Dokumentierung imperialistischer Politik wird in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden, wenn ihr gegenübergestellt wird, daß die Antidumpinggesetzgebung der Dominions, voran diejenige Australiens, keineswegs vor der Einfuhr aus Großbritannien halt macht. So sind in der Zeit von August 1922 bis März 1924 180 Bekanntmachungen erlassen worden, durch die besondere Dumpingzölle auferlegt worden sind. Von diesen 180 Fällen betrafen 96 Deutschland, 16 die Vereinigten Staaten, 14 die Tschechoslowakei, 14 Großbritannien[22].

Von der südafrikanischen Antidumpinggesetzgebung sind in den letzten Jahren Waren aus folgenden Ländern betroffen worden: Australien (Weizen, Weizenmehl und Butter), Canada, Belgien, Dänemark, Mozambique, Norwegen, Schweden, Holland, Deutschland, Großbritannien, Vereinigte Staaten, Italien[23].

Die Dumpingzölle, die auch auf im übrigen zollfreie Waren gelegt werden können, sind also ein Mittel nicht nur zur Verschärfung der an sich hohen Tarife gegenüber dem Ausland, sondern sie können von den protektionistisch eingestellten Parlamenten und Regierungen der Dominions sehr wohl dazu benutzt werden, um die gewährte preference unwirksam zu machen und dadurch den australischen Konsumenten zu zwingen, den durch den Zoll erhöhten Preis auf englische Waren zu zahlen[23a].

---

[22] Australian Year Book für 1924, S. 221.

[23] O. Year Book 1924, S. 584.

[23a] Oft sind es recht schwache Produzenteninteressen, die sich des Schutzes gegen ausländisches Dumping erfreuen können. Beispielsweise ist Drahtgeflecht, das zum Schutze des Acker- und Weidelandes gegen Wildschaden der australischen Landwirtschaft unentbehrlich ist, bisher in ungenügender Menge in Australien hergestellt und daher in beträchtlichem Maße aus Großbritannien eingeführt wird, trotz des Protestes der Country Party im

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

i) „Aufgeschobene" Zölle.

Die Folge dieser Gesetzgebung ist eine große Unübersichtlichkeit und Unsicherheit in bezug auf die Einfuhrbedingungen in den betreffenden Ländern. Diese wird in Australien noch erhöht durch die Einrichtung der sogenannten „*deferred duties*", Zölle, die im Tarifgesetz vorgesehen sind, deren Inkrafttreten aber einem späteren, von der Exekutive zu bestimmenden Zeitpunkt vorbehalten bleibt. Die protektionistische Vorsorge erstreckt sich also auf Industrien, die zunächst noch gar nicht in dem Umfange vorhanden sind, daß Zölle auf ihre Produkte für die Konsumenten erträglich wären. Daß auch die deferred duties einer planmäßigen Industrialisierungspolitik dienen, wird dadurch bewiesen, daß sie im wesentlichen für Produkte der Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie vorgesehen sind[24], eine Tatsache, die wiederum zeigt, daß bei einem Widerstreit der Industrialisierungstendenzen mit dem Entgegenkommen gegenüber den englischen Exportinteressen die ersteren durchaus die stärkeren sind, daß mit anderen Worten preference nur soweit gewährt wird, als die eigenen Ziele der australischen Wirtschaftspolitik dadurch nicht gefährdet werden.

k) Die ausführenden Behörden.

Ein weiterer charakteristischer Zug der im Vorstehenden gekennzeichneten Sonderheiten, der sich mit geringen Unterschieden wiederum übereinstimmend in allen vier Dominions findet, sind die sehr weitgehenden Befugnisse der Exekutive in bezug auf die Ausgestaltung des Zolltarifs. Im allgemeinen hat der „Minister für Handel und Zölle" über die Einführung, meist auch innerhalb gewisser Grenzen über die Höhe der Spezialzölle zu befinden. Entscheidend für die Auferlegung des Zolles ist nicht der Tatbestand des Dumping allein, sondern die

---

australischen Parlament mit einem Dumpingzoll belegt worden, unter der Begründung, daß englische Fabrikanten die Ware in Australien billiger als in England anböten. Nach einer Angabe der Londoner Handelskammer hatte eine Ladung englischen Drahtgeflechts im Werte von 133 £ einen Zoll von 54 £ zu entrichten. The Chambre of Commerce Journal vom 27. Juni 1924. — Auch auf eine Reihe anderer Produkte der britischen Stahlindustrie sind Dumpingzölle gelegt worden (unter Sektion 4 des J. P. Act: „Einfuhr below fair market value"), vgl. The Board of Trade Journal vom 20. März 1924.

[24] Vgl. The Board of Trade Journal vom 28. Mai 1925, S. 599.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weitere Voraussetzung, daß dadurch nach Ermessen des Ministers die Schädigung einer inländischen Industrie zu erwarten ist. Ferner gibt die Möglichkeit, in weitgehendem Maße Diskriminationen zwischen der Einfuhr aus verschiedenen Ländern vorzunehmen, den Regierungen ein potentielles Mittel an die Hand, die handelspolitische Waffe des Dumpingzolles für politische Zwecke anzusetzen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß so unbestimmte Begriffe wie „fair market price", „reasonable price", „current domestic value" gegenüber mehreren hundert Zollpositionen der Auslegung durch die ausführende Behörde einen sehr weiten Spielraum läßt[24a].

Die zielbewußte Verfolgung der eingeschlagenen Industrialisierungspolitik hat in Australien und in Südafrika eine weitere Sicherung erhalten durch die Einsetzung besonderer, mit ihrer Durchführung und Weiterbildung betrauter Behörden. Das nach dem Kriege errichtete australische Bureau of Industry and Commerce, das jetzt eine wichtige Abteilung des Board of Trade[24b] bildet, sollte in erster Linie, wie es in seinem Jahresbericht für 1920 heißt, herbeiführen „the manufacture in Australia of textile machinery and woollens and worsteds, etc. sufficient for our own requirements", mit dem Endziel, daß Australien in den Stand gesetzt werden soll, seine gesamte Wollerzeugung im Lande selbst in gebrauchsfertige Waren zu verarbeiten. Doch hat sich das Bureau keineswegs auf die Förderung der Wollindustrie beschränkt, wenn ihm auch hier verhältnismäßig die größten Erfolge beschieden waren[25], sondern sich auch die Gründung und Pflege anderer Industrien angelegen sein lassen, namentlich durch Begünstigung der

---

[24a] In Neuseeland hat der Generalgouverneur in bestimmten Fällen das Recht, den bestehenden Tarif ganz oder zum Teil aufzuheben, bestehende Zollsätze durch andere zu ersetzen oder Zollbefreiungen eintreten zu lassen. Hoffmann a. a. O., S. 53, Gregory a. a. O.

[24b] Dieses selbst ist nicht wie das englische Board of Trade eine bürokratisch zusammengesetzte Zentralbehörde, sondern besteht unter dem Vorsitz des Ministers for Trade and Commerce aus Persönlichkeiten, die im Wirtschaftsleben stehen. Die Funktionen des Amtes bestehen nach der im Jahre 1922 erfolgten Rekonstruktion hauptsächlich in der Ausübung gutachtlicher Tätigkeit für den Minister und in der Vermittelung wichtiger Nachrichten bezüglich ausländischer Märkte für die australischen Interessenten.

[25] Trotzdem wurden 1923 erst 8% der Schur in Australien selbst verarbeitet. Vgl. O. Year Book 1924, S. 660. Die in Australien verarbeitete Wolle betrug 1913 5,8 Mill. ℔, 1923/24 11,8 Mill. ℔.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Niederlassung englischer Fabriken in Australien. Dem 1921 eingerichteten Tarifamt, das unter dem Vorsitz eines Beamten des Handelsministeriums aus vier Vertretern australischer Wirtschaftskreise besteht, ist in erster Linie die Durchführung der bestehenden und die Vorbereitung künftiger Zollgesetzgebung übertragen; vor allem sind seine Gutachten von entscheidender Bedeutung für die Anwendung des Antidumpingschutzes. Zu seinen Befugnissen gehört unter anderem die Untersuchung, ob die Einführung neuer, die Herauf- oder Herabsetzung bestehender Zölle notwendig ist, ob Prämien zu gewähren sind, ob die Anwendung des britischen Vorzugs- oder des Zwischentarifs in Frage kommt, ferner die Prüfung von Klagen über Fabrikanten, die den gewährten Zollschutz ausnutzen, um ungebührlich hohe Preise zu verlangen. Außerdem kann der Minister das Amt zur Untersuchung und Berichterstattung über folgende Angelegenheiten auffordern: „the general effect of the working of the Customs Tariff and the Excise Tariff; the fiscal und industrial effects of the Customs laws of the Commonwealth, the incidence between the rates of duty on raw materials and on finished or partly finished products and any other matter affecting the encouragement of primary and secondary industries in relation to the tariff[26].“

In Südafrika bestand seit 1916 ein Industry Advisory Board, das großenteils aus Vertretern des Wirtschaftslebens zusammengesetzt war und die Aufgabe hatte, den Minister in bezug auf die planmäßige Erschließung der industriellen Hilfsquellen des Landes zu beraten. Seit 1921 ist es durch einen Board of Trade and Industry mit ähnlichen Funktionen wie die des australischen Amtes ersetzt, unter anderem hat es der Regierung Vorschläge zu machen in bezug auf „such action as may be necessary or advisable for existing and developing industries established or likely to be established in the Union“[27].

Lassen schon die Bestimmungen über die Einsetzung der Ämter und die Richtlinien, die für ihre Arbeit aufgestellt sind, den protektionistischen Zweck erkennen, so gibt die Ernennung der Mitglieder den Regierungen ein weiteres Mittel in die Hand, die Anwendung der Bestim-

[26] Official Year Book of the Commonwealth of Australia, Nr. 17, Melbourne 1924, S. 220. (Sperrung von mir.)

[27] Official Year Book of the Union of South Africa, Nr. 7, 1924, Pretoria 1925, S. 573.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mungen im Sinne des Protektionismus sicherzustellen. Tatsächlich haben in den letzten Jahren die zum Zwecke der Industrieförderung eingesetzten Behörden die Erwartungen ihrer Urheber erfüllt[28]. Es zeigt sich hier in ähnlicher Weise wie seit etwa einem Jahre auch in der englischen handelspolitischen Praxis daß Bestimmungen, die an sich die Frage nach einer Ablehnung oder Gewährung des von den Interessenten verlangten Zollschutzes offen lassen, fast immer in protektionistischem Sinne wirken, wenn ihre Ausführung in die Hand einer protektionistischen Regierung gelegt ist. Daß gerade das neutrale Sachverständigengutachten hierbei als ein beliebtes Werkzeug zur Begründung schutzzöllnerischer Anträge von der Regierung benutzt wird, findet gleichfalls eine Bestätigung durch die englische Entwicklung[29].

Der schutzzöllnerische Geist, der die Handelspolitik der Dominions beherrscht, durchdringt auch ihre Handhabung in der Praxis der Zollbehörden. Besonders charakteristisch erscheint in diesem Zusammenhang, daß eine Denkschrift der „Federation of British Industries" über interimperialen Handel sich im Jahre der Reichsausstellung von Wembley darüber beklagen mußte, daß selbst Kataloge englischer

[28] Über ein charakteristisches Beispiel für die bewußt protektionistische Einstellung des australischen Tarifamtes wird von der Londoner Chambre of Commerce berichtet. — Australische Fabrikanten hatten einen Dumpingzoll auf bestimmte Wirk- und Strickwaren aus England unter dem Abschnitt über „dumped material duties" des I. P. Act verlangt mit der Begründung, daß die englische Wollindustrie Garne aus Ländern mit entwerteter Währung verarbeite. Das Tarifamt erklärte in seiner Antwort, „that it was reluctantly compelled to come to the conclusion that the conditions necessary for the application of the I. P. Act had not been established", d. h. das Amt bedauerte, den englischen Fabrikanten kein dumping nachweisen zu können. Vgl. The Chambre of Commerce Journal vom 27. Juni 1924.

[29] Ich kann mich deswegen nicht der Anschauung Plauts (a. a. O., S. 117) anschließen, daß die durch das White Paper vom 3. Februar 1925 inaugurierte Politik vom freihändlerischen Standpunkt aus unbedenklich sei. Der Hinweis Plauts, daß der Schutz der Schlüsselindustrien im konservativen Wahlprogramm gestanden habe, die jetzt eingeschlagene Politik des Kabinetts Baldwin somit keine Überraschung darstelle, erscheint gegenüber den im letzten Jahre beschlossenen Zöllen wenig angebracht; denn es dürfte schwer fallen, die Herstellung von Glühstrümpfen, Aluminiumgeschirr, Spitzen, Handschuhen, Messerschmiedewaren unter den Begriff der Schlüsselindustrie zu bringen. Übrigens widersprechen sich die Ausführungen Plauts über die konservative Handelspolitik auf S. 76, 103 und 117.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Firmen in den Dominions dem hohen Zoll für Druckschriften unterworfen seien, weil man die englischen Unternehmungen zwingen wolle, ihre Kataloge in Buchdruckereien der Dominions herstellen zu lassen. Auch die freie Zulassung von Mustersendungen, wie sie in England üblich ist, war nicht gestattet[30].

III. Die Förderung des Agrarexportes.

Die handelspolitische Begünstigung der industriellen Interessen wirft zwangsläufig die Frage auf, durch welche Maßnahmen die dominialen Regierungen ihre agrarischen Bevölkerungskreise, auf deren Prosperität in hohem Maße der Wohlstand ihrer Volkswirtschaft und eine gesunde Verfassung der öffentlichen Finanzen beruht, für die Opfer entschädigt, die diese Politik von ihnen fordert. Denn daß der Industrieschutz betrieben wird zu Lasten der Abnehmer industrieller Erzeugnisse, vor allem der Ackerbau, Weidewirtschaft, Obst- und Weinbau treibenden ländlichen Produzenten, wird nicht bestritten, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Exportfähigkeit der dominialen Agrarprodukte durch ihn beeinträchtigt und die weitere Entwicklung der agrarischen Hilfsquellen behindert wird. Die staatssozialistisch gefärbte, merkantilistische Einstellung, aus der heraus das protektionistische Zoll- und Subsidiensystem für die Industrie geschaffen worden ist, legte auch einer positiven Politik gegenüber den verschiedenen Zweigen der Urproduktion keine prinzipiellen Hindernisse in den Weg im Gegensatz zum britischen Mutterlande, wo bis in die neueste Zeit die herrschenden Anschauungen des wirtschaftlichen Liberalismus einer staatlichen Fürsorge für die Landwirtschaft entgegenstanden. Es kann daher nicht erstaunen, daß die dominiale Handelspolitik neben dem industriellen Protektionismus und als Ergänzung zu ihm ein umfangreiches System staatlicher Maßnahmen zur Förderung des agrarischen Ausfuhrinteresses aufweist. Auch auf diesem Gebiet läßt sich weitgehende Übereinstimmung zwischen den vier Staaten feststellen.

1. Gewährung von Prämien.

Unter den positiven Maßnahmen staatlicher Förderung der agrarischen Exportinteressen sind an erster Stelle zu nennen Prämien an

[30] Vgl. The Development of Inter-Imperial Trade. The Bulletin of the F. B. J. 31. Juli 1924.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einzelne Zweige der agrarischen Produktion bzw. an Wirtschaftszweige, die sich mit der Verwertung von Erzeugnissen der einheimischen Urproduktion befassen, und zwar kommen sowohl Produktions- und Ausfuhrprämien in engerem Sinne als auch staatliche Zuschüsse zur Errichtung und Verbesserung von Betriebsanlagen, zum Grundstückserwerb usw. in Betracht. So werden auf Grund der australischen „*Bounties Acts*" von 1907 und 1912 Produktionsprämien auf Baumwolle, Fasern, Reis, Kaffee, Tabak, getrocknete Früchte gewährt; 1924 wurde ferner ein besonderes Gesetz erlassen, das Produktions- und Ausfuhrprämien auf bestimmte Arten von eingemachten Früchten vorsah, wenn sie vor dem 28. Februar 1925 ausgeführt wurden. Neuseeland hat Molkereigesellschaften Vorschüsse zum Landerwerb und zur Errichtung von Gebäuden und Anlagen gewährt; auch Südafrika hat ähnliche Beihilfen für die Molkereiindustrie geschaffen, ferner hat die neuseeländische Frucht- und Fleischkonservenindustrie Vorschüsse zur Errichtung von Produktions- und Konservierungsanlagen erhalten. Unmittelbare Ausfuhrprämien hat Südafrika im Jahre 1923 für die Ausfuhr von lebendem Rindvieh und von Rindfleisch eingeführt. Außerdem gewähren die südafrikanischen Eisenbahnen für zum Export bestimmtes Fleisch und für lebendes Vieh besonders niedrige Frachtsätze.

2. Exportkontrolle.

Das Ausfuhrinteresse ist ferner weitgehend bestimmend gewesen für die umfassenden staatlichen Aufwendungen, durch die in allen vier Dominions eine allgemeine Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und des Absatzes ihrer Produkte angestrebt wird. Hierher gehört vor allem die Bereitstellung großer Mittel für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, die Förderung des Genossenschafts- und landwirtschaftlichen Vereinswesens, der Betrieb von Mustergütern und Saatgutzüchtereien[31], ferner die Einführung von Graduierungsskalen für wichtige Produkte der Landwirtschaft und des Obstbaues und der Erlaß von Vorschriften über Qualität, Gewicht und Verpackung der für den Export bestimmten Erzeugnisse. Je nach dem Schwergewicht der landwirtschaftlichen Produktion erfreuen sich verschiedene Wirt-

[31] Vgl. vor allem über die staatliche Landwirtschaftsförderung in Canada Sir Henry Rew „Economic Resources of Canada", Ministry of Agriculture and Fisheries. Economic Series Nr. 3, London 1925, S. 50 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftszweige der staatlichen Fürsorge in einzelnen Dominions. So haben Neuseeland und Südafrika eine staatliche Kontrolle und Graduierung der Molkereiprodukte vor der Ausfuhr eingeführt. Neuseeland ist noch weitergegangen, indem es sich nicht auf die staatliche Kontrolle der Qualität der Exportwaren beschränkt hat, sondern den Export von Fleisch und Molkereiprodukten unmittelbar zwei zu diesem Zwecke geschaffenen Behörden unterstellt hat[32]. Beides sind öffentlich rechtliche Körperschaften, in denen neben Vertretern der Regierung die verschiedenen an dem betreffenden Produktionszweig interessierten Wirtschaftskreise, vor allem die Urproduzenten, vertreten sind, und deren satzungsmäßige Aufgabe darin besteht, „to control the export and sale of butter and cheese (meat) in the interest of the producers". Neben der Graduierung der zum Export gelangenden Erzeugnisse befaßt sich das Amt auch mit der Beschaffung des notwendigen Schiffsraums, der Kontrolle der Frachtraten und der Spesen für Gefrierraum, ferner vor allem mit der Regulierung der Verschiffungen, um die Ausfuhr den Erfordernissen des Londoner Marktes anzupassen und eine möglichste Stetigkeit in der Preisbildung zu erzielen[33].

In Canada ist der Versuch, die staatliche Zwangsorganisation für den Ankauf und die Ausfuhr von Weizen, wie sie im Kriege geschaffen worden war und bis 1920 bestanden hat, wieder aufleben zu lassen, 1922 an parlamentarischen Widerständen gescheitert. Dagegen sind in den drei Prärieprovinzen unter starker finanzieller, rechtlicher und moralischer Unterstützung der Provinzialregierungen, wesentlich auf Betreiben der politischen Farmers' Party hin, auf freiwilliger genossenschaftlicher Grundlage Pools für den Absatz von Weizen zustandegekommen, die 1924 eine gemeinsame Verkaufszentrale errichtet haben und heute etwa 50 % der canadischen Weizenernte kontrollieren. Der Zweck der Provinzial-Pools und der gemeinsamen Verkaufszentrale ist nach einer Kundgebung der Farmer von Alberta, wo die Bewegung am stärksten ist, die Sicherung interprovinzieller Zusammenarbeit „for the more advantageous placing of grain on the

[32] Durch den Meat Produce Export Control Act von 1921/22 und durch den Dairy Produce Export Act von 1923. Australien hat eine in gleicher Richtung liegende Gesetzgebung angenommen, bisher die Exportkontrolle jedoch nur für Butter und getrocknete Früchte durchgeführt. Vgl. F. L. Mc. Dougall: „Sheltered Markets", London 1925, S. 131 und 134.

[33] Official Year Book, S. 433 und 435.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

world's markets with the ultimate ideal of a world-wide systematised plan of wheat marketing"[34]. Der Zweck der canadischen Verkaufsorganisation ist ähnlich wie bei den neuseeländischen Export-Kontrollämtern die Herbeiführung einer größeren Stetigkeit in der Verschiffung und damit in der Preisbildung des canadischen Weizens; vor allem soll der Farmer vor der Notwendigkeit bewahrt werden, im Herbst — der Zeit der größten Verschiffungen — seine Ernte unter allen Umständen losschlagen zu müssen. Sir Henry Rew weist jedoch in seinem Sachverständigenbericht mit Recht darauf hin, daß selbst eine Verkaufszentrale, die derartig große Mengen der Produktion eines Landes kontrolliert, letzten Endes gezwungen ist, sich in ihren Verkäufen der Nachfrage der Konsumenten anzupassen bei einem Weltmarktprodukt, für das kein Produktionsmonopol besteht, und das nicht beliebig lange zurückgehalten werden kann[35].

3. Das Streben nach Vorzugsbedingungen auf dem englischen Markt.

Die bisher aufgeführten direkten oder indirekten staatlichen Maßnahmen zur Förderung des Agrarexports durften zwar bei einem Gesamtbild der dominialen Handelspolitik nicht fehlen. Es wird ihnen aber zweifellos von den Staatsmännern der Dominions selbst nur eine sekundäre Bedeutung in bezug auf die Förderung der Ausfuhr von Erzeugnissen ihrer Urproduktion und der von dieser abhängigen beschleunigten Erschließung ihres Landes beigelegt. Im Mittelpunkt ihrer agrarischen Ausfuhrpolitik steht vielmehr das Streben nach Erlangung eines Marktes, auf dem sie gegenüber ihren Konkurrenten Vorzugsbedingungen genießen, und der ihren Produzenten eine sichere und stetige Abnahme ihrer Erzeugnisse verbürgt. Diesen Markt sehen die Dominions heute wie vor dem Kriege im britischen Mutterlande. Es handelt sich hier um das Kernstück der wirtschaftspolitischen Probleme des britischen Imperialismus[36], das nicht allein vom dominialen Standpunkt aus, sondern auch hinsichtlich seiner Rückwirkungen auf Großbritannien zu betrachten ist.

---

[34] Rew, a. a. O., S. 77 ff.

[35] Rew, a. a. O., S. 87.

[36] Nach dem australischen Premierminister Bruce ist die Schaffung von Märkten für die Dominions „the keystone" der gesamten imperialen Politik. Vgl. Imperial Economic Conference of Representatives of Great-Britain,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

a) Die volkswirtschaftlichen Grundlagen.

Die Forderung nach einer Vorzugsbehandlung ihrer Produkte auf dem englischen Markt stellt ebensowenig eine neue Wendung in der Handelspolitik der Dominions dar wie der industrielle Protektionismus. Verschieden gegenüber der Vorkriegszeit ist nur der Nachdruck, mit dem die Forderung während des Krieges und seitdem von einigen Staatsmännern der Dominions, vor allem von denjenigen Australiens und Neuseelands, gestellt worden ist, und die Tatsache, daß die Dominions heute infolge der veränderten völkerrechtlichen und politischen Lage verstärkte politische und wirtschaftspolitische Pressionsmittel gegenüber England zu besitzen glauben[37]. Die wirtschaftlichen und innerpolitischen Triebfedern für das gesteigerte Drängen nach Vorzugsbehandlung auf dem englischen Markte sind neben den Absatzschwierigkeiten, die sich seit 1920 für Agrarprodukte aus der allgemeinen weltwirtschaftlichen Situation ergeben haben, nicht zum wenigsten in der von den Staatsmännern der Dominions anerkannten Notwendigkeit zu suchen, ihrer ländlichen Bevölkerung eine Kompensation für die ihr durch den übersteigerten Industrieschutz aufgebürdeten Lasten zu verschaffen. Als weiteres Moment kommt hinzu, daß die Regierungen der Dominions zur Ansiedlung von Kriegsteilnehmern große öffentliche Mittel angelegt haben, die bisher nicht nur keine Zinsen abgeworfen, sondern — namentlich in Australien — erhebliche Nachschüsse erfordert haben, um die Siedler vor Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz, den Staat vor dem Verlust schon vorgeschossener Kapitalien zu bewahren. In erster Linie handelt es sich dabei um die in sämtlichen Dominions während des Krieges und noch mehr nach seiner Beendigung erfolgte Ausdehnung der Obstkultur. Diese hat besonders in dem südwestlichen Teile Australiens, im Murraytale, wo von der Regierung große Bewässerungsanlagen durchgeführt worden sind, bedeutenden Umfang angenommen. Doch

---

The Dominions, India, and the Colonies and Protectorates, held in October and November 1923. Record of Proceedings and Documents 1924. Cmd. 2009. S. 69.

[37] So scheute sich Bruce nicht, auf der Imperial Economic Conference England in ziemlich unverhüllter Form mit der Einschränkung oder Aufhebung der bisher gewährten preference zu drohen, falls das Mutterland dem Wunsche der Dominions in bezug auf die Schaffung eines gesicherten Absatzmarktes nicht willfährig sei, a. a. O., S. 60.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hat sie auch in den anderen Dominions im letzten Jahrzehnt, wesentlich begünstigt durch die während des Krieges herrschenden Absatzverhältnisse auf dem Weltmarkt (Ausfall der Produktion der Mittelmeerländer) eine nicht unwesentliche Vermehrung erfahren[38]. Als ein weiterer Grund für die Ausdehnung der Obst- und Weinkultur wird von der Delegation des britischen Oversea Settlement Committee, die im Frühjahr 1924 Australien zwecks Erforschung der dort bestehenden Niederlassungsmöglichkeiten für englische Auswanderer bereist hat, angeführt, daß diese Produktionszweige verhältnismäßig leicht von städtischen Verhältnissen entstammenden Siedlern betrieben werden können, und daß sie sich mehr als andere für den Familienbetrieb eignen[38a].

In Neuseeland hat zwar die Obstkultur nicht die gleiche Bedeutung wie in Australien, doch versucht die Regierung durch Garantierung eines Exportpreises die Ausfuhr von Äpfeln und Birnen besonders nach England zu erhöhen. In Canada hat namentlich die Äpfelkultur Bedeutung, doch ist hier der Innenmarkt aufnahmefähiger (1922/23 wurden etwa 35% der Äpfelernte exportiert, davon 28% nach Großbritannien), indessen besteht auch hier die Politik planmäßiger Exportförderung, und die canadischen Obstproduzenten sehen ebenso wie die australischen Obstbauer einen wesentlichen Bestandteil dieser Politik in der Einführung von Vorzugszöllen durch England für aus den Dominions stammendes Obst[39]. Auch Südafrika verfolgt die gleiche Politik; mittels staatlicher Exportförderung erreichte sein Obst-, besonders Äpfelexport, der im Jahresdurchschnitt 1910 bis 1914 einen Wert von 56 000 £ dargestellt hatte, 1922 einen Wert von 528 000 £, der Wert der in getrocknetem Zustande ausgeführten Früchte erhöhte sich von 1300 auf 311 000 £[40].

---

[38] Nach einer Angabe von Bruce auf der Imp. Econ. Conf. exportierte Australien 1914 etwa 20% seiner Erzeugung an getrockneten Früchten; für 1926 stellte er dagegen eine Produktion in Aussicht, von der 80% im Ausland untergebracht werden müssen (vor allem Trauben, Korinthen und Rosinen). Für konservierte Früchte ist die Produktion in ähnlichem Maße gestiegen. Cmd. 2009, S. 79.

[38a] British Oversee Settlement Delegation of Australia. Report. May 1924. Cmd. 2132, S. 43.

[39] Rew, a. a. O., S. 100—106.

[40] Survey, S. 332. Südafrika ist außerdem sehr stark an englischen Vorzugszöllen für Wein interessiert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Etwa seit 1920 zeigte sich, daß ein Mißverhältnis zwischen der gestiegenen Produktionsfähigkeit und den vorhandenen überseeischen Absatzmöglichkeiten bestand, das sich um so schärfer geltend machte, je mehr die während des Krieges ausgeschalteten Mittelmeerländer wieder als Obstlieferanten auf den europäischen Märkten auftraten.

Hinsichtlich des Getreides besteht die Befürchtung, daß die Weltmarktlage sich für das überseeische Produkt erheblich ungünstiger gestalten wird, wenn der heute auf dem europäischen Absatzgebiete ausgeschaltete russische Produzent wiederum als Konkurrent auftritt. Daher ist die Politik der Dominions bestrebt, vor Eintritt dieses Zeitpunktes sich die notwendigen Sicherungen zu verschaffen.

b) Die Forderung nach zollpolitischer Vorzugsbehandlung.

Die Verhandlungen der *Imperial Economic Conference* und zahlreiche Kundgebungen aus politisch maßgebenden Kreisen der Dominions haben in den letzten Jahrzehnten gezeigt, daß britische Zölle auf die landwirtschaftlichen Stapelprodukte Getreide und Fleisch, ferner auf Wolle, Holz und Häute, unter Einräumung zollfreier Einfuhr an die imperialen Produzenten das Hauptziel der dominialen Reichspolitik darstellen. In der Vertretung dieses Zieles ist der australische Premierminister Bruce in den letzten Jahren der Hauptrufer gewesen. Von ihm stammt auch der Vorschlag einer Alternativpolitik für den Fall, daß die Forderung nach Agrarzöllen für England sich nach wie vor als unannehmbar erweisen sollte. Einer seiner Vorschläge geht dahin, daß England den Produzenten der Dominions eine Barsubsidie zahlen solle, die in einem bestimmten Verhältnis zu der von den einzelnen Dominions der britischen Einfuhr gewährten preference zu stehen hätte (über die dabei anzuwendende Berechnungsmethode siehe unten).

Der andere in der Öffentlichkeit weit mehr diskutierte Plan sieht die Einführung eines Lizenzsystems für ausländische Nahrungsmittel in Großbritannien vor, während das imperiale Produkt frei eingeführt werden darf. In Weiterentwicklung dieses Vorschlages wird ferner die Einsetzung einer *National Purchase Corporation* angeregt, in deren Hand die Einfuhr von Fleisch und Weizen aus dem nicht britischen Auslande monopolisiert werden soll. Auf diesem Wege

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

soll einmal eine nationale Reserve an den wichtigsten Nahrungsmitteln geschaffen und gleichzeitig der Regierung ein Mittel an die Hand gegeben werden, um mit Hilfe der aufgestapelten Vorräte auf die inländischen Preise im Sinne ihrer Stabilhaltung einzuwirken. Es kann hier nicht auf die praktischen Bedenken und auf die theoretischen Einwendungen eingegangen werden, die gegen diesen Plan erhoben worden sind; bemerkenswert ist, daß sich in diesem Gedankengange der australische Nationalist und britische Imperialist Bruce begegnet mit gewissen Kreisen des englischen Sozialismus. Der von der *Independent Labour Party* 1924 ausgearbeitete Plan einer Preis- und Einfuhrkontrolle der wichtigsten Lebensmittel[41] — vor allem von Weizen und Fleisch — bewegt sich durchaus in gleicher Richtung wie der Brucesche Vorschlag mit dem alleinigen, allerdings charakteristischen Unterschiede, daß der sozialistische Plan die gesamte Einfuhr der kontrollierten Lebensmittel dem staatlichen Einkaufsamt überträgt, während Bruce diesem zunächst nur die ergänzenden Einkäufe ausländischen Getreides überlassen will, die notwendig werden, um den Teil in der Versorgung sicherzustellen, der weder von den englischen noch von den kolonialen Produzenten gedeckt werden kann. Es ist ohne weiteres klar und wird von den sozialistischen Befürwortern dieser Politik zugegeben, daß sich auch auf dem Boden ihres Planes eine Bevorzugung der Dominions durchführen läßt; andrerseits sieht der Brucesche Entwurf die freie Einfuhr des dominialen Produktes nur so lange vor, als nicht die vom Auslande zu beziehenden Mengen so beträchtlich werden, daß nur mit ihrer Hilfe sich das Preisniveau auf dem britischen Markte regulieren läßt. Für die Zukunft vielleicht von Bedeutung ist, daß der unter der Losung „Preisstabilisierung" von einigen Intellektuellen der Independent Labour Party propagierte Plan auch auf den beiden letzten Jahreskonferenzen der Labour Party eine Mehrheit gefunden hat[42].

---

[41] A Socialist Policy for Agriculture, prepared by the I. L. P. Agriculture Comittee, London 1924.

[42] Auch die Zeugen, die für den Trades Unions Congress und die Labour Party vor der Royal Commission on Food Prices aussagten, haben sich auf den Boden des Planes der I. L. P. gestellt. Vgl. The Labour Magazine, März 1925, S. 492, ferner First Report of the Royal Commission on Food Prices. Cmd. 2390. 1925, S. 132.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

c) Die bisherigen Zugeständnisse Großbritanniens.

Gegenüber den weiterreichenden Forderungen der Dominions, die voraussichtlich für absehbare Zeit an den Realitäten der Lebensinteressen Großbritanniens scheitern werden, sind die Zugeständnisse, die das Mutterland seit dem Kriege dem dominialen Standpunkt gemacht hat, durchaus nicht gering einzuschätzen. Vor allem stellen sie eine beachtenswerte grundsätzliche Wendung in der jahrzehntelang festgehaltenen englischen Politik dar: Aufgabe des Standpunktes, daß Zölle auf Nahrungsmittel nur als Finanzzölle zu erheben seien, und daß ferner keine Diskrimination zwischen den verschiedenen an der britischen zollpflichtigen Einfuhr beteiligten Ländern stattfinden soll[43]. Aber auch die praktische Bedeutung der den dominialen Produkten eingeräumten Zollvergünstigungen ist, unter dem Interessenwinkel der Dominions gesehen, nicht gering, weil es sich hier, wie oben gezeigt wurde, um Kulturen und Produktionszweige handelt, die wie der Obstbau und die Obstkonservenindustrie in den letzten Jahren große Ausdehnung erfahren haben, oder um solche, die wie der Tabak- und der Weinbau weiterer Entwicklung fähig sind. Dies gilt besonders von den 1923 auf der Imp. Econ. Conf. beschlossenen Zollermäßigungen bzw. Zollbefreiungen, die im Jahre 1924 unter der Labourregierung vom englischen Parlament verworfen, unter der Regierung Baldwin im Sommer 1925 aber in wesentlichen Teilen Gesetz geworden sind[43a].

Daß die jetzige konservative Regierung entschlossen ist, auf dem Wege einer imperialen Vorzugspolitik den Dominions so weit entgegenzukommen, als es ohne Einführung von Zöllen auf Fleisch

---

[43] Dieser Standpunkt ist nach dem Kriege auch durch die ausschließlich gegenüber Deutschland zur Anwendung gekommenen Antidumpingzölle unter dem Safeguarding-of-Industries Act von 1921 und durch den Abzug für Reparationszwecke von der aus Deutschland stammenden Einfuhr unter dem German Reparation Recovery Act durchbrochen worden.

[43a] Die Zollbefreiungen betreffen vor allem getrocknete und eingemachte Früchte, die Zollermäßigungen Tabak, Wein und Zucker. Dagegen sind die von der Imp. Econ. Conf. seinerzeit beschlossenen Zölle auf einige Nahrungsmittel, die ausschließlich zu dem Zwecke auferlegt werden sollten, damit die überseeischen Reichsteile darauf Imperial preference erhalten könnten, bisher noch nicht verwirklicht worden. Vgl. „Imperial Preference", Resolutions relating to Imperial Preference passed at the Imperial War Conference, 1917, and the Imperial Economic Conference, 1923, 1924, Cmd. 2084.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Getreide und wichtige industrielle Rohstoffe möglich ist, beweist auch die Einsetzung des Imperial Economic Committee im Frühjahr 1925[44], das unter englischem Vorsitz aus Vertretern der verschiedenen Reichsteile zusammengesetzt ist und die Aufgabe hat, „to consider the possibility of improving the methods of preparing for market and marketing within the United Kingdom the food products of the overseas parts of the Empire with a view to increasing the consumption of such products in the United Kingdom in preference to imports from foreign countries, and to promote the interests both of producers and consumers." Die bisherigen Arbeiten des Ausschusses betreffen die Schaffung besserer Absatzmöglichkeiten auf dem englischen Markt für Fleisch und Fleisch- und Fischkonserven aus den Dominions. Ein Spezialbericht über den Absatz von Obst ist in Vorbereitung. Ferner hatte der Ausschuß Vorschläge zu machen für die Verwendung einer Summe von jährlich 1 Million £, die von der englischen Regierung bereitgestellt worden ist zum Zwecke der Förderung des Absatzes von Empireprodukten auf dem englischen Markt[45]. Die bisher vorliegenden Berichte haben gezeigt, daß heute die Versorgung Großbritanniens mit wichtigen Nahrungsmitteln überwiegend in Händen des Auslandes liegt, und daß sich in den letzten Jahren der Anteil der überseeischen Reichsteile eher verringert hat als gestiegen ist[46].

Da der Vorsprung der ausländischen Konkurrenten, namentlich bei Fleisch, auf Qualitätsunterschiede zurückgeführt wird, muß es fraglich erscheinen, ob die Propaganda, die mit Hilfe der von der englischen

---

[44] Die Bemerkung Plauts, a. a. O. S. 95, daß bereits die Labour-Regierung Macdonalds die Vorbereitungen zur Errichtung dieses Committee getroffen habe, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr hat der Kolonialsekretär dieser Regierung, Thomas, ausdrücklich erklärt, daß er sich von der Einsetzung dieses auf der Imp. Ec. Conf. beschlossenen Ausschusses keine Förderung der interimperialen Beziehungen verspreche und daher die Ausführung des Beschlusses ablehnen müsse. Bestimmend für diese Haltung war vor allem der bereits auf der Konferenz hervorgetretene Widerstand Canadas. Vgl. „Economist" vom 1. März 1924, S. 467.

[45] Report of the Imperial Economic Committee on Marketing and Preparing for Market of Foodstuffs produced in the Overseas Parts of the Empire. First Report General, London 1925. Cmd. 2493. Second Report: Meat 1925. Cmd. 2499.

[46] 1924 stammten von den im Ver. Königreich konsumierten wichtigsten Nahrungsmitteln, als deren Lieferanten innerhalb des Empire in erster Linie die Dominions in Betracht kommen, aus (nach Cmd. 2493, S. 5):

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Regierung bereitgestellten Summe und von privaten Organisationen in England betrieben werden soll, den englischen Konsumenten bewegen wird, künftig in stärkerem Maße dem durch eine besondere Handelsmarke kenntlich zu machenden imperialen Produkt den Vorzug zu geben. Aussichtsvoller erscheint die Verwendung eines Teils der Summe für Maßnahmen, durch die eine Verbesserung und größere Marktgängigkeit des imperialen Produkts angestrebt werden soll, soweit nicht die kürzere Entfernung den ausländischen Lieferanten, vor allem Argentinien und Patagonien bei Gefrierfleisch, Dänemark bei Speck, einen kaum auszugleichenden Vorsprung verleihen.

IV. Die Rückwirkungen der dominialen Handelspolitik auf Großbritannien.

In den bisherigen Ausführungen ist von den Motiven ausgegangen worden, die für die handelspolitische Einstellung der Dominions bestimmend sind. Da das zukünftige handelspolitische Verhältnis zwi-

Nahrungsmittel	Vereinigtes Königreich %	Sonstigen Reichsteilen %	Nichtbritischem Auslande %
Rind- und Kalbfleisch	44	13	43
Hammelfleisch	41	33	26
Schweinefleisch	34	15	51
Weizen und Weizenmehl . . .	18	43	39
Butter	17	37	46
Käse	31	60	9

Die Fleischimporte des Vereinigten Königreiches verteilten sich in folgender Weise (nach Cmd. 2499, S. 7):

Fleisch	Vom Auslande		Aus dem britischen Reich	
	1909/13 % Jahresdurchschnitt	1924 %	1909/13 % Jahresdurchschnitt	1924 %
Rind- und Kalbfleisch .	83	87	17	13
Hammelfleisch	38	45	62	55
Schweinefleisch u. Speck	92	86	8	14
Insgesamt	73	79	27	21

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen den überseeischen Reichsteilen und dem englischen Mutterlande einen Faktor von überragender Wichtigkeit in dieser Politik darstellt, kann im Rahmen dieser Abhandlung nicht darauf verzichtet werden, kurz die Rückwirkungen aufzuzeigen, die sich aus den gekennzeichneten Tendenzen der dominialen Handelspolitik für Großbritannien ergeben. Von entscheidender Bedeutung wird in dieser Hinsicht sein, ob Großbritannien die ihm von den Dominions gewährte preference und die von einem Ausbau der interimperialen Handelsbeziehungen zu erwartenden Vorteile so hoch einschätzt, daß es in Zukunft bereit sein wird, für dieses Ziel Opfer zu bringen. Diese Frage läßt sich nicht eindeutig beantworten, da ihr eine der umstrittensten Kontroversen der heutigen englischen Wirtschaftspolitik zugrunde liegt.

Von den Dominions — besonders von australischer Seite — wird der Wert der England gewährten preference zur Begründung der Forderung auf Gegenleistungen des Mutterlandes meist in der Weise errechnet, daß die gesamte Differenz zwischen dem von der englischen Einfuhr zu erlegenden Zoll und dem Zollbetrag, der zu zahlen gewesen wäre, wenn die betreffende Ware aus dem Auslande eingeführt worden wäre, als ein Geschenk an das Mutterland hingestellt wird[47].

1. Die Argumente der Imperialisten.

Diese von etwas primitivem volkswirtschaftlichen Denken zeugende Argumentation findet selbst unter den englischen Imperialisten nur vereinzelt Anklang. Diese stützen ihre Forderung nach Änderungen im englischen Zollsystem im Sinne weiteren Entgegenkommens gegenüber den Wünschen der Dominions vielmehr auf zwei Tatsachen: 1. auf den größeren Betrag an britischen Waren, den die Dominions, bezogen auf den Kopf der Bevölkerung, im Vergleiche zum Auslande einführen, 2. auf das stärkere Überwiegen von Industrieerzeugnissen in der Ausfuhr nach den übrigen Reichsteilen: anders ausgedrückt, man behauptet, daß der Handel mit ihnen im wesentlichen komplementär sei, da sie für die empfangene Einfuhr Rohstoffe und Nahrungsmittel nach Großbritannien schicken, während der Handel mit anderen gleichfalls industrialisierten Ländern kompetitiv

[47] Bruce bezifferte mit Hilfe dieser Methode den Wert der von Australien gewährten preference 1922/23 auf 7,6 Mill. Pfund, den Wert der von sämtlichen Dominions gewährten preference auf 10—11 Mill. Pfund.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sei, da diese mit ihren Erzeugnissen der einheimischen Industrie den englischen Markt streitig machen.

So weist beispielsweise der jetzige Kolonialminister Amery, einer der Hauptvertreter imperialistischer Forderungen im Kabinett Baldwin, darauf hin, daß jeder weiße Bewohner der britischen Dominions ein zehn- bis dreißigfach besserer Abnehmer der englischen Industrie sei als ein Bewohner der Vereinigten Staaten; er zieht daraus die Folgerung, daß es ein hervorragendes wirtschaftspolitisches Interesse Englands sei, die englische Auswanderung nach den Dominions zu lenken[48]. Der allgemeine Bericht des *Imperial Economic Committee* nimmt als erste amtliche englische Publikation diese Argumentation auf und macht geltend, daß die Bevölkerung der Vereinigten Staaten auf 400 Millionen anwachsen müsse, bis ihre Konsumtion an britischen Erzeugnissen derjenigen der 27 Millionen Einwohner der selbst regierenden Reichsteile gleichkommen würde[49].

---

[48] L. S. Amery, Empire Settlement and Empire Development, The Empire Review, London 1923.

Die Käufe englischer Waren betrugen 1924 (nach Survey, S. 645 und Cmd. 2493, S. 32).

	Auf den Kopf der Bevölkerung bezogen			absolut in £	
	£	s	d		
Canada	3	2	0	28 150	
Australien	10	11	4	60 760	= 139 495
Neuseeland	15	15	3	20 319	
Südafrika	4	3	4	30 266	
Indien.	—	5	8	90 578	
Vereinigte Staaten. . .	—	9	6	53 192	

Die englische Ausfuhr nach europäischen Ländern belief sich auf 246 566 £.

[49] Der Ausschuß knüpft daran folgendes hoffnungsfreudiges Bild: „The development of the Home market for Empire goods will stimulate the migration of the surplus population at home into the other parts of the Empire and increase the number of Britons overseas who demand the products of British industry. Three desirable results will be attained simultaneously — the greater prosperity of the Overseas Empire, the better distribution of the white population within the British Commonwealth, and the better employment of the population which remains at home. But, even so, the sequence of economic benefit is not exhausted. The parts of the Empire are separated not by the narrow seas but by broad oceans, so that Imperial development makes a special demand on the services of shipping and tends to the growth of the merchant fleets on which the very existence of the

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die zweite Argumentation geht von dem echt merkantilistischen Gedankengang aus, daß die Ausfuhr von Fabrikaten volkswirtschaftlich wertvoller sei als die von Rohstoffen und Halbfabrikaten, und daß es günstiger ist, letztere einzuführen als die Fertigerzeugnisse fremder Industriearbeit. Von diesem Standpunkt aus wird darauf hingewiesen, daß beispielsweise von dem gesamten britischen Export nach Australien 1923 93,9% auf Fabrikate entfielen, daß dagegen von der Ausfuhr nach Deutschland nur 40%, von derjenigen nach den Vereinigten Staaten 79% aus Fabrikaten bestanden[50]. Die Begünstigung des Handels mit den Dominions sei deswegen nicht nur geeignet, die einzelnen Teile des Empire enger aneinander zu ketten, sondern auch der gegenwärtigen Notlage der englischen Exportindustrie abzuhelfen und die Zukunft Großbritanniens als Industrie-Exportstaat sicherzustellen[51].

2. Der Standpunkt der Freihändler.

Dieser Argumentation der Imperialisten wird von den Vertretern der überkommenen Freihandelspolitik entgegengehalten, daß nicht die Kopfquoten der aus England stammenden Einfuhr entscheiden, sondern die absolute Menge der von Großbritannien bezogenen Waren, und daß der Verzicht auf den Handel mit dem Auslande oder seine durch Zölle erzwungene Einschränkung keineswegs aufgewogen würden durch die Kundschaft der Dominions. Ein liberaler Imperialist wie Ramsay Muir weist darauf hin, daß gerade infolge des starken Anteils, den bereits in der Gegenwart England an der Bedarfsdeckung der Dominions unter dem System der preference besitzt, ihre Märkte nicht mehr sehr erweiterungsfähig sind[51a]. Europa, das vor den Toren

Empire depends, as was shown during the great War. Finally, it is evident that with the migration of population must also go the investment of capital and that migration within the Empire will lead to the material development of the Dominions rather than of foreign countries. As the figures given above show, this is likely to yield the maximum return on the savings of the people of the United Kingdom." Cmd. 2493, S. 12. — Über die Widerstände, die dieser sich anscheinend zwangsläufig vollziehenden Entwicklung entgegenstehen, vgl. Leubuscher, a. a. O.

[50] Mc Dougall, a. a. O., S. 45.

[51] „For it must be realized that it is our Empire Trade which alone to-day saves us from a depression worse than that from which we at present suffer." Sir Robert Horne im Vorwort zu Mc Dougall, a. a. O., S. VII.

[51a] „Empire Trade and Settlement" „The Contemporary Review", Dezember 1925.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Großbritanniens liegt, habe 400 Millionen mögliche Kunden, die Dominions, die sich viele Meilen weit entfernt befinden, nur etwa 20 Millionen[52]. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die protektionistischen Tendenzen der Dominions ihrer eigenen Entwicklung ebenso wie der Erweiterung der englischen Einfuhr nach ihnen wenig günstig sind. Imperial preference könne unter diesen Bedingungen nur bedeuten, „that the British trader gets the lions' share of a reduced market"[52a].

Dagegen würden die von den Dominions geforderten Vorzugsbedingungen auf dem englischen Markt den englischen Konsumenten unerträgliche Opfer zumuten; bereits die bestehenden Zollbefreiungen bzw. Zollermäßigungen für das imperiale Produkt (beispielsweise auf Zucker und Tabak) bedeuteten einen beträchtlichen Ausfall an Einnahmen aus Finanzzöllen, während der englische Verbraucher die volle Last des Zolles tragen müsse. Großbritanniens Existenz sei durch Tradition und Lebensinteressen auf den ungehinderten Austausch mit der ganzen Welt gegründet, die Überwindung der jetzigen Krise hänge vor allem von der Befriedung Europas und der Wiederherstellung des Welthandels im alten Umfange ab[53].

3. Die Zahlen der Handelsstatistik.

Die Entwicklung, welche die englische Handelspolitik seit dem Kriege genommen hat, rückt die Möglichkeit nahe, daß für die künftige Ausgestaltung der interimperialen Handelsbeziehungen nicht so sehr rein wirtschaftliche als politische Faktoren den Ausschlag geben werden. Würden bei der Kontroverse „imperialer Vorzugszoll versus englischer Freihandel" die Gewichte auf Grund der heute sichtbaren wirtschaftlichen Tatbestände vom englischen Standpunkt aus verteilt, so würde

---

[52] Mallet, a. a. O.

[52a] Muir, a. a. O.

[53] Zu diesem Ergebnis ist auch das „Committee on Industry and Trade" gekommen. „The future development of British trade and industry is intimately bound up with the general restoration of the economic health and prosperity of the countries with which we trade. To promote the restoration of that general economic health, rather than to cripple the power of particular competitors by impeding their recovery, should be the immediate object of British commercial policy." Survey, S. 7. Es ist interessant, die Auffassung dieses aus den verschiedensten englischen Wirtschaftskreisen und mit Anhänger aller drei politischen Parteien besetzten Ausschusses mit der oben zitierten (S. 90, Anm. 49) des Imperial Ec. Committee zu vergleichen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich zweifellos die Wagschale zugunsten des Freihandels senken. Drei Tatsachen lassen sich vor allem als schwerwiegende Einwendung gegen die imperialistischen Pläne und die an sie geknüpften Erwartungen anführen:

1. Der Anteil der Dominions an der britischen Ausfuhr hat gegenüber der Vorkriegszeit keine wesentliche Steigerung erfahren, obgleich die weltwirtschaftliche Konstellation, vor allem die stark verminderte Kaufkraft des europäischen Festlandes, einer solchen Entwicklung günstig gewesen wäre.
2. Die von den Dominions England eingeräumte preference hat nicht verhindert, daß sich auf ihren Märkten in steigendem Maße die Konkurrenz des Auslandes, besonders die der Vereinigten Staaten, fühlbar macht.
3. Das in den letzten Jahren ausgebaute System der gegenseitigen Vorzugsbehandlung, die zum Teil über die England gewährten Zugeständnisse hinausgeht, ist ebenso wie die Anwendung des Mitteltarifs geeignet, die englische Position auf den dominialen Märkten zu schwächen.

Auch ein Imperialist wie McDougall kann zugunsten seiner Argumentation nur anführen, daß England in der Nachkriegszeit seine Stellung im Empire im wesentlichen behauptet hat. Die Ausfuhr englischer Waren zeigt in den Jahren 1913, 1920 und 1925 folgende Verteilung nach Absatzgebieten (nach „The Board of Trade Journal" vom 11. Februar 1926, S. 166 f.):

Bestimmung der Ausfuhr	1913 %	1920 %	1925 %
Ausland	63	65	61
Europa	35	37	32
Vereinigte Staaten	6	6	7
Britisches Reich	37	34	39
Dominions außer Irland [54]	18	14	19
Indien	13	14	12

Dabei ist zu beachten, daß die Ergebnisse einzelner Jahre durch Momente besonderer Art beeinflußt und hierdurch Verschiebungen in den Anteilen der Bestimmungsgebiete bewirkt werden können, aus

[54] Vielfach wird die Einbeziehung des Handels mit dem Irischen Freistaat in die englische Außenhandelsstatistik seit 1923 außer acht gelassen, wodurch sich scheinbar eine im Sinne der imperialistischen Pläne liegende Zunahme des dominialen Anteils am englischen Export ergibt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

denen sich keineswegs weitgehende Schlüsse in bezug auf die allgemeinen Entwicklungstendenzen ziehen lassen, es sei denn die Folgerung, daß wesentliche Veränderungen in der geographischen Verteilung des englischen Exports gegenüber der Vorkriegszeit nicht stattgefunden haben. Der Rückgang des europäischen Ausfuhranteils im Jahre 1925 und die entsprechende Erhöhung des Empireanteiles finden ihre Erklärung in der Wertsenkung der überwiegend nach europäischen Ländern gerichteten englischen Kohlenausfuhr[55].

Noch ungünstiger erscheint die Entwicklung vom englischen Standpunkt aus, wenn von der Einfuhrstatistik der Dominions ausgegangen wird. Der Anteil Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an der Einfuhr betrug[56]:

Land	Vereinigtes Königreich		Vereinigte Staaten	
	1913 %	1923 %	1913 %	1923 %
Canada	21	17	65	67
Südafrika	57	54	9	13
Australien[57]	52	52	14	19
Neuseeland.	61	52	12	16

Wie die Statistik zeigt, begegnet England heute in stärkerem Maße als vor dem Kriege auf den Märkten der Dominions ausländischem Wettbewerb und hat sich weder in vollem Umfange die durch Industrialisierung und Bevölkerungszuwachs gestiegene Kaufkraft zunutze machen können noch auch den gesamten früheren deutschen Anteil an der Einfuhr dieser Gebiete an sich zu ziehen vermocht. Vor allem haben die Vereinigten Staaten — in geringerem Maße auch Japan — ihren während des Krieges gesteigerten Anteil an der Einfuhr der Dominions zu behaupten vermocht.

Eine weniger in der Gegenwart offenliegende, aber doch schon sichtbare Bedrohung der englischen Position ist die Verdrängung eng-

[55] Vgl. „Economist" vom 13. Februar 1926, S. 299.

[56] Nach Survey, passim.

[57] Dagegen veränderte sich der Anteil beider Staaten an der „kompetitiven" Einfuhr Australiens folgendermaßen (nach Survey, S. 360):

	Vereinigtes Königreich	Vereinigte Staaten
1914	63 %	12 %
1922/1923	60 %	17 %.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lischer Waren durch solche aus anderen Reichsteilen. Bereits heute hat England in einigen wichtigen Artikeln, so in Automobilen und in landwirtschaftlichen Maschinen, nicht nur der amerikanischen, sondern auch der canadischen Konkurrenz auf dem australischen und auf dem neuseeländischen Markt weichen müssen.

Angesichts der schnell fortschreitenden Industrialisierung Canadas und der kürzeren geographischen Entfernung erscheint es vom englischen Interessenstandpunkt aus nicht unbedenklich, daß in dem Reziprozitätsabkommen zwischen Canada und Australien von 1925 Australien gewissen canadischen Waren die Sätze des britischen Vorzugstarifs, anderen canadischen Waren die Sätze des Mitteltarifs einräumt. Zu der ersten Gruppe gehören Fleischkonserven, Stoffhandschuhe, gewisse Maschinen (z. B. Schreibmaschinen), Registrierkassen, Druck- und Schreibmaschinenpapier, also Waren, die zweifellos mit dem englischen Fabrikat in Konkurrenz zu treten vermögen. Canada läßt dagegen gewisse Artikel australischen Ursprungs (seit 1. Januar 1926 auch solche aus Neuseeland) zu niedrigeren Zöllen ein als die gleichen Waren aus England, z. B. Fleisch- und Fruchtkonserven. Auch das 1922 abgeschlossene Reziprozitätsabkommen zwischen Australien und Neuseeland sieht für einige Warengattungen niedrigere Zölle vor, als sie unter dem britischen Vorzugstarif erhoben werden, während für alle übrigen Waren der britische Vorzugstarif in beiden Dominions zur Anwendung kommt[58]. Handelt es sich hierbei auch nicht um Einfuhrposten, die für England sehr beträchtlich sind, so liegt doch eine für die Zukunft der interimperialen Handelspolitik sehr beachtenswerte Tendenz vor, die in dem Maße an Bedeutung gewinnen wird, als der Industrialisierungsprozeß in den Dominions fortschreitet. Auch die gesteigerte Anwendung des Mitteltarifs, der teilweise nur einen um 5 % höheren Zoll als der britische Vorzugstarif vorsieht, läßt es möglich erscheinen, daß in Zukunft sich die britischen Erzeugnisse ,ver-

[58] Vgl. „The Board of Trade Journal" vom 5. Oktober 1922, S. 381 ff. In diesem Zusammenhange erscheint es bemerkenswert, daß „Survey" unter den Konkurrenten der englischen Industrie auf dem neuseeländischen Markt bereits heute für einige Waren Australien nennt (so in Firnissen und Anstrichen, gewissen Metallwaren, Leder und Lederwaren, Glasflaschen, Papierwaren), a. a. O., S. 373 ff. Vgl. auch die auf S. 70 und 13 angeführte Äußerung des Senior Trade Commissioner for the Commonwealth of Australia.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schärften Konkurrenzbedingungen auf dem Markte der Dominions gegenübersehen werden.

Jedenfalls muß die eingangs aufgeworfene Frage, welches Motiv sich bei einem Widerstreit zwischen dem nationalistisch-protektionistischen und dem imperialistischen Gesichtspunkt in der dominialen Handelspolitik als das stärkere erwiesen habe, unbedingt in dem Sinne beantwortet werden, daß die Dominions nur so weit zu Zugeständnissen gegenüber England bereit sind, als sich dies mit den Zielen ihrer autonomen, protektionistisch eingestellten Wirtschaftspolitik verträgt; der Nationalismus hat sich auf handelspolitischem Gebiete bisher immer stärker erwiesen als der Imperialismus. Dies beweist die Erhöhung der Zollmauern auch gegenüber der englischen Einfuhr, wo immer es die Rücksicht auf die einheimische Industrie zu gebieten und das Interesse der einheimischen Urproduzenten es zu gestatten scheint, ferner die rücksichtslose Anwendung von Antidumpingzöllen auch gegenüber dem Mutterlande[59].

Auch die heute noch vorhandene Abhängigkeit der Dominions vom Londoner Kapitalmarkt hat keine für England günstigere Gestaltung ihrer Handelspolitik zu bewirken vermocht. Dennoch ist es für die Entwicklung der interimperialen Handelsbeziehungen eine Frage von unbestreitbarer Wichtigkeit, ob auch in Zukunft die Dominions ihren beträchtlichen Kapitalbedarf wie bisher — abgesehen vom Kriege und vom Jahre 1925 — überwiegend und zu Vorzugsbedingungen in England werden befriedigen können. Bereits heute ist ein Zusammenhang zwischen der Gläubigerstellung der Vereinigten Staaten und ihrem Vordringen auf den dominialen Märkten (in erster Linie natürlich in Canada, in geringerem Maße aber auch in den übrigen Dominions) kaum von der Hand zu weisen. Die künftige Kapitalanlagepolitik Großbritanniens — gleich, ob es, wie namentlich Keynes eindringlich gefordert hat, seine Anlagen in den Dominions einschränken

[59] Diese Hemmnisse für die Einfuhr haben namentlich in Australien zur Gründung von Niederlassungen englischer Fabriken geführt. Dagegen machen sich amerikanische Fabriken, die in Canada Niederlassungen gegründet haben, den englischen imperialen Vorzugszoll zunutze (besonders auf Automobile), ja das Eindringen amerikanischen Kapitals in Canada scheint durch die Einführung britischer Vorzugszölle in England gefördert und somit die amerikanische Durchdringung des canadischen Wirtschaftslebens durch sie wesentlich beschleunigt worden zu sein. Vgl. „Canada's Industrial Growth", „The Economist" vom 22. September 1923.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und vor allem diesen als Kreditnehmern strengere Bedingungen auferlegen[60], ob es umgekehrt im Sinne der imperialistischen Politiker sein Kapital planmäßig in die überseeischen Reichsteile lenken oder an einem Mittelkurs nach Art der bisherigen Politik festhalten wird, — muß deswegen als ein Faktor von hoher Bedeutung für die Zukunft des Imperiums und insbesondere auch der handelspolitischen Beziehungen seiner einzelnen Glieder eingestellt werden. Da es sich hierbei um ein Problem handelt, das weit über den Rahmen des Themas dieser Abhandlung hinausgreift und die Frage nach der grundsätzlichen Einstellung der englischen Wirtschaftspolitik aufrollt, möge an dieser Stelle der Hinweis auf die wesentlichen Zusammenhänge genügen.

V. Zusammenfassung und Hinweis auf zukünftige Möglichkeiten.

Zusammenfassend läßt sich die Handelspolitik der Dominions dahin charakterisieren, daß das Motiv des industriellen Hochschutzzolles, verbunden mit dem finanzpolitischen Gesichtspunkt, einen erheblichen Teil des öffentlichen Bedarfs aus Zolleinnahmen zu decken, durchaus das beherrschende ist. Auch die Ausfuhrpolitik auf dem Gebiete der Urproduktion — die Gewährung von Subsidien und Ausfuhrprämien, die öffentliche Ausfuhrkontrolle wichtiger Erzeugnisse, das Drängen nach einem bevorzugten Markt im Mutterlande — stehen in engem Zusammenhang mit der industriellen Hochschutzzollpolitik. Ob und wann die volkswirtschaftlichen Kosten dieser Politik als zu hoch empfunden werden, läßt sich schwer übersehen. Voraussetzung für eine Milderung des herrschenden Hochprotektionismus ist auf politischem Gebiete ein Erstarken der freihändlerisch eingestellten Agrarparteien, die schon in den letzten Jahren in einigen Dominions, namentlich in Australien und in Kanada, nicht einflußlos gewesen sind, ohne jedoch eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik haben herbeiführen zu können[61].

---

[60] Vor allem durch eine Revision der englischen Trustee Acts, die den Anleihen der kolonialen Regierungen vorbehaltlos Mündelsicherheit gewähren. Vgl. „The Nation" vom 9. August 1924, S. 584 ff., und vom 17. Januar 1925, S. 564 ff.

[61] Die australische Country Party ist zum ersten Male bei den Wahlen vom Dezember 1919 aufgetreten mit dem klaren Programm, eine Änderung der die Landwirtschaft belastenden Handelspolitik herbeizuführen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auch unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten fehlt es nicht an Anzeichen, die auf die Möglichkeit von Milderungen des herrschenden Hochschutzzollsystems hindeuten. Hierher gehört die gesteigerte Anwendung des Mitteltarifs, die darauf schließen läßt, daß dort, wo keine Dumpingbefürchtungen bestehen, die Dominions im Interesse ihres Agrarexports auch auf dem Gebiete der Einfuhr zu gewissen Zugeständnissen bereit sind. Ebenso zeigt das Vordringen anderer Industriestaaten auf den dominialen Märkten trotz preference, daß sich natürliche Bedingungen und organisatorische oder technische Überlegenheit auch gegenüber Hochschutzzollschranken und ungünstiger Differenzialbehandlung bis zu einem gewissen Grade durchzusetzen vermögen. Zweifellos bieten sich in dieser Hinsicht auch für die deutsche Industrieausfuhr gewisse Möglichkeiten. Innerhalb des durch Hochschutzzoll und britische preference eingeschränkten Betätigungsfeldes gilt für die deutsche Ausfuhr nach den Dominions sicherlich dasselbe, was der Bericht des Committee on Industry and Trade für die Zukunft des englischen Exports feststellt: daß die Industrialisierung der Agrar-

---

Obgleich ihr Anhang unter der Landbevölkerung gewachsen ist und sie an der Regierungskoalition unter Bruce beteiligt war, hat sie bisher keinen nennenswerten Einfluß auf die australische Wirtschaftspolitik auszuüben vermocht. Vgl. F. A. W. Gisborne, Political Parties in Australia, The Empire Review, Februar 1925, S. 146 ff. — Durch die Wahlen zum Parlament des Commonwealth Ende 1925 hat sich das Gewicht innerhalb der Regierungsmehrheit noch mehr auf die Seite der von Bruce geführten nationalistischen Partei geneigt. Vgl. „The Economist" vom 2. Januar 1926, S. 22. — Auch in Kanada hat die freihändlerisch eingestellte Progressive Party, die ebenfalls 1919 von den Landwirten der Prärieprovinzen gegründet worden ist, sich bisher nicht gegenüber den beiden älteren Parteien durchzusetzen vermocht. Von letzteren unterscheiden sich die Liberalen nur dadurch von den Konservativen, daß sie nicht wie diese eine weitere Erhöhung der bestehenden Industriezölle anstreben. Keineswegs treten sie aber für eine Revision des Zolltarifs in freihändlerischer Richtung ein. Die Konservativen, die bei den Wahlen im Herbst 1925 starke Erfolge davongetragen haben, forderten im Wahlkampf eine Aufhebung oder Einschränkung der England gewährten preference. Vgl. „The Economist", 24. Oktober 1925, S. 650. Die auf Zollherabsetzung gerichteten Tendenzen scheinen jedoch in Canada aussichtsvoller zu sein, weil sich auch in der canadischen Industrie freihändlerische Kräfte zu regen beginnen, so in der überwiegend am Export interessierten Papierindustrie und im Bergbau, dessen Maschinen durch die Zölle verteuert werden. Vgl. „The Economist" vom 29. September 1923, S. 467 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

länder nicht nur die Nachfrage dieser Gebiete nach englischen Fabrikaten verringert, sondern auch neue, sich auf dem Weltmarkt für die englische Industrie direkt oder indirekt auswirkende Kaufkraft schafft. Die hierdurch bedingten Verschiebungen in der Nachfrage müßten innerhalb des englischen Exports hochwertigen Qualitätsprodukten und Spezialitäten eine wachsende Bedeutung verleihen, die Zukunft des englischen Außenhandels aber hänge in hohem Grade von der Fähigkeit der englischen Fabrikanten und Kaufleute ab, den veränderten geographischen und sachlichen Bedingungen des Weltmarktes Rechnung zu tragen[62].

[62] Survey, S. 21 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

III.

Grundzüge der Wirtschaftsentwicklung in Süd- und Mittelamerika.

Von

Dr. Wahrhold Drascher, Stuttgart.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Die Hauptprobleme der Wirtschaft des Erdteils . . . 103—127
1. Bevölkerungspolitische, geschichtliche und geographische Bedingtheiten 103
2. Südamerikas Stellung in der Weltwirtschaft 109
3. Die Abhängigkeit von Europa 114
4. Der Einfluß der Vereinigten Staaten 117
5. Der Kampf um die wirtschaftliche Selbständigkeit 124

II. Darstellungen der Wirtschaftslage wichtiger Länder 127—149
1. Argentinien 127
2. Brasilien 133
3. Chile mit Bolivia und Peru 139
4. Westindien und Mexiko 146

III. Südamerika und die deutsche Wirtschaft . . . . . 149—152

Literaturverzeichnis 153

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I. Die Hauptprobleme der Wirtschaft des Erdteils.

1. Bevölkerungspolitische, geschichtliche und geographische Bedingtheiten.

Die Entdeckung des südamerikanischen Erdteils durch die europäischen Spanier und Portugiesen, die, wenn auch oft nur oberflächliche Annahme ihrer Kultur und Herrschaft seitens der Einwohner und die Rassenmischung zwischen ihnen — kurz gesagt, die Kolonisierung ist für das wirtschaftliche Leben Südamerikas von entscheidender Bedeutung gewesen und ist es bis zu einem hohen Grade heute noch. Seit der Unabhängigkeit der Republiken, die zu Anfang des 19. Jahrhunderts erkämpft wurde, hat sich der Zustand zwar insofern geändert, als neben den und an Stelle der bisherigen Herrschernationen andere Völker an ihre Stelle getreten sind und auch insbesondere der eigene Wille der neuen Rasse sich stärkere Geltung verschaffen konnte; aber die überaus starke Abhängigkeit des Erdteils von anderen stärkeren Wirtschaftsgebieten ist geblieben. Südamerika ist heute noch mehr Objekt der Weltwirtschaft als Subjekt. Dies gilt nicht nur in bezug auf die Erzeugung, deren Absatz im Erdteil selbst nur in verschwindendem Maße unterzubringen ist, sondern vor allem auch für den normalen Ablauf des Produktionsprozesses selbst; bei der Organisation von Handel und Verkehr; der Urbarmachung und Aufvölkerung der weiträumigen Landmassen, die ausschlaggebend auf die Hilfe wirtschaftlich höher entwickelter Völker angewiesen bleiben. Ob die Spanier und Portugiesen das Gebiet nach dem Recht der Eroberung unter sich aufteilten und dabei im wesentlichen nur die Metallfunde zum Wertmesser nahmen, die ihrer fernen Heimat nützten, oder ob heute Europäer und Nordamerikaner Menschen und Gelder dorthin überführen, da sie derartige besser lohnende Absatzgebiete brauchen, bleibt sich gleich. Beide zwangen das südamerikanische Wirtschaftsleben, vor allem auf die Stillung eines außerhalb

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seiner Grenzen liegenden Bedürfnisses sich einzustellen. Wie in vergangenen Zeiten, so ist auch heute noch der Einfluß, den die Führer der südamerikanischen Völker auf die Gestaltung der Ökonomie ihrer Länder haben, nur begrenzt: eine „unsichtbare Vormundschaft", deren ausübende Kräfte durch Meere entfernt sind, waltet geheimnisvoll über das Schicksal vieler Millionen. Erst seit dem Weltkriege wird diese Abhängigkeit stärker empfunden, und man beobachtet argwöhnisch ein Weitergreifen dieser Bindungen, denen man sich aber auch heute noch nicht entziehen kann, so sehr alle Maßnahmen gefördert werden, die jenem Ziele dienen mögen.

Am geringsten macht sich diese Abhängigkeit noch in der Landwirtschaft bemerkbar, da die seit der Kolonialzeit vorhandene Besitzverteilung und Bewirtschaftungsweise — überwiegend Großgrundbesitz mit Aufteilung an arbeitspflichtige Eingesessene — sich erhielt und der Reichtum an Grund und Boden das Fundament blieb, aus dem die politisch einflußreiche Schicht der Hauptstädte ihre Einnahmen bezieht. Auch die Einwanderer, die siedelten, sind fast durchgehend fest mit dem Land verwachsen und eingewurzelt, so daß sie sich wenigstens wirtschaftlich als ein Teil von ihm fühlen und auch finanziell aus eigener Kraft zu arbeiten vermögen. Was den Handel anbetrifft, so befindet sich das Kleinabsatzgeschäft zum Teil ebenfalls in den Händen Einheimischer. Doch macht ihm der Spanier und Italiener, vielfach auch der Syrer, heute schon den Platz streitig. Der Großhandel, sowohl Einfuhr- wie Platzhandel, wird dagegen ganz maßgebend von Fremden beherrscht, die allerdings zum Teil schon jahrzehntelang im Land ansässig sind, aber, besonders vor dem Kriege, vorwiegend von Europa aus geleitet wurden. Dasselbe gilt in erhöhtem Maße für das Bankwesen, das auf den Zufluß ausländischen Kapitals angewiesen ist. Je stärker überhaupt ein Wirtschaftszweig von der Bereitstellung von finanziellen Mitteln abhängig ist, desto enger ist er heute noch der Kontrolle von außen unterstellt. So ist beispielsweise in der Mineninduſtrie, vielfach auch im Eisenbahnwesen und in der Schiffahrt, der fremde Einfluß auf Grund der angelegten Gelder ausschlaggebend. Die allermeisten leitenden und ein großer Teil der mittleren Beamten sind Fremde. Dagegen haben sich der Einheimische und der Eingewanderte in der rohstoffverarbeitenden Industrie eine gewisse eigene Stellung sichern können, die um so stärker ist, je näher die Fabrikation noch dem Handwerk steht. Die Masse der Handarbeiter

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wird dagegen fast gänzlich von den Einheimischen selbst gestellt, da es den Einwanderern in den meisten Fällen bald gelingt, sich auf Grund ihrer geeigneteren Ausbildung zu besseren Stellen emporzuarbeiten. Beträchtlich ist dabei die Saisonarbeiterschaft, die zur Zeit erhöhten Bedarfs besonders aus den südromanischen Ländern nach Südamerika geht und vielfach in der Nachkriegszeit sich auch dauernd dort niedergelassen hat.

Ein gewisses Korrektiv gegen diese Überfremdung wird nun dadurch gebildet, daß auf der einen Seite die vermögenden Familien sich durch Beteiligungen an den fremden Gesellschaften einen gewissen Anteil an den Gewinnen gesichert haben. Andererseits ist die Politik der Republiken, wenigstens soweit es sich um wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung des eigenen Landes handelt, ziemlich selbständig geblieben. Sie kann auch solche Gesetze durchdrücken, welche den fremden Interessen nicht entsprechen, ja sie sogar empfindlich schädigen, weil sie in erster Linie zum Zwecke der Selbständigmachung der Republiken erlassen sind. Hierher gehören beispielsweise die dauernden Zollerhöhungen, die Einführung der direkten Steuern, welche hauptsächlich die Fremden treffen, die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die in erster Linie den Einheimischen zugute kommt. Ferner die Vorbehaltung der Küstenschiffahrt für die Landesbürtigen; oft auch die Einstellung der Gerichte u. a. m. Kann dies natürlich an sich mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Erlangung weiterer Kapitalien nur mit Reserve geschehen, da auch der Staat selbst auf solche Gelder angewiesen ist, so ist die außenpolitische Handelsfreiheit noch enger begrenzt. Darauf ist es sicher zurückzuführen, daß seit 1884, der Beendigung des Salpeterkrieges zwischen Chile und Peru—Bolivien, die wirtschaftliche Entwicklung wohl hin und wieder durch innere Unruhen, die übrigens auch viel seltener geworden sind, aber nicht durch äußere Kriege gestört wurde.

Diese Zustände haben natürlich zwangsläufig dazu geführt, daß sich die Südamerikaner und gleich ihnen die Nachkommen der Eingewanderten, die sich als Bürger des Erdteils fühlen, von diesem fremden Einfluß zu befreien suchen. Die bis in die letzten Zeiten hinein fast allein maßgebende Großgrundbesitzerschicht blieb in Hinblick auf die Entwicklung der Republiken und die sich ihrem Vermögen dadurch bietenden Möglichkeiten mehr passiv. Dagegen bemühen sich die der Handarbeiterschaft nahestehenden Kreise, welche infolge der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sozialen Gärungen vielfach die bisherigen Machthaber gestürzt haben, den Grundsatz der Bevorzugung des Landesbewohners vor dem Fremden rücksichtsloser durchzuführen. Auf manchem Gebiete, beispielsweise in den freien Berufen, ist dies gelungen und die Erlangung einer solchen Lizenz ist von prohibitiven Bedingungen abhängig. Jetzt will man auch die mittleren Stellen der Wirtschaft den Einheimischen vorbehalten wissen; dafür setzen sich eben gerade die aus radikalen Kreisen stammenden Regierungen ein, um den Aufstieg der unteren Klassen zu erleichtern. Natürlich kann sich das nicht etwa auf ein Abstoppen der Einwanderung beziehen, auf die Südamerika ja noch auf lange hinaus zur Entwicklung angewiesen bleibt. Die Einwanderer sollen sich aber rasch einbürgern und die Beziehungen zu ihrer früheren Heimat abbrechen, damit das Ziel der südamerikanischen Politik, die heimatliche Selbständigkeit, möglichst bald erreicht wird. Wirtschaftlich gesehen: damit ein genügender Absatzmarkt für Rohstoffe und Industrieprodukte im Lande selbst geschaffen wird, der die Abhängigkeit von außen weiter zu mindern vermag. Es soll nur erwähnt werden, daß die Maßnahmen der Vereinigten Staaten auf dem Gebiete der Einwanderungsgesetzgebung auch in Südamerika Echo gefunden haben, besonders in Argentinien. Denn der Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewinnt ständig an Schärfe. Die kommunistischen Gedanken haben auch drüben viele Anhänger gefunden, wie die großen Streiks und Revolten in Buenos Aires und im chilenischen Salpeterdistrikt klar bewiesen haben. Wir glauben, daß dieser Kampf auch weiterhin zunehmen wird, da er sich letzten Endes doch gegen die Herrschaft des fremden Kapitals und seine fremden Verwalter richtet und somit einmündet in jenen nationalen Wunsch nach Unabhängigkeit, den wir schilderten. Aber man darf dies nicht überschätzen. Denn Südamerika bietet dem Unvermögenden noch andere Möglichkeiten als verzweifeltes Sich-Aufbäumen. Sodann ist die Organisation noch verhältnismäßig locker, sowohl bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern. Allerdings sind hierin seit dem Kriege manche Fortschritte, vor allem in Argentinien und in Chile, zu verzeichnen. Der ständige Strom der Einwanderer bewirkt auch hierin eine große Abhängigkeit von dem Stand der Dinge in Europa, ebenso wie von den Rassenmischungen im Erdteil selbst, die, je nach Vorwiegen des nordischen, romanischen, braunen oder schwarzen Elements natürlich ihr besonderes Gepräge tragen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Diese allgemeinen Sätze über den Charakter der Wirtschaftsträger Südamerikas werden durch die geographische Beschaffenheit der einzelnen Staaten weitgehend modifiziert, wie dies auch für die Wirtschaften als solche der Fall ist. Deutlich tritt dabei eine Unterscheidung dreier verschiedener Wirtschaftsgebiete ein, die natürlich an den Grenzen ineinander übergehen, im übrigen aber in sich ähnliche Züge aufweisen; dabei sei hier schon darauf hingewiesen, daß der Verkehr der Wirtschaftsgebiete Südamerikas unter sich ein ganz auffallend geringer ist und an Bedeutung weit hinter den Verbindungen mit Europa und Nordamerika zurücksteht. —

Die Kordilleren teilen Südamerika scharf in zwei Hälften, deren Verbindung wirtschaftlich von sehr geringer Bedeutung ist; außer diesen beiden Wirtschaftsgebieten teilt sich dann noch der Osten deutlich in die Gebiete der tropischen und gemäßigten Zone. So gliedern wir:

1. die Westküste (Mexiko, Kolumbien, Ekuador, Peru, Bolivien, Chile), mineralische Länder, in denen daneben eine ihrer Lagezonen entsprechende Landwirtschaft ihren Platz behauptet;
2. die südliche Ostküste (Südbrasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay), auf deren weiteren Flächen in gemäßigter Zone durchaus die Landwirtschaft dominiert;
3. die nördliche Ostküste (Mittel- und Nordbrasilien, Venezuela, Westindien), die vorzugsweise der Plantagenwirtschaft zur Erzeugung tropischer Nutzpflanzen dienen.

Von grundlegender Bedeutung sind heute vor allem zwei Tatsachen: daß nämlich die Westküstenstaaten und die Gebiete der nördlichen Ostküste durchaus nach Nordamerika hin gravitieren; ferner, daß die südliche Ostküste zur Zeit das Hauptziel der europäischen Einwanderung bildet und daher mit unserem Erdteil noch fester verbunden ist.

Betrachten wir zunächst genauer das Wachstum der einzelnen Republiken in den letzten Jahren, da der Fortschritt der Bevölkerungszunahme einen ziemlich sicheren Maßstab für die Entwicklung jener Länder bedeutet. Bevölkerung und Bevölkerungsdichte Südamerikas sind dauernd im Steigen begriffen. Mittel- und Südamerika zählen heute 90 Millionen Einwohner. Der Westen ist dichter bevölkert als der Osten, da sich dort die Massen in den schmalen Küstenstrichen am Meer zusammendrängen. Doch enthält der Osten die überwiegende

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mehrzahl der Bevölkerung, da extensive Landwirtschaft hier vorherrscht. Die Zunahme erfolgt trotz der hohen Säuglingssterblichkeit sehr schnell. Es zählten in Millionen Einwohner:

	1900	1910	1920
Argentinien	5,1	7,9	8,7
Brasilien	17,3	—	30,6
Chile	2,8	3,3	3,8
Mexiko	13,6	15,0	13,9

Es ergibt sich also, daß das Anwachsen der Ostgebiete bedeutend schneller vor sich geht, trotzdem durch die Kriegsereignisse eine starke Stockung der Einwanderung eintrat. Ganz besonders bemerkenswert ist das überaus schnelle Wachstum der Riesenstädte, deren größte, Buenos Aires, 1860 erst 40 000, 1900 aber 820 000, 1924 dagegen bereits 2 Millionen zählte, also rund den dritten Teil der Gesamtzunahme ganz Argentiniens in sich aufgesogen hat. Der Grund liegt darin, daß diese Städte in den vielfach nur gering kultivierten Ländern den alleinigen Kulturmittelpunkt darstellen, da es Mittelstädte nur wenig und Kleinstädte fast gar nicht gibt. Daneben spricht der Umstand mit, daß heute die Einwanderer, teils aus Bequemlichkeit, teils aus Geldmangel, in den Städten hängen bleiben und dadurch ihrer eigentlichen Aufgabe entzogen werden. Auch hat das starke Anwachsen des Volkswohlstandes während des Krieges viele in die Hauptstädte gezogen. Dieses Anwachsen der Großstädte hat die Nachfrage nach Luxuswaren erheblich gesteigert und die Einfuhren sehr in die Höhe schnellen lassen, ein Grund dafür, warum die Erträge für die Ausfuhrgüter so viel wieder ins Ausland abgeflossen sind.

Der Begriff der Provinz mit gesondertem wirtschaftlichen Eigenleben findet sich eigentlich nur in Brasilien stärker ausgeprägt, wo der Staat San Paulo ein gewichtiges Eigenzentrum bildet. Auch heute strömt der Haupteinwandererstrom zunächst in die großen Städte, um sich von dort dann allmählich auf das Land zu verteilen; je mehr er sich der Peripherie nähert, um so mehr nimmt er an Dichte allmählich ab. Die Hauptzahl der Einwanderer beansprucht Argentinien für sich; rund 100000 Menschen kommen jährlich als Einwanderer dort an, während Brasilien etwa mit 80 000 bis 90 000 rechnen kann. Die Gesamtzahl, die nach dem Kriege als jährliche Normalauswanderung von Europa nach Südamerika geht, dürfte 250000 nicht überschreiten;

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dabei ist zu berücksichtigen, daß die Schließung Nordamerikas einen erhöhten Zustrom nach Südamerika zur Folge hat. Die seit dem Kriege einsetzende schnellere Industrialisierung Südamerikas hat bewirkt, daß ein größerer Teil der Einwanderer sich diesen Erwerbszweigen zugewandt hat.

Werfen wir noch einen Blick auf die Vermögensverteilung in Südamerika. Reichtum und tiefste Armut stehen sich schroff gegenüber; ein Mittelstand in unserem Sinne hat sich erst in den letzten Jahren langsam gebildet, indem Einheimische in größerer Zahl auch in mittlere Stellungen des Wirtschaftslebens gelangt sind. Für Chile kann man annehmen, daß etwa 5% der Bevölkerung als vermögend und reich anzusetzen sind. Etwa 10% mögen dem Mittelstand angehören, 85% besitzen kein eigenes Vermögen und Besitz und sind nur auf den Tagelohn angewiesen, wobei aber für die ersten beiden Kategorien, an deutschen Verhältnissen gemessen, die Grenze stark nach unten zu ziehen ist. Der Krieg und die Nachkriegszeit haben darin keine bemerkenswerten Veränderungen gebracht: wohl hat sich der allgemeine Wohlstand gehoben, doch sind die Verdienste nur in geringem Maße dem einzelnen zugute gekommen, das meiste ist in die Fremde gegangen; vieles auch zur Entwicklung und zum Ausbau heimischer Anlagen, insbesondere zur Anlage von Industrien verwandt worden.

2. Südamerikas Stellung in der Weltwirtschaft.

Die Bedeutung Südamerikas in der Weltwirtschaft läßt sich dahin umschreiben, daß der Erdteil heute neben Ostasien der wichtigste Rohstofflieferant der Welt ist: er besitzt die größten überhaupt vorhandenen Rohstoffreserven der Welt, mithin stellt er das für die Zukunft beinahe allein für Europäer in Frage kommende Auswanderungsgebiet mit unbegrenzter Aufnahmefähigkeit dar. Erst in zweiter Linie kommt seine Bedeutung als Absatzmarkt für Fertigerzeugnisse und seine Aufnahmefähigkeit für fremde Kapitalien, da die letztgenannten beiden Faktoren von den anderen in hohem Grade abhängig sind. Südamerika ist ein Ausfuhrgebiet, wie dies in den aktiven Handelsbilanzen fast aller seiner Länder deutlich zum Ausdruck kommt: Man nimmt an, daß auf Süd- und Mittelamerika entfielen in der

	Einfuhr	Ausfuhr
1913:	7,1%	8,7%
1924:	6,9%	10,4%

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des gesamten Welthandels, soweit derartige Zahlen sich überhaupt feststellen lassen, und wobei man berücksichtigen muß, daß die aus industriellen Fertigwaren bestehenden Importwaren einen bedeutend höheren Wert darstellen als die ausgeführten Rohstoffe und Kolonialwaren. Eine Besonderheit der südamerikanischen Wirtschaft ist die Tatsache, daß fast jedes Land seine ganze Produktionsfähigkeit auf wenige, oft nur auf einen einzigen Artikel eingestellt hat und auf diese Weise von der Weltmarktlage der Ware ziemlich bedingungslos abhängig ist. Ein Ausbleiben der Nachfrage bedeutet nicht nur plötzliche Krise und Arbeitslosigkeit größter Art, sondern gleichzeitig auch eine ernste Störung der Staatsverwaltung, da die Exportzölle in vielen Staaten bei der geringen Ausbildung des direkten Steuersystems die Haupteinnahmen der Staaten bilden. Das gibt dem Wirtschaftsleben etwas Unruhiges und stark auf Spekulation eingestelltes Aussehen, wie es sich besonders in der schweren Nachkriegskrise äußerte. Schon seit Jahren hat man dies erkannt und das Risiko auf verschiedene Weise zu verringern versucht. Es sei in diesem Zusammenhang an die Kaffeevalorisation in Brasilien erinnert, die ein Hochhalten des Preises bewirkte. Oder an den straffen Zusammenschluß der chilenischen Salpeterindustrie in der Nachkriegszeit, der durch Trustbildung eine Unterbietung zu verhindern suchte. Aber gerade in diesem Falle erwies sich die schwere Gefahr für das Land, als seit der Entwicklung der Luftsalpeterindustrie in Deutschland und anderen Ländern die Möglichkeit gänzlicher Absatzstockung für die fernere Zukunft nicht unwahrscheinlich wurde.

Am günstigsten steht in dieser Beziehung Argentinien da, weil sich die Ausfuhr seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf verschiedene Zweige, auf Weizen, Mais, Leinsaat, Gefrierfleisch und Wolle, verteilt und nur selten eine Absatzstockung für alle Produkte gleichzeitig auftritt. Ausgesprochener ist dies schon für Brasilien, bei dem der Kaffee trotz des in den Nachkriegsjahren verstärkten Ausbaues anderer Kulturpflanzen an ausschlaggebender Stelle steht. Die ganze Wirtschaftspolitik Brasiliens muß zunächst für die Sicherstellung eines geregelten Kaffeeabsatzes sorgen und diesem Bedürfnis alle anderen Rücksichten unterordnen. Der kubanische Zucker, das bolivianische Zinn

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

spielen dieselbe Rolle im Rahmen ihrer Volkswirtschaft. Man kann schätzen, daß von dem Gesamtexport entfallen in

Argentien auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fleisch	ca.	95 %
Brasilien auf Kaffee	„	70 %
Chile auf Salpeter und Kupfer	über	80 %
Kuba auf Zucker	ca.	75 %
Bolivien auf Kupfer und Zinn	„	90 %

Im Wettbewerb mit den südamerikanischen Produkten steht in erster Linie Ostasien, in zweiter aber Rußland. Während, von einigen Ausnahmen, hauptsächlich Gummi, abgesehen, die Verhältniszahlen im wesentlichen gegen die Zeit vor dem Kriege die gleichen geblieben sind, hat der Ausfall der russischen Wirtschaft in den Kriegs- und Nachkriegsjahren manchem südamerikanischen Lande, beispielsweise Argentinien, den größten Vorteil gebracht. Jede Kräftigung Rußlands wird daher in Südamerika nachhaltig empfunden werden. Etwas anders ist der Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten zu beurteilen, da auf agrarischem Gebiet im Laufe der Zeit die wachsende Bevölkerung dort selbst in immer höherem Ausmaße Konsument der Produkte werden wird, so daß die Exportfähigkeit Argentiniens keine nachhaltige Schädigung von dort zu erwarten hat. —

Der Krieg hat fraglos die Exportfähigkeit Südamerikas stark gesteigert. Infolge der Nachfrage um jeden Preis hat die gesamte Produktion eine erhebliche Ausdehnung erfahren, und es ist nicht leicht, infolge der Konzentrierung auf die wenigen Hauptwaren nun den gesicherten laufenden Absatz für sie auf der Höhe zu halten. Es erhellt aus diesen Ausführungen deutlich, wie stark Südamerika in erster Linie auf Europa angewiesen ist. Denn der Absatz nach Nordamerika bleibt eben von der Gestaltung der dortigen Konjunktur bedingt, die im allgemeinen viele der südamerikanischen Rohstoffe als Zuschuß in Zeiten hohen Verbrauches bedarf, während Europa auf die südamerikanischen Märkte stets angewiesen bleiben wird, da ihm für seine Bedarfsdeckung andere Quellen nur in beschränktem Maße zur Verfügung stehen. Die Besserung der europäischen Wirtschaftslage seit etwa 1923 hat daher eine zum gleichen Zeitpunkte einsetzende Belebung auch des südamerikanischen Wirtschaftslebens mit sich gebracht, wie es sich beispielsweise im Hochschnellen der argentinischen Fleischausfuhr deutlich äußerte. Der Handel mit den Vereinigten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Staaten ist zwar heute noch wesentlich höher und in schnellem Wachsen begriffen als vor dem Kriege, hat aber doch das gewonnene Terrain nicht halten können. Das Zentralbureau der Panamerikanischen Union schätzt den Handel Südamerikas, nach Ländern in Prozent geordnet[1] mit:

	1918	1922
Vereinigte Staaten . . .	49,5	36,8
Großbritannien	16,9	19,3
Deutschland	—	9,7
Frankreich.	3,4	5,4
Sonstige Länder.	30,0	28,7

Von dem Absatz dieser Rohstoffe hängt nun entscheidend die Konsumfähigkeit Südamerikas ab. Abgesehen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die nur vereinzelt in größerem Umfang eingeführt werden müssen (z. B. Bolivien), können sich die einzelnen Länder, was Lebensmittel und Fleisch betrifft, meist selbst erhalten. Dagegen ist der Bedarf an Kolonialwaren bei den nichttropischen Wirtschaftsgebieten sehr erheblich. Er nimmt unter anderem bei Chile durchaus die erste Stelle ein; doch wird dieser Bedarf zum allergrößten Teile innerhalb des Erdteils selbst gedeckt. Alles andere, insbesondere Textil- und Eisenwaren in verarbeitetem Zustande, was über den primitivsten Bedarf hinaus in Südamerika verbraucht wurde, mußte bis in die 1890er Jahre von Übersee her eingeführt werden. Die bereits der spanischen Kolonialverwaltung eigenen Maxime, zugunsten des Mutterlandes die Schaffung von Fertigwarenindustrien jeder Art in Südamerika zu hintertreiben oder ganz zu verhindern, hat noch durch das ganze 19. Jahrhundert schwerwiegende Folgen gehabt. Der Erdteil blieb dadurch vorzugsweise Agrarland. Allerdings bildeten sich in Südchile und Südbrasilien, vor allem infolge der Betätigung eingewanderter Deutscher, allmählich beachtliche Industrien aus, die sich auf die breite vorhandene Rohstoffbasis stützten. Ebenso wurden Kolonialprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Minerale an Ort und Stelle notdürftig für den ferneren Verbrauch verarbeitet. Aber diese Tätigkeit war rein extraktiver Art und arbeitete meist mit Mitteln, die mit den Fortschritten der Zeit nicht in Einklang standen, da eben die gesamte Maschinenausrüstung stets von Europa

[1] Vgl.: Der Außenhandel der lateinamerikanischen Staaten. Prof. C. F. Byland-Fritschy. Wirtschaftsdienst 1924. Nr. 25.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bezogen werden mußte. Im ganzen 19. Jahrhundert wurde jeder Gebrauchsgegenstand, jedes Möbel, ja sogar das infolge der schlechten Verkehrswege knappe Holz in Chile von auswärts eingeführt, da die Verbindungen im Lande schlechter und kostspieliger waren als der Seeweg. Erst recht galt dies natürlich für alle Waren, die feinere Verarbeitung erforderten.

So war eigentlich bis 1914 Südamerika ein fast bedingungsloser Abnehmer europäischer und amerikanischer Fertigwaren. Maschinen, Eisen, Textilien und Brennstoffe wurden von dort bezogen. Der Verschleiß an diesen Waren war sehr stark, da der Südamerikaner seiner Veranlagung nach zum sparsamen Wirtschaften nicht neigt und die Möglichkeit größerer Reparaturen im Lande nur in den seltensten Fällen gegeben war. Der Transport der Massengüter erfolgte in Schiffsladungen, als Ausreisefracht wurde die überall gern gesehene Kohle geladen, da sich Brennstoffe an Ort und Stelle nur selten vorfanden.

Zunächst flossen durch diesen gewaltigen Import fast die gesamten Erträgnisse der Ausfuhren in die importierenden Länder, und fast für jeden werbenden Zweck mußte von dort das Geld in Form von hochverzinslichen Anleihen zurückgeholt werden. Daraus erklärte sich zum Teil ganz von selbst die ständige Geldnot, in der sich die republikanischen schnell wechselnden Regierungen auch dann befanden, wenn die Verwaltung in ehrlichen Händen lag. Bereits bald nach der Unabhängigkeit begannen die Staaten, die nach romanischem System ihre Ausgaben möglichst durch indirekte Steuern zu decken suchten, Exportzölle auf die Ausfuhr zu erheben. Seit den 1880er Jahren belegte man auch die Einfuhr stärker mit Zöllen, die aber zunächst bis zum Weltkrieg sich in mäßigen Grenzen hielten, allerdings meist wertbeständig gehalten waren, um Goldgeld in die Staatskassen zu bringen. So wurde der Import hierdurch wenig beeinträchtigt. Krisenjahre zeitigten zwar infolge Nachlassens der Nachfrage erhebliche Ausfälle, aber im ganzen bewegte sich die Einfuhr ständig und rasch in aufsteigender Linie. Hat sich doch beispielsweise die brasilianische Einfuhr von 1900 bis 1914 verdreifacht. Insbesondere war es die Aufschließung des Landes durch Eisenbahnen, die Verbesserung der Hafenanlagen und die moderne Umgestaltung der großen Städte, die immer als feste Faktoren der Einfuhr anzusetzen waren. Die dafür benötigten Gelder mußten eben auf dem Anleiheweg aufgebracht werden, da eine Kapital-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bildung im Lande selbst nur in geringem Umfange erfolgte. Schwere Staatskrisen führten dann sogleich zu einer nachhaltigen Erschütterung des Kredits und damit zu einem schnellen Sinken der Wechselkurse. Wir finden somit in den meisten Ländern die Anomalie, daß trotz schneller Aufschließung und Besiedlung der weiten Räume der Geldwert in vielen Ländern, so in Brasilien und Chile, seit den 1850er Jahren unaufhörlich im Abgleiten begriffen war.

3. Die Abhängigkeit von Europa.

Es waren eben die Fremden, die über das Wirtschaftsleben herrschten, die es befruchteten, und die dafür ihren wohlverdienten Gewinn beanspruchten. Sie, besonders die Engländer, hatten seit der Unabhängigkeit die Einfuhr und später auch die Ausfuhrmöglichkeiten allein in der Hand, nachdem durch Vertreibung der Spanier und Verarmung der bisherigen Herren auch die Bergwerksindustrie ohne Beischuß fremden Kapitals nicht mehr bestehen konnten. In der Organisation des Importes lag ihre hauptsächlichste Stärke, aus der sich alles weitere dann entwickelte. Sie schufen ein mustergültiges Netz starker, finanziell leistungsfähiger Handelshäuser mit Zweigniederlassungen oder Verbindungen in allen Teilen, die von England in ähnlicher Weise und später auch von Deutschland geleitet wurden und in Banken und Schiffahrtsgesellschaften ihren starken Rückhalt fanden. Das Geschäft läßt sich in drei große Zweige gliedern: 1. in die großen Staatsaufträge (Eisenbahnen, Hafenausbauten, Elektrizitätswerke, Lieferung von Kriegsmaterial), 2. in das eigentliche Warengeschäft, das den Absatz von Textilwaren und Kleineisenwaren zum Rückhalt hatte, und 3. in das Ausfuhrgeschäft der einheimischen Produkte, deren Absatz nur durch Vermittlung dieser Firmen erfolgen konnte.

So waren diese Großfirmen englischen und deutschen Ursprungs tatsächlich die Träger des gesamten Wirtschaftslebens der Republiken, da sie Produktion und Konsum gleichzeitig kontrollierten. Ihre Hauptstellung lag darin, daß sie in größtem Maßstabe Kredite zur Verfügung stellen konnten. Die Vorschußgabe auf die Ernten, der Warenkauf auf Kredit konnte nur von ihrer Seite erfolgen. Das Risiko war groß, dafür der Gewinn hoch. Die Gewinne wurden zum Teil wieder dazu verwandt, im Verein mit anderen kapitalkräftigen Kreisen Europas neue Anlagen in den Ländern zu schaffen, zum Teil flossen sie aber als Rente nach der Alten Welt ab. Aber auch diese Kapi-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

talien genügten dem Geldbedürfnis der Staaten nicht im entferntesten. Daher gingen seit den 1830er Jahren die Republiken dazu über, große Anleihen in Europa aufzunehmen. Die Engländer erkannten zuerst und rechtzeitig die sich bietende einzigartige Gelegenheit und gaben bereitwillig — natürlich zu hohen Zinsen — die Gelder ab. Der Londoner Markt wurde daher seit 1850 allein herrschend in den finanziellen Beziehungen Südamerikas und ist es bis zum Jahre 1914 geblieben. Da es den Engländern gleichzeitig gelang, auch ihr Kapital im Eisenbahnbau, in einer Reihe ausschlaggebender Industrien (Salpeter, Gefrierfleisch, Kupfer) unterzubringen, so wurde der Londoner Warenmarkt bald für Südamerika ebenso ausschlaggebend wie das Pfund Sterling, nach dem die Valuten Südamerikas gemessen und auch an den einheimischen Börsen notiert wurden. Dieses Entgegenkommen der Engländer bei der Gewährung von Anleihen, verbunden mit dem durch Unruhen hervorgerufenen starken Geldbedarf, verführte die Regierungen der südamerikanischen Staaten dazu, auch für die Stabilisierung des Haushaltes, der meist mit einem erheblichen Defizit abschloß, zu solchen Anleihen ihre Zuflucht zu nehmen, ohne zu bedenken, daß die Zinsenlast nicht abzuwälzen war, und daß wachsend ein immer größerer Teil der für die Ausfuhr erzielten Gewinne ins Ausland abfloß. Daneben aber bedingten diese Tatsachen, daß auch bei der Vergebung der Aufträge seitens des Staates natürlich die Geldgeber in erster Linie berücksichtigt werden mußten; ferner blieb eine Balancierung des Budgets und eine Stabilisierung der Valuta ziemlich unmöglich und Staatsbankerotte krassester Art, wie beispielsweise in Peru nach dem Salpeterkrieg, traten immer wieder ein. Neben England hatte auch Frankreich erhebliche Gelder, besonders in Brasilien, auf dem Anleiheweg drüben festgelegt; Deutschland hatte hauptsächlich auf dem Wege über das Warengeschäft sich eine starke Stellung errungen und stand vor dem Kriege wohl nach dem beherrschenden England fast überall an zweiter Stelle im Wirtschaftsleben der südamerikanischen Länder. —

So war die Lage, als der Weltkrieg ausbrach und auch die Wirtschaft der Neuen Welt, die fast ganz von Europa abhängig war, in seinen Strudel riß. Sein Ausbruch ließ zunächst gerade die Ausfuhr der wichtigsten Güter vollkommen stocken, der Schiffsverkehr wurde stark gehemmt, und Europa hatte zunächst noch genügend Vorräte südamerikanischer Erzeugnisse, um einer Einfuhr nicht zu be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dürfen. Die natürliche Folge war, daß bei der geringen Nachfrage die Preise sanken; dies, zusammen mit der Unmöglichkeit der Aufnahme neuer Anleihen, bewirkte ein starkes Fallen der Valuten. Es gab Arbeitslosigkeit und durch die Ausschaltung der deutschen Firmen Geschäftsstille. Aber bereits zu Ende des ersten Kriegsjahres zeigte sich die Unentbehrlichkeit der südamerikanischen Rohstoffquellen für Europa: nur durch die Übernahme der in Antwerpen erbeuteten Salpeterlager wurde es der deutschen Heeresleitung möglich, die Munitionsmenge für 1915 bereitzustellen. Für die Millionenheere auf der alliierten Seite wurde eine zureichende Versorgung ohne Hilfe Südamerikas unmöglich. Daher nahm die Ausfuhr seit 1915 in ständig wachsendem Ausmaß wieder zu. Der unbeschränkte Absatz trieb alle Preise schnell in die Höhe, und bald entstand für die meisten Artikel eine wilde Spekulation, die aber ohne jeden Rückschlag blieb. Die englischen Firmen konnten den Löwenanteil für sich buchen, solange sie noch einigermaßen Einfuhrwaren zur Verfügung hatten. Aber auch die einheimischen Produzenten hatten die größten Gewinne: jede bezogene Ware wurde bar in hochwertiger Valuta bezahlt. Die Löhne stiegen — allerdings auch die Kosten der Lebenshaltung — die bestehenden Anlagen wurden ausgebaut und erweitert, die Plantagen vergrößert, Produkte, deren Gewinnung infolge mangelnder Rentabilität eingestellt war, fanden wieder lohnenden Absatz.

Dazu kam noch ein anderes Moment. Auf der einen Seite nämlich wurde den Südamerikanern jeder nur mögliche Preis für ihre Ausfuhr gezahlt, andererseits aber konnten sie ihre Zahlungsbilanz dadurch erheblich verbessern, daß die Einfuhr desto mehr ins Stocken geriet, je länger der Krieg dauerte. Der Import von Europa ging immer weiter zurück, da die für den südamerikanischen Markt verfügbaren Warenbestände immer knapper wurden und die schwarzen Listen den Kreis der Abnehmer weiter verengerten, da auch der neutrale Handel mehr und mehr ausgeschaltet wurde. Am längsten vermochte noch der Engländer seine Stellung zu halten; aber immer geschwinder nahm auch diese ab, je heftiger der Krieg in Europa tobte. So entstand in Südamerika für die Waren, die man bisher aus Europa bezogen hatte — und das war eigentlich jedes Fertigfabrikat —, eine ausgesprochene Knappheit und damit eine starke Verteuerung. Unter diesen Umständen fand die heimische Industrie, die bisher keine ernsthafte Wettbewerberin gewesen war, da die Beschaffenheit ihrer Waren minder-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wertig und die Herstellung zu teuer war, willkommene Gelegenheit zum Absatz. Ihre Produkte wurden zu guten Preisen abgesetzt, und sie konnte allenthalben ihre Anlagen erweitern. Die erhöhte Rohstoffproduktion kam ihr zugute. So blieb auch das Geld für Fertigfabrikate im Land, das bisher zum großen Teil nach Europa abgeflossen war. Denn die amerikanische Einfuhr, die natürlich stark wurde, konnte die europäische nur zum Teil ersetzen. So hob sich allenthalben der Wohlstand in den südamerikanischen Ländern. Die Valuten vermochten wieder die Parität zu erklimmen, rascheste Erweiterung der Produktionsbasis fand statt, die jedem Arbeitswilligen lohnendes Auskommen sicherte — nur das Aufhören der Einwanderung und die starke Teuerung waren Schattenseiten. Alles aber kam darauf an, wie diese Wohlstandsvermehrung für die Zukunft ausgenutzt würde.

4. Der Einfluß der Vereinigten Staaten.

Unterdessen war jedoch ein anderer Wettbewerber aufgetreten, der sich kräftig genug fühlte, den Europäern die Zügel des südamerikanischen Wirtschaftslebens aus der Hand zu nehmen. Die Handelsbeziehungen Nordamerikas zu Südamerika hatten an Stärke seit dem Spanisch-Amerikanischen Kriege 1898 erheblich zugenommen. Die stark wachsende Volkszahl machte die Vereinigten Staaten zu einem immer mehr ausschlaggebenden Verbraucher für eine Anzahl der wichtigsten Ausfuhrgüter. Denken wir daran, daß der Kaffeeverbrauch dort im Jahre 1913 auf 1923 von durchschnittlich 3,9 Mill. dz auf 6,2 Mill. dz zugenommen hat, so kann man verstehen, daß Brasilien darauf bedacht war, durch Gewährung von Vorzugszöllen auf nordamerikanische Waren sich vor Repressalien von dort zu hüten. Trotzdem spielten die Vereinigten Staaten wohl in Mittelamerika und Westindien, aber nicht in Südamerika vor dem Kriege eine ausschlaggebende Rolle. Gewisse Wirtschaftszweige und Industrien, vor allem die Metalle, lagen schon in den letzten Vorkriegsjahren zum Teil in ihren Händen. Im übrigen waren sie ein guter, aber unter Umständen zu entbehrender Kunde in der Ausfuhr. In der Einfuhr war ihre Bedeutung mit der Europas nicht zu vergleichen. Man bemühte sich trotz des wachsenden Einflusses der panamerikanischen Ideen auch noch wenig um den südamerikanischen Markt, da man im Lande selbst genug zu tun hatte. Nur in Brasilien hatte der Furquharttrust einen weitgehenden Einfluß auf das Eisenbahnwesen gewonnen. Die Schiffsverbindungen — auch mit Nord-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

amerika — lagen zum großen Teil in englischen und deutschen Händen, erst 1914 wurden Filialen der großen nordamerikanischen Banken, vor allem der National City Bank, in den südlichen Hauptstädten eröffnet. Eigene, innerlich kräftige und durch jahrzehntelange Tradition mit Südamerika verbundene nordamerikanische Firmen gab es wenig, meist an der Westküste; die Handelsbeziehungen zu Argentinien waren relativ besonders gering. Mittelamerika und Westindien dagegen waren schon vor dem Kriege als Wirtschaftsprovinz des Nordens anzusehen.

Die Ausschaltung Europas eröffnete nun den Nordamerikanern auch in Südamerika die gewaltigsten Möglichkeiten, da sie die einzigen waren, die überhaupt Einfuhrwaren liefern konnten, und die, besonders vor Einsetzen des Kriegsabsatzes, die Ausfuhrprodukte Südamerikas zu bezahlen imstande waren. Ihre dritte Macht, daß sie auch die einzigen waren, die für Anleihen Geld übrig hatten, trat während der guten Zeiten des Krieges noch weniger in Erscheinung. Natürlich traf dieses Anwachsen des nordamerikanischen Einflusses in erster Linie England; denn wenn es anfangs geglaubt hatte, daß sich die Nordamerikaner etwa mit dem ausfallenden deutschen Anteil begnügen würden, so wurde diese Rechnung bald als falsch erkannt. Unaufhaltsam begannen sie in Ein- und Ausfuhr alle anderen zu überflügeln. Bereits zu Beginn des Krieges konnten sie durch Übernahme der Kaffeeernte Guatemalas das Land vor dem Ruin retten. Die brasilianische Kaffeeausfuhr verlegte ihren Schwerpunkt bereits 1916 von Europa nach Nordamerika. Hielten doch 1917 die Vereinigten Staaten ihre wirtschaftliche Macht für stark genug, um Südamerika in den Krieg mit Deutschland treiben zu können, was ihnen bei den Republiken auch gelang, die von ihnen ausschlaggebend abhängig geworden waren. Argentinien widerstand: hier mischte sich die natürliche Abneigung des Iberoamerikaners gegen den Norden mit der Besorgnis vor dem Hauptwettbewerber auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Exportes. Ihm schloß sich Chile an. Allerdings erkannte man in Südamerika bald, daß der Handel in europäischen Händen besser aufgehoben war. Die Erweiterung der Handelsbeziehungen war zu schnell und zu künstlich erfolgt: die nordamerikanische Industrie nahm auf den empfindlichen Geschmack des Südamerikaners zu wenig Rücksicht. Die Lieferungen der Importwaren hielten mit den europäischen keinen Vergleich aus, sie waren teuer und schlecht. Die Konjunktur wurde ausgenützt, ohne der Zukunft Rechnung zu tragen. Es wurde auch nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Versuch gemacht, das große Netz der deutschen Firmen durch eine nordamerikanische zu ersetzen. Das schnelle Zurückgehen der nordamerikanischen Einfuhr auf vielen Gebieten in der Nachkriegszeit ist hauptsächlich auf diese Gründe zurückzuführen.

Als 1918 der Krieg — für Südamerika ganz unerwartet — zu Ende ging, war der Erdteil reich geworden. Die Produktion hatte sich überall um ein Vielfaches gesteigert, die Bodenpreise waren stark in die Höhe gegangen und die Lebenshaltung hatte im Verhältnis zu früheren Jahren einen sehr hohen Stand erreicht. Infolge der Rückwanderung nach Europa war die Nachfrage nach Arbeitskräften gestiegen, die Löhne waren hoch. Kapital hatte sich angesammelt; kostspielige Luxusbauten waren in den großen Städten aus der Erde gewachsen, die Staatseinnahmen zogen reichen Gewinn aus dem nach dem Wert erhobenen Exportzöllen. Die Valuten standen auf oder über Pari. Aber man hatte nicht daran gedacht, durch Bildung von Goldreserven und die Einführung direkter Besteuerung diese Grundlagen des Wohlstandes auch der Zukunft zu erhalten. Man übersah, daß die hohen Lebenskosten auch bei Nachlassen der Hochkonjunktur bestehen bleiben mußten, und man fragte sich, ob der verarmte bisherige Hauptabnehmer Europa auch die vermehrte Produktion werde erwerben können. Die nationalen Reedereien hatten Schiffe zu den höchsten Preisen gekauft: würde sich der Betrieb auch bei normalen Zeiten rentabel gestalten lassen? Die heimische Industrie hatte den bedeutendsten Aufschwung genommen. Aber war dies nicht in erster Linie dem anormalen Ausbleiben der europäischen Fertigwaren zu verdanken? All diese schwerwiegenden Tatsachen wurden in Südamerika nicht voll berücksichtigt. Im Gegenteil, als der Krieg zu Ende ging, glaubte man auch weiterhin auf Zeiten der Hochkonjunktur rechnen zu können. Man verwies auf die außerordentliche Bereicherung der Vereinigten Staaten, die einen Ersatz für die Schwäche Europas bieten konnte; letztere erkannte man drüben bei weitem nicht in ihrem vollen Umfange. Man glaubte, daß Deutschland bald wieder seine volle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erlangen würde, und war der Meinung, die Verhältnisse der Friedenszeit würden bald wiederkehren, wobei die Kriegsgewinne eine selbständigere Stellung Südamerikas von selbst bedingen würden. So begrüßte man das Wiedereintreffen der deutschen und englischen Waren in der Hoffnung, dadurch von Nordamerika wieder unabhängiger zu werden, ebenso wie man mit einer steil an-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

steigenden Ausfuhrkurve nach Europa rechnete, da dort der riesige Materialverschleiß und die Schäden der Aushungerung dieses bedingen würden. Diese Ansichten wurden nicht nur von einheimischen Kreisen, sondern auch von den fremden Kaufleuten geteilt. Ganz wie bisher galt daher als Grundsatz, weiterhin Waren zu höchstmöglichen Preisen abzukaufen und sie lagern zu lassen, um so von dem zu erwartenden Ansturm hohe Gewinne zu erzielen. Trotzdem beispielsweise das schnelle Herabgehen der Ausfuhr 1919 sehr zur Vorsicht hätte mahnen sollen, wurde in Chile eine Vereinigung (Pool) aller Salpeterhändler geschaffen, welche sämtliche Vorräte übernahm, um die Preise zu halten. In Buenos Aires bildete sich ein Konsortium, das die gesamten Vorräte Weizen und Mais zum gleichen Zweck in seine Hände brachte. Gleichzeitig wurden große Aufträge an Industriewaren nach Europa gelegt, um den zu erwartenden großen Bedarf der einheimischen Verbraucherkreise decken zu können. Nur die deutschen Firmen, die noch unter den Schwarzen Listen zu leiden hatten, konnten sich zu ihrem Segen an dieser Warenthesaurierung zum Zwecke hoher Preisbildung nicht beteiligen.

Aber die erwartete Nachfrage blieb aus, die angehäuften Läger wollten sich nicht leeren. Mitte 1920, ausgehend von dem Konjunkturrückgang in den Vereinigten Staaten, kündigte sich dann die große Krise an, die der südamerikanischen Volkswirtschaft den größten Teil der im Kriege so leicht erzielten Gewinne nahm und derart bedeutungsvolle Veränderungen zur Folge hatte, daß dieser Einschnitt mehr bedeutet als die Hochkonjunktur der Kriegszeit. Das Fallen der Rohstoffpreise an der Neuyorker Börse gab das erste Zeichen dazu, das aber in Südamerika nicht verstanden wurde. Man war der negativen Faktoren so wenig gewohnt, daß man das Zeichen der Zeit nicht mehr verstand. Anstatt von den angehäuften Vorräten so viel als möglich abzustoßen, wartete man, bis das Bargeld ausging und die gewaltsame Liquidierung erzwang. Die größten Firmen kamen in Zahlungsschwierigkeiten; oft war es nur dem Eingreifen der englischen Banken, mitunter sogar der Bank von England selbst, zu danken, daß der Bankrott nicht offen in Erscheinung trat. Die gewaltsam überhöhte Produktion ließ sich nicht schnell zurückschrauben: die Zahl der Arbeitslosen stieg in erschreckendem Maße, zumal die Lebenskosten doppelt so hoch wie vor dem Kriege blieben. Die durch den Kriegsausgang gestiegene Bedeutung sozialistischer und kommu-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nistischer Ideen wurde durch die wieder einsetzende europäische Einwanderung, welche natürlich die Löhne weiter drückte, besonders nach Argentinien und Chile übertragen. Andauernde Streiks und soziale Unruhen waren an der Tagesordnung, zumal die Anspruchslosigkeit früherer Zeit während der Gewinnjahre ganz gewichen war. Die Einfuhr blieb weiterhin hoch, da die in Europa bestellten Waren jetzt eintrafen und nicht untergebracht werden konnten. Die Brände der hochversicherten Güter — ein sicheres Anzeichen schlechter Wirtschaftslage — mehrten sich. Die Ausfuhr stockte, die Einfuhr stieg: die Handelsbilanzen wurden allmählich passiv oder näherten sich diesem Zustand. Die Staatsfinanzen, abhängig von Exportzöllen und Einfuhrabgaben sowie vom Verbrauch, wurden in Mitleidenschaft gezogen, zumal die Aufwendungen größerer Staatsmittel für die Arbeitslosen in vielen Teilen notwendig wurde, da ja nirgends Sozialversicherung bestand. Defizits traten auf; die Valuta sank, und nur mit Hilfe laufender Anleihen konnte überhaupt weitergewirtschaftet werden. Man hoffte da in erster Linie auf England und wandte sich nach London. Rothschild machte anfangs auch einige Versuche in dieser Richtung, aber die englische Regierung drängte darauf, daß das überhaupt noch verfügbare Kapital den Dominions vorbehalten blieb.

So wandte man sich nach Neuyork, und die Wallstreet zeigte sich den Wünschen geneigt. Sie erkannte die sich bietende Möglichkeit, durch das nordamerikanische Kapital die Lücke auszufüllen, die die Verarmung Europas gelassen hatte. Europas Stellung gründete sich gleichmäßig auf dem Warengeschäft und dem Anleihekapital; die Vereinigten Staaten basierten ihre Stellung zunächst auf dem letzteren und suchten durch den Druck ihrer Geldmittel die wichtigsten Teile des Warengeschäfts, vor allem die großen Regierungsaufträge an sich zu reißen. Seit 1920 haben dann die verschiedenen südamerikanischen Staaten — vor allem Chile und Brasilien, später auch Argentinien, von den kleineren abgesehen, ihre sämtlichen Anleihen für die Flottmachung des Haushaltes, für Eisenbahnen, Elektrifizierung, Hafenanlagen, Stadterweiterungen oben gedeckt, und neben den Staaten waren es die Provinzen, die Städte, die Hypothekenbanken, welche amerikanisches Geld benötigten. Die Anleihen wurden anfangs zu gleichen Bedingungen, wenn auch erhöhtem Zinssatz wie früher gegeben. Allmählich aber drangen die nordamerikanischen Bankleute darauf, daß ein Teil der bewilligten Gelder sogleich in Form von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Materialsendungen für Regierungsaufträge geliefert wurde. Dann wurden Verbesserungen angeregt, deren Ausführung nordamerikanischen Firmen übertragen wurde. Die Zinsenlast stieg natürlich unaufhörlich, da durchschnittlich mindestens jedes Jahr, in Chile 1920—1923 durchschnittlich jedes halbe Jahr, eine solche Staatsanleihe aufgenommen wurde. In solchen Fällen bot dann wohl die nordamerikanische Regierung einen bewährten Finanzmann zu einer umfassenden Reorganisierung an, der mit Hilfe der Wallstreet dann die Gründung staatlicher Zentralbanken in die Wege leitete. Es sei nur nebenbei darauf hingewiesen, wie stark sich diese finanziellen Verbundenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und Südamerika auch politisch auswirken: es ist kein Zufall, daß der Schiedsspruch über Tacna und Arica gerade in einem Zeitpunkt den Vereinigten Staaten übertragen wurde, als Chile und Peru ohne Hilfe von dort ihre Staatsfinanzen nicht mehr sanieren konnten. Wir stellen die Verschuldung in einigen Zahlen dar:

Die Anlagen der Vereinigten Staaten in Mittel- und Südamerika betrugen in Millionen Dollar[2]:

	Mai 1912	1916	1920	1924
Mexiko	800	—	800	1022
Kuba	220	400	525	1360
Haiti und Domingo	8	—	—	81
Zentralamerika	46	—	—	67
Argentinien	40	30	40	234
Bolivien	10	5	15	80
Brasilien	50	50	75	273
Chile	15	100	200	317
Kolumbien	2	10	30	78
Ecuador	10	5	5	30
Guayana	5	—	—	—
Peru	35	50	85	92
Uruguay	5	15	20	44
Venezuela	3	10	40	75
Paraguay	—	5	20	5

Nach einer letzten Schätzung seitens des amerikanischen Bureaus für Außenhandel betragen heute (Anfang 1926) die Gesamtanlagen rund 4 Milliarden Dollar, gegen 1,2 Milliarden im Jahre 1912. Über

[2] Ich verdanke diese Zahlen durch freundliche Vermittlung dem Zentralbureau der Pan American Union (Washington).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Verteilung der Anlagen in den einzelnen Ländern liegt folgende Statistik[3] vor:

Amerikanisches Kapital war 1924 angelegt in Millionen Dollar in:

	Staatsanleihen	Anleihen von Einzelstaaten und Städten	Sonstiges
Westindien	31	—	50
Mexiko	22	—	1000
Kuba.	110	—	1250
Zentralamerika . .	17	—	50
Argentinien	117	18	100
Brasilien	105	68	100
Chile	62	5	250
Uruguay	8	6	30
Paraguay	—	—	5
Peru	3	—	90
Ecuador	—	—	30
Venezuela.	—	—	75
Kolumbien	5	2	70
Bolivien	30	—	50

Das Fortschreiten des nordamerikanischen Einflusses nach seinen verschiedenen Arten geht aus dieser Aufstellung mit genügender Klarheit hervor. Vergleichen wir nun damit die Ziffern für das in Iberoamerika angelegte englische Kapital, für das allerdings gleich genaue Angaben nicht vorliegen. Es wird angenommen (in Millionen Pfund Sterling)[4] auf

	1913	1924
Regierungsanleihen . . .	316	344
Eisenbahnanleihe	458	481
Banken und Schiffahrt . .	33	48
Verschiedenes	191	267

Während also nach diesen Aufstellungen — die natürlich nur ungefähre Werte darstellen — 1913 England mit 999 Millionen £ (also etwa 4,5 Milliarden $ U./S.) durch Anlagen in Südamerika beteiligt war, ist diese Summe, zu deren Erreichung etwa ein Jahrhundert nötig gewesen war, bis 1924 auf etwa 1,2 Milliarden £ (5,6 Milliarden $ U./S.) gestiegen. Die Vereinigten Staaten aber hatten 1912 rund 1,2 Milliarden $ dort investiert; ihr Anteil 1924 beträgt aber mehr als 4 Milliarden $; er hat sich also in den vergangenen 12 Jahren verdreifacht. Während heute England nur spärlich den süd-

[3] Vgl. oben.

[4] Wirtschaftsdienst 1926, Nr. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

amerikanischen Geldmarkt zu bedienen vermag, finden fast monatlich neue Emissionen amerikanischer Anleihen und Gelder statt: in diesen Zahlen und Sätzen liegt das wesentliche Ergebnis des Weltkrieges für die Wirtschaft Südamerikas bedingt.

In welchem Umfange die etwa seit Ende 1924 einsetzenden Versuche Englands Erfolg haben werden, wieder sich in größerem Umfange am südamerikanischen Anleihegeschäft zu beteiligen (z. B. durch Beteiligung an der neuen Kaffeeanleihe Brasiliens), muß die Zukunft lehren.

5. Der Kampf um die wirtschaftliche Selbständigkeit.

Die Belastung des Budgets mit den Zinszahlungen für diese Anleihen und das Abströmen der in fremdem Besitz befindlichen Zinsen aus dem Anlagekapital kann als derart groß angesehen werden, daß im allgemeinen die Ausfuhrüberschüsse in Normaljahren knapp zur Deckung dieser Verbindlichkeiten hinreichen; meistens aber werden die Auszahlungen sie noch übertreffen; die schlechten Valuten beruhen zum Teil auf dieser Tatsache. Für 1922 hat Dr. Schück für Brasilien berechnet, daß der Ausfuhrüberschuß gerade zur Deckung der Zinsen der äußeren Schuld Brasiliens hinreichte, also sogar die gesamten anderen Verbindlichkeiten daraus nicht mehr bestritten werden konnten[5]. Die fortschreitende Besserung der Absatzverhältnisse hat dann die Lage etwas besser gestaltet, doch ist heute wohl in allen südamerikanischen Staaten der Tilgungsfonds für die auswärtige, in Hochvaluten zu zahlende Schuld der Hauptausgabeposten. Diese Verkettung läßt sich jetzt nicht mehr lösen; wenn auch eine Art Ernüchterung eingetreten ist und die Aufnahme von Anleihen nach Möglichkeit auf werbende Zwecke beschränkt wird. Das Nachlassen der stärksten europäischen Spannung zu Ende 1923 hat den Absatz der südamerikanischen Produkte wieder stärker belebt. Doch ist der Menge nach der Vorkriegswert der Ausfuhr nach Europa erst in der allerletzten Zeit wieder erreicht worden. Besonders nachhaltig wirkte sich die Erholung Europas in Argentinien aus, das im Jahre 1924 seine Fleisch- und Zerealienausfuhr zu guten Preisen auf Rekordziffern bringen konnte. Viel trug dazu bei, daß der englische und deutsche Handel, besonders im Einfuhrgeschäft, rasch wieder dem nordamerikanischen aus den schon er-

[5] Vgl. Wirtschaftsdienst 1924, Nr. 31.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

örterten Gründen scharfen Wettbewerb bereiten konnte. Trotzdem wird das Verhältnis der nordamerikanischen Gesamteinfuhr (wertmäßig) gegen 1914 von berufener Seite auf das Zweieinhalbfache des damaligen Umfanges geschätzt; insbesondere die Einfuhr von Eisenbahnmaterial und Automobilen ist in starkem Anwachsen begriffen. Der Wiederaufbau des europäischen Geschäftes leidet eben stark unter der Kreditknappheit. Die Verbindungen der überseeischen Filialen zu den Mutterhäusern haben sich öfters gelockert, weil jene auch finanziell im wesentlichen auf sich und ihr Betriebskapital angewiesen sind und eben bei der Vergebung der Regierungsaufträge der nordamerikanische Geldgeber stets die Vorhand hat.

Der Krieg hat im allgemeinen nicht nur das Selbstgefühl der Südamerikaner erheblich gesteigert, sondern sie auch veranlaßt, ihre Wirtschaft selbständiger vom Auslande zu machen, als dies bisher der Fall gewesen war. Zunächst hat in verschiedenen Republiken, z. B. in Chile und Bolivien, die Einführung der direkten Steuer nach scharfen Widerständen endlich durchgesetzt werden können. Die Erwerbslosenfürsorge der Nachkriegszeit hat den Gedanken einer sozialen Versicherung in Argentinien und auch in Chile wach werden lassen; Gesetze, die natürlich in erster Linie den einheimischen unbemittelten Klassen zugute kommen und von den fremden Unternehmern getragen werden müssen. Ferner aber versucht man mit Zähigkeit, durch gesetzliche Maßnahmen den Einheimischen den Zugang zu den besseren Posten des Wirtschaftslebens zu öffnen und ihnen einen erheblichen Anteil am Gewinn zu sichern. Dies kommt besonders in dem chilenischen Gesetz von 1923 zum Ausdruck, nach dem in Firmen und Unternehmungen rund 75% der Angestellten Chilenen sein müssen, denen ein entsprechender Gewinnanteil vorbehalten bleiben soll. Auch gegen das schnelle Emporarbeiten der Einwanderer ist man argwöhnisch: Argentinien fürchtet nicht mit Unrecht eine allzu starke Italienisierung, und der scharfe Kampf der brasilianischen Regierung gegen das wirtschaftlich so kräftige Deutschtum während des Krieges ging sicher zum großen Teil aus solchen Instinkten hervor.

Als Hauptmittel zur Herbeiführung einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit betrachtet man die Schaffung einer bodenständigen, nationalen Industrie, die man überall mit den schroffsten Maßnahmen zu entwickeln und zu fördern sucht. Einflußreiche Gesellschaften, so die „Sociedad de fomento fabril“ in Chile, die über weit-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

reichende Verbindungen mit den Industriellen und den politisch maßgebenden Kreisen der Republik verfügen, sind die Schrittmacher schärfster Schutzzollpolitik. Die Regierung steht ihren Bestrebungen überall wohlwollend gegenüber, weil sie ebenfalls eine Drosselung der Einfuhr zwecks Verbesserung der Zahlungsbilanz erreichen will. Unter dem Schutz der Einfuhrverminderung in der Kriegszeit hat diese Industrie sich lebensfähig entwickelt und sich einen festen Absatz im Lande gesichert. Sobald es irgend ging, wurde sie durch Schutzzölle gesichert; da ihre Preisgestaltung stets haarscharf unter derjenigen von Importwaren blieb, hatte sie gute Gewinne zu verzeichnen. Zu ihrem Schutze haben beinahe alle Republiken in den letzten Jahren ihre Zolltarife ganz wesentlich erhöht. Bekannt ist das große argentinische Gesetz von 1923, das neben den Erhöhungen auch noch wesentliche Erschwerung der Einfuhr durch allerhand behördliche Markenvorschriften brachte. Chile hat 1923 und 1925 eine erhebliche Tariferhöhung ebenfalls vorgenommen. Die einheimische Industrie ist von der Extrahierung von Rohstoffen mehr und mehr auch zur Herstellung von Fertigwaren übergegangen. Das Aufblühen der einheimischen Industrie ist nächst der Verschiebung der finanziellen Abhängigkeit der andere wichtige Faktor des südamerikanischen Wirtschaftslebens der letzten Jahre. Für die Gegenstände des täglichen Bedarfs, die vor dem Kriege ebenfalls zum erheblichen Teile aus Europa bezogen wurden, ist die eigene Produktion maßgebend. Ob die Industrie angesichts des wiedereinsetzenden scharfen europäischen Wettbewerbs und des Steigens der südamerikanischen Währungen ihre Stellung wird halten können, wird die Zukunft lehren. Jedenfalls gibt es heute kaum Anhänger des Freihandels, dagegen aber einflußreiche Kreise, denen die bisherigen Tarifsätze noch lange nicht genügen, und die auf weitere Erhöhungen drangen. Da letzthin auch viel fremdes Kapital in diesen nationalen Industrien investiert ist, ist das Interesse an der Niedrighaltung der Einfuhrzölle auch sonst nicht so groß, wie man glauben sollte. Ferner ist sicher, daß auch die erhebliche Zunahme von Brennmaterial, wie sie besonders die erfolgreichen Bohrungen nach Petroleum in den letzten Jahren ergaben, der einheimischen Industrie eine günstige Prognose stellen. Ebenso auch die Tatsache, daß der Zustrom europäischer Facharbeiter wertvolle Mitarbeiter ins Land bringt. Die Vereinigten Staaten jedenfalls, denen die Unterbringung ihrer anlagesuchenden Kapitalien

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ebenso wichtig ist wie der Absatz ihrer eigenen Industrieerzeugnisse, für welche der Inlandmarkt noch genügend Aufnahmefähigkeit bietet, werden nichts dagegen unternehmen wollen. Was für die Industrie gilt, gilt ebenso für das Bankwesen, die Schiffahrt, das Versicherungswesen. Überall wird die Heranzüchtung nationaler Unternehmen mit allen Mitteln versucht. Die eingewanderte Bevölkerung, die infolge der Kriegsjahre draußen fester als vorher eingewurzelt ist, hat sich bereitwillig in den Dienst dieser Ideen gestellt, so daß das Vorgehen der Regierung in hochschutzzöllnerischem Sinne bei den breitesten Kreisen der Völker auf unbedingte Zustimmung rechnen kann. Mit einem ernsthaften Widerstand etwa der Verbraucherkreise braucht vorläufig nicht gerechnet zu werden, da die nationalen Gefühle auch bei der Handarbeiterschaft stark entwickelt sind und diese jede Schmälerung fremden Einflusses begrüßt.

II. Darstellungen der Wirtschaftslage wichtiger Länder.

1. Argentinien.

Unter den Republiken Südamerikas ist wohl Argentinien diejenige, die heute in wirtschaftlicher Beziehung noch am engsten mit Europa verbunden ist. Die schnelle Erreichbarkeit von Europa, die Tatsache, daß Buenos Aires die Pforte auch für den Eintritt in die Westküstenländer südlich der chilenischen Nordgrenze bildet, und das dem südeuropäischen ähnliche Klima machen Argentinien zum bevorzugten Einwandererland. Die weitere Aufschließung des Landes hängt vom Einwandererstrom ab. Durch den Krieg wurde dieser jäh unterbrochen; nicht weniger als 250 000 Rückwanderer nach Europa wurden in diesen Jahren gezählt. Nach Kriegsende setzte zwar die Einwanderung wieder stärker ein, doch blieb sie unregelmäßiger als vorher, besonders als die eingetretene Stabilisierung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse den Hauptanreiz nahm. Man kann den jährlichen Zuschuß unter Abzug der Rückwanderer auf etwa 100 000 Menschen berechnen; die letzten Jahre zeigen eine sehr starke Zunahme der Rückwanderung. Schon früher, aber insbesondere nach dem Kriege sind es in der Hauptsache Italiener, die Argentinien zuströmen; die früher erhebliche spanische Einwanderung hat nachgelassen. Man schätzt heute die Anzahl der im Lande befindlichen italienischen und italo-argentinischen Bevölkerung auf mindestens eine Million; sie haben dem Leben drüben in vielen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beziehungen ihren Stempel aufzudrücken gewußt; besonders die Sperre in Nordamerika hat diese Entwicklung beschleunigt.

Trotzdem wird das eigentliche Ziel, die schnelle Aufschließung des Hinterlandes, trotz der großen Einwanderung, lange nicht annähernd erreicht, weil ein zu großer Teil dieser Europamüden nicht auf das zu bebauende Land gelangt, sondern in Buenos Aires und anderen Städten hängen bleibt und das dortige Proletariat vergrößert. Die Zunahme der Bevölkerung der Hauptstadt von 800 000 Menschen im Jahre 1910 auf 2000000 im Jahre 1925 ist ein äußeres Zeichen dieser Tatsache. Die Lage ist heute so, daß rund jeder vierte bis fünfte Einwohner Argentiniens in Buenos Aires wohnt. Diese Stadt und die um sie gelagerten Zentralprovinzen sind der Kern des Landes. Nach der Peripherie zu nimmt die Dichtigkeit schnell ab, um nur dort wieder anzusteigen, wo, wie in Rivadavia (Petroleum), Tucumán (Zucker), sich besondere Mittelpunkte der Rohstoffindustrie befinden. Im Zentralland liegen auch heute noch die besten und ergiebigsten Weizenböden, aber der Mittelpunkt des ganzen Geschäftes bleibt Buenos Aires. Das Rätsel der langsamen Besiedlung löst sich, wenn wir bedenken, daß fünf Sechstel der gesamten Grundbesitzfläche in den Händen von einem Siebentel der Besitzer sind. Dabei sind die Bodenpreise durch die Hochkonjunktur der Kriegszeit gewaltig gestiegen, und die großen Kolonisationsprogramme der Regierung sind bisher aus verschiedenen Gründen nicht über die Anfänge herausgekommen. Kapitalkräftige Kreise meiden das Geschäft, da die Ansiedler zu oft wieder abströmen, und dem unbemittelten Einwanderer ist der Grund zu teuer.

Im wesentlichen auf den großen Gütern wird Weizen, Mais, Leinsaat, ferner Fleisch und Wolle gewonnen, welche Artikel die Stellung Argentiniens auf dem Weltmarkt begründen. Das Land steht heute da, wo vor etwa 40 Jahren die Vereinigten Staaten standen, ehe sie zur Industrialisierung größten Stils übergingen. Die Entwicklung der Lage dieser Produkte folgte den im allgemeinen Teil ausgegebenen Linien: große Steigerung im Kriege, schwerste Nachkriegskrise und hier besonders heftiger Aufschwung bei Wiedereinsetzen der europäischen Nachfrage, die besonders im Jahre 1924 zu Rekordausfuhren und Rekordpreisen führte. Stieg doch der Weizenpreis von März bis Dezember um 50%. Die Ausfuhrzahlen Argentiniens (1923 entfielen bei 771 Mill. Goldpesos Gesamtexport etwa 413 auf Ackerbauerzeugnisse, 324 auf Viehzucht, der Rest auf anderes) im Vergleich mit den

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hauptwettbewerbsländern für die wichtigsten Erzeugnisse waren in den letzten Jahren:

	1913	1921	1922	1923	1924	1925
Weizenausfuhr (in Mill. t)						
Argentinien	2,8	1,7	3,8	3,7	4,4	2,9
Kanada	3,2	3,7	5,9	7,0	5,8	—
Vereinigte Staaten	2,5	7,0	4,5	2,7	4,5	—
Australien	1,7	2,1	2,7	0,8	7,8	—
Indien	1,2	0,1	0,0	0,7	0,8	—
Rußland	3,3	—	—	0,3	0,3	—
Leinsaatausfuhr (in Mill. t)						
Argentinien	—	—	—	1,2	1,4	1,0
Maisausfuhr (in Mill. t)						
Argentinien	4,0	2,8	2,8	2,9	4,6	3,1
Vereinigte Staaten	1,3	3,3	4,2	1,1	0,5	—
Rumänien	1,0	0,8	0,3	0,7	—	—

Viehbestand Argentiniens (ca. Mill. Stück)

	1911	1922
Rindvieh	29	37
Schafe	80	36

Wollproduktion (in 1000 engl. pounds)

	1909/13	1923	1924
		Durchschnitt	
Argentinien	359	290	280
Australien und Neuseeland	904	770	838
Britisch-Südafrika	166	180	193

Zur Erläuterung dieser Zahlen sei bemerkt: Der Ausfall des russischen Wirtschaftsgebietes hat die Stellung Argentiniens erheblich verstärkt. Nächst Kanada ist es heute das zweitwichtigste Getreideexportland der Welt geblieben. Im Maisgeschäft ist es zum Hauptlieferanten der Welt geworden, eine Stellung, die es schon vor dem Kriege auch im Leinsaatgeschäft hatte; die Kultur dieser Nutzpflanze hat verhältnismäßig am schnellsten zugenommen. Der Rindviehbestand ist trotz der jährlich schnell anwachsenden Zahl der Schlachtungen weiterhin gestiegen. Dagegen hat die Schafzucht und mit ihr die Wollproduktion außerordentlich stark abgenommen, eine Erscheinung, die ja infolge der Wollpreiskrise in fast allen Produktionsgebieten stattfand. Doch deutet der schnelle Rückgang des Schaf-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bestandes, der sich auch 1925 fortgesetzt hat, darauf hin, daß die Gefrierfleischindustrie dem Anlagekapital mehr Gewinnmöglichkeiten bietet und darum dauernd bevorzugt bleiben wird, wenn auch die schwer durchzuhaltenden Trockenjahre infolge Futtermangels eine stete Bedrohung des argentinischen Viehbestandes bleiben. Von sonstigen Ausfuhrprodukten fallen noch Häute und der zum Gerben benötigte Quebrachoextrakt ins Gewicht. Die Hauptbasis der argentinischen Produktion liegt also in Ackerbau und Viehzucht, und sie sind es, die der Richtung des Außenhandels die Wege weisen.

Es ist in erster Linie Europa, das auf diese Exporte angewiesen ist und wohin der weitaus überwiegende Teil der Erzeugnisse dann auch geht. Drei Wettbewerber vor allem hat Argentinien auf die Dauer zu fürchten: Nordamerika, dessen Agrarerzeugung allerdings in steigendem Maße von der wohlhabenden und rasch wachsenden Bevölkerung aufgenommen wird. Dann die englischen Dominions Australien und Südafrika: jeder engere wirtschaftliche Zusammenschluß des britischen Weltreiches wird für das Land verhängnisvolle Folgen haben. Denn beispielsweise die Gefrierfleischausfuhr basiert auf dem englischen Absatz. An dritter Stelle ein Wiedererwachen der russischen Leistungsfähigkeit, da dort für Weizen, Mais und Leinsaat der gefährlichste Wettbewerber zu suchen ist. —

Argentiniens Außenhandel zeigt folgende Entwicklung (Mill. Goldpeso = RM. 4,05):

	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Einfuhr[6]	501	666	935	750	690	868	829	877
Ausfuhr	807	1031	1044	671	676	771	1011	868
	+306	+365	+109	—79	—14	—97	+182	+ 9

Die Wirkung der schweren Absatzkrise tritt in der Passivität der Handelsbilanz während der Jahre 1921 und 1922 deutlich in Erscheinung; im Jahre 1923 spricht die Tatsache mit, daß die hohen Schutzzölle von 1924 den Handel zu starken Eindeckungen veranlaßten. Was die Richtung des Außenhandels anbetrifft, so steht natürlich bei der Aufnahme der Ausfuhr England weitaus an erster Stelle; an zweiter die Vereinigten Staaten, an dritter Deutschland; unser Anteil hat sich erfreulicherweise stark heben können. In der Einfuhr machen sich Engländer und Nordamerikaner den ersten Platz streitig, an dritter Stelle folgt dann Deutschland, das auch hier stark aufholen konnte.

[6] + Ausfuhrüberschuß, — Einfuhrüberschuß.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Industrie Argentiniens ist im Verhältnis zu anderen Ländern Südamerikas nicht in dem Grade entwickelt, wie man erwarten könnte. An extraktiven Industrien ist die Gefrierfleischverarbeitung an erster Stelle zu nennen. Sie hat sich seit Anfang dieses Jahrhunderts, besonders 1915/18, in ständig aufsteigender Linie entwickelt; ihr hat der Weltkrieg zu einem gewaltigen Auftrieb verholfen. Allerdings befindet sie sich bis auf etwa ein Achtel gänzlich in nordamerikanischen (Armour, Swift) und englischen Händen, so daß die Gewinne meist ins Ausland abfließen. Standortmäßig ist sie an die Nähe des Meeres gebunden, weshalb sich ihr übrigens auch in Uruguay gute Möglichkeiten bieten. Eine Anzahl tierischer Nebenprodukte, vor allem Häute, gelangen ebenfalls zur Ausfuhr. An zweiter Stelle ist die Quebrachoindustrie zu nennen. Ihre Schicksale waren stärker wechselnd, da die Produktion sich während des Krieges verdoppelte und der Absatz damit später nicht mehr Schritt hielt; andererseits wurde sie durch einen hohen Schutzzoll ausgiebig geschützt. In ihr ist hauptsächlich englisches Kapital maßgebend, nachdem der deutsche Konzern seine Beteiligung zurückgezogen hat. Die Zuckerindustrie im Norden dient im wesentlichen der Deckung des einheimischen Bedarfes. Dagegen werden auf die Ausdehnung des Baumwollanbaues seitens der argentinischen Regierung die allergrößten Hoffnungen gesetzt, da man durch sie vor allem die Schaffung einer leistungsfähigen Nationalindustrie zu erreichen hofft, die in absehbarer Zeit eine Textileinfuhr unnötig zu machen verspricht. Es wird berechnet, daß allein von 1919 auf 1924 die Baumwollpflanzungen sich von 13350 auf 100000 ha vermehrt haben; allerdings ist man von der Deckung des einheimischen Bedarfs heute noch weit entfernt.

Von Fertigindustrien sind an erster Stelle die Schuh- und Lederfabriken zu nennen; bereits 1920 wurde die Zahl der in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter auf 35000 angegeben. Die Textilindustrie, heute wie gesagt noch stark mit fremder Baumwolle arbeitend, mag an Bedeutung gleichwertig sein. Eine große Anzahl andere, beispielsweise die Eisen-, Tabak-, Zündholz-, Papier-, Seifen-, chemische Industrie, wollen wir hier nur nennen; unter dem Schutz der hohen Zollschranken haben sie sich alle in den letzten Jahren schnell entwickelt. Eingehender müssen wir uns aber mit der Petroleumindustrie beschäftigen, die für Argentinien von weitreichender Bedeutung ist und sein wird, da angesichts des sonst kaum vorhandenen Brennstoffes die Zukunftsmöglichkeit industrieller Betätigung und des Abstoppens der bisher unentbehrlichen englischen Kohleneinfuhr auf ihr beruhen. Seit 1908 wird in Argentinien Petroleum in nennenswertem Umfang gefunden. Eine kluge weitausschauende Regierungspolitik hat dafür Sorge getragen, daß die Ausbeutung der Quellen nicht in die Hände fremder Kapitalisten kam. Rund 75% der Erzeugung wird auf Regierungsfeldern, hauptsächlich in Comodore Rivadavia, gewonnen. Neben den staatlichen Gesellschaften sind noch die Anglo-Persian Co. und die Astra tätig. Über das Anwachsen der Produktion gibt folgende Statistik Auskunft:

Es wurden gewonnen in 1000 t 1914—1924: 41, 76, 116, 167, 181, 194,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

259, 322, 450, 530, 559; nach den letzten Nachrichten war 1925 ein besonders günstiges Jahr, so daß eine erhebliche Steigerung wiederum zu erwarten ist. Insbesondere haben diese Bohrungen gezeigt, daß noch große Reserven vorhanden sind.

Während die Eisenbahnen in der Hauptsache in englischen Händen sind und den besten Rückhalt des britischen Einflusses bilden, ihre Gewinne ebenfalls zum beträchtlichen Teil dahin abgeben, befindet sich die Küstenschiffahrt, auch die La-Plata-Schiffahrt, unter der argentinischen Flagge und wird von einheimischen Gesellschaften betrieben.

Versuchen wir nun, die Zahlungsbilanz Argentiniens zu prüfen, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß während des Krieges die Verschuldung an Europa erheblich zurückgegangen war. Dies war an sich im Verein mit den hohen für die Ausfuhr erzielten Preisen natürlich günstig. Die Valuta festigte sich, und der Staatshaushalt wies einen günstigen Stand auf. Aber nach dem Kriege fehlte eben das Kapital, das früher aus Europa herübergeströmt war, und das für die weitere Entwicklung des Landes nötig gebraucht wurde. Es kam dazu die schwere Absatzkrise 1922, welche die Staatsfinanzen stark, wenn auch nicht in so hohem Grade wie in anderen Staaten belastete. Wesentlich blieb auch hier, daß in Konjunktur- und Krisenzeiten die im Getreidehandelsgeschäft, in der Gefrierfleischindustrie und bei der Wollausfuhr erzielten Gewinne ins Ausland abflossen. Ein glücklicher Umstand ist es ja immerhin, daß sich der größte Teil des Bodens in der Hand Einheimischer befindet, so daß die für den Ankauf der Zerealien erzielten höheren Preise im Lande blieben — soweit sie nicht für Luxusausgaben ebenfalls ins Ausland gingen. Die weitere Erschließung des Landes erforderte Anleihen, die nun von den Vereinigten Staaten gegeben wurden, die besonders in der Lieferung landwirtschaftlicher Geräte ein aussichtsreiches Feld für ihre Einfuhr fanden. Die augenblickliche Anleiheverschuldung des Landes mag etwa 200 Mill. £ betragen; der Zinsendienst gestaltet sich günstig, da infolge der verhältnismäßigen Beständigkeit des Absatzes und des Vorhandenseins einer Goldkonversionskasse die Valuta Argentiniens sich schnell wieder von dem Nachkriegsrückgang erholt hat. 100 $ werteten durchschnittlich 1921—1925 138, 122, 128, 129, 109 nordargentinische Goldpesos, so daß die Parität in greifbare Nähe gerückt ist.

Die Zukunft Argentiniens, dessen Entwicklung in besonders steiler Kurve angestiegen ist, wird durch drei Faktoren bedingt: durch die stetige Fortdauer einer brauchbaren Einwanderung, die wirklich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in die unermeßlichen Räume eindringt und diese erschließt; ferner durch die Bereitwilligkeit fremder Kapitalgeber, die für die weitere Entwicklung des Landes benötigten Kapitalien zur Verfügung zu stellen, und drittens durch die Möglichkeit, in einem kaufkräftigen Europa seine Überschußprodukte absetzen zu können. Nicht umsonst hat Argentinien im Kriege nicht eingegriffen: es wehrte sich gegen die Versuche des nordamerikanischen Konkurrenten, seine Macht auf Südamerika und Europa auszudehnen. Argentinien ist mit Europas Wirtschaftsleben verbunden. Eine Krise in den Vereinigten Staaten kann es wohl beeinträchtigen; eine Dauerkrise in Europa würde die Entwicklung des Landes gänzlich unterbinden. Jeder Einfuhrzoll auf agrarische Erzeugnisse hier bedeutet eine ernste Maßnahme für das Land. Andererseits ist aber damit gesagt, daß Argentitien die bisher betriebene Hochschutzpolitik zu dem Zwecke des möglichen Anschlusses fremder Industriewaren nur bis zu einem gewissen Grade treiben kann, ohne sich der Möglichkeit von Gegenmaßregeln auszusetzen. Zu Bedenken gibt auch die soziale Struktur Anlaß. Die Lebensverhältnisse in Buenos Aires sind wohl heute mit die teuersten der Welt, ein gewaltiges Proletarierheer wird von Europa herübergeschwemmt, das sich dort festsetzt und nur sehr geringe Verdienstmöglichkeiten hat. An schweren Streiks und Ausschreitungen wird es nicht fehlen, wenn wieder einmal Krisenzeiten kommen sollten. Auch von Zeiten der Hochkonjunktur hat der Arme, der die wachsenden Teuerungslasten stark spürt, nur wenig Gewinn, da dieser dem Großgrundbesitzer, dem Großhändler oder dem fremden Aktionär fast ausschließlich zugute kommt. Die schweren inneren Parteikämpfe der letzten Jahre hatten darin ihren Grund. Sie sind aber für Argentinien um so weniger gefährlich, weil die Außenpolitik wenig Reibungsflächen vorfindet und der traditionelle Gegensatz zu Brasilien heute stark nachgelassen hat, wenn auch ein erneutes Auflodern niemals außer dem Bereich der Möglichkeit liegt.

2. Brasilien.

Während der wirtschaftlichen Struktur Argentiniens eine gewisse Gleichförmigkeit eignet, so daß ein in sich geschlossenes Bild erscheint, bedingt allein schon die geographische Beschaffenheit Brasiliens weitgehende Mannigfaltigkeit. Obwohl auch hier der Kaffee, mit rund 70% der Gesamtausfuhr, eine durchaus beherrschende Stellung inne-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hat und von ihm alles andere, insbesondere die Zahlungsbilanz und die Staatsfinanzen, in starkem Maße abhängig ist, so hat sich doch die Kultur solcher Produkte, die einst in der Kolonialzeit Brasiliens Stellung begründeten, Zucker und Baumwolle, erhalten und in den jüngstvergangenen Jahren rasch entwickelt, wozu die Kriegskonjunktur erheblich beigetragen hat. Es ist anzunehmen, daß auch in Zukunft dies so bleiben wird, so daß die Grundlagen der brasilianischen Wirtschaft durch Einfügung neuer Stützen fester werden als bisher, wo der Kaffee sie allzu stark allein zu tragen hatte. Liegt hierin eine gewisse Bevorzugung Brasiliens, das heute mit etwa 30 Millionen Einwohnern alle anderen Staaten an Volkszahl wie an Flächenraum übertrifft, so sind aber dafür wieder erhebliche Belastungen vorhanden. Diese erblicken wir hauptsächlich in der Rassenzusammensetzung, dem erheblichen Einschlag von Negerblut. Dadurch sind in hohem Maße soziale und politische Schwierigkeiten bedingt, die auch in den letzten Jahrzehnten oftmals plötzlich die gedeihliche Entwicklung unterbrochen haben. Die große Ausdehnung des Landes, dessen Verbindungen in sich noch nicht dicht genug sind, um ein schnelles Eingreifen der Zentralgewalt überall zu ermöglichen, und die hohe Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten erleichtern ehrgeizige Wünsche zur Macht drängender Persönlichkeiten, auch mit bewaffneter Hand sich Geltung zu verschaffen. So brachte besonders das Jahr 1924 eine große Revolution in San Paulo, die zwar wirtschaftlich verhältnismäßig rasch überwunden wurde, aber doch auf Monate hinaus erhebliche Unsicherheit in das Geschäftsleben brachte. —

Das brasilianische Wirtschaftsgebiet umfaßt übersichtlich gesprochen drei Zonen. Der tropische Norden, das Amazonengebiet, liefert Gummi und in steigendem Maße Kakao, Zucker und Tabak; daneben beginnt hier der Baumwoll- und Kaffeebau, der weiter nach Süden allein herrschend wird; dies sind die Erzeugnisse der zweiten Zone. Im Süden liefern die beiden, hauptsächlich von Deutschen (700 000) und Deutschabkömmlingen besiedelten Provinzen Rio Grande do Sul und Santa Catharina Produkte der gemäßigten Zone, insbesondere Getreide, Fleisch und Produkte der Viehzucht. Angesichts des riesenhaften Gebietes ist der jährliche Einwandererstrom von etwa 80 000 bis 90 000 Köpfen viel zu gering; auch hier haben wir festzustellen, daß die Großstädte und bisher bereits dicht besiedelten Gebiete einen großen Teil aufnehmen. Außer der rasch anwachsenden Hauptstadt

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rio de Janeiro — heute mit etwa 1,3 Mill. Einwohnern — stehen der Staat Rio mit einer Dichte von 22, San Paulo mit 15 und Pernambuco mit 16 Einwohnern pro Quadratkilometer an der Spitze. Bemerkenswert ist, daß die aufstrebenden Großstädte (San Paulo-Stadt 600 000, Bahia 300 000, Pernambuco und Para je 240 000, Porto Alegre 180 000) eine eigene Bedeutung haben behaupten können. Auch in Brasilien hat der Anteil der großstädtischen an der Gesamtbevölkerung von 7,9% in 1900 auf 8,7% in 1920 zugenommen. Die Einwanderung ist fluktuierender als in anderen Staaten, da zur Zeit der Kaffeeernte besonders viel Arbeitskräfte gebraucht werden, die so bald als möglich sich dann nach einem sozial mehr Aussichten bietenden Beruf umsehen.

Wir geben nun zunächst eine kurze Übersicht über wichtige Produktionszahlen der letzten Jahre:

1. Kaffeeausfuhr (in 1000 dz):

	Durchschnitt 1909/13	1920	1921	1922	1923
Brasilien	7585	6915	7421	7630	8680
Kolumbien	464	867	1407	1059	—
Venezuela	509	345	553	650	—
Guatemala	305	428	424	425	—
Niederländisch-Indien	220	613	428	550	—

2. Kaffee (Weltproduktion in 1000 Sack zu 60 kg):

	1913/14	1920/21	1921/22	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Brasilien	14 500	11 300	12 673	12 000	14 800	13 700	13600(?)
Sonst. Amerika	4 250	4 100	4 200	4 200	—	—	—
Asien	600	600	600	600	—	—	—
Afrika	190	190	190	200	—	—	—
Total	19 540	16 190	17 663	17 000	—	—	—

3. Kakaoausfuhr betrug 1915—1924 in 1000 t:

45, 44, 56, 42, 63, 54, 43, 45, 65, 69.

4. Zuckerausfuhr 1915—1924 in 1000 t:

32, 60, 54, 132, 116, 69, 110, 171, 254, 154, 35.

5. Baumwollernte und Ausfuhr in t:

	Ernte		Ausfuhr
1916/17	64 000	1916	1 050
1917/18	90 400	1917	5 900
1918/19	140 000	1918	2 600
1920/21	243 000	1919	12 200
1921/22	125 000	1920	24 700
1922/23	120 000	1921	19 600
1924/25	125 000	1922	34 000
		1923	19 000
		1924	6 500

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

6. Tabakausfuhr in 1000 t 1920—1924:
31, 32, 45, 37, 30.

7. Reis (Menge in t):

	1914	1918	1923	1924
Einfuhr	6 535	1	0	0
Ausfuhr	55	28 000	34 150	6549

8. Kautschukproduktion in 1000 kg:

	1900	1913	1918	1921	1924
Brasilien	27	40	31	20	24
Ostasien (Plantagen)	0	48	201	273	390

Fast alle diese Produkte hatten in bezug auf die Preisbildung dieselbe Entwicklung durchzumachen: kurzer Rückschlag zu Beginn des Krieges, darauf Anschwellen der Preise und scharfer Abfall infolge der nach Kriegsende einsetzenden Absatzkrise. Was den Kaffee angeht, so befinden sich die Kaffepflanzungen zum weitaus überwiegenden Teil in einheimischen Händen. Der Kaffeehandel dagegen wird von fremden Firmen besorgt, von denen sich allerdings eine Reihe im Laufe der Jahrzehnte in Brasilien eingebürgert hat. Seit der Valorisation 1910 bewegte sich das Geschäft in ruhigeren Bahnen. Der Krieg hatte eine Verschiebung der Abnehmer zur Folge, da die Vereinigten Staaten einen erheblicheren Anteil übernahmen. Diese Entwicklung ist geblieben, besonders unterstützt durch die Prohibitionsbewegung, die Brasilien vor allem zugute gekommen ist. Der Kaffeeverbrauch ist jedoch in den letzten Jahren auch in Europa schnell wieder im Steigen begriffen; 1924 nahmen die Vereinigten Staaten etwa 7, Frankreich 2, Holland und Italien je 1,2, Deutschland und Argentinien etwa je 0,5 Mill. Sack auf. Der Kaffeepreis machte die Kriegssteigerung nicht in dem sonstigen Umfange mit, da die Nachfrage nach anderen Produkten größer war. 1918/19 und 1924 waren gute Preisjahre, 1924 konnten sogar 5,1 £ pro Sack notiert werden; als normaler Preis war 3 £ anzusehen.

Als Versorger der Welt mit Kakao nimmt Brasilien den zweiten Platz in der Welt ein; ein stetiges Anwachsen ist zu verzeichnen. Die Zuckerausfuhr hatte infolge des Krieges in größtem Ausmaß zugenommen und schien die besten Aussichten zu bieten. Doch hat der wieder stark einsetzende Zuckerrübenbau in Europa und die von den Vereinigten Staaten mit allen Mitteln unterstützte Blüte Kubas die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bisher so aussichtsreiche Zukunft etwas verdüstert. Die Tabakausfuhr bewegt sich in normalen Grenzen. Einen glänzlichen Umschwung brachte der Krieg im brasilianischen Reisgeschäft; während vor 1914 Brasilien im wesentlichen ein Reis importierendes Land war, wuchs der Anbau im Lande schnell, so daß schon 1918 der Reisexport sich eine maßgebende Stelle sichern konnte. Wie in Argentinien, verspricht man sich besonders viel vom Baumwollanbau, hauptsächlich der Förderung der Textilindustrie wegen, deren Bedarf in starkem Wachsen begriffen ist. Ganz besondere Verhältnisse haben sich auf dem Kautschukmarkt gebildet. Die ostasiatische Plantagenkultur hat den brasilianischen Wildkautschuk mehr und mehr vom Weltmarkt verdrängt, zumal die stark fallenden Preise den Anbau im Amazonasgebiet unrentabel machten. Die seit Anfang 1925 einsetzende Preissteigerung für Gummi durch die auf Anregung der englischen Regierung getroffenen Trustmaßnahmen in Ostasien sowie der infolge der Automobilvermehrung stark zunehmende Weltbedarf dürften vielleicht in absehbarer Zeit eine Wendung herbeiführen. Von sonstigen Produkten sei noch auf die Fleisch- (besonders Schweinefleisch-) Konserven und die während des Krieges steil angestiegene Manganerzausfuhr hingewiesen, die aber letzthin stark zurückgegangen ist.

Was die Einfuhr anbetrifft, so stehen Eisenwaren aller Art, Maschinen und Brennstoffe an der Spitze, dazu kommt noch Weizen, der von Argentinien bezogen wird. Überblicken wir die Handelsbilanz Brasiliens, so finden wir folgende Zahlen (in Mill. £):

	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Ausfuhr . . .	130	106	59	69	73	95	98
Einfuhr . . .	78	124	61	49	51	69	84
	+ 52	— 18	— 2	+ 20	+ 22	+ 26	+ 14 (Schätzung)

Was die Richtung der Ausfuhr anbelangt, so folgen sich 1924 die Vereinigten Staaten (fast 40%), Frankreich, Italien und Deutschland; in der Einfuhr standen sich die Vereinigten Staaten und England mit je etwa 25% fast gleich; an dritter Stelle folgt Deutschland und nach ihm Argentinien. Am stärksten hat auch hier der Gesamthandel mit den Vereinigten Staaten zugenommen.

Die Versuche zur Heranzüchtung leistungsfähiger einheimischer Industrien lagen von vornherein bei Brasiliens ungeheuren Naturschätzen besonders nahe. So hatte sich schon vor dem Kriege eine große Anzahl roh-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stoffverarbeitender Industrien entwickelt, wie dies ja die Tabak- und Zuckerverarbeitung, im Süden die Leder- und Fleischgewinnung nötig machten. Der Weltkrieg beschleunigte diese Bildung sehr stark und unter Zuhilfenahme hoher Einfuhrzölle sowie der Teuerung für alle Importwaren begann ein schnelles Wachstum, das allerdings vielfach wieder ein starkes Ansteigen der Einfuhr infolge des Erwerbes der dazu benötigten Maschinen zur Folge hatte. Wie weit heute dieser Prozeß fortgeschritten ist, dafür gibt Dr. Walter Schück wertvolle Zahlen. Er meint, daß heute von den Gegenständen des täglichen Bedarfs folgende Hundertteile von der nationalen Industrie beschafft werden: Tabak und Zigarren 94 %, Salz 97 %, Konserven 86 %, Spazierstöcke 67 %, Tapeten 95 %, Hüte 97 %, Glas 52 %, Möbel 9 %, Schuhe 99 %, Essig 98 %, Baumwollkleidung 86 %, elektrische Lampen 14 %, Streichhölzer 100 %, Parfüme 76 %, Kerzen 99 %, Korsette 86 %, Spielkarten 93 %, Waffen 49 %. Die Zahl der heute in der Industrie tätigen Arbeiter wird auf etwa 300000 Köpfe geschätzt gegen 30000 im Jahre 1901. Die Zahl der Textilarbeiter ist von 1915 auf 1924 von 82000 auf etwa 110000 gewachsen. Der brasilianische Arbeiter ist bedürfnislos und bisher sozialistischen Ideen weniger zugänglich als der anderer südamerikanischer Länder. Die Löhne sind angesichts der starken Teuerung und dem niedrigen Valutastand, der in den vergangenen Jahren herrschte, und auch der Tatsache, daß die Produkte der einheimischen Industrie verhältnismäßig teuer sind, nur gering. Letzthin hat auch in Brasilien die einsetzende Kursbesserung die Industrie in eine schwierige Lage gebracht. Die Hauptstandorte der Industrie sind Rio de Janeiro und San Paulo (zusammen 55 %), ferner auch der deutsche Süden, wie überhaupt ein guter Teil des industriellen Aufschwunges unseren Landsleuten zu verdanken ist. Nach dem investierten Kapital steht die Textilindustrie voran. Es folgen Nahrungsmittel, chemische und pharmazeutische Produkte, Kleider und Wäsche, Holz und Keramik. Letzthin hat auch die Fertigverarbeitung eingeführter Halbfabrikate wesentlich zugenommen. Ferner hat die Ankunft gelernter Fachleute mit kleinem verfügbaren Kapital dazu beigetragen, daß sich aus Reparaturwerkstätten selbständige Kleinbetriebe entwickelt haben. Trotz der reichen Bodenschätze Brasiliens (Manganerz) hat sich bisher weder ein entsprechender Bergbau noch eine Schwerindustrie entwickeln können. Besser steht es mit dem Kohlenbergbau, dieser ist von 18000 t in 1912 auf 298000 t in 1921 gestiegen. Allerdings wurden im gleichen Jahre 750000 t aus England und Nordamerika eingeführt; der Standort dieser Industrie liegt hauptsächlich im Süden, eine Erweiterung der Wasserkraftnützung ist geplant.

Der Staatshaushalt Brasiliens hat ständig mit Defiziten zu kämpfen. Die Gründe dafür liegen auch hier in der Tatsache, daß ein sehr erheblicher Teil der erzielten Gewinne ins Ausland abfließt. Ferner aber in dem Mangel einer durchgreifenden direkten Besteuerung und ferner in den oben erwähnten mehr politischen Gründen. Die Anleiheverschuldung Brasiliens mag mit etwa 200 Mill. £ anzusetzen sein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Hauptgläubiger ist England, doch hat aus den bekannten Gründen letzthin der Anteil der Nordamerikaner ständig zugenommen, die auch sonst sich stark an der Entwicklung des Landes beteiligen und die früher in nicht unerheblichem Maße intervenierten Franzosen und Belgier verdrängen werden. Die ungünstige Lage der Staatsfinanzen, stark beeinflußt durch die hohen Aufwendungen für den Zinsendienst, fand ihren Ausdruck in dem starken Schwanken des Milreis (1913: 16 d, 1918: 13 d, 1921: 8⅓ d, 1922: 7 d, 1923: 6⅓ d; Tiefstand August 1923: 5 d, von da langsam steigend auf 7½ d im Dezember 1925).

So gewiß es ist, daß die Zukunftsaussichten Brasiliens wohl die hoffnungsvollsten in ganz Südamerika sind, so geht doch der Fortschritt nur langsam vor sich. Vor allem ist es die menschliche Arbeitskraft, die eigentlich erst mit der Nutzung des weiten Landes begonnen hat. In welchem Zeitmaß diese Besiedlung erfolgt, und in welcher Weise sich diese Massen und ihre Nachkommen mit den eingeborenen Bewohnern abfinden werden, das ist die Zukunftsfrage, von der auch die Wirtschaft Brasiliens, deren Hinwendung von der Alten Welt zu Nordamerika unverkennbar ist, abhängig bleibt.

4. Chile und Bolivien.

Der Mineralreichtum der Westküste bewirkt, daß in Chile die mineralischen Erzeugnisse das Rückgrat der Volkswirtschaft bilden; Kupfer und ganz überwiegend der Salpeter sind maßgebend. Der dürre und vollkommen auf Nahrungsmitteleinfuhr angewiesene Norden stellt den wesentlichsten Teil dieser Produkte; die Mitte und der Süden versorgen ihn mit den für die Menschenanhäufungen nötigen Bedürfnissen. Das Land ist gegenüber den Ostküstenstaaten mit vier Millionen Menschen nur schwach bevölkert. Die Massen drängen sich in den schmalen Längstälern der Anden zusammen. Die Rasse ist gut, da ein besonders kräftiger Eingeborenenstamm den Untergrund bildet; doch hat die lebhafte industrielle Entwicklung der radikalen Arbeiterbewegung großen Einfluß verschafft, der sich wiederholt während der letzten Jahre in sozialen Unruhen und langandauernden Streiks äußerte. Infolgedessen ist es seit September 1924 auch innerpolitisch zu Umwälzungen gekommen, die aber unblutig verliefen; sie wurden durch die Angriffe der Arbeiterschaft und unteren Beamten auf die bisher durchaus maßgebende Großgrundbesitzerklasse veranlaßt. In außenpolitischer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hinsicht ist Chile durch den schweren Konflikt mit Peru über die Provinzen Tacna und Arica belastet, der seit dem Ausgang des Septemberkrieges 1884 besteht und bereits öfters, vor allem 1918, die beiden Länder an den Abgrund des Krieges brachte. Wenn auch die Vereinigten Staaten 1921 das Schiedsrichteramt infolge ihrer durch den Krieg gewonnenen Vormachtstellung an sich reißen konnten und eine endgültige Abstimmung vorbereiten, so bleibt doch die traditionelle Erbfeindschaft zwischen Chile und Peru—Bolivien ein unsicheres Moment, zumal da sie der Angelpunkt ist, um den sich die gesamte südamerikanische Politik dreht (Chile—Brasilien gegen Peru—Argentinien), ein Gegensatz, wie er auf der letzten panamerikanischen Konferenz in Santiago 1923 sehr deutlich in Erscheinung trat.

Die hohen Andenmauern bewirken, daß die Verbindungen Chiles durchaus längs der Westküste laufen; der Verkehr mit der Ostküste ist demgegenüber verschwindend, und die Transandenbahn kommt wegen ihrer hohen Tarife für den Güterverkehr kaum in Frage. Während aber vor 1915 die Hauptverkehrslinie um die Magelhaensstraße nach Europa lief, hat die Eröffnung des Panamakanals — dies gilt für die ganze Westküste — den Nordweg ausschlaggebend gemacht und vor allem diese Staaten sämtlich näher mit Nordamerika verbunden. Sein Einfluß hat den früher überall maßgebenden englischen stark zurücktreten lassen, was zum großen Teil dadurch bedingt, daß auch als Konsumenten die Vereinigten Staaten Europa mehr und mehr ersetzt haben. Die bei weitem überragende Salpeterindustrie befand sich vor dem Kriege überwiegend in englischen Händen, heute mögen 50% des investierten Kapitals in englischen, 13% in deutschen und 20% in einheimischen Händen sein, die übrigen Hundertteile entfallen auf Serben und Nordamerikaner, die ihren Anteil letzthin beträchtlich gesteigert haben. Über die Produktion in Chile und die wichtigen Vergleichsländer wird nachfolgend eine Übersicht gegeben, bei der allerdings die Zahlen für künstlichen Stickstoff nicht auf unbedingte Richtigkeit Anspruch machen können, da diese der Öffentlichkeit nicht vorliegen.

1. Chilenische Salpetererzeugung in 1000 t (Stickstoffgehalt 16%):

1913: 2800	1922: 1100
1918: 2900	1923: 1900
1919: 1700	1924: 2400
1920: 2500	1925: 2500
1921: 1300	

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Die Salpeterherstellung in Chile und Deutschland, berechnet in 1000 t Stickstoff:

	Chile	Deutschland		Chile	Deutschland
1913:	448	49	1921:	208	300
1918:	464	180	1922:	176	250
1919:	272	216	1923:	320	400
1920:	400	240	1924:	384	500

3. Verhältnis zwischen Chile- und Kunstsalpeter (Weltproduktion):

1914 = 1 : 1
1924 = 1 : 2

Die aus diesen Zahlen deutlich erkennbaren Verhältnisse[7] bedeuten nichts anderes, als daß Chile sein Salpetermonopol, das es für Düngesalpeter vor dem Kriege hatte und das ihm seine wirtschaftlich gesicherte Stellung gab, heute nicht nur eingebüßt hat, sondern sogar selbst in heftige Abwehrkämpfe um die noch verbliebenen Absatzgebiete verwickelt ist. Während der Kriegsjahre war natürlicherweise der Salpeter bedingungslos unterzubringen. Für den ausfallenden Absatz in Deutschland, das etwa 35 % der Gesamterzeugung aufnahm, traten die Alliierten und insbesondere die Vereinigten Staaten als Abnehmer auf. Die scharfe Exportstockung 1919 wurde noch einmal überwunden, da ein Händlersyndikat die vorhandenen Vorräte aufkaufte; noch 1920 stellte sich der Preis für die Tonne auf etwa 22 £. Dann aber setzte eine Absatzkrise ohnegleichen ein, der auch die unterdessen zu einem Trust, der „Associacion", zusammengeschlossenen Produzenten nicht begegnen konnten, und die dem Wirtschaftsleben des Landes die schwerste Wunde schlug. Nur der nordamerikanische Konsum blieb wenigstens in gewissen Grenzen aufnahmefähig. Die Preise sanken schnell bis auf 11 £ pro Tonne herunter, während 1917 noch 124 Werke arbeiten konnten, betrug die Zahl Anfang 1922 nur noch 31. Besonders erschwerend fiel ins Gewicht, daß sich für die entlassenen Arbeiter im Norden keine Lebensmöglichkeiten boten, so daß diese auf Staatskosten in die landwirtschaftlich produzierenden Gebiete der Mitte und des Südens abgeschoben werden mußten, wo sie jahrelang eine große Last bedeuteten. Da die Staatsfinanzen zum großen Teil von Salpeterexportzöllen abhängig sind, so übertrug sich diese Erschütterung auf alle Kreise.

[7] Vgl. auch: Deutsch-chilenischer Stickstoffwettkampf. Hamburger Fremdenblatt 1926, Nr. 5.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Diese Krise ähnelte zwar äußerlich der, die wir schon bei anderen Ländern beobachten konnten, sie war aber in der Tat viel ernster. Seit dem Kriege hatte sich in Deutschland — in weitestem Umfange durch Staatsmittel unterstützt — die Luftstickstoffindustrie leistungsfähig entwickelt, der deutsche Markt konnte schon 1918 als ernstlich gefährdet gelten, heute ist er ja gänzlich verloren. Die chilenischen Interessenten erkannten nicht den vollen Ernst der Lage. Anstatt durch Preisherabsetzungen und andere Mittel die Konkurrenz zu unterbieten und die alten Abnehmer wiederzugewinnen, hielt man, von der Kriegskonjunktur geblendet, an hohen Preisen fest. Das deutsche Stickstoffsyndikat hat nun seit etwa 1923 begonnen, auch in größerem Umfang zu exportieren. Es sei nur daran erinnert, daß der Vertrag von Versailles Stickstofflieferungen an Frankreich vorsieht und dies selbst zur Herstellung von Luftstickstoff übergegangen ist. Seit 1923 ist eine Besserung eingetreten; ob diese anhält, wird hauptsächlich davon abhängen, wie sich die Deckung des Stickstoffbedarfs in den Vereinigten Staaten gestaltet. Bleiben diese wie bisher Abnehmer des Chilesalpeters, so kann die Industrie trotz der scharfen Konkurrenz noch gehalten werden. Gehen aber die Nordamerikaner dazu über, ebenfalls Luftstickstoff herzustellen, so würde dies für Chile eine Katastrophe größten Ausmaßes bedeuten, da der ganze Norden für andere Zwecke im wesentlichen unbrauchbar ist. Es soll nur erwähnt werden, daß Bestrebungen im Gange sind, nach dem Vorgang der Kaliinteressenteneinigung eine ähnliche auch zwischen Chile- und Luftstickstoffsalpeter herzustellen. Durch eine Herabsetzung der Salpeterexportzölle und Verbesserung der Aufbereitung kann noch manches geschehen. Ersteres ist jedoch infolge der Rückwirkung auf den Staatshaushalt nicht leicht durchzuführen, ob für die an zweiter Stelle genannte Maßnahme angesichts der geschaffenen Lage noch viel Neigung besteht, mag dahingestellt bleiben.

So ernst die Situation ist, so beweist aber der zweite Hauptausfuhrartikel des Landes, das Kupfer, durch seine günstige Entwicklung, daß ein Ersatzausbau für etwa eintretenden Salpeterausfall sich doch finden ließe. Die Kupferproduktion Chiles ist in raschem Steigen begriffen, sie betrug in 1920—1924 in 1000 t: 80, 60, 126, 180, 190 t, während 1924 der Ausfuhrwert des Salpeters auf 300 Mill. Pesos zu 18 d angenommen wurde, wurde derjenige für Kupfer bereits auf 130 Mill. geschätzt. Chile hat somit seine Stelle als zweitwichtigstes

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Produktionsland für das rote Metall, die es in der Vorkriegszeit an Spanien abgegeben hatte, wieder eingenommen. Seit Kriegsbeginn hat sich die Erzeugung um beinahe das Zwanzigfache gehoben, wenn es natürlich auch hinter der Produktion der Vereinigten Staaten noch weit zurücksteht. In der Kupfergewinnung ist insofern gegen die Vorkriegszeit völlige Änderung eingetreten, als an Stelle der Einzelmineros das nordamerikanische Kapital getreten ist, das sich in der Chile Copper Co. 1921 zusammenschloß, die zu neun Zehnteln das Kupfergeschäft kontrolliert. Der Abbau erfolgt sehr billig. Der Metallgehalt des Erzes ist zwar nur gering, die Abbaumöglichkeit aber außerordentlich leicht, und die Tatsache, daß die Währung tief bestand, machte den Betrieb in Chile bisher besonders lohnend. Doch kann man sagen, daß die aus dem Kupfer gezogenen Verdienste zum erheblichen Teile außer Landes gehen.

An dritter Stelle der Ausfuhr stehen dann Zerealien, insbesondere Hülsenfrüchte, die im ganzen lohnenden Absatz finden.

In der Einfuhr stehen auch hier Kolonialwaren, Textilien und Eisenwaren aller Art an erster Stelle. Chiles Handelsausgleich 1921 bis 1924 stellte sich wie folgt in Mill. Goldpesos zu 18 d:

	1921	1922	1923	1924
Einfuhr	381	237	329	363
Ausfuhr	434	332	537	665
	+ 53	+ 95	+ 208	+ 302

Chiles Handel mit den Vereinigten Staaten und England 1914, 1918, 1920, 1923[8].

	Einfuhr aus:		Ausfuhr nach:	
	England	Vereinigte Staaten	England	Vereinigte Staaten
1914	61	55	110	86
1918	82	203	182	489
1920	116	140	164	345
1923	79	88	155	247
1924	76	85	189	251

Die Zunahme des amerikanischen Anteils der Ausfuhr versinnbildlicht die Drehung des Salpeterabsatzes.

In Chile hat sich schon früh eine Industrie entwickelt, im Süden infolge der deutschen Einwanderung, im Norden bedingt durch die

[8] Vgl. Jahresberichte der Deutschen Handelskammer, Valparaiso 1920 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Metall- und später, seit den 80er Jahren, durch die Salpetergewinnung. Brauindustrie, Zuckerraffinerien (Rohprodukt kommt aus Peru), ferner die Gerberei und Schuhfabrikation sind schon seit 60 Jahren im Lande bodenständig. Das Kohlenvorkommen in Arauco hat natürlich viel dazu beigetragen. Diese nationale Industrie hat auch hier infolge des Krieges einen gewaltigen Aufschwung genommen, der durch mehrmalige starke Heraufsetzung der Einfuhrzölle sehr begünstigt wurde. Heute liegt ähnlich wie in Brasilien so auch in Chile die Sache so, daß beinahe sämtliche Gegenstände des täglichen Bedarfes im Lande selbst hergestellt werden. Die wichtigsten Zweige sind die Textilwaren (heimische Wollverarbeitung), die Schuhwaren, ferner die stark aufgeblühte Zementindustrie neben vielen anderen kleineren. Die Zentren der Industrie sind Santiago, Valparaiso, Concepcion und Valdivia. Die chilenische Kohle hat seit Kriegsanfang ihre Absatzmöglichkeiten nicht erheblich steigern können, dagegen ist die Einfuhr von Erdöl stark gestiegen; 1914 wurde beispielsweise in den Salpeterbetrieben zu 60 % mit Kohle und 40 % mit Öl geheizt, bereits 1923 war das Verhältnis gerade umgekehrt. Die Energiegewinnung aus den Andengewässern hat letzthin großen Aufschwung genommen; neben der Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken ist auch die Versorgung der städtischen Werke mit dem dort gewonnenen Strom fortgeschritten, woran sich besonders nordamerikanische und englische Firmen beteiligen.

Das unruhige Auf und Ab des Wirtschaftslebens, bedingt durch die Schwankungen insbesondere des Salpetermarktes, haben die chilenischen Finanzen aufs schwerste erschüttert. Trotzdem im Kriege Riesenverdienste gemacht wurden, die sogar den Kurs wieder auf Parität (18 d) brachten, hat die Nachkriegskrise den Gewinn wieder genommen und das Land in tiefe Schulden gestürzt. Der Pesokurs ist seit 1918 beinahe ständig gefallen; im September 1924 ging er bis auf 5 d herab, um von da an etwa um 6 d herum stehenzubleiben. Die Folge war eine heftige Teuerung, unter der die Bevölkerung sehr litt, da Löhne und Gehälter ihr nicht folgten und man sich zu spät zur Einführung einer Einkommensteuer entschloß.

Um die ständigen und immer größer werdenden Defizite zu decken, entschloß man sich von 1920 ab zur Aufnahme einer großen Anzahl von Anleihen, die so gut wie ausnahmslos von den Vereinigten Staaten gegeben wurden; bereits 1922 betrug die Anleiheverschuldung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Chiles 60 Mill. £; ein Drittel der Gesamtverschuldung wurde in den Nachkriegsjahren aufgenommen. Die amerikanische Hochfinanz, bereits durch das Kupfergeschäft stark in Chile interessiert, erkannte bald die willkommene Gelegenheit, die englische Vormachtstellung zu erschüttern, was anfänglich nicht leicht war, da seit der Unabhängigkeit England die Beziehungen zu Chile besonders gepflegt hat, was in der starken Beteiligung an der Anleihegewährung und vor allem in der Salpeterindustrie seinen Ausdruck fand. Die steigende Bedeutung Nordamerikas für den Salpeterabsatz beschleunigte aber die Abwendung von England und Hinwendung zu den Vereinigten Staaten sehr stark; die ganzen vergangenen Jahre hat die nordamerikanische Kapitalmacht über die englische kaufmännische Geschicklichkeit triumphiert. Der oben erwähnte Beschluß Chiles, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten das Schiedsrichteramt in der Tacna- und Aricafrage anzutragen, beweist, daß diese panamerikanische Anleihepolitik Früchte getragen hat.

Es ist schwerer als bei den anderen Staaten, über den Verlauf der weiteren Wirtschaftsentwicklung auch etwas zu sagen. Die Republik verfügt über eine blühende Landwirtschaft, die das Land vollständig ernähren kann, über eine wesensgleiche und arbeitsame Bevölkerung und über sehr reiche Mineralschätze, auch für den Fall, daß die Salpeterindustrie weiteren erneuten Krisen entgegengehen würde. Die Entwicklung der heimischen Industrie kann eine gewisse Unabhängigkeit auch von der Einfuhr vielleicht späterhin gewährleisten. Andererseits zeigt die jetzt durchgeführte Reorganisation der Finanzen durch die Nordamerikaner, die mit einer Festlegung des Pesowertes zu 6 d geendet hat, wieder deutlich, wie stark diese hoffen, auch in Zukunft in Chile einen willigen Gefolgsmann der nordamerikanischen Wirtschaft sehen zu können.

Bolivien ist infolge seiner geographischen Lage — sein Hauptzugang zum Meer führt durch chilenische Häfen — mit Chile eng verwachsen. Ob sich die Hoffnungen erfüllen werden, die man in bezug auf eine engere Verbindung mit dem Osten durch die 1925 vollendete zweite südamerikanische Transkontinentalbahn La Paz—Buenos Aires hegt, muß abgewartet werden. Boliviens Bedeutung beruht seit dem Kriege mehr und mehr in der Zinnproduktion. Bis 1910 war der Gummiexport führend, seitdem hat sie stark nachgelassen, da die Produktion den ostasiatischen Plantagenkulturen nicht gewachsen ist. 75% der Ausfuhr bestehen daher heute aus Zinn; 1924 entfielen von der Gesamtwelt-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erzeugung etwa ein Drittel, 50000 t, auf Bolivien. Wie beim chilenischen Kupfer, so beruht die Hauptproduktion auch hier auf einigen wenigen Großbetrieben. In den vergangenen Jahren haben die Nordamerikaner die stärksten Anstrengungen gemacht, den maßgebenden Patiño-Konzern unter ihre Kontrolle zu bekommen und das bisher hauptsächlich maßgebende englische, deutsche und chilenische Kapital zu ersetzen. Es ist nicht zu übersehen, wie weit ihnen dieses Vorhaben tatsächlich gelungen ist. Auf jeden Fall ist der nordamerikanische Einfluß in Bolivien in sehr schnellem Wachsen begriffen. Neben den Zinninteressenten ist es besonders die Standard Oil Co., die im Osten arbeitet und die bolivianischen Felder als Produktionsreserve in ihre Hand gebracht hat. Durch ihre Vermittlung hat auch die Begebung großer Anleihen seitens nordamerikanischer Bankiers stattgefunden. Diese wurden vorzugsweise für den Eisenbahnbau bestimmt; die außerordentlich geringe Dichtigkeit der Verkehrswege war bisher ein großes Hindernis der schnellen Aufschließung des Landes, das von allen Ländern Südamerikas das am dünnsten besiedelte ist (2,2 Einwohner auf 1 qkm). Im übrigen aber hat es, was hier vielleicht erwähnt werden darf, auch in bezug auf seine Wirtschaftsverfassung, z. B. in den Zinnminen, noch in weitem Umfang patriarchalische Zustände; sie werden allerdings oftmals durch die Abneigung der Indianer gegen die nur 13 % der Bevölkerung zählenden Weißen ausgeglichen.

Leider kann die Lage der übrigen Republiken nicht eingehender berücksichtigt werden. Von größter Bedeutung sind jedoch die Ölfunde, die sich von der Mitte Perus nach Norden längs der Küste hinziehen; es sei nur erwähnt, daß die Erzeugung 1917—1924 in Venezuela von 17 t auf 1446 t, in Peru von 346 t auf 1030 t gestiegen ist, so daß Argentinien dadurch weit übertroffen wird; an der Ausbeutung der Quellen sind englische Gesellschaften in erster Linie beteiligt.

Westindien und Mexiko.

Kann man in politischer Hinsicht zweifeln, ob Westindien und Mittelamerika nicht schon zum nordamerikanischen Imperium zu rechnen sind, so stellen diese Republiken in bezug auf ihre Wirtschaft bereits Provinzen dieses mächtigen Reiches dar, dessen Bedürfnissen sie zu dienen haben. Seit 1898 hat diese Entwicklung schnelle Fortschritte gemacht, und als 1917 S. Thomas in nordamerikanische Hände überging, war sie bereits abgeschlossen. Das Ziel der Nordamerikaner, das in Argentinien eben anfängt sichtbar zu werden, das sich in Brasilien deutlich abhebt, und von dessen Erreichung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sie in Chile nicht mehr allzu weit entfernt sind — die Sicherung unumschränkter Abhängigkeit der schwächeren Volkswirtschaft mit Hilfe der Kapitalinvestation: das haben sie in der Mitte des gesamten Erdteils so gut wie restlos erreicht. Sie beherrschen die Produktion und gebieten im wesentlichen über die Absatzmöglichkeiten. Ihre Gesandten und Finanzberater üben eine wirtschaftliche Regentschaft aus. Sie sind letzten Endes die Beauftragten des durch Anleihen, Betriebsbesitz, Plantagen, Schiffahrt und Eisenbahnen nun schon seit zwei Jahrzehnten überall fest verankerten nordamerikanischen Kapitals. Sie garantieren Ruhe und Ordnung, wie sie früher kaum jemals in gleicher Weise hier geherrscht hat. Von den nordamerikanischen Unternehmungen ist die Auszahlung der gesamten Löhne und Gehälter wie die Sicherheit der Staatsfinanzen abhängig. Gewiß gibt es auch hier viele fremde Firmen und die Verbindungen mit Europa bestehen noch. Aber unaufhaltsam dringen die Vereinigten Staaten weiter vor. Insbesondere ist es **Kuba**, das systematisch von den Vereinigten Staaten zu ihrem Zuckerlieferanten ausgebaut ist, und dessen weiterem Aufstieg sie unablässig die größte Förderung angedeihen lassen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß beispielsweise Kuba im Jahre 1922, was den Umfang seines Außenhandels anbetraf, mit seinen nur 3 Mill. Einwohnern an der Spitze sämtlicher mittel- und südamerikanischen Republiken stand und auch 1923 noch hinter Argentinien und vor Brasilien mit seinen 30 Mill. die zweite Stelle behauptete. Schon 1903 hatten die Nordamerikaner dem Kubazucker erhebliche Einfuhrvergünstigungen gewährt, sie waren der Beginn des Aufstieges, der sich treibhausartig vollzogen hat. Die Zuckererzeugung betrug 1890 . . . 530000 t; bereits 1904 war die erste Million, 1912 die zweite Million überschritten. Der Ausfall der Zuckerrübenerzeugung brachte eine einzigartige Hochkonjunktur und Pflanzungsausdehnung im Kriege, so daß 1924 nicht weniger als 4 Mill. t produziert wurden. Gewiß war unter diesen Umständen die Nachkriegskrise mit furchtbarer Wucht über das kubanische Wirtschaftsleben hereingebrochen. Von 14½ Cts. im Januar 1920 sank er innerhalb Jahresfrist auf nur 4¼ Cts. Viele der bestfundierten Banken und Unternehmungen gingen zugrunde. Aber an dem steigenden nordamerikanischen Absatz konnte sich das Geschäft bald wieder aufrichten. Zucker steht stets an erster oder zweiter Stelle in der Einfuhr der Vereinigten Staaten und wird sich nicht von diesem Platz verdrängen lassen. Aber auch als Abnehmer amerikanischer Waren, vor allem Maschinen, steht Kuba an der Spitze der Statistik aller süd- und mittelamerikanischen Staaten. Durch die restlose Aufnahme der Zuckererzeugung, von der Kubas Volkswirtschaft heute noch ausschließlicher abhängig ist wie andere Republiken von ihren Monopolprodukten, haben die Nordamerikaner sich auch einen Absatzmarkt für ihre Ausfuhr herangezüchtet.

Eine ähnliche Einfügung in ihr Wirtschaftsgebiet ist mit dem übrigen Westindien und Mittelamerika erfolgt; nur daß hier an Stelle des Zuckers die Banane getreten ist. In der Art der alten englischen Chartered Compagnies — innerpolitisch sich klugerweise im Hintergrund haltend und nur

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eingreifend, wenn Ruhestörungen eintreten — verwaltet und organisiert die United Fruit Comp. mit ihren Plantagen, Bahnen und Schiffen das ganze Gebiet. Sie hat für ihre Bananen einen Absatz in Nordamerika geschaffen, der ständig wächst und wiederum ihre Produktionsmöglichkeiten jedes Jahr weiter steigert. Alle anderen Produkte, Kaffee und Tabak, werden bewußt in den Hintergrund gedrängt, die Provinz hat das zu liefern, was die Zentrale braucht. Vielleicht darf hier eingeschaltet werden, wie bewußt beispielsweise auch der Gedanke der Prohibition im Sinne der panamerikanischen Wirtschaftseinheit durchgeführt wurde; die Einfuhr von europäischen Weinen verschwand, dafür traten der Kaffee, der Kakao und die Bananen an ihre Stelle. Man kann bei der Bewußtheit nordamerikanischer Wirtschaftsführung überzeugt sein, daß diese Beweggründe nicht die letzten gewesen sind, welche die Vereinigten Staaten zu ihrem Vorgehen bewogen haben, ebenso wie das Automobil, dessen Verbreitung in den unter weiten Entfernungen leidenden Ländern Südamerikas eine unbedingte Notwendigkeit bedeutet, eine der planmäßig ausgebauten Hauptstützen des amerikanischen Exportes bildet; rund 96% der Automobileinfuhr Südamerikas kommt aus nordamerikanischen Fabriken.

Inmitten dieser mächtigen imperialistischen Welle kämpft die mexikanische Wirtschaft verzweifelt um ihre Selbständigkeit, ein Kampf, der von der einmütigen Ablehnung des Volkes gegen die angelsächsische Vorherrschaft getragen wird. Dies ist der Grund, warum seit langen Jahren immer die heftigsten Erschütterungen das Land bewegt haben, die eine stetige Vermehrung des Wohlstandes durch Ausbeutung der außerordentlich zukunftsreichen Naturschätze verhinderten. Die Ausfuhr beruht zu neun Zehnteln auf den Erzeugnissen der Mineralproduktion. Seit langem steht Mexiko an erster Stelle der Silberproduktion der Erde, die nach starkem Rückgang durch die Unruhen während der Jahre 1914/17, wo sie sogar den ersten Platz an Nordamerika abgeben mußte, mit 2,8 Mill. kg (Vereinigte Staaten 2,0, dann Peru 0,6) 1924 einen Rekord aufstellen konnte. Am heftigsten tobt aber der Wirtschaftskampf um das Petroleum. Mexiko ist das zweitwichtigste Produktionsland der Welt; 1924 entfielen von einer Gesamtwelterzeugung von rund 140 Mill. t 98 auf die Vereinigten Staaten und 21 auf Mexiko. In den letzten Jahren ist die Produktion zurückgegangen. Es bedürfte einer eingehenden Untersuchung, um über den Stand des mit aller Schärfe zwischen der Anglo-Mexican, Royal Dutch und Standard Oil Co. tobenden Wettstreit Näheres mitteilen zu wollen. Jedenfalls aber haben die Nordamerikaner ihren Anteil behaupten können, trotzdem die mexikanische Regierung so weit als irgend möglich die europäischen Interessen zu stützen sucht und als Gegengewicht gegen den nordamerikanischen Einfluß Kapital und Arbeitskräfte von Europa heranzuziehen unternimmt und zum gleichen Zwecke auch die Ausdehnung der einheimischen Industrie fördert, für welche das Land insbesondere in seiner Baumwolle über ein ausgezeichnetes Rohmaterial verfügt. Der Präsident Calles hat durch die großen Gesetze vom November 1925, welche den Nordamerikanern den Landerwerb und die Kapital-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

investierung erschweren sollten, dem Kampf eine dramatische Wendung gegeben, der allerdings sogleich ernste Drohungen von Norden her gefolgt sind. Diese außenpolitischen Spannungen erschweren natürlich die Lage Mexikos, das bei seiner eigenen Kapitalarmut heute auf die Vereinigten Staaten angewiesen ist und bei seiner geographischen Nähe und Angrenzung an jene sich dem steigenden Einfluß auch in der Einfuhr nur schwer entziehen kann, während die Vereinigten Staaten bewußt darauf hinarbeiten, ihre noch passive Handelsbilanz mit Mexiko in ein Gleichgewicht zu bringen.

III. Deutschland und die südamerikanische Wirtschaft.

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Südamerika beruhen auf festgefügter und in jeder Beziehung gesunder Grundlage. Die deutsche Einwanderung hat den meisten Ländern wertvolle Antriebe zu rascher Aufwärtsentwicklung gegeben; 700 000 Deutsche in Brasilien, 100 000 in Argentinien, 25 000 in Chile bilden einen festen Stamm von Abnehmern deutscher Waren; sei es, daß sie diese als Kolonisten zur Aufschließung der Länder und zur Begründung von einheimischen Industrien oder aber als Kaufleute zur Weitergabe an die einheimischen Kreise verwenden. Sie werden unterstützt durch die drüben arbeitenden deutschen Kapitalien, die nicht, wie bei Engländern und Amerikanern durch die Gewährung äußerer Anleihen, hereingenommen sind, sondern auf dem Wege der privatgeschäftlichen Tätigkeit erworben wurden. Der Deutsche in Südamerika verwächst in weit höherem Grade als der Angelsachse mit seiner Adoptivheimat. Wohl gehen auch Gewinne nach Deutschland, aber die meisten Erträgnisse werden wieder zum Weiterbauen an Ort und Stelle verwandt. Die Deutschen in Südamerika waren und sind fast überall eine wirtschaftlich führende Schicht, und von ihrer Stellung hängt die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Deutschland fast ausschließlich ab. Der Krieg hat gezeigt, wie stark ihre Position war: das deutsche Geschäft hat sich nach Kriegsende sehr rasch wieder entwickeln können, da infolge der jahrzehntelangen Verknüpfung mit den Ländern der alte Kundenstamm sich so bald als möglich wieder einstellte. Die schwerste Gefahr bildet die erdrückende Übermacht des nordamerikanischen Kapitals. Da gerade bei der Lieferung großer Regierungsaufträge früher die gute deutsche Qualität im freien Wettbewerb siegte, während heute nicht mehr die Güte der Ware, sondern der Wille des Geldgebers, der die benötigten Summen zum Ankauf erst borgen muß, ausschlaggebend geworden ist. Besonders schmerzlich berührt es uns,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß die großen Beteiligungen in südamerikanischen Elektrizitätswerken, die vor dem Kriege sich so erfolgversprechend entwickelt hatten, nach Kriegsende abgestoßen werden mußten und meist auf Umwegen heute in amerikanische und englische Hände gelangt sind. Das südamerikanische Geschäft ist eben hauptsächlich Kreditgeschäft, und es ist ein gutes Zeichen für die finanzielle Kraft der deutschen Häuser und Banken drüben, daß sie auch ohne weitgehende Unterstützung seitens der verarmten Heimat ihre Stellung drüben gehalten haben. Zwar bleibt eine steuerliche Belastung seitens der Gastländer noch in engen Grenzen; dafür haben aber die Kolonien erhebliche Mittel für kulturelle deutsche Zwecke bereitzustellen, besonders in der Nachkriegszeit, wo der gute Ruf der deutschen Einwanderung nicht mehr uneingeschränkte Geltung hatte und sich mancherorts, z. B. in Buenos Aires, ein deutsches Proletariat gebildet hat. Die Inflationszeit bewirkte, daß sich auch das finanzielle Schwergewicht der in Deutschland domizilierenden Firmen mehr in die südamerikanischen Filialen verlegte. Im Warengeschäft stehen heute die Deutschen hinter den Engländern fast durchweg an zweiter Stelle, die amerikanische Anleihepolitik mit ihren Folgen hat sie allerdings letzthin an die dritte gedrückt, zumal auch der deutsche Markt bis in die jüngste Zeit hinein nicht mehr die frühere Aufnahmefähigkeit für südamerikanische Erzeugnisse besaß. Wir bringen einige Übersichten über den Handelsverkehr Deutschlands mit einigen Republiken (in Mill. R.M. nach der deutschen Statistik).

1. Deutschlands Handel mit Südamerika:

	Einfuhr aus:				Ausfuhr nach:			
	1913	1923	1924	1925	1913	1923	1924	1925
Argentinien . .	495	358	519	634	266	210	199	269
Brasilien	248	84	116	174	200	83	132	200
Chile	200	19	27	56	98	43	61	60
Mexiko.	25	11	32	74	48	40	42	58

2. Prozentualer Anteil Deutschlands am südamerikanischen Handel:

	1913		1924	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Argentinien	16,9	12,0	13,6	8,3
Brasilien	17,5	14,0	10,5	5,6
Chile	24,6	21,5 (!)	13,4	4,6 (!)

3. Deutsche Einwanderung nach Südamerika 1921—1925:

nach Argentinien	6920	12 240	10 140	10 240	4722
„ Brasilien	—	5 030	8 250	21 070	—

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Allgemein gesprochen geht aus den unter 1. genannten Zahlen hervor, daß Südamerika für uns in erster Linie als Rohstofflieferant auftritt, seine Bedeutung als Abnehmer deutscher Waren spielt eine weit geringere Rolle; ferner aber, daß wir auf gutem Wege sind, unsere Vorkriegsstellung wieder zu erlangen mit der Einschränkung, die durch das Vordrängen der Vereinigten Staaten gegeben ist, und die im Norden und Westen am stärksten, nach Süden und Osten in langsamem Grade zunimmt. Der Handel mit Argentinien ist der weitaus bedeutendste; Wolle, Häute, Weizen, Fleisch, Ölfrüchte und Mais stehen an der Spitze, so daß diese Republik die vierte Stelle der Einfuhrländer nach Deutschland überhaupt belegt. Erst an zwanzigster folgt dann Brasilien, dessen Hauptausfuhrwaren nach hier Kaffee, Rohtabak und Häute sind. Die übrigen Staaten folgen in weitem Abstande, besonders einschneidend hat sich natürlich der Ausfall des chilenischen Salpeters ausgewirkt. Betrachten wir die deutsche Ausfuhr, so sind auch hier die Beziehungen zu Argentinien besonders eng: Eisenwaren aller Art, Papier und Textilien, elektrotechnische Erzeugnisse sind führend. Für Brasilien gilt das gleiche, nur daß die Entwicklung der einheimischen Industrie die Einfuhr von Baumwollwaren stark vermindert hat. Der Handelsverkehr mit Chile hat aus den obenerwähnten Gründen leider noch nicht wieder sehr stark zunehmen können. Besonders bedeutsam ist dabei die Feststellung, daß die deutschen Schiffsverbindungen mit Südamerika zuerst von allen nach Kriegsende wieder auf die alte Höhe gebracht werden konnten. Unter deutscher Flagge vollzieht sich heute der bedeutendste Teil des Güterverkehrs und hat sich auch im außerdeutschen Verkehr zwischen Südamerika und Europa hinter England den zweiten Platz sichern können. Dagegen kann man annehmen, daß der Export von Maschinen und Maschinenteilen aller Art nach Südamerika auch von deutscher Seite aus stark zugenommen hat und weiter zunehmen wird. Es könnten sich daraus bei einer Besserung des Kapitalmarktes in der Heimat wertvolle Aussichten für die Anlage von Zweigwerken deutscher Industrie in Südamerika bieten, die, unter deutscher Leitung und mit deutschen Facharbeitern besetzt, unter dem Schutze der Zollmauern einen Ersatz bieten würden für den Wegfall mancher großen Regierungsaufträge. Aber auch ohne diese Zukunftshoffnung ist das Maschinengeschäft so wertvoll, weil es bei dem großen Verschleiße drüben immer wieder zu erheblichen Nachlieferungen kommt, deren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ausführung der Heimatindustrie vorbehalten bleiben würde, denn eine Maschinenherstellung größeren Stiles wird drüben noch auf Jahrzehnte unmöglich sein. Der Widerstand der deutschen Industrie gegen jede Förderung der nationalen Industrie durch die Lieferung von hochwertigen, arbeitskräftigen Maschinen ist ja verständlich aus der Furcht heraus, den eigenen Absatz zu vermindern und eine außereuropäische Konkurrenz großzuziehen. Er wäre aber nur dann zweckvoll, wenn eben ohne deutsche Mitwirkung die Industrialisierung Südamerikas und sein Übergang auch zur Fertigwarenherstellung abgestoppt werden könnte. Dies aber ist ausgeschlossen. Für uns jedoch ist es von höchster Bedeutung, daß nicht nur die einheimische Industrie drüben mit deutschem Geld und deutschen Maschinen arbeitet, sondern daß auch deutsche Menschen ihr dienen; denn nur dadurch können wir die so notwendige Vorbedingung für die Unterbringung deutscher Eisenwaren auf die Dauer erhoffen.

In handelspolitischer Beziehung stehen wir durchweg mit den südamerikanischen Staaten in Meistbegünstigung. Unsere Waren unterliegen denselben hohen Zöllen wie die anderer Länder auch. Es ist fraglich, ob sich hierin in absehbarer Zeit eine Änderung dahingehend wird erreichen lassen, daß mit Rücksicht auf den europäischen Absatz eine Herabsetzung der Zölle zu erwirken ist. Schwierigkeiten ergaben sich nur für Chile, das auf ein deutsches Salpetereinfuhrverbot mit Prohibitionsmaßnahmen gegen deutsche Waren drohte, doch konnte durch Zurückziehung des Verbotes die Angelegenheit freundschaftlichst geregelt werden. Diese versöhnliche Regelung der Gegensätze ist überhaupt bezeichnend für unser Verhältnis zu Südamerika: in einer Zeit, wo auch auf dem Gebiete der Wirtschaft brutales Vorgehen ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse des anderen die Regel bildet, verbinden uns Deutsche mit jenem Erdteil fruchtbringende und enge Beziehungen, die aufgebaut sind auf gegenseitiger Achtung und dem Gefühl vollster Gleichwertigkeit beider Teile. Die Südamerikaner wissen, daß unsere Arbeit dort und der Gütertausch mit Deutschland selbst in dem Sinne geleistet werden, beiden Teilen zu dienen, nicht aber, um auf dem Wege der Wirtschaftsmacht auch in das politische Selbstbestimmungsrecht einzugreifen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Literaturverzeichnis.

Allgemeines und laufende Berichterstattung: Berichte der deutschen Handelskammern in Buenos Aires und Valparaiso 1917ff.; des Wirtschaftsverbandes für Süd- und Mittelamerika (Berlin); „Wirtschaftsdienst" (Hamburg); des „Deutschen Wirtschaftsdienst" (Berlin); South American Journal (London); der „Union of the American Republics" [Panamerican Union] (Washington); für Statistiken „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich" 1915ff., insbesondere internationale Übersichten; „Wirtschaft und Statistik" (Berlin); Dipl. Jahrbuch (Gotha). — Argentinien: O. Bürger, Argentinien, Leipzig 1924; Deutsche La Plata-Zeitung (Buenos Aires); A. Haas, Argentinien, Stuttgart 1923. — Brasilien: H. Schüler, Brasilien, ein Land der Zukunft, Stuttgart 1924; O. Bürger, Brasilien, Leipzig 1926; Deutsche Zeitung Sao Paulo (Sao Paulo); Berichte von W. Schück im Wirtschaftsdienst u. a. O. — Chile: C. Martin, Landeskunde von Chile, Hamburg 1923; E. Wagemann, Chile, Wirtschaftsverfassung der Republik, München und Leipzig 1913. — Bolivien: M. J. v. Vacano, Boliviens Aufstieg, Berlin 1925. — Westindien und Mittelamerika: W. Drascher, Das Vordringen der Vereinigten Staaten im westindischen Mittelmeergebiet, Hamburg 1918. — Mexiko: Geo. A. Schmidt, Mexiko, Berlin 1925.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

IV.

Die handelspolitische Lage Hollands und Belgiens.

Von

Dr. Georg Jahn,
Professor an der Universität Halle.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis.

Seite

A. Die handelspolitische Lage Hollands.

1. Der Aufbau und die weltwirtschaftliche Abhängigkeit der holländischen Volkswirtschaft . . . . . 158—181
   a) Die Landwirtschaft 158
   b) Die Fischerei 164
   c) Der Bergbau 165
   d) Die Industrie 168
   e) Der Handel und das Verkehrswesen 179
2. Die Handels- und die Zahlungsbilanz . . . . . 181—187
   a) Die Handelsbilanz 181
   b) Die Zahlungsbilanz und ihr Ausgleich 184
3. Die Handels- und Zollpolitik . . . . . 187—191
   a) Traditionelle Freihandelspolitik und protektionistische Tendenzen 187
   b) Die Haltung gegenüber Deutschland 190

B. Die handelspolitische Lage Belgiens.

1. Die Gestaltung der belgischen Volkswirtschaft unter dem Einfluß des Krieges . . . . . 192—218
   a) Die Landwirtschaft 192
   b) Der Bergbau 199
   c) Die Industrie 204
   d) Der Handel und das Verkehrswesen 216
2. Die Handels- und die Zahlungsbilanz . . . . . 218—224
   a) Die Handelsbilanz 218
   b) Die Zahlungsbilanz und ihr Ausgleich 220
3. Die Handels- und Zollpolitik . . . . . 224—228
   a) Tendenzen der Nachkriegszeit und Rückkehr zur Handelsvertragspolitik 224
   b) Die Haltung gegenüber Deutschland 228

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hollands und Belgiens Volkswirtschaft weisen manche gemeinsamen Züge auf. Beider Entwicklung steht unter dem Drucke einer starken Volksvermehrung und hohen Bevölkerungsziffer auf die Flächeneinheit (Holland Ende 1920:211 pro Quadratkilometer, Belgien Ende 1920:251), die ganz wesentlich größer ist als z. B. die Deutschlands (1925: 133 pro Quadratkilometer). Allein ihre Ausstattung mit verhältnismäßig guten landwirtschaftlichen Böden und die günstigen klimatischen Verhältnisse — das Meeresklima in der Reichweite des Golfstroms — gestatten eine so intensive Bodenkultur, daß dadurch das starke Mißverhältnis zwischen Bevölkerungsmenge und Bodenfläche in beiden Ländern wesentlich abgemildert wird. Auch ihre Verkehrslage weist übereinstimmendes genug auf. Beide eingelagert zwischen die größten westeuropäischen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und England, beide Küstenländer und deshalb in besonderem Maße die großen Vorteile des Seeverkehrs genießend, beide im Mündungsgebiet eines und desselben Stromgebietes liegend, das ihnen die Verbindung mit dem Hinterlande außerordentlich erleichtert, sind sie in einer geradezu einzigartigen Weise Durchgangsländer für den kontinentalen Verkehr, und diese Tatsache ist es denn auch, die ihre handelspolitische Lage in hohem Grade bestimmt. Über diesen Gleichartigkeiten darf man jedoch nicht die beträchtlichen Unterschiede im Aufbau beider Volkswirtschaften übersehen, die im Groben schon in der nachstehenden prozentualen Verteilung der Berufstätigen auf die großen Erwerbszweige ihren zahlenmäßigen Ausdruck finden:

Erwerbszweig	Holland			Belgien	
	1899	1909	1920	1900	1910
Landwirtschaft	30,7	28,3	23,6	21,1	16,1
Gewerbe	33,7	34,6	37,7	41,6	48,6
Handel und Verkehr	17,2	18,1	21,3	11,7	16,8
Sonstige Berufe	18,4	19,0	17,4	25,6	18,4

Einem noch immer relativ starken, wenn auch zurückgehenden Anteil der landwirtschaftlichen Berufstätigen an der Erwerbsbevölkerung und einem scharfen Hervortreten von Handel und Verkehr in Holland steht also die ungleich stärkere Industrialisierung der belgischen Volkswirtschaft gegenüber, die naturgemäß auch der handelspolitischen Lage dieses Landes ein anderes Gepräge gibt als der Hollands. Wollen wir diese in ihrer Eigenart erfassen, so wird es nötig sein, für beide Länder zunächst die gegenwärtige Gestalt der Volkswirtschaft in knapper Skizze zu zeichnen und dann ihre Handels- und Zahlungsbilanz zu betrachten, um daraus schließlich die Folgerungen für die zu untersuchende Frage zu ziehen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

A. Die handelspolitische Lage Hollands.

1. Der Aufbau und die weltwirtschaftliche Abhängigkeit der holländischen Volkswirtschaft.

Holland hatte Ende 1920 eine feste Oberfläche von 32603 qkm und eine Einwohnerzahl von 6,9 Millionen (fortgeschriebene Bevölkerung Ende 1924: 7,3), also 211 pro Quadratkilometer. Dank den energischen Bemühungen der Holländer um Landgewinnung, ist diese Oberfläche jedoch nicht eine feste, unabänderliche Größe geblieben, sondern in langsamem Steigen begriffen. Wie schon in früheren Jahrhunderten dem Wasser erhebliche Landstrecken abgerungen wurden, so auch im 19. Jahrhundert, und seit 1920 ist das große Werk der Trockenlegung erheblicher Teile der Zuidersee im Gange, das 1918 durch Gesetz beschlossen wurde und in drei bis vier Jahrzehnten ca. 210 000 ha Land geben soll, auf dem man alles in allem etwa 200 000 Menschen unterzubringen hofft. Und wie die Landfläche im ganzen Fortschritte macht, so auch der Kulturboden. Stand 1914 einer Kulturfläche von 2,45 Mill. ha eine Fläche von 0,81 Mill. ha unkultivierten Bodens gegenüber, so waren es 1924 2,50 gegen 0,77 Mill. ha, ein Ergebnis, das bei steigender Inanspruchnahme von Boden durch Bebauung, Wege, Deiche usw. lediglich auf die energische Urbarmachung von Ödland (insbesondere von Moorgebieten) zurückzuführen ist, von dem es 1924 noch immer 444000 ha gab.

a) Die Landwirtschaft.

Welcher Nutzung der Kulturboden im ganzen zugeführt ist, zeigt die nachstehende kleine Übersicht. Es wurden genutzt als

	1914 in 1000 ha	1923 in 1000 ha	1924 in 1000 ha
Ackerland	883 = 36,0 %	892 = 35,8 %	891 = 35,7 %
Weide und Wiese	1228 = 50,1 %	1249 = 50,2 %	1254 = 50,3 %
Garten- und Obstland	74 = 3,0 %	90 = 3,6 %	91 = 2,6 %
Baum- und Blumenkulturen	9 = 0,4 %	9 = 0,4 %	3 = 0,4 %
Wald	257 = 10,5 %	250 = 10,0 %	250 = 10,0 %
Insgesamt	2451 = 100,0 %	2490 = 100,0 %	2495 = 100,0 %

Die Übersicht läßt zunächst erkennen, wie unbedeutend die holländische Forstwirtschaft ist. Mit einem Waldbestande von 10 % der Kulturfläche und 8 % der Gesamtfläche des Landes ist Holland eines der wald-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ärmsten Länder Europas. Trotz aller Anstrengungen der Forstverwaltung hat sie doch nicht verhindern können, daß der Waldbestand im letzten Jahrzehnt etwas zurückgegangen ist. Es ist klar, daß der jährliche Ertrag dieser Forsten an Holz nicht entfernt ausreicht, um den Holzbedarf der holländischen Volkswirtschaft zu decken, und so ergibt sich notwendig in der Holzwirtschaft ein starker Passivsaldo, der nur durch Einfuhr gedeckt werden kann.

Die Landwirtschaft i. e. S. nutzt jetzt etwa 86% der Kulturfläche (= 66% der Gesamtfläche). Davon entfällt der größere Teil auf Grasland, der kleinere auf den Ackerbau, und das Verhältnis zwischen beiden — 58% der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu 42% — ist seit Jahrzehnten mit geringen Schwankungen ungefähr das gleiche geblieben. Das deutet zugleich an, welche Rolle Ackerbau und Viehzucht verhältnismäßig in der holländischen Landwirtschaft spielen. Eine deutlichere Vorstellung hiervon bekommt man jedoch erst, wenn man die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche in Kulturbezirke aufteilt. Dann ergibt sich in ganz knappen Zügen etwa folgendes Bild: Auf den Seelehmböden Groningens, Nordfrieslands, der Polder von Nordholland, der südholländischen Inseln Zeelands und des Nordwestens von Nordbrabant herrscht Ackerbau in gemischtem Betrieb (unter Zurücktreten der Viehzucht) bei reiner Marktwirtschaft, die auf größtmöglichen Verkauf der ohne feste Fruchtfolge gebauten Ackerbauprodukte (Weizen, Gerste, Erbsen, Bohnen, Kümmelsamen, Zuckerrüben, Kartoffeln) abzielt. Auf den Flußlehmböden des großen Stromgebiets dominiert ebenfalls der gemischte Betrieb bei Hervortreten der Viehzucht (Rindvieh-, Schweine- und Pferdezucht, Federviehhaltung) und starker Einstellung des Ackerbaues auf die Zwecke derselben (Klee, Futtergewächse, Futterrüben). Das Übergewicht besitzt die Viehhaltung (Rindvieh- und Schweinezucht) im gemischten Betrieb auf den Sandböden von Groningen, Drenthe, Overijssel, Gelderland, Utrecht, Nordbrabant und Limburg, wo infolgedessen auch der Ackerbau (Roggen, Kartoffeln) vorzugsweise im Dienste der Viehzucht steht. Dagegen herrscht in den Moorkolonien der Hochmoorgebiete (namentlich in Groningen und Drenthe) fast viehlose Ackerwirtschaft, deren Überschußproduktion (Kartoffeln, Hafer, Roggen) zum Verkauf gebracht wird. Die Tiefmoor- und Lehmböden von Friesland, West-Overijssel, Drenthe, großen Teilen Nord- und Südhollands und West-Utrecht endlich sind die Gebiete der reinen Weidewirtschaft, an deren Rindviehzucht sich eine starke Molkereiwirt-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaft schließt (die aber natürlich auch in den anderen Viehzuchtbezirken nicht fehlt).

Was zunächst die Ackerwirtschaft betrifft, so zeigt die nachstehende Übersicht über die Anbauflächen der wichtigsten Nutzpflanzen, daß der große Krieg wohl vorübergehend eine Verschiebung, aber keine dauernde und wesentliche Veränderung in der Verteilung der ackerwirtschaftlich genutzten Fläche auf die wichtigsten Kulturarten gebracht hat. Es wurden nämlich angebaut in 1000 ha:

	1901/1910 (Jahres-durchschnitt)	1923	1924
Weizen	56	62	48
Roggen	219	210	198
Gerste	31	24	25
Hafer	132	154	152
Buchweizen	20	3	3
Getreide	460	453	426
Futterpflanzen	94	113	111
Hülsenfrüchte	60	60	67
Kartoffeln	159	161	167
Zuckerrüben	45	67	74
Handelsgewächse	16	16	24
Flachs	14	10	13

Die Anbaufläche für Getreide ist somit — bei leichtem Rückgang der Weizen- und Roggenkultur und starker Zunahme der Haferanbaufläche auf Kosten des Gerste- und Buchweizenanbaues — fast gleich geblieben, die Versorgung mit heimischem Getreide bei erhöhter Bevölkerungsziffer also schlechter geworden. Gestiegen ist dagegen der im Dienste der Viehzucht stehende Anbau von Futterpflanzen (insbesondere Klee, Grünfutter, Futterrüben) sowie die Zuckerrübenkultur und die Kartoffelanbaufläche; zurückgegangen in den letzten Jahren die Flachskultur, schwankend der Anbau von Handelsgewächsen, unter denen die Saaten (Rüb-, Senf-, Mohn-, Kümmel-, Kanariensaat) sowie die Zwiebeln durchaus im Vordergrunde stehen, während der Anbau der Ölsaaten nach dem Kriege ganz verschwunden ist und die Tabakkultur immer mehr an Bedeutung verloren hat.

Die Hektarerträge weisen für alle Kulturarten vergleichsweise sehr günstige Ziffern auf und haben — nach einem allgemeinen Absinken

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

während des Krieges — mit dem Wiederauftreten hinreichender Mengen von Kunstdünger auf dem Markte schon jetzt fast durchweg ihre alte Höhe wieder erreicht und sie zum Teil sogar überschritten, wie die Ziffern der Ernteſtatiſtik zeigen:

	Jahresdurchschnitt			
	1911/15	1922	1923	1924
Weizen . . . . . hl	34,1	35,8	35,2	34,6
Roggen . . . . . „	24,5	29,9	24,4	28,1
Hafer . . . . . „	46,6	39,4	42,6	43,2
Bohnen . . . . . „	27,2	30,5	29,0	31,9
Erbsen. . . . . „	24,7	28,4	29,4	34,4
Kartoffeln . . . . . „	238,0	297,0	234,0	246,0
Zuckerrüben . . . . . t	31,7	32,5	25,4	32,8

Dieses hervorragende Ergebnis ist ohne Zweifel nicht nur den günstigen Boden- und Klimaverhältnissen, sondern in hohem Grade auch dem starken Vorherrschen des arbeits- und zum Teil auch kapitalintensiven Klein- und Mittelbetriebes zu danken, waren doch nach der letzten Erhebung (1921) von allen Betrieben mit mehr als 1 ha Nutzfläche 51% solche mit 5—10 ha, 16% solche mit 10—20 ha und 10% solche mit 20—50 ha, während Betriebe mit 50—100 ha (1,2%) selten sind und die eigentlichen Großbetriebe mit mehr als 100 ha Nutzland (0,1%) fast ganz fehlen.

Im ganzen hat Holland in der Bodenkultur auch nach dem Kriege die Entwicklungsrichtung eingehalten, die es seit der großen Landwirtschaftskrisis der Zeit von 1880 bis 1895 mit Energie und Erfolg eingeschlagen hat: Vollkommene Anpassung der Kulturarten an die Bodenart (unter Vernachlässigung des Brotgetreidebaues), starke Spezialisierung in Rücksicht auf den großstädtischen Markt im Inland sowie auf die Ausfuhr (hauptsächlich nach den Industriegebieten Deutschlands, Belgiens und Englands), Bevorzugung solcher Produkte, die keinen weiten Transport vertragen (Gemüse, Früchte, Kartoffeln) oder viel Kenntnisse, Arbeit und Sorge verlangen (Zuckerrüben, Flachs, Handelsgewächse) oder besondere Anstalten erfordern (Gewächshauskulturen, Blumen, Baumschulen), vor allem aber ständig vollkommener werdende Einstellung auf die Bedürfnisse der Viehzucht. Es ist den Holländern im letzten Jahrzehnt manchmal recht schwer geworden, von diesen Tendenzen, die allerdings dem holländischen Ackerbau die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte bewahrt haben, nicht abzu-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weichen. Während im Kriege die Abschnürung Hollands von seinen Versorgungsländern die Versuchung weckte, die vollkommene Abhängigkeit in der Getreideversorgung durch Erweiterung des Brotgetreidebaues zu mildern, brachte die schwache Kaufkraft Deutschlands in den fünf Jahren unmittelbar nach dem Kriege für zahlreiche Produkte eine sehr erhebliche Absatznot, die leicht zur Rückbildung der feldmäßigen Spezialkulturen und des Gartenbaues hätte führen können, wenn Holland in Erwartung kommender normaler Verhältnisse nicht allen solchen Versuchungen widerstanden hätte.

Auch der andere große Zweig der Landwirtschaft, die Viehzucht, hat seinen Bestand trotz mancher Schwierigkeiten durch den Krieg hindurchgerettet und damit seine verhältnismäßige Bedeutung für die holländische Volkswirtschaft im ganzen bewahrt. Das lassen die nachfolgenden Viehbestandsziffern bereits deutlich erkennen, obwohl die letzte Erhebung schon dem Jahre 1921 angehört. Es gab in Tausenden

	Juni 1910	März 1919	Mai/Juni 1921
Pferde	327	362	364
Rindvieh	2027	1969	2063
Schafe	889	437	668
Ziegen	224	?	272
Schweine	1260	450	1519

Am meisten hatte danach die Schweinezucht durch den Krieg gelitten, da hier der Bestand unmittelbar nach dem Kriege nur noch ein Drittel der Bestandsziffer von 1910 war. Aber erstaunlicherweise war schon 1921 der Verlust der Kriegszeit vollständig ausgeglichen, so daß seitdem jährlich wieder annähernd so viel lebende Schweine ans Ausland abgegeben werden konnten wie vor dem Kriege und auch die Fleischausfuhr in den letzten Jahren aufs neue kräftig angestiegen ist. Auch in der Schafzucht, die in Friesland, Groningen, Drenthe, Nord- und Südholland noch immer eine gewisse Rolle spielt und hauptsächlich der Fleischgewinnnug wegen betrieben wird, scheinen inzwischen die Lücken wieder ganz aufgefüllt worden zu sein, die der Krieg in ihre Bestände gerissen hatte, da der Hammelfleischexport (besonders nach England) sich wieder dem alten Umfange nähert. Fast gar nicht scheint die weitverbreitete Pferdezucht gelitten zu haben, da der Bestand 1919 der gleiche oder sogar ein größerer gewesen ist als unmittelbar vor dem Kriege. Das Wichtigste aber ist, daß die Rindviehzucht, die Grundlage

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der ganzen holländischen Vieh- und Milchwirtschaft, so wenig durch die Kriegszeit beeinträchtigt worden ist, daß der Rindviehbestand 1921 etwa ebenso groß wie 1910, der Bestand an Milchkühen sogar größer war als in den letzten Jahren vor dem Kriege. Ein so günstiges Ergebnis wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die großen Weide- und Grasflächen Hollands die siebenmonatige Weidefütterung dauernd gewährleistet und der starke Anbau von Klee, Grünfutter und Futterrüben die fünfmonatige Stallfütterung auch in den Jahren einigermaßen gesichert hätte, in denen die Kraftfutterzufuhr aus dem Auslande fast ganz ausgeblieben ist. So ist im ganzen die große Milchwirtschaft Hollands unversehrt oder wenigstens mit geringen Einbußen durch die Kriegsjahre hindurchgekommen und steht heute wieder in voller Blüte. Man rechnete nach einer amtlichen Schätzung aus dem Jahre 1916 bei einem Bestande von 1¼ Mill. Stück Milchkühen mit einer jährlichen Milchproduktion von 4230 Mill. l. Die Butterproduktion betrug schätzungsweise 68 Mill. kg (einschl. 13 Mill. kg Bauernbutter), von denen die Hälfte nach Deutschland, ein Viertel nach England, sowie nach Belgien und anderen Ländern ausgeführt wurden, während der Rest von etwa 30 Mill. kg den holländischen Eigenverbrauch bildete. Wenn nun auch die Butterproduktion während des Krieges wesentlich gesunken war, so läßt doch das erneute starke Ansteigen der Ausfuhr in den letzten Jahren vermuten, daß die holländische Milchwirtschaft schon jetzt den früheren Stand wieder erreicht hat. Noch mehr deuten das die Ziffern der Käseproduktion und der Käseausfuhr an. Die Käseproduktion wurde vor dem Kriege auf etwa 100 Mill. kg geschätzt, von denen etwa zwei Drittel in erster Linie nach England, Deutschland und Belgien ausgeführt wurden. Nun ist zwar auch die Käseproduktion während des Krieges gesunken; seitdem aber ist die Ausfuhr so stark angewachsen (1922:65 Mill. kg, 1923:62 Mill. kg, 1924:77 Mill. kg), daß daraus die volle Wiederherstellung der alten Leistungsfähigkeit hervorgeht. Bestätigt wird dieses Bild endlich auch durch die Ziffern der Milchausfuhr (vor allem Kondensmilch), die 1924 schon wieder 155 Mill. kg betrug und sich damit den Verhältnissen vor dem Kriege stark näherte.

Wenn man den hochentwickelten und besonders stark in den Provinzen Nord- und Südholland konzentrierten Gartenbau — also die Gemüsegärtnerei, die Samenzucht, den Obstbau, die Baumschulen sowie die altberühmte Blumen- und Blumenzwiebelzucht, die zusammen 1923

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine Kulturfläche von fast 100 000 ha in Anspruch nahmen — mit einbegreift, so ergibt sich für die gesamte Landwirtschaft folgende Bilanz: Nicht gedeckt wird der Bedarf an Brotgetreide (besonders an Weizen, aber auch an Roggen, Braugerste, Reis) und Mehl, an Futtermitteln (Futtergerste, Hafer, Mais, Kraftfutter) sowie an Saaten. Es ergibt sich also hierfür ein starker Passivsaldo, der durch Einfuhr ausgeglichen werden muß. Dagegen erzielt der Acker- und Gartenbau über den holländischen Bedarf hinaus beträchtliche Überschüsse an Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Frischgemüse (insbesondere Kohl, Blumenkohl, Tomaten, Gurken, Zwiebeln), Obst, Gemüse- und Blumensamen, Blumenzwiebeln und Blumen; die Viehzucht überdeckt den Bedarf an Pferden, Rindern, Kälbern und Schweinen sowie an Frischfleisch (insbesondere Hammel- und Schweinefleisch), die Geflügelzucht den an Hühnern und Eiern, und die Milchwirtschaft endlich produziert mehr als das Doppelte dessen, was der heimische Markt an Butter, Käse und sonstigen Milchprodukten aufzunehmen vermag. Für alle diese Produkte der Bodenkultur und der Viehwirtschaft ergibt sich somit ein erheblicher Aktivsaldo, der seinen Ausdruck in beträchtlichen Ausfuhrüberschüssen findet.

b) Die Fischerei.

In erheblichem Maße trägt zur Nahrungsmittelgewinnung auch die Fischerei bei. Wenn diese im Rahmen der holländischen Volkswirtschaft auch nicht mehr die gleiche Rolle spielt wie in früheren Zeiten, so beschäftigt sie doch immer noch 27 000 Personen im Hauptberuf, nicht gerechnet die nebenberuflich Tätigen und die Bedeutung, die sie für den Handel und eine ganze Anzahl von Gewerben besitzt. Die Fischereiflotte umfaßt (1924) insgesamt 5137 Fahrzeuge (davon 617 Dampfer und Motorfahrzeuge) gegen 6154 Fahrzeuge im Jahre 1916, ist also im letzten Jahrzehnt nicht unwesentlich kleiner, wenn auch kaum leistungsschwächer geworden. Die Seefischerei war in den letzten Kriegsjahren naturgemäß stark zurückgegangen, hat sich aber seitdem einigermaßen erholt. Sie ist in erster Linie Treibnetzfischerei auf Heringe in der Nordsee und im Kanal, neben denen aber auch Schellfisch, Scholle, Kabeljau, Merlan und andere Seefische eine erhebliche Rolle spielen. Bei der Küstenfischerei, d. h. der Fischerei im Brakwassergebiet, stehen die Schaltiere (Austern, Muscheln) der Menge nach an der Spitze, während Fische (Heringe, Sprotten, Nest, Bot, Anjovis, Aal, Spierling, Scholle) und Schaltiere (Garneelen) an Bedeutung etwas zurücktreten. Endlich darf auch die Binnenfischerei der Süßwassergebiete nicht vergessen werden. Wenn auch ihre Ergebnisse, die statistisch nicht festgehalten werden, für die Ausfuhr nur eine geringe Rolle spielen, also hauptsächlich auf dem Binnenmarkte abgesetzt werden, so beschäftigt auch sie doch immer noch eine erhebliche Anzahl von Menschen, namentlich im Nebenberuf.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Fangergebnisse waren in der Seefischerei der Menge nach in den letzten Jahren (Durchschnitt 1921/23:81 Mill. kg) geringer als vor dem Kriege (Durchschnitt 1909/13:141 Mill. kg), was weniger auf eine Verminderung der Fischreichtums als auf die Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten (besonders in Deutschland) zurückzuführen ist. 1924 bezifferten sich die Fangergebnisse der Seefischerei bereits wieder auf 107,6 Mill. kg im Verkaufswerte von 26,7 Mill. fl. Die Ausfuhr gestaltete sich in den Jahren 1919/24 folgendermaßen:

Jahr	Seefischerei		Küstenfischerei		See- und Küstenfischerei	
	Mill. kg	Mill. fl.	Mill. kg	Mill. fl.	Mill. kg	Mill. fl.
1919	167	?	53	?	220	?
1920	121	26	41	3	162	30
1921	108	21	46	4	154	25
1922	60	11	42	3	102	14
1923	73	12	47	4	120	16
1924	109	23	52	6	161	29

Der Rückgang der Fischausfuhr gegenüber der Zeit vor dem Kriege ist beträchtlich, namentlich in den Jahren 1921/23, und vorzugsweise auf die sehr geringe Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes in der Inflationszeit zurückzuführen. Während vor dem Kriege Deutschland 70%, Belgien 15% und Nordamerika 10% des Heringsfanges aufnahmen, war 1923 die Reihenfolge der Märkte für Seefische überhaupt: Belgien, Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, England, Frankreich. Jedoch ist Deutschland nach der Neuordnung seiner Währung und der Regelung der Reparationsfrage durch das Londoner Abkommen in den beiden letzten Jahren schon wieder ein wesentlich kaufkräftigerer Markt geworden, und es besteht Aussicht, daß es in Zukunft der Hauptabnehmer der holländischen Fischerei, der es vor dem Kriege war, wieder sein und dauernd bleiben wird.

c) Der Bergbau.

Holland ist nicht nur eines der waldärmsten Länder Europas, sondern auch ganz außerordentlich schlecht mit mineralischen Bodenschätzen ausgestattet, eine Tatsache, die für die Entwicklung seiner Industrie von geradezu ausschlaggebender Bedeutung geworden ist. Vergleichsweise am günstigsten steht es noch mit der Brennstoffwirtschaft, die allerdings erst unter dem Drucke der Kohlennot der Kriegs- und Nachkriegszeit eine bemerkenswerte Besserung erfahren hat. Ihre Grundlage bilden die Steinkohlenvorkommen in den Provinzen Limburg und Nordbrabant, die bis zu 2000 m Tiefe schätzungsweise etwa 5 Milliarden t

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

umfassen sollen. Davon sind jedoch unter den heutigen Verhältnissen nur etwa 1400 Mill. t gewinnbar. Anthrazit und Halbmagerkohle eignen sich ebenso wie der Kohlenschlamm gut zur Brikettierung, während die Fettkohle vorerst nur in bescheidenem Maße zur Koksgewinnung verwendet wird. Die Nettoproduktion hatte sich bis 1914 auf 1,9 Mill. t in 6 Werken mit fast 10 000 Arbeitern gehoben. Der Krieg brachte einen weiteren Aufschwung, so daß die Förderung der 10 mit mehr als 20 000 Arbeitern betriebenen Gruben im Jahre 1919 bereits 3,4 Mill. t betrug, eine Menge, die seither unter dem Drucke der Kohlenknappheit durch Vermehrung der Schachtanlagen und der Belegschaft (auf 30 000 Mann) auf nicht weniger als 6,8 Mill. t im Jahre 1925 gesteigert worden ist. Auch wurde der Inlandsabsatz, der vor dem Kriege nur etwa ein Drittel der Produktion betragen hatte, während der Rest nach Belgien ging, trotz der ungünstigen Frachtlage der Gruben ganz wesentlich gesteigert. Auf diese Weise gestaltete sich die Bilanz der Kohlenwirtschaft von Jahr zu Jahr günstiger und ergibt für die Jahre 1923—1925 folgendes Bild (in Millionen t):

	1923	1924	1925
Produktion an Steinkohlen . .	5,3	5,9	6,8
Einfuhrüberschuß an Steinkohlen	4,3	3,7	3,3
Holländischer Verbrauch	9,6	9,6	10,1

In diesen Ziffern ist die Bunkerkohle für ausländische Schiffe enthalten, die zur Ausfuhr gehört. Dazu kommt ferner ein kleiner Einfuhrüberschuß an Steinkohlenbriketts sowie an Braunkohlen und Braunkohlenbriketts und der geringe Ertrag des einheimischen Braunkohlenbergbaues mit nur 192 000 t. Holland könnte also nach der Entwicklung seiner Produktion in den letzten Jahren drei Fünftel bis zwei Drittel seines Kohlenbedarfs selbst decken, wenn nicht die verhältnismäßig ungünstige Lage der Limburger Gruben zu den Hauptverbrauchsgebieten dazu zwänge, nach wie vor einen Teil der eigenen Produktion an die benachbarten Industriebezirke Belgiens und die deutschen Grenzgebiete abzugeben und dafür entsprechend mehr Kohlen einzuführen. An dieser Kohleneinfuhr war vor dem Kriege Deutschland mit durchschnittlich 70—75%, England mit reichlich 20% und Belgien mit dem Rest beteiligt. Nach dem Kriege verschob sich dieses Verhältnis allerdings sehr beträchtlich, so daß der englische und in geringerem Grade auch der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

belgische Kohlenhandel auf dem holländischen Markte starke Fortschritte machten. Seit dem Ende des Ruhrkampfes aber tritt die rheinisch-westfälische Kohlenindustrie wieder als scharfer Konkurrent auf, der seinen Überschuß nötigenfalls sogar zu niedrigeren als den in Deutschland geltenden Preisen im Ausland unterzubringen suchen muß. Den Vorteil von diesem scharfen Konkurrenzkampf, in dem der deutsche Kohlenhandel zunächst Sieger geblieben ist, hat natürlich die holländische Volkswirtschaft, wenn man auch nicht übersehen darf, daß die Fortdauer dieses Kampfes mit seinem Druck auf die Kohlenpreise der Weiterentwicklung des holländischen Kohlenbergbaues kaum förderlich sein wird.

Neben der Steinkohle spielt übrigens in der holländischen Brennstoffwirtschaft der Torf noch immer eine erhebliche Rolle. Er wird als schwerer (langer) Torf vor allem in den Hochmooren der Provinzen Drenthe, Overijssel, Groningen, Friesland, Nordbrabant, Limburg und Utrecht, als leichter (kurzer) Torf in den Tiefmooren von Nord- und Südholland, Utrecht, Friesland, Overijssel und Drenthe gewonnen, und zwar in einer Menge, die 1919 auf 1765 Mill Stück angegeben wurde. Seitdem mag unter dem Einfluß der besseren Kohlenversorgung die Produktion zurückgegangen sein. Aber der schwere Torf wird auch heute noch in manchen ländlichen Industrien (Ziegeleien, Papier- und Strohpappenindustrie, Kartoffelmehlindustrie) und im Hause als billiger Brennstoff sehr gern verwendet; der leichte Torf (Oolstertorf) wird in großem Umfange zu Torfstreu verarbeitet, die als Viehstreu, Viehfutter, Verpackungsmaterial und Schutzmittel (in der Gärtnerei) vielfache Verwendung findet und sogar in beträchtlichen Mengen ausgeführt wird.

Von den übrigen Bodenschätzen Hollands verdienen allein die Steinsalzvorkommen von Winterswijk (Gelderland) mit 22 Milliarden t und Buurse-Hengelo (Overijssel) mit 2 Milliarden t Erwähnung, da sie den holländischen Bedarf weit übersteigen. Ganz unbedeutend ist die Gewinnung von Natursteinen, die sich auf Süd-Limburg (Kalksteinblöcke) beschränkt, so daß Holland für diese fast völlig auf die Einfuhr aus Belgien, Deutschland, Schweden und Italien angewiesen ist. Dagegen finden sich Lehm und Ziegelton fast überall in reichlichen Mengen und verwendungsfähigen Qualitäten, so daß sich auf dieser Basis eine umfangreiche Industrie der Backsteine und Ziegel, Verblendsteine, Straßenklinker, feuerfesten Steine (Schamottesteine), Tonröhren ent-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wickeln konnte, die besonders in Gelderland, Südholland, Nordbrabant und Limburg konzentriert ist, aber — bei schwacher Ausfuhr einiger Spezialprodukte — den holländischen Bedarf nicht voll zu decken vermag.

d) Die Industrie.

Grundwesentlich für den Aufbau und die Struktur der holländischen Industrie ist das völlige Fehlen von Erzen jeder Art im Lande. Deshalb hat sich weder eine Eisenindustrie noch eine andere Hüttenindustrie entwickelt, obgleich bekanntlich Holland einen sehr beträchtlichen Eigen- und Durchfuhrhandel in Eisen-, Mangan-, Kupfer- und Schwefelerzen (weniger in anderen Erzen) besitzt und dieser Rotterdamer Handel sogar am Erzbergbau in Spanien, Algier, Marokko, Schweden, Frankreich und Griechenland beteiligt ist. Erst ganz neuerdings ist der Versuch gemacht worden, diese Lage durch Errichtung eines Hüttenwerkes in Velzen am Nordseekanal (Hochofen-, Stahl- und Walzwerk, eröffnet 1923) zu überwinden, ohne daß freilich über dessen Gelingen oder Mißlingen bereits etwas Sicheres ausgesagt werden könnte. Da auch eine Stahl- und Walzwerkindustrie nicht vorhanden ist, so ist Holland nicht nur für Roheisen, sondern auch für Stahl und alle anderen wichtigen Industriemetalle, wie Kupfer, Zinn, Blei und Zink, reines Einfuhrland.

Nicht viel besser steht es um die Rohstoffe der Textilindustrie. Obgleich die Küstenprovinzen in allerdings stark wechselndem Umfange Flachs anbauen und ausgezeichnete Qualitäten erzielen, so wird doch die gewonnene Faser nicht in Holland selbst verarbeitet. Vielmehr ging vor dem Krieg ein erheblicher Teil des Rohflachses zum Rösten, Brechen, Schwingeln und Hecheln nach Belgien, ohne nach Holland zurückzukehren. Seit 1914 aber wird er zumeist im Lande selbst bearbeitet und dann als Faserflachs und Flachswerg fast restlos ausgeführt. Da Holland, wie wir oben sahen, auch Schafzucht zur Hammelfleischgewinnung in größerem Umfange betreibt, so wird zwar im Inlande eine gewisse Menge Wolle erzeugt, die aber von geringer Qualität ist und außerdem nur einen bescheidenen Prozentsatz des Bedarfes zu decken vermag. Auch die Wollindustrie stützt sich deshalb ganz überwiegend auf ausländische Wolle, die teils direkt aus Südamerika, teils über Belgien (Antwerpen) und England (London) eingeführt wird. Daß die 30000 t nordamerikanischer und ostindischer Baumwolle, die durchschnittlich verarbeitet werden, sowie die 18—20000 t Hanf, Jute,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sisalhanf und dergleichen, die in verschiedene Gewerbezweige gehen, ebenfalls ganz aus dem Auslande stammen, alle noch nicht erwähnten Zweige der Textilindustrie also ebenfalls ohne heimische Rohstoffgrundlage sind, ist selbstverständlich. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die holländischen Kolonien, die das Mutterland sonst so reich mit Rohstoffen und Handelsgütern versorgen, für die Textilindustrie keinerlei Rolle spielen; nur Kapok wird in größeren Mengen (durchschnittlich etwa 4000 t) aus Niederländisch-Ostindien eingeführt, in Holland gereinigt und zu Füllmaterial verarbeitet und dieses zum Teil auch im Auslande abgesetzt.

Fast völlig abhängig vom Auslande sind ferner alle Holz verbrauchenden und verarbeitenden Industrien, da die schwache heimische Forstwirtschaft nur einen bescheidenen Teil des Bedarfes zu decken vermag. Es müssen deshalb aus Amerika, Skandinavien, Rußland und den Ostseestaaten, in geringerem Grade auch aus anderen Ländern regelmäßig sehr beträchtliche Mengen bezogen werden, die sich für Schiffbau- und Zimmerholz im Jahresdurchschnitt 1920/24 auf etwa 1 Mill. t, für Gruben-, Papier-, Möbel- und anderes feines Werkholz zusammen 1923 auf über 400000 t, 1924 auf 333000 t belaufen haben. Dabei spielen übrigens auch die Kolonien eine gewisse Rolle, da Java und Madæra in großen Mengen das berühmte Teakholz, Surinam das für den Schiffbau geschätzte Greanheart liefern.

Sehr viel günstiger ist die Bilanz für Häute und Felle als Industrierohstoffe, was bei der sehr starken Viehzucht Hollands eigentlich selbstverständlich erscheint. Im Jahrfünft 1920/24 hielten sich Ausfuhr und Einfuhr ungefähr die Wage, ja es ergab sich sogar ein kleiner Ausfuhrüberschuß. Aber es werden trotzdem in Holland nicht nur inländische Häute verarbeitet, vielmehr der Anfall aus den Schlachtungen zum Teil ins Ausland verkauft und das Defizit dann durch Wildhäute ersetzt, die der bedeutende holländische Häutehandel aus Niederländisch-Ostindien, Britisch-Indien und Argentinien heranschafft.

Wie somit den Kolonien bei der Versorgung der Lederindustrie mit Häuten eine erhebliche Bedeutung zukommt, so gilt das in noch weit höherem Grade für einige andere industrielle Rohstoffe, wie vor allem Kautschuk, Ölfrüchte und Pflanzenfette, Kakaobohnen, Chinarinde und Kokablätter, endlich Tabak. Bei Kautschuk liegt die Sache allerdings so, daß zwar erhebliche Mengen aus Niederländisch-Ostindien auf dem Amsterdamer Markt gebracht werden, der in Holland selbst verarbeitete

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einfuhrüberschuß aber ziemlich gering ist. An Ölsaaten (insbesondere Lein- und Rübsamen) erzielt Holland selbst erhebliche Ernten, die zusammen mit starken Einfuhrmengen der gleichen Früchte in der Ölindustrie zu Lein- und Rüböl verarbeitet werden, so daß man diese als teilweise bodenständig bezeichnen kann. Dagegen stammen die großen Mengen von Ölfrüchten (Kopra, Palmkerne, Erdnüsse, Sojabohnen) und Pflanzenfetten (Palmöl, Kokosöl, Sojabohnenöl, Baumwollsaatöl), die die Margarine- und die Seifenindustrie brauchen, ganz aus dem Auslande, insbesondere aus Niederländisch-Ostindien. Auch unter den Kakaobohnen, die in der Kakao- und Schokoladenindustrie in steigenden Mengen verarbeitet werden, nimmt das Kolonialprodukt eine hervorragende Stellung ein, und die Chinarinde und die Kokablätter, aus denen in Holland schwefelsaures Chinin und Kokaïn hergestellt werden, stammen ganz aus Java, einem der Hauptproduktionsgebiete dieser wichtigen Pflanzenstoffe. Da endlich auch der holländische Tabakhandel vorzugsweise Java-, Sumatra- und Borneotabake führt und hauptsächlich die letzteren in Holland verarbeitet werden, so gehört die Tabakindustrie ebenfalls zu den kolonialwirtschaftlich fundierten Industrien des Landes.

Daß sich bei einem derartigen Mangel an Roh- und Hilfsstoffen im Lande, bei der früher ganz fehlenden und auch jetzt noch ungenügend entwickelten Brennstoffgewinnung und bei dem Mangel eines Zollschutzes dennoch in Holland eine ausgebreitete und lebenskräftige Industrie entwickelt und sich allen Widerständen zum Trotz konkurrenzfähig erhalten hat, steht einigermaßen im Widerspruch zu der weitverbreiteten Auffassung, daß für die Dauer nur rohstofforientierte Industrien auf dem Weltmarkte bestehen könnten. Aber die holländische Industrie ist ein deutlicher Beweis dafür, daß diese Auffassung wenigstens für Fertigwaren- und Veredlungsindustrien bei günstiger Verkehrslage durchaus falsch ist, da in diesem Falle die Hemmungen der Industrieentwicklung so stark abgeschwächt werden, daß sie kaum noch ins Gewicht fallen. In Wirklichkeit kann die holländische Industrie bei ihrer durch die bestmöglichen Verkehrswege unterstützten Lage zwischen Deutschland, Belgien und England und nicht gehemmt durch Zollschranken zugunsten von Rohstoff- und Halbfabrikateindustrien ihre Materialien aus nächster Nähe (Rheinland-Westfalen, belgische Industriebezirke) beziehen und hat dabei wesentlich geringere Transportkosten zu tragen als z. B. Sachsen, soweit dessen Industrie auf

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rheinland-Westfalen angewiesen ist. Förderlich für die Industrieentwicklung war und ist weiter die Tatsache, daß die doch zumeist von den Holländern selbst ausgebeuteten und bewirtschafteten reichen Kolonien eine große Menge kolonialer Rohstoffe unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen liefern. Ebenso schafft die einzigartige Durchgangslage des Landes an einer der Hauptadern des Weltverkehrs naturgemäß die günstigsten Bedingungen für Veredlungsindustrien, wie sie Holland in großer Zahl besitzt. Daß endlich das durch eben diese Durchgangs- und Küstenlage des Landes zur höchsten Entwicklung gebrachte Schiffahrts- und Verkehrswesen stärkste Anregung und dauernde Stütze nicht nur für den Schiffbau und die Industrien der Verkehrsmittel selbst, sondern auch für eine ganze Anzahl von Hilfs- und Nebengewerben ist, scheint ebenso einleuchtend wie die günstige Einwirkung, die von jeder dichten Besiedlung eines Landes und der Zusammenballung von Millionen von Verbrauchern auf die Gewerbetätigkeit ausstrahlt.

Im ganzen haben also die meisten Zweige der holländischen Industrie, obwohl sie nicht „bodenständig" sind, einen durchaus günstigen „Standort". Trotzdem ist es ihnen in den letzten Jahren zumeist nicht sonderlich gut gegangen, ja manche von ihnen haben schwer um ihre Existenz kämpfen müssen. Die förderliche Wirkung, die der Weltkrieg mit seiner Abschnürung Hollands auf manche Industriezweige ausübte, verflog nach dem Kriege allzubald, und es kamen einige Jahre, in denen die holländische Industrie mit ihrer wenig fortgeschrittenen Betriebskonzentration und ihren auch ohne Rücksicht auf Valutadifferenzen vergleichsweise hohen Löhnen bei starker steuerlicher Belastung gegen die Valutakonkurrenz Deutschlands und — in schwächerem Grade — die Belgiens und Frankreichs sogar auf dem heimischen Markte nur schwer aufkommen konnte, auf den europäischen Märkten durch die Verstärkung der Schutzzolltendenzen in wichtigen Absatzländern und das Darniederliegen Deutschlands im Absatz stark beeinträchtigt und selbst auf kolonialen Märkten durch die gegenseitige Vorzugsbehandlung von Kolonien und Mutterländern erheblich gehemmt wurde. Die Folge war langes Stilliegen großer Teile der Industrie oder doch mangelhafte Beschäftigung und also umfangreiche Arbeitslosigkeit, die beide notwendigerweise die Produktionskosten erhöhten und das Übel nur noch größer machten. Erst seit der Stabilisierung der Mark, also etwa seit Anfang 1924 geht es allmählich wieder aufwärts, obgleich die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

französische Valutakonkurrenz von Zeit zu Zeit immer noch manche Absatzschwierigkeiten bereitet.

Es soll in ganz knappen Zügen wenigstens angedeutet werden, welche Industrien zu schwach sind, um den holländischen Bedarf zu decken, also einer Ergänzung durch Einfuhr bedürfen, welche den heimischen Markt hinreichend versorgen und welche über den holländischen Rahmen hinausgewachsen sind und deshalb ihre überschußproduktion im Auslande unterbringen müssen. Was zunächst die Industrien der Steine und Erden betrifft, so vermag die Ziegeleiindustrie mit ihren 21000 Arbeitskräften zwar einigermaßen den holländischen Bedarf zu decken, kann aber nur einzelne Spezialprodukte ausführen. Die Produktion der Kunststeinindustrie reicht — trotz kräftiger Entwicklung — nicht aus, um den Markt zu versorgen. Die Tonwarenindustrie stellt nur gewöhnliche Tonwaren für das Inland her und kommt für den Export nicht in Betracht. Dagegen geht die Erzeugung der Steingut- und Fayenceindustrie weit über die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes hinaus, so daß in einzelnen Artikeln (Tafelservices, Waschgeschirre, Haushalt- und Sanitätsgeräte, Tabakpfeifen) ein erheblicher Teil der Produktion im Auslande untergebracht werden muß. Ganz unbedeutend wieder ist die Porzellanindustrie, so daß Einfuhr fast in vollem Umfange des Bedarfes erforderlich ist. Die Glasindustrie stellt Fensterglas in genügendem Umfange her, während Spiegelglas und anderes gegossenes Glas nur von einer zur belgischen Industrie gehörigen Fabrik erzeugt wird, die ihre Produktion an Belgien abgibt und deshalb in der Ausfuhr erscheint. Dagegen werden Weißglas-, Halbkristall- und Kristallwaren ebenso wie Flaschen in so großen Mengen erzeugt, daß ein beträchtlicher überschuß Absatz im Auslande sucht. Es bleibt also im Ganzen ein Defizit, das in den letzten Jahren der Menge wie dem Werte nach wesentlich größer war als die Ausfuhr.

Eine besondere Stellung nimmt die Amsterdamer Diamantindustrie ein. Sie ist eine ausgesprochene Veredlungsindustrie und beschäftigte 1919 nach einer amtlichen Statistik in 283 Unternehmungen (hauptsächlich mit größeren Betrieben, daneben noch etwas Hausindustrie) 8800 Arbeitskräfte (von rund 11000 Berufszugehörigen) und soll damals Materialien im Werte von rund 100 Mill. fl. zu Produkten im Verkaufswerte von rund 145 Mill. fl. verarbeitet haben, von denen natürlich die Hauptmasse ins Ausland (insbesondere nach Nordamerika) geht. Doch hat die Industrie in den letzten Jahren sehr gelitten und ist erst seit 1923 wieder aufgeblüht.

In der Gruppe der gegenüber der Zeit vor dem Kriege stark erweiterten chemischen Industrien (rund 15000 gegen 10000 Beschäftigte) ist dem Produktionswerte nach weitaus die wichtigste die Seifenindustrie, die aber nur etwa 5% ihrer Produktion ausführt. Ihr folgt unmittelbar die Farbenindustrie, die vor allem Pflanzenfarben, Metallfarben, Lackfarben, Lacke und Firnisse herstellt und durch den Krieg einen so starken Antrieb zur Erweiterung erhalten hat, daß in den letzten Jahren ein nicht unbeträchtlicher Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr erzielt wurde. Auch die Haupt-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

produkte der pharmazeutischen Industrie — Chinin, Kokaïn, Äthylchloride, Chlor, Chloroform, Äther — werden in weit über den holländischen Bedarf hinausgehenden Mengen erzeugt, suchen also den Weltmarkt auf. Ebenso hat die Industrie der ätherischen Öle und Parfümerien eine Überschußproduktion. Sonst aber ist eine nennenswerte Ausfuhr nur noch in Stearin, Olein und anderen Fettsäuren vorhanden. Die Düngemittelindustrie verarbeitet als Veredlungsindustrie Phosphate und Guano zu Superphosphaten zum Teil für die Wiederausfuhr und stellt schwefelsaures Ammoniak her, von dem ebenfalls größere Mengen im Ausland abgesetzt werden müssen; für Kalidüngemittel und Stickstoff ist dagegen Holland reines Einfuhrland. Alle anderen Zweige der chemischen Industrie sind entweder schwach entwickelt (wie die Säurefabrikation und die Teerdestillation) und vermögen nicht einmal den Inlandsbedarf zu decken, oder sie fehlen ganz, so daß ständig ein erheblicher Bedarf an chemischen Produkten vorhanden ist, der nur durch Einfuhr gedeckt werden kann.

Fast ausschließlich für das Inland arbeitet die Lederindustrie. Zwar ist die Produktion an Sohl- und Treibriemenledern größer als der Inlandsbedarf, so daß ein Überschuß ausgeführt werden muß, während für leichtere und feinere Leder eine Einfuhr erforderlich ist, die der Menge und dem Werte nach die Ausfuhr übertrifft; aber die Leder verarbeitenden Industrien sind reine Inlandsgewerbe. Das gilt sowohl für die Treibriemenindustrie als auch und vor allem für die Schuhindustrie, die in den letzten Jahren Fortschritte zum Großbetrieb gemacht hat und alle Arten Schuhwerk herstellt, aber 1922 und 1923 so stark unter der Valutakonkurrenz Deutschlands zu leiden hatte, daß ihre Produktion der Menge nach durch die Einfuhr übertroffen wurde und ihr Beschäftigungsgrad zeitweilig recht ungünstig war. Seit Anfang 1924 aber hat sie sich gut erholt, die Einfuhr zurückgedrängt und sogar etwas exportiert. Für eine nennenswerte Ausfuhr kommt sie aber vorläufig ebensowenig in Betracht wie die Industrie der Lederwaren, die im Gegenteil mannigfacher Ergänzung durch Einfuhr bedarf. Etwas anders liegt es bei der Gummiindustrie, die ebenfalls und aus den gleichen Gründen 1921—1923 sehr stark an Produktionsumfang und Arbeiterzahl verloren hatte. Von den großen Mengen Kautschuk, die nach Holland kommen, ist im letzten Jahrfünft noch nicht ein Zehntel in der heimischen Gummiindustrie zu Isolier- und Packmaterial, Kontorartikeln, Sport- und Spielwaren, chirurgischen und sanitären Artikeln, Flaschenringen u. dgl. verarbeitet worden, von denen ein nicht unerheblicher Überschuß ausgeführt werden muß. Aber es bleibt in solchen Gegenständen, die entweder nicht in genügenden Mengen (wie Pneumatics und Gummireifen) oder überhaupt nicht hergestellt werden, ein großer Passivsaldo, der durch Einfuhr ausgeglichen werden muß.

Wenig Ausfuhr hat auch die vielgestaltige Holzindustrie, die zusammen mit der Kork- und Strohindustrie nach der Zählung vom 31. Dezember 1920 nicht weniger als 54000 Arbeitskräfte beschäftigte. Die Holzsägerei, die früher stark für den Holzhandel und damit auch für den Export

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

arbeitete, ist heute fast nur noch für das Inland tätig. Von den Hauptprodukten der Bautischlerei gelangt nur Parkett zur Ausfuhr. Die gut entwickelte Möbelindustrie, die alles herstellt, was im Lande gebraucht wird, produziert nur einige Spezialartikel im Überschuß, ist im übrigen aber nicht imstande, den ganzen Inlandsbedarf zu decken, so daß der kleinen Ausfuhr eine recht beträchtliche Einfuhr gegenübersteht. Auch die Wagen- und Karosserieindustrie arbeitet fast nur für das Inland, und die Fabrikation von Kinder-, Sport- und Puppenwagen deckt den vorhandenen Bedarf bei weitem nicht, so daß viel Einfuhr nötig bleibt. Die Kistenmacherei, Küferei und Korbindustrie endlich, die das in sehr großen Mengen benötigte Packmaterial herstellen, erzielen höchstens in Fässern und Faßreifen einen nennenswerten Produktionsüberschuß, der auf fremde Märkte geht. Im ganzen aber ergibt sich schon aus diesen kurzen Bemerkungen, daß auch die Holz verarbeitende Industrie hauptsächlich Inlandsgewerbe ist und zugleich mancher Ergänzung bedarf, die in einer wenigstens der Menge nach beträchtlichen Einfuhr ihren Ausdruck findet.

Als Ausfuhrindustrie kann die Papierindustrie bezeichnet werden, wenn man die hochentwickelte Strohpappenindustrie der Provinz Groningen dazu rechnet. Die Papierindustrie i. e. S. ist leistungsfähig in Schreib-, Druck- und Packpapieren (Produktion 1924: 123000 t) und stellt als Spezialitäten technische Papiere, Filterpapiere und handgeschöpftes Bütten her, bedarf aber bei einer Ausfuhr von 62—63000 t namentlich in wertvolleren Produkten stark der Ergänzung durch Einfuhr. Dagegen hat die Pappenindustrie einen so großen Produktionsumfang (bis zu 200000 t), daß bei voller Beschäftigung nicht weniger als 90% ausgeführt werden müssen, ein einzigartiger Fall in der ganzen holländischen Industrie.

Etwas anders ist die handelspolitische Lage in der Textilindustrie, die mit der Bekleidungsindustrie zusammen der Beschäftigtenzahl nach gleich hinter der großen Gruppe der Nahrungs- und Genußmittelindustrien folgt. Die Spinnerei ist in ihr im ganzen durchaus ungenügend entwickelt. Ihr stärkster Zweig ist die hauptsächlich in Twente und Umgebung konzentrierte, vielfach mit Weberei kombinierte Baumwollspinnerei, die seit 1910 sowohl der Zahl der Betriebe als auch der Spindelzahl nach kräftige Fortschritte gemacht hat. Sie verarbeitete im letzten Jahrfünft auf wenig mehr als dreiviertel Millionen Spinnspindeln im Jahresdurchschnitt etwa 30000 t amerikanische und ostindische Baumwolle und Baumwollabfälle (gegen 22000 bis 25000 t vor dem Kriege) hauptsächlich zu Webereigarnen, vermochte aber mit dieser Produktion den Bedarf der Weiterverarbeitung nicht entfernt zu decken. Noch weniger ist das bei der Wollspinnerei der Fall, die ihren Sitz in der Gegend von Tilburg, Veenendal und Leiden hat und jährlich im Durchschnitt nur etwa 7500 t überseeische und einheimische, zum Teil in Holland selbst gewaschene und gekämmte Wolle sowie etwas Baumwolle meist zu Streichgarnen für Weberei und Wirkerei verspinnt, Kammgarne dagegen nur wenig herstellt. Die Leinenspinnerei fehlt trotz der beträchtlichen Flachskultur und der sich daran anschließenden Produktion von Faserflachs noch immer so gut wie ganz, so daß Holland für Leinengarne fast reines

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einfuhrland ist. Dagegen sind einige Jutespinnereien vorhanden, die etwa 6500—7000 t Jute jährlich verarbeiten, ohne jedoch damit den Bedarf voll zu decken. Endlich hat sich neuerdings die Kunstseidenindustrie (Breda, Arnhem) so günstig entwickelt, daß sie nicht nur den verhältnismäßig kleinen Eigenverbrauch Hollands an Kunstseide decken, sondern auch in zunehmendem Grade exportieren kann. Alles in allem weist die Spinnerei jedoch selbst bei voller Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit erhebliche Fehlbeträge sowohl in Leinen- und Wollgarnen (Kammgarnen) als auch in Baumwoll- und Jutegarnen auf, so daß sich im Jahrfünft 1920/24 bei ganz schwacher Ausfuhr im Jahresdurchschnitt der beträchtliche Einfuhrüberschuß von fast 38000 t Garnen aller Art ergab.

Im Gegensatz zur Spinnerei arbeitet die Weberei wenigstens zu einem Teile für die Ausfuhr. Weitaus am stärksten ist auch hier die in Twente und Umgebung, im östlichen Gelderland und im südöstlichen Nordbrabant ansässige Baumwollweberei entwickelt, die 1923 insgesamt 86 Betriebe mit rund 49000 Webstühlen (gegenüber 74 Betrieben mit 36000 Webstühlen im Jahre 1910) umfaßte und 1921/24 jährlich rund 45000 t Garn verarbeitete. Ebenso hat sich die teils mit der Weberei kombinierte, teils selbständige Kattunbleicherei, -färberei und -druckerei günstig entwickelt, so daß auch sie heute ausführt. Die Produktion der Baumwollweberei für das Inland erstreckt sich vor allem auf Köper, Oberhemden-, Blusen- und Schürzenstoffe, Handtücher, Bettzeug u. dgl., während für das Ausland (übersee, Niederländisch-Indien) besonders Modapollans, Calicots, Cambrics, Shirtings, Jaconnets, Flanelle, Drell, bunte Stoffe und Shawls hergestellt werden. Obgleich im ganzen die Produktion den holländischen Bedarf übersteigt und sich der Menge wie dem Werte nach ein erheblicher Ausfuhrüberschuß (Ausfuhr an Baumwollgeweben im Jahresdurchschnitt 1920/24: 21000 t) ergibt, so bleibt doch ein gewisser Bedarf namentlich in wertvolleren und feineren Stoffen, der durch Einfuhr aus England, Deutschland und Belgien gedeckt werden muß. Viel unbedeutender ist die Wollweberei mit Tilburg als Hauptsitz, die 1923 insgesamt 73 Betriebe mit 4700 Webstühlen aufwies, von denen die meisten mit Spinnereien kombiniert sind und einige den ganzen Produktionsprozeß von der Wäscherei bis zur Appretur umfassen. Obgleich der Garnverbrauch im Jahresdurchschnitt 1922/24 nur 4500 t betrug, wird dennoch fast ein Drittel der Produktion ausgeführt, so daß der Rest für die Deckung des Inlandsbedarfes bei weitem nicht ausreicht und der holländische Markt mehr als zur Hälfte mit ausländischen Wollstoffen versorgt werden muß. Auch die Leineweberei von Twente und 's-Hertogenbosch ist von geringer Ausdehnung, führt aber trotzdem einen erheblichen Teil ihrer reinleinenen Produkte (Damast, Tafeltücher, Betttücher, Handtücher, Taschentücher, Badetücher, Frauenkleiderstoffe, Behangstoffe, Filterstoffe) aus. Umfangreicher ist die Juteweberei, die mindestens 9000 t Garn zu Sacktuch, Läufern, Gardinen und Portieren verarbeitet, aber damit nur das Inland versorgt, erwähnenswert ferner die gut entwickelte Tricot- und Wirkereiindustrie, die in den letzten Jahren nach

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Betriebs- und Arbeiterzahl zugenommen hat, ohne freilich die fast das Anderthalbfache ihrer Produktion betragende Einfuhr schon entbehrlich machen zu können, die Deckenfabrikation, die neben Wolldecken vor allem Baumwollware (Moltondecken) auch für die Ausfuhr herstellt, endlich die Teppichindustrie, die in großen Mengen sog. belgische Teppiche, Brüsseler und Axminster-Teppiche sowie Kuhhaarteppiche, Kokosläufer und -matten fabriziert, aber nur wenig exportiert.

In der Gruppe der Bekleidungsindustrien hat sich zwar die fabrikmäßige und hausindustrielle Konfektion von Männer- und Knabenkleidung, Arbeitsanzügen, Kinderkleidern, Frauen- und Mädchenkleidern sowie Wäsche in den letzten Jahrzehnten stärker entwickelt und die Einfuhr (insbesondere aus Deutschland) relativ zurückgedrängt, und die Männerkleider- und die Wäschefabrikation haben es sogar zu etwas Export gebracht, aber noch immer bleibt die Produktion wesentlich hinter dem Bedarf zurück, so daß auch in den letzten Jahren noch die durchschnittliche Einfuhr der Menge nach das Siebenfache, dem Werte nach das Neunfache der Ausfuhr betrug. Auch die anderen hierher gehörigen Industriezweige (wie etwa die Hut- und Mützenindustrie, die Pelzkonfektion) arbeiten lediglich für das Inland, und nur die Schirmindustrie hat eine Ausfuhr, die aber auch nicht größer ist als die freilich abnehmende Einfuhr.

Während die bisher genannten Industriezweige zumeist gar nicht oder nur wenig ausführen und nur einige von ihnen als eigentliche Exportindustrien bezeichnet werden können, ist das in der Gruppe der Nahrungs- und Genußmittelindustrien, der nach der Beschäftigtenzahl stärksten holländischen Industriegruppe, ganz anders. Die meisten zu ihnen gehörenden Industriezweige sind in sehr hohem Grade auf die Ausfuhr angewiesen. Da ist zuerst die Milchkonservenindustrie, die große und jetzt wieder stark zunehmende Mengen ihrer Erzeugnisse Kondensmilch und Milchpulver auf den Weltmarkt bringt (1922: 85000 t, 1923: 98000 t). Sodann die hochentwickelte Ölindustrie, die neben einheimischen Samen (Lein-, Kümmelsamen) vor allem eingeführte Ölfrüchte (Leinsamen, Kopra, Sojabohnen, Erdnüsse) verarbeitet und mit ihren Pflanzenölen und -fetten nicht nur das Inland und vor allem dessen Margarineindustrie versorgt, sondern auch große Mengen ihrer Produkte (in den letzten Jahren 180—190000 t) ausführt. Weiter gehört hierher die oben genannte Margarineindustrie, die 1924 in ihren 16 Fabriken etwa 130000 t Margarine herstellte und im gleichen Jahre nicht weniger als 95000 t im Auslande (besonders in Deutschland und England) absetzte. Die Kakao- und Schokoladenindustrie verarbeitete in ihren 50 Fabriken mit mehr als 8000 Arbeitern in den letzten Jahren (1922/24) durchschnittlich etwa 35000 t Kakaobohnen zu Kakao und Schokolade und führte den größten Teil ihrer Produktion aus. Auch die Zuckerindustrie, die neben der Zuckerrübenernte des Landes in ihren Raffinerien auch bedeutende Mengen kolonialen Rohrzucker verarbeitet, gehört zu den Exportindustrien, da von ihrer Gesamtproduktion (in Weißzucker berechnet) mehr als die Hälfte im Auslande (besonders in England, Frankreich und Finnland) ab-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gesetzt wurde. Zu erwähnen ist ferner die bedeutende Kartoffelmehlindustrie, die 1913 rund 80000 t Kartoffelmehl ausführte und diesen Stand in den letzten Jahren überschritten hat; die Mehlindustrie, die als Veredlungsindustrie auch für das Ausland arbeitet (Weizenmehlausfuhr 1924: 74000 t); die Reisindustrie, die ebenfalls einen erheblichen Teil ihrer Produktion an geschältem Reis, Bruchreis und Reismehl exportiert; die Konserventindustrie (Fleisch-, Gemüse-, Fruchtkonserven). Unter den Getränkeindustrien hat dagegen nur die Schnapsbrennerei und Likörindustrie einen bedeutenden Export (Jenever, Korn), der sich aber nach dem Kriege stark vermindert und erst in den letzten Jahren wieder etwas gehoben hat. Endlich gehört in diese Gruppe die Tabakindustrie, die die drei Zweige der Tabak- (Rauch-, Schnupf-, Kautabak), der Zigarren- und der Zigarettenindustrie umfaßt, von denen die vor allem Sumatra-, Java-, Borneo- und Brasiltabake verarbeitende Zigarrenindustrie der weitaus bedeutendste Zweig ist. Doch hat gerade diese Industrie nach dem Aufschwung im Kriege unter der Depression der Jahre 1921/23 derart gelitten, daß sie die höchsten Arbeitslosenziffern unmittelbar nach der Diamantenindustrie aufwies und 1923 nur noch ein Drittel der Vorkriegsmengen im Ausland unterbringen konnte.

Wenn die keineswegs kleine Gruppe der Metall verarbeitenden Industrien hier zuletzt genannt wird, so geschieht das deshalb, weil sich fast alle zu ihr gehörigen Zweige im Anschluß an die Landwirtschaft, die bisher genannten Industrien und nicht zuletzt das Verkehrswesen (in seinem ganzen Umfange) entwickelt haben und ganz auf deren Bedürfnisse eingestellt sind. Sie sind also durchaus konsumorientierte Fertigindustrien, die bei völligem Fehlen der sog. Schlüsselindustrien ihren nicht unerheblichen Bedarf an Grundstoffen und Halbfabrikaten (Roheiseneinfuhr im Jahresdurchschnitt 1920/24: 35000 t) aus dem Auslande beziehen müssen und fast ausschließlich für den Inlandsmarkt arbeiten, ohne diesen aber hinreichend versorgen zu können. Das ist das Gesamtbild. Im einzelnen ergeben sich freilich erhebliche Unterschiede, da nicht alle Zweige gleichmäßig durchgebildet sind. Gut entwickelt ist die Eisen- und Stahlgießerei, die für die Weiterverarbeitung, also vor allem die Maschinenindustrie, die Elektroindustrie, die Konstruktionswerkstätten, die Schiffswerften arbeitet. Die sich um die Bedarfszentren Rotterdam, Amsterdam, Twente gruppierende Maschinenindustrie ist sehr vielgestaltig, steckt noch sehr im sog. allgemeinen Maschinenbau und kennt infolgedessen die ausgesprochene Spezialisation kaum. An Kraftmaschinen werden neben Kesseln und Leitungen sowohl Dampfmaschinen, -turbinen, -lokomobilen, -lokomotiven als auch Explosionsmotoren, Verbrennungskraftmaschinen und Windmotoren hergestellt. Unter den Arbeitsmaschinen sind Pumpen aller Art ein großer Artikel, bedeutsam auch die Herstellung von Baggermaschinen, Hebewerkzeugen, mechanischen Einrichtungen für Brücken und Schleusen. Daneben stehen in bunter Mannigfaltigkeit Maschinen für den Ackerbau, die Milchwirtschaft, die Schneidemüllerei, die Ölschlägerei, die Kakao- und Schokoladenindustrie,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Kaffeebrennerei, die Tabakindustrie, die Kautschukindustrie, die Pappenindustrie, die Holzbearbeitung, die Flachsbereitung, die Textilindustrie (Wäschereimaschinen, Webstühle, Appreturmaschinen), die Torfgewinnung und den Steinkohlenbergbau. Auch Werkzeugmaschinen (Schnell- und Revolverdrehbänke, Bohr-, Schleif- und Fräsmaschinen) spielen eine Rolle. In der Elektroindustrie dagegen ist die Herstellung von Turbogeneratoren, Dynamomaschinen, Elektromotoren und Transformatoren wenig bedeutend und war von 1920—1923 auf weniger als die Hälfte zurückgegangen, während elektrische Apparate und Zusatzeinrichtungen, insbesondere aber Metalldrahtglühlampen, der einzige Ausfuhrartikel großen Umfanges, wesentlich stärker hervortreten. Neben diesen Industriezweigen sind etwa noch hervorzuheben: die Waggonindustrie, die Personen-, Güter- und Tankwagen für die Eisenbahn, aber auch Straßenbahnwagen herstellt, die in guter Entwicklung begriffene Fahrradindustrie, deren Produktion von rund 63000 Stück in 1921, 73000 Stück in 1922, 80000 Stück in 1923 und 88000 Stück in 1924 jedoch noch immer ein Einfuhrüberschuß von 162000, 160000 und 122000 Stück gegenüberstand, die namentlich für die Lebens- und Genußmittelindustrien arbeitende Blechwarenfabrikation, die sogar eine nennenswerte Ausfuhr nach Belgien, Deutschland und den Kolonien hat. Natürlich gibt es auch zahlreiche Konstruktionswerkstätten größeren Stils, die in den Krisenjahren zwar stark zu leiden hatten, jetzt aber in der Herstellung von Einrichtungen und Apparaten für Molkereien, Konservenfabriken, Zuckerfabriken, Ölmühlen und Margarinefabriken, Brauereien und Brennereien, chemische Fabriken, Gaswerke usw., von Transporteinrichtungen, Leitungen und Reservoiren, von Eisenkonstruktionshallen und im Brücken- und Schleusenbau wieder bessere Beschäftigung finden. Schließlich sei noch die beträchtliche Werftindustrie in Süd- und Nordholland wenigstens erwähnt, die in etwa drei Dutzend Großbetrieben vor allem Passagier- und Frachtschiffe für die See- und Küstenschiffahrt (auch für das Ausland) baut, während in zahlreichen mittleren und kleineren Betrieben Passagier- und Frachtschiffe für die Binnenschiffahrt, Schlepper, Fischereifahrzeuge und dergleichen hergestellt werden. Für das Jahr 1920 wurde ihre Produktion auf 206 Mill. fl. geschätzt, 1923 war sie auf weniger als ein Drittel zurückgegangen, hat sich aber seitdem mit dem Ansteigen der Konjunktur wieder beträchtlich gehoben, ohne freilich die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit auch nur annähernd erreicht zu haben (Ende 1920 im Bau: 451000, Ende 1923: 113000, Ende 1924: 125000, Ende 1925: 109000 Brutto-Registertonnen).

So bedeutsam die ganze, hier zusammengefaßte Gruppe von Industrien (Maschinenindustrie, Metallindustrie, Fahrzeugbau, Schiffsbau) mit ihren 196000 Arbeitskräften für die holländische Volkswirtschaft auch ist, so vermag sie dennoch dem Bedarf nicht zu genügen. Bei geringfügiger Ausfuhr einzelner Produkte bleibt eine beträchtliche Einfuhr erforderlich, die im Durchschnitt der Jahre 1920/24 für Maschinen, Werkzeuge und Apparate viermal, für Instrumente aller Art elf- bis zwölfmal und für Fahrzeuge mindestens viermal so groß war wie die Ausfuhr. Holland ist also trotz der reichen, aber stark zersplitterten Entwicklung dieser Industriegruppe nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nur ein dauernd gutes Absatzgebiet für Eisen, Stahl, Halbzeug und Walzwerksprodukte, sondern auch heute wie in der Zukunft ein aufnahmefähiger Markt für die verschiedensten Produkte, die es entweder in ungenügendem Umfange oder überhaupt nicht herstellt.

e) Der Handel und das Verkehrswesen.

Will man die Bedeutung von Handel und Verkehrswegen in Rücksicht auf die handelspolitische Lage Hollands in einem Satze kennzeichnen, so kann man sagen: Sowohl der Handel (soweit er Zentralmarktgroßhandel ist) als auch das Verkehrswesen Hollands gehen in ihrem heutigen Entwicklungsstande weit über die unmittelbaren Bedürfnisse der Volkswirtschaft des Landes hinaus. Drei Umständen vor allem verdankt Holland diese Entwicklung: seinem großen und überaus reichen Kolonialbesitz, der ihm höchst wertvolle Kolonialprodukte in so großen Mengen verschafft, daß sie das Land unmöglich selbst verarbeiten und verbrauchen kann; seiner geographischen Lage, die es zum Eingangstor von Westeuropa macht; endlich der günstigen Verbindung seiner großen Häfen mit dem Hinterland durch zahlreiche natürliche und künstliche Verkehrswege.

Von den großen Handelszweigen baut sich eine ganze Anzahl unmittelbar auf der Kolonialwirtschaft auf. Wenn auch im Amsterdamer Kaffeehandel der brasilianische Kaffee (Santos, Rio) an der Spitze steht, da von der Gesamtzufuhr 50—55% auf diesen entfallen, so spielen doch auch Kaffees aus Niederländisch-Ostindien (vor allem Robusta) und westindische Sorten (zusammen mit den mittelamerikanischen etwa ein Drittel) eine erhebliche Rolle und zeigen, daß Amsterdam und Rotterdam einen großen Bruchteil der kolonialen Kaffeeernten Hollands (durchschnittlich etwa 1 Mill. Sack) vertreiben. Wesentlich stärker tritt das eigene Kolonialprodukt im Teehandel (Amsterdam) in die Erscheinung, da in den letzten Jahren der Anteil der niederländisch-ostindischen Tees an den Gesamtzufuhren zwischen 80 und 90% schwankte. Ebenso sind Java- und Surinamkakao in erheblichem Umfange an der Versorgung des Kakaobohnenmarktes beteiligt, der allerdings überwiegend der Belieferung der holländischen Kakao- und Schokoladenindustrie dient. Ganz vorzugsweise kolonialwirtschaftlich fundiert sind der Gewürzhandel, der in der letzten Zeit vor dem Kriege 6000 bis 7000 t Pfeffer, Nelken, Muskatnüsse, Muskatblüte usw. in Amsterdam und Rotterdam umgesetzt und nach dem Kriege seine alte Be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deutung, wenn auch nicht die gleichen Umsätze rasch wiedererlangt hat, sowie der Drogenhandel mit seinen Hauptartikeln Chinarinde und Kokablättern, die beide fast ausschließlich aus Java herangeführt werden. Ähnliches gilt für den Tabakhandel (Amsterdam, Rotterdam), der zwar auch süd- und mittelamerikanische, britisch-indische und chinesische, griechische und türkische Tabake führt, aber dessen wesentliches Fundament doch der holländische Kolonialtabak (Sumatra-, Java-, auch Borneotabake) bildet. Auch ein Teil der Rohrzuckerproduktion Javas geht nach Holland, wird hier raffiniert und dann vom Zuckerhandel zusammen mit den Überschüssen an inländischem Rübenzucker ausgeführt.

Von den Handelszweigen, die sich mit der Heranschaffung und dem Vertrieb industrieller Rohstoffe befassen, knüpfen ebenfalls einige an die holländische Kolonialwirtschaft an, so besonders der Handel mit Ölfrüchten (Kopra, Erdnüsse) und Pflanzenfetten (Kopra- und Erdnußöl), der Kautschukhandel, der Zinnhandel. Doch sind die beiden letzteren ohne große Bedeutung. Von der Weltproduktion an Kautschuk entfielen zwar 1923: 34%, 1924: 39% und 1925: 40% auf Niederländisch-Ostindien; doch kam davon nur ein kleiner, in den letzten Jahren allerdings gewachsener Teil auf den Amsterdamer Markt, während die Hauptmasse unmittelbar nach Amerika ausgeführt wird oder in den englischen Handel übergeht. Ähnliches gilt vom Zinnhandel, der vor dem Kriege etwa drei Viertel der niederländisch-ostindischen Zinnproduktion (1913: 20500 t = 1/5 der Weltproduktion) vertrieb, aber es nicht verstanden hat, nach dem Kriege die gesteigerte Zinnproduktion (1924 : 32000 t) wieder in gleicher Weise nach Holland zu lenken. Die übrigen großen Handelszweige sind dagegen ohne Verbindung mit der Kolonialwirtschaft entstanden und verdanken ihre Bedeutung vorzugsweise der unvergleichlichen Verkehrslage des Landes und den vortrefflichen Lager- und Umschlagseinrichtungen, über die besonders Rotterdam verfügt. Das gilt sowohl für den Amsterdamer Häutehandel, der nach dem Kriege infolge der Übersiedlung führender deutscher Firmen aus Antwerpen nach Amsterdam einen sehr bemerkenswerten Aufschwung erlebt hat, als auch und besonders für den Erz-, Holz- und Getreidehandel Rotterdams, deren Umfang allerdings auch nach dem Kriege infolge der Bedarfseinschränkungen des deutschen Hinterlandes noch längst nicht die gewaltigen Ausmaße der früheren Zeit wiedererlangt hat.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Um die andere Tatsache der Erweiterung des Verkehrswesens weit über den Eigenbedarf der holländischen Volkswirtschaft zu beleuchten, mag es genügen, einige markante Zahlen anzuführen. Der gesamte Güterverkehr über die holländischen Grenzen umfaßte in den letzten Jahren vor dem Kriege und in der Zeit nach dem Kriege folgende Mengen in Mill. t:

	nach Holland	ins Ausland	insgesamt
1911	51	38	89
1912	56	42	98
1913	60	45	105
1921	37	25	62
1922	40	27	67
1923	33	22	55
1924	51	38	89

Der Güterverkehr von 1913 wurde durch die damals 900000 Registertonnen fassende Handelsflotte, die 3400 km Eisenbahnen sowie die Binnenschiffahrt auf den zirka 1000 km schiffbaren Flüssen und 3360 km Kanälen bewältigt. Da sich seit 1913 die Handelsflotte durch Neubauten und Käufe auf nicht weniger als 1,5 Mill. Registertonnen (31. 12. 1924), also um mehr als die Hälfte vergrößert hat, die Binnenschiffahrtsflotte ebenfalls erweitert worden ist und auch der Lokomotiv- und Güterwagenbestand der Eisenbahnen zugenommen hat, so bedeutet das, daß in den letzten Jahren noch größere Gütermengen als vor dem Kriege durch das holländische Verkehrswesen hätten bewältigt werden können, während tatsächlich in den Jahren 1920 bis 1923 nur die Hälfte bis höchstens zwei Drittel der früheren Mengen zu transportieren waren. Es erhellt daraus zugleich, wie sehr Holland nicht nur durch den Krieg selbst, sondern auch durch das Darniederliegen Deutschlands nach dem Kriege in seinen Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten getroffen worden ist, und welch ein erheblicher Teil seines verkehrswirtschaftlichen Kapitals lange Jahre vollständig brachgelegen hat und auch jetzt noch nicht wieder voll beschäftigt ist.

2. Die Handels- und die Zahlungsbilanz.

a) Die Handelsbilanz.

Die aus dem geschilderten Aufbau und der weltwirtschaftlichen Verflechtung der holländischen Volkswirtschaft sich ergebende Handels-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bilanz weist in den Jahren 1923 bis 1925 folgende, in Hauptgruppen zusammengefaßte Posten auf:

Gruppe	Einfuhr			Ausfuhr			Einfuhrüberschuß — Ausfuhrüberschuß +		
	1923 Mill. fl.	1924 Mill. fl.	1925 Mill. fl.	1923 Mill. fl.	1924 Mill. fl.	1925 Mill. fl.	1923 Mill. fl.	1924 Mill. fl.	1925 Mill. fl.
I. Nahrungsmittel:									
a) unbearbeitet oder wenig bearbeitet .	366	493	504	189	327	372	— 177	— 166	— 132
b) Fabrikate	138	185	172	328	437	452	+ 190	+ 252	+ 280
II. Rohstoffe:									
a) mineralische Stoffe	263	297	300	91	92	99	— 172	— 206	— 201
b) pflanzliche Stoffe	407	465	519	119	149	149	— 288	— 316	— 369
c) tierische Stoffe . .	87	109	107	35	45	43	— 51	— 64	— 65
III. Fabrikate	740	804	841	490	533	626	— 250	— 270	— 215
IV. Andere Waren . . .	8	11	12	51	78	67	+ 43	+ 67	+ 55
Insgesamt (ohne Gold und Silber)	2009	2364	2455	1303	1661	1808	— 706	— 703	— 647

Wie die Übersicht zeigt, ist die erste Gruppe „Nahrungsmittel" bemerkenswerterweise aktiv. Zwar ist die Einfuhr an unbearbeiteten und wenig bearbeiteten Nahrungsmitteln (insbesondere Brotgetreide, Rohzucker, Kaffee, Tee, Kakaobohnen usw.) und Viehfutter (Mais, Gerste, Hafer, Leinkuchen) anderthalb bis zweimal so groß wie die Ausfuhr, in Nahrungsmittelfabrikaten (wie vor allem in Molkereiprodukten, Margarine, Ölen und Fetten, Kakao, Zucker, Kartoffelmehl und anderen Müllereiprodukten) besteht jedoch eine so starke Ausfuhr, daß sich im ganzen ein noch dazu steigender Ausfuhrüberschuß ergibt. Daß die zweite Gruppe „Rohstoffe" in sehr erheblichem Grade passiv ist, versteht sich bei der Struktur der holländischen Wirtschaft von selbst, enthält doch diese Gruppe an unbearbeiteten oder wenig bearbeiteten mineralischen Stoffen die großen Posten Steinkohle und Koks, Steine, Erden und Zement, Chilesalpeter und andere Düngesalze, Petroleum- und Petroleumderivate, die das rohstoffarme Holland notwendig braucht, während unter den pflanzlichen Stoffen Holz und Kautschuk, Baumwolle und andere Faserstoffe, Ölfrüchte wie Kopra, Erdnüsse, Leinsaat, unter den tierischen Stoffen Häute und tierische Fette durch-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aus die Hauptrolle spielen. Die dritte Gruppe „Fabrikate" endlich zeigt erneut die starke Ergänzungsbedürftigkeit der oben skizzierten holländischen Industrie und enthält auf der Einfuhrseite die Unzahl der Industriewaren vom Eisenblech und Stabeisen bis zur Arbeitsmaschine und zum Automobil, wie vom Garn bis zur fertigen Kleidung, die Holland überhaupt nicht oder nur in ungenügenden Mengen herstellt, auf der Gegenseite aber eine Ausfuhr, die im ganzen zwar keineswegs unbeträchtlich, wohl aber außerordentlich zersplittert ist und es nur in wenigen Artikeln, wie etwa Baumwollwaren, Pappe, Glühlampen, zu wirklich großen Mengen und Werten bringt.

Es entspricht der eigenartigen Zwischen- und Durchgangslage Hollands, daß sich dieser Handelsverkehr (Spezialhandel) vorzugsweise mit den Nachbarländern Deutschland, Großbritannien, Belgien und Frankreich vollzieht, neben denen nur noch Niederländisch-Ostindien und die Vereinigten Staaten, neuerdings auch Argentinien (nur in der Einfuhr) eine größere Rolle spielen. Stellt man die Anteile der genannten Länder an Einfuhr und Ausfuhr zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Holländische Einfuhr aus	1913	1922	1923	Holländische Ausfuhr nach	1913	1922	1923
Deutschland . . .	28,7	30,0	24,6	Deutschland . . .	26,1	13,7	14,3
Großbritannien .	8,7	16,0	15,3	Großbritannien .	22,2	24,8	27,6
Belgien	9,0	9,3	10,7	Belgien	11,0	14,3	10,7
Frankreich	0,8	2,8	3,4	Frankreich	1,0	9,4	9,7
Vereinigte Staaten	11,3	13,4	12,7	Vereinigte Staaten	3,9	5,1	5,3
Niederl.-Ostindien	13,5	5,1	5,7	Niederl.-Ostindien	5,3	10,4	8,5
Zusammen	72,0	76,6	72,4	Zusammen	69,5	77,7	76,1

Die Übersicht zeigt, daß die genannten Länder sowohl an der Einfuhr als auch an der Ausfuhr mit rund drei Vierteln beteiligt sind, während der Rest sich auf die große Zahl der übrigen Länder verteilt. Weiter ergibt sich, daß Deutschland, Großbritannien und Belgien allein mehr als die Hälfte der Einfuhr bestreiten und gegenüber der Vorkriegszeit sogar noch an Bedeutung gewonnen haben, während sie von der Ausfuhr ebenfalls mehr als die Hälfte, aber weniger als 1913 aufnehmen. Endlich zeigt sich, daß nach dem Kriege die Handelsbeziehungen mit Frankreich in der Einfuhr wie in der Ausfuhr, die mit den Vereinigten Staaten in der Ausfuhr wesentlich intensiver

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und lebhafter geworden sind, Erscheinungen, die vor allem auf die geringe Wirtschaftskraft des deutschen Hinterlandes zurückzuführen sind, für das Holland Ersatz suchen mußte.

b) Die Zahlungsbilanz und ihr Ausgleich.

Die holländische Handelsbilanz war, wie die Übersicht zeigt, in den Jahren 1923/24 mit 706 und 703 Mill. fl. passiv, während sich für 1925 nach vorläufigen Ziffern nur ein Einfuhrüberschuß von 647 Mill. fl. ergibt. Vor dem Kriege belief sich das Defizit der Handelsbilanz im Mittel der Jahre 1907/12 auf 426 Mill. fl. und schnellte im Jahre 1913 auf 837 Mill. fl. hinauf. Während aber damals die Zahlungsbilanz leicht ausgeglichen werden konnte und noch beträchtliche Überschüsse für die Investierung in den Kolonien und im Auslande übrigblieben, ist das nach dem Kriege keineswegs in der gleichen Weise möglich gewesen. Wie wurde also der Ausgleich in den Jahren 1923 bis 1925 herbeigeführt? Zunächst wurde wiederholt, im Jahre 1924 sogar in sehr beträchtlichem Umfange, zu dem Mittel der Edelmetallabgabe aus dem seit 1918 auf etwa das Dreifache angewachsenen Gold- und Silberbestande der niederländischen Bank gegriffen. Sodann standen natürlich die Frachtgewinne der Seeschiffahrt, der Binnenschiffahrt und der Eisenbahnen im fremden Dienste zur Verfügung, die allerdings bei dem stark verringerten Güterverkehr sehr viel niedriger gewesen sind als vor dem Kriege. Da den sicherlich erheblichen Bankgewinnen aus dem Auslandsgeschäft solche ausländischer Banken in Holland und außerdem sehr hohe Spekulationsverluste in Mark, Kronen, Franken und Rubeln gegenüberstehen, so dürfte der Gewinnüberschuß nicht erheblich gewesen sein, wenn er im Endeffekt überhaupt noch vorhanden war. Das gleiche gilt für die Versicherungsgewinne im ausländischen Geschäft, die durch Gegengewinne ausländischer Versicherungsgesellschaften in Holland zum mindesten herabgedrückt worden sind.

Es bleiben also als Hauptposten zum Ausgleich der Zahlungsbilanz die Unternehmungsgewinne und Kapitalzinsen aus ausländischem Besitz, die aber im ganzen aus verschiedenen Gründen ebenfalls niedriger als vor dem Kriege waren. Unter den Unternehmungsgewinnen stehen zweifellos die aus der Kolonialwirtschaft an der Spitze, da sie überwiegend in holländischen Händen ist und deshalb auch ihre Gewinne, nach Abzug der Neuinvestierungen, dem Mutterland und seiner Zahlungsbilanz zugute kommen. Aber auch der sonstige Besitz Hollands an

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unternehmungen und Industriebeteiligungen im Ausland ist recht belangreich und in den letzten Jahren beträchtlich vermehrt worden (zum Teil zum Zwecke der Sicherstellung von Forderungen an Rohstoff- und Halbfabrikatelieferungen und von laufenden Industrie- und Handelskrediten). Es sei nur an den großen Besitz der beiden holländischen Margarinekonzerne Van den Bergh und Jürgens & Prinzen erinnert, die heute in Deutschland durch ihre 17 Ölmühlen und Raffinerien, 4 Härtewerke, 28 Margarinefabriken und zahlreiche Beteiligungen an deutschen Fabriken 70% der deutschen Margarineproduktion beherrschen, außerdem aber erhebliche Beteiligungen in England, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei erworben haben. Ebenso gehören hierher die holländischen Beteiligungen an der Petroleumindustrie (Kgl. holl. Petroleum-Ges., Shellgruppe), dem Erzbergbau in verschiedenen Ländern, der Gummiindustrie, der Kunstseidenindustrie, der Textil- und Konfektionsindustrie (z. B. in Deutschland), an ausländischen Schiffahrts-, Eisenbahn- und Straßenbahngesellschaften usw. Wenn auch diesem Besitz an Unternehmungen und Beteiligungen ein erheblicher ausländischer Besitz besonders an Handels- und Verkehrsunternehmungen in Holland und auch gewisse Abflüsse von Arbeitsverdiensten gegenüberstehen, so ist es doch sicher, daß die holländischen Unternehmungsgewinne im Auslande die des Auslandes in Holland weit übertreffen.

Weniger gewiß ist das jedoch für das Verhältnis zwischen den Kapitalzinsen, die Holland aus dem Auslande bezieht, und denjenigen, die es selbst für ausländische Anleihen, Hypotheken, Industrie- und Handelswerte in fremdem Besitz bezahlen muß. Gewiß ist der Besitz Hollands an öffentlichen Anleihen fremder Staaten und Gemeinden (einschl. seiner Kolonien), an Hypotheken, an Aktien und Obligationen noch immer recht groß; aber er hat doch durch die Inflation in Deutschland und Österreich, Belgien und Frankreich, Polen und Rußland, durch Konvertierungen und Zusammenlegungen, Zusammenbrüche und Konkurse so erhebliche Verminderungen erfahren, daß auch der Ertrag an Kapitalzinsen gerade in den letzten Jahren ein sehr viel kleinerer geworden sein muß. Aus solchen Vermögensreduktionen und Gewinnausfällen erklärt es sich denn auch, daß Holland ohne einen erheblichen Kapitalzufluß aus dem Auslande seine Zahlungsbilanz nicht immer hätte ausgleichen können. Solchen Kapitalzufluß brachten etwa die Anleihen, die der holländische Staat und einige größere Gemeinden

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in Amerika und England aufnahmen, die für Getreidekäufe in Amerika vorübergehend aufgenommenen Handelskredite, ferner die Bankeinlagen des Auslandes, die in der Zeit der Kapitalflucht aus den Inflationsländern recht erheblich waren, der Rückfluß holländischer Kredite an das Ausland, endlich aber auch Verkäufe von holländischen Effekten und von ausländischen Effekten in holländischem Besitz, die namentlich von den Vereinigten Staaten aufgenommen worden sind. Nun steht freilich diesem Kapitalzufluß ein Kapitalabfluß durch Gewährung von Staatsanleihen an das Ausland (z. B. der 1922 zurückgezahlte Lebensmittelkredit an Deutschland von 60 Mill. fl., der Revolving-Kredit an Deutschland von 140 Mill. fl., der Wiederaufbaukredit an Frankreich von 25 Mill. fl., ein weiterer Kredit an Frankreich von 30 Mill. fl., die Reliefkredite an Österreich und Polen), durch langfristige Kredite im Handelsverkehr, durch Zurückziehung von Bankguthaben nach der jeweiligen Stabilisierung, durch Neuerwerb von Unternehmungen, Beteiligungen, Aktien und Obligationen im Auslande gegenüber; aber es scheint, daß dieser Kapitalabfluß wesentlich geringer gewesen ist als der Zufluß und dieser Saldo den Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeigeführt hat.

Da es unmöglich ist, alle hier aufgeführten Posten einzeln zu beziffern, so muß es genügen, wenigstens ein Schema der holländischen Zahlungsbilanz aufzustellen, zu dessen Ausfüllung die Statistik leider keine hinreichenden Unterlagen gibt:

Forderungen:	Verpflichtungen:
1. Warenausfuhr (einschl. Gold u. Silber)	1. Wareneinfuhr (einschl. Gold u. Silber)
2. Frachtgewinne der Seeschiffahrt, Binnenschiffahrt, Eisenbahn in fremdem Dienst	2. —
3. Bankgewinne aus dem Auslandsgeschäft	3. Bankgewinne des Auslandes in Holland, Spekulationsverluste Hollands
4. Versicherungsgewinne im ausländischen Geschäft	4. Versicherungsgewinne des Auslandes im holländischen Geschäft
5. Unternehmungsgewinne aus ausländischen Anlagen:	5. Unternehmungsgewinne des Auslandes in Holland
a) Kolonialwirtschaftsüberschüsse	a) —
b) Industriebesitz und -beteiligungen im sonstigen Ausland	b) ausländische Unternehmungen und Beteiligungen in Holland
c) Arbeitsverdienste im Ausland	c) Arbeitsverdienste von Ausländern in Holland

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

6. Kapitalzinsen aus dem Ausland:	6. Kapitalzinsen an das Ausland:
a) öffentliche Anleihen (einschließlich Kolonien)	a) Auslandsanleihen Hollands
b) Hypotheken	b) Hypotheken des Auslandes in Holland
c) Industrie- und Handelseffekten	c) Industrie- und Handelswerte in fremdem Besitz
7. Kapitalzufluß aus dem Ausland:	7. Kapitalabfluß an das Ausland:
a) Staats- und Gemeindeanleihen	a) Staatsanleihen an das Ausland
b) Industrie-, Handels- und Schifffahrtsanleihen	b) Kredite im Warenverkehr
c) Bankeinlagen des Auslandes in Holland	c) Zurückziehung von Bankguthaben
d) Rückzahlung holländischer Kredite durch das Ausland	d) Rückzahlung ausländischer Kredite durch Holland
e) Effektenverkäufe Hollands	e) Neuankauf v. Effekten durch Holland

3. Die Handels- und Zollpolitik.

a) Traditionelle Freihandelspolitik und protektionistische Tendenzen.

Wenn man sich die Struktur der holländischen Volkswirtschaft, wie sie hier skizziert wurde, noch einmal vergegenwärtigt, so erscheint einem die traditionelle Freihandelspolitik der Holländer überaus einleuchtend und richtig. Ein Land, das seine große Bevölkerung unmöglich aus dem heimischen Boden allein ernähren kann und diesen um so besser ausnutzt, je mehr es zu intensiven Spezialkulturen übergeht, ein Land, das arm an Wald und fast ganz entblößt von Bodenschätzen ist und deshalb notwendig der Ergänzung durch fremden Wirtschaftsboden bedarf, ein Land, das durch seine Küstenlage, seine natürlichen Häfen, seine Ströme und Flüsse zum Handels- und Durchfuhrland geradezu vorausbestimmt ist, ein solches Land könnte sich nur schweren Schaden zufügen, wenn es seine Tore dem internationalen Verkehr nicht weit öffnen wollte. Denn die Vorteile, die ihm ein wirklich freier Verkehr bietet, sind ganz außerordentlich groß. Er bringt ihm die Stoffe, die es selbst nicht besitzt, der internationale Wettbewerb verschafft ihm diejenigen Waren, die es nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten erzeugen kann, zu den vergleichsweise günstigsten Bedingungen, er gestattet es ihm, zugunsten der vorteilhaftesten Produktion selbst auf die Herstellung solcher Güter zu verzichten, die es an sich erzeugen kann, die ihm aber geringeren Gewinn als andere bringen würden. So ist es begreiflich, daß die Holländer in ihrer über-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

großen Mehrzahl auch heute noch an der durchaus freihändlerischen *Politik festhalten, die mit dem Jahre 1862 beginnt. Damals trat jener* Zolltarif in Kraft, der erst 1924 durch einen neuen abgelöst wurde, und der etwas schematisch Grundstoffe prinzipiell für zollfrei erklärte, für gewisse Halbfabrikate eine Zollbelastung von höchstens 3% vorsah und den Höchstbetrag für zollpflichtige Fertigfabrikate auf 5% begrenzte. Es war ein Zolltarif, der im Grundsatz durchaus freihändlerisch war, im wesentlichen nur Finanzzölle enthielt und einzelnen Fertigfabrikaten, bei denen die 5% mehr als ein bloßer Ausgleich der inneren Belastung waren, doch nur einen ganz mäßigen Schutz gewährte.

Indessen hat es schon vor dem Kriege nicht an Vorstößen gegen die traditionelle Freihandelspolitik gefehlt. Aber das Volk entschied anders, und zweimal mußte eine Regierung wegen ihrer Hinneigung zum Schutzzoll zurücktreten. Neu und stärker belebt aber wurden solche Tendenzen nach dem Kriege durch den verschärften Protektionismus zahlreicher Länder, mit denen Holland im Handelsverkehr steht, und durch die schwere Valutakonkurrenz, die ihm die Hauptländer der Geldinflation mehrere Jahre hindurch in seinen eigenen Grenzen machten. Die Stimmen waren und sind dabei etwa so verteilt: Die Landwirtschaft ist gegen Schutzzölle, bis auf die Weizenbauern und die Züchter von Schlachtvieh; die Industrie ist in der Mehrheit für einen mäßigen Zollschutz, jedoch mit gewichtigen Ausnahmen (wie z. B. die Baumwollindustrie und andere ausgesprochene Exportindustrien, die vor allem die Erhöhung der Löhne und damit die Steigerung der Produktionskosten als Folge jeder Schutzzollpolitik fürchten); Handel und Verkehrswesen halten mit Entschiedenheit am Freihandel fest. Die großen Wirtschaftsverbände sind geteilter Ansicht: die Niederländische Gesellschaft für Industrie und Handel zum Beispiel erklärte sich wiederholt gegen Protektionismus und Einfuhrhemmungen, während im „Verbond van Nederlandsche Fabrikantervereenigingen" und im „Allgemeinen Arbeitgeberverband" die schutzzöllnerischen Tendenzen überwiegen. Von den politischen Parteien sind die Vereinigten Liberalen („Vrijheidsbond"), die freisinnig-demokratische Partei und die Sozialdemokraten entschieden für Freihandel, die Katholiken, die Antirevolutionären und die Christlich-Historischen, bei denen die Wirtschaftsinteressen nicht den Ausschlag geben, weder ausgesprochen freihändlerisch noch protektionistisch. Die Regierung endlich war für Aufrecht-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erhaltung des Freihandelssystems, wollte höchstens vorübergehende Notstandszölle und Unterstützungsmaßnahmen bewilligen und verfolgte im übrigen eine fiskalische Politik.

Ein Erfolg war unter solchen Umständen den Schutzzollbestrebungen zunächst nicht beschieden. Erst als die Folgen der Valutakonkurrenz sich immer stärker bemerkbar machten, wurden einige Notstandsmaßnahmen bewilligt (Erhöhung des Eingangszolls für Zigarren, Einfuhrerschwerungen für Schuhwaren). Mitte Juni 1924 legte sodann die Regierung der Kammer den Entwurf eines neuen Zolltarifs vor, der in gewissem Sinne den Schutzzollforderungen der Industrie Rechnung trug und inzwischen Gesetz geworden ist. Dieser Zolltarif verfolgt, unter Beseitigung des alten Schemas, folgende Grundsätze: höhere Zölle auf Waren, die hauptsächlich dem Luxuskonsum dienen; Freistellung allgemeiner Nahrungsmittel und solcher Industrieartikel, die vornehmlich von den weniger bemittelten Schichten verbraucht werden. Zugleich wurden die Zölle auf Fertigfabrikate von 5% im Höchstmaß auf 8% in einzelnen Fällen auch auf mehr (bis 20%) erhöht. Diese Erhöhung wurde von der Regierung mit der Notwendigkeit der Erzielung größerer Zolleinnahmen zum Ausgleich des Staatshaushaltes begründet; aber man muß den Gegnern der Regierung innerhalb und außerhalb des Parlamentes wohl recht geben, wenn sie auf den versteckten Schutzcharakter zahlreicher neuer oder erhöhter Zölle hinweisen. Gewiß wird man den fiskalischen Charakter der Zollerhöhungen auf Alkohol, Bier, Tabak, Tee nicht bestreiten können; wenn aber der neue Zolltarif früher zollfreie Artikel wie ausgelassenes Fett, verpacktes Garn, Mäntel, Nähmaschinen, verpackte Heilmittel u. dgl. mit 8% belastet, für andere Artikel des Massenkonsums wie Stockfisch, Gefrierfleisch, Pferdefleisch und Speck, Näh- und Strickwaren, Wollstoffe und Buckskins, Kleider, Hüte und Mützen, Glaswaren, Küchen- und Tischgerät, Betten und Möbel, Fahrräder usw. aber die Zölle auf 8% erhöht, so bedeutet das ohne Zweifel einen wenn auch schwachen Schutz für die in Frage kommenden Gewerbezweige; es handelt sich dabei durchweg um Waren, die entweder schon von jeher in Holland hergestellt wurden oder doch hergestellt werden können und im Inlande nicht durch entsprechende Steuern und Abgaben belastet sind. So hat also auch Holland einen ersten Schritt auf dem Wege zum Protektionismus getan, und man kann heute noch nicht sagen, wohin dieser Weg schließlich führen wird. Sehr wahrscheinlich ist es freilich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht, daß sich das holländische Volk angesichts seiner überwiegenden Handels- und Verkehrsinteressen dauernd von seiner alten, bewährten Handelspolitik abkehren und dadurch auch noch das letzte Bollwerk des Freihandels zerstören wird; ausgeschlossen aber ist es nicht, daß die Entwicklung in den Nachbarländern selbst Holland in eine Bahn drängt, die es nur mit Schwierigkeiten und nicht ohne wirtschaftlichen Schaden wieder verlassen kann.

b) Die Haltung gegenüber Deutschland.

Wie sich aber auch immer die Zollpolitik Hollands in der Zukunft gestalten mag, ob sie ausgesprochene Industrieschutzzölle ausbildet, oder ob sie nach dem Wegfall vorübergehender fiskalischer Bedürfnisse zu den niedrigen Sätzen der früheren Zeit zurückkehrt, auf alle Fälle hält das Land an der allgemeinen Linie seiner Handelspolitik fest. Die aber richtet sich nach wie vor auf den Abschluß von Handelsverträgen auf der Grundlage der gegenseitigen Gleichstellung der Staatsangehörigen in gewerblicher Tätigkeit, Handel und Schiffahrt und der gegenseitigen Meistbegünstigung der Waren. Daß diese Politik Deutschland und gerade ihm in erster Linie zugute kommt, ist selbstverständlich. Holland hat während des Krieges und in den Jahren darnach zum Greifen deutlich gesehen, wie sehr es von seinem deutschen Hinterlande abhängig ist, und fast jeder wirtschaftlich denkende Angehörige dieses nüchternen und sachlichen Volkes weiß es heute, daß Deutschlands Blüte zu einem sehr erheblichen Teile auch die Blüte seiner eignen Volkswirtschaft ist. Wenn der Zufuhrbedarf Deutschlands sinkt, so muß die holländische Seeschiffahrt ihre Schiffe auflegen, steigt der Leerlauf der Binnenschiffahrt, sind seine Eisenbahnen mangelhaft beschäftigt; steht die Industrie des deutschen Westens still, so herrscht Flaute auch auf den Rohstoffmärkten Rotterdam und Amsterdam. Und wenn die Lebenshaltung des deutschen Volkes gedrückt ist, so leiden die feldmäßigen Spezialkulturen Hollands, sein Gartenbau, seine Viehzucht und seine Molkereiwirtschaft nicht weniger Absatznot als seine Genußmittelindustrien, seine Hochsee- und Küstenfischerei, sein großer Kolonialwarenhandel. Umgekehrt aber kann auch Deutschland den Durchfuhrverkehr, die Handelsvermittlung, die landwirtschaftliche Überschußproduktion seines holländischen Nachbarn nicht entbehren, solange der Weg vom Industriegebiet rheinabwärts kürzer ist als nach Bremen und Hamburg und der deutsche Westen seine dichte Bevölkerung nicht aus

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem eigenen Boden ernähren kann. Nur auf einem wichtigen Gebiete herrscht zwischen beiden Ländern ein freilich sehr bedeutsamer Interessengegensatz: auf dem industriellen (und besonders dem der Fertigfabrikation), auf dem Holland der unterlegene Teil ist. Aber da Holland nach Lage der Dinge unmöglich die fehlenden Schlüsselindustrien aus dem Boden stampfen kann, und da auch manche gut entwickelte unter seinen Industrien nicht einmal den Inlandsbedarf zu decken vermag, so braucht das Land die Ergänzung durch Deutschland und würde seinen überwiegenden Handels- und Verkehrsinteressen einen schweren Schlag versetzen, wenn es gerade der deutschen Industrie die Tore verschließen wollte. Dazu kommt, daß Holland gerade im letzten Jahrzehnt nicht nur durch die Gewährung langfristiger Kredite, sondern auch durch den Erwerb von Beteiligungen und Effekten in einer Weise sich in Deutschland engagiert hat, daß es schon deshalb nicht nur im bisherigen Umfange, sondern in einem wesentlich gesteigerten Grade Abnehmer deutscher Waren werden und bleiben muß, mag damit den Interessen mancher seiner Industrien auch nicht in vollem Umfange gedient sein. So scheint die handelspolitische Haltung Hollands gegenüber Deutschland ziemlich eindeutig bestimmt und für absehbare Zeit kaum der Veränderung fähig, wenn nicht etwa Deutschland in der Zukunft von der Linie abweicht, die durch den Handelsvertrag vom 3. 6. 1923 und den Zusatzvertrag vom 26. 11. 1925 festgelegt ist, d. h. Holland die Meistbegünstigung auf der ganzen Linie (also auch für alle Erzeugnisse der holländischen Landwirtschaft!) *verweigert oder seinen* Handels- und Verkehrsinteressen nicht in genügendem Umfange Rechnung trägt. Denn dann, aber auch nur dann würde sich für Holland die Notwendigkeit einer Änderung seiner handelspolitischen Haltung gegenüber Deutschland ergeben, die für die deutsche Wirtschaft alles andere als günstig sein möchte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

B. Die handelspolitische Lage Belgiens.

1. Die Gestaltung der belgischen Volkswirtschaft unter dem Einfluß des Krieges.

Belgien hat durch den Friedensvertrag mit der Einverleibung von Eupen-Malmedy und Neutral-Moresnet nur eine Vergrößerung erfahren, die für die Wirtschaftsstruktur des Landes ohne jede Bedeutung ist, da der alte, aber fast erloschene Zink- und Bleierzbergbau von Altenberg längst belgischer Besitz war. Die Einwohnerzahl des jetzigen Gesamtgebietes war Ende 1920 7,5 Mill., ist aber seitdem auf 7,7 Mill. gestiegen. Wichtiger ist der Umstand, daß seit 1922 das Großherzogtum Luxemburg mit seinen 2586 qkm und 265000 Einwohnern, seinem Erzbergbau und seiner bedeutenden Eisen- und Stahlindustrie durch Zollunion zum belgischen Wirtschaftsgebiet geschlagen und dadurch die schwerindustrielle Basis des Landes wesentlich verbreitert worden ist.

Da nach dem Kriege eine neue Erhebung noch nicht stattgefunden hat, so muß es genügen, hier auf die letzte Feststellung von 1910 hinzuweisen. Darnach gingen vom Gesamtboden Belgiens allein für die überbaute Fläche, Straßen und Plätze, Eisenbahnen und Kanäle u. dgl. 12% ab. Von der verbleibenden Fläche waren 66% landwirtschaftlich genutzt, 18% mit Wäldern und Gehölz bestanden und 4% Öd- und Unland. Bald wird aller überhaupt noch wirtschaftlich verwertbare Boden (Ardennen, Kampine) unter den Pflug genommen oder aufgeforstet sein. Es ergibt sich aus diesen Ziffern, daß die Waldfläche in Belgien verhältnismäßig gering ist, wenn man sie zum Beispiel mit der deutschen vergleicht, und die forstwirtschaftliche Nutzung sich mehr und mehr auf die Gebiete absoluten Waldbodens in den Bergen der Ardennen und ihrer Ausläufer, im Heidelande der Kampine und im Hügellande Mittelbelgiens beschränkt. Da der Holzbedarf von Bergbau und Industrie ein sehr erheblicher ist, so ist es selbstverständlich, daß ein großer Teil desselben aus dem Auslande bezogen werden muß, Belgien also in wachsendem Grade zu den Holzeinfuhrländern gehört.

a) Die Landwirtschaft.

Der belgische Kulturboden läßt sich nach seiner wirtschaftlichen Eignung in sechs Zonen gliedern: die Polderzone, die Sandzone, die Lehmzone, die Kalkzone, die Schieferzone und die Mergelzone. Berücksichtigt man jedoch bei der Einteilung alle die landwirtschaftliche Kultur beeinflussenden Besonderheiten, so lassen sich insgesamt neun einigermaßen in sich geschlossene Gebiete unterscheiden. Steigt man vom Meere zu den Ardennen hinauf,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so durchschreitet man zuerst die Dünen Westflanderns. Obgleich im wesentlichen nur aus losem Quarzsand bestehend, ist doch auch dieser armselige Boden in Kultur genommen worden. Es hat sich in den Kleinbetrieben dieses Gebietes sogar eine hochintensive Gartenkultur entwickelt, die ihre Entstehung den zahlreichen Badeorten verdankt und sich, dem Absatzgebiet entsprechend, auf den Anbau von Gemüsen, feinen Speisekartoffeln und etwas Roggen und Hafer für das Vieh beschränkt. Es folgen die Poldern, ein toniger, künstlich getrockneter Meeres- und Flußschlickboden, der sich in einer Breite von 10 bis zu 20 km an der westflandrischen Küste hinzieht und die Flußmarschen an der Schelde mit umfaßt. Hier herrscht der Mittelbetrieb von durchschnittlich 30—40 ha vor und entfaltet eine äußerst vielseitige Wirtschaft. Der gute Boden gestattet einen sehr intensiven Ackerbau, fette Weiden fördern die Rinder- und Pferdezucht, und die starke Milchwirtschaft erlaubt eine ausgedehnte Schweinehaltung. Die Sandzone gliedert sich in einen östlichen Teil, die Kampine (Provinzen Antwerpen und Limburg), und in einen westlichen Teil, die flandrischen Sandböden, die sich über ganz Ostflandern, den größeren Teil Westflanderns und den Nordwesten des Hennegaues erstrecken. Von jenem ist mehr als ein Viertel mit dürftigen Kieferwäldern, Heidekraut und Ginster besetzt, während der übrige Boden trotz seiner Armut heute viel gut bebautes Acker- und Wiesenland umfaßt; dieser setzt sich zum Teil aus besseren Sandböden, zum Teil aber auch aus sehr leichten Böden zusammen, die ohne starke Humuszuführung und Düngung nur geringen Ertrag bringen würden. Auch Weideländereien finden sich in den Fluß- und Bachniederungen. Der Hauptproduktionszweig der Kleinbauern- und Zwergbetriebe der Kampine, die von mittleren und größeren Pachthöfen (bis zu 30 und 40 ha) durchsetzt sind, ist überall die Stallwirtschaft (namentlich die Rindvieh- und Schweinezucht sowie die Kälbermast und die Gutsmeierei), auf die auch der Ackerbau zugeschnitten ist. Das Kennzeichen der Zwerg- und Kleinbetriebe wie auch der mittleren Bauernhöfe der flandrischen Sandböden ist die denkbar größte Arbeitsintensität. Den von Natur dürftigen Böden werden nicht nur große Roggen-, Kartoffel- und Haferernten, sondern auch Gerste, Weizen, Rüben und Klee in hohen Durchschnittserträgen abgerungen; in sorgfältigster Kleinarbeit erzielt man Qualitätsprodukte an Flachs, Tabak, Hopfen und Zichorie, und noch nach der Ernte sucht man dem Boden durch Stoppelbestellung mit großem Erfolge einen zweiten Ertrag abzugewinnen. Die Viehzucht dagegen beschränkt sich in der Hauptsache auf Milchkühe, auf Schweinemast und Ferkelzucht, und auch das Geflügel fehlt nicht.

In mancher Beziehung weicht hiervon die Betriebsweise auf den sandigen Lehmböden Flanderns ab. Zwischen Bauerngütern, die die gleichen Früchte bauen wie die Höfe der Sandböden, Rinder- und Pferdezucht treiben, Schweine mästen und Milchkühe halten, sitzt eine starke ländliche Proletarierbevölkerung von Zwergbesitzern, Arbeiterbauern und Industriearbeitern mit etwas Grundbesitz oder Pachtland. In den Händen dieser Klein- und Zwergbauern liegt vorzugsweise der in günstigen Jahren hohen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gewinn abwerfende Handelsgewächsbau, so der um Werwicq (Westflandern) konzentrierte Tabakbau, der Zichorienbau um Roeselaere, der Hopfenbau von Aalst und Poperinge, der Flachsbau bei Kortrijk und St. Nicolas (Waesland), der Kleinobstbau westlich Brüssel und der Frühkartoffel- und Gemüsebau in der Mechelner Gegend. Von der Natur mit reicher Fruchtbarkeit ausgestattet sind die Lehmböden Mittelbelgiens, die fast ein Drittel des ganzen belgischen Flächenraumes einnehmen. Sie sind das Gebiet der Mittel- und Großbetriebe, zwischen denen sich freilich Kleinbetriebe und in der Nähe der großen Städte und Industriezentren auch viele Zwergwirtschaften eingestreut finden. Neben überwiegenden Ackerwirtschaften, die in äußerst intensiver Kultur besonders Weizen, Hafer und Rüben bauen, finden sich einseitige Viehwirtschaften, die sich auf die Pferdezucht gelegt haben oder Rinder- und Schweinezucht neben starker Milchwirtschaft treiben und zumeist stark industrialisiert sind. Eine besondere Stellung nimmt das Land von Herve im Nordosten der Provinz Lüttich ein, auf dessen fruchtbarem, an organischen Bestandteilen reichen Lehmboden in einseitigen Weidewirtschaften eine starke Mastviehzucht und Molkereiwirtschaft (Butter, Käse) getrieben und viel Obst gezogen wird.

Den Übergang von den reichen Lehmböden Mittelbelgiens zu den Ardennen bildet die Kalkzone, die den Süden der Provinz Lüttich, fast ganz Namur, den Westen Luxemburgs und den südöstlichen Teil des Hennegaues umfaßt. Die armen Verwitterungsböden dieses Gebietes, die zu mehr als einem Viertel mit Wald bestanden sind, weisen große kalkhaltige, lehmige und sandig-lehmige Bodenpartien auf, die sich zur Bestellung mit Futterpflanzen und Hafer sehr eignen und infolgedessen die Grundlage einer ausgedehnten Rindvieh- und Pferdezucht in den zahlreichen, wenig intensiven Mittelbetrieben (40—50 ha) und den großen Höfen (bis 100 ha und darüber) bilden. In der Schieferzone der Ardennen, deren Verwitterungsboden zum größten Teil noch weite Wälder trägt, die im Hohen Venn ausgedehnte Moore hat und auch sonst noch viel Ödland und Heide aufweist, ist nur etwa ein Fünftel gut durchlassendes, humusreiches Ackerland, auf dem Hafer, Kartoffeln und Futterpflanzen gebaut werden, während anderes Land als Wiese und Weide verwendet wird und die Grundlage der Viehzucht und Milchwirtschaft der zumeist kleinen und mittleren Betriebe bildet. An die Ardennen nach Südosten zu schließt sich endlich die zum lothringischen Juragebiet gehörende luxemburgische Mergelzone mit ihrem kalkhaltigen, tonigen, vielfach sehr steinigen Boden, der zum Teil als absoluter Waldboden angesprochen werden muß, aber in den niedrigeren Lagen bei ausreichender Düngung genügende Ernten an Kartoffeln, Hafer und Roggen trägt. Im Gegensatz zu dem allergrößten Teil Belgiens ist hier die Wirtschaftsweise noch sehr rückständig, findet sich doch ab und zu sogar noch die alte Dreifelderwirtschaft und eine Zerstückelung und Gemengelage des Grundbesitzes, die der Intensivierung der vorzugsweise auf Milchwirtschaft, Schweinemast und Ferkelzucht eingestellten Betriebe (meist Klein- und Mittelbetriebe unter 20 ha neben größeren Pachthöfen bis zu 100 ha) sehr hinderlich sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wie aus diesem knappen Bilde hervorgeht, liegt das Schwergewicht der belgischen Landwirtschaft durchaus auf den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben, auf die nach der Erhebung von 1905, deren Ergebnisse mangels einer neuen Zählung hier herangezogen werden müssen, fast 99% der Betriebe und 86% der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfielen. Von den 286 250 Betrieben über 1 ha, die gezählt wurden, kamen 68% mit 26% der Fläche auf Kleinbauern (1—5 ha), 31% mit 60% der Fläche auf Mittelbauern (5—50 ha), 1% mit 9% der Fläche auf Großbauern (50—100 ha) und endlich 0,2% mit 4% der Fläche auf große Güter mit mehr als 100 ha Land. Es ist aber anzunehmen, daß höchstens die Zahl der Kleinbetriebe noch größer geworden ist, als sie damals war.

Vergleicht man die Anbauflächen der Hauptkulturarten der Ackerwirtschaft für die Jahre 1913 und 1923/24 miteinander, so ergibt sich folgendes Bild (in 1000 ha):

	1913	1923	1924
Weizen und Spelz	177	156	153
Roggen	267	237	232
Gerste	34	34	31
Hafer	273	266	266
Getreide	751	693	682
Flachs (und Hanf)	?	19	22
Zichorie	8	8	9
Zuckerrüben	52	73	81
Industriepflanzen	—	102	115
Futterrüben u. dergl.	76	84	82
Kartoffeln	160	153	159
Wurzelfrüchte	236	237	241
Klee	129	125	120
Andere Futtergräser	26	35	33
Wiesen und Gärten	(220)	303	307
Futterpflanzen	375	463	460
Weideland	?	267	267

Diese Übersicht läßt vor allem erkennen, daß die Folgen des Krieges im wesentlichen überwunden sind und die belgische Landbevölkerung in gewohnter Emsigkeit selbst in den zerstörten Gebieten (Westflandern) die Bodenkultur wieder aufgenommen und die Verluste wettgemacht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hat. Im einzelnen zeigt sie einige Verschiebungen, die in der Richtung der Tendenzen liegen, welche die belgische Landwirtschaft schon vor dem Kriege beherrschten. Vor allem ist der Anbau von Brotgetreide (Weizen, Roggen) von 1913 bis 1924 um etwa 13% zurückgegangen, was gleichbedeutend mit einer erhöhten Abhängigkeit Belgiens vom Auslande in der Brotgetreideversorgung ist. Dagegen ist die Hafer- und Gerstenanbaufläche, deren Früchte vorzugsweise der Viehzucht zugute kommen, ungefähr gleich groß geblieben. Zugenommen hat die Kultur der Hülsenfrüchte und die der Wurzelfrüchte; auch der Anbau von Futterpflanzen weist eine Steigerung auf. Das Weideland scheint sich dagegen, nach älteren Zahlen zu urteilen, kaum vermehrt zu haben. Im ganzen ergibt sich also im Ackerbau unverkennbar ein Plus für solche Kulturen, die unmittelbar der Viehzucht dienen, also eine Verstärkung der Tendenz, Fleischproduktion und Molkereiwirtschaft immer mehr zu Hauptzweigen der Landwirtschaft zu machen. Beachtenswert ist daneben die Zunahme des Anbaues von Industriepflanzen, die sich freilich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Kulturen verteilt. Zurückgegangen ist der west- und ostflandrische Hopfenbau, der vor dem Kriege die Bierbrauerei mit fast drei Viertel ihres Hopfenbedarfs versorgte, und die an der Leye (Westflandern) sowie in den Tälern der Haine (Hennegau), Dender (Ostflandern) und Semois (Namur) blühende Tabakkultur, die früher etwa die Hälfte des belgischen Tabakverbrauchs deckte und in den letzten Jahren anscheinend wieder besser vorangekommen ist. Gut gehalten hat sich der Zichorienbau, der besonders um Roeselaere (Westflandern) und im Hennegau, aber auch anderwärts gepflegt wird, so daß nach wie vor ein Teil seines stattlichen Ertrages an Zichorienwurzel in getrocknetem oder bearbeitetem Zustande ausgeführt werden kann, sowie die Flachskultur, die in guten Jahren bis zu 50 000 t Rohflachs ausgezeichneter Qualität und 9—10 000 t Leinsaat (für die Ölindustrie) bringt. Wesentlich gestiegen ist dagegen der Anbau von Zuckerrüben in Mittelbelgien, der die breite Grundlage der Zuckerindustrie bildet und durch die großen Abfälle auch der Viehzucht zugute kommt. Nimmt man dazu noch die sich aus anderen Quellen ergebende Zunahme des Gartenbaues und der Gewächshauskulturen, so hat man in der Tat die Entwicklungsrichtungen der belgischen Bodenkultur, die offensichtlich denen der holländischen nahe verwandt sind, vollständig umrissen: steigende Einstellung des Ackerbaues auf die Zwecke der Viehzucht, vermehrter Anbau von Industrie-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

pflanzen und wachsender Übergang zu gartenmäßigen Spezialkulturen, die den Bedürfnissen der Großstädte und Industriezentren dienen.

Wie die Anbauflächen, so zeigen auch die Hektarerträge mit aller Deutlichkeit, daß die Rückschläge des Krieges vollständig überwunden sind. Wurden doch in den letzten Jahren vor dem Kriege und in den Jahren 1923/24 in den Hauptkulturen folgende Erträge auf den Hektar erzielt:

	1913 dz	1923 dz	1924 dz
Weizen	25,2	26,0	25,7
Roggen	20,3	22,8	23,2
Wintergerste	27,6	27,4	26,5
Hafer	25,6	25,8	24,2
Kartoffeln	206,5	185,1	180,5
Zuckerrüben	265,5	281,1	306,7

Also eine volle Wiederherstellung der alten Leistungen, die die belgische Landwirtschaft nicht nur ihrer außerordentlich hohen Arbeitsintensität, sondern auch dem starken Verbrauch an Stall- und Kunstdünger (Superphosphat, Thomasschlacke, Kalk, Chilesalpeter, weniger dagegen Kali) verdankt, der zum Beispiel den Deutschlands noch wesentlich übertrifft.

Schwerer als der Ackerbau hat es die Viehzucht gehabt, die Kriegsverluste und -schäden zu überwinden. Der Bestand an Hauptnutzvieharten war 1913 und 1924 folgender (in 1000 Stück):

	1913	1920	1924
Pferde (für die Landwirtschaft)	276	205	252
Rindvieh	1849	1487	1628
Schweine	1412	977	1139

Bei keiner dieser Nutzvieharten war es also bis 1924 gelungen, die starken Eingriffe in die Herdbestände, die in den Kriegsjahren bei mangelnder Auslandszufuhr nötig waren, vollständig wettzumachen. Schwer hatte durch die Aushebungen während der deutschen Besetzung besonders die berühmte Zucht von Kaltblutpferden gelitten, deren Stand aus der Übersicht leider nicht zu erkennen ist, da sie nur die Pferdehaltung für die Zwecke der Landwirtschaft verzeichnet. Allerdings scheint es, daß von 1922 ab die vom Staate nachhaltig geförderte Pferdezucht ihren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

alten Stand wieder erreicht oder sogar schon überschritten hat und damit eine Hauptquelle des bäuerlichen Wohlstandes (namentlich in Mittelbelgien, aber auch in West- und Ostflandern sowie in der Provinz Lüttich) erneut in voller Stärke fließt. Weniger gut gelungen ist der Ausgleich in der Rindviehhaltung, der Grundlage der Milchwirtschaft im Lande von Herve und den Gegenden vorwiegenden Klein- und Mittelbetriebes und der ausgebreiteten Fleischproduktion in allen Teilen Belgiens. Mit der Verringerung des Bestandes an Milchkühen durch die Kriegsverhältnisse hatte natürlich die Milchwirtschaft besonders stark gelitten, und da die Zahl der Milchkühe 1924 noch immer um 10% geringer war als 1913, so wird sie auch heute noch nicht wieder den Vorkriegsstand halten. 1924 dürfte die Milchproduktion 2000 Mill. l kaum überschritten haben (gegen 2300 Mill. l vor dem Kriege) und daher auch die Buttererzeugung noch wesentlich niedriger als 1913 (52—53 Mill. kg) gewesen sein, so daß in den Jahren nach dem Kriege vermehrte Einfuhr nötig war. Auch die Schweinezucht, die sich im Jahrzehnt 1904/13 sehr rasch entwickelte, hat die erheblichen Einbußen durch übermäßige Abschlachtungen in den Kriegsjahren noch nicht wettmachen können, so daß der Einfuhrüberschuß an Frischfleisch von 1919 ab auf das Vielfache der Vorkriegszeit gestiegen ist. In unausgesetztem Rückgange endlich ist die Schafzucht begriffen, die nur noch in den Ardennen und in Niederluxemburg, stellenweise auch in der Kampine eine gewisse Rolle spielt, und auch die Ziegenhaltung ist nach wie vor verhältnismäßig unbedeutend, obwohl sie in den außerordentlich zahlreichen Zwergwirtschaften mancher Provinzen recht günstige Vorbedingungen hat.

Zieht man die Bilanz, so ergibt sich folgendes: Trotz der hohen Hektarerträge, die der Ackerbau erzielt, und der wachsenden Intensität, mit der die Viehzucht auch nach dem Kriege betrieben wird, ist die belgische Landwirtschaft nicht entfernt imstande, den Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln zu decken. In den Jahren 1911/13 machte die Weizenernte nur 20—25% des Gesamtverbrauchs aus, während der in den Konsum übergegangene Roggen immerhin zu 80—85% aus dem Lande stammte, und im ganzen mußte man rechnen, daß die belgische Ernte höchstens zwei Fünftel des Brotgetreidebedarfs deckte. Das hat sich inzwischen nicht geändert, ja die Abhängigkeit vom Auslande ist mit dem Rückgange der Brotgetreidefläche sogar größer geworden, wenn das auch in den zurückliegenden Jahren eingeschränkten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verbrauchs noch nicht in die Erscheinung getreten ist. Auch für Gerste und Hafer gilt diese Abhängigkeit, da Belgien zwar reichlich vier Fünftel seines Haferbedarfs, aber höchstens ein Viertel der erforderlichen Gerstenmenge selbst decken kann. Nur die Kartoffelernte vermag den ganzen Bedarf zu befriedigen; der Ertrag des Zuckeranbaues überschreitet heute sogar ganz wesentlich den eigenen Bedarf, so daß mehr Zucker ausgeführt werden kann als vor dem Kriege. Alles in allem muß Belgien nicht weniger als etwa drei Fünftel seines Gesamtbedarfs an Ackerfrüchten einführen, während allerdings der feldmäßige Gemüsebau und die Garten- und Gewächshauskulturen in gewissen Gemüsen und Früchten nennenswerte Mengen auch für das Ausland erzeugen. Wesentlich günstiger als für den reinen Ackerbau liegen die Verhältnisse für Zucht- und Mastvieh, Fleisch und tierische Produkte. Aber auch hier ist noch eine große Unterbilanz sowohl für Mastvieh (Rinder, Hammel, Schafe), Frischfleisch und Fleischkonserven als auch für Molkereiprodukte, Geflügel und Eier vorhanden, die jetzt und für eine absehbare Zukunft durch Einfuhr ausgeglichen werden muß.

b) Der Bergbau.

Belgien ist heute sehr arm an Erzen, aber noch verhältnismäßig reich an Kohlen. Während seine Erzgruben nahezu erschöpft sind, bildet die Kohle die unverrückbare Grundlage seiner vielgestaltigen Industrie, zumal sich in den letzten beiden Jahrzehnten neue große Möglichkeiten aufgetan haben. Zwei Gebiete sind es, die die Kohlenschätze des Landes bergen, die Karbonmulde von Haine—Sambre—Maas und die Kampine. Beide gehören dem gewaltigen Steinkohlenzuge an, der von Westfalen kommend durch das Rheinland über Erkelenz und Aachen führt und sich dann an der belgischen Grenze in einen Südbogen und in einen Nordbogen teilt. Dieser zieht sich durch den südlichen Teil von Holländisch-Limburg und erfüllt dann einen großen Teil des Kempenlandes; jener wendet sich nach Lüttich (Lütticher Becken), geht dann an der Maas entlang bis Namur (Nieder-Sambre-Becken) und läuft von hier mit der Sambre in streng westlicher Richtung über Charleroi und Mons bis zur belgischen Grenze (Hennegau-Becken: Charleroi, Centre, Borinage), um im nordfranzösischen Kohlenbecken von Valenciennes-Douai zu münden. Die ganze Länge des belgischen Anteils am Südbogen ist etwa 170 km, seine Breite wechselt von 3 km bis zu 17 km, und die Flächenausdehnung der Kohlenfelder erreicht annähernd 1400 qkm;

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Nordbogen ist auf belgischem Gebiete 80 km lang und 12—16 km breit, so daß die Flächenausdehnung etwa 1200—1300 qkm beträgt. Während die Vorräte im Südbecken, deren Abbau bereits weit fortgeschritten ist, nach geologischer Schätzung nur noch etwa 3 Milliarden t betragen, rechnet man im Nordbecken mit 8 Milliarden t, von denen aber nur 4 bis höchstens 5 Milliarden t den Abbau lohnen sollen. Im ganzen ist also der wahrscheinliche Gesamtvorrat Belgiens an Kohlen noch etwa 11 Milliarden t, die aber zum Teil bereits in so erheblichen Tiefen abgebaut werden müssen, daß sich schon erhebliche Schwierigkeiten zeigen, zumal auch die Flözstärke im allgemeinen ziemlich gering ist. Die Zusammensetzung nach Kohlensorten ist so, daß im Südbecken die Gaskohlen mit etwa 10%, die Fettkohlen (Kokskohlen) mit 26%, die Halbfettkohlen mit 43% und die Magerkohlen (Heizkohle) mit 21% an der Förderung beteiligt sind, während die Vorräte der Kampine sich mit 52% auf Gas- und Gasflammkohle, 42% auf Fett- und Kokskohle und mit 7% auf Magerkohle verteilen. Beide Becken werden sich also mit wachsender Förderung im Norden außerordentlich glücklich ergänzen.

Da der Kohlenbergbau während der ganzen Dauer der deutschen Besetzung im vollen Umfange aufrechterhalten worden ist, so war es für Belgien verhältnismäßig leicht, nach dem Kriege den alten Stand seiner Kohlenförderung rasch wieder zu erreichen. Zwar hat sich die Zahl der betriebenen Bergwerke von 126 im Jahre 1912 auf 118 im Jahre 1923 vermindert; aber da sich jetzt darunter 6 neue Kampine-Gruben befinden, von denen 2 noch im Kriege die Förderung aufgenommen haben, und die Belegschaft von 145000 im Jahre 1912 auf 172000 bzw. 163000 im Durchschnitt der Jahre 1924 und 1925 gestiegen ist, so zeigt die Produktionsstatistik ein recht günstiges Bild. Es wurden nämlich gefördert (in Mill. t):

1912	23,0	1919	18,5
1913	22,8	1920	22,4
1914	16,7	1921	21,8
1915	14,2	1922	21,2
1916	16,9	1923	22,9
1917	14,9	1924	23,4
1918	13,8	1925	23,1

Wenn man die Durchschnittsförderung der Jahre 1911/13 = 100 setzt, so betrug die Produktion im Jahre 1918 nur noch 60%, 1920 aber bereits wieder 96% und 1923 100% der Vorkriegsförderung, und 1924 sowie 1925 war diese bereits überschritten. An diesem Erfolge haben

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die neuen Gruben der Kampine, die bei Kriegsausbruch eben in Angriff genommen waren, bereits einen nennenswerten, von Jahr zu Jahr größer gewordenen Anteil.

Sehr erhebliche Fortschritte hat neuerdings die Koksproduktion gemacht. Während 1912 in 38 Kokereien 4,2 Mill. t Kohlen zu 3,2 Mill. t Koks verarbeitet wurden, betrug die Koksproduktion 1923 und 1924 4,2 Mill. t und 1925 4,1 Mill. t, hat also den Vorkriegsstand weit überschritten, so daß der Einfuhrbedarf ein wesentlich geringerer geworden ist. Weniger günstig hat sich dagegen die Brikettfabrikation entwickelt, deren Produktion 1912 2,7 Mill. t betrug, 1924 auf 2 Mill. t gesenkt hatte, um dann im letzten Jahre wieder etwas anzusteigen.

Unter dem Einflusse dieser Entwicklung des Kohlenbergbaues und der Kohlenproduktion hatte sich die handelspolitische Lage der belgischen Kohlenindustrie zunächst etwas verschoben. 1912 führte Belgien 5 Mill. t Kohle und 1⅔ Mill. t Koks und Briketts vor allem nach Frankreich, aber auch nach Luxemburg, Holland und der Schweiz aus; dafür drang billig angebotene deutsche Kohle (und Koks) in rasch wachsendem Grade auf dem Wasserwege besonders im Lütticher Industriebezirk, aber auch in Antwerpen und Flandern ein und trat dort in Wettbewerb mit England, das annähernd 2 Mill. t Gas- und Industriekohle lieferte, und dem nordfranzösischen Kohlenbergbau, der 1912 über 1 Mill. t Industriekohle und Hausbrand nach dem Hennegau und den beiden Flandern schickte. Der Gesamtbedarf von 25,7 Mill. t Kohlen, Briketts und Koks mußte zu zwei Fünfteln durch Einfuhr (10 Mill. t) gedeckt werden. Ebenso wurden 1913 von der 22,8 Mill. t betragenden Produktion 7 Mill. t an das Ausland abgegeben und dafür 11 Mill. t eingeführt, so daß bei einem Einfuhrüberschuß von 4 Mill. t der Gesamtverbrauch 27 Mill. t betrug, von dem ebenfalls nur drei Fünftel durch die eigene Kohlenindustrie gedeckt wurden. Nach dem Kriege dagegen ergab sich 1919 bei einer Förderung von 18,5 Mill. t infolge des geringen Bedarfes der im Aufbau begriffenen Industrie ein Ausfuhrüberschuß von 3,9 Mill. t, 1920 hielten sich bei einer Produktion von 22,4 Mill. t Ausfuhr und Einfuhr ungefähr die Wage und 1921 konnte die Ausfuhr dank den deutschen Reparationslieferungen die Einfuhr um 1,5 Mill. t übersteigen. Von 1922 ab stellte sich bei rasch wachsender Einfuhr wieder ein beträchtlicher Einfuhrüberschuß ein, der vor allem auf das Vordringen der deutschen Kohle zurückzuführen ist. Es scheint also, daß nach Ablauf der besonderen Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hältnisse der Jahre unmittelbar nach dem Kriege sich die alte Lage wiederhergestellt hat. Wie sich die Dinge weiter gestalten werden, ist freilich nicht leicht zu sagen, weil alles von den Kohlenpreisen abhängt. Da der belgische Kohlenbergbau unter recht ungünstigen Verhältnissen (große Abbautiefen, geringe Mächtigkeit der Flöze, geringe Tagesleistung pro Arbeiter, zum Teil auch technische Rückständigkeit) arbeitet, die Kosten steigen, die Gewinne geringer werden und Jahr für Jahr zahlreiche Gruben mit Verlust arbeiten, so ist es immerhin fraglich, ob er auf die Dauer dem Ansturm der deutschen und englischen Kohle standhalten wird. Im letzten Jahre (1925) war sein Zustand zeitweilig so kritisch, daß umfangreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen werden mußten und die Vorräte fast bis zu einer Monatsproduktion anstiegen. Die Krisis wurde zwar durch Preiserhöhungen der nordfranzösischen Gruben, durch Exportaufträge der holländischen Konkurrenz, durch ein Verbot der Einfuhr deutscher Kohlen im freien Verkehr und durch Ausnahmetarife der Eisenbahn für Kohlentransporte nach Flandern und Antwerpen (zur Erleichterung des Wettkampfes gegen die deutsche, englische und französische Kohle) wesentlich abgemildert; sie hat aber doch gezeigt, daß die belgische Kohlenindustrie einem wirklich scharfen Wettbewerb kaum gewachsen ist.

Neben dem Kohlenbergbau spielt der Erzbergbau eine sehr bescheidene Rolle, da der Abbau der noch vorhandenen Lagerstätten wenig lohnend ist. Die Minettegruben des südbelgischen Juragebietes in den Ardennen sind fast erschöpft, die Roteisenerze des Maas- und Sambretales finden nur noch als eisenhaltige Zuschläge bei der Verhüttung kieselsäurereicher Erze Verwendung, der Brauneisenstein in den Provinzen Namur und Lüttich wird lediglich im Kleinbetrieb abgebaut, und nur das sog. Famenne-Erz (Roteisenstein), das in einer Mulde das Steinkohlenbecken von Namur und Lüttich umlagert, weist noch einen abbauwürdigen Vorrat von etwa 50 Mill. t auf. Neben diesen sehr bescheidenen Eisenerzvorräten verfügt Belgien nur noch über einige geringfügige Mengen von Manganerz im Hohen Venn und etwas Pyrit in den Provinzen Lüttich und Luxemburg. Daß unter solchen Umständen der Erzbergbau keinerlei Bedeutung für die Versorgung der belgischen Schwerindustrie hat, bedarf keiner weiteren Ausführung. Die Ausbeute war schon vor dem Kriege auf 150000 t Eisenerze aller Art zusammengeschrumpft, und 1923 wurden gar nur 117000 t gefördert. Nicht besser steht es mit dem altberühmten Zink- und Bleierzbergbau von Moresnet, der einst die Grundlage der Zink- und Bleihüttenindustrie gewesen, aber jetzt völlig zum Erliegen gekommen ist. Belgien ist also, wenn man von den großen Kupfer-, Zinn- und Eisenerzvorkommen im Kongostaate absieht, außerordentlich arm an den wichtigsten mineralischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rohstoffen und daher in dieser Beziehung ganz vom Auslande abhängig. Daran hat auch die wirtschaftliche Angliederung des Großherzogtums Luxemburg mit seinen erheblichen Minettevorräten nichts geändert, da die dort gewonnenen Erze (1924: 5,3 Mill. t, 1925: 6,7 Mill. t) meist an Ort und Stelle verhüttet werden und also für eine Versorgung Belgiens nicht mehr als vor dem Kriege (Ausfuhr nach Belgien 1913: 1,5 Mill. t, 1925: 1,3 Mill. t) in Betracht kommen.

Um so günstiger liegen die Dinge für einige andere mineralische Stoffe, wie z. B. Bau- und Pflastersteine, Kalk und Kreide, Ton und Sand, die in großen Mengen vorhanden sind und die Grundlage einer Reihe von Industrien bilden. Das wichtigste nutzbare Gestein sind die Kalke. Zu Bauzwecken geeigneter Kalkstein, der sogenannte belgische Granit, findet sich vor allem im Hennegau sowie im Maas- und Ourthetal, Kreide im Hennegau bei Mons und Binche, Marmor in Namur, im Hennegau und im Kreise Arel (Luxemburg), Hochofenzuschläge (Kalkstein, Dolomit) und Kalke für Baugewerbe und Zementindustrie an zahlreichen Stellen des Hennegaues und der Provinzen Namur und Lüttich, endlich Phosphate (phosphorsaurer Kalk) in zwei großen Lagern bei Mons sowie im Geertal (Hesbaye) und an der Maas und Vesdre (Provinz Lüttich). Porphyr von großer Härte gibt es in bedeutenden Mengen bei Quenast (Brabant), Lessines (Hennegau) und im Ourthetal (Lüttich), Sandstein im Maastal, Schiefer in Luxemburg und im südlichsten Namur. An wirtschaftlich nutzbaren Tonarten besitzt Belgien beträchtliche Lager Ziegelton im Norden des Landes an der Rupel, bei Tirlemont in Brabant und in Westflandern sowie große Mengen feuerfesten Töpfer- und Pfeifenton, während Kaolin sich nur an wenigen Stellen und in ungenügendem Umfange findet und deshalb eingeführt werden muß. Von größer Bedeutung endlich ist das reichliche Vorkommen weißen Sandes, das die starke Entwicklung der Glasindustrie ermöglicht hat. Alle diese Lager nutzbarer Steine und Erden werden abgebaut und im Inlande verarbeitet oder ausgeführt. Während des Krieges wurde der Betrieb wenigstens zum Teil aufrechterhalten, fiel aber nach Produktionsumfang und Beschäftigtenzahl rasch ab, um sich von 1919 ab ziemlich schnell zu erholen, so daß 1923 wieder 891 Brüche mit 28500 Arbeitern im Betriebe waren. Die Gesamtproduktion, in der Werksteine und Platten aus Kalkstein und Marmor nach Menge und Wert den ersten Platz einnahmen und diesen nacheinander Pflastersteine aus Porphyr, Sandstein und Kalk, Dachschiefer, Kalke für Baugewerbe und Zementindustrie, Phosphate, Kalkzuschläge und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dolomit, Quarzsand, feuerfester Ton sowie Töpfer- und Pfeifenton folgen, belief sich 1923 auf einen Wert von etwa 308 Mill. Fr., die Großhandelsindex noch dem einem Vorkriegswerte von etwa 60 Mill. Fr. (1910/13: 65—70 Mill. Fr.) entsprechen würden. Man kann also sagen, daß die Steinbruchindustrie den Vorkriegsstand fast wieder erreicht hatte und deshalb auch die Ausfuhr pflegen konnte. Diese belief sich vor dem Kriege zuletzt (1913) auf etwa 25 Mill. Fr., d. h. dem Werte nach auf mehr als ein Drittel der Gesamtproduktion, und spielt von 1922 ab wieder die alte Rolle in der belgischen Gesamtausfuhr. Doch stand und steht der Ausfuhr regelmäßig eine bedeutende Einfuhr gegenüber, die dem Werte nach 1913 ungefähr der Ausfuhr die Wage hielt, aber in den letzten Jahren wesentlich dahinter zurückgeblieben ist.

c) Die Industrie.

Wenn man die handelspolitische Lage der belgischen Industrie und damit zum guten Teil die der belgischen Volkswirtschaft für die letzten Jahre und die unmittelbare Gegenwart erfassen will, so muß man sich zunächst klar darüber sein, daß der Krieg in das Leben und den Bestand dieser Industrie ganz anders eingegriffen hat als in die Land- und Forstwirtschaft und auch in den Bergbau. Deutschland als besetzende Macht hatte bei seiner Isoliertheit gegenüber dem Weltmarkt gar keine andere Wahl, als das Land und seine Kräfte nach Möglichkeit in den Dienst seiner Kriegswirtschaft zu stellen. Es ist bekannt und braucht hier nicht im einzelnen geschildert zu werden, daß deshalb der belgischen Industrie nicht nur die laufende Erzeugung, sondern allmählich auch sämtliche Vorräte an Rohstoffen und Halbfabrikaten entzogen werden mußten, daß ihr zahlreiche Arbeitsmaschinen, die in Deutschland nicht in genügender Menge hergestellt werden konnten, genommen wurden, daß in den schwersten Jahren der Kriegswirtschaft mit der wachsenden Not an kriegswichtigen Metallen (wie Kupfer, Messing, Blei, Zink) ihre Fabriken solcher Metallteile beraubt wurden, und daß schließlich sogar ganze Betriebsstätten und Werke der unerläßlichen Schrottgewinnung für die Stahlbereitung zum Opfer fielen. Die notwendige Folge war, daß der größte Teil der Industrie bald ganz zum Stillstand kam und nur solche Industrien oder Industrieteile im Betriebe blieben, die entweder heimische Rohstoffe und Hilfsmaterialien verarbeiteten oder sich freiwillig oder gezwungen in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft stellten und daher den notwendigen Bedarf an Heizstoffen und Materialien zugeteilt erhielten.

Es konnte unter solchen Umständen keine Rede davon sein, daß die Industrie unmittelbar nach dem Waffenstillstand ihre Tätigkeit in vollem Umfange wieder aufnahm. Vielmehr folgte der Periode der Besetzung des Landes zunächst eine Zeit des Wiederaufbaues, in der die Fabriken instand gesetzt, der Maschinenapparat ergänzt und zum Teil erneuert und manche

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Industriewerke sogar völlig neu gebaut wurden. Daß diese Aufbauperiode von verhältnismäßig kurzer Dauer war, verdankt die Industrie nicht nur der tatkräftigen Unterstützung der mit Belgien verbündeten Länder (vor allem den Vereinigten Staaten, aber auch England und Frankreich), sondern auch der harten Notwendigkeit, das Volk so schnell wie möglich wieder aus den Erträgnissen der eigenen Arbeit zu ernähren, statt immer mehr in Verschuldung gegenüber dem Auslande zu geraten. Denn ein Volk, das nur zu etwa einem Sechstel in der hochintensiven Bodenkultur seines Landes tätig sein kann, das nur einen bescheidenen Teil seines Getreidebedarfes und nicht viel mehr als die Hälfte der erforderlichen tierischen Nahrungsmittel selbst zu erzeugen vermag, bleibt selbstverständlich genau so wie vor dem Kriege auf eine große Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen, die es in der Hauptsache mit industriellen Erzeugnissen bezahlen muß. Da aber Belgien die Rohstoffe, die für eine solche, den eigenen Bedarf wie die notwendige Ausfuhr befriedigende Industrieproduktion erforderlich sind, nur zum kleinsten Teile selbst besitzt, so müssen auch diese im Austausch gegen Halb- und Fertigfabrikate aus dem Auslande bezogen werden. Daran hat der Krieg prinzipiell nicht das Geringste geändert. Und so war denn Belgien wohl oder übel gezwungen, seine Industrie in der kürzest möglichen Frist wieder auf einen Umfang zu bringen, der es gestattet, nicht nur den eigenen Bedarf zu decken, sondern auch die fehlenden Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beschaffen, sowie die im Lande nicht hergestellten Fabrikate zu kaufen.

Auch an den allgemeinen Bedingungen der industriellen Produktion hat sich sehr wenig geändert. Sie sind heute jedenfalls nicht ungünstiger als vor dem Kriege. Die rasche und volle Wiederherstellung des Kohlenbergbaues hat alle die Vorteile wiederbelebt, die sich für das große Industriezentrum, das sich von Osten nach Westen gleich einem breiten Band von Verviers über Lüttich, Namur und Charleroi bis Mons durch Belgien hindurchzieht, aus seiner engen Verbindung mit den Kohlenlagerstätten ergeben. Nicht minder günstig ist natürlich die Frachtlage geblieben. Der größte Teil der erforderlichen Rohstoffe, Halbfabrikate und Maschinen kann zur See eingeführt werden und hat zur Weiterbeförderung vom Hafen aus ein dichtes Eisenbahn- und Kanalnetz zur Verfügung. Die Großindustrien Gents und Antwerpens haben überhaupt nur Wasserfracht zu tragen und der Landweg überschreitet auch für die am weitesten vom Meere abliegende Industrie kaum 150 km. Die niedrigen Eisenbahntarife und billigen Wasserfrachten, die vor dem Kriege die Abwanderung an die Hafenplätze verhindert und die starke Zentralisation der einzelnen Industrien an wenigen Plätzen begünstigt haben, sind im Vergleich mit den Tarifen der Konkurrenzländer auch heute noch vorhanden. Nicht ganz so günstig liegen die Arbeiterverhältnisse, da die Achtstundentag-Bewegung auch in Belgien die übermäßig langen Arbeitszeiten und die dadurch ermöglichte starke Ausnutzung der menschlichen Hilfskräfte wesentlich eingeschränkt hat und da zugleich die neuere Schutzgesetzgebung der Beschäftigung von billigen weiblichen Arbeitskräften und vor allem von Kindern mehr als früher Hindernisse in den Weg legt. Immerhin hatte die belgische Industrie den großen Vorteil, daß jedem ihrer Zweige

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dank der großen Seßhaftigkeit der Bevölkerung und den minimalen Kriegsverlusten der alte, eingeschulte Arbeiterstamm fast uneingeschränkt erhalten geblieben war und nach mehrjähriger Arbeitslosigkeit zu verhältnismäßig günstigen Lohnbedingungen sofort und im Überfluß zur Verfügung stand.

Wesentlich schwieriger war die Finanzierung des Wiederaufbaues. Aus eigener Kraft konnte sie nach vier Jahren der Besetzung und des Stillstandes mit ihren schweren Verlusten natürlich nur in den seltensten Fällen vor sich gehen, obwohl einige Reserven im Auslande zur Verfügung standen. Auch die Ersatzleistungen Deutschlands an Maschinen, Apparaten und Geräten in den ersten Jahren nach dem Kriege, die Reparationslieferungen der weiteren Jahre und die verhältnismäßig geringen Barzahlungen haben nicht entfernt für den industriellen Neuaufbau ausgereicht, so bedeutungsvoll sie auch für die belgische Wirtschaft gewesen sind. In der Hauptsache mußte deshalb für die Restaurierung und Ingangbringung der Industrie die finanzielle Hilfe des Auslandes in Anspruch genommen werden, die ihr durch Gewährung besonderer Aufbaukredite, durch Übernahme erheblicher Posten neu aufgelegter Aktien und Obligationen, sowie durch Zurverfügungstellung von Rohstoffkrediten in wahrscheinlich genügendem Ausmaße zuteil geworden ist. Die notwendige Folge dieser Art von Finanzierung ist freilich, daß fast die ganze belgische Industrie in einem weder im ganzen noch im einzelnen heute bereits überschaubaren Grade unmittelbar und mittelbar an das Ausland verschuldet ist und deshalb Jahrzehnte hindurch nur über einen Teil ihrer Gewinne selbst verfügen kann. Die Lage, in der sie sich befindet, ist also keineswegs rosig. Aber die starke Inanspruchnahme des internationalen Kapitalmarktes hat wenigstens das eine Gute mit sich gebracht, daß die Ausrüstung und Organisation vieler Betriebe heute eine bessere als vor dem Kriege ist. Damals waren nicht nur die verlagsmäßig organisierten Gewerbe und die Industrien mit vorwiegendem Mittelbetrieb (wie etwa die Lederindustrie, die Müllerei, die Bierbrauerei, die Tabakindustrie) technisch rückständig, vielmehr ließen auch in den ausgesprochenen Großindustrien — der Glasindustrie, der Zink- und Bleiindustrie, der Schwerindustrie, den Metall verarbeitenden Industrien (Elektro-, Maschinen-, Automobil-, Waggon-, Waffenindustrie), der Textilindustrie, der chemischen Industrie, der Papierindustrie — die Ausrüstung und innere Organisation selbst namhafter Großbetriebe viel zu wünschen übrig. Der Produktionsapparat hatte teilweise nicht rechtzeitig erneuert werden können und blieb deshalb stark hinter dem Stande der Technik zurück; der Betriebsorganisation fehlte vielfach die wissenschaftliche Durchbildung und zweckmäßige Gliederung. Trotz fortgeschrittener Spezialisation wurden die Vorteile der Massenproduktion keineswegs in genügender Weise wahrgenommen und dergleichen mehr. Das ist nach dem Wiederaufbau doch vielfach anders geworden. Auch haben — neben der Unternehmungskonzentration — die vertikale Kombination und vor allem die Betriebskonzentration entschiedene Fortschritte gemacht, da manche mittleren und kleineren Betriebe überhaupt nicht wieder aufgenommen worden sind und der Neuaufbau zerstörter Industriebetriebe

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in größeren Ausmaßen erfolgt ist. Die Vermutung ist deshalb durchaus begründet, daß die Leistungsfähigkeit der belgischen Industrie in ganzen größer als in der Vorkriegszeit geworden ist, was freilich erst bei voller Beschäftigung ganz in die Erscheinung treten kann.

Da es der zugemessene Raum verbietet, hier im einzelnen die Kapitalkräfte, die Betriebsorganisation, die Leistungsfähigkeit und die Absatzverhältnisse der Hauptindustrien in ihrem gegenwärtigen Stande zu schildern[1], so muß es genügen, auf wenigen Seiten das Kennzeichnende ihrer weltwirtschaftlichen Verflechtung und ihre Bedeutung für die handelspolitische Lage Belgiens herauszuheben[1].

Zwei Tatsachen sind es, die in dieser Hinsicht besonders charakteristisch für fast die gesamte Industrie sind: die starke Abhängigkeit vom Auslande in der Versorgung mit Rohstoffen und die Notwendigkeit, große Produktionsüberschüsse auf dem Weltmarkte unterzubringen. Wenn auch Belgien nicht so arm an Rohstoffen ist wie das holländische Nachbarland, so gibt es doch nur ganz wenige große Industrien, die im wesentlichen ohne fremde Rohstoffe und Hilfsmaterialien bestehen können: in erster Linie die bedeutende Glasindustrie, dann die Zementindustrie, die stärker entwickelten Zweige der keramischen Industrie, die Zuckerindustrie und allenfalls noch die Spiritusindustrie. Alle anderen sind heute in der Rohstoffversorgung vollständig oder doch überwiegend vom Auslande abhängig, obwohl manche von ihnen noch vor einigen Jahrzehnten durchaus bodenständig waren. Das gilt vor allem von der hochentwickelten Zink-, Blei- und Silberhüttenindustrie wie von der Schwerindustrie und also auch von allen Zweigen der Metallverarbeitung, die von jenen Schlüsselindustrien mit Rohstoffen und Halbfabrikaten versorgt werden. Auch der handelspolitische Anschluß des Großherzogtums Luxemburg an das belgische Wirtschaftsgebiet hat daran nichts geändert, da er wohl die belgische Schwerindustrie in ihrer Weltmarktstellung wesentlich gestärkt, ihr aber nicht auch eine neue Rohstoffbasis zu schaffen vermocht hat. In ganz der gleichen Lage wie die Hüttenindustrien befindet sich der große Komplex der

[1] Für die Zeit bis zum Kriege ist das in dem unter meiner Leitung entstandenen Werke: Die Hauptindustrien Belgiens, 3 Bde., München 1918/19, in erschöpfender Weise für die wichtigsten Exportindustrien geschehen; eine kurze Zusammenfassung aus meiner Feder findet sich in: Gehrig und Wäntig, Belgiens Volkswirtschaft, Leipzig und Berlin 1918, S. 161 ff. Neuere Darstellungen — außer einigen Denkschriften der belgischen Regierung — liegen noch nicht vor.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Textilindustrie. Von ihren Zweigen findet nur die Leinenindustrie einen Teil ihrer Rohstoffe im Lande, die sie aber zumeist schon im halbbearbeiteten Zustande (als Faserflachs) an das Ausland abgibt, so daß für die Spinnerei und Weberei fremde Stoffe an ihre Stelle treten müssen. Bei der Woll-, Baumwoll-, Jute-, Hanf- und Seidenindustrie dagegen ist der Rohstoffzuschuß aus dem Inlande so geringfügig, wenn er überhaupt noch in Betracht kommt, daß man sie alle zu den voll abhängigen Gewerben rechnen muß. Damit aber stehen natürlich auch alle von der Textilindustrie mit Halbfabrikaten und Fertigprodukten versorgten weiter verarbeitenden Industriezweige letzten Endes auf fremdländischer Basis, ein Schicksal, das allerdings die entsprechenden Industrien der meisten westeuropäischen Länder mit den belgischen teilen. Voll abhängig sind natürlich auch die Gummiindustrie und manche Teile der chemischen Industrie, während andere Zweige derselben immerhin einen Teil ihrer Stoffe dem Inlande zu entnehmen und vor allem mancherlei Nebenprodukte, Abfälle und Rückstände anderer Gewerbe zu verarbeiten vermögen. Günstiger ist die Lage der Lederindustrie mit den von ihr abhängigen Gewerbezweigen (Treibriemen-, Schuh-, Sattler- und Portefeuillewaren-, Handschuhindustrie), da ihnen die starke heimische Viehzucht und die Schlachtungen eingeführten Viehs so große Mengen Rohstoffe liefern, daß man hier schon von einem Zuschußbedarf reden kann. Ähnlich liegen die Dinge für alle Holzbearbeitungsgewerbe und bis zu einem gewissen Grade auch für die Papierindustrie. Und was endlich die Nahrungs- und Genußmittelindustrien betrifft, so sind manche von ihnen, wie z. B. die Schokoladenindustrie ganz, andere wie die Öl-, Margarine-, Mehl- und Stärkeindustrie zum überwiegenden Teile auf das Ausland angewiesen, und auch Brennerei und Tabakindustrie könnten ohne starke Zufuhr nur ein unscheinbares Dasein führen. Alles in allem also eine Abhängigkeit, wie sie stärker für ein bedeutendes Industrieland kaum gedacht werden kann. Es ist das gleiche Bild wie in Holland, nur mit dem wesentlichen Unterschiede, daß hier in Belgien die Industrie in ganz anderem Grade Fundament und Rückgrat der Volkswirtschaft ist als dort, wo die Industrie die handelspolitische Lage in viel geringerem und kaum den Ausschlag gebendem Grade bestimmt.

Suchen wir die andere Frage nach der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit der wichtigsten Industrien und ihrer Exportbedeutung im Vergleich zu den Verhältnissen der letzten Jahre vor dem Kriege in der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gebotenen summarischen Weise zu beantworten, so müssen wir wenigstens die Produktionsziffern und den Umfang der Ausfuhr verfolgen und nach Möglichkeit auch mit Ziffern belegen.

Von der Glasindustrie, die unter allen belgischen Industrien vor dem Kriege die verhältnismäßig größte Ausfuhr hatte, läßt sich trotz des Mangels einer neueren Produktionsstatistik sagen, daß sie bereits 1920 vollkommen hergestellt war und annähernd ihre frühere Leistungsfähigkeit wieder erreicht hatte. In der Spiegelglasindustrie allein ist die Kapazität infolge Ersetzung alter durch neue Apparate und Verwendung des elektrischen Stroms sogar wesentlich gestiegen, wie aus der Erhöhung ihrer Produktionsbeteiligung am internationalen Spiegelglassyndikat um ein Drittel hervorgeht. Ihre tatsächliche Erzeugung belief sich im zweiten Halbjahr 1925 auf etwa 95% der Vorkriegsleistung. Wurden von der Gesamtproduktion an Fenster- und Spiegelglas, Kristallglas, gegossenen und gepreßten Waren, Flaschen, Zylindern und Röhren, die 1913 auf einen Wert von 115—120 Mill. Fr. geschätzt wurde, nicht weniger als sieben Achtel ausgeführt, so weist die Handelsstatistik wieder eine Ausfuhrmenge aus, die 1923/24 fast die Höhe der Vorkriegszeit erreicht hatte. Fensterglas allein (der weitaus wichtigste Artikel) wurde 1924 in einer Menge von fast 200000 t exportiert, ein untrügliches Zeichen dafür, daß sich die Industrie ihre alte Stellung auf dem Weltmarkte zurückerobert hat. Ähnliches gilt für die Zementindustrie, die an Bedeutung sich gewiß nicht mit der Glasindustrie zu messen vermag, aber vor dem Kriege in ihren 50 Großbetrieben schätzungsweise 1⅓ Mill. t Portland-, Roman- und Schlackenzement herstellte und von dieser Menge nach voller Deckung des inländischen Bedarfes etwa zwei Drittel, besonders nach Südamerika, Holland, England und die englischen Kolonien ausführte. Seit 1922 bewegt sich die Ausfuhr in einer Größenordnung, die der von 1911/13 ungefähr entspricht, ja darüber hinausgeht.

Nicht ganz so vollständig ist die Wiederherstellung der Metallindustrien (Zink-, Blei- und Silber-, Kupferindustrie) gelungen, obwohl auch hier der rasche Aufschwung nach den Zerstörungen und Verlusten in der Besetzungszeit erstaunlich ist. Die Zinkindustrie, die vor dem Kriege die zweite Stelle in Europa einnahm und nicht weniger als ein Fünftel der Weltproduktion an Rohzink bestritt, zeigt folgende Produktionsziffern (in 1000 t):

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1913	204	1920	84
1914	146	1921	66
1915	52	1922	112
1916	22	1923	147
1917	10	1924	162
1918	9	1925	172
1919	20		

Die Produktionsziffern stiegen also von 1922 ab bei dauernd wachsender Nachfrage auf dem Weltmarkt unausgesetzt bis zur Gegenwart an. Nimmt man dazu die Produktion der Hütte Budel, die zwar auf holländischen Boden steht, aber zur belgischen Industrie gehört, so ergibt sich, daß Belgien 1924 bereits wieder mit 17% an der Weltproduktion von Zink teilnahm und diesen hohen Anteil auch 1925 gehalten hat. Noch günstiger war die Entwicklung der Produktion von Walzzink, die bereits 1922 mit 59000 t den Vorkriegsstand überschritten hatte, so daß von da ab die gleichen oder sogar größere Mengen Walzzink exportiert werden konnten, während der Ausfuhrüberschuß an Rohzink mit 72000 t vorläufig noch dahinter zurückbleibt. Die durch ihre Verarbeitung von bleihaltigen Zwischenprodukten eng mit der Zinkindustrie verbundene Blei-Silberindustrie erzeugte 1924 wieder 45000 t Rohblei (1913: 55000 t) und bestritt damit 3,5% der Weltproduktion gegen 4,3% vor dem Kriege. Anders die Kupferproduktion, die 1913 nur 1285 t betrug, aber bis 1923 auf 12500 t gestiegen war und zusammen mit der im Kongostaat (Katanga) gewonnenen Menge im Jahre 1924 bereits 7% der Welterzeugung an Rohkupfer bestritt.

Die Hauptbedeutung für die handelspolitische Lage der belgischen Industrie kommt natürlich der Schwerindustrie (Eisen- und Stahlindustrie) zu, die sich nach Beendigung des Neuaufbaus von 1920 an so rasch und so gut entwickelt hat, daß ihre Produktion an Eisen und Stahl im Jahre 1924 bereits wesentlich über der von 1912/13 lag, während 1925 infolge großer Streiks ein Rückgang eintrat. Im einzelnen wurden erzeugt (in 1000 t):

	Roheisen	Fertigeisen	Rohstahl	Stahlhalbzeug und -fertigwaren
1913	2486	335	2467	1859
1924	2808	201	2861	2379
1925	2550	105	2411	1979

Im Monatsdurchschnitt waren 1923: 45, 1924 wieder 47 Hochöfen (gegen 54 in 1913) in Betrieb, die Zahl der Stahlwerke hat sich von 28 auf 35 vermehrt. Wie vor dem Kriege wurde außerdem Roheisen in

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

großen Mengen für die Weiterverarbeitung eingeführt. Diese bewegt sich fast in den gleichen Bahnen wie vor dem Kriege, wie die spezialisierte Produktionsstatistik deutlich zeigt. Vergleicht man die Ziffern derselben mit denen von 1913, so ergibt sich folgendes Bild (in 1000 t):

	1913	1923
I. Roheisen	2486	2148
II. Gußwaren. 1. Schm.	62	58
III. Fertigeisen	304	183
IV. Stahl	2405	2239
V. Stahlhalbzeug und -fertigwaren	1858	1770

Nur weniges hat sich geändert, wie etwa das Eingehen der Puddelwerke, der relative Rückgang der Produktion an Fertigeisen, die Aufnahme der Elektrostahlgewinnung, die starke Vermehrung der Erzeugung von Stahlfassonguß zeigt; im ganzen hat sich die belgische Schwerindustrie fast genau dieselbe Stellung auf dem Weltmarkte zurückerobert, die sie bei Ausbruch des Krieges aufgeben mußte. Diese Stellung ist nun aber mächtig dadurch gestärkt worden, daß durch die belgisch-luxemburgische Konvention von 1921 die Schwerindustrie Luxemburgs mit einer Produktion von 2,1 Mill. t Roheisen und 1,9 Mill. t Rohstahl (1924) an das belgische Wirtschaftsgebiet angeschlossen und die ehemals deutschen Eisen- und Stahlwerke von belgisch-französischen Gesellschaften übernommen worden sind. Die sich hieraus ergebende enge Verknüpfung zwischen der belgischen Kohlen- und Schwerindustrie mit den luxemburgischen Werken hat nicht nur den Austausch zwischen beiden (steigende Belieferung Luxemburgs mit belgischen Kohlen und Koks — steigende Aufnahme von luxemburgischen Roheisen, Stahlhalbzeug und -fertigwaren durch Belgien) kräftig belebt, sondern auch und vor allem die luxemburgische Ausfuhr über Belgien gelenkt. Die günstigen Folgen für den belgischen Außenhandel zeigt die nachfolgende Übersicht, die die Gesamtausfuhr der wichtigsten Länder an Eisen, Stahl usw. miteinander vergleicht (in 1000 t):

	1913	1923	1924
Großbritannien	4969	4320	3853
Belgien-Luxemburg	1551	2500	3248
Frankreich	620	2183	2658
Vereinigte Staaten	2938	1944	1790
Deutschland	6202	1307	1510

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im Jahre 1924 stand also das belgisch-luxemburgische Zollgebiet in der Ausfuhr an zweiter Stelle unter den großen Eisen- und Stahlproduzenten, es exportierte doppelt so viel als Deutschland und nur ein Sechstel weniger als England und übertraf sogar Frankreich mit seiner durch den Kriegsausgang mächtig erweiterten Schwerindustrie. Deutlicher und besser kann die überragende Bedeutung der Schwerindustrie für die handelspolitische Lage des Landes wohl kaum illustriert werden.

Demgegenüber treten die weiterverarbeitenden Industrien, die Maschinenindustrie, die Elektroindustrie, die Automobilindustrie, die Waggonindustrie, die Waffenindustrie, um nur die wichtigsten zu nennen — sehr stark zurück, obwohl auch sie sich in den letzten Jahren im allgemeinen gut erholt und zum Teil sogar recht günstig entwickelt haben. Das letztere gilt vor allem für die Maschinenindustrie (einschließlich der Industrie elektrischer Maschinen), deren Gesamtausfuhr bereits 1920 die Mengenziffern von 1913 wieder erreicht und sie in den letzten Jahren ganz wesentlich überschritten hat. Ebenso bewegt sich die technisch und organisatorisch umgestaltete und dadurch leistungsfähiger gewordene Automobilindustrie in stark aufsteigender Linie, so daß auch ihre Ausfuhr über die der Jahre 1911/13 schon weit hinausgeht. Dagegen hat sich die ehedem recht bedeutende Waggonindustrie, die 1912/13 je 132000 t exportiert hat, weniger günstig entwickelt, wie die verhältnismäßig geringe Ausfuhr zeigt, die bisher noch nicht ein Drittel des früheren Umfanges erreicht hat. Ebenso hat sich die Lütticher Waffenindustrie recht schlecht erholt und an Exportbedeutung gegen früher stark verloren.

Wesentlich anders als für die Schwerindustrie und die Metallverarbeitung liegen die Dinge für die Textilindustrie, die vor dem Kriege der Zahl der Beschäftigten nach mit 17% der gewerblich Tätigen an der Spitze aller belgischen Industriegruppen stand und auch als Exportindustrie neben dem Eisengewerbe mit einem Ausfuhrwerte von zuletzt 350 bis 400 Mill. Fr. die erste Stelle einnahm. Es ist wohl hauptsächlich die geringe Aufnahmefähigkeit der namhaftesten Exportländer im letzten Jahrfünft gewesen, die es der Industrie bisher unmöglich gemacht hat, den Platz auf dem Weltmarkte ganz zurückzuerobern, den sie vor dem Kriege einnahm. Während der Einfuhrüberschuß an Faserstoffen (Flachs, Baumwolle, Wolle, Hanf, Jute) 1913 etwa 288000 t betrug, und nach der vollen Instandsetzung der Industrie

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1920 die hohe Ziffer von 254000 t aufwies, sank er in dem Krisenjahr 1921 auf 136000 t herab, um dann von 1923 ab über 200000 t zu steigen, ohne aber die Vorkiegsziffer ganz zu erreichen. Infolgedessen war auch die Produktion an Garnen geringer als früher, und die Ausfuhr, die 1913 mehr als 55000 t betragen hatte, blieb mit 35 bis 40000 t in den letzten drei Jahren weit hinter den früheren Exportmengen zurück. Das gleiche ergibt sich für die Weberei als Ganzes sowohl aus der geringeren inländischen Garnerzeugung als auch aus der zur Ergänzung nötigen Einfuhr feinerer Garne, die im Durchschnitt der letzten fünf Jahre höchstens zwei Drittel des Importes von 1913 betragen hat. Die Ausfuhr an Geweben endlich belief sich in den Jahren 1920/24 durchschnittlich auf etwa drei Fünftel des Exportes von 1913 (41000 t), hat aber in den letzten beiden Jahren diesen nahezu wieder erreicht.

Dies ist das Gesamtbild der Lage und Leistungsfähigkeit der gesamten Textilindustrie, von dem die Situation in den Hauptzweigen nicht allzu sehr abweicht. Die Leinenspinnerei, die vor dem Kriege 36 bis 40000 t Leinengarne aller Nummern herstellte (ausgenommen die feineren, die aus England eingeführt werden mußten) und von dieser Produktion etwa vier Fünftel ausführte, brachte es in den Jahren 1922/24 nur auf einen Export von etwa 60% der Vorkriegsausfuhr. Ebenso vermochte die Leineweberei, die früher 17—20000 t Garn verarbeitete und etwa ein Drittel der Gewebemengen an das Ausland abgab, bis 1924 die alten Produktions- und Ausfuhrzahlen noch nicht wieder zu erreichen. Ähnliches gilt für die Baumwollindustrie, den größten und wichtigsten Zweig des belgischen Textilgewerbes. Sie bewegt sich zwar, wie die von 1922 ab kräftig angewachsene Baumwolleinfuhr zeigt, in den letzten Jahren in stark aufsteigender Linie, blieb aber in ihren Produktions- und Ausfuhrmengen noch um etwa ein Drittel bis zwei Fünftel hinter denen von 1911/13 zurück. Wurden damals etwa 52—53000 t Garn meist für Webereizwecke und rund 48000 t Gewebe hergestellt, von denen annähernd drei Fünftel exportiert wurden, so war in den letzten Jahren der Überschuß über den Inlandsbedarf entsprechend geringer, nimmt aber von Jahr zu Jahr zu. Am wenigsten scheint bisher die Wollindustrie die Kriegsfolgen überwunden zu haben, da die Wolleinfuhr noch in den Jahren 1923/25 durchschnittlich nur etwa die Hälfte der früheren betrug. Das gleiche gilt auch für die früher beträchtliche Ausfuhr von Kammzug, Kamm-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

garn und Streichgarn und die Wollweberei, die bis in das letzte Jahr hinein über geringen Auftragseingang klagte. Dagegen hat sich die Kunstseidenindustrie vor allem dank dem rasch anwachsenden belgischen Eigenverbrauch nach dem Kriege sehr günstig entwickelt, da sie ihre Produktion von 1400 t im Jahre 1913 auf 4100 t im Jahre 1924 steigern und fast ein Viertel davon ausführen konnte. Sie würde sich wahrscheinlich noch weit mehr ausgedehnt haben, wenn nicht in den letzten Jahren die starke Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen in Frankreich, Spanien, Italien, England und Skandinavien, in den Vereinigten Staaten, Canada, Argentinien und Japan den Absatz in diesen Ländern wesentlich erschwert und den Wettbewerb in den Importländern ohne eigene Kunstseidenindustrie verschärft hätte.

Von den übrigen, für die handelspolitische Lage Belgiens weniger bedeutsamen Industrien sei hier noch der Papierindustrie und der chemischen Industrie gedacht. Die erstere hatte vor dem Kriege eine beinahe stürmische Entwicklung durchgemacht, ihre Produktion an meist holzhaltigen Papieren und an Pappen auf 140 000 t emporgetrieben, obwohl sie fast alle Rohstoffe und Hilfsmaterialien einführen mußte, und die Ausfuhr auf mehr als 60 000 t gesteigert. Sie hat sich nach dem Kriege ziemlich schnell erholt und erreichte in den letzten Jahren etwa zwei Drittel der früheren Exportziffern, so daß auch sie ihre alte Weltmarktstellung einigermaßen zurückerobert hat. Die chemische Industrie war schon vor dem Kriege nur in denjenigen Zweigen stärker entwickelt, die wie die Sodaindustrie, die Metallfarbenindustrie, die Schwefelsäureindustrie und die Düngemittelindustrie die Abfälle und Rückstände der zahlreichen Kokereien, der Zink- und Bleiindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie verarbeiteten. Nur ihnen kam auch eine nennenswerte Exportbedeutung zu. Die Statistik zeigt, daß sie zugleich mit den Industrien, an die sie sich anlehnen, rasch wieder emporgeblüht sind und sehr bald auch beträchtliche Produktionsüberschüsse exportieren konnten. Die Ausfuhr an Thomasphosphat betrug in den letzten Jahren etwa vier Fünftel derjenigen von 1913 und auch der Export von Superphosphaten, Schwefelsäure und Metallfarben (Zinkweiß, Lithopon, Bleiweiß, Mennige und Ultramarin) weist seit 1922 Ziffern auf, die sich schon ziemlich stark denen der Vorkr,igszeit nähern.

Bemerkenswert ist endlich auch die Entwicklung einiger Nahrungs- und Genußmittelindustrien, wie etwa der Zuckerindustrie, der Spirituoseninduſtrie, der Margarineindustrie, der Tabakindustrie, deren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bedeutung für den Export neuerdings gewachsen ist. In der Zuckerindustrie stieg die Produktion an Roh- und Weißzucker, die 1913/14 etwa 259 000 t betragen hatte, unausgesetzt bis auf 373 000 t in der Kampagne 1924/25, während die Raffinerien ihre Produktion von durchschnittlich etwa 120 000 t bis auf 175 000 t erhöhten. Infolgedessen konnte auch der Zuckerexport, der sich schon vor dem Kriege auf 55 bis 60% der Gesamtproduktion belief, noch wesentlich darüber hinaus gesteigert werden. Die Spirituosenindustrie, die sich als Melassebrennerei zum Teil an die Zuckerindustrie anlehnt, erzielte 1923 zwar erst wieder 75% der Vorkriegsproduktion, konnte aber von dieser Menge bei Rückgang der Schnapsbrennerei auf weniger als die Hälfte einen weit größeren Prozentsatz als früher (18 gegen 10%) exportieren. Ähnlich die Margarineindustrie, die ihre Produktion auf das Doppelte (1921/23: durchschnittlich 26000 t gegen 13000 t in 1911/13) zu erhöhen und infolgedessen auch dreimal so viel als vor dem Kriege auszuführen vermochte. Und was endlich die Tabakindustrie betrifft, so ist auch sie in den letzten Jahren zur Ausfuhr ihrer Erzeugnisse übergegangen, die früher vollständig fehlte, freilich auch in den Jahren seit 1921 nicht mehr als 6—8% der verarbeiteten Mengen ausländischer und einheimischer Tabake betrug.

Blicken wir auf die hier entworfene Skizze der industriellen Entwicklung Belgiens nach dem Kriege zurück, so zeigt sie uns das Bild einer fast völligen Wiederherstellung des Vorkriegszustandes. Der rasche und energische Wiederaufbau in den Jahren 1919/20 brachte nicht nur den vollständigen Ausgleich der Kriegsschäden, sondern auch wesentliche Erweiterungen und Verbesserungen der industriellen Organisation und erhöhte dadurch im ganzen die Leistungsfähigkeit des Landes. Zugleich änderte sich an den Richtungen der Produktion nur sehr wenig, so daß wir es auch heute noch mit ungefähr derselben Gliederung der industriellen Erzeugung zu tun haben wie vor dem Kriege. Die effektiven Leistungen sind zwar noch nicht in allen Industriezweigen wieder erreicht, aber sie nähern sich doch den früheren Mengen, und manche Industrien haben den Vorkriegsstand in den letzten Jahren sogar schon wesentlich überschritten. Das aber heißt, daß auch die Exportbedeutung der belgischen Industrie als eines Ganzen heute schon wieder die gleiche oder annähernd dieselbe ist wie vor dem Kriege, wenn auch eine Reihe von Industrien noch nicht wieder so große Teile ihrer Produktion im Ausland unterbringen konnte wie

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

damals. Dieses bemerkenswerte Ergebnis muß natürlich auch in der Handelsbilanz seinen Ausdruck finden, deren Struktur in den letzten Jahren tatsächlich sehr wenig von der für 1913 abweicht.

d) Handel und Verkehr.

Vergleicht man den Einfuhrhandel Belgiens mit dem holländischen, so zeigt sich, daß jener weit mehr der Versorgung der eigenen Volkswirtschaft mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen dient als dieser. Antwerpen als der überragende Handelshafen des Landes besitzt zwar einen gut entwickelten Großhandel (z. B. für Erze, Holz, Wolle, Häute, Kautschuk, Getreide, Ölfrüchte, Kaffee usw.), aber dieser ist nur für einzelne wenige Waren (wie etwa Wolle, Häute, Kaffee) Vermittler auch für das deutsche und französische Hinterland. Infolgedessen war auch in den Jahren nach dem Kriege die Entwicklung des Handels und des Schiffsverkehrs nicht entfernt so stark wie in Holland vom Absatze nach dem Ausland und der Durchfuhr abhängig, sondern wurde in erster Linie bestimmt durch die Entfaltung der Industrie. Dies gilt nicht nur vom Einfuhrhandel, sondern in hohem Grade auch vom Ausfuhrverkehr, obwohl dieser weit mehr als jener durch das Hinterland mitversorgt und wesentlich gestärkt wird. Die Statistik der Nachkriegszeit bestätigt diese Behauptungen, indem sie zeigt, daß der Schiffsverkehr in allen belgischen Seehäfen zusammen, der 1913: 11 505 einlaufende Schiffe und 15 511 auslaufende Schiffe mit je 17,6 Mill. Nettotonnen umfaßte, dank der günstigen Entwicklung der Industrie schon 1922 wieder auf dem Vorkriegsstande angelangt war und diesen seit 1923 (je 13 806) einlaufende und auslaufende Schiffe mit je 20,5 Nettotonnen ganz wesentlich überschritten hat. Für Antwerpen allein ergibt sich folgende Entwicklung:

Eingang	1913	1924	1925	Ausgang	1913	1924	1925
Schiffszahl	7056	9709	9971	Schiffszahl	7142	9749	9992
Mill. N.-T.	14	19	20	Mill. N.-T.	14	19	20

Doch ist angesichts dieser Ziffern, die sich denen von Rotterdam (1924: 25 Mill. t) nähern, daran zu erinnern, daß in Antwerpen, das jetzt von 190 Linien angelaufen wird, viele Schiffe nicht ihre Hauptladung einnehmen, sondern nur kleinere Mengen zuladen. Deshalb ist der effektive Güterverkehr geringer, als die Tonnagezahlen der Schiffsstatistik erkennen lassen (für 1924 etwa 16 Mill. t). Er wird im übrigen zu einem sehr kleinen Teile (7%) von der eigenen Schiffahrt bestritten, da die belgische Handelsflotte Ende 1925 noch immer nur 158 Schiffe mit 491 805 t umfaßte, so daß nach wie vor die fremden Flaggen (an erster Stelle die englische, an zweiter Stelle auch jetzt wieder die deutsche) weitaus überwiegen.

Wie der Seeschiffsverkehr, so hat auch die Güterbewegung auf den Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen mit der industriellen Entwicklung einen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

raschen Aufschwung erlebt und den Vorkriegsumfang vermutlich stark überschritten. Faßt man den Güterverkehr der 4725 km Staatsbahnen, 305 km Privatbahnen und 4378 km Vizinalbahnen zusammen, so ergibt sich für 1913 eine Gesamtbewegung von 97 Mill. t, der eine solche von 102 Mill. t im Jahre 1923 gegenübersteht. Auf den Staatsbahnen allein wurden 1925 7075 Mill. Frachttonnenkilometer gegen 5726 Mill. im Jahre 1913 zurückgelegt. Wenn auch ein erheblicher Teil dieser Mengen auf den Durchfuhrverkehr entfällt, so spielt dieser doch nicht entfernt die gleiche Rolle wie in Holland, für dessen Zahlungsbilanz er einen weit größeren Aktivposten darstellt als für die Belgiens. Immerhin sei darauf hingewiesen, daß er schon 1922 den früheren Umfang wieder erreicht und seitdem wahrscheinlich erheblich überschritten hat. Bemerkenswert ist dabei die Umschichtung, die sich in ihm vollzogen hat. Während im Jahre 1913 von der gesamten Transitgütermenge 53% auf Rohstoffe und Halbfabrikate, 40% auf Fabrikate und 7% auf Lebensmittel entfielen, war 1922 der Anteil der ersteren 64%, der der Fabrikate nur 18% und der der Nahrungsmittel 17%. Diese Verschiebung erklärt sich hauptsächlich daraus, daß die Fabrikate-Ausfuhr Deutschlands und wohl auch Frankreichs (Nordfrankreich, Elsaß-Lothringen) über Belgien-Antwerpen 1922 noch recht schwach war, während die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln im Vordergrunde stand. Es läßt sich aber auch ohne Statistik vermuten, daß mit der Erstarkung der Durchfuhr des deutschen wie des französischen Exportes in den letzten Jahren auch der kurze und billige Weg über Antwerpen wieder stärker für die Durchfuhr von Fabrikaten benutzt worden ist. Auf die gleichen Gründe (gestiegene geringere Durchfuhr von Fabrikaten des Hinterlandes, stärkere Durchfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln nach dem Hinterlande) dürfte die Verschiebung in der Beteiligung der hauptsächlichsten Länder am belgischen Transitverkehr zurückzuführen sein. Doch wird sich in den letzten Jahren auch hierin eine Annäherung an die Vorkriegswirtschaft wenigstens insoweit vollzogen haben, als die Durchfuhr durch Belgien und der Weg über Antwerpen für das deutsche Hinterland wieder eine wesentlich größere Bedeutung erlangt haben.

Mengen (in Millionen t)

Gruppe	Einfuhr				Ausfuhr				Einfuhrüberschuß — Ausfuhrüberschuß +	
	1913		1924		1913		1924		1913	1924
	Mill. t	%	Mill. t	%	Mill. t	%	Mill. t	%	Mill. t	Mill. t

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Werte (in Millionen Fr.)

Gruppe	Einfuhr				Ausfuhr				Einfuhrüberschuß − Ausfuhrüberschuß +	
	1913		1924		1913		1924		1913	1924
	Mill. Fr.	%	Mill. Fr.	%	Mill. Fr.	%	Mill. Fr.	%	Mill. Fr.	Mill. Fr.
I. Lebensmittel, Getränke, lebende Tiere	1,1	23	4,5	26	0,4	10	1,3	9	— 0,7	— 3,1
II. Rohstoffe und Halbfabrikate	2,7	58	8,5	48	1,8	50	4,7	34	— 0,8	— 3,8
III. Fabrikate	0,9	19	4,5	26	1,4	40	7,8	56	+ 0,6	+ 3,3
Insgesamt (ohne Gold und Silber)	4,6	100	17,6	100	3,6	100	13,9	100	— 1,0	— 3,7

2. Die Handels- und die Zahlungsbilanz.

a) Handelsbilanz.

Die hier in großen Zügen geschilderte Entwicklung der belgischen Volkswirtschaft nach dem Kriege spiegelt sich sehr genau in der auf S. 217 wiedergegebenen Handelsbilanz (die vom 1. Mai 1922 ab übrigens die der belgisch-luxemburgischen Zollunion ist). Sie zeigt nach Mengen und Werten ein Bild, das dem der Bilanz von 1913 von Jahr zu Jahr ähnlicher wird. In der Einfuhr entfiel auf die Gruppe der Lebensmittel der Menge nach ein etwas geringerer, dem Werte nach ein etwas größerer Anteil als 1913. Auch die Mengen der Rohstoffe und Halbfabrikate bewegten sich ungefähr in dem gleichen Verhältnis zur Gesamteinfuhr wie früher, waren aber mit einem geringeren Prozentsatz an dem Einfuhrwerte beteiligt. Wesentlich größer als 1913 endlich war der Anteil der Fabrikate am Werte der Gesamteinfuhr, ging aber seit 1922 zurück. Etwas bedeutender sind die Verschiebungen auf der Einfuhrseite. Der Menge nach geringer, aber dem Werte nach gleich hoch geblieben ist hier der Anteil der Lebensmittel, stark gesunken, vor allem dem Werte nach, der Prozentsatz, der auf Rohstoffe und Halbfabrikate entfällt, während die Bedeutung der Fabrikate für die Ausfuhr sowohl im Mengen- als auch im Wertanteil eine wesentlich größere geworden ist. Infolgedessen ist auch der Ausfuhrüberschuß in der Gruppe der Fabrikate in den Mengen wie in den Werten gestiegen, während der Einfuhrüberschuß, der sich in den anderen Gruppen ergibt, für Lebensmittel etwas hinter dem von 1913 zurückbleibt, diesen aber für Rohstoffe und Halbfabrikate 1924 nicht unwesentlich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überschreitet. Doch sind alle diese Abweichungen 1913 in der Handelsbilanz 1924 nicht mehr sehr erheblich, bis auf das stärkere Hervortreten der Fabrikate in der Ausfuhr, das die obigen Darlegungen über die industrielle Entwicklung statistisch erhärtet.

Die soeben veröffentlichte Bilanz für 1925 bestätigt das Bild von neuem:

Gruppe	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhrüberschuß — Ausfuhrüberschuß +
	1000 Fr.	%	1000 Fr.	%	1000 Fr.
I. Lebensmittel, Getränke, lebende Tiere	4 913	28	1 540	11	— 3 373
II. Rohstoffe und Halbfabrikate	8 959	50	4 853	33	— 4 106
III. Fabrikate	3 910	22	8 081	56	+ 4 171
Insgesamt (ohne Gold und Silber)	17 782	100	14 474	100	— 3 308

Der gegenüber 1924 wiederum gesteigerte Anteil der Lebensmittel und vor allem der Rohstoffe an der Einfuhr, der Rückgang der Rohstoffausfuhr bei gleichgebliebenem Anteil der Fabrikate an der Gesamtausfuhr sowie die prozentuale Herabdrückung der Fabrikateeinfuhr zeigen, daß die Industrialisierung Belgiens auch im letzten Jahre wieder Fortschritte gemacht hat.

Um so bemerkenswerter sind die Verschiebungen in der Rangordnung der hauptsächlich am belgischen Außenhandel beteiligten Länder. Es waren nämlich beteiligt:

	an der Einfuhr nach Belgien mit Prozent				an der Ausfuhr aus Belgien mit Prozent			
	1913	1923	1924	1925	1913	1923	1924	1925
Frankreich	25,6	22,2	21,1	20,9	20,5	22,3	16,2	14,8
Deutschland	15,1	7,3	9,2	9,2	25,3	5,1	11,4	12,4
Großbritannien . . .	10,3	15,3	13,5	12,5	13,8	19,7	20,9	20,1
Vereinigte Staaten . .	8,3	11,8	11,1	12,2	2,9	3,8	7,4	7,6
Holland	7,1	10,2	10,2	10,6	8,6	13,3	12,2	11,0
Argentinien	6,3	7,6	8,3	8,0	2,5	3,9	3,0	3,0
Kongostaat	1,0	0,3	0,7	1,0	0.8	1,3	1,4	1,9

Die Veränderungen, die die Übersicht zeigt, sind bedeutend. Auf der Einfuhrseite fällt am meisten der stark gestiegene Anteil der Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einigten Staaten, Englands und Hollands sowie der prozentuale Rückgang Deutschlands auf, der 1923 wohl hauptsächlich der Ruhrbesetzung zuzuschreiben ist. Auf der Ausfuhrseite tritt besonders die Steigerung des belgischen Absatzes nach England, Holland und Argentinien, sowie der überraschend große Ausfall Deutschlands hervor. Am stärksten gestiegen ist im ganzen der Handelsverkehr mit England und Holland, aber auch der mit den Vereinigten Staaten, der Schweiz und Argentinien weist eine beachtenswerte Verstärkung auf, während der mit Frankreich ungefähr die gleiche Bedeutung behalten hat und der belgisch-deutsche Warenaustausch ganz außerordentlich zurückgegangen ist, sich aber in den letzten beiden Jahren bereits wieder etwas erholt hat.

b) Die Zahlungsbilanz und ihr Ausgleich.

Im reinen Warenverkehr — der 1913 aus währungspolitischen Gründen abnorm hohe Edelmetallverkehr kann hier außer Betracht bleiben — war die belgische Zahlungsbilanz 1913 mit 1002 Mill. Fr., 1923 mit 3694 Mill. Fr., 1924 mit 3687 Mill. Fr. und 1925 mit 3308 Mill. Fr. passiv. Bei einem durchschnittlichen Dollarindex (Parität 1914 = 100) von 373 für 1923 und 420 für 1924 entspricht das Defizit von 1923 einem Überschlag von etwa 990 Mill. G.-Fr. und das von 1924 einem solchen von etwa 880 Mill. G.-Fr., war also im letzteren Jahre etwas niedriger als 1913. Für 1925 ist es noch weiter gesunken, da bei nicht wesentlich anderem Dollarindex als 1924 das nominelle Passivum um fast 400 Mill. Fr. niedriger war.

Wie war es dem durch den Krieg und die Jahre des Wiederaufbaus stark verschuldeten Belgien möglich, dieses beträchtliche Defizit zu decken? Da es an brauchbaren Unterlagen fehlt, um diese Frage auch nur ungefähr statistisch zu beantworten, so soll wenigstens eine knappe Kennzeichnung der Aktivposten versucht werden, die die belgische Zahlungsbilanz außer der Warenausfuhr aufweist. Einer dieser Aktivposten sind die Frachtgewinne der Eisenbahn und Binnenschiffahrt aus dem Transitverkehr, die sich jedoch weder aus dem bekannten Reinertrag der ersteren noch den unbekannten Gewinnen der letzteren aussondern lassen. Ihnen stehen als Passivposten die Frachtlöhne gegenüber, die Belgien infolge der Kleinheit seiner Handelsflotte dem Auslande zahlen muß und die das Aktivum der Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsgewinne wesentlich herabdrücken, wenn nicht ganz aus-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gleichen. Ähnlich steht es in den Jahren nach dem Kriege wahrscheinlich um die Bankgewinne. Früher infolge der regen Gründungstätigkeit der belgischen Banken im Ausland und der lebhaften Spekulation in fremden Werten beträchtlich, dürften diese Gewinne neuerdings ganz oder zum guten Teil durch die Provisionen ausgeglichen worden sein, die Belgien selbst bei der Aufnahme von Krediten Jahre hindurch an das Ausland zahlen mußte. So bleiben von den Aktivposten, die den Ausgleich der Zahlungsbilanz vor dem Kriege hauptsächlich ermöglichten, im wesentlichen nur die Unternehmungsgewinne und Kapitalzinsen aus belgischem Besitz im Ausland. Den Hauptbestand dieses Besitzes bildeten vor dem Kriege die rein belgischen Auslandsunternehmungen und die Beteiligungen an solchen, nicht der Effektenbesitz. Nach einer Statistik, deren Zuverlässigkeit allerdings nicht zweifelsfrei ist, gab es vor dem Kriege gegen 1100 belgische Unternehmungen im Auslande (davon die meisten in Frankreich und Rußland, denen nacheinander Argentinien, die Vereinigten Staaten, Spanien, Italien, Deutschland, Luxemburg, Holland, Österreich-Ungarn, die Balkanländer, Ägypten, Vorderasien, Ostasien folgten). Darunter befanden sich vor allem Erzgruben (Spanien, Luxemburg, Frankreich), Eisenwerke (Rußland), Sodafabriken (Solvay-Konzern mit Betrieben in fast allen europäischen Ländern), Textilwerke (Frankreich), Kunstseidenfabriken (Tubize-Konzern mit Tochterunternehmungen bzw. Beteiligungen in den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Ungarn, Polen), Elektrizitätswerke und Straßenbahnen (Frankreich, Italien, Portugal, Rußland, Balkanländer, Ägypten, Türkei usw.) und Eisenbahnen (Südamerika, Ostasien). Auch die großen Kapitalinvestitionen, die der Erschließung des Kongostaates dienen, gehören hierher. Das Gesamtkapital hat sich nie einwandfrei feststellen lassen, und es handelt sich nur um rohe Schätzungszahlen, wenn z. B. die rein industriellen Anlagen mit 2,7 Milliarden Fr., die in Straßen- und Kleinbahnen mit 800 Mill. Fr. und die in Eisenbahnen mit 300 Mill. Fr. beziffert werden. Auch ist zu bedenken, daß in den meisten dieser Unternehmungen nicht nur belgisches, sondern auch ausländisches Kapital steckte. Immerhin bildeten die Gewinne einen starken Aktivposten der Zahlungsbilanz, der aber in den letzten Jahren kaum die gleiche Höhe hatte wie vor dem Kriege, da Neuinvestitionen nur in bescheidenem Umfange erfolgt sein dürften, der vermehrte luxemburgische Besitz nach der Schaffung der Zollunion für die Zahlungsbilanz nicht mehr in Betracht kommt, in

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

allen Inflationsländern erhebliche Wertverminderungen eingetreten sein müssen und die Anlagen in Rußland sogar gänzlich verlorengegangen sind. Auch werden Auslandsbeteiligungen und fremde Effekten unmittelbar nach dem Kriege in größerem Umfange ans Ausland abgestoßen worden sein, um Mittel für den Wiederaufbau und die Erweiterung der inländischen Industrie frei zu bekommen. Man muß deshalb damit rechnen, daß sich nicht nur der Auslandsbesitz als solcher, sondern auch sein Ertrag wesentlich verringert hat. Außerdem steht diesem Aktivum der Zahlungsbilanz ein vergrößertes Passivum gegenüber, das aus den Beteiligungen des Auslandes an der belgischen Industrie stammt. Daß diese durch den Wiederaufbau größer geworden ist, duldet keinen Zweifel, da Belgien durch den Friedensvertrag zwar die sehr erheblichen deutschen Beteiligungen losgeworden ist, aber für den Wiederaufbau in großem Umfange besonders amerikanisches, aber auch englisches, französisches und holländisches Kapital in Anspruch genommen hat. Wenn dennoch von belgischer Seite (Soudan) behauptet wird, daß das belgische Auslandskapital trotz der schweren Verluste in Mittel- und Osteuropa bereits wieder eine Höhe von 8—9 Millionen G.-Fr. erreicht habe und 2—2,5 Milliarden P.-Fr. Zinsen bringe, denen nur 200 Mill. P.-Fr. Verpflichtungen aus privatem Kapitalbesitz in Belgien gegenüberstanden, so erscheint diese Schätzung reichlich optimistisch und sehr wenig glaubwürdig.

Angesichts dieser durchaus ungeklärten Sachlage ist es kaum möglich, ein zuverlässiges Urteil darüber zu fällen, ob ein Überschuß der Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsgewinne aus dem Transitverkehr, der Bankgewinne im ausländischen Geschäft, der Reinerträge der Auslandsunternehmungen und der Zinsen aus fremden Effekten und anderen Kapitalanlagen über die Seeschiffahrtsfrachten, die Bankprovisionen und die Dividenden und Zinsen an das Ausland in den angezogenen Jahren überhaupt noch vorhanden war oder nicht. Wenn sich ein solcher ergab, so war er jedenfalls sehr viel kleiner als vor dem Kriege, so daß er nicht ausreichen konnte, um das Defizit der Handelsbilanz auch nur annähernd zu decken. Es müssen also andere Mittel für den Ausgleich zur Verfügung gestanden haben, unter denen jedoch die Reparationsleistungen Deutschlands bisher nicht die Hauptrolle gespielt haben. Sie belaufen sich zur Zeit (Ende 1925) nach Angaben der belgischen Regierung auf Kohlen- und Kokslieferungen im Jahreswerte von 300—325 Mill. Fr., Farbstofflieferungen im Werte

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von 30—35 Mill. Fr. und andere Sachlieferungen oder Barzahlungen bis zu 280 Mill. Fr. Das ist im Rahmen der belgischen Zahlungsbilanz nicht wenig; doch ist zu bedenken, daß gerade in den verglichenen Jahren vor 1925 Deutschlands Leistungen sehr viel geringer waren als seit Inkrafttreten des Londoner Abkommens. So muß ein erheblicher Rest des Defizits auch noch in den letzten Jahren durch Aufnahme von Auslandsanleihen und Abgabe von Effekten gedeckt worden sein. Wie groß dieser Rest ist und welchen Anteil daran die einzelnen Jahre und in den einzelnen Jahren wieder die öffentlichen Anleihen, die privaten Kredite und der Effektenverkauf haben, ist bisher nicht einwandfrei statistisch festgestellt worden, so daß Zahlen hier nicht mitgeteilt werden können.

Neuerdings hat Prof. Baudhuin eine Schätzung des unsichtbaren Teiles der belgischen Zahlungsbilanz versucht, bei der er die Hauptposten (unter Annahme eines Dollarkurses von 20) folgendermaßen ansetzt.

	Mill. Fr.		Mill. Fr.
Frachten	400	Zahlungen auf ausländische Schulden	500
Löhne belgischer Arbeiter im Ausland	835	Spekulationsschulden	50
Transitverkehr	390	Ausgaben von Belgiern im Ausland	105
Reiseverkehr	800		
Daweszahlungen	500		
Zinsen des Auslandskapitals			
Forderungen	3675	Verpflichtungen	655

Darnach würde sich ein Aktivsaldo von etwa 3 Milliarden Fr. ergeben, der zum Vergleich des Passivums der Handelsbilanz annähernd ausreicht, wenn man berücksichtigt, daß der belgische Export nach dem Urteil maßgebender Sachverständiger in der Handelsstatistik zu niedrig eingesetzt wird (angeblich um 10—15 %). Doch scheinen mir auch in dieser Schätzung manche Posten, wie namentlich der Überschuß der Frachtgewinne über die an die fremde Schiffahrt zu zahlenden Frachtlöhne und die Gewinne aus dem Transit- und dem Reiseverkehr zu hoch angesetzt zu sein.

Für die Gestaltung der belgischen Zahlungsbilanz in den kommenden Jahren ist die hohe Verschuldung des Landes von schwerwiegender Bedeutung. Nach dem Schuldenabkommen, das die Vereinigten Staaten im vorigen Jahre mit Belgien getroffen haben, belaufen sich die von Belgien vor dem Waffenstillstand allein in den Vereinigten Staaten aufgenommenen Anleihen auf 171,8 Mill. $ (= 902 Mill. G.-Fr.), die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in den folgenden Jahren dazugekommenen Schulden auf 175,4 Mill. $, die sich durch Zinsrückstände bis zum 15. 6. 1925 auf 246 Mill. $ (= 1292 Mill. G.-Fr.) erhöht hatten. Da Belgien auf die erstere Summe Zinsen nicht zu zahlen braucht, die zweite aber in den ersten 10 Jahren mit 3% verzinsen muß und die Gesamtschuld in 62 Jahren abtragen soll, so ergibt sich daraus für die nächsten Jahre in der Zahlungsbilanz ein Passivposten von annähernd 75 Mill. G.-Fr. Die Schuld an England, die sich nach dem Abkommen mit England vom 31. 12. 25 auf 9 Mill. £ beläuft, soll jährlich mit 6% verzinst und von 1931 bis Ende 1955 amortisiert werden, so daß sich daraus eine weitere Belastung der Zahlungsbilanz von 550000 £ in den nächsten Jahren, von 637000 £ ab 1931, also 14 bzw. 16 Mill. G.-Fr. ergibt. Dazu kommen weiter die Summen zur Verzinsung und Amortisation der privaten Industrie- und Handelskredite, die in verschiedenen Ländern aufgenommen worden sind, sowie die Zinsen und Gewinnanteile der vom Ausland übernommenen Beteiligungen und Effekten in einer Höhe, die vorläufig nicht zu übersehen ist. Die notwendige Folge dieser Belastung ist naturgemäß eine weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanz, wenn es Belgien nicht gelingt, seine Ausfuhr in den nächsten Jahren ganz wesentlich zu erhöhen. Voraussetzung dafür aber ist nicht nur eine an sich mögliche Steigerung seiner industriellen Leistungsfähigkeit, sondern zugleich und vor allem eine erhöhte Bereitwilligkeit der wichtigsten Importländer zur Aufnahme belgischer Produkte, die zu erlangen die wichtigste Aufgabe seiner Handelspolitik ist.

3. Die Handels- und Zollpolitik.

a) Die Tendenzen der Nachkriegszeit und die Rückkehr zur Handelsvertragspolitik.

Belgien ist bekanntlich eines der wenigen Länder, die seit zwei Menschenaltern eine im ganzen freihändlerische Politik getrieben haben. Vorbereitet durch die Handelsverträge der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts und die Bewegung der fünfziger und sechziger Jahre, kam der Freihandelsgedanke im Zolltarifgesetz vom 14. 8. 1865 voll zum Durchbruch. Was in ihm an Einfuhrbeschränkungen noch erhalten geblieben war (niedrige Nahrungsmittelzölle, Garnzölle), ist dann in der ersten Hälfte der siebziger Jahre endgültig beseitigt worden. Allerdings wurden 1887 und 1895 einige landwirtschaftliche Schutzzölle (auf Hafer,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vieh, frisches Fleisch, Butter, Mehl) erneut eingeführt; aber diese hielten sich doch ebenso wie die der Eisenindustrie und einigen Zweigen der Textilindustrie gewährten Zölle in maßvollen Grenzen. Die meisten Zölle behielten einen rein fiskalischen Charakter oder waren als Kompensationsobjekte für die Handelsvertragsverhandlungen mit den immer zahlreicher werdenden Schutzzollstaaten gedacht. Auf jeden Fall war das Ziel der von Belgien bis zum Kriege verfolgten Handelsvertragspolitik die Herbeiführung eines möglichst freien Verkehrs mit den Vertragsländern, lag also zum mindesten in der Richtung einer Verwirklichung der Freihandelsidee. Es kann kein Zweifel sein, daß diese Politik der wirtschaftlichen Lage Belgiens durchaus entsprach. Ein Land, das auch bei intensivster Bodenkultur nur einen Teil seines Bedarfes an Nahrungsmitteln selbst zu erzeugen vermag und für die meisten Rohstoffe ganz auf die Einfuhr angewiesen ist, kann sich weder den Luxus einer Verteuerung der Lebenshaltung durch landwirtschaftliche Schutzzölle noch die Reservierung des verhältnismäßig kleinen Inlandmarktes für die eigene Industrie leisten, wenn diese Industrie gleichzeitig für den größeren Teil ihrer Produktion unbedingt auf die Ausfuhr angewiesen ist. Das war im allgemeinen auch die Überzeugung der maßgebenden politischen Parteien, von denen die Liberalen und die Sozialisten entschieden freihändlerisch gesinnt waren, während die Katholiken zwar den unbedingten Freihandel, der allen Nationen ohne Reziprozität gewährt wird, ablehnten, aber doch praktisch den Exportbedürfnissen der Industrie und der Transitlage des Landes vollauf Rechnung trugen.

Nach dem Kriege schien es zunächst, als wenn Belgien seine Handelspolitik grundsätzlich anders orientieren wollte. Eine solche Neuorientierung brachte weder die Anti-Dumping-Gesetzgebung, die sich nur gegen das auf Exportprämien beruhende Dumping richtete und übrigens praktisch nicht angewendet worden ist, noch die Erhebung von Zollzuschlägen, die den deutschen Export nach Belgien außerordentlich erschwert und dessen Anteil an der Gesamtausfuhr Deutschlands von 5% im Jahre 1913 auf knapp 2% im Jahre 1923 herabgedrückt hat, noch die mannigfachen Hilfsmaßnahmen (namentlich Ausfuhrverbote, Einfuhrbeschränkungen), zu denen auch Belgien in der Übergangswirtschaft greifen mußte, sondern das Streben nach Anschluß an ein größeres Marktgebiet. Als solches kam bei der Stimmung nach dem Kriege nur

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Frankreich in Betracht. Tendenzen dieser Art waren schon vor dem Kriege hin und wieder in die Erscheinung getreten; sie erstarkten im Kriege und nahmen schließlich in den Jahren des Wiederaufbaus der belgischen Wirtschaft festere Formen an. Der Plan einer vollständigen Zollunion mit Frankreich, der namentlich in der Industrie vertreten wurde, scheiterte allerdings sehr bald, da die französische Industrie den belgischen Wettbewerb zu sehr fürchtete und Belgien von einer völligen Aufsaugung durch Frankreich schließlich doch nichts wissen wollte. So blieb nur die Möglichkeit einer gegenseitigen Vorzugsbehandlung, die sehr ernsthaft erörtert wurde und vielfache Zustimmung fand. Das Resultat war ein Abkommen zwischen der französischen und belgischen Regierung (vom 12. 5. 1923), das die gegenseitige Gewährung des Mindesttarifs vorsah, Frankreich außerdem die Ermäßigung einiger belgischen Zölle (auf Wein, Branntwein, Likör, Parfümerien, Seidenwaren) zusicherte, Belgien Vorzugszölle für einige wichtige Ausfuhrprodukte (wie Pferde, Maismehl, Rüböl, Treibhausfrüchte, Glaswaren, Eisenwaren, Leinen- und Hanfgarne, Bürstenwaren) einräumte, Luxemburg besondere Vergünstigungen auf fünf Jahre gewährte und eine Klausel zum Schutze der belgischen Durchfuhr gegen die Vorzugstarife nach französischen Häfen enthielt. Aber dieses Abkommen, das schon unter Dach und Fach schien, wurde in der belgischen Kammer durch eine vlämisch-sozialistische Koalition mit 95 gegen 79 Stimmen verworfen und dadurch die Fesselung des freihändlerischen Landes an das hochschutzzöllnerische Frankreich verhindert.

So war die Bahn für die Wiederaufnahme der alten handelspolitischen Linie, d. h. für den Abschluß von Meistbegünstigungsverträgen, frei geworden. Die Grundlage dafür bildet ein neuer Zolltarif, der nach dem Zustandekommen der belgisch-luxemburgischen Zollunion ausgearbeitet und unterm 8. 5. 1924 zum Gesetz erhoben worden ist. Er beseitigt das veraltete Tarifschema der Vorkriegszeit, das in den Grundzügen seit 1865 festgehalten worden war, bringt die Abschaffung oder Erleichterung einer größeren Anzahl von Ausfuhrverboten und -abgaben aus der Zeit der Übergangswirtschaft und stellt das doppelte Schema eines Vertragstarifes (Mindesttarifes) und eines autonomen Tarifes (Höchsttarifes) auf. Der letztere weist sehr hohe Sätze auf, da er Kampfzwecken dienen und das wesentlichste Hilfsmittel für die Erlangung von Zugeständnissen hochschutzzöllnerischer Staaten bilden soll. Aber auch der Vertragstarif (Mindesttarif) weicht in seinen Sätzen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stark von denen des alten Tarifes ab. Zwar hält er an der Zollfreiheit für zahlreiche mineralische, pflanzliche und tierische Roh- und Hilfsstoffe, für einige Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel, für Kunstdünger und für eine ziemlich lange Reihe von Halbfabrikaten, auf deren Einfuhr Belgien angewiesen ist, fest und dehnt diese Zollfreiheit auf die Produkte des Kongostaates aus; im übrigen aber sind die Zölle für Halb- und Fertigfabrikate gegenüber der Vorkriegszeit ganz wesentlich erhöht. Sie bewegen sich zumeist zwischen 10 und 20% des Wertes, bleiben für manche Artikel, die Belgien nicht herstellt oder in deren Erzeugung es anderen Ländern überlegen ist, etwas dahinter zurück und steigen für ausgesprochene Luxuswaren bis auf 25%. Damit aber hat auch Belgien seine freihändlerische Tradition aufgegeben und ist in die große Reihe der ausgesprochenen Schutzzollstaaten eingetreten.

Es ist nicht zu verkennen, daß Belgien auf der neu geschaffenen Grundlage bereits einige günstige Erfolge erzielt hat. Dazu gehören von den neueren Abmachungen vor allem der Vertrag mit Kanada (vom 17. 3. 1924), der den kanadischen sog. Zwischentarif auf Belgien und seinen Kolonialbesitz ausdehnt, das Abkommen mit Finnland (vom 12. 2. 1924), das ihm die Meistbegünstigung (allerdings mit Einschränkungen) zusichert, der Vertrag mit Ungarn (vom 30. 9. 1924), der Modus vivendi mit Frankreich (vom 24. 10. 1924) als schwacher Ersatz für den gescheiterten Zollvereinsvertrag vom Sommer 1923, der aber ausnahmsweise die wechselseitige Meistbegünstigung mit ermäßigten Vertragszöllen verbindet, das Abkommen mit Spanien (vom 24. 4. 1925), in dem sich die beiden Länder außer der Meistbegünstigung ebenfalls umfangreiche Vertragstarife (mit ermäßigten Sätzen oder Zollbefreiungen) zugestanden haben, der Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei (gültig ab 1. 1. 1926), der das Lizenzregime beseitigt hat, die gegenseitige Meistbegünstigung (mit geringen Ausnahmen) einschließt und Belgien besondere Vergünstigungen für eine Anzahl wichtiger Exportartikel (gegen Abschaffung der seit 1923 geltenden Differentialzölle auf viele tschechische Waren) einräumt. Auch das vorläufige Handelsabkommen mit Deutschland vom 4. 4. 1925, das ebenfalls auf der Grundlage der Meistbegünstigung (wenn auch mit recht zahlreichen Ausnahmen) abgeschlossen ist, kann zu diesen Erfolgen gerechnet werden, die groß genug sind, um Belgien von einer neuen Umorientierung seiner Handelspolitik auf absehbare Zeit abzuhalten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

b) Die Haltung gegenüber Deutschland.

Wer aus eigenem Erleben die Schädigungen und Leiden kennt, die der Krieg und die vierjährige Besetzung dem Lande zugefügt haben, konnte nicht erwarten, daß sich zwischen Belgien und Deutschland sofort nach Beendigung des Krieges wieder ein regulärer Wirtschaftsverkehr entwickeln werde. Es mußte schon eine Reihe von Jahren ins Land ziehen, bis die politische Feindschaft genügend abgeschwächt war, um nüchternen Wirtschaftserwägungen wieder den Vorrang zu lassen. Ja, es wäre kaum schon im Frühjahr 1925 zu einem immerhin brauchbaren Handelsabkommen zwischen Deutschland und Belgien gekommen, wenn nicht zwingende Gründe Belgien dazu gedrängt hätten. Diese sind in dem überaus starken Rückgange des belgischen Exportes und in der nicht minder großen Verringerung der Durchfuhr deutscher Ausfuhr- und Einfuhrwaren durch Belgien zu suchen, auf die bereits hingewiesen wurde. Vor dem Kriege spielte der Warenaustausch Belgiens mit Deutschland eine sehr erhebliche Rolle. In den Jahren 1911/13 nahm Deutschland nicht weniger als 25—26% der belgischen Gesamtausfuhr auf, während Deutschland mit 14—15% an der belgischen Einfuhr beteiligt war. Waren diese Anteilziffern 1923 auf 5,1 und 7,3%, für Belgien und Luxemburg zusammen sogar auf 3,7 und 6,4% gesunken, um 1924 wieder auf etwa 10 und 9% zu steigen, so handelt es sich um einen Ausfall, der Belgien sehr zu denken geben mußte, während er für Deutschland in dem größeren Rahmen seines Außenhandels eine viel geringere Rolle spielte und deshalb leichter zu ertragen war. Ähnlich liegt es beim Transitverkehr, dessen Steigerung für Belgien mit der Erhöhung eines wichtigen Aktivpostens seiner Zahlungsbilanz gleichbedeutend ist. Wirtschaftliche Erwägungen werden es deshalb auch in der Zukunft sein, die Belgien zu einem entgegenkommenden Verhalten gegenüber Deutschland zwingen und zur Verbesserung des vorläufigen Handelsabkommens in einem endgültigen Handelsvertrage veranlassen werden. In welcher Richtung sich dieser zu bewegen haben wird, bedarf nach der Darstellung des belgischen Wirtschaftslebens in dieser Abhandlung kaum noch einer besonderen Erläuterung: es ist der Handelsvertrag alten Stiles auf der Grundlage der unbedingten und vollen Meistbegünstigung, die angesichts der wesentlichen Erhöhungen des belgischen Zolltarifes ohnehin für Deutschland weit weniger Vorteile bietet als vor dem Kriege und schon deshalb als das unter allen Umständen anzustrebende Mindestmaß zu betrachten ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

V.

Grundzüge der polnischen Handels- und Zollpolitik.

Von

Dr. rer. pol. Curt Poralla,
Volkswirt R. D. V., Dezernent am Osteuropa-Institut in Breslau.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Polens Wirtschaftsstruktur in der Vor- und Nachkriegszeit . . . . . 231—241

Rußlands vorkriegszeitlicher Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaft. — Der Umschwung der Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit. — Industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung. — Polens Staatsfinanzen. — Währungspolitik. . . . . .

II. Die Entwicklung des polnischen Außenhandels . . . . . 241—251

Auszüge aus der Außenhandelsstatistik. — Anteil der Staaten am Außenhandel. — Der Einfluß des deutsch-polnischen Zollkonflikts auf Deutschlands Anteil am polnischen Außenhandel . 251—254

III. Polens Ein- und Ausfuhrpolitik . . . . . .

Das Reglementierungssystem des Außenhandels. — Phasen der Ein- und Ausfuhrreglementierung. — Das System der Ausfuhrabgaben. — Die Rückkehr zum Reglementierungssystem . . . .

IV. Polens Zollpolitik . . . . . 254—263

Vereinheitlichung der Zollgesetzgebung. — Grundlegende Bestimmungen des vorläufigen Zolltarifs vom 10. Juli 1920. — Regelung des Veredelungsverkehrs. — Der Anschluß Ostoberschlesiens an das polnische Zollgebiet. — Polnisch-Danziger Zollunion und ihre praktische Durchführung. — Revision des vorläufigen Zolltarifs. — Das System der Zollerleichterungen. — Neuerungen der Zollgesetzgebung. — Der revidierte Zolltarif vom 30. Oktober 1925 . . . . . .

V. Die Entwicklung der polnischen Handels- und Zahlungsbilanz . . . . . 263—267

Ursachen der passiven Handelsbilanz. — Bestrebungen zur Besserung der Handelsbilanz. — Die Gestaltung der Zahlungsbilanz . .

VI. Polens Handelsvertragspolitik . . . . . 268—275

Die ersten Verträge. — Der Typ der Meistbegünstigungsverträge. — Eigentümlichkeiten des polnisch-französischen Handelsvertrages. — Abweichungen vom geltenden Vertragssystem. — Russisch-poln. Handelsbeziehungen. — Entwicklung und gegenwärtiger Stand der deutsch-poln. Vertragsverhandlungen . . . . . .

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I. Polens Wirtschaftsstruktur in der Vor- und Nachkriegszeit.

Das früher viel umstrittene Problem, ob und inwieweit Polen sich ohne organischen Zusammenhang mit Rußland behaupten kann, ist durch seine wiedererlangte staatliche Selbständigkeit von einer rein theoretischen, zu einer praktisch-aktuellen Frage der Wirtschaftspolitik geworden. Die Veranlassung für den Widerstreit in den Ansichten war vor allem die verschiedenartige Auffassung über die Grundlinien der wirtschaftlichen Struktur beider Länder. Inzwischen sind seit der Neuschaffung Polens eine Reihe von Jahren vergangen, die zum mindesten bewiesen haben, daß der ökonomische Aufbau des vorkriegszeitlichen Rußlands und Polens ein durchaus verschiedener gewesen war. Diesem Umstand ist es vor allem zuzuschreiben, daß sich beide Länder in wirtschaftlicher Hinsicht früher so gut ergänzen konnten. Rußland war für das unter seiner Herrschaft stehende polnische Gebiet in der Hauptsache Lieferant landwirtschaftlicher Produkte und Rohstoffe, während Polen infolge Förderung seiner industriellen Entwicklung durch Rußland in die Lage versetzt worden war, einen wesentlichen Teil des russischen Bedarfs an Industrieerzeugnissen zu befriedigen. Die politische Verselbständigung Polens bedingte daher, als Folge der Lostrennung von Rußland und der neuen Zusammensetzung des Landes aus drei in ihrer wirtschaftlichen Struktur stark von einander abweichenden Teilgebieten eine wirtschaftliche Neuorientierung und damit eine Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik in mannigfacher Hinsicht.

Als dringlichste Aufgabe erschien die Hebung der landwirtschaftlichen Produktionskräfte, die durch den Krieg und seine Folgen so erheblich gelitten hatten, daß Polen — von allen Lebensmittelvorräten entblößt — in den ersten Jahren seines Wiedererstehens nur unter den größten Anstrengungen die Versorgung der Bevölkerung aufrechterhalten konnte. Es ist daher erklärlich, daß die polnische Regierung die Landwirtschaft als wichtigsten Produktionszweig des Landes und als Hauptfundament des Staates, auf dem sich seine wirtschaftliche Zukunft aufbaut, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bestrebt war. Die nächst wichtige Aufgabe der neuen polnischen Wirtschaftspolitik bestand in der beschleunigten Wiederherstellung der polnischen Industrie und ihre Anpassung an die neuen Bedürfnisse des Landes; denn erst nach ihrem Aufblühen konnte man eine Hebung des allgemeinen Wohlstandes im Lande erwarten. Dieses große Ziel vor Augen, ließ die polnische Regierung nichts unversucht, was ihr für die rasche Entwicklung der inländischen Industrie nutzbringend erschien. Sie legte naturgemäß besonderen Wert auf den Schutz der industriellen Produktion, der in der Gestaltung der Industriezölle seinen Niederschlag fand.

War die Verwirklichung dieser Pläne schon zu normalen Zeiten keine leichte Aufgabe, so stellten sich dem durch Krieg und zerrüttete Finanzverhältnisse geschwächten polnischen Wirtschaftsorganismus[1] geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg, die im Verlauf der letzten Jahre zwar schon bis zu einem gewissen Grade gemildert worden sind, aber bis heute noch nicht als behoben angesehen werden können.

Der weitaus größte Teil der Industrie, die das Rückgrat des ehemaligen Russisch-Polen darstellte, war teils durch Vernichtung, teils durch Verschleppung der noch unversehrt gebliebenen Maschineneinrichtungen außer Betrieb gesetzt. Aber auch die wenigen, noch intakt gebliebenen industriellen Unternehmungen sahen sich von der bisherigen Rohstoffversorgung völlig abgeschnitten und waren gezwungen, andere Rohstoffquellen ausfindig zu machen. Die Ausnützung der neu angeknüpften Beziehungen war jedoch durch den überall im Lande herrschenden Kapitalmangel und durch das mangelnde Vertrauen des Auslandes zur jungen polnischen Wirtschaft, das in erster Linie auf die verworrenen Verhältnisse im Inneren des Landes zurückzuführen war, sehr erschwert. Es verging längere Zeit, bis es gelang, die Produktion wenigstens in einigen wichtigen Zweigen der Industrie in größerem Umfange wiederaufzunehmen.

Ähnliche Schwierigkeiten bot die Absatzfrage. Abgesehen davon, daß auch hierbei auf veränderte Verhältnisse Rücksicht zu nehmen war, hielt sich der Absatz trotz des großen Warenhungers infolge der überaus teuren inländischen Produktion in engen Grenzen, weil die Kaufkraft der Bevölkerung als Folge des Krieges wesentlich zurückgegangen war und überall — wo sich Gelegenheit bot — billigere Auslandserzeug-

[1] Die erlittenen Kriegsschäden Polens werden auf Grund von Schätzungen auf 5 bis 5,5 Milliarden Zloty beziffert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nisse gekauft wurden. Vor allen Dingen machte sich aber das Fehlen des früheren Absatzes nach Rußland bemerkbar, auf den lange Jahre hindurch ein großer Teil der polnischen Industrie eingestellt war; dessen Verlust wirkte sich nunmehr um so nachhaltiger aus, als ein Warenexport nach anderen Ländern infolge Fehlens jeglicher Handelsbeziehungen illusorisch war. Aber selbst dort, wo sich vielleicht ein Warenaustausch in beschränktem Umfange hätte bewerkstelligen lassen, scheiterten alle Anstrengungen an den hohen Preisen polnischer Industriewaren, welche diejenigen ausländischen Ursprunges zeitweise bis zu 250 % überstiegen. Kein Wunder, daß sich unter diesen Umständen die Industrie selbst im eigenen Lande keiner großen Sympathie erfreute. Alle Beschönigungsversuche von seiten der an einer starken einheimischen Industrie interessierten Kreise konnten es nicht zuwege bringen, die agrarische Mehrheit im polnischen Sejm von ihrer Ansicht abzubringen, daß es aussichtslos sei, für die Industrie viel Mühe und noch mehr Geld aufzuwenden, wie es zu einer vollständigen Wiederherstellung der zerstörten Betriebe notwendig wäre. Um dieser Anschauung wirksam entgegenzutreten, wurde eine Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung und Förderung der polnischen Industrie geschaffen, die sich in erster Linie die beschleunigte Inangriffnahme des Aufbauwerkes zum Ziele setzte, um gleichzeitig auch der großen Arbeitslosigkeit im Inland, die immer erschreckendere Formen annahm und die bolschewistische Gefahr zusehends vergrößerte, erfolgreich entgegenzusteuern. Besondere Förderung wurde zunächst den beiden größten Industriezweigen Kongreßpolens, der Textil- und Montanindustrie, zuteil.

Die polnische Textilindustrie zählte vor dem Kriege zu den bedeutendsten ihrer Art in Europa; sie beschäftigte in den Produktionszentren Lodz, Bialystok über 150000 Arbeitskräfte[2] und produzierte jährlich Waren im Werte von rund 340 Mill. Rbl. Der Hauptteil der Produktion (etwa 65 %) wurde nach dem Inneren Rußlands abgesetzt, auf dessen Bedürfnisse die polnische Baumwollindustrie fast ausschließlich eingestellt war. Da sich das Geschäft mit Rußland vorwiegend in billigen, groben Stoffen abwickelte, ergab sich eine ganz einseitige Produktionseinstellung, die die Forderung nach Qualitätserzeugung naturgemäß immer wieder in den Hintergrund drängte. Hieraus resul-

[2] Entspricht ungefähr 40 Prozent der Industriearbeiter Kongreßpolens.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tieren die wesentlichsten Schwierigkeiten, denen sich die polnische Textilindustrie bei der Umstellung auf die neu geschaffenen Absatzverhältnisse gegenübersah. Selbst während der Inflationszeit, in deren Verlauf die übrigen Industrien Polens reichlich beschäftigt waren, ließ sich nur periodenweise eine Konjunkturbesserung in der polnischen Textilindustrie beobachten, da die aus dem Auslande gegen hochwertige Valuten bezogenen Rohstoffe eine sofortige Anpassung der Textilwarenpreise an den jeweiligen Dollarstand bedingten und im Vergleich zu anderen Waren weniger Kaufanreiz boten. Die Stabilisierung der polnischen Währung brachte im weiteren Verlauf zunehmende Absatzschwierigkeiten, die im Verein mit den überaus hohen sozialen Lasten diesen Industriezweig in eine sehr kritische Situation brachten. In Bialystok waren beispielsweise vor dem Kriege 150 000 Spindeln im Betrieb, im Jahre 1923 70 000 und Ende September 1925 nur noch 12 000 Spindeln. Dies sind geradezu erschreckende Ziffern, die den Verfall der polnischen Textilindustrie ganz offensichtlich zum Ausdruck bringen. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Lodzer Textilrevier. Die teure Produktion, verursacht durch die außerordentlich erschwerten und teuren Kredite, hat neben mangelndem Inlandsabsatz auch einen fast völligen Verlust des ausländischen Absatzmarktes zur Folge gehabt. Eine ganze Reihe polnischer Unternehmungen der Textilbranche ist daher in Ermangelung einer Existenzmöglichkeit im Inlande samt den Maschineneinrichtungen nach dem Auslande (Rumänien, Jugoslawien) übergesiedelt. Heute ist nur noch ein ganz minimaler Prozentsatz der ehemals blühenden polnischen Textilindustrie im Betrieb.

In der kongreßpolnischen Montanindustrie trat in Vorkriegszeiten besonders der Kohlenbergbau mit rund 23 000 Arbeitern und die Eseninduſtrie mit 20 000 Arbeitern hervor. Es handelt sich hier hauptsächlich um die im Dąbrowaer Becken unweit der früheren schlesisch-russischen Grenze gelegenen Industriegebiete. Die Produktion der Eisenhütten bestand in der Hauptsache aus Eisenbahnmaterial, Handelseisen und Draht. Mit der Zuteilung Ostoberschlesiens an Polen hat die polnische Montanindustrie wesentlich an Umfang zugenommen, sind doch mehr als 65% der gesamten Eisenproduktion Oberschlesiens an Polen gefallen. Aus dem gleichen Anlaß hat auch der Kohlenbergbau, die Zink- und Bleiproduktion[3] Polens an Bedeutung gewonnen und der Schwer-

[3] Vgl. meinen Aufsatz „Aktuelle Fragen der oberschlesischen Zinkindustrie" im Hamburger „Wirtschaftsdienst" Nr. 7 (1926).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

punkt der polnischen Montanindustrie nach dem polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens verlegt. Ebensowenig aber wie es Polen gelang, die kongreßpolnische Montanindustrie auf der Höhe des Vorkriegsstandes zu erhalten, zeigt auch die Industrie des an Polen gefallenen Teils von Oberschlesien längst nicht mehr den blühenden Stand wie ehedem. In der polnischen Montanindustrie kann man daher ähnlich wie in der Textilindustrie ein langsames Dahinsiechen beobachten. Der Niedergang der ostoberschlesischen Industrie tritt besonders seit Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkonfliktes und mit dem damit zusammenhängenden unterbrochenen Absatz nach Deutschland in Erscheinung. Er hat eine völlige Umgestaltung des Absatzes oberschlesischer Industrieerzeugnisse notwendig gemacht, ohne daß jedoch bisher erreicht werden konnte, daß der Ausfall des Exports nach Deutschland durch entsprechende Ausfuhrsteigerung nach anderen Ländern wieder wettgemacht werden konnte.

Besonders für die ostoberschlesische Kohlenindustrie, die durch die deutschen Einfuhrbeschränkungen am meisten gelitten hat, versuchte die polnische Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften neue Absatzgebiete ausfindig zu machen. Auf Grund einer Veröffentlichung des polnischen Handelsministers sind im Verlauf des zweiten Halbjahres 1925 3,6 Mill. t Kohlen ausgeführt worden, während sich der Kohlenexport im ersten Halbjahr 1925, als noch die Vorteile der Absatzmöglichkeit nach Deutschland bestanden, auf 4,6 Mill. t bezifferte. Es ist also durch die Schließung der deutschen Grenzen ein Ausfall von 1 Mill. t eingetreten.

Bei diesen Zahlen muß auch noch in Betracht gezogen werden, daß Polen, um den Kohlenexport zu fördern, die Exportpreise für polnische Kohle zwecks Einführung auf neue Absatzmärkte derart niedrig gestellt hat, daß sie kaum die Gestehungskosten decken und demzufolge vom kommerziellen Standpunkte aus als ein Verlustgeschäft zu bezeichnen sind. Der Belebung des Kohlenexportgeschäfts kam in den letzten Monaten auch die Wertverminderung der polnischen Währung zugute, die sich als Exportprämie auswirkte und den Kohlenexport bis Ende Dezember 1925 bis auf 686 000 t monatlich steigen ließ.

Auch in den übrigen Industriezweigen wurden Aufbauarbeiten ausgeführt. Ende des Jahres 1919 waren auf industriellem Gebiete bereits gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Der in Betrieb gesetzte Teil der polnischen Industrie stellte sich zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zu

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Jahren 1913/14 ungefähr auf: 20% bei der Textilindustrie, 18% bei der mechanischen Industrie, 27% bei der Bauindustrie, 32% bei der Gerbereiindustrie, 36% bei der chemischen Industrie, 41% bei der Lebensmittelindustrie[4]. Im Laufe des nächsten Jahres (1920) war der Beschäftigungsstand in der kongreßpolnischen Industrie in prozentualem Verhältnis zur Vorkriegszeit folgender: Textilindustrie 25%, Metallindustrie 28%, Lebensmittelindustrie 43%, Mineralindustrie 48%, chemische Industrie 43%, Holzindustrie 42%, Papierindustrie 52%, Gerberei- und Fettindustrie 33%. Durch die Inflationskonjunktur gelang es einem großen Teil der polnischen Industrie, sich schnell zu entwickeln, so daß die Industrialisierung Polens mit jedem Jahr weitere Fortschritte buchen konnte.

Die Bestrebungen zur Förderung der polnischen Industrie sind durch die Schutzzollpolitik der polnischen Regierung naturgemäß stark unterstützt worden, so daß im Bereich der polnischen Republik heute schon die verschiedensten Zweige der Industrie anzutreffen sind. Von den neueren Industriezweigen wären zu nennen: die Kunstseidenindustrie, die Gummiwarenindustrie, die elektrotechnische Industrie, Musikinstrumentenindustrie, Konservenindustrie, Automobilindustrie, Flugzeugindustrie u. a. Außerdem wird die Aufnahme der Fabrikation von Nähmaschinen, Radiogerät, Schreibmaschinen u. a. geplant. Soweit den neu entstehenden Industriezweigen in Polen keine Auslandskapitalien zu Hilfe gekommen sind — wie es beispielsweise in der Automobilindustrie der Fall war —, kommt ihnen noch keine größere Bedeutung für die Bedarfsdeckung des Inlandes zu, zumal ihre Leistungsfähigkeit durch den inländischen Kapitalmangel und die große Kreditnot sehr beschränkt ist. Praktische Auslandshilfe in Form größerer, langfristiger Kredite ist aber der polnischen Industrie bisher nur in wenigen Fällen zuteil geworden, was insbesondere auf das mangelnde Vertrauen des Auslandes zu Polens Wirtschaft zurückzuführen ist.

Die polnische Landwirtschaft mußte sich ebenfalls erst allmählich in die neuen Verhältnisse einfügen. Besonders die bäuerliche Wirtschaft Kongreßpolens machte in den ersten Nachkriegsjahren eine Periode des Niederganges durch. Die Reorganisationsarbeiten, die bereits vor dem Kriege begonnen waren und in der zunehmenden Anwendung vervollkommneter Maschinen und Geräte, der Züchtungsversuche von Rasse-

[4] „Przemysl i Handel", Nr. 1 (Jhg. 1921).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vieh und der Ertragssteigerung der Milchwirtschaft zum Ausdruck kamen, wurden durch den Krieg jäh unterbrochen. Wie schwer die polnische Landwirtschaft auch der übrigen Teilgebiete unter den Kriegseinwirkungen zu leiden hatte, ergibt sich aus der Tatsache, daß Polen trotz seines vorwiegend agrarischen Charakters im großen Umfange zum Import von Lebensmitteln übergehen mußte, um der Hungersnot im Lande entgegenzuwirken. Besonders stark waren naturgemäß die Erträge in den vom Kriege unmittelbar heimgesuchten Gebietsteilen zurückgegangen. Doch auch die frühere Provinz Posen, die in Vorkriegszeiten für eine Korn- und Kartoffelkammer galt, hatte nach der Inbesitznahme durch Polen bei weitem nicht mehr die gleichen Ernteüberschüsse aufzuweisen wie ehedem. Dieser Umstand findet seine Erklärung in der polnischerseits durchgeführten Änderung der Güterbewirtschaftung, ferner durch die unzureichende Zufuhr von Düngemitteln, Einführung des Achtstundentages, Erhöhung der Getreidedeputate usw. Der beträchtliche Rückgang der Ziffern der Ernteerträge von 7,2 auf 2,4 Mill. t kommt auch in den Hektarerträgen deutlich zum Ausdruck.

Zunächst war an eine Erhöhung der Bodenergiebigkeit nicht zu denken, da besonders der große Mangel an Düngemittel und maschinellen Einrichtungen für die Bodenbearbeitung dem entgegenstand. Die polnische Regierung sah sich daher, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern, gezwungen, sich zeitweise das Recht zum Getreideankauf vorzubehalten und die Verteilung der vorhandenen knappen Vorräte besonders auf die durch Mißernten am meisten gefährdeten Gebietsstreifen selbst in die Hand zu nehmen. Durch die Tätigkeit einer amerikanischen Versorgungskommission wurde die polnische Regierung in ihrer Arbeit tatkräftig unterstützt. Diese Kommission hatte innerhalb eines halben Jahres etwa 300 000 t Lebensmittel nach Polen eingeführt. Bedenklich sah es im ersten Jahre nach Erstehen der polnischen Republik auch mit der Fleischversorgung aus, war doch der Rindviehbestand als Folge des Krieges schätzungsweise um 50% in Kongreßpolen, um etwa 80% in Kleinpolen zurückgegangen.

Der Wiederaufbau der Landwirtschaft mußte daher — darüber war man sich von vornherein klar —, mit der größten Intensität durchgeführt werden, um sich möglichst bald von der kostspieligen Getreideeinfuhr aus dem Auslande unabhängig zu machen, da die polnische

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Handelsbilanz bereits stark zur Passivität neigte und die Entwertung der polnischen Mark dadurch beschleunigte. Dagegen war man in Ermangelung ausreichender Inlandsproduktion nach wie vor auf den Auslandsbezug von Kunstdünger und landwirtschaftlicher Maschinen angewiesen, deren Beschaffung zwecks Hebung der landwirtschaftlichen Produktion nicht zu entbehren war. Im allgemeinen kann konstatiert werden, daß sich die polnische Landwirtschaft von den schädlichen Kriegsfolgen relativ schnell erholt hat. Besonders trifft das bei der polnischen Viehzucht zu, so daß zuerst mit der Ausfuhr von Fleisch und Fett begonnen werden konnte. Im weiteren Verlauf gelang es auch, den Getreideexport wieder aufzunehmen, doch zeigte letzterer in Anbetracht der durch Witterungseinflüsse stark schwankenden Ernteerträge in den verschiedenen Jahren keine einheitliche Fortentwicklung.

Die Finanzen des neuen Polenstaates waren schon von Beginn an äußerst geschwächt. Das erhellt allein schon aus der Tatsache, daß in dem von der Regierung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1919 eingebrachten ersten Budget den Ausgaben in Höhe von 2593 Mill. Polenmark nur Einnahmen von 563 Mill. gegenüberstanden, woraus sich von vornherein ein Defizit von 2030 Mill. Polenmark ergab. Der Hauptposten entfiel auf Ausgaben für das polnische Heer, eine Erscheinung, die auch heute noch eine der hauptsächlichsten Ursachen für die Unmöglichkeit darstellt, den polnischen Staatshaushalt auszubalanzieren, trotzdem die augenblickliche politische Lage übermäßige Belastungen durch Ausgaben für das Militär bei weitem nicht mehr in dem Maße rechtfertigt, wie es in den ersten Jahren der Fall gewesen war, wo Krieg und innere Unruhen hohe Ausgaben für ein schlagfertiges Heer noch entschuldigten. Das Defizit des Voranschlages sollte einesteils mittels erhöhter Steuern, anderenteils durch Kreditoperationen gedeckt werden. Was die erste Einnahmequelle betrifft, so war diese nur mit Hilfe einer grundlegenden Steuerreform ergiebiger zu gestalten, die allerdings nicht von heute auf morgen durchzuführen war. Trotzdem wurden die Arbeiten sofort aufgenommen und das Hauptgewicht der Reform auf den Ausbau des indirekten Steuersystems gelegt, weil sich die polnische Regierung davon größere Erfolge versprach. Außerdem sollten die in den einzelnen Teilgebieten bereits bestehenden Monopole[5] weiter ausgebaut, auf das ganze Gebiet der Republik ausgedehnt und neue Monopole geschaffen werden. Das gelangte auch im Laufe der Jahre zur Durchführung. Zur Deckung des sich von Monat zu Monat steigernden Defizits konnten die Steuereinnahmen angesichts der verarmten Wirtschaft naturgemäß nicht ausreichen. Es mußte daher auch der Kreditweg beschritten

[5] Aus der Vorkriegszeit bestand im früheren österreichischen Teilgebiet ein Tabakmonopol und im ehemaligen Russisch-Polen ein Spiritusmonopol.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden, wenn es gelingen sollte, den Staatshaushalt überhaupt ins Gleichgewicht zu bringen. In Frage kam zunächst eine innere Anleihe, deren Ergebnis nicht ganz befriedigt hat. Es gelang der polnischen Regierung aber, außerdem eine Auslandsanleihe zu erhalten. Es handelt sich um die Ende November 1919 aufgenommene amerikanische Anleihe in Höhe von 250 Mill. Dollars, die mit 6% verzinsbar war und dem polnischen Staate für die Dauer von 20 Jahren gewährt worden ist. Die Gelder aus der Anleihe sollten jedoch nicht dazu verwendet werden, dem Staatsschatze neue Mittel zur Deckung des Budgetdefizits zuzuführen, sondern zu einem Teil als Devisenreserve zum Einkauf von Rohstoffen in Amerika und zum anderen Teil zur Ablösung der früheren Anleihen und sonstigen Staatsschulden dienen. Mit der erwähnten amerikanischen Anleihe war aber Polen nur für kurze Zeit geholfen. Bald darauf wurden Verhandlungen zwecks Erreichung einer weiteren großen Anleihe aufgenommen; doch blieben alle Bemühungen Polens erfolglos. Es war daher unausbleiblich, daß sich die finanzielle Lage Polens angesichts des ständig größer werdenden Defizits im Staatshaushalt und des reichlichen Devisenabschlusses (zur Bezahlung der Auslandsschulden) zusehends komplizieren mußte. Durch verschiedene Finanzgesetze wurde zwar ein Teil des Defizits mit Hilfe außerordentlicher Einnahmen gedeckt, trotzdem blieb ein ungedecktes Defizit fortgesetzt bestehen, Auch durch den sich von Jahr zu Jahr verschärfenden Steuerdruck konnte ein Ausgleich im Staatshaushalt nicht erreicht werden. Dies zwang die polnische Regierung in weiterem Verlauf zur Ausgabe eines Interimsgeldes, mit dessen Hilfe sie ihren Verpflichtungen nachzukommen suchte. Dadurch aber, daß die Menge der im Umlauf befindlichen Kleingeldscheine in wenigen Monaten die Höhe des polnischen Banknotenumlaufes erreichte und diesen bald darauf sogar überschritt[6], war eine regelrechte Kleingeldinflation eingetreten, die das Vertrauen des Auslandes zur polnischen Währung und Staatswirtschaft noch mehr untergrub. Durch Reduzierung der Ausgaben und Erhöhung der Steuereinnahmen bemüht man sich nunmehr, das Budget für 1926 ins Gleichgewicht zu bringen. Ob das gelingt, erscheint vorerst noch sehr ungewiß, denn das Gesamtdefizit für das Jahrbuget 1926 beträgt noch immer über 230 Mill. Zloty und dürfte auch durch die geplante sparwirtschaftliche Reorganisation der Verwaltung und der Staatsbetriebe kaum ausgeglichen werden.

Eine eigene selbständige Währung besaß das neue Polenreich anfangs noch nicht. Jedenfalls kann die von der Besatzungsbehörde Ende 1917 eingeführte und von Polen vorläufig übernommene „polnische Mark" als solche nicht bezeichnet werden. Neben der polnischen Mark waren der russische Rubel, die österreichische Krone und die deutsche

[6] Am 10. November 1925 betrug der Kleingeldumlauf 410 Mill. Zloty, der gesamte Banknotenumlauf nur 345 Mill. Zloty. Im Dezember 1920 verzeichnete der Kleingeldumlauf eine weitere Zunahme von 30 Mill. Zloty.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mark im Umlauf und galten noch eine ganze Zeitlang als Zahlungsmittel. Diese Geldsorten verteilten sich folgendermaßen[7]: 100 Mill. Pmk., 500 Mill. österr. Kronen, 3—400 Mill. russ. Rubel und etwa 200 Mill. deutsche Mark. Die Arbeiten zur Vereinheitlichung der polnischen Währungsverhältnisse zogen sich immer weiter hinaus, weil die Grundlagen für den Aufbau einer eigenen Währung (Zloty-Währung) fehlten. Die polnische Landesdarlehnskasse, die seit Ende 1918 als vorläufige Staats- und Emissionsbank bestand, war nicht in der Lage, eine solche aus sich heraus zu schaffen; sie beschränkte sich vielmehr darauf, für Rechnung der Regierung polnische Mark zu emittieren, deren Umlaufsmenge durch immer größer werdende Darlehen an den polnischen Staat ständig wuchs. Verursacht war der überaus große Geldbedarf des Staates vor allem durch die Finanzierung des Krieges gegen Rußland, der ungeheure Summen verschlang. Demzufolge nahm der Währungsverfall der polnischen Mark ein beschleunigtes Tempo an und schien so lange nicht aufhaltbar, wie die polnische Landesdarlehnskasse im Auftrage der Regierung fortfuhr, neue Noten zu drucken, für die selbst die geringste Deckung fehlte. So konnte man erst längere Zeit nach Beendigung des kostspieligen Krieges mit Rußland ernstlich an eine Stabilisierung der polnischen Währung herangehen. Durch Gründung der Bank Polski zu Anfang des Januars 1924 wurde endlich der Grundstock für die neue Zlotywährung geschaffen und das Gesetz betr. Einführung der Zlotywährung, das schon am 28. Februar 1919 ergangen war, schließlich verwirklicht.

Polen führte seine Geldreform im Jahre 1924 in zwei Etappen durch. Die erste Etappe stellte die Zeit bis zum 9. Januar 1924 dar, die die Stabilisierung des Papiermarkkurses im Verhältnis 9,3 Mill. Zloty für einen Dollar brachte. Dadurch, daß die neue Geldeinheit — der polnische Zloty — dem Werte nach dem Goldfranken gleichen sollte, der im Verhältnis zum Dollar wie 5,18:1 stand, wurde als zweite Etappe die Relation im Verhältnis zum Zloty in der Weise geändert, daß 1 Zloty 1,8 Mill. polnischen Mark gleichkamen. Die polnischen Markbeträge waren bis zum 1. Juli 1924 aus dem Verkehr gezogen. Wenn auch die von der Bank Polski emittierten Zloty gegen Gold nicht umtauschbar waren, so besaßen sie doch eine Umtauschgarantie in Dollars im Verhältnis 5,18 Zloty für 1 Dollar und konnten infolge-

[7] Auf Grund eines Mitte 1919 veröffentlichten Berichts des polnischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dessen die Parität auf den Auslandsbörsen erreichen. Trotzdem war die Gründung der Bank Polski noch zu früh erfolgt, denn die finanzielle und wirtschaftliche Lage des polnischen Staates war zu jener Zeit noch nicht konsolidiert. Die Folgen dieser Währungspolitik sind auch nicht ausgeblieben. Nach kaum 1½jähriger Stabilität der Währung begann der Zloty gegen Mitte 1925 ernstlich zu schwanken und fiel im Verlauf der nächsten Monate bis unter die Hälfte seines ursprünglichen Wertes. Die Gründe für den Zlotysturz lagen — abgesehen von der übereilten Währungsform — auch in dem auf unrealen Einnahmen gestützten Staatsbudget und schließlich in der Passivität der Zahlungsbilanz[8]. Das Defizit der Handelsbilanz betrug in den ersten 6 Monaten des Jahres 1925 fast eine halbe Milliarde Zloty und hat nicht nur die Valutavorräte aufgezehrt, die Polen noch Ende Dezember 1924 besessen hat (etwa 250 Mill. Zloty), sondern sie hat auch die im Laufe des Jahres 1925 eingegangenen ausländischen Geldmittel gänzlich verschlungen. Mit der zunehmenden Besserung der polnischen Handelsbilanz seit September 1925 hat sich gegen Ende des Jahres auch die Währungslage Polens etwas gebessert, jedoch nur vorübergehend. Im Verlauf des März 1926 setzte eine neue Abwärtsbewegung des Zloty ein, die für die polnische Währung neue Gefahren mit sich bringt. An die Rückführung des Zloty auf seine Goldparität kann ebensowenig mehr gedacht werden wie an die Erhaltung der vielbesprochenen „Wirtschaftsparität" (6½—7 Zloty für einen Dollar). Da Polen kaum imstande sein dürfte, die Konsolidierung der Währungsverhältnisse aus eigner Kraft durchzuführen, so wird die Erlangung einer größeren Auslandsanleihe immer dringlicher. Alle Anstrengungen der polnischen Regierung, eine solche zu erhalten, sind angesichts der aussichtslosen Finanzlage Polens bisher erfolglos geblieben. Es scheint so, als bliebe Polen — wenn es dem finanziellen und wirtschaftlichen Chaos entrinnen will — nichts andres übrig, als sich der Finanzkontrolle des Völkerbundes zu unterwerfen.

II. Die Entwicklung des polnischen Außenhandels.

Eine eingehende Betrachtung der Entwicklung des polnischen Außenhandels der Vorkriegszeit wird durch das Fehlen zuverlässigen Zahlenmaterials sehr erschwert. Die Statistik der ehemaligen Teilungsmächte

[1] Näheres über die Ursachen des Zlotysturzes in meinem Aufsatz: „Zur Währungslage in Polen" im Hamburger „Wirtschaftsdienst" Nr. 1 (1926).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Deutschland, Österreich und Rußland bezieht sich nur auf den Handelsverkehr über die damaligen Zollgrenzen dieser Staaten, nicht aber auf die Teilgebiete allein, die das heutige Polen darstellen. Man ist daher, um sich einen Überblick über den Außenhandel Polens der Vorkriegszeit zu verschaffen, auf Angaben polnischer Verbände und auf Mitteilungen der kongreß-polnischen Industriellen angewiesen, die nur auf Schätzungen beruhen und hinsichtlich der Genauigkeit naturgemäß manches zu wünschen übrig lassen. Immerhin gewähren die vorhandenen Berichte und zahlenmäßigen Zusammenstellungen ein annähernd naturgetreues Abbild der wirtschaftlichen und handelspolitischen Lage Polens, besonders soweit es sich um das unter russischer Herrschaft stehende Kongreßpolen handelt.

Dieser wichtigste und größte Teil des heutigen Polens hat sich unter dem Einfluß der russischen Handels- und Verkehrspolitik nicht so entwickeln können, wie es auf Grund seiner wirtschaftlichen Struktur natürlich und durchaus möglich gewesen wäre. Die Entwicklung Kongreßpolens stand fortgesetzt unter politischem Druck, da Rußland dem polnischen Gebiet eine Handelspolitik vorschrieb, wie sie nicht den Bedürfnissen des Landesteils, sondern einzig und allein dem des russischen Reiches entsprach. Die Folge hiervon war, daß sich Polens Wirtschaft gezwungenermaßen auf die Erfordernisse Rußlands einstellen mußte. Aus dem ehemals bedeutenden Agrarstaat, der in früheren Zeiten seine beträchtlichen Überschüsse an land- und forstwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkt abgesetzt hat, wurde unter dem russischen Regime ein Industrieland. Aber auch die polnische Industrie, die Rußland ins Leben rief, konnte sich infolge der russischen Zollpolitik nur einseitig entwickeln, so daß sie ihre Produktion fast ausschließlich nur auf den russischen Absatzmarkt einstellen konnte. Während die Einfuhr von Genußmitteln, Rohstoffen und einer ganzen Reihe von Industrieartikeln bestehen blieb, ging die Ausfuhr polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse ständig weiter zurück, zumal die Landwirtschaft seitens der russischen Regierung nicht die mindeste Unterstützung und Förderung erfuhr. Sie war daher auch nicht imstande, mit der russischen Landwirtschaft erfolgreich zu konkurrieren, so daß Rußland angesichts des fortschreitenden Verfalls der polnischen landwirtschaftlichen Produktion zunehmenden Einfluß auch auf die Lebensmittelversorgung Kongreßpolens gewann. Der Umschwung, der durch die russische Handelspolitik in der Wirtschaft Polens herbeigeführt worden ist, hat dazu geführt, daß Polens Außenhandelsbilanz durch den Ausfall des ehemals bedeutenden Exports an land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen passiv wurde.

Die Aufzeichnungen über den vorkriegszeitlichen Außenhandel Polens der letzten Jahrzehnte lassen diese Entwicklung auch deutlich erkennen. Man schätzt das Überwiegen der polnischen Einfuhr über die Ausfuhr in den letzten Jahren vor dem Kriege auf etwa 20—30%. Die einseitige Einstellung der Wirtschaft Kongreßpolens auf die Bedürfnisse Rußlands und der von Jahr zu Jahr immer deutlicher hervortretende Rückgang des Handelsverkehrs Kongreßpolens mit den übrigen polnischen Gebietsteilen war ferner durch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Umstand bedingt, daß die große Ähnlichkeit vieler Produktionszweige dieser Gebiete das Interesse des gegenseitigen Warenaustausches vermindert hat. Aber selbst typische Exportartikel, die in den anderen polnischen Gebietsteilen nicht produziert wurden, wie beispielsweise Naphtha aus den galizischen Gruben, wurden nicht nach Kongreßpolen abgesetzt, sondern verblieben im Bereich der österreich-ungarischen Monarchie, während Kongreßpolen die benötigten Mengen an Naphtha und Naphthaprodukten unter ungünstigen Bedingungen aus Rußland beziehen mußte. Umgekehrt wurde kongreßpolnischer Zucker nach allen möglichen Ländern exportiert, am allerwenigsten jedoch nach Galizien. Das gleiche ließe sich auch von polnischen Textilwaren und einer ganzen Reihe anderer Industrieerzeugnisse sagen. Bis zur Vereinigung der einzelnen polnischen Teilgebiete zu einer wirtschaftlichen Einheit haben daher diese Landesteile als Warenaustauschgebiete untereinander nur eine unbedeutende Rolle gespielt. Im einzelnen gestaltete sich der Warenverkehr der einzelnen polnischen Gebiete in Vorkriegszeiten folgendermaßen:

Kongreßpolen lieferte nach Rußland Textilgewebe und Textilwaren, Möbel, Glaserzeugnisse, Zement und Kalk, Metallwaren verschiedener Art, Spiritus usw. Ins Ausland exportierte Kongreßpolen hauptsächlich Zucker, Eier, Rundholz, Pilze, gemahlene Knochen, Kartoffeln, Sämereien, Stärke u. a. Hieraus ergibt sich, daß die polnische Ausfuhr nach Rußland vorwiegend in Halb- und Fertigfabrikaten bestand; dagegen wurden im Handelsverkehr mit dem Zollausland hauptsächlich Rohstoffe exportiert und zwar im Austausch gegen Maschinen und Industrieerzeugnisse, die sowohl für den Eigenbedarf, wie auch für den Weiterexport nach Rußland in Frage kamen.

Ähnlich wie im ehemaligen russischen Teile Polens gestaltete sich der Warenaustausch auch zwischen den inzwischen polnisch gewordenen Gebietsteilen Preußens und dem übrigen Deutschland in der Vorkriegszeit, jedoch mit dem einen Unterschied, daß die einzelnen Austauschartikel anderer Art waren. So zeigen die Provinz Posen und Pommerellen in den Jahren 1911—1913 im Handelsverkehr mit Deutschland ein starkes Überwiegen der Ausfuhr von Getreide, Sämereien, Rinder, Kleinvieh, Pferden, Kartoffeln, Stärke, Malz, Mehl, Zucker, Melasse, Spiritus, Holz, Wolle, Felle, Knochen, Leim, Lumpen usw. nach dem Innern des Reiches, während Industrieartikel, Maschinen, künstliche Düngemittel, sowie Rohstoffe und Halbfabrikate aus Deutschland bezogen wurden. — Auch bei der Ausfuhr der früheren Provinz Posen und des polnisch gewordenen Teils von Pommern tritt besonders der Absatz von Rohmaterialien in Erscheinung, jedoch war der allgemeine Stand der Verarbeitung dieser Exportprodukte schon wesentlich vollkommener, als derjenige der russisch-kongreßpolnischen Ausfuhr.

Die ungefähr gleiche Entwicklung zeigt schließlich auch das polnische Teilgebiet der ehemals österreich-ungarischen Monarchie: der Hauptteil der galizischen Produktion wurde in das Innere Österreich-Ungarns abgesetzt. Gali-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zien exportierte dorthin das Gros an Rohnaphtha und Naphthaprodukten, Holz und Holzmasse, Häute, Horn- und Borstenvieh, sowie Geflügel, Ton und Zement, Spiritus, Eier, Hanf, Holzkohle u. a. und bezog im Austausch aus den Ländern Österreich-Ungarns Industriewaren, Maschinen, Halbfabrikate und Rohstoffe zur Deckung des eigenen Bedarfs. Zur allgemeinen Charakteristik dieses Warenaustausches kann festgestellt werden, daß auch hier Rohmaterialien die hauptsächlichsten Ausfuhrprodukte Galiziens waren.

In Verbindung mit der Zuteilung neuer großer Gebietsteile an Polen nach Beendigung des Krieges haben sich die Verhältnisse des polnischen Außenhandels wesentlich verschoben. Die Angliederung der landwirtschaftlich hoch entwickelten Provinz Posen und eines Teils von Pommern haben die sinkende Bedeutung Polens als Agrarstaat wieder gefestigt. Aber auch in industrieller Hinsicht hat Polen eine bedeutende Verstärkung seiner Position erfahren, und zwar durch die in den angegliederten preußischen und österreichischen Gebietsteilen vorhandenen Industrien (Erdöl, Holz-, Zuckerindustrie), die als Ausfuhrindustrien unverkennbare Stützen des polnischen Außenhandels geworden sind. Trotzdem fehlte es besonders in den ersten Jahren der staatlichen Selbständigkeit Polens an wichtigen Voraussetzungen für eine Belebung des polnischen Handelsverkehrs. Vor allen Dingen behinderte die ungeklärte politische Situation, die sich aus dem Fehlen eines definitiven Friedens mit Rußland, ferner aus der bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien und der schwierigen Lösung der Wilnafrage ergab, ein baldiges Aufblühen des polnischen Handels. Die Konsolidierung der inneren Verhältnisse war zudem noch durch das Fehlen einer Verfassung aufgehalten. Es ermangelte daher an der notwendigen Rechtssicherheit für einen geregelten Handelsverkehr — alles das war wenig geeignet, den polnischen Handel von vornherein auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Die Schwierigkeiten für die Belebung der Handelsbeziehungen lagen aber nicht allein auf politischem Gebiete. Das Wiedererstarken des Welthandels nach Beendigung des Krieges ließ ein überaus starkes Warenangebot auf allen europäischen Auslandsmärkten in Erscheinung treten, das den internationalen Wettbewerb zusehends steigerte und den polnischen Warenabsatz im Auslande wesentlich einengte. Hierzu kam noch, daß Rußland, das vorher etwa 80% der polnischen Warenerzeugung abgenommen hatte, als Absatzgebiet für Polen gänzlich ausgeschieden war. Auf der anderen Seite machte sich die Auslandskonkurrenz in ihrem Streben, den polnischen Markt zu erobern,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auch im Lande immer fühlbarer und beschränkte dadurch den heimischen Handel auf ein Minimum. In bezug auf die Versorgung des Inlandes mit industriellen und sonstigen Rohstoffen war der Auslandsimport für Polen nicht unerwünscht, zumal ausländische Lieferanten zwecks Einführung ihrer Produkte vielfach zur Kreditgewährung bereit waren, was den Rohstoffbezug naturgemäß wesentlich erleichterte. Den Hauptteil der Einfuhr stellten aber Fertigfabrikate dar, die zum Teil auch schon von der inländischen Industrie geliefert wurden und den Absatz inländischer Erzeugnisse infolge ihrer Preiswürdigkeit in den Hintergrund drängten.

Aus dem in der Vorkriegszeit belebten Warenverkehr Kongreßpolens mit Rußland, Posens mit Deutschland, sowie Galiziens mit Österreich-Ungarn könnte man schließen, daß sich auf Grund der guten Kenntnisse dieser Märkte und der langjährigen Handelsbeziehungen der einzelnen polnischen Teilgebiete mit den ehemaligen Teilungsmächten mit Leichtigkeit die alten Beziehungen hätten erneuern und erheblich erweitern lassen. In Wirklichkeit hat jedoch die Entwicklung des nachkriegszeitlichen Handelsverkehrs den Erwartungen nicht entsprochen. Es zeigte sich im Gegenteil eine von Jahr zu Jahr immer deutlicher hervortretende Einseitigkeit in den Beziehungen, die den Schwerpunkt des Handels auf bestimmte Absatzmärkte verlegte und dadurch eine ganz einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit Polens schuf. Es fehlte aber auch jede Orientierung hinsichtlich des Bedarfs und der Produktion der einzelnen Teilgebiete untereinander, so daß es vielfach vorkam, daß man unter großen Schwierigkeiten und Kosten eine Ware zur Deckung des Bedarfs eines Teilgebiets aus dem Auslande bezog, während die anderen polnischen Gebiete die gleiche Ware nur mit großer Mühe im Auslande abzusetzen vermochten. Mit dem Entstehen von Industrie- und Handelskammern, Berufsorganisationen usw. haben sich die Orientierungsverhältnisse innerhalb Polens erheblich gebessert. Sie trugen in hohem Maße zur Kenntnis des Wirtschaftslebens des eigenen Landes und der Teilgebiete untereinander bei.

Bei einer Betrachtung des polnischen Außenhandels in den ersten beiden Jahren der staatlichen Selbständigkeit Polens ist zu bemerken, daß die statistischen Daten sehr unvollkommen sind. Für das Jahr 1919 bestehen lediglich ungenaue Bruchstücke, die nur die letzten beiden Monate des Jahres erfassen. Diese beziehen sich auch nur auf den privaten Warenverkehr unter Ausschluß der Regierungstransporte, soweit sie

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

für die Verpflegung und das Militär in Frage kommen. Außerdem sind diese Angaben nur im Gewicht angegeben, was nicht einmal einen annähernden Aufschluß über den Wert des Außenhandelsumsatzes zuläßt.

Wir geben darum nur eine Übersicht über die letzten Jahre.

Der Gesamtumsatz des polnischen Außenhandels 1923 betrug 20,8 Mill. t, im Werte von 2,31 Milliarden Zloty. Im einzelnen stellte sich die Einfuhr und Ausfuhr im Vergleich zu den vergangenen Jahren wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mill. Tonnen	in Mill. Zloty	Mill. Tonnen	in Mill. Zloty
1923	3,2	1116	17,6	1196
1922	4,1	845	9,1	655
1921	4,8	—	2,0	—
1920	3,5	—	0,6	—

Auf die wichtigsten Warengruppen verteilt sich die Ein- und Ausfuhr 1923 folgendermaßen[9]:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1000 Tonnen	in Mill. Zloty	1000 Tonnen	in Mill. Zloty
Lebensmittel . .	233	129,9	389	252,1
Rohstoffe, Halbfabrikate . . .	2575	468,7	1675	472,8
Fertigfabrikate .	386	515,9	350	745,7

Besonders starke Steigerungen weist die Ausfuhr von Zucker, Holz (in rohem und bearbeitetem Zustand) sowie von Kohlen auf. Die Entwicklung des Exports dieser Produkte in den letzten Jahren ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Ausfuhr in 1000 Tonnen	1920	1921	1922	1923
Zucker	16	39	59	95
Holz, unbearbeitet .	93	767	988	1615
Holz, bearbeitet . .	4	3	968	1072
Kohle, Koks, Briketts	147	335	5439	12913

[9] Rocznik Statyst. Rzeczp. Polsk. 1924. Teil 8/2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Polens Außenhandel 1924 stellt gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Fortschritt in der Entwicklung dar, wenngleich sich die Handelsbilanz wieder verschlechtert hat. Die Gesamtmenge des Imports betrug in diesem Jahr 2,4 Mill. t gegen 3,2 im Jahre 1923; die Gesamtmenge des Exports ist in der gleichen Zeit von 17,6 Mill. t auf 15,7 Mill. t gesunken. Der Wert des Außenhandels ist dagegen auf der Einfuhr- wie auf der Ausfuhrseite weiter gestiegen. Der Gesamtwert der polnischen Einfuhr betrug 1478,3 Mill. Zloty (gegenüber 1116,4 Mill. Zloty im Jahre 1923), der der Ausfuhr 1265,8 Mill. Zloty (gegenüber 1195,6 Mill. Zloty). Der Import Polens ist demnach etwas stärker gestiegen als im Vorjahr, wodurch die vorjährige aktive Handelsbilanz in diesem Jahre in eine passive verwandelt worden ist. Der Hauptgrund für die Verschlechterung liegt im Ausfuhrrückgang von Kohlen, Baumwollwaren, Wollwaren und Rundhölzern.

Bei der polnischen Einfuhr nimmt Baumwolle die erste Stelle ein, wobei eine geringere Steigerung gegenüber dem Vorjahre eingetreten ist. An zweiter Stelle kommt Wolle. Die Erscheinung, daß der Woll- und Baumwollimport gestiegen ist, während andererseits die Ausfuhr von Erzeugnissen aus diesen Rohstoffen zurückgegangen ist, erklärt sich aus den zunehmenden Absatzschwierigkeiten der polnischen Textilindustrie. Auch in anderen wichtigen Einfuhrpositionen sind wesentliche Unterschiede im Vergleich zum Jahre 1923 zu beobachten.

Bei einer Betrachtung der Ausfuhrpositionen fällt die starke Zunahme der Zuckerausfuhr auf, die sich gegenüber 1923 um mehr als das Dreifache gehoben hat. Nennenswerte Steigerungen weist in Verbindung mit der Aufhebung des Ausfuhrverbots der Rindvieh- und Schweineexport auf; auch sind bedeutende Fortschritte in diesem Jahre hinsichtlich der Ausfuhr von Sämereien zu verzeichnen. Das Aktivsaldo der letzteren ist von 2,8 Mill. Zloty im Jahre 1923 auf 22,2 Mill. Zloty im Jahre 1924 gestiegen.

Das folgende Jahr (1925) schließt mit einem Gesamtumsatz von 3062,6 Mill. Zloty ab und setzt sich aus einer Einfuhr im Werte von 1666 Mill. Zloty und einer Ausfuhr im Werte von 1396,6 Mill. Zloty zusammen. Mengenmäßig steht der Einfuhr in Höhe von 3,4 Mill. t einer Ausfuhr von 1,4 Mill. t gegenüber. Im einzelnen setzt sich der polnische Außenhandel 1925 aus folgenden wichtigen Warengruppen zusammen:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wareneinfuhr	1925		1924	
	1000 t	Mill. Zloty	1000 t	Mill. Zloty
Nahrungs- und Genußmittel	854	476,7	405	285
Tierische Produkte	22	111,1	29	151
Erze, Mineralien	372	23	352	15
Chemikalien	371	38	232	27
Chemische Erzeugnisse	85	48	82	49
Metalle und Metallwaren	242	89	250	105
Maschinen und Apparate	49	102	50	94
Elektrische Artikel	12	32	10	22
Verkehrsmittel	19	48	33	39
Papier und Papierwaren	46	24	33	16
Textilien und Textilwaren	93	452	87	451
Bekleidung und Konfektion	2	64,0	2	68
Präzisionsapparate	2	22,8	1	20

In der Ausfuhr Polens 1925 stellen sich die wichtigsten Positionen wie folgt dar:

Ausfuhr	1925		1924	
	1000 t	Mill. Zloty	1000 t	Mill. Zloty
Lebens- und Genußmittel	1 022	370	1 037	303
Holz und Holzwaren	3 268	242	2 007	137
Brennstoffe, Naphtha usw.	8 477	235	11 822	343
Textilien und Textilwaren	36	154	31	168
Metalle und Metallwaren	212	148	244	140

Bei Betrachtung der polnischen Einfuhr 1925 ergibt sich im ersten Halbjahr ein starkes Ansteigen der Lebensmitteleinfuhr, besonders von Getreide, Mais und Hülsenfrüchten — eine Erscheinung, die in Verbindung mit der Mißernte des Jahres 1924 steht. Der allgemeine Importrückgang, der in den meisten Gruppen der Halb- und Fertigfabrikaten hervortritt, steht im engsten Zusammenhang mit den verschärften Einfuhrbestimmungen der polnischen Regierung, die sich besonders im zweiten Halbjahr nachteilig auf den Import ausgewirkt haben.

Demgegenüber ist eine erhöhte Exporttätigkeit in der Gruppe Holz und Holzwaren beachtenswert, die sich besonders auf Papierholz, Rundholz und bearbeitetes Holz erstreckt. Gegen Ende des Jahres 1925 konnte sich auch der Getreideexport relativ günstig entwickeln, so daß er gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von über 14000 t erkennen läßt. Dagegen ist es Polen trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, den Kohlenexport auf die Höhe des Vorjahres zu bringen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Zahl der Staaten, mit denen Polen Handelsbeziehungen unterhält, hat sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Außerhalb Europas hielten sich jedoch die Handelsumsätze in sehr bescheidenen Grenzen. Sie betrugen in den ersten Jahren nur einige wenige Prozent des polnischen Gesamtaußenhandels. Der Grund hierfür liegt vor allem in den Schwierigkeiten für den polnischen Kaufmann, mit außereuropäischen Staaten in direkte Beziehungen zu treten, so daß hier vielfach die deutsche Vermittlung bis heute noch nicht entbehrt werden kann. Hieraus erklärt sich auch die Bedeutung Deutschlands für den polnischen Export, die schon seit Begründung Polens deutlich hervorgetreten ist. Stets war Deutschland Polens größter Abnehmer, der einen Teil der polnischen Produkte nach entsprechender Sortierung und Hebung der Qualität weiter ausführte. Trotzdem Polen sich bemüht, die deutsche Vermittlung nach Möglichkeit auszuschalten und sich direkt mit seinen Abnehmern in Verbindung zu setzen, bezieht das Ausland aus Unkenntnis des polnischen Marktes und aus Mangel an Vertrauen zum polnischen Exporteur polnische Produkte nach wie vor mit Vorliebe durch Vermittlung Deutschlands. Eine bedeutsame Rolle spielt Deutschland auch bei der polnischen Einfuhr. Sein Anteil wird am deutlichsten aus einem Vergleich mit der Beteiligung anderer Länder am Außenhandel Polens ersichtlich. Dem Werte nach betrug der Außenhandel Polens mit den wichtigsten europäischen Ländern[10]:

	Warenwert in Millionen Zloty			
	1824		1925 (1. Halbjahr)[11]	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Deutschland	510	546	357	328
England	110	133	76	42
Österreich	173	128	101	74
Tschechoslowakei	85	100	53	50
Frankreich	73	53	56	7
Holland	25	40	16	12
Rußland	5	11	6	16
Rumänien	21	77	16	28
Ver. Staaten v. Amerika	184	7	134	4
Ungarn	14	24	30	12

[10] Rocznik Statystiki Rzeczp. Polsk. 1924. VIII, 6.

[11] „Przemysl i Handel", Heft 42 (1925) „Die Rolle Polens im internationalen Handel".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unter den deutschen Waren, die von seiten Polens bezogen werden, sind in erster Linie zu nennen: Fische, Fette, Leder, Düngemittel, Erze, Metalle und Metallwaren, Maschinen, Apparate, elektrische Artikel, Papier und Papierwaren, Wolle und Baumwolle. Nach Deutschland sind bisher hauptsächlich folgende polnische Produkte eingeführt worden: Getreide, Gemüse, Zucker, Federn, Rundholz, bearbeitetes Holz, Naphtaprodukte und Kohlen. Seit Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkonflikts am 15. Juni 1925 ist der deutsch-polnische Warenaustausch nicht unerheblich zurückgegangen, was auf die beiderseitig erlassenen Einfuhrverbote zurückzuführen ist. In welchem Maße sich der Zollkrieg auf die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen ausgewirkt hat, läßt sich aus einer im „Tygodnik Handlowy" jüngst erschienenen Übersicht entnehmen.

Vergleicht man die Ergebnisse der beiden Halbjahre 1925 miteinander, so ergibt sich folgendes Bild:

Deutschlands Anteil am polnischen Gesamthandel

I. Halbjahr 1925		II. Halbjahr 1925	
Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
33,3	50,9	25	30

Der Warenverkehr Polens mit anderen europäischen Staaten wickelte sich hauptsächlich in folgenden Waren ab: Import aus Österreich: Schuhwaren, gegerbte Häute, Pelze, Maschinen und Apparate aller Art, Verkehrsmittel, Papier, Textilien, Konfektions- und Galanteriewaren; Export nach Österreich: Kohlen, Lebensmittel, Vieh, tierische Erzeugnisse und Naphthaprodukte. Import aus England: Kolonialwaren, Metallwaren, Maschinen, Textilien; Export nach England: Lebensmittel, insbesondere Zucker, Rundholz und bearbeitete Holzmaterialien. Import aus Frankreich: Fischkonserven, Liköre, Tabak, Metallwaren, Maschinen und Apparate, Automobile, Textilwaren, Konfektion, Galanteriewaren, kosmetische Artikel; Export nach Frankreich: Zucker, Holz und Naphthaprodukte. Der polnische Handelsverkehr mit Rußland beginnt sich erst in letzter Zeit etwas zu entwickeln. Für die Einfuhr aus Rußland kommen in Betracht: Fische und Erze, für die Ausfuhr nach Rußland: Zucker, Paraffin, Maschinen, Papier, Textilwaren, Konfektion und Galanteriewaren.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorläufig spielt jedoch der polnisch-russische Warenumsatz im Außenhandel noch eine sehr geringe Rolle. Er betrug (in 1000 Zloty):

	Einfuhr		Ausfuhr	
	in 1000 Zloty	in Prozenten der Gesamteinfuhr	in 1000 Zloty	in Prozenten der Gesamtausfuhr
1924	4932	0,4	11 418	0,9
1925 (bis Nov.)	8753	0,55	32 507	2,7

Die Bemühungen zur Belebung der Ausfuhr nach Rußland werden augenblicklich mit größter Intensität fortgesetzt. Um die gegenseitigen Beziehungen enger zu gestalten, ist kürzlich erst eine polnisch-russische Handelskammer gegründet worden. Besonders wichtig erscheint es Polen, die Aktivität der Handelsbilanz mit Rußland aufrecht zu erhalten, um sich für den Exportausfall nach Deutschland und der allgemeinen Exportschwierigkeiten nach anderen Ländern wenigstens bis zu einem gewissen Grade schadlos zu halten. Bisher ist das Polen auch gelungen, denn der Export nach Rußland übersteigt den Import aus Rußland ganz erheblich.

III. Polens Ein- und Ausfuhrpolitik.

Der auswärtige Handel hat während des Krieges in den meisten vom Kriege direkt oder indirekt betroffenen Ländern einschneidende Beschränkungen erfahren. Dadurch wurde der formale Lauf des Wirtschaftslebens unterbrochen und alle Wirtschaftskräfte zu einer angespannten Aktion konzentriert, die auf die Sicherung der Staatsinteressen gerichtet war. Das ganze Wirtschaftsleben war in ein kompliziertes System hineingezwängt, das die Privatinteressen in den Hintergrund drängte und somit die Initiative des Handels so gut wie gänzlich unterband. Um so verständlicher war das Bestreben der interessierten Kreise nach Beendigung des Krieges, sich von den Fesseln der Zwangswirtschaft möglichst bald wieder frei zu machen. Zum Teil begannen die Regierungen einzelner Länder — den Einflüssen dieser Strömung nachgebend — dem Wirtschaftsleben wieder gewisse Freiheiten einzuräumen. Doch allzu bald wurde es klar, daß der Krieg zwar beendet, die Folgen des Krieges aber weiter fortbeständen. Diese Erkenntnis führte dazu, daß die Erleichterungen, die man eben erst gewährt hatte,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wieder aufgehoben wurden. Der Schritt nach rückwärts führte vielfach zu einer nicht unerheblichen Verschärfung der staatlichen Bevormundung auf dem Gebiete der Produktion und des Warenabsatzes, sei es unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Wucher und die Spekulation, sei es als Mittel zur Besserung der Staatsfinanzen. Die Reglementierung des Wirtschaftslebens wurde unter mannigfachen Vorwänden weiter fortgesetzt, nach Bedarf reformiert und erweitert, während Handel und Industrie dahinsiechten und das ganze Land in eine allgemeine Krise hineinzogen. Erst in diesem Augenblick drang allgemein die Erkenntnis durch, daß die Ursachen der Katastrophe hauptsächlich in den staatlichen Eingriffen zu suchen waren und daß der freie, unbehinderte Handel allein in der Lage sei, die erschütterte Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die gleiche Entwicklung ist auch in Polen zu beobachten.

Zusammenfassend läßt sich die wechselnde polnische Ein- und Ausfuhrpolitik bis zu diesem Zeitpunkt in zwei Hauptphasen zerlegen. Die erste Phase erstreckte sich vom Jahre 1919 bis etwa zur Hälfte des Jahres 1921 und beruhte auf der Unterstellung des gesamten ausländischen Warenverkehrs unter der Kontrolle des Staates. Es bestand die allgemeine Verpflichtung der Beschaffung von Genehmigungen für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr auf Grund des generellen Import-, Export- und Transitverbots vom 7. Februar 1919. — Die zweite Periode, die Mitte 1921 begann und bis Juli 1924 dauerte, lockerte die Fesseln des straffen Reglementierungssystems nicht unerheblich und beschränkte die staatliche Kontrolle auf solche Erzeugnisse, die sich auf der Liste der ein- und ausfuhrverbotenen Waren befanden. Die noch verbliebenen Verbote spielten — soweit sie den Warenimport betrafen — nur noch die Rolle eines taktischen Mittels, das bei Handelsvertragsverhandlungen ausgespielt werden sollte.

Die nun einsetzende neue Phase in der polnischen Handelspolitik, die sich durch die Befreiung des Außenhandels von allem Reglementierungszwang kennzeichnete, dauerte jedoch kaum ein Jahr. Die Verordnung des Ministerrats vom 17. Juni 1925 betreffend Einführung von Importverboten für eine Reihe von Waren ist vom Gesichtspunkte der Methoden der polnischen Außenhandelspolitik die Rückkehr zum Reglementierungssystem. Die Gründe hierfür sind verschiedener Art. Polen war seit der Konferenz von Genua, auf der allen beteiligten Staaten die Rückkehr zum freien Warenhandel anempfohlen war, in dieser Richtung vielen Staaten vorangegangen, die das Reglementierungssystem teilweise noch bis heute beibehalten haben. Hier-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aus ergaben sich für Polen gewisse Nachteile beim Abschluß von Handelsverträgen mit solchen Staaten, die das Reglementierungssystem, seit es in Form der Genehmigungserteilung für die Ein- und Ausfuhr oder in Form von Verboten weiter beibehielten. Unter diesen Bedingungen verloren die erlangten Zollerleichterungen im Handelsverkehr für Polen an Bedeutung, da der polnische Export durch die verschiedenen Arten der Reglementierung zu jeder Zeit beschränkt oder ganz unterbunden werden konnte. Ein weiterer Grund für die Rückkehr Polens zum Reglementierungssystem auf dem Gebiete des Außenhandels war die dringliche Verbesserung der stark passiven Handelsbilanz, die sich nach Ansicht der maßgebenden Regierungsstellen auf dem Wege der Zollgesetzgebung nicht durchgreifend und schnell genug ermöglichen ließ. Schließlich erstrebte die polnische Regierung ein Repressivmittel gegenüber Staaten ohne vertraglich geregelte Handelsbeziehungen mit Polen, soweit sie durch Einfuhrverbote oder Kontingentierung der Wareneinfuhr den polnischen Exporthandel zu benachteiligen imstande waren. In Wirklichkeit war der Zweck der Einführung von Einfuhrverboten durch die erwähnte Verordnung vom 17. Juni 1925, den deutschen Warenimport zu treffen, so daß die von der polnischen Regierung aufgestellte Einfuhrverbotsliste ausschließlich gegenüber Deutschland praktisch wurde. Nach Ansicht Polens gab dieses durch die Einführung eines Importverbots für polnische Kohlen ab 15. Juni 1925 den Anlaß dazu, die vorgesehenen Vergeltungsmaßnahmen in Wirksamkeit treten zu lassen. Die von seiten Deutschlands nunmehr als Gegenmaßnahme eingeführten Importverbote für polnische Exportprodukte beantwortete die polnische Regierung mit einer zweiten Liste einfuhrverbotenen Waren am 11. Juli 1925 und dehnte im August die gegenüber Deutschland erlassenen Einfuhrverbote auf die übrigen Staaten aus, um auf diese Weise auch den indirekten Import deutscher Waren über andere Staaten (Österreich, Tschechoslowakei usw.) zu unterbinden. Selbst auf Handelsvertragsstaaten bezogen sich diese Verbote; doch wurde letzteren die Einfuhr nach Polen im Wege des Kontingentierungssystems weiter erlaubt, wobei als Grundlage der Kontingentsfestsetzung im allgemeinen die Höhe des Imports vom Jahre 1924 diente.

Zusammenfassend besitzt Polen augenblicklich vier Listen von Waren, deren Einfuhr dem Genehmigungszwang unterliegen. Die erste Liste ist die vom 19. August 1924, die acht Kategorien von Luxuswaren enthält und dauernden Geltungscharakter besitzt. Die zweite und dritte Liste wurden durch die Verordnungen vom 17. Juni 1925 und 11. Juli 1925 aufgestellt und haben nach Erläuterung des polnischen Handelsministers nur vorübergehende Geltung. Endlich besteht noch eine vierte Verbotsliste, die die sog. „Luxus- und Halbluxuswaren" enthält. Diese letzte hat genau so wie die erste Warenliste dauernden Geltungscharakter. Durch die Beteiligung der interessierten Kreise an der Verteilung der Kontingente wollte die polnische Regierung unliebsame Widerstände

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gegen die Tätigkeit der interministeriellen Kommission beseitigen, wie sie früher schon bei der staatlichen Tätigkeit im „Hauptamt für Ein- und Ausfuhr" zutage traten und die Arbeit der Regierung sehr erschwerten.

Es läßt sich nicht ableugnen, daß die Verbote und Beschränkungen der Einfuhr im Grunde genommen einen sehr fragwürdigen Wert als Instrument der Handelspolitik haben. Sie rufen im Auslande in den meisten Fällen Vergeltungsmaßnahmen hervor, die in Konsequenz die Entwicklung des internationalen Güteraustausches und der natürlichen Produktionskräfte hemmen. Vom Standpunkt der Förderung der Produktion und des auswärtigen Handels ist daher das System der Einfuhrreglementierung ein schädlicher Faktor, der in unverkennbarer Weise den Wohlstand der Volkswirtschaft untergräbt. Daher ist die Initiative des Völkerbundes, die in der Richtung der Befreiung des internationalen Warenverkehrs von allem beengenden Reglementierungszwang zum Ausdruck kommt, zu begrüßen. Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat bekanntlich ein diesbezügliches Projekt einer internationalen Konvention ausgearbeitet und es zur Stellungnahme an alle seine Mitglieder versandt. Soweit bekannt geworden ist, hat sich die polnische Regierung zu dieser Anregung des Völkerbundes noch nicht geäußert. Es erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie sich angesichts der einstimmigen Ablehnung des Reglementierungssystems durch die Wirtschaftskreise den Vorschlägen des Völkerbundes auf die Dauer nicht widersetzen dürfte, zumal die Konvention in Ausnahmefällen, wo es die Lebensinteressen eines Staates erfordern, auch Einfuhrverbote zuläßt; doch sollen bei Gewährung irgendwelcher Ausnahmen solche allen Staaten in gleicher Weise zugute kommen. Es liegt im Interesse des Aufblühens von Handel und Industrie und besonders einer Ausfuhrsteigerung, die für alle Staaten unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen von gleich großer Bedeutung ist, daß es auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhrreglementierung zu einer baldigen Einigung der europäischen Staaten und damit zum Abschluß dieser internationalen Konvention kommt.

IV. Polens Zollpolitik.

In den ersten Monaten ihres Bestehens stellte die neue polnische Republik noch kein einheitliches Zollgebiet dar. Es blieben in den einzelnen Teilgebieten zunächst noch die alten Zolltarife aus der Vor-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kriegszeit bzw. der Besatzungszeit bestehen. Die Zölle wurden nach dem Tarif erhoben, der in denjenigen Teilgebieten Geltung hatte, wo der Grenzübergang der eingeführten Waren erfolgte. Im Jahre 1919 wurde auf Grund eines Beschlusses des polnischen Ministerrats auf alle Waren, die aus den Ententeländern stammten — unabhängig von der Lage des Eingangszollamts —, der niedrigste Tarif (sog. „Hindenburgtarif") angewandt, der in Kongreßpolen von Deutschland während der Okkupationszeit eingeführt worden war. Noch im gleichen Jahre wurde auf Grund eines neuen Beschlusses des Ministerrats vom 26. Mai 1919 die Bearbeitung eines vorläufigen polnischen Zolltarifs in Angriff genommen, der am 10. Januar 1920 in Kraft trat und die Verschiedenheit der bisherigen Zolltarife aufhob. Erst von diesem Zeitpunkt an stellt Polen ein einheitliches Zollgebiet dar.

Der vorläufige Zolltarif war dem alten russischen Tarif vom Jahre 1903 nachgebildet und enthielt auf Goldbasis gestellte Zollsätze. Bei der Bezahlung der Zölle in polnischen Mark mußten daher Zuschläge (Zollmultiplikationen) erhoben werden, die einen Ausgleich für die Unterbewertung der polnischen Markwährung bildeten. In der Praxis waren diese Zuschläge stets niedriger, als das jeweilige Disagio der polnischen Mark betrug, da die Goldzölle relativ hoch angesetzt waren. Dadurch, daß in der Zeit der Außenhandelsreglementierung die Zölle nur eine untergeordnete Rolle spielten, traten sie auch als fiskalische Einnahmequelle zunächst in den Hintergrund. Erst von dem Augenblick an, wo die polnische Regierung durch die Verordnung vom 14. Juli 1921 den Grundsatz des freien Handels mit dem Auslande einführte und den Schwerpunkt der polnischen Ein- und Ausfuhrpolitik auf die Zollgesetzgebung verlegte, wurde den Zöllen als Einnahmequelle für den Staat größere Beachtung geschenkt.

Der Aufbau des vorläufigen polnischen Zolltarifs wurde von den Gedanken beeinflußt, die Versorgung der Verbraucherschaft infolge Fehlens einer ausreichenden Inlandsproduktion an wichtigen Gebrauchsgegenständen und Lebensmitteln durch niedrige Zollsätze zu erleichtern. Der Schutz der Produktion trat daher in den Hintergrund und war nur dort offensichtlich, wo er mit den Versorgungsinteressen des Staates vereinbar war. Die polnische Zollgesetzgebung sah außerdem noch die Gewährung von Zollerleichterungen vor. Besonders fanden solche bei der Einfuhr von Lebensmitteln und von Halbfabrikaten für die Weiterfabrikation im Inlande sowie beim Import von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Maschinen, die in Polen nicht hergestellt wurden, Anwendung. Ermäßigte Zollsätze bestanden ferner noch für solche Artikel, die zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion benötigt wurden. So wurden beispielsweise die größten prozentualen Zollvergünstigungen auf Düngemittel festgesetzt, selbst wenn solche bereits im Inlande hergestellt wurden. Für den gleichen Zweck ermäßigte man auch die Zollsätze für eingeführte landwirtschaftliche Maschinen und Geräte solcher Typen, die im Inlande noch nicht fabriziert wurden. Den Getreideimport und die Einfuhr von Vieh beließ man zollfrei. Neben ermäßigten Zöllen bestanden jedoch auch erhöhte Zollsätze. Diese traten besonders bei der Einfuhr von Luxuswaren in Erscheinung.

Auf dem Gebiete des aktiven Veredelungsverkehrs stand die polnische Regierung auf liberalem Standpunkt und unterstützte ihn; denn in der Form des aktiven Veredelungsverkehrs sah die polnische Regierung ein Mittel, den Export zu steigern und die früheren Handelsbeziehungen mit dem Ausland — wenigstens vorübergehend — noch weiter aufrechtzuerhalten. Die Förderung des passiven Veredelungsverkehrs betrachtete die polnische Regierung sowohl vom rein wirtschaftlichen wie vom handelspolitischen Standpunkt aus als unerwünscht. Letzterer wurde daher auf die allernotwendigsten Fälle beschränkt. Beim passiven Veredelungsverkehr galt das Prinzip der Warengleichheit (Identitätsprinzip); nur in Ausnahmefällen war die Anwendung des Grundsatzes der Verschiedenheit der Warengattung zugelassen.

Der Reparaturverkehr war selbständig (außerhalb des Veredelungsverkehrs) geregelt. Im aktiven Verkehr wurden auch hier die weitgehendsten Erleichterungen gewährt. Im übrigen bestand sowohl für den aktiven wie den passiven Reparaturverkehr das Identitätsprinzip.

Es war von vornherein beabsichtigt, den vorläufigen Zolltarif möglichst bald durch einen endgültigen zu ersetzen. Schon Mitte 1922 wurde mit den ersten Arbeiten für einen neuen Zolltarif begonnen. Doch sehr bald zeigte es sich, daß an die Schaffung eines endgültigen Zolltarifs solange nicht gedacht werden konnte, wie sich die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und die Währungslage nicht konsolidiert haben. Da aber der vorläufige Zolltarif in der Praxis viele Unvollkommenheiten aufwies, die mit der fortschreitenden Entwicklung des polnischen Wirtschaftslebens immer deutlicher in Erscheinung traten, sah man sich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gezwungen, den Zolltarif durch eine begrenzte Revision den neuen Verhältnissen anzupassen. Eine Änderung des vorläufigen Zolltarifs erschien um so dringlicher, als sich das polnische Zollgebiet durch den Anschluß eines Teils von Oberschlesien und der Freien Stadt Danzig nicht unerheblich vergrößert hatte.

Die Einbeziehung des an Polen gefallenen Teils von Oberschlesien stellte die polnische Regierung vor komplizierte Aufgaben. Oberschlesien gegenüber mußte angesichts seiner wirtschaftlichen Struktur schon während der Abstimmungszeit eine gesonderte Zollbehandlung zuteil werden. Die Grundlage für die Regelung des Zollverhältnisses Ostoberschlesiens zum übrigen Teil der polnischen Republik bildete die deutsch-polnische Konvention vom 15. Mai 1922 und das polnische Gesetz vom 16. Juni 1922, betreffend Ausdehnung einzelner polnischer Gesetze auf Ostoberschlesien.

Eine ebenso wichtige und komplizierte Aufgabe der polnischen Handelspolitik war die Regelung der Handelsbeziehungen mit der Freien Stadt Danzig. Der erste Akt zur Herbeiführung eines vertraglichen Zustandes zwischen Danzig und Polen war die Ratifizierung der polnisch-danziger Konvention vom 9. November 1920. Schon von Anfang an machten sich bei den Verhandlungen der beiden Staaten über die Durchführung des Art. 13 der Konvention große Schwierigkeiten bemerkbar, die darin zu suchen waren, daß Danzig — gestützt auf seine geographische Lage — als Ein- und Ausfuhrhafen den Standpunkt der Freiheit des Handels vertrat, während Polen dem Grundsatz der Schutzzollpolitik huldigte. Besonders schwierig war daher die Frage, wie bei diesen scharfen Gegensätzen ein Interessenausgleich zu erzielen war. Mit Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen am 1. April 1922 fielen die Beschränkungen im gegenseitigen Warenverkehr fort. Eine Ausnahme machten nur akzisepflichtige Monopolwaren. Im Zusammenhang mit dem Wegfall der Wirtschaftsgrenze entstand nunmehr die Streitfrage, ob Polen berechtigt sei, die zu jener Zeit innerhalb seines Territoriums geltende Ein- und Ausfuhrreglementierung auch auf des Gebiet der Freien Stadt Danzig auszudehnen. Erst Ende Juli 1922 kam eine Einigung zustande dahingehend, daß sich Danzig bereit erklärte, die polnischen Ein- und Ausfuhrbestimmungen auch auf sein Gebiet auszudehnen. Dafür erklärte sich Polen bereit, Danzig bestimmte Ein- und Ausfuhrkontingente zu gewähren. Im August 1923 wurde noch eine Vereinbarung über die Anwendung der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorschriften des polnischen Finanzministers betr. Regelung des Verkehrs mit Devisen und ausländischen Valuten im gegenwärtigen Warenverkehr getroffen, auf Grund welcher alle von Polen nach dem Gebiete der Freien Stadt Danzig abgehenden Lebensmittelsendungen von der Vorlegung von „Valutabescheinigungen" befreit wurden.

„Valutabescheinigungen" waren in Polen eingeführt, um für die aus dem Warenexport hereinfließenden Valuten eine Abgabepflicht an den Staat zu konstruieren. Den Anlaß hierzu bot die Erscheinung, daß die polnische Außenhandelsbilanz seit August 1922 zwar eine Zeitlang aktiv, die Zahlungsbilanz aber zur Passivität neigte. Dies war eine Folge davon, daß die aus dem Export erzielten Auslandsvaluten zum größten Teil in ausländischen Banken deponiert oder von den Exporteuren zurückgehalten wurden, um sich von der Entwertung der polnischen Mark zu schützen. Zwischen den privaten und staatlichen Interessen entstand dadurch ein Konflikt, der in dem Moment offen zum Ausbruch kam, als die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen von der Valutenabgabe an den Staat abhängig gemacht wurde. Als Grundlage der Abgabepflicht für Exportvaluten diente eine Verordnung des Finanzministers, die vorsah, daß das Inkasso für ausgeführte Waren aller Art ausschließlich durch Vermittelung der polnischen Landesdarlehnkasse oder solcher Banken, die von ihr als Vertreterinnen bestellt waren, zu erfolgen habe. Im Laufe der Zeit wurden — den praktischen Bedürfnissen Rechnung tragend — Erleichterungen bei der Beschaffung der Valutabescheinungen und der Einzahlungstermine für Exportvaluten an die Banken eingeführt.

Die Arbeiten zur Durchführung der geplanten Zolltarifrevision waren durch die mannigfachen Gegensätze, die im Verlauf der Beratungen auftraten, sehr erschwert. Zwar ließ sich die Wahrnehmung machen, daß die Gegensätze zwischen den einzelnen Teilgebieten über die Wahl der Wege und Mittel der polnischen Zollpolitik im Verlauf der letzten Jahre schwächer geworden waren. Um so nachhaltiger traten die Interessengegensätze zwischen den einzelnen Wirtschaftsgruppen Polens untereinander, und zwar in der Hauptsache zwischen der Gruppe der Industrie und der Landwirtschaft zutage. Aber auch hier gab es eigentlich grundsätzliche Differenzen weniger in den Auffassungen über die Notwendigkeit eines Schutzzolls, als über die Methode und Intensität der Zollpolitik. Um den einzelnen Wirtschaftszweigen Gelegenheit zur Äußerung ihrer Zollwünsche zu geben, wurden Enqueten eingeholt,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die den Ministerien Unterlagen für die Änderungen des Zolltarifs geben sollten. Das eingegangene Material wurde nach Sichtung den Sachverständigen-Kommissionen zur Weiterverarbeitung zugestellt. Um die Arbeiten für den neuen Zolltarif zu beschleunigen, beschloß die Zollkommission, die eigens zum Zwecke der Revision innerhalb des Zollkomitees gebildet war, die Änderungen des bisherigen Zolltarifs auf das Allernotwendigste zu beschränken.

Am 20. Januar 1924 wurde der neue polnische Zolltarif durch den Ministerrat bestätigt und damit die im Jahre 1922 begonnene Revision endgültig zum Abschluß gebracht. Der alte und der neue Zolltarif weisen eine Reihe grundsätzlicher Verschiedenheiten auf. Diese bestehen vor allen Dingen darin, daß der alte Tarif in erster Linie vom Gesichtspunkte der Konsumptionsinteressen aufgebaut war und einen stärkeren Schutz der Produktion nur dort hervortreten ließ, wo er mit den Versorgungsinteressen des Landes in Einklang gebracht werden konnte, während der neue Tarif einen erhöhten Schutzzoll der Inlandsproduktion und die fiskalischen Interessen des Staates in den Vordergrund stellte. Die Höhe des Schutzzolles wurde in der Weise berechnet, daß die neuen Zollsätze in ein prozentuales Verhältnis zu den Auslandspreisen der einzelnen Waren gebracht wurden. Diese Methode ist von vielen Seiten nicht als die richtige für die Aufstellung schützender Zölle angesehen worden, zumal die Preise auf den Auslandsmärkten weit entfernt von ihrer normalen Höhe und zudem noch ständigen Schwankungen unterworfen sind, so daß der auf dieser Grundlage festgelegte Zoll eine mehr willkürliche Berechnung darstellt. Aber eine bessere Berechnung ließ sich bei dem Fehlen einer genauen Preiskalkulation im Inlande nicht durchführen. Trotz mancher Mängel und Unzulänglichkeiten schien aber der Zweck dieser Zolltarifreform, der inländischen Produktion einen höheren Zollschutz zu gewähren, im großen ganzen erreicht, wenn auch die Wünsche mancher Wirtschaftsgruppen nur zu einem Teil erfüllt werden konnten.

Neben den Zöllen, die den Schutz der Produktion bezweckten, enthielt der neue polnische Zolltarif auch Zölle für solche Waren, die in Polen nicht hergestellt wurden. Die auf solche Waren erhobenen Zölle sind vornehmlich als fiskalische zu werten, bezweckten also die Beschaffung erhöhter Einnahmen für den Staat. Solche Finanzzölle bestanden schon vereinzelt im früheren Zolltarif, sie wurden jedoch erst in Verbindung mit der Zolltarifrevision richtig ausgebaut und ergiebiger gestaltet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hierbei ging die polnische Regierung soweit, daß sie nicht nur die Zahl der bisher zollfreien Positionen erheblich verminderte, sondern sie beabsichtigte ursprünglich auch, für Industrierohstoffe Zölle festzusetzen. Die Wirkungen solcher Zölle auf die polnische Industrie, die weit mehr als die Industrien des Auslandes einen verbilligten Rohstoffbezug notwendig hatte, wären geradezu katastrophal gewesen, wenn die Regierung nicht noch im letzten Augenblick von ihrem Vorhaben Abstand genommen hätte. Der Schwerpunkt der Finanzzölle wurde daher auf Gegenstände der Massenkonsumption, soweit sie im Inlande nicht produziert wurden, gelegt (Kaffee, Tee, Kakao, Pfeffer, Heringe usw.). Solche Artikel konnten größtenteils eine höhere Zollbelastung vertragen. Die Bedenken, die bei einer zu hohen Belastung des Heringsimports entstanden, wurden von der polnischen Regierung zurückgewiesen. Es läßt sich feststellen, daß den Bedürfnissen des Staatsschatzes auf dem Gebiete der Finanzzölle in weitgehendem Maße entsprochen worden ist.

In Verbindung mit dem am 13. Juli 1924 in Kraft getretenen neuen Zolltarif trat die Notwendigkeit hervor, auch die Zollerleichterungen, die schon in Verbindung mit dem alten Zoll bestanden, einer Neuregelung zu unterziehen.

Diese Verordnung über Zollerleichterungen brachte eine ganze Reihe wichtiger Änderungen. Schon in formeller Hinsicht treten diese Unterschiede hervor. Es wurden z. B. nicht für jeden Grad der Zollermäßigung eine besondere Warenliste — wie das bisher der Fall war — sondern für alle Waren eine gemeinsame Liste aufgestellt, die — nach Zollpositionen geordnet — bei jeder Ware den Prozentsatz des maßgeblichen Zolls angab. Die Prozente gaben die Höhe der Zollsätze an, die als Abgabe zu entrichten war, also 80 % Zollermäßigung bedeutet, daß als Abgabe nicht der volle Zoll, sondern nur 80 % dieses zu entrichten war. Auf diese Weise erhielten eine ganze Reihe von Waren, die schon im neuen Zolltarif einen ermäßigten Zollsatz genossen (im Vergleich zum alten Tarif) weitere Vergünstigungen, wie es beispielsweise bei Waren des ersten Bedarfs, Schuhwerk und Kleidung der Fall war. Die prozentuale Zollermäßigung bei Schuhwerk betrug 30—35 %, bei Kleidungsstücken und einigen Sorten von Wäsche 20—25 %. Unter anderen wurden Zollvergünstigungen auch auf Papier, Zellulose, Maschinen und Apparate, die im Inlande nicht hergestellt wurden, gewährt. Bei einzelnen dieser Waren trat die Zollermäßigung bei der Einfuhr automatisch in Kraft, bei anderen wiederum erst nach Erlangung einer speziellen Erlaubnis, die von seiten des Ministeriums für Finanzen und des Ministeriums für Industrie und Handel auf Antrag der interessierten Kreise gewährt wurde. Der ermäßigte Zollsatz für Maschinen betrug je nach der Art dieser teils 10, teils 20 % des Normalzolls;

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

baumwollene, wollene und Leinengewebe — mit Ausnahme feiner Baumwollgewebe — hatten 80% des Normalzolls zu zahlen usw. Durch die Verordnung vom 11. April 1925 wurden einige neue Richtlinien aufgestellt, die sich auf die von der ministeriellen Erlaubnis abhängige Gewährung von Zollvergünstigungen bezogen. Diese bedingten Einfuhrerleichterungen sollten fortan nur im Handelsverkehr mit solchen Staaten Anwendung finden, die bereits mit Polen Handelsverträge abgeschlossen hatten. Zu den Anträgen um Zollerleichterungen mußten daher Ursprungszeugnisse beigebracht werden.

Der polnische Tarif vom Jahre 1924 ist ein autonomer Zolltarif. Auf Grund dieses Tarifes war die polnische Regierung in der Lage, Handelsvertragsstaaten Nachlässe zu gewähren (Konventionsnachlässe). Von diesen sind wiederum die autonomen Nachlässe zu unterscheiden, die die polnische Regierung auf Grund des Gesetzes vom 31. Juni 1924 betreffend Regelung der Zollverhältnisse[12] gewähren kann. Diese autonomen Nachlässe stellen die obenerwähnten Zollerleichterungen dar, die eine Korrektur des polnischen Zolltarifs nach den jeweiligen Erfordernissen des Wirtschaftslebens ermöglichten. Durch Verordnung wurden auch Maximaleinfuhrzölle in Höhe der doppelten Tarifsätze eingeführt. Diese Maximalzölle sollten im Handelsverkehr mit Staaten angewandt werden, die mit Polen keinen Handelsvertrag besitzen, sofern diese Staaten Waren polnischen Ursprungs schlechter behandeln als Waren aus anderen Ländern oder sofern die Einfuhr fremder Waren in das polnische Zollgebiet mit Hilfe einer versteckten oder offensichtlichen Prämie erfolgt. Praktisch sind diese Zölle bisher noch gegenüber keinem Lande geworden und stellen augenblicklich in der Hand der polnischen Regierung nur ein zu jeder Zeit anwendbares Abwehrmittel dar. Die polnische Regierung besitzt außerdem das Recht, zusätzliche Zölle auf solche Waren zu erheben, die im Ausland Gegenstand eines Dumpings sind (Dumpingzölle).

Schon nach relativ kurzer Zeit zeigte es sich, daß die Zollsätze des revidierten Zolltarifs vom Jahre 1924 besonders hinsichtlich des Produktionsschutzes in vielen Fällen nicht mehr ausreichend waren. Grund zu dieser Annahme glaubte die polnische Regierung in der ständig wachsenden Einfuhr zu sehen, ohne daß eine entsprechende Steigerung der Ausfuhr möglich war, so daß bereits im Mai 1925 das Wirtschaftskomitee des polnischen Ministerrats beschloß, eine nochmalige Revision des Zolltarifs vorzunehmen. Im ganzen wurde durch diese Zolltarifrevision vom 19. Mai 1925 etwa 25% aller Zollsätze betroffen. Man beschränkte sich dabei vor allem auf solche Waren, die in sichtbarer Weise die polnische Handelsbilanz belasteten. Die meisten Änderungen

[12] Dziennik Ustaw, Nr. 80, Jg. 1924.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wurden bei der Gruppe der Lebensmittel (Kolonialwaren), Konfektion, Rauch- und Galanteriewaren vorgenommen.

Als nach wenigen Monaten noch immer keine Besserung der Außenhandelsverhältnisse zu erkennen war und die Finanzlage Polens sich infolge des anhaltenden großen Devisenbedarfs zur Bezahlung des ständig steigenden Imports weiter komplizierte, erschien der polnischen Regierung nunmehr eine grundlegende Zolltarifrevision notwendig. Es war unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß das ständige Experimentieren auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung nicht nur das Ausland, sondern auch die polnischen Wirtschaftskreise immer mehr verstimmte. Besonders im polnischen Handel wurde der Unwillen gegen die ständigen Änderungen und Zollneuerungen, die ein Disponieren selbst für kürzere Zeit unmöglich machten, immer stärker. Der Sejm hat daher die Regierung im Juli 1925 beauftragt, eine letzte und endgültige Verbesserung des polnischen Tarifs vorzunehmen und dann jede weitere Revision einzustellen. Zur Ausarbeitung des neuen Zolltarifs wurde ein besonderes Komitee gegründet, das sich aus Vertretern verschiedener Wirtschaftskreise zusammensetzte. In relativ kurzer Zeit konnten die Arbeiten zum Abschluß gebracht werden, so daß bereits am 30. Oktober 1925 die Unterschriften der zuständigen Ministerien vorlagen. Um das Wirtschaftsleben durch die neuen beträchtlichen Zollveränderungen nicht noch mehr zu erschüttern, wurde eine Übergangszeit geschaffen, in der sich die Handelswelt mit den neuen Zollsätzen vertraut machen sollte. Deshalb trat diese Verordnung erst am 1. Januar 1926 in Kraft.

Der neue Zolltarif — so muß er nach seiner gründlichen Revision bezeichnet werden — enthält für zwei Drittel aller Tarifpositionen Zollerhöhungen. Ermäßigungen der Tarifsätze wurden nur für gewisse Rohstoffe und Hilfsmittel der inländischen Produktion, soweit sie in Polen noch nicht hergestellt wurden, vorgenommen. Unter dem Druck der Arbeiterschaft, die stets einen maßgebenden Einfluß auf die Regierungstätigkeit ausgeübt hat, wurden auch für eine Anzahl der Artikel des ersten Bedarfs, die bis Ende Juli d. J. Zollerleichterungen genossen, die Sätze ermäßigt. Daneben traten durch Verordnung vom 11. Dezember 1925 für eine Reihe von Waren neue Zollerleichterungen in Kraft, die ursprünglich nur für eine kurze Übergangszeit (bis zum 31. Januar 1926) gelten sollten. Inzwischen ist die Gültigkeitsdauer der Zollerleichterungen durch eine neue Verordnung vom 22. Januar

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1926 weiter verlängert worden, da es sich zeigte, daß man ohne sie nicht auskommen kann. Die Vornahme weiterer Veränderungen des Zolltarifs ist der Regierung nicht mehr gestattet; über eventuelle Verbesserung der Anträge wird nunmehr der Sejm und der Senat zu entscheiden haben. Die Beschränkung der Befugnisse der Regierung auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung durch den Sejm wird seitens der polnischen Wirtschaftskreise mit großer Genugtuung empfunden. Wenn es auch schon gegenwärtig sehr schwierig ist, sich in den komplizierten Bestimmungen des polnischen Zolltarifs mit seinen vielen Veränderungen und Verbesserungen, Erlassen und Zusätzen, Zusätzen zu Erlassen und Veränderungen der Verbesserungen zurechtzufinden, so besteht für den polnischen wie auch für den am polnischen Handel interessierten ausländischen Kaufmann wenigstens die Hoffnung, daß der polnische Zolltarif in seiner gegenwärtigen Form nun für eine längere Zeitspanne in Geltung bleiben wird, da es inzwischen auch gelungen ist, die polnische Handels- und Zahlungsbilanz — wenn auch durch gewaltsame Einfuhrbeschränkungen und höchstwahrscheinlich nur vorübergehend — aktiv zu gestalten, wodurch eins der wesentlichsten Ziele der polnischen Zollpolitik erreicht worden ist.

V. Die Entwicklung der polnischen Handels- und Zahlungsbilanz.

Die polnische Handelsbilanz war seit Bestehen Polens bis zum Jahre 1922 passiv. Wenn auch bis Ende 1921 eine wertmäßige Berechnung des polnischen Imports und Exports fehlt, so läßt das überaus ungünstige Zahlenverhältnis zwischen den Ein- und Ausfuhrmengen der ersten Jahre unschwer den Schluß zu, daß die polnische Handelsbilanz von Anfang an sehr ungünstig war. Im Jahre 1919 betrug beispielsweise die Ausfuhr nur etwa 5% der Einfuhr, im Jahre 1920 nur etwa 17,6%; im Jahre 1921 stieg sie dann auf etwa 43% der Einfuhr. Im Jahre 1922 betrug das Passivsaldo der Handelsbilanz über 190 Mill. G.-Fr., der Wert der Ausfuhr erreichte kaum 77% des Einfuhrwerts. Ein für die Handelsbilanz günstiges Ergebnis hat zum erstenmal das Jahr 1923 gebracht, im Verlauf dessen der Wert der Ausfuhr die Einfuhr um rund 80 Mill. G.-Fr. überstieg und damit 107% des Importwerts darstellte. Dieser Umschwung ist nicht etwa — wie man annehmen könnte — auf die Besserung der allgemeinen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirtschaftslage Polens zurückzuführen, sondern war vornehmlich eine Folge des polnischen Währungsverfalls, der eine überaus günstige Ausfuhrkonjunktur geschaffen hat. Im Zusammenhang mit der Valutareform des Jahres 1924 trat daher auch bald in den Außenhandelsverhältnissen Polens ein Rückschlag ein, der sich in der passiven Handelsbilanz für 1924 deutlich widerspiegelte, so daß sich ein Defizit von über 212 Mill. Zloty ergab. Die Auswirkungen der passiven Handelsbilanz auf die Wirtschafts- und Finanzlage Polens wurden trotz des für polnische Verhältnisse beträchtlichen Defizits abgedämpft durch den nur geringen Fehlbetrag der polnischen Zahlungsbilanz des gleichen Jahres.

Der kritische Zeitpunkt für die polnische Handelsbilanz begann erst zu Beginn 1925. Eine ungeheure Belastung der Handelsbilanz ergab sich aus der angesichts der Mißernte notwendig gewordenen starken Lebensmitteleinfuhr bzw. aus der verfehlten Getreideexportpolitik der Regierung vom vergangenen Jahre, die nunmehr einen großen Teil des vorher verkauften Getreides zu erhöhten Preisen wieder zurückkaufen mußte. Das Passivsaldo des polnischen Außenhandels für das erste Halbjahr wuchs bereits auf 422 Mill. Zloty an. Um einer weiteren Verschlechterung der Außenhandelsbilanz vorzubeugen, begann die polnische Regierung Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Der erste Schritt in dieser Richtung war die Aufhebung der Zollerleichterungen für Schuhwerk, Kleidungsstücke und Wäsche gegen Ende April 1925. Im Mai d. J. wurden für eine Anzahl von Einfuhrwaren die Zölle aufgehoben. Vom 1. August 1925 ab kamen auch noch die restlichen Einfuhrvergünstigungen in Fortfall, und kurze Zeit später traten die bereits erwähnten Einfuhrverbote in Kraft. Die ersten Anzeichen der Besserung der Handelsbilanz machten sich bereits in den Monaten Juli und August 1925 bemerkbar, ohne daß es jedoch gelang, die Handelsbilanz gleich aktiv zu gestalten. Die erste polnische Handelsbilanz mit einem Aktivsaldo wurde erst im September 1925 erreicht. Durch starke Importbeschränkungen gelang es, die Septemberbilanz mit etwa 36 Mill. Zloty aktiv zu gestalten. Auch die folgenden Monate zeigen weitere Tendenz zu einer Besserung. Auf diese Weise konnte das Defizit des ersten Halbjahres bis Ende des Jahres auf 269 Mill. herabgedrückt werden. Zu einer Besserung der Außenhandelsverhältnisse hat im Zusammenhang mit der guten Ernte der forzierte Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse beigetragen. So konnte bis Ende des ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gangenen Jahres eine ansehnliche Menge Getreide exportiert werden und auch die Ausfuhr von Eiern, Fleisch und Lebendvieh nicht unwesentlich gesteigert werden. Der Holzexport hob sich auf 242 Mill. Zloty und überstieg den Ausfuhrwert des Vorjahres (137 Mill. Zloty) um 105 Mill. Zloty. Keine erhöhten Exportziffern zeigen sich dagegen in der Gruppe der Industrie- und Bergbauprodukte; die Ausfuhr von Kohlen ist sogar gegenüber 1924 um mehr als 3 Mill. t zurückgeblieben. Trotz der erhöhten Exporttätigkeit in der Gruppe der land- und forstwirtschaftlichen Produkte ist daher der Wert der polnischen Gesamtausfuhr gegenüber 1924 nur unwesentlich gestiegen; denn die Ausfuhr betrug:

1925 in Millonen		1924 in Millionen	
Tonnen	Zloty	Tonnen	Zloty
13	1 397	15	1 266

Mengenmäßig ist sie sogar um mehr als 2 Mill. t kleiner geworden. Die Besserung in den Außenhandelsverhältnissen der letzten vier Monate des Jahres 1925 ist also in der Hauptsache auf die rigorose Einschränkung des Imports zurückzuführen, die einen beträchtlichen Einfuhrrückgang zur Folge hatte. Die Besserung der Handelsbilanz in den letzten Monaten 1925 hat jedoch noch nicht genügt, den ersehnten Umschwung in der Gesamtbilanz des Jahres 1925 herbeizuführen; nur eine Verringerung des Passivsaldos der polnischen Handelsbilanz um etwas mehr als 150 Mill. Zloty ist vorerst erreicht worden.

Die Berechnung der Zahlungsbilanz ist allgemein sehr schwierig, weil sich viele ihrer Bestandteile dem Nachweis und der statistischen Berechnung entziehen. Wenn auch die Handelsbilanz einen der wichtigsten Faktoren für die Gestaltung der Zahlungsbilanz darstellt, so muß berücksichtigt werden, daß sich die Zahlungsbilanz außerdem noch aus einer Reihe Positionen zusammensetzt, die für die Beurteilung von etwa gleich großer Wichtigkeit sind. Da in Polen selbst die Handelsbilanzverhältnisse bis zum Jahre 1922 unklar waren, so bildet den einzigen Anhaltspunkt für die Beurteilung der Zahlungsbilanz in den ersten Jahren (1919—1922) die Gestaltung der Devisenkurse. Die Devisenkurse waren in Polen von Anfang an hoch. Dies zeugt von einem Überwiegen der Forderungen für Bezahlung der Einfuhr und läßt den Schluß zu, daß die Zahlungsbilanz der ersten Jahre mit Ausnahme kurzer Perioden passiv war. Der erste Versuch, die polnische Zahlungs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bilanz zu berechnen, wurde im Jahre 1923 durchgeführt. Außer den gewöhnlichen Schwierigkeiten bei Aufstellung einer Zahlungsbilanz kamen in Polen noch besondere hinzu durch die schwankenden Währungsverhältnisse, die eine genaue Berechnung naturgemäß nicht ermöglichten. Bei der zunehmenden Devisen- und Valutanachfrage, die im Jahre 1923 noch erheblich stärker in Erscheinung trat als in den vorangegangenen Zeitabschnitten, erscheint die Errechnung einer aktiven Zahlungsbilanz für das Jahr 1923[13] im ersten Augenblick verwunderlich; trotz des gewaltigen Sturzes der polnischen Mark als Folge der starken Devisennachfrage zeigen die angestellten Berechnungen Eingänge in Höhe von 1667 Mill. G.-Fr., denen Forderungen von nur 1442 Mill. G.-Fr. gegenüberstehen, so daß sich ein Aktivsaldo der Zahlungsbilanz von 245 Mill. G.-Fr. ergibt. Wenn man jedoch den in Polen allgemeinen Drang nach Erwerb und Thesaurierung fremder Valuten zum Schutze gegen die Inflation in Betracht zieht, so kann man sich leicht vorstellen, daß die Nachfrage an Valuten den tatsächlichen Bedarf bei weitem überschritten und dadurch ein übermäßiges Ansteigen der Devisenkurse hervorgerufen hat.

Eine Wendung zum Besseren hat nach den kürzlich veröffentlichten Berechnungen des polnischen Finanzministers die Zahlungsbilanz für das Jahr 1925 gebracht, wenn sich dieser Umschwung auch erst gegen Mitte Dezember 1925 im Zusammenhang mit der Steigerung der Warenausfuhr der letzten Monate und dem Wachsen des Nettovalutenvorrats der Bank Polski bemerken läßt. Bis zu diesem Zeitpunkt war die polnische Zahlungsbilanz mit einem monatlichen Defizit von rund 50 Mill. Zloty[14] noch passiv, was auf die gleichen Momente wie im Vorjahr zurückzuführen ist (stark passive Handelsbilanz, Anwachsen der Verschuldung). Zum Ende des verflossenen Jahres betrug nämlich die polnische Staatsschuld insgesamt 2,9 Milliarden Zloty. Hiervon entfielen auf ausländische Schulden 2,67 Milliarden (auf inländische Schulden 0,18 Milliarden, sowie 50 Mill. auf den zinslosen Staatskredit der Bank Polski). In Umrechnung auf Dollars beträgt die Summe der Verpflichtungen 352 Mill.; sie ist also um 11 Mill. $ größer als Ende 1924. Der größte Gläubiger Polens ist Amerika mit 67% der Gesamtschuld Polens. Die Verpflichtungen gegenüber Frank-

[13] Kwartalnik Statyst. Heft 2 (1925).

[14] „Przemysl i Handel", Heft 23 (1925), Dr. L. Baranski „Geldumlauf und Zahlungsbilanz".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

reich betragen 297 Mill. und die gegenüber England 197 Mill. Die erhöhte Verschuldung Polens im letzten Jahre ist vornehmlich auf die von Amerika gewährte Emissionsanleihe in Höhe von 35 Mill. $ zurückzuführen. In Verbindung mit den Abmachungen über die Konsolidierung der polnischen Schulden sind im Jahre 1925 etwa 30 Mill. Zloty als Schuldrate und 24 Mill. Zloty als Zinsen gezahlt worden. Auf Grund der vorläufigen Berechnungen schätzt der polnische Finanzminister den Überschuß der Zahlungsbilanz des letzten Jahres auf rund 50 Mill. Zloty. In verkürzter Form ist eine vorläufige Berechnung der polnischen Zahlungsbilanz für die beiden Jahre 1924 und 1925 im „Tygodnik Handlowy"[15] aufgestellt worden. Sie beruht jedoch mangels konkreter Unterlagen nur auf Schätzungswerten:

Kredit (in Millionen Zloty.)

A. Erhaltene Auslandsanleihen (1924 und 1925):		
I. 7%ige italienische Tabakanleihe	ca.	66
II. Amerikanische „Dillonanleihe"	„	123
III. Zündholzmonopolanleihe	„	31
IV. Ausgenutzter französischer Warenkredit	„	28
V. Schwedische Regierungskredite	„	39
B. Saldo der Ein- und Ausgänge:		
I. Auswanderung.		
II. Bahntransit.		
III. Konsulargebühren.		
VI. Auslandskredite insgesamt	„	275
C. Verminderung des Valuta- und Goldvorrats der Bank Polski	„	197
insgesamt	ca.	724

Debet (in Millionen Zloty.)

A. Handelsbilanzdefizit (1924 und 1925	ca.	545
B. Zweijährige Ausgaben der Auslandsstellen	„	14
C. Desgleichen für Verzinsung von Auslandsanleihen	„	92
D. Desgleichen des Reisendenverkehrs im Ausland	„	180
insgesamt	ca.	831

Das Defizit der Zahlungsbilanz für die beiden letzten Jahre 1924 und 1925 wird auf Grund der obigen Ziffern auf 107 Mill. Zloty angegeben[16].

[15] Tygodnik Handlowy Nr. 1 vom 1. Januar 1926.

[16] Diese Aufstellung sei hier nur zur Vervollständigung der vorhandenen Daten über die polnische Zahlungsbilanz angeführt, erhebt jedoch keinen Anspruch auf Richtigkeit.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

VI. Polens Handelsvertragspolitik.

Der neuzeitliche Typ der kurzfristigen Kompensationsverträge (kontingentierte Austauschverträge), der während des Weltkrieges entstand und in den ersten Nachkriegsjahren von vielen europäischen Staaten vorübergehend noch beibehalten worden ist, war auch in Polen die erste Methode, mit fremden Staaten in engere Handelsbeziehungen zu treten. Der Zweck eines solchen Kompensationsvertrages war die gegenseitige Vereinbarung der Regierungen, entweder die Belieferung einer bestimmten Warenmenge in eigener Verwaltung durchzuführen oder Einfuhr- bzw. Ausfuhrerlaubnis für bestimmte Warenmengen oder auch für eine bestimmte Warengattung zu erteilen.

Bald trat auch in Polen die Unzulänglichkeit dieses Vertragssystems zutage, doch ließ sich infolge des mit Rußland und des gespannten Verhältnisses Polens zu seinen übrigen Nachbarn eine Liquidierung dieses Systems nicht ohne weiteres bewerkstelligen. Die erste Aufgabe mußte daher darin bestehen, die wirtschaftliche Isoliertheit zu sprengen. Diese Isoliertheit war von einer ganzen Reihe von Umständen bedingt: im Osten — wie schon erwähnt — durch den Krieg mit Rußland, der alle Beziehungen zu Polens größten Abnehmer unterbrochen hatte, im Norden durch den Konflikt mit Litauen als Folge der Annektion von Wilna, im Westen durch die gespannten Beziehungen zu Deutschland und im Süden durch die Unmöglichkeit einer Verständigung mit der Tschechoslowakei. Außerdem bereitete die Anbahnung von Beziehungen mit den übrigen Ländern große Schwierigkeiten infolge der gegenseitigen Unkenntnis der Wirtschaftsverhältnisse, der Valutaunterschiede und des Fehlens größerer Handelsgesellschaften in Polen, die die westeuropäischen Märkte kannten. Staat und Allgemeinheit waren sich darüber einig, daß die Stärkung der polnischen Interessen auf dem internationalen Markt eine dringende Notwendigkeit geworden sei.

Um sich für diese Aufgabe vorzubereiten, arbeitete die polnische Regierung ein Muster für Handelsverträge aus, die dem Typ der Vorkriegskonventionen entsprach und sich auf der Grundlage der Meistbegünstigung aufbaute. Auf dieser Basis schloß die polnische Republik nach Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Rußland ihre ersten Handelsverträge, die jedoch bei der Ungewißheit über die künftige Gestaltung der polnischen Wirtschaftsverhältnisse zunächst nur provisorisch und mit kurzfristigen Kündigungsterminen geschlossen werden konnten. Die ersten Verhandlungen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

über einen vorläufigen Handelsvertrag wurden im Jahre 1920 mit der Tschechoslowakei, Frankreich und Rumänien eingeleitet. Es kam mit allen drei Staaten ein Abschluß zustande, doch wurde der polnisch-tschechische Vertrag infolge politischer Unstimmigkeiten von seiten der Tschechoslowakei nicht ratifiziert. Zwischen Polen und Frankreich kam ein endgültiger Handelsvertrag 1924 zustande, der am 10. Juli 1925 in Kraft getreten ist. Die Versuche der polnischen Regierung, mit Rußland in geregelte Handelsbeziehungen zu treten, datieren schon seit der Zeit des Abschlusses des Rigaer Friedensvertrages, auf Grund dessen sich beide Staaten im Art. 21 verpflichtet hatten, spätestens 6 Wochen nach der Ratifizierung in Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zu treten. Diese Verhandlungen führten jedoch zu keinem Ergebnis, da man sich über wichtige Streitpunkte besonders in der Frage der Meistbegünstigung wegen des in Rußland bestehenden staatlichen Außenhandelsmonopols nicht einigen konnte. Deutschland gegenüber schlug Polen den Abschluß eines Handelsvertrages das erste Mal schon im Jahre 1920 vor. Da die deutsche Regierung seinerzeit einen Handelsvertrag mit Polen von einer Reihe politischer Forderungen abhängig machte, ließ Polen seinen Vorschlag wieder fallen. Einige Jahre später ergriff Deutschland die Initiative, doch diesmal schien der polnischen Regierung ein Handelsvertrag nicht so dringlich, da Polen einseitige Vorteile durch den Versailler Vertrag und die Genfer Konvention gegenüber Deutschland genoß, so daß Polen von sich aus keinen Zeitpunkt für den Beginn neuer Verhandlungen festsetzte und damit die Frage in der Schwebe ließ. Politische Unstimmigkeiten verhinderten auch mit Litauen in vertragliche Beziehungen zu treten, so daß der polnische Handelsvertrag mit dem Memelgebiet — im Augenblick der Annektion dieses deutschen Landesteils durch Litauen — faktisch bedeutungslos geworden ist. In der Handelsvertragspolitik des polnischen Staates ist es eine auffallende Erscheinung, daß Polen bis zum Jahre 1925 mit keinem seiner Nachbarn — außer mit Rumänien — einen Handelsvertrag besaß. Alle bis dahin zustande gekommenen Verträge beziehen sich auf entfernter liegende und in der Mehrzahl für Polens Handel weniger wichtige Länder.

Die durch die polnische Regierung geschlossenen Handelsverträge gleichen der Struktur nach mit wenigen Abweichungen den normalen vorkriegszeitlichen Handelskonventionen und beruhen auf der Meistbegünstigung ohne Tarifverträge. Eine Ausnahme davon stellt der Vertrag mit Frankreich dar, in welchem Polen die Meistbegünstigung nur teilweise zuerkannt worden ist. Ähnlich dürfte sich auch der polnische Handelsvertrag mit Spanien gestalten, da auch dieses Land eine Meistbegünstigungsklausel im üblichen Sinne nicht kennt, so daß die polnischen Verhandlungen mit Spanien sehr schwierig sind und nur langsam vorwärts kommen. Polen anerkennt grundsätzlich nur Ausnahmen von der Meistbegünstigungsklausel, soweit sie bereits in den Normal-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verträgen der Vorkriegszeit vorhanden war, d. h. also Ausnahmen, die sich aus einer Zollunion oder aus Spezialverträgen ergeben. In Verbindung mit der Meistbegünstigungsklausel versucht die polnische Regierung bei Verhandlungen mit dem Ausland auch die sogenannte „Anti-Dumping-Klausel" zu erreichen, d. h. eine Bestimmung, die beide Vertragsparteien verpflichtet, keine speziellen Zollmultiplikatoren im Verhältnis zu Staaten mit niedrigerer Valuta einzuführen. Wenn auch die Erreichung dieser Formel vielfach auf große Schwierigkeiten stößt, so trachtet die polnische Regierung dennoch danach, diese Formel als Garantie gegen Bestimmungen durchzudrücken, die für die polnische Industrie und den Export von Nachteil werden könnten. Nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten bereitet auch die Auslegung der Meistbegünstigung in bezug auf die Reglementierung des Warenverkehrs. In der Mehrzahl der Handelsverträge, die Polen abgeschlossen hat, ist daher nur eine allgemeine Formel gewählt, die diese Frage offen läßt.

Aus anderen Eigentümlichkeiten der von Polen abgeschlossenen Handelsverträge sind die Bestimmungen über ausländische Gesellschaften hervorzuheben, die sich dem polnischen Konzessionssystem anpassen und der polnischen Regierung nach Möglichkeit in den Bedingungen, unter welchen die Zulassung fremder Gesellschaften erfolgt, freie Hand lassen wollen. Polen weicht auf diesem Gebiete, sich der Meistbegünstigungsklausel zu bedienen, aus. Dagegen ist auf dem Gebiete der Behandlung fremder Untertanen und Kaufleute bei dem größten Teil der Handelsverträge das Prinzip der Meistbegünstigung angewandt.

Die Grundlagen für den Abschluß dauernder Handelskonventionen wurde erst nach Inkrafttreten des neuen automatischen polnischen Zolltarifs vom 26. Juni 1924 geschaffen. Demzufolge mußte eine Reihe bereits abgeschlossener vorläufiger Handelsverträge einer Revision unterzogen werden, darunter auch der polnisch-französische Handelsvertrag mit Frankreich. Er ist von allen bisher abgeschlossenen Konventionen der wichtigste, weil er über die engeren Bestimmungen zwischen den beiden Staaten hinaus als Meistbegünstigungsvertrag die Grundlage für alle anderen Handelskonventionen bildet.

Anlaß zur Revision des polnisch-französischen Handelsvertrages vom Jahre 1922 war das Streben der polnischen Regierung, die Höhe der im alten Vertrag Frankreich zugestandenen prozentualen Vergünstigungen für eine Reihe von französischen Einfuhrwaren herabzusetzen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Als Kompensation für den von Frankreich geforderten Verzicht erklärte sich Polen bereit, weitgehendere Ermäßigungen für Spezialartikel der französischen Produktion zuzulassen. Hieraus ergeben sich die erheblichen Ermäßigungen auf französische Weine, Schaumweine, Pflanzen, Gemüse, optische Gläser, Parfüm, Automobile, Seidenplüsch, Damen-, Kinderkonfektion usw. Dafür erhielt Polen andererseits von Frankreich neue Erleichterungen auf dem Gebiete der Zollbehandlung polnischer Exportwaren. Diese Vergünstigungen sind zweifacher Art und beruhen entweder auf der Zuerkennung des französischen Minimaltarifs oder eines mittleren Tarifs (zwischen dem Maximal-[General]Tarif und dem Minimaltarif). Die Bemessung des mittleren Tarifs erfolgt derart, daß der für jede Ware bezeichnete Prozentsatz von der Differenz zwischen Maximal- und Minimaltarif berechnet wird. Eine weitere Konzession, die Frankreich Polen gewährt hat, ist die Zuerkennung der Meistbegünstigung auf bestimmte Einfuhrwaren. Die Meistbegünstigung in vollem Umfange ist Polen dagegen nur im Handelsverkehr mit den französischen Kolonien zugestanden worden, soweit diese einen anderen Zolltarif als Frankreich besitzen.

Ein anderer wichtiger Handelsvertrag ist die am 23. April 1925 abgeschlossene polnisch-tschechoslowakische Konvention. Diese Konvention ist auf dem Meistbegünstigungsprinzip aufgebaut. Der Text dieses Vertrages stützt sich auf das nicht ratifizierte polnisch-tschechische Handelsabkommen vom 20. Oktober 1921 mit einigen Veränderungen auf dem Gebiete des Transits und des Niederlassungsrechts fremder Staatsangehöriger. Dem Vertrag angeschlossen ist gleichzeitig ein Veterinärabkommen, das die Einfuhr polnischen Viehs nach der Tschechoslowakei regelt. Außer dem eigentlichen Handelsvertrag wurde noch ein Kohlenlieferungs- und ein Eisenbahnabkommen geschlossen. Ferner wurde ein provisorischer Vertrag zwecks Regelung der gegenseitigen Ein- und Ausfuhrreglementierung und schließlich noch ein Zusatzvertrag unterschrieben, worin das vorzeitige Inkrafttreten (vor der endgültigen Ratifizierung) des Handelsvertrags und des Eisenbahnabkommens vereinbart wurde. Alle diese Abmachungen wurden mit der Möglichkeit weiterer Prolongation zunächst für ein Jahr geschlossen. Im übrigen weist der polnisch-tschechische Handelsvertrag fast die gleichen Bestimmungen über die Anwendung von Konventionszöllen auf wie der mit Frankreich abgeschlossene. Nur in einer Hinsicht ist eine wichtige Neuerung zu verzeichnen, die darin besteht, daß in einer besonderen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Liste (Liste C) eine Anzahl von Waren enthalten ist, für welche die polnischen Sätze gebunden (stabilisiert) sind. Solche Erzeugnisse tschechischen Ursprungs dürfen also bei ihrer Einfuhr nach Polen keinem höheren Zoll unterworfen werden, als er in der betreffenden Liste festgesetzt ist. Damit hat die Tschechoslowakei gegenüber anderen Handelsvertragsstaaten einen wesentlichen Vorzug erwirkt. Andererseits hat sich aber auch Polen hinsichtlich der tschechoslowakischen Zölle für Waren der Liste D die gleichen Rechte gesichert. Von Wichtigkeit ist auch das Schlußprotokoll, das unter anderen Bestimmungen über die Anwendung des polnischen und tschechischen Zolltarifs enthält, d. h. im einzelnen festsetzt, nach welcher Tarifposition eine Anzahl besonders genannter Waren zu verzollen ist.

Eine — wenn auch geringe — Abweichung vom Meistbegünstigungsprinzip stellt der polnische Handelsvertrag mit Österreich dar, welcher am 15. Januar 1923 in Kraft getreten ist. Auf Grund des Schlußprotokolls verzichtet Österreich auf die Konventionszölle für folgende Waren: Pasteten, verschiedene Gewürze, Tabak, Branntwein und Liköre, diverse Sorten Käse, Fische in Öl, Krabben, Krebse und Hummern in Büchsen, Leim und Gelatine, Bürstenerzeugnisse, Kork, Holz (gemahlen) und Erzeugnisse daraus, Druckereizubehör, unbelichtete Filmstreifen, Tüll und Seidengaze. Es handelt sich hier um den Verzicht auf die besonderen Vergünstigungen, die Polen Frankreich in der Liste A des polnisch-französischen Handelsvertrages eingeräumt hat.

Im polnisch-ungarischen Handelsvertrag, der am 26. März 1925 abgeschlossen worden ist (in Kraft seit 14. September 1925), hat Polen neben den sonstigen Konventionserleichterungen Ungarn noch Ermäßigungen für Paprika (40%), ungarische Salami (40%), und Fische (50%) eingeräumt. Eine außergewöhnliche Vergünstigung stellt auch die im Handelsvertrag mit Griechenland vom 14. April 1925 polnischerseits eingeräumte Zollermäßigungen auf Korinthen (73%) dar. Die genannten Sondervergünstigungen, die Polen — wie oben erwähnt — an die Tschechoslowakei, Ungarn und Griechenland gewährt hat, kommen naturgemäß auch allen übrigen Staaten, denen Polen die Meistbegünstigung zugestanden hat, ohne weiteres zugute.

Neben den erwähnten Ländern hat Polen auch noch Handelsverträge mit anderen Staaten geschlossen. Diese Verträge beruhen durchweg auf dem Meistbegünstigungsprinzip, stellen auch in sonstiger Hinsicht keine

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

grundlegenden Abweichungen von den übrigen Handelskonventionen dar[17].

Bis Ende 1925 besaß die Republik Polen bereits mit 19 verschiedenen Staaten Handelsverträge. Allen diesen Verträgen ist auf Grund der Danzig-polnischen Zollkonvention vom 11. November 1920 auch die Freie Stadt als Vertragspartei beigetreten. Polen bemüht sich fortgesetzt, das Netz der Handelsverträge noch zu erweitern und steht augenblicklich in Handelsvertragsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Norwegen, Portugal, Spanien, Persien, Rußland und Deutschland. Im Mittelpunkt des Interesses stehen gegenwärtig die Verhandlungen mit den beiden letztgenannten Staaten — Rußland und Deutschland. Die polnischen Verhandlungen mit Rußland sind vorläufig über ein Konsularabkommen und über die Gründung einer polnisch-russischen Handelskammer in Warschau am 31. Januar 1926 noch nicht weiter hinausgekommen. Trotzdem bedeuten diese Tatsachen einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Wege des Ausbaus der polnisch-russischen Handelsbeziehungen; denn sie lassen den ernsten Willen der beiderseitigen Regierungen erkennen, möglichst bald zu einem für beide Teile zweifellos sehr wichtigen Handelsvertrag zu gelangen. Während jedoch die beiden Regierungen noch mit den Vorarbeiten für den Abschluß eines Handelsvertrags beschäftigt sind, befinden sich die deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen schon seit März v. J. — wenn auch mit Unterbrechungen — in Fluß. Am 25. Januar 1925 erfolgte in Berlin der Austausch der beiderseitigen „Wunschlisten". Die deutsche Liste enthält 600 Punkte des polnischen Zolltarifs, für die das Deutsche Reich außerhalb der Meistbegünstigungsklausel fixierte Einfuhrermäßigungen (590) und Herabsetzung der Exportzölle (10) fordert. Die der deutschen Delegation eingehändigte polnische Wunschliste verlangt für 186 Warenpositionen des deutschen Zolltarifs prozentuale Zollnachlässe zwischen 40 und 80%. Die Zollforderungen Polens betreffen vorwiegend landwirtschaftliche Artikel. Zum Zwecke der Durchberatung der deutschen Forderungen hat die polnische Regierung eine Anzahl von Kommissionen gebildet, die sich aus eigenen Vertretern und Ver-

[17] Der Vollständigkeit halber seien die Länder, mit denen Polen einen Handelsvertrag besitzt, hier noch angeführt: Rumänien, Schweiz, Italien, Japan, Jugoslawien, Türkei, Island, Holland, Schweden, Belgien und Luxemburg, Dänemark, England und Kolonien, Finnland.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tretern der verschiedensten Wirtschaftszweige zusammensetzt. Ein Rückblick auf den wechselvollen Verlauf der bisherigen Verhandlungen ergibt folgendes Bild:

Nachdem die Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag auf Grund des Warschauer Abkommens im Jahre 1922 eingeleitet worden waren, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu kommen, versuchte Polen nach Ablauf der einseitigen Meistbegünstigung am 10. Januar 1925 auf der Basis der beiderseitigen Meistbegünstigung zu einem Abkommen mit Deutschland zu gelangen. Die Verhandlungen zerschlugen sich damals, so daß es nicht einmal zu einem Provisorium kam. Bei der Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen im März 1925 ergaben sich wiederum scharfe Gegensätze über die seitens der Reichsregierung geforderte Regelung des deutschen Niederlassungsrechts in Polen, die Bindung der Zollsätze, sowie über das von polnischer Seite zum Ausdruck gebrachte Verlangen, den gegenseitigen Handelsverkehr nur im Umfange des gleichen Wertes für die Einfuhr und die Ausfuhr zuzulassen. Als die polnische Regierung noch während der Verhandlungen durch eine Verordnung vom 19. Mai 1925 für eine Reihe Waren erhöhte Zollsätze in Kraft treten ließ, war es völlig unmöglich, zu einer Einigung zu gelangen, so daß es Mitte Juni 1925 zum offenen Ausbruch eines Zollkrieges kam. Die Folge dieses deutsch-polnischen Zollkonflikts war die Einführung von Beschränkungen der Wareneinfuhr durch Zollerhöhungen und Einfuhrverbote. Der ursprünglich für den Beginn neuer Besprechungen festgelegte Termin (15. September 1925) mußte infolge der noch nicht beendeten polnischen Zolltarifreform wieder hinausgeschoben werden, bis die deutsche Delegation in den Besitz der von ihr verlangten polnischen Zolltarifnovelle gelang und nunmehr die Möglichkeit besaß, die umfangreichen Zolländerungen des polnischen Zolltarifs einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und auf dieser Grundlage die deutschen Zollwünsche zu präzisieren.

Die beiderseitigen Wunschlisten sind nunmehr auf deutscher und polnischer Seite Gegenstand der Prüfung und Durchberatung. Diese Beratungen dürften sich noch bis Mai d. J. hinziehen. Bevor jedoch die beiderseitigen Zollwünsche zur Erörterung gelangen, sollen auf Wunsch der deutschen Regierung Verhandlungen über die Frage des Niederlassungsrechts eingeleitet werden. Hieraus ist deutlich zu ersehen, daß die deutsche Regierung auf eine günstige Lösung dieser Frage den größten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wert legt. Für den Fall, daß auf diesem Gebiete keine Einigung zu erreichen ist, kann sehr leicht eine weitere Verzögerung in den Verhandlungen eintreten. Da auch sonst noch überaus große Gegensätze in verschiedenen wichtigen Fragen bestehen, so ist noch mit langwierigen Beratungen zu rechnen. Es ist daher im Augenblick sehr schwer, über die Aussichten für den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages Bestimmtes zu sagen; doch kann man aus der gegenwärtigen Situation schon heute ersehen, daß noch viele Monate verstreichen dürften, bis der für beide Teile unstreitbar wichtige Handelsvertrag zur Wirklichkeit wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

VII.

Die Handelspolitik Großrumäniens.

Von

Dr. rer. pol. P. H. Seraphim,
Dezernent am Osteuropa-Institut in Breslau.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Einleitung. Verarbeitete Quellen. Der Wert der rumänischen Statistik . . . . . 279—281

II. Die Entwicklung des rumänischen Außenhandels. Das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege. Die Einwirkungen der Kriegszeit. Das Jahrfünft 1919—23. Der Außenhandel nach Ländern . . . . . 281—283

III. Gründe für die Veränderung des rumänischen Außenhandels. . . . . 283—304

1. Die veränderte Wirtschaftsstruktur Großrumäniens im Vergleich zu Altrumänien 283
2. Die Wirkungen der Kriegsereignisse und die deutsche Okkupationsverwaltung 285
3. Die rumänische Agrarreform. Gründe, Durchführung, Wirkungen auf den Getreideanbau und Getreideexport 287
4. Die Erdölpolitik Großrumäniens. Das Auslandkapital in der rumänischen Erdölindustrie. Die Rumänisierung und die Verstaatlichung dieses Industriezweigs. Die Wirkungen auf den Erdölexport . . . 292
5. Die Verkehrsverhältnisse Großrumäniens. Die Mängel der Eisenbahnen. Die Wirkungen der mangelhaften Verkehrsverhältnisse auf den Außenhandel 297
6. Die Währungslage Rumäniens. Die Inflation. Die Deflationspolitik der Regierung und ihre Wirkungen auf den Außenhandel . 300

IV. Die Zollpolitik Rumäniens. Die Ausfuhrzollpolitik: Ausfuhrverbote und Ausfuhrtaxen. Die Wirkungen der Beschränkung des Exports auf die rumänische Volkswirtschaft. Die Einfuhrzölle. Die Zolltarife vom 28. Juni 1921, 1. August 1924 und 26. Mai 1926 . . . . 304—311

V. Der Warenaustausch zwischen Rumänien und Deutschland. Gestaltung des rumänischen Exports nach Deutschland. Die deutsche Einfuhr nach Rumänien und ihre besonderen Schwierigkeiten . 311—316

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I. Einleitung.

Es begegnet ganz besonderen Schwierigkeiten, die Entwicklung des Außenhandels in solchen Staaten zu schildern, die durch die Umwälzung des Weltkrieges oder seiner Folgen, sei es durch revolutionäre Umwälzungen gleich Sowjetrußland, sei es durch Abtretung oder Neuerwerbung von Land, ihren Wirtschaftscharakter im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich verändert haben. In besonders hohem Maße gehört zu den Staaten, die durch den Weltkrieg selbst und durch seine Folgen, ihre Wirtschaftsstruktur grundlegend geändert haben, das Königreich Rumänien. Die militärischen Ereignisse des Krieges selbst, die Zerstörungen durch den einrückenden Feind und vor allem die freiwillige Verwüstung des Landes durch die abrückenden rumänischen Truppen und die flüchtende Zivilbevölkerung haben in starkem Maße eine Verminderung der wirtschaftlichen Substanz des Landes zur Folge gehabt. Insbesondere auf dem Gebiet der Erdölwirtschaft hat der Krieg, wie im folgenden noch näher auszuführen sein wird, schwerwiegende Veränderungen gezeitigt. Noch größer sind die durch den Ausgang des Weltkrieges bedingten Veränderungen der Landesgrenzen, die uns in Großrumänien ein völlig neues Staats- und Wirtschaftsgebilde erkennen lassen. Statt eines Areals von 137 903 qkm, das Rumänien im Jahre 1913 umfaßte, und statt 7,5 Mill. Einwohner nach der Zählung des gleichen Jahres umfaßt das Königreich heute (nach den Zahlen von 1920) 304 244 qkm mit 16,3 Mill. Einwohnern. Dazu kommt noch, daß Rumänien nicht durch eine räumliche Vergrößerung seines Staats- und Wirtschaftsgebiets in seinem ökonomischen Charakter verändert wurde, sondern daß es sich durch die Erwerbung der Bukowina, Siebenbürgens, des Maramuresch, Krischanas und Bessarabiens Gebiete angliederte, die zum Teil einen im Vergleich zu Altrumänien durchaus anderen Wirtschaftscharakter besaßen. Gerade die Außenhandelspolitik, die in Altrumänien, einem — von der Erdölindustrie allein abgesehen — reinen Agrarstaat, eben durch diesen agraren Charakter des Landes und seine eigenartige Agrarverfassung bestimmt wurde, zeigt in Großrumänien durchaus andere Tendenzen. Die Veränderung dieser den Außenhandel Rumäniens bestimmender Faktoren zu untersuchen, wird die eine Hauptaufgabe dieser Ausführungen sein. Die andere besteht in der Darstellung der Zollpolitik

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Regierung im Zusammenhang mit der durch die Nachkriegsverhältnisse bedingten Wirtschaftslage Großrumäniens.

Zuvor erübrigt jedoch in Kürze und unter Heranziehung der wichtigsten Zahlen ein Bild der tatsächlichen Entwicklung des Außenhandels Rumäniens zu zeichnen, wobei mit Nachdruck betont werden muß, daß gerade wegen der veränderten Wirtschaftsstruktur des Landes eine Vergleichbarkeit der Zahlen für die Vor- und die Nachkriegszeit unmöglich ist. Die Vergleichbarkeit wird dazu noch bei den Angaben in Lei durch die Tatsache der Inflation der rumänischen Valuta erschwert, zumal nicht überall Wertziffern, die auf Grund einer stabilen Valuta errechnet sind, vorliegen. Erst in der letzten Zeit, seitdem die Zolltaxen in einer festen Valuta zu entrichten sind und ein Zollindex festgestellt wird, haben sich die Verhältnisse in diesem Punkt gebessert.

Schließlich ist noch ein grundsätzliches Wort zu den für die Darstellung der Entwicklung des Außenhandels benutzten Quellen und zum Wert der rumänischen Statistik zu sagen. Benutzt sind im folgenden ausschließlich die amtlichen Zahlen der Dirictiunea statisticei generale a finantelor si comertului exterior (Direction de la statistique generale des finances et du comerce exterieur) einer Abteilung des Finanzministeriums[1]. Es liegt mithin dieser Studie statistisches Material in großer Vollständigkeit zugrunde[2]. Der Wert dieses Materials ist in

[1] Die Beschaffung dieses in Deutschland außerordentlich schwer zu erhaltenden Materials verdanke ich dem außerordentlich liebenswürdigen Entgegenkommen der Kgl. rumänischen Gesandtschaft in Berlin, die das Kgl. rumänische Außen- und Finanzministerium von meiner Bitte verständigte und mir das erforderliche statistische Material durch das Institut Economic Românesc in Bukarest aushändigen ließ. Ich bin daher insbesondere auch diesem Institut zu Dank verpflichtet. Ein Teil des statistischen Materials, sowie die Gesamtheit des übrigen zur Verwendung gelangten Buch-, Zeitschriften- und Zeitungsmaterials entnahm ich der Bibliothek sowie dem reichhaltigen Archiv des Osteuropa-Instituts in Breslau.

[2] An dieser Stelle seien zusammenfassend folgende Statistiken genannt: Anuarul statistic al Romaniei (Annuaire statistique de la Roumanie) 1922 (Bukarest 1923) 1923 (Bukarest 1924) 1924 (Bukarest 1925); Comertul exterior al Romaniei in anni 1919, 1920, 1921 si 1922 (Commerce exterieur de la Roumanie en 1919, 1920, 1921, 1922) Bukarest 1924; dasselbe für 1923 (Bukarest 1924); dasselbe für 1924 — cifre preliminari (Chiffres preliminaires) — Bukarest 1925; statistica miniera a Rumaniei pe anul 1920, dasselbe für 1921, dasselbe für 1922, dasselbe für 1923, dasselbe für 1924, Bukarest.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hinsicht der Richtigkeit der Zahlen nicht einheitlich. Zum Teil fehlen die auf Reparationskonto eingeführten Waren, während andererseits die Exportziffern besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege vielfach unwahrscheinlich sind. Dazu kommt noch die allgemeine Unzuverlässigkeit in der statistischen Erhebung in den Balkanstaaten. Angesichts dieser Tatsachen: der mangelnden Vergleichbarkeit zu den Vorkriegszahlen, der Unzulänglichkeit der Leizahlen infolge der Inflation und schließlich infolge allgemeiner Mängel der rumänischen Statistik, erscheint es angezeigt, das Zahlenmaterial im folgenden auf das Notwendigste zu beschränken.

II. Die Entwicklung des rumänischen Außenhandels.

Über die Entwicklung des Außenhandels Altrumäniens soll hier nur das eine gesagt werden, daß der Handelsverkehr sich im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges außerordentlich gehoben hat. Rumänien steht zu Beginn des Weltkrieges im Zeichen eines hervorragenden Konjunkturaufschwungs, der im Außenhandel durch folgende Ziffern zum Ausdruck kommt:

Jahre	Gesamt-Ein- und Ausfuhr Rumäniens 1901—1913.[3]					
	in 1000 Tonnen			in Mill. Lei		
	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamt-außen-handel	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamt-außen-handel
1901—1905 .	535	3 055	3 589	289	360	605
1906—1910 .	806	3 804	4 610	409	501	910
1911	986	5 390	6 377	570	692	1260
1912	1 214	4 327	5 540	638	642	1280
1913	1 374	4 569	5 943	590	671	1261

Noch deutlicher wird der sich ständig verbessernde Stand des rumänischen Außenhandels, wenn man die Handelsbilanz Rumäniens im letzten Vorkriegsjahrzehnt ins Auge faßt.

Handelsbilanz Altrumäniens 1905—13.[4]
(aktiv +, passiv —) in Millionen Lei.

1905	+ 120	1910	+ 207
1906	+ 69	1911	+ 122
1907	+ 124	1912	+ 4
1908	— 35	1913	+ 81
1909	+ 97		

[3] Comertul exterior 1923, S. XLIX. [4] Anuarul statistic 1922, S. 182.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Aktivität der rumänischen Handelsbilanz ist mithin fast im gesamten Zeitraum gegeben.

Die Einwirkung des Krieges auf die Außenhandelsziffern sind unverkennbar. Die Einfuhr ging für 1914 in Millionen auf 1,1 t und 564 Lei, die Ausfuhr auf 3,1 t bzw. 452 Lei zurück, die Handelsbilanz war mit 52 Lei passiv. 1915 betrug der Import nur noch 0,3 t im Werte von 333 Lei, der Export 1,4 t im Werte von 570 Lei. Zwar war die Handelsbilanz damit mit 237 Mill. Lei wieder aktiv, doch war der gesamte Außenhandel auf rund 903 Mill. Lei gegen rund 1261 Mill. Lei 1913 zurückgegangen. Infolge der Kriegsereignisse und der Okkupation des Landes durch die Heere der Zentralmächte fehlen dann von 1916 bis 1918 Außenhandelsziffern völlig.

Die Entwicklung des Außenhandels Großrumäniens wird durch folgende Zahlen charakterisiert:

Der Außenhandel Rumäniens im Jahrfünft 1919—1923[5]

	in 1000 Tonnen		in Millionen Lei		
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsbilanz
1919 . . .	414	109	3 762	104	— 3 658
1920 . . .	304	1 467	6 980	3 448	— 3 532
1921 . . .	615	2 713	12 145	8 263	— 3 882
1922 . . .	584	4 070	12 325	14 039	+ 1 715
1923 . . .	703	4 878	19 713	24 373	+ 4 659
1919—23 durchschn. .	524	2 648	10 985	10 045	— 939

Wir erkennen hieraus im Zeitraum 1919—23 eine ständige Zunahme der Außenhandelstätigkeit Rumäniens. Doch machte absolut selbst im letzten Jahre (1923) die Einfuhr Großrumäniens noch nicht 55% der Einfuhr Altrumäniens aus, wenn man die Mengenziffern zugrunde legt. (Die Leiziffern besagen an sich wegen der Geldentwertung nichts.) Die Ausfuhr scheint allerdings bereits den Friedensexport überschritten zu haben — aber nur der Menge nach, denn verhältnismäßig ist die Aktivität der Handelsbilanz eine viel geringere als vor dem Kriege. Mit anderen Worten: Rumänien exportiert heute weniger wertvolle Güter als vor dem Kriege. Diese Verschiebung der Ein- und Ausfuhr geht aus der Zusammenstellung des Außenhandels nach

[5] Anuarul statistic 1924, S. 135.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Warengruppen hervor, die in Prozentzahlen des Außenhandelswertes in Lei gegeben sei.

	Von der Einfuhr			Von der Ausfuhr		
	1914	1922	1923	1914	1922	1923
I. Tiere und tierische Erzeugnisse	18	13	18	4	15	9
II. Bodenprodukte	35	51	46	76	64	76
III. Bergbauprodukte	20	22	19	10	20	14
IV. Aus den drei Kategorien zusammengesetzte Produkte	19	14	17	0,21	1	1

Eine speziellere Untersuchung der Veränderung der Ein- und Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte, der Bergbau- und Industrieerzeugnisse wird im folgenden gegeben werden.

Die Veränderungen unter den Abnehmern und Lieferanten Rumäniens sind naturgemäß sehr wichtig. Es entfallen in Prozenten der Gesamtein- bzw. -ausfuhr auf:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1913	1922	1923	1913	1922	1923
England	9	9	9	7	2	5
Österreich	23	16	16	14	7	10
Tschechoslowakei	—	9	8	—	8	4
Frankreich	6	6	7	9	10	11
Deutschland	40	20	23	8	6	7
Italien	4	6	7	11	8	4
Polen	—	12	14	27	10	16
Ungarn	—	7	5	—	17	12

Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat die Einfuhr Rumäniens abgenommen aus: England und Deutschland, sie nahm zu aus Italien und Frankreich. Unter den Staaten, in die Rumänien exportiert, ist ein Ausfuhrrückgang zu verzeichnen nach England, Belgien, Ägypten, Deutschland, Italien. Eine Zunahme zeigt Frankreich und (ebenso wie bei der Einfuhr) Österreich und Ungarn zusammengenommen.

III. Gründe für die Veränderung des rumänischen Außenhandels.

Welche Gründe waren es nun, die eine solche Veränderung des rumänischen Außenhandels herbeigeführt haben?

1. Zunächst muß die veränderte Wirtschaftsstruktur Großrumäniens im Vergleich zu dem Altreich hervorgehoben werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Durch die Angliederung Siebenbürgens und des Banats hat sich Rumänien Industriegebiete einverleibt, die es ihm gestatten, einen Teil seines Bedarfs an Industrieerzeugnissen aus der eigenen Produktion zu decken, während vor dem Kriege Rumänien der Typus eines reinen Agrarlandes war. Allerdings reicht auch heute die heimische rumänische Industrie nicht ganz aus, den Bedarf Rumäniens zu befriedigen, so daß beträchtliche Quanten an Industriewaren aus dem Ausland importiert werden müssen. Überblicken wir die Schwerindustrie und die weiterverarbeitende Industrie Rumäniens, so ergibt sich etwa folgendes Bild:

Die Kupferproduktion Rumäniens reicht beispielsweise nicht im entferntesten aus, den großen, ständig steigenden Bedarf der elektrischen Industrie an diesem Metall zu befriedigen. Da außer den im Betrieb befindlichen Gruben keine weiteren nennenswerten abbauwürdigen Lagerstätten bekannt sind, wird Rumänien in diesem Artikel stets vom Ausland abhängig bleiben. In gleicher Weise reicht die Eisenerzproduktion, die Manganerzproduktion, die Aluminium-, Chrom-, Schwefelkies-, Wismut- und Quecksilbererzeugung für den einheimischen Bedarf nicht aus. Im Jahre 1921 betrug der Wert der Produktion der rumänischen Metallindustrie 1330 Mill. Lei. Es mußten aber außerdem noch Metalle und Metallwaren aus dem Auslande im Werte von beinahe 2 Milliarden Lei eingeführt werden[6]. Durch die Angliederung Siebenbürgens und des Banats ist Rumänien eine Kohlenindustrie entstanden, die das Land von der ausländischen Einfuhr von Kohle zwar nicht völlig unabhängig macht, es ihm aber gestattet, diesen Import weitestgehend einzuschränken. Von der Gesamtkohlenförderung Großrumäniens mit mehr als 2,5 Mill. t im Jahre 1923 stammten 73 % aus Siebenbürgen, 12 % aus dem Banat und nur 15 % aus dem Altreich. Die Holzindustrie Rumäniens ist für die Herstellung einfacher Fässer, sowie anderer einfacher Holzprodukte durchaus geeignet, und Rumänien ist hierfür sogar ein nicht unbedeutendes Exportland.

Sehen wir so, daß mit Ausnahme von Metallen in hauptsächlichsten und grundlegenden Schwerindustrien in Rumänien ziemlich stark vertreten sind, und ein Import dieser Waren aus dem Auslande nur in ringen Mengen in Frage kommt, so liegt es anders mit der weiterverarbeitenden Industrie. Diese gab es auch in Siebenbürgen und dem Banat nur in gering entwickeltem Maße, im alten Rumänien fast

[6] Statistik des Deutschen Reiches, Band 310, IV, S. 60 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überhaupt nicht. So besitzt Rumänien in Reschitza eine zwar nicht unbedeutende Maschienenindustrie, doch genügt diese nicht, um auch nur einen größeren Bruchteil des rumänischen Bedarfs zu decken. Auch die Entwicklung der Lederindustrie stößt auf sehr große Schwierigkeiten, wobei sich hier besonders der Mangel an qualifizierten Facharbeitern geltend macht. Ähnlich steht es auch mit der chemischen Industrie. Textilfabriken gibt es bisher nicht so viele, daß sie nicht ausreichen, Rumänien vom Auslande unabhängig zu machen.

Trotzdem bei einer großen Anzahl von Industrien die Abhängigkeit vom Auslande bewiesen ist, zeigt doch ein Vergleich zu den Verhältnissen vor dem Kriege die Wesensverschiedenheit des neuen rumänischen Wirtschaftsgebiets in seiner immerhin verhältnismäßig starken Industrialisierung, von der vor dem Kriege noch kaum Andeutungen vorhanden waren. Daß gerade in der Zollpolitik diese teilweise Industrialisierung Schwierigkeiten hervorrufen muß, um die erworbenen Industrien zu schützen, liegt auf der Hand.

---

2. Als zweites muß auf die Verarmung Rumäniens infolge der Kriegsereignisse hingewiesen werden. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die Erträge der Ernte Altrumäniens auf ungefähr den fünften Teil und noch weniger zurückgingen. Auch die industrielle Produktion litt. Die Erzeugung der Erdölindustrie verminderte sich erheblich.

Durch diese Zahlen glauben einige rumänische Wirtschaftler nachträglich nicht nur die verderbliche Wirkung des Krieges an sich — was ja unbestreitbar ist — sondern die Unzulänglichkeit der deutschen Okkupationsverwaltung, die planmäßige Zerstörung der rumänischen Wirtschaft durch die Deutschen nachweisen zu können. Sie weisen darauf hin, daß die Beschlagnahmung der vorhandenen Vorräte, die Schlachtung von 1 Mill. Stück Großvieh und 4 Mill. Stück Kleinvieh eben auf eine solche planmäßige Zerstörung hinwiesen. Nach allerdings sehr unzuverlässiger rumänischer Schätzung werden die Kriegsschäden der Großindustrie auf 700 Mill. Goldfranken geschätzt. Die Schadenersatzansprüche Rumäniens auf Grund der Zerstörung der Erdölindustrie werden auf 10 Mill. Pfund Sterling beziffert. Die Schädigung der rumänischen Wirtschaft durch die Beschlagnahme- und Zwangswirtschaftspolitik der Okkupationsverwaltung steht jedoch in gar keinem Verhältnis zu den Zerstörungen, die durch die eigenen Truppen beim Rückzug auf Befehl der eigenen Regierung und der Verbündeten vorgenommen wurden.

Nehmen wir als typisches Beispiel die rumänische Erdölindustrie. „In den letzten Novembertagen des Jahres 1916", schreibt ein Kenner der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deutschen Kriegswirtschaft in Rumänien[7], „hatten rumänische Kommissionen unter englischer Leitung die kostbare rumänische Erdölindustrie planmäßig zerstört, um ihre künftige Verwertung für die feindliche Kriegsführung zu Land und zu Wasser zu unterbinden. Die oberirdischen Anlagen, Bohrtürme, Betriebsgebäude, Raffinerien und Reservoire wurden verbrannt. Die Sonden wurden durch versenkte Fremdkörper „vernagelt" und damit für jeden Betrieb unbrauchbar gemacht. Wichtige Maschinenteile wurden beschädigt, vergraben oder entführt. Die vornehmste Kraftquelle des Ölgebiets, das elektrische Zentralwerk, in Crapina wurde außer Betrieb gesetzt, indem von 7 Maschinen 6 teilweise abmontiert und von 7 Dampfkesseln 6 schwer beschädigt wurden." In ähnlicher Weise war auch in den anderen Industriezweigen, bei der landwirtschaftlichen Industrie, bei der Landwirtschaft selbst und beim Verkehrswesen vorgegangen worden.

Die deutsche Militärverwaltung hat in den zwei Jahren ihres Bestehens einen bemerkenswerten Wiederaufbau der rumänischen Volkswirtschaft in die Wege geleitet. Während im Kriegsjahr 1916 die Rumänen durch unzureichende Stellung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte den Getreideanbau gefährdet hatten, sorgte die Militärverwaltung für rechtzeitige Belieferung mit Saatgut und Arbeitskräften. Die Anbaufläche in den 14 Distrikten der Militärverwaltung stieg besonders für Weizen, Roggen und Raps ganz beträchtlich[8], die bedeutenden Ansprüche, die die Heimat an die Fleischversorgung stellte, wurden ohne allzu starke Schädigung der rumänischen Viehbestände erfüllt. Besonders wurden die Zugochsen, denen in Rumänien der Hauptteil der landwirtschaftlichen Arbeit zufällt, geschont[9]. Die Erdölindustrie wurde in so beschleunigtem Tempo wieder aufgebaut, daß die durchschnittliche Tagesförderung von 147 Waggons am 31. Juli 1917 auf 358 Waggons am 30. April 1918 stieg, während vergleichsweise die Tagesproduktion 1914 489 und 1915 458 Waggons betrug[10]. Ebenso glückte der Wiederaufbau der Erdölraffinerien. Eine ganze Reihe von wichtigen Ernährungszweigen und industriellen Anlagen wurden erst durch die deutsche Okkupationsverwaltung geschaffen. Die Fischerei auf der Donau und in den Donauseen wurde entwickelt. Erst durch die Kriegswirtschaft erstand Rumänien eine leistungsfähige und technisch vollkommene Pflanzenöl- und Fettgewinnung. In der Obstwirtschaft, der Obstverwertung durch Dörrung und Marmeladeverarbeitung lernte Rumänien von der deutschen Verwaltung. Alles in allem sind die Worte eines rumänischen Politikers nicht falsch, der sagte: Die Verluste, die die rumänische Volkswirtschaft durch den Feldzug erlitten habe, seien in Wirklichkeit geringer, als sie zunächst schienen; man müsse sogar, so paradox es auch klingen möge, den zweifellosen Verlusten einen erheblichen Zuwachs des Volksvermögens gegenüber-

---

[7] Mann, Kriegswirtschaft in Rumänien, Bukarest 1918, S. 28.
[8] Derselbe, S. 19 ff.
[9] Derselbe, S. 18.
[10] Derselbe, S. 34 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stellen, der sich schätzungsweise auf etwa drei Milliarden belaufe: das seien „die Erfahrungen des Krieges“[11].

Muß somit der Vorwurf, daß die Deutschen Rumänien in der Kriegszeit bis aufs letzte ausgebeutet und ausgesogen haben, als Legende zurückgewiesen werden, so ist doch andererseits der bedeutende Einfluß der Kriegsereignisse als solcher, besonders aber der Zerstörung der rumänischen Wirtschaft durch die eigene und durch die verbündeten Regierungen nicht in Abrede zu stellen. Es ist dies der zweite wichtige Faktor, der die Gestaltung des Außenhandels Großrumäniens nach dem Kriege verändern mußte.

---

3. Noch einschneidender als die Umgestaltung der Wirtschaftskraft Rumäniens durch den Krieg, die ja schließlich im Verlauf einiger Jahre zu verwinden war, wirkte eine andere Tatsache auf den Außenhandel Rumäniens ein: die mit der Änderung der Agrarverfassung des Landes zusammenhängende agrare Produktionsverschiebung[12].

Der Grund, der zur Agrarreform führte, war eine in der Tat denkbar ungünstige Besitzverteilung. Im Jahre 1905 — der letzten Zählung vor dem Kriege — hatten 5385 Großgrundbesitzer eine landwirtschaftliche Fläche von 38 Mill. ha inne, d. h. 49% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche des Landes. 95% aller Grundbesitzer besaßen nur 40% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche, die Kleinbauern nur durchschnittlich 3 ha, eine für die extensive Wirtschaft Rumäniens nicht ausreichende Landmenge. Die zur Änderung dieser ungünstigen Verhältnisse angebahnte Reform vor dem Kriege, die sich an die Stolypinsche Agrarreform in Rußland anlehnte, führte zu keinem Resultat. Erst nach dem Kriege begann die Regierung gewissermaßen als Dank für das treue Ausharren des rumänischen Volkes während des Krieges eine Beeinflussung der agraren Besitzverhältnisse vorzu-

---

[11] Derselbe, S. 53.

[12] Die Literatur über die rumänische Agrarreform und ihre Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion und den Agrarexport ist sehr umfangreich. Besonders beachtlich ist die Arbeit von Prof. Hollmann, Die Agrarreform in Rumänien (Berichte über Landwirtschaft, herausgegeben vom Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Neue Folge. Heft I. 1923, S. 39 ff.). Vom rumänischen Standpunkt beleuchtet die Frage die Schrift: Reforma agrara, si productiunea, von G. Jonescu-Sisesti. Bukarest 1921. Structure agraire et production agricole de la Roumanie. Bukarest 1924.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nehmen. Durch Verordnungsgesetz (decret-loi) vom 16. Dezember 1918 wurden die Krongüter und Besitztümer der Wohlfahrtsgesellschaften, der Fremden und der Absentisten vollständig enteignet; ferner vom Großgrundbesitz eine Fläche von 2 Mill. ha. Doch genügte diese Enteignung nicht, um die riesige Zahl der Grundbesitzlosen zu befriedigen. Nach Friedensschluß wurde daher am 14. Juli 1921 das Agrargesetz votiert, das das Maximum des in einer Hand zu belassenden Grundbesitzes begrenzte auf 100 ha in Gebirgsgegenden, 200 ha in stark bevölkerten, 300 ha in mittelmäßig und 500 ha in schwach bevölkerten Gegenden. Diese gesetzlichen Bestimmungen waren für die verschiedenen Landesteilen verschieden. Sie gaben damit der rumänischen Regierung, oder doch ihren Ausführungsorganen die Handhabe, in den neu erworbenen ehemals ungarischen Gebieten die Agrarreform als Mittel zur Rumänisierung der Länder zu benutzen. Nach Ansicht der betroffenen nationalen Minderheiten „sollte ihnen der Grund und Boden entzogen werden, um sie in ihrer nationalen Widerstandskraft aufs schwerste zu schädigen". Daß diese Klagen nicht unberechtigt sind, wird durch die Entscheidung des Völkerbundes bestätigt, der dem rumänischen Staat für die im Banat vorgenommenen Enteignungen eine Entschädigung von 700 000 G.-Fr. auferlegte.

Die Durchführung der Reform ist nach den letzten offiziellen Daten (von 1923) folgendermaßen fortgeschritten.

Es wurden enteignet:

	Mill. Hektar
Altrumänien	2,7
Bessarabien	1,5
Bukowina	0,1
Siebenbürgen und Banat . . .	1,6
zusammen	5,9

Die größte Verschiebung des Besitzstandes zeigt Altrumänien, wo heute nur noch 6—8% der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche sich in den Händen des Großgrundbesitzes befinden.

Die Einwirkung der rumänischen Agrarreform auf die landwirtschaftliche Produktion des Landes ist unverkennbar. Am schärfsten treten diese Wirkungen beim Getreideanbau hervor. Der Anbau des wichtigsten Getreides, das gleichzeitig das wichtigste Exportobjekt Rumäniens überhaupt war, der Weizen, zeigt insbesondere eine für die rumänische Volkswirtschaft ungünstige Abnahme. Nach Berechnung des Internationalen Landwirtschaftsinstituts betrug die Weizenanbaufläche auf dem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gebiete des heutigen Großrumänien vor dem Kriege 3,7 Mill. ha mit einem Ernteertrag von 4,6 Mill. t. Demgegenüber betrug für Weizen bzw. Mais[13]:

Jahr	Weizen		Mais		
	Anbaufläche in 1000 ha	Ernte in Mill. t	Anbaufläche in 1000 ha	Ernte in Mill. t	Ernte pro ha in dz
1919/20	2022	1,7	3295	4,6	14
1920/21	2488	2,1	3444	2,8	8
1921/22	2649	2,5	3403	3,0	9
1922/23	2690	2,8	3404	3,8	11
1923/24	3172	2,0	3621	4,0	11

Es bleibt mithin die Anbaufläche wie der Ernteertrag in hohem Maße hinter den Vorkriegsziffern zurück, allerdings das Ernteerträgnis in stärkerem Maße als die Anbaufläche. Mit anderen Worten, das Ernteergebnis ist, auf den Hektar berechnet, gesunken. In der Tat wurden 1922/23 10 dz, 1923/24 6 dz Weizen je ha geerntet. Demgegenüber betrug die Weizenernte auf dem Gebiet Großrumäniens vor dem Kriege schätzungsweise 20 dz je ha. In ähnlicher Weise hat sich auch die Roggenanbaufläche und Roggenproduktion vermindert. Sie macht 1923/24 annähernd 40% der Anbaufläche von 1913 aus. Dagegen weisen Gerste und Hafer eine Zunahme sowohl der Anbaufläche wie der Ernteergebnisse auf, die 1923/24 im Vergleich zu 1913 mit etwa 40% bzw. 26% beziffert werden kann. Eine wesentlichere Verschiebung zeigt ferner die Maisproduktion Rumäniens. Im Durchschnitt 1909/13 wurde Mais auf einer Fläche von 2 Mill. ha angebaut und erzielte einen Durchschnittsernteertrag von 2,7 Mill. t, d. h. 13 dz je ha.

Diese Produktionsverschiebung, deren Untersuchung auf andere Getreidearten und Futtermittel auszudehnen an dieser Stelle zu weit führen würde, ist unzweifelhaft eine unmittelbare Folge der rumänischen Agrarreform. Die Kleinbauern bauen im wesentlichen nur das an, was sie für ihren Eigengebrauch benötigen, vor allem den auch als Nahrungsmittel verwendeten Mais, und anstelle von Weizen die weniger Arbeit verursachende Gerste und Hafer. Die landwirtschaftliche Betriebsführung hat sich in Rumänien infolge der Vernichtung des Großgrundbesitzes außerordentlich extensiviert, und der reicher gewordene Bauer verbraucht heute selbst anstelle des früher fast allein

[13] Statistic agricol pe 1925.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

üblichen Mais, Weizen, der dadurch dem Export verloren geht. Wir kommen damit zur Frage der mittelbaren Einwirkung der Agrarumwälzung auf den Außenhandel Rumäniens. Man hat vielfach von rumänischer Seite versucht, diese Wirkung der Agrarreform auf den Export zu leugnen. So betont Prof. Jonescu-Sisesti in einem Aufsatz „Reforma agrara si productiunea", daß der Grund des Ausfuhrrückganges meistenteils in den Kriegsfolgen gesucht werden muß, die Transportzerstörung, Maschinenabnutzung usw. mit sich brachten. Er betont ferner, daß Rumänien heute kein rein landwirtschaftlicher Staat mehr sei, sondern in Siebenbürgen ein industrialisiertes Gebiet erworben habe, das eher ein Abnehmer als ein Produzent von Agrarprodukten sei. Er gibt zu, daß eine allgemeine Verbesserung des Lebenshaltungsniveaus der Landbevölkerung eingetreten sei, die zwar den Export hemme, aber vom sozialpolitischen Standpunkt aus dringend zu wünschen sei. Demgegenüber muß betont werden, daß die Kriegsfolgen bei der Landwirtschaft im Vergleich zur Industrie eine untergeordnete Rolle spielen. Rumänien hat nicht nur das sich selbst völlig ernährende Transsylvanien, sondern auch reine Agrarexportgebiete, wie das Banat, sich angegliedert. Es sind schließlich bei einer Verbesserung der Lebenshaltung der Bauern sicherlich sozialpolitisch wünschenswerte Ergebnisse gezeitigt, die aber durchaus negativ auf den Agrarexport und dadurch den gesamten Außenhandel Rumäniens einwirkten. Betrachten wir nun rein ziffernmäßig die Gestaltung der Agrarausfuhr Rumäniens. Der Anteil des Weizens am Gesamtgetreideexport Rumäniens betrug vor dem Kriege 40 %. 1923 betrug er nur 1 %. Der Anteil der Gerste dagegen stieg von 12 auf 57 %. Auch die Roggenausfuhr ist stark zurückgegangen. Vor dem Kriege gelangten etwa 80 % der Roggenproduktion ins Ausland, heute werden bei der an sich schon verringerten Roggenproduktion nur 20 % dieser Produktion exportiert. Trotzdem, wie wir sahen, Anbaufläche und Ernteergebnis für Gerste und Hafer sich infolge der Agrarreform günstiger stellten als vor dem Kriege, ist die Ausfuhr dieser Produkte im Vergleich zu den Vorkriegsschätzungen geringer geworden. Der Maisexport hat noch nicht die Vorkriegshöhe erreicht, obwohl das Ernteergebnis in Mais die Vorkriegsernte bedeutend überschritten hat.

Wenn Professor Jonescu vom gegenwärtigen rumänischen Agrarexport sagt, daß die Ausfuhrzahlen „natürlich" keine Vorkriegszahlen seien, aber „immerhin" bedeutende Zahlen sind, so muß man sich doch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vergegenwärtigen, daß, nachdem Rußland zeitweilig als Getreideexporteur ausgeschieden war, Rumänien der größte Getreide-, insbesondere der größte Weizenlieferant Europas hätte sein müssen. Statt dessen ist gerade der Export von Weizen auf einen verschwindenden Bruchteil des Vorkriegsexports zurückgegangen. Man muß feststellen, daß infolge der vielleicht sozialpolitisch wünschenswerten, wirtschaftlich jedoch unfruchtbaren und überstürzt durchgeführten gewaltsamen Änderung der agraren Besitzverhältnisse Rumänien aus einem erstklassigen Weizenlieferanten zu einem mittelmäßigen Futtermittelexporteur geworden ist. Wir wollen es ununtersucht lassen, ob der Rückgang der landwirtschaftlich benutzten Fläche, der Getreideanbaufläche und der Ernteergebnisse auf die Reform als solche zurückzuführen ist, oder ob ihre mangelhafte Durchführung der Hauptgrund für den Exportrückgang ist. Jedenfalls bestätigt es sich, daß die Experimente einer umfassenden Änderung der agraren Besitzverhältnisse eines Staates in dem Augenblick, in dem sich dieser Staat in nicht konsolidierten Zustande befindet, in dem die Reform so wenig vorbereitet war, wie in Großrumänien, stets mit außerordentlichen wirtschaftlichen Gefahren verbunden sein müssen. Dazu kommt noch, daß die rumänische Agrarreform nicht nur von wirtschaftspolitischen und agrarpolitischen Erwägungen getragen war, sondern, daß nationalpolitische und minderheitenfeindliche Erwägungen eine bedeutende Rolle spielten. Die Antastung des großbäuerlichen Besitzes in Siebenbürgen und im Banat zugunsten der Ansiedelung Landarmer oder Landloser bedeutet eine kaum wieder gutzumachende Schädigung für die Volkswirtschaft Großrumäniens. Gerade die Folgen der Agrarreform auf den Außenhandel des Staates sind, wie wir nachwiesen, schwerwiegend. Konnte 1913 Rumänien seine Einfuhr im Werte von rund 600 Mill. Lei zu zwei Drittel aus seinem Getreideexport bezahlen, so deckte 1923 der Getreideexport die an sich schon aus währungspolitischen Gründen stark gedrosselte Einfuhr Großrumäniens nur zu einem Drittel. Lediglich eine Produktionsvermehrung in der Landwirtschaft könnte in der Zukunft eine Besserung dieser für die Ausfuhr Großrumäniens katastrophalen Lage bringen.

Da durch die Agrarreform zwar einige Hunderttausend Landloser mit Land versorgt wurden, jedoch keine Vorsorge getroffen wurde, daß diese Leute das notwendige Inventar erwerben konnten, da mithin die neuen Landeigentümer erstaunlich wenig produzieren und überhaupt

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lediglich nur soviel anbauen, wie sie selbst konsumieren, ist an die Bereitstellung nennenswerter Exportüberschüsse von Getreide und Futtermitteln etwa im Ausmaß der Vorkriegszahlen in absehbarer Zeit nicht zu denken. Erst nach einer Besserung der allgemeinen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen kann an eine Hebung des landwirtschaftlichen Exports, der wichtigsten Ausfuhr Rumäniens, ernsthaft gedacht werden. Darüber, daß durch die Agrarumwälzung eine solche Verbesserung der Produktionsbedingungen nicht geschaffen worden ist, kann ein Zweifel kaum bestehen. Im Gegenteil zeigen die gebrachten Ziffern die einschneidenden negativen Wirkungen der rumänischen Agrarreform gerade im Getreideausfuhrhandel dieses Staates.

---

4. Ähnlich wie auf dem Gebiete der Landwirtschaft durch die Bodenreform eine Änderung der Produktionsverhältnisse und damit des Agrarexports eintrat, hat die Industriepolitik Großrumäniens Veränderungen in den Exportbedingungen industrieller Fabrikate hervorgerufen. Es handelt sich in erster Reihe hierbei um denjenigen industriellen Rohstoff, den Rumänien in großem Maßstabe erzeugt, das Erdöl. Die Erdölpolitik nach dem Kriege weicht wesentlich von den Maßnahmen ab, die die rumänische Regierung vor dem Kriege zur Hebung dieser Industrie traf. Eine unmittelbare Folge dieser veränderten Erdölpolitik ist eine veränderte Gestaltung des Erdölexports, der in der Handelsbilanz Rumäniens neben dem Agrarexport die bedeutendste Rolle spielt.

Bekanntlich gehört Rumänien zu den erdölreichsten Staaten der Welt und stand vor dem Kriege in seiner Produktion an vierter Stelle unter den erdölproduzierenden Staaten der Welt. Vom Jahre 1857 ab, in dem wir zum erstenmal statistische Daten über die Erdölerzeugung Prahova und Dambovita finden, hat die rumänische Erdölproduktion sich schnell und ohne Rückschläge entwickelt. Besonders durch Erschließung neuer Erdölgebiete in Bužau und Bacau stieg die Produktion bedeutend und überschritt im Jahre 1907 für ganz Rumänien die erste Million Tonnen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß der rumänischen Erdölindustrie durch die Kriegsereignisse, besonders durch die Zerstörung und Vernagelung der Sonden, schwere Schäden zugefügt wurden. Andererseits hat die deutsche Okkupationsverwaltung in erstaunlich kurzer Zeit diese Schäden wieder beseitigen können[14], so daß

[14] Näheres s. „Tägliche Berichte über die Petroleumindustrie", Jhg. 18, Nr. 296.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach dem Kriege die Vorbedingungen zu einer erhöhten Ölproduktion in noch weit stärkerem Maße als in der Vorkriegszeit gegeben waren. Tatsächlich wurde die Förderziffer von 1913 im Jahre 1924 wieder erreicht, ja sogar ein wenig überschritten. Über die Entwicklung der Erdölproduktion Rumäniens für das letzte Jahrzehnt liegen folgende amtliche Daten vor: In ganz Rumänien wurden erzeugt[15]:

1913	18	Mill. Tonnen	1921	12	Mill. Tonnen
1914	18	„ „	1922	17	„ „
1918	10	„ „	1923	15	„ „
1919	09	„ „	1924	17	„ „
1920	11	„ „			

Trotz dieser an sich nicht ungünstigen Produktionsziffer könnte die die rumänische Industrie bei völliger Ausnutzung aller erdölhaltigen Flächen und bei Verwendung der neuesten Maschinen nach dem Urteil der Fachkenner entschieden sehr viel mehr produzieren. Aber auch bei der jetzigen Produktion kann der Inlandmarkt selbst bei landwirtschaftlichem und industriellem Vollbetrieb höchstens 35 bis 40% der Ölproduktion des Jahres 1924 aufnehmen. Der Rest muß also als Rohöl oder als Finalprodukt exportiert werden. Da jedoch die Produktion rumänischen Erdöls sich teurer stellt als die Ölproduktion anderer Länder, und zwar infolge ungenügender Betriebsmittel und Betriebskapitalien, da ferner durch die Exporttaxe die rumänischen Erdölprodukte vom Weltmarkt hinsichtlich ihrer Preise zu kämpfen haben, und da schließlich die Aufarbeitung der rumänischen Rohöle auf Feinprodukt schwieriger ist als die fast aller in Betracht kommenden fremden Rohöle, steht die rumänische Erdölindustrie in den letzten Nachkriegsjahren vor nicht leichten Aufgaben. Ohne Verluste haben nur die ausländischen Gesellschaften arbeiten können, die, großen Weltkonzernen angehörend, über mächtige Verkaufs- und Verteilungsorganisationen und großartige Transportanlagen verfügen. In diesem Sinne ist die Frage der Zulassung ausländischer Erdölgesellschaften in Rumänien für den rumänischen Erdölexport von großer Bedeutung. Die Frage eben nach der Zulassung ausländischer Konzessionsunternehmungen und nach dem Weiterbestehen schon vorhandener Betriebe, soweit sie in ausländischen Händen sind, ist durch die rumänische Regierung in den letzten Jahren in einer Weise aufgerollt worden, die diesem wichtigsten Industriezweige des Landes kaum von Nutzen sein kann.

[15] Statistica Miniera a Romaniei 1924. S. 24/25.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In wenigen Produktionsländern sind die ausländischen Kapitalinteressen so mannigfach vertreten wie in Rumänien. Neben den holländisch-englischen und den amerikanischen Gesellschaften sind dort hauptsächlich belgische und französische Unternehmungen tätig. Daneben gibt es eine sehr große Anzahl von Unternehmungen, die zum Teil oder auch allein durch rumänisches Kapital finanziert werden. Insgesamt zählt die rumänische Statistik im Jahre 1924 120 Gesellschaften, deren Kapital sich allein oder überwiegend in rumänischen Händen befindet, 29 Gesellschaften, in denen rumänisches und Auslandskapital zusammen arbeitet, bei vorwiegendem Auslandskapital. Ferner gibt es 26 Gesellschaften, die ein Grundkapital in englischen Pfund haben, 12 Unternehmungen bilanzieren in französischen oder belgischen Franken und 4 in holländischen Gulden. Tatsächlich sind diese Angaben nicht eindeutig, du unter den 120 Gesellschaften, die als rumänische bezeichnet werden, sich noch eine große Anzahl befinden, die tatsächlich durch ausländisches Kapital kontrolliert werden. Wenn wir jedoch diese Einteilung der amtlichen rumänischen Statistik annehmen, so zeigt sich folgende Kapitalsgrundlage der einzelnen Unternehmungen[16]:

	In Millionen Lei		
		Kapitalbewegung	
	Grundkapital	1913	1924
Rumänische Gesellschaften	1 041	19	4 163
Gemischte "	266	241	2 804
Englische "	209	68	209
Franz.-belgische "	64	14	64
Holländische "	9	9	9
zusammen	15 891	351	7 249

Wir sehen aus diesen Zahlen, in wie starkem Maße die Bedeutung der sogenannten rumänischen Gesellschaften im Vergleich zu den Unternehmungen, die ausländischen Konzernen angeschlossen sind, gestiegen ist. Durch das Berggesetz von 1924 sollten die ausländischen Unternehmungen auf dem Wege der Nationalisierung überhaupt aufgesogen werden.

Staatliche Ölterrains sollen in Zukunft nur dann an ausländische Unternehmen vergeben werden, wenn diese sich nach Ablauf weniger

[16] Statistica miniera 1924. S. 14/17.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Jahre in Gesellschaften mit überwiegender rumänischer Kapitalmehrheit umwandeln würden.

Die Frist für die Umwandlung der bestehenden ausländischen Unternehmungen wurde allerdings auf 10 Jahre verlängert. Trotz dieses Nachgebens bleibt das neue Berggesetz ein schweres Hemmnis für die Betätigung des Auslandskapitals in der rumänischen Petroleumindustrie. Und dabei müßte mit allen Mitteln eben das herangeschafft werden, was keine Industrie entbehren kann: genügendes Kapital. Kann man es im Inlande nicht beschaffen, weil Rumänien wirtschaftlich zu jung ist, so muß man durch liberale Gesetze nicht nur fremdes Kapital heranlocken, sondern auch das bereits seit vielen Jahren hier arbeitende fremde Kapital zu halten versuchen. Unberührt davon bleibt natürlich die grundsätzliche Stellungnahme zu der Nationalisierung der Erdölindustrie Rumäniens, die vom nationalwirtschaftlichen Standpunkte wohl als wünschenswert zu bezeichnen sein wird. Unter den gegebenen Verhältnissen jedoch bedeutet das Berggesetz durchaus eine Produktionshemmung. Die Auswirkungen der neuen Gesetzgebung werden sich in einem Jahrzehnt feststellen lassen, doch zeigen bereits die gegenwärtigen Tendenzen besonders in der Ausfuhr kein günstiges Bild.

Hand in Hand mit der Überführung der ausländischen Unternehmungen in rumänische Hände verfolgt die rumänische Erdölpolitik das Ziel, den Staat selbst zum mächtigsten Erdölproduzenten zu machen, d. h. die privaten Unternehmungen, auch, soweit sie sich in rumänischen Händen befinden, in die Regie des Staates zu übernehmen. Im letzten Jahrzehnt waren an der gesamten Erdölproduktion der Staat und die privaten Gesellschaften folgendermaßen beteiligt:

	Staatsunternehmungen (Proz.)	Privatunternehmungen (Proz.)
1911/12	17,8	82,2
1912/13	10,6	89,4
1923	33,3	67,7
1924	35,1	64,9

Es ist ersichtlich, daß die Bedeutung der Staatsunternehmungen im letzten Jahrzehnt in der Erdölproduktion Rumäniens sich verdoppelt hat, während die Privatunternehmen wesentlich an Bedeutung eingebüßt haben.

So sehen wir in der rumänischen Erdölpolitik die beiden Tendenzen der Verstaatlichung und der Rumänisierung immer deutlicher

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hervortreten. Es läßt sich sicher für diese Entwicklung manches anführen, doch darf man nicht verkennen, daß Rumänien für den Augenblick zu ihrer Durchführung wirtschaftlich zu schwach ist, und daß die Auswirkungen dieser Politik besonders für den Export von Erdöl und Erdölprodukten ungünstige sind. Die Wichtigkeit gerade des Erdölexports für die Gestaltung der Außenhandelsbilanz Rumäniens springt in die Augen. 1924 wurden Erdöl und seine Derivate im Werte von 2,8 Mill. Lei exportiert bei einem Gesamtexport von 15 Mill. Lei.

Von wesentlicher Bedeutung ist für den Petroleumexport Großrumäniens die Frage, ob das Öl als Rohöl oder als Finalprodukt exportiert werden soll. Schon von jeher war man bestrebt, möglichst viel Erdöl in Rumänien selbst zu raffinieren. Lediglich nach Österreich-Ungarn wurde Rohöl ausgeführt. Der Rohölexport ist dann durch eine Reihe zollpolitischer Maßnahmen noch weiter unterbunden worden und hat heute tatsächlich völlig aufgehört. Andrerseits gelang es aber nicht, den Export von raffiniertem Petroleum und anderen Petroleumdestilaten auf die Friedenshöhe zu heben. Der Grund ist in dem viel stärkeren Eigenkonsum Rumäniens zu suchen, da durch die Erwerbung zum Teil industrialisierter Gebiete in Siebenbürgen ein sehr viel stärkerer Erdölverbrauch hervorgerufen wurde. Der inländische Verbrauch an Erdölfabrikaten hat sich fast durchweg im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr wesentlich erhöht, mit alleiniger Ausnahme von Erdölrückständen, die in der Industrie Rumäniens Verwendung finden. Entspricht die tatsächliche Erdölverarbeitung Rumäniens 1924 etwa der von 1913, so hat sich der Inlandverbrauch um beinahe 20% vermehrt. Der Export von Erdölraffinadeprodukten ist dagegen in noch stärkerem Maße gesunken als der Inlandverbrauch zugenommen hat, nämlich um mehr als 40% des Exports von 1913. Daraus geht hervor, daß der verstärkte Inlandverbrauch zwar einen Teil des ausfuhrfreien Kontingents absorbiert, daß aber der Rückgang der Erdölausfuhr auch auf andere Gründe zurückzuführen ist, von denen der eine eben in der Erdölpolitik der rumänischen Regierung zu suchen ist, und wir den anderen im zollpolitischen Verhalten der Regierung gegenüber dem Erdöl noch kennenlernen werden.

Desgleichen hat sich eine Veränderung unter den Aufnahmeländern für rumänisches Petroleum in den letzten Jahren ergeben, die durch folgende Angaben gekennzeichnet wird.

[17] Statistica Miniera. S. 56 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bei raffiniertem Petroleum sind noch immer Ägypten und England die Hauptabnehmer. Dagegen hat die Türkei nach dem Kriege den dritten Platz Jugoslawien abtreten müssen. Bulgariens Erdölbezug aus Rumänien hat sich nahezu verdreifacht, während Frankreich und Deutschland, ebenso wie Italien wesentlich weniger rumänisches Erdöl konsumieren als vor dem Kriege. Unter den Benzinabnehmern folgt dagegen Deutschland gleich hinter Österreich, an dritter Stelle steht Frankreich, das vor dem Kriege bei weitem am meisten Benzin aus Rumänien bezog. Der Schmierölexport hat sich besonders nach England und Jugoslawien hin ausgedehnt. Auch behauptete Deutschland mit 1,4 Mill. t im Jahre 1924 einen wichtigen Platz unter den Schmierölkonsumenten Rumäniens.

---

5. Wir müssen nunmehr einen Blick auf die beiden Gebiete der rumänischen Wirtschaft werfen, die gleichfalls in besonders hohem Maße den Außenhandel des Landes — und zwar in ungünstigem Sinne — beeinflußt haben. Es sind das die Verkehrsverhältnisse und die Währungsverhältnisse Großrumäniens.

Die rumänischen Verkehrsverhältnisse, insbesondere das Eisenbahnwesen, ist seit Kriegsende ein Objekt schwerster Klagen der rumänischen Wirtschaftsinteressenten, vor allem der Exporteure gewesen. Nach Angaben des Verkehrsministeriums umfaßt das rumänische Eisenbahnnetz zu Beginn des Jahres 1925 11 791 km. Hiervon gehören dem Staate 7305 km normalspurige und 129 km schmalspurige Strecken. Auf Privatbahnen, die vom Staate verwaltet werden, entfallen 3099 km Normalspur und 657 km Schmalspur, auf Privatgesellschaften 156 km Normalspur, 443 km Schmalspur. Diese Zahlen charakterisieren an sich schon die wenig günstige Zersplitterung des rumänischen Eisenbahnwesens hinsichtlich der Verwaltung der Bahnen. Sie zeigen ferner, wie gering die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes von 11 800 km auf einen Flächenraum von über 304 000 qkm ist. Die Schwierigkeiten, die sich damit in Sonderheit für den landwirtschaftlichen Exporteur ergeben, liegen auf der Hand, da der Landwirt gezwungen ist, weite Strecken mit dem kostspieligen Landtransport zu überwinden. Zweitens leidet Rumänien ebenso wie alle nach dem Kriege in Osteuropa neu entstandenen Staaten (Jugoslawien, Tschechoslowakei, Polen) unter der Tatsache, daß das Eisenbahnnetz des neuen Staates aus sehr verschiedenen und verschiedenartig gerichteten Streckensystemen zusammen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gesetzt ist. Diese Schwierigkeiten sind um so größer, als die frühere ungarische Regierung bestrebt war, das ungarische Verkehrsnetz direkt mit der Richtung nach der Reichshauptstadt anzulegen und sich nicht bemühte, Verbindungen zu den Bahnsystemen der benachbarten Balkanstaaten zu schaffen. Der neue rumänische Staat übernahm somit ein Eisenbahnsystem von durchaus ungleichem Charakter, das erst vereinheitlicht und den Wirtschafts- und Exportbedürfnissen des neuen Staates angepaßt werden muß. Besonders für den siebenbürgischen Exporteur ist die Anschließung Siebenbürgens an die rumänischen Häfen Galatz und Braila von größter Bedeutung. Zur Erreichung dieses Zieles müßte eine neue Eisenbahnlinie Kronstadt (Brasow)—Nehoias erbaut werden. Die volle Ausnutzung des Kohlengebiets von Petrosani wird erst durch eine neue Eisenbahnlinie Bumbest—Livazeni ermöglicht werden. Für die Holzindustrie von besonderer Bedeutung wird die Linie Ilva-Mica—Dorna-Vatra sein, die die Maramuresch mit der Bukowina verbindet. Ebenso wird die Einbeziehung Beßarabiens in die Exportprovinzen erst durch Erbauung einer geraden Strecke zwischen Galatz und Kischinew ermöglicht werden. Hiermit sind nur die allerwichtigsten, gerade den rumänischen Exporteur am meisten interessierenden Wünsche auf Eisenbahnneubauten genannt. Zur Durchführung dieser Pläne, die, wie gesagt, für die Erweiterung des rumänischen Außenhandels von ausschlaggebender Bedeutung sind, wird es jedoch in absehbarer Zeit kaum kommen, da die rumänische Verkehrsverwaltung nicht einmal die noch wichtigeren Fragen der Erhaltung des gegenwärtigen Eisenbahnbetriebes zu lösen vermag.

Der Zustand des Unterbaues der rumänischen Bahnen und die Lage des rollenden Materials ist geradezu trostlos. Rumänien lebt heute noch auf Kosten der seinerzeit von der deutschen Okkupationsverwaltung zurückgelassenen Wagen und Lokomotiven und der mit der Annexion Siebenbürgens und der Bukowina übernommenen rollenden Betriebsmittel. Nach den letzten Statistiken von 1926 umfaßt der Betriebsmittelpark Rumäniens gegenwärtig 2000 Lokomotiven und 24 000 Waggons, von denen 4200 Personenwagen sind. In Rumänien selbst kann dieses Material nicht in Ordnung gehalten werden, weil es an Werkstätten fehlt. Vielfach müssen Güterwagen unter freiem Himmel repariert werden. Die vorhandenen Reparaturwerkstätten sind veraltet und völlig leistungsunfähig. Ähnlich schlecht ist die Lage des Unterbaus der rumänischen Bahnen. Auf manchen Linien sind die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schienen seit ihrer ersten Anlegung überhaupt noch nicht gewechselt worden, und es ist nicht erstaunlich, daß die Zahl der Eisenbahnunfälle in Rumänien in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen hat. Es ist sicher nicht zu viel behauptet, daß, mit Ausnahme vielleicht von Rußland, Rumänien dasjenige Land ist, das mit dem Aufbau seiner Eisenbahnen am weitesten zurückgeblieben ist[18]. Aber nicht nur die Auswechslung der Schienen, sondern auch die der Schwellen ist seit langer Zeit in unglaublicher Weise vernachlässigt worden. Auch der Zustand der Eisenbahnbrücken muß Bedenken erregen. Ob Rumänien die nach einer wahrscheinlich erscheinenden Berechnung notwendigen 665 Mill. Goldlei zur Durchführung der Wiederherstellungsarbeiten und für die notwendigen Neuanschaffungen aus dem Auslande erhalten wird, muß fraglich scheinen. Die seit dem 1. Januar 1926 verfügte Selbständigkeit der rumänischen Eisenbahnverwaltung und die Ausmerzung des Titels „Eisenbahnen" aus dem rumänischen Staatsbudget soll zwar das Ziel verfolgen, der autonomen Eisenbahnverwaltung die Möglichkeit zu geben, Auslandkredite zu erhalten, ob diese Bestrebungen aber Erfolg haben werden, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen.

Der Exporthandel leidet unter diesen Verhältnissen, vor allem unter dem Fehlen der notwendigen Güterwagen auf das Schwerste. Außer der Naphthaindustrie klagt vor allem der Holzhandel über völlig ungenügende Wagengestellungen. In der Zeit der Ernterealisierung nimmt die Lage auf den rumänischen Eisenbahnen zeitweise einen krisenhaften Charakter an. Da es an Speichern und Kühlanlagen nahezu völlig fehlt, sind die Eisenbahnverwaltungen gezwungen, oft die Exportgüter in den an sich schon knappen Waggons auf den Stationen stehen zu lassen, wofür der Exporteur noch, ohne daß ihn ein Verschulden trifft, hohe Standgelder bezahlen muß. Dazu kommen noch die negativen Folgen eines Bureaukratismus ungeschulter Beamten, eine damit zusammenhängende Desorganisation und Bestechlichkeit. Unter diesen Umständen verliert die wichtige Donauwasserstraße für den Außenhandel Rumäniens viel an Bedeutung, da der Transport der Güter von oder zu den Umschlägsplätzen auf der Eisenbahn vor sich gehen muß. Schließlich sind noch die eisenbahntariflichen Schwierig-

[18] Diese Angaben über das rumänische Eisenbahnwesen sind einem instruktiven Aufsatz der Industrie- und Handelszeitung vom 7. März 1925 entnommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

keiten für den Außenhandel Rumäniens zu beachten. Die Erstellung durchgerechneter Verbandsgütertarife mit den Nachbarstaaten ist eine dringende Notwendigkeit. Bisher ist solch ein Verbandsgütertarif lediglich mit dem polnischen Nachbarstaat zustande gekommen,. der auch für den Transit durch Polen gilt und somit für Deutschland Bedeutung hat. Der Abschluß gleichartiger Eisenbahnkonventionen mit der Tschechoslowakei und Ungarn ist jedoch als Ergänzung des polnisch-rumänischen Übereinkommens notwendig, und würde dem rumänischen Außenhandel einen nicht zu unterschätzenden Ansporn geben.

---

6. Wohl einer der maßgebendsten Faktoren für die Gestaltung des rumänischen Außenhandels ist die Währungslage des Staates. Die Veränderung des Wertes der rumänischen Währung bedingt einmal eine Änderung der Kaufkraft der Bevölkerung und ist damit für die Frage der Einfuhr und des Absatzes ausländischer Waren wichtig. Die Währungslage übt jedoch darüber hinaus auf die gesamte Volkswirtschaft des Landes Wirkungen und Veränderungen aus, die auf die Ausfuhr bedeutsamen Einfluß haben.

Es würde zu weit führen, die Gründe der rumänischen Inflation hier zu erörtern. Als unmittelbar nach dem Kriege die Einfuhr großer Warenmengen notwendig wurde, um die Wirtschaft des Landes wieder zu heben, wurden die Kaufleute, die nicht genügend kreditfähig waren, um einen Kredit in fremder Währung und in fremden Ländern zu erlangen, gezwungen, ihre Warenbezüge gegen Barzahlung in Lei zu tätigen. So gelangten große Leisummen ins Ausland. Auch ausländische Kaufleute importierten in starkem Maße Waren nach Rumänien und verkauften sie dort in Erwartung einer baldigen Erholung der rumänischen Valuta gegen Lei. So entstanden große ausländische Guthaben in Lei bei den rumänischen Banken. Diese, sowie die Leisummen, die ins Ausland gingen, bilden eine Art schwebender Schuld der rumänischen Volkswirtschaft, eine Forderung der ausländischen Leibesitzer auf rumänische Waren. Diese Verschuldung der rumänischen Wirtschaft wurde verstärkt durch die Staatsschulden, die Rumänien bei den Ententemächten aufgenommen hatte. Dazu kam, daß im ersten Nachkriegsjahr die Staatseinnahmen 1115 Mill. Lei, die Ausgaben 4400 Mill. Lei betrugen, so daß sich ein Defizit von 3285 Mill. Lei ergab. Der Voranschlag für 1920/21 wies 3546 Mill. Lei als Einnahmen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aus. Die Ausgaben übertrafen jedoch die Einnahmen im selben Jahre um 2700 Mill. Lei[19].

Auch in den folgenden Jahren konnte eine Stabilisierung des Staatshaushalts nicht durchgeführt werden. Auch die neu angegliederten Gebiete, die ja an sich von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung für Rumänien waren, brachten in der ersten Zeit mehr Lasten als Vorteile, weil sie zwei fremde Valuten einführten, die bei ihrer Einwechslung dem Staat 7 Milliarden Lei kosteten, und zwar 5,5 Milliarden für die Kronen und 1,5 Milliarden für die Rubel. Zu diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesellte sich auch in Rumänien, wie überall in Ländern mit inflationierter Währung, die Spekulation. In der Tat bot Rumänien unter den gegebenen Umständen ein besonders günstiges Feld für gewissenlose Spekulationsunternehmungen, aber auch seriöse Kaufleute wurden angesichts der Kursdifferenz des Lei auf den Inland- und Auslandbörsen zu Valutaspekulationen angeregt[20]. Notierte der Lei Anfang 1919 noch mit 57 Centimes, so sank er im Laufe der beiden folgenden Jahre auf 8 Centimes und setzte seine Bewegung nach unten auch unter der Regierung der liberalen Partei weiter fort. Eine Übersicht über den Währungsverfall in Rumänien gibt folgende Tabelle, in der der Wert des Lei am Pfund Sterling bzw. Dollar berechnet ist[21].

	Dollarkurs		Pfund Sterlingkurs	
	Maximal	Durchschnitt	Maximal	Durchschnitt
1919	24	18	100	79
1920	72	55	261	203
1921	140	86	541	329
1922	172	150	779	673
1923	228	203	1041	939
1924	231	201	1017	883
1925	224	207	1075	1006

Der Notenumlauf der rumänischen Nationalbank betrug vor dem Kriege 437 Mill. Lei bei einer Metalldeckung von 208 Mill. Am 31. Dezember 1921 befanden sich bereits 14 Milliarden Lei Nationalbanknoten im Umlauf. Diese Ziffer stieg bis Ende 1925 auf 20,4 Milliarden Lei.

[19] Wiener Neue Freie Presse vom 13. Mai 1922.

[20] L'Economiste Roumain. Januar 1926.

[21] „Wie ist der Geldkrise abzuhelfen" von Franz Blaskowics, Temeswar 1925. S. 5.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Folgen einer derartigen Währungsinflation auf die Wirtschaft Rumäniens sind außerordentlich tiefgreifende. Sie entsprechen den Erscheinungen, die auch in anderen Ländern mit inflationierter Währung aufgetreten sind. Der Steigerung der Preise, die beispielsweise im Generalindex zum Ausdruck kommt, der im Januar 1923 auf 2072 und im Januar 1924 auf 2680 anstieg, entsprach nicht ein vermehrtes Einkommen. Es sank daher die Kaufkraft der Bevölkerung, was unmittelbar auf den Außenhandel, d. h. auf die Einfuhr ausländischer Waren zurückwirkte. Das Ziel der rumänischen Regierung war es vom Jahre 1922 ab, die Stabilisierung der Währung herbeizuführen. Der Finanzminister Vintilu Bratianu betrieb von diesem Zeitpunkt ab eine ausgesprochene und feste Deflationspolitik. Während jedoch in den meisten Staaten, die eine Währungskrise durchlebt hatten, die Idee herrschte, daß die Stabilisierung der Währung und nicht die Rückkehr zur Goldparität das Ziel der Finanzpolitik sein müsse, ging Rumänien seine eigenen Wege. Man trieb hier ausgesprochene Deflationspolitik und bemühte sich, die Notenzirkulation auf das notwendigste Mindestmaß zu reduzieren. Nun gelang es in der Tat von 1923 ab, wie die vorstehende Tabelle nachweist, den Lei einigermaßen auf seinem Kursstand zu halten. Der Notenumlauf der Banca Nationala entspricht aber nicht den Bedürfnissen der rumänischen Wirtschaft. Rechnete man 1914/15 mit einer ungefähren Notenzirkulation von 676 Mill. Goldlei für das alte Königreich, so würden minimal gerechnet heute 21 Milliarden Papierlei, die etwa diesem Goldwert entsprechen würden, notwendig sein. Da aber Rumänien heute 2¼ mal größer ist als das alte Königreich, und die höher entwickelte Industrie- und Handelswirtschaft der angeschlossenen Gebiete größeren Geldumsatz erheischt, wären heute zur Befriedigung der Produktions- und Verkehrsansprüche nach einer wahrscheinlich erscheinenden Schätzung 45 Milliarden Lei notwendig. In Wirklichkeit laufen dagegen gegenwärtig 18—19 Milliarden Papierlei um. Davon entfallen auf die Bedürfnisse des Staates etwa 11 Milliarden, so daß der Privatwirtschaft nur 7 Milliarden Lei zur Verfügung stehen, d. h. auf Gold umgerechnet nur etwa 200 Millionen[22].

Die Folgen dieser verminderten Geldzirkulation und der gleichzeitig unternommenen außerordentlich starken Kreditrestriktionen waren für die Wirtschaft des Landes sehr tiefgreifend. Die Folge der un-

[22] Blaskovisc, S. 5/6.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erträglichen Geldnot war ein außergewöhnlich hoher Zinsfuß, sowohl für Einlagen wie für Darlehen. Das verursacht eine Drosselung der Produktion, Betriebseinschränkungen der Industrie, Arbeitslosigkeit und Zahlungsunfähigkeit selbst alter und gut fundierter Firmen. Unterstützt wird diese Entwicklung noch durch die aus der Inflationszeit noch nicht verschwundene unlautere Geschäftsgebarung zahlreicher kaufmännischer Kreise. So lautet ein Bericht aus Bukarest[23]: „Die Geldknappheit im Lande wird infolge der immer mehr um sich greifenden Handelsgeschäfte und gigantischer Spekulationen nunmehr so stark fühlbar, daß von einer vollkommenen Stockung des Geldverkehrs gesprochen werden kann. Bargeschäfte werden kaum mehr getätigt. Die ausländischen Filialen der Banken werden aufgelöst, besonders die in Siebenbürgen eingerichteten Großbankfilialen gehen nach und nach ein. Die rumänischen Firmen zahlen für jeden auch noch so kleinen Handelskredit 40—50% Zinsen, finden aber selbst zu diesem Zinsfuß kein Geld." Selbst größere Firmen können häufig ihre Waren wochenlang aus den Zolldepots nicht auslösen, obwohl die Summen in Goldwert umgerechnet kaum nennenswert sind. Das Inkasso stockt vollständig. Der Grossist hat außerordentlich große Außenstände, kann jedoch nur schwer etwas eintreiben, weil der Umsatz des Detaillisten schwach ist. Zudem sind die Bargeldbestände, die die Landwirte in früheren Jahren thesauriert hatten, aufgebraucht.

Eine Verschärfung erhält die Geldkrise noch durch die Kreditrestriktionen der Nationalbank. Besonders benachteiligt werden die Kreditinstitute der ehemals ungarischen Gebiete. Nach einer Zusammenstellung von J. G. Jonescu hatte die Banca Nationala beispielsweise am 31. Dezember 1923 Kredite vergeben an die Maramoresch-Bank 875 Mill. Lei, an die Banca Romaneasca 867 Mill. Lei, an die Banca Generala 426 Mill. Lei, an die Banca Agricola 383 Mill. Lei, die Banca Comertului in Craiova 237 Mill. Lei usw., d. h. an 10 altrumänische Bankinstitute mit einem Eigenkapital von zusammen 1045 Mill. Lei Kredite im Betrage von 3847 Mill. Lei, während die übrigen 673 Banken mit 2,5 Milliarden Eigenkapital und die 967 Industrie- und Handelsunternehmungen mit 9 Milliarden Eigenkapital kaum ebensoviel Kredit erhielten[24]. Eine allgemeine Entspannung der

[23] Spezialbericht des Bukarester Korrespondenten an das Osteuropa-Institut in Breslau.

[24] Dr. Stefan Chicos: Catre liberatea exportului, Bukarest 1923.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Geld- und Kreditlage könnte wohl durch eine Auslandanleihe herbeigeführt werden. Der rumänische Finanzminister Bratianu hat auch mehrfach dahinzielende Versuche in London und Paris gemacht, doch wird man sagen müssen, daß sich Rumänien durch seine auslandkapitalfeindliche Wirtschaftspolitik den Weg zu der Erlangung einer Anleihe verschlossen hat.

Auf einem Wirtschaftsgebiet hat sich diese durch den Währungsverfall herbeigeführte krisenhafte Lage der Gesamtwirtschaft Rumäniens und die Deflationspolitik der Regierung besonders ausgewirkt: auf dem Gebiete des Außenhandels. Man war einmal bestrebt, die ausländische Einfuhr möglichst zu unterbinden, um die Handelsbilanz nicht zu passivieren und die Bestände an Lei im Auslande zu erhöhen, oder wertvolle fremde Valuten aus dem Lande herauszuziehen. Man war andererseits bemüht, das Inlandpreisniveau niedrig zu halten und damit eine Preisdifferenz zwischen Inland und Auslandpreisen zu schaffen. Das beste Mittel zur Durchführung dieser Wirtschaftspläne dünkte der rumänischen Regierung die Zollpolitik zu sein, der wir uns kurz zuzuwenden haben.

IV. Die Zollpolitik Rumäniens.

Die rumänische Zollpolitik steht seit Ausgang des Krieges in unmittelbarer Abhängigkeit von der Preis- und Währungspolitik. Insbesondere machte sich die Tendenz, die Inlandpreise nicht ansteigen zu lassen, um eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten zu vermeiden, bei den Ausfuhrzöllen geltend. Rumänien gehört zu den Ländern, die die Erschwerung der Ausfuhr mit allen Mitteln zu erreichen suchen. Durch das Dekret vom 6. Oktober 1920 zur Regelung der Ausfuhr wurde ein System von Ausfuhrverboten und Ausfuhrtaxen für die Mehrzahl der in Rumänien produzierten oder veredelten Waren aufgestellt. Dieses Lizenzsystem verfolgte einmal den Zweck, die Ausfuhr lebenswichtiger Produkte zu beschränken, um die Preise nicht hoch zu treiben, zum anderen das Ziel, für den Staat ansehnliche Einkünfte aus den Zolleinnahmen zu schaffen. Das somit lediglich staatswirtschaftliche währungs- bzw. preispolitische Gründe maßgebend waren, wird auch von rumänischer Seite unumwunden zugestanden. „Die Senkung der Preise des lebensnotwendigen Bedarfes

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wurde durch Feststellung von Höchstpreisen in Inneren und Ausfuhrverboten bzw. Ausfuhrabgaben erreicht. Die Haupterwägung war, die Preise für die Bevölkerung annehmbar zu gestalten, da durch eine Öffnung der Grenzen für die Inlanderzeugnisse, insbesondere die Agrarerzeugnisse, die für die Bevölkerung nötigen Lebensmittel eine starke Preissteigerung erfahren hätten, die durch die Unterschiede der Valuten auf dem Weltmarkt hervorgerufen werden würde."[25]

Die Ausfuhrverbote, verbunden mit einem streng gehandhabten Ausfuhrlizenzsystem, wirkten geradezu lähmend auf die Gesamtvolkswirtschaft Rumäniens. Es kam hinzu, daß die Liste der ausfuhrverbotenen Waren fortwährend geändert wurde, so daß der Exporteur beständig die Möglichkeit vor sich sah, durch eine neue Verbotsliste die ins Auge gefaßten Exportoperationen nicht vornehmen zu können. Besonders wirkte sich das auf den Landwirt aus, der, der Natur seines Betriebes nach, eine Umstellung seiner Produktion in kurzer Zeit nicht vornehmen kann. Der Abbau des Bewilligungsverfahrens erfolgte nur langsam. Auch heute sind noch eine große Anzahl von Waren für die Ausfuhr nicht zugelassen, obwohl man seit dem Jahre 1923 das Kontingentierungs- und Verbotssystem durch das System der Ausfuhrtaxen abzulösen begann. Nach dem Stande vom 1. Januar 1926[25] sind folgende Produkte zur Ausfuhr nicht zugelassen: Fische, mit Ausnahme einiger bestimmter Sorten, ebenso geräucherte Fische, nicht aber Konserven, Fischrogen mit Ausnahme von Kaviar und getrocknete Fische. Ferner Milch und Milchprodukte, sowie Käse (ausgenommen gewisse Arten) Schafwolle mit Ausnahme von Wolle höherer Qualität, Hanf (das Flachsausfuhrverbot ist aufgehoben), Kleie, einige Futtermittel (nicht aber Heu, Luzerne und Futterstroh), Rübsen, Pferde mit Ausnahme älterer Wallache, Hammel, Zuchttiere, neuerdings Kühe, Büffelkühe, Esel, Maultiere und Ziegen; bis auf weiteres Zucker. Außer diesen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind noch für die Ausfuhr nicht freigegeben eine Reihe industrieller Produkte, wie Rohpetroleum, Wagenschmiere, Metallfässer, Eichenfässer, Messing, Zink, Säcke, Gold und Silber. Bis auf weiteres ist die Ausfuhr verboten für Mineralien aller Art, ausgenommen Bauxit und Pyrit, Kohle mit Ausnahme von Holzkohle, Eisen und Stahl in jeder Form, Gußeisen und Kupfer aller Art, Blei, Nickel, Platin und ihre Legierungen, Metallmünzen, Edel-

[25] Legislativer Informationsdienst, Wien 1925.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

steine, Schmucksachen, pharmazeutische Erzeugnisse aller Art, Sprengstoffe, militärische Ausstattungsgegenstände, Maschinen, Maschinenteile und Werkzeuge[26]. Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, wie stark immer noch die Bindung des rumänischen Exports durch Ausfuhrverbote ist.

Gleichzeitig mit den Ausfuhrverboten wirken auf die rumänische Ausfuhr in besonders starkem Maße die Ausfuhrzölle, die als Ergänzung zu den Verboten gedacht sind. Die Notwendigkeit der Einschränkung des Verbots- und Bewilligungsverfahrens machte sich in immer stärkerem Maße bemerkbar. Es wird als Anachronismus bezeichnet, „daß ein Produzent oder Kaufmann aus Altrumänien oder Beßarabien sich an den Minister wenden müsse und abwarten, bis die Ausfuhrkommission oder andere Organe ihren Beschluß über jede einzelne eingereichte Bittschrift abgegeben haben. Es ist klar, daß eine solche Handelspolitik die normalen Betätigungen des Handels unterbinde."[27] An Stelle der Ausfuhrverbote, die vor 1923 ja eine viel größere Ausdehnung hatten, und an Stelle des Bewilligungsverfahrens ist dann das Netz der Ausfuhrabgaben getreten, „das eine Preisübereinstimmung der verschiedenen Waren auf dem Inland- und Weltmarkt erzielen soll. Diese Abgaben sind das elastischste Mittel, um einerseits die Grenzen zu öffnen und andrerseits den Inlandsproduzenten zu schützen. Ohne durch ihre Anwendung einen fiskalischen Zweck zu verfolgen, kann dieses System die Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens in rationeller Weise beheben."[27] Derartig leicht war jedoch die Einführung des Exporttaxenregimes nicht. Ebenso sind seine Wirkungen durchaus nicht einheitlich günstig. Zunächst empfand der inländische Markt durch Aufhebung des generellen Ausfuhrverbots empfindlich das Niveau der Weltmarktpreise, da zu Beginn des Exporttaxenregimes die Taxen geringer angesetzt waren als der Preisunterschied auf dem Inland- und Auslandmarkt betrug. Der Exporthandel und die Produzenten verteuerten die einheimischen Produkte immer mehr, um aus dieser Differenz den denkbar größten Nutzen zu ziehen. Die Folgen der Deflationspolitik der Regierung in einer quasi-Stabi-

[26] Correspondance Economique, Nr. 3, Monitorul Oficial, Nr. 166, M. O. Nr. 117, M. O. Nr. 125, M. O. Nr. 131, M. O. 145, M. O. Nr. 25, M. O. Nr. 25, M. O. Nr. 171, M. O. Nr. 166, M. O. Nr. 171, M. O. Nr. 77, M. O. Nr. 100, M. O. Nr. 219.

[27] Dr. Stefan Chicos: Catre.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lisierung der Valuta, die sogar eine zeitweise Verbesserung derselben zur Folge hatte, machten nun die bisherigen Ausfuhrabgaben unhaltbar. Das Verhältnis drehte sich um, da die am Inlandmarkt erzielten höheren Preise in der Folge die Ausfuhr weniger wünschenswert erscheinen ließen, und zwar um so mehr als mittlerweile in den meisten rumänischen Ausfuhrartikeln am Weltmarkt ein Preissturz eintrat. So ist die Beschränkung der rumänischen Ausfuhr nicht zuletzt auf die unhaltbar hohen Ausfuhrgebühren zurückzuführen, die mit den mittlerweile entstandenen Ausland- und Inlandpreisen nicht mehr im Einklang standen. Es ist dies überhaupt ein wichtiger Grund für das Versagen des Exporttaxenregimes, daß die Ausbalancierung des Preisniveaus, die durch die Exporttaxen erstrebt wurde, unmöglich war. Ein derartig schwerfällig arbeitender Organismus, wie die Finanzverwaltung eines Staates, konnte immer nur nachher die tatsächliche Preiskonstellation feststellen und danach die Ausfuhrgebühren bemessen, nicht aber, wie es dem Ziel der Ausfuhrgebühren entsprochen hätte, die Weltmarkt- und Inlandkonjunktur voraussehen, um nach der zukünftigen Preisdifferenz die Gebühren festzustellen. Damit hängt auf das engste zusammen, daß die Exporttaxen noch mehr als die Ausfuhrverbote in ständiger Veränderung waren und sind, so daß es dem Exporteur unmöglich ist, sich für eine längere Zeit einzustellen. Besonders der Exporteur von Produkten der Land- und Forstwirtschaft kann nie mit Bestimmtheit damit rechnen, daß nicht vor der nächsten Ernte oder in den nächsten Monaten die Ausfuhrgebühren so sehr erhöht werden, daß ihm ein Export seiner Erzeugnisse unmöglich wird. Die Ausfuhrgebühren sind heute in Rumänien noch außerordentlich ausgedehnt. Nach einem Überblick der Ausfuhr- und Kommissionsgebühren vom Oktober 1924[28] wurden rund 500 Warenpositionen beim Übergang über die Grenze ins Ausland verschiedenartig verzollt, und zwar finden wir sowohl Ausfuhrwertzölle wie Ausfuhrgewichtszölle. Alle anderen nicht besonders benannten Waren unterliegen bei der Ausfuhr einem 20%igen Wertzoll, wozu noch eine 2%ige Kommissionsgebühr kommt.

Ohne ins Detail gehen zu wollen, wollen wir die **Wirkungen** einiger, und zwar der wichtigsten Exporttaxen auf die Ausfuhr Rumäniens prüfen.

---

[28] Correspondance Economique, Nr. 3. 1924.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Landwirtschaft wendet sich mit besonderer Heftigkeit gegen die zahlreichen Ausfuhrverbote landwirtschaftlicher Erzeugnisse und gegen die hohen Exporttaxen für sie. Der Viehexport wurde mit Stabilisierung des Lei unrentabel und infolge der hohen Exporttaxen auf verlustbringende Zwangslieferungen beschränkt. Nach dem Urteil eines Fachmannes könnte bei einer Herabsetzung der Viehexporttaxen auf ein Viertel der Viehexport sich schnell auf 5 Milliarden Lei jährlich erhöhen, und auch auf 10—15 Milliarden entwickelt werden. Auch die Viehzucht und Mastungen könnten auf das Vielfache vermehrt werden, wenn der Züchter wüßte, daß er ständig freie Ausfuhr hat, also die Preise kalkulieren kann. Der Züchter muß ruhig auf lange Sicht arbeiten können. Besonders für Siebenbürgen und das Banat bedeuten die Viehexporttaxen eine Lebensfrage. Namentlich mit Mastschweinen könnte Rumänien Mitteleuropa beherrschen, während die hohen Exporttaxen zur Zeit die alten Märkte Polen und anderen Agrarstaaten ausgeliefert haben[29].

Die Ausfuhrzollpolitik Rumäniens für Getreide war in den Nachkriegsjahren außerordentlich schwankend. Nach der Zeit des völligen Ausfuhrverbots wurde am 24. November 1923 die Ausfuhr von Getreide und einer Anzahl von Futtermitteln freigegeben und für Weizen und Roggen eine Ausfuhrtaxe eingeführt. Bei der Ausfuhr von Weizenmehl wurde eine Art von Kontingentierung beibehalten, insoweit nämlich, als die Exporttaxe gestaffelt war, und bis zum Export von 10 000 Waggons geringer gehalten war als später. Der Weizenzoll wurde dann weiter erhöht, da die Weizenernte dieses Jahres sehr schlecht war und man eine Steigerung der Weizenpreise und damit eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten befürchtete. Ja zeitweilig mußte die Weizenausfuhr überhaupt verboten werden und zur Deckung des notwendigen Inlandbedarfs sogar Weizenmehl nach Rumänien eingeführt werden. Wie wir bereits sahen, spielt jedoch der Weizen- und Roggenexport Rumäniens heute keine ausschlaggebende Rolle mehr für die Handelsbilanz des Landes. Anders steht es mit den Futtermitteln. Durch Ministerratsbeschluß wurde die Ausfuhr von Gerste ohne besondere Bewilligung gegen Erlegung der Ausfuhrgebühr gestattet[30]. Immerhin wird auch diese Exporttaxe von den Landwirten

[29] Blaskowicz, Wie ist der Geldkrise abzuhelfen? S. 8.
[30] Monitorul Oficial, Nr. 131 vom 18. Juni 1925.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

als zu hoch bezeichnet. Das gleiche gilt für den Mais, wovon Rumänien große Überschüsse hat, und zwar 57 Mill. hl der Ernte 1923 und 70 Mill. hl der Ernte 1924. Nach Abzug des Inlandverbrauchs waren zu Beginn 1925 etwa etwa 30 000 mz Mais für den Export vorhanden. Der tatsächliche Maisexport bleibt hinter diesen Ziffern wesentlich zurück, was wohl kaum anders erklärt werden kann als durch die Exporthemmung durch die Ausfuhrgebühren.

Auf die Holzausfuhr wirken die Exporttaxen gleichfalls zurück. Ein vermehrter Export würde die sehr großen Waldbestände Rumäniens, trotz eines unverhältnismäßigen Raubbaus in den ersten Nachkriegsjahren kaum wesentlich bedrohen, so daß eine Beschränkung des Exports durch die zur Zeit bestehenden Ausfuhrgebühren nicht angezeigt erscheint. Von den Exporttaxen für Erdöl wurde schon gesprochen. Auch sie beschränken die Ausfuhr, die doch für die Gestaltung der rumänischen Handelsbilanz von größter Bedeutung ist. Die Ausfuhrgebühren für Erdölderivate — die Ausfuhr von Rohpetroleum ist gänzlich verboten — erschweren insbesondere den kleineren Firmen, die keine entsprechenden Verkaufsorganisationen im Ausland besitzen, die Ausfuhr.

Besonders drückend wurden die Ausfuhrzölle erst in dem Augenblick, als ihre Einhebung in einer stabilen Auslandvaluta vorgeschrieben wurde. Die Ausfuhrzölle werden danach nur in englischen Pfund eingehoben[31]. Durch eine spätere Verordnung ist auch ohne Rücksicht auf das Bestimmungsland die Bezahlung in französischen Francs oder Dollar zulässig. Dadurch wird nicht nur einer Entwertung der Ausfuhrgebühren vorgebeugt, sondern auch dem Fiskus ein Mittel an die Hand gegeben, seinen Devisenbestand zu erhöhen.

Während man so als Folge der Ausfuhrtaxen und Ausfuhrverbote eine allgemeine Beschränkung der Ausfuhr herbeiführte, war man andererseits bestrebt, auch die Einfuhr nach Rumänien möglichst zu unterbinden. Der rumänische Einfuhrzolltarif zeigt 854 Positionen mit im allgemeinen hinreichend hohen Zollsätzen. Der Zolltarif setzt sich aus einem General- und einem Konventionaltarif zusammen. Die Zölle nach dem Konventionaltarif wurden auf Waren aus England und Belgien angewendet für die Dauer des Wirtschaftsübereinkommens mit diesen Staaten. Auf Grund der Meistbegünstigungsklausel wurden diese

[31] Argus vom 22. Dezember 1923.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zölle gegenüber Holland, der Schweiz, Jugoslawien, Spanien, Schweden, Norwegen, Dänemark und den Vereinigten Staaten für dieselbe Zeitdauer zur Anwendung gebracht[32]. Am 1. August 1924 trat dann ein neuer Einfuhrzolltarif in Kraft. Dieser zeigt in seiner ganzen Fassung eine protektionistische Tendenz. Sämtliche Zölle werden in Goldlei berechnet. Die Zahlung erfolgt in Papierlei zu einem Umrechnungsschlüssel, der von 3 zu 3 Monaten neu festgesetzt wird. Es handelt sich um einen Maximal-Minimaltarif, wobei der Minimaltarif auf die bereits genannten Staaten, zu denen noch die Tschechoslowakei gekommen ist, Anwendung findet. Die Waren aus anderen Staaten zahlen dreifache Zollgebühren. Der Motivenbericht des Finanzministers zum neuen Zolltarif teilt die Waren in drei Kategorien ein, für deren jede ein besonderer Gesichtspunkt für die Zollhöhe maßgebend ist. Die Einteilung lautet: 1. Waren, deren Erzeugung im Inlande in ausreichendem Maße sichergestellt ist, und deren Produktion keinerlei Schutzes bedarf, so z. B. Erzeugnisse der Landwirtschaft, Holzerzeugnisse, Petroleumindustrie usw. 2. Industrien, die die Rohstoffe des Inlandes verwenden und im allgemeinen den Inlandsbedarf befriedigen, jedoch vorläufig eines gewissen Zollschutzes bedürfen (Textil-, Zement-, Glas- und Papierindustrie usw.). 3. Industrien, die im Interesse der Autarkie des Staates bestehen bleiben müssen, den Inlandbedarf jedoch nicht ganz decken können[33]. Tatsächlich sind die rumänischen Einfuhrzölle jedoch so erstellt, daß nur solche Waren, die selbst Ausfuhrartikel sind, ungeschützt bleiben. Auch Artikel, die in Rumänien in qualitativ und quantitativ nur ganz ungenügendem Maße erzeugt werden, wo also der Schutz einer heimischen Industrie gar nicht in Frage kommt, sind mit hohen Einfuhrzöllen belastet. Ein Beispiel ist die Textilindustrie, soweit es sich um die Herstellung feinerer Tuche, Garne usw. handelt. Ebenso sind die Zölle auf Papiererzeugnisse, Pappen, Kartonnagen, Dynamomaschinen, gegerbtes Leder, Schokolade usw. ganz außerordentlich hoch, obwohl Rumänien bei diesen Erzeugnissen auf den Auslandbezug angewiesen ist. Auch die chemische Industrie Rumäniens wird durch den Zolltarif von 1924 übermäßig geschützt, obwohl dieser Industriezweig wenig leistungsfähig ist und Rumänien in komplizierteren chemischen und pharmazeutischen Produkten

[32] Voina (Klausenburg) vom 12. Juli 1921.
[33] Bericht aus den Neuen Staaten, Nr. 31 vom 1. August 1924.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

immer vom Auslande, insbesondere Deutschland abhängig sein wird. Die Einfuhrzollpolitik Rumäniens befindet sich gegenwärtig noch im Fluß. Eine neue Zollgesetzgebung ist teils durchgeführt, teils in Vorbereitung. Durch den vom 26. März 1926 datierten und seit dem 1. April dieses Jahres in Kraft gesetzten Zolltarif sind vorläufig nur die Eisen-, Maschinen- und Textilzölle geregelt worden. Es ist zu erwarten, daß die anderen Waren in absehbarer Zeit in ähnlicher Weise gleichfalls umtarifiert werden. Die Tendenz des letzten Zolltarifs ist die eines noch ausgeprägteren, noch krasseren Protektionismus. Gegenüber dem letzten Tarif sind von den Textilwaren viele um 300 %, unter den Metallwaren etliche sogar um 1000 % erhöht worden. Kein Wunder, daß die Kaufleute und die Konsumentenkreise sich aufs schärfste gegen eine derartige Verteuerung zum Teil lebenswichtiger Erzeugnisse wenden. Ob eine eventuelle politische Krise, ein eventuelles Zusammenbrechen der liberalen Regierung auch wirtschaftliche Folgen haben würde, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Obwohl man die Schwierigkeiten der rumänischen Einfuhrzollpolitik nicht übersehen darf, die eben darin liegen, daß durch die Erwerbung industriealisierter Gebiete in Siebenbürgen eine schutzbedürftige Industrie dem rumänischen Staat einverleibt wurde, soll man doch nicht verkennen, daß die übermäßige Zollbelastung der Einfuhrwaren auch vom rumänisch-nationalwirtschaftlichen Standpunkt nicht günstig ist. Man kann sich vielfach des Eindrucks nicht erwehren, als ob Gründe der Staatseinnahmen, nicht aber volkswirtschaftliche Gründe bei der Einfuhrzollpolitik maßgebend sind.

V. Der Warenaustausch zwischen Rumänien und Deutschland.

Wir wollen zum Schluß unserer Ausführungen uns noch dem Warenaustausch speziell zwischen Deutschland und Rumänien zuwenden und die besonderen Schwierigkeiten des Wirtschaftsverkehrs zwischen diesen beiden Staaten befassen.

Die rumänische Ausfuhr nach Deutschland steht hinter dem Friedensstand noch zurück. 1913 entfielen von der Gesamtausfuhr Rumaniens auf Deutschland 7,8%, 1922 waren es 5,9%, 1923 wieder 7,3% der Gesamtausfuhr Rumäniens. Deutschland bezieht aus Rumänien zunächst eine Anzahl wichtiger Agrarprodukte. Die rumänische Eierausfuhr nach Deutschland betrug beispielsweise 1924 18 Mill. Stück. Damit ist im letzten Jahre Deutschland der größte Konsument für Eier aus Rumänien. Auch der Export von Ce-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

realien, insbesondere Futtermitteln, ist bedeutend, wenngleich er hinter dem Vorkriegsexport weit zurückbleibt. 1922 bezog Deutschland in 1000 93 t verschiedenen Getreides aus Rumänien, 1923 wieder 156 t, 1924 infolge der schlechten Getreideernte in Rumänien allerdings nur 6 t. Auch der Gemüsebezug Deutschlands aus Rumänien ist nicht unwesentlich und stieg im letzten Jahre auf 1737 t. Dagegen ist der Weinexport Rumäniens nach Deutschland schwankend. Ein festes Absatzgebiet ist Deutschland für rumänische Weine jedenfalls noch nicht. Lebende Tiere wurden gleichfalls nur in beschränktem Maße nach Deutschland ausgeführt. Unter den Holzabnehmern Rumäniens Deutschland ebenfalls beinahe an letzter Stelle, während es beim Bezug von Petroleum und Petrolderivaten immerhin eine bedeutungsvolle Stellung einnimmt. 1922 wurden 32 844 t Erdöl und Erdölprodukte aus Rumänien nach Deutschland ausgeführt, 1924 9157 t. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß Deutschland als Abnehmerstaat für rumänische Agrarprodukte und Industrierohstoffe z. Zt. noch eine recht geringe Rolle spielt, obwohl gerade in Deutschland der Bedarf an Gütern, wie sie Rumänien hervorbringt, groß ist. Besonders kann das vom rumänischen Holz gesagt werden, aber auch der Vieheexport, die Ausfuhr tierischer Nebenprodukte und die von Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Garten- und baues könnte wesentlich gehoben werden.

Bei der Einfuhr deutscher Waren nach Rumänien sind Besonderheiten festzustellen, die in den Auswirkungen des Weltkrieges und den Folgen des Versailler Vertrags zu suchen sind. In der Hauptsache kommt Rumänien als Absatzgebiet für Deutschland bei folgenden Erzeugnissen in Frage:

1. Eisen und Eisenerzeugnisse. Welche Bedeutung bei diesen Produkten Deutschland für den rumänischen Import hat, geht daraus hervor, daß die Einfuhr im Jahre 1922 529000 Doppelzentner betrug, 1,4 Millionen vor dem Kriege. Auch hier ist zwar die Einfuhr bedeutend zurückgegangen, doch hat sie sich in den letzten Jahren bedeutend stärker gehoben, als es bei anderen Warengruppen der Fall ist. Auch die Anstrengungen anderer Staaten, hier Deutschland zuvorzukommen, haben einen nennenswerten Erfolg nicht gehabt. So ist Polen bisher an dem Unternehmen gescheitert, in bedeutendem Maße Erzeugnisse seiner polnisch-oberschlesischen Eisenindustrie nach Rumänien abzusetzen. Die Preisverhältnisse Polens haben hier den Ausschlag gegeben.

2. Die Maschinenindustrie. Hier veröffentlicht die deutsche Reichsstatistik interessante Daten, aus denen hervorgeht, daß im Jahre 1922 390000 Doppelzentner Maschinen, elektrotechnische Erzeugisse und Fahrzeuge nach Rumänien ausgeführt wurden, 1913 nur 242000. Es geht hieraus hervor, daß der Export von Maschinen aller Art in den letzten Jahren einen geradezu verblüffenden Aufschwung genommen hat und daß Rumänien heute bedeutend mehr von diesen Erzeugnissen aufnimmt, als es vor dem Kriege der Fall war. Auf Grund der Warennachfragen rumänischer Zeitschriften und Zeitungen habe ich feststellen können, welche Arten von Maschinen es sind, die Rumänien in erster Reihe bevorzugt. Hier werden genannt: Motoren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

jeder Art, landwirtschaftliche Maschinen, Textilmaschinen, wie Strick- und Nähmaschinen, Sortiermaschinen, Reinigungsmaschinen, Maschinen für Holzbearbeitung, Präzisionsapparate, Taxameter usw.

3. Erzeugnisse der chemischen Industrie und Apothekerwaren, Farben und Farbstoffe. Auch bei diesen Erzeugnissen, deren Ausfuhr 1922 über 100000 Doppelzentner ausmachte, ist eine mehr als vierfache Steigerung in den letzten Jahren festzustellen. Der Export dieser Artikel steht heute auf dem Niveau der Vorkriegszeit. Besonders gesucht sind deutsche Anilinfarben und pharmazeutische Erzeugnisse. Auch werden neben Grundstoffen Luxuserzeugnisse in bedeutender Menge eingeführt. Allerdings bei weitem nicht in dem Maßstabe, als der Einfuhrbedarf Rumäniens es erfordern würde.

4. Daneben kommen noch eine ganze Anzahl anderer Erzeugnisse für den Export nach Rumänien in Frage, besonders Eisenbahnmaterial, Papierwaren, Pappen und Kartonagen, vor allem aber Luxuswaren, wie photographische Artikel, elektrische Taschenlampen, Beschläge jeder Art, Galanteriewaren, Knöpfe, Stickereien, Gummibänder, Spitzen, feinere Lederfabrikate, wie Chevreauleder, Segeltuchschuhe u. a. m.

5. Schließlich ist noch die Einfuhr von Textilien nach Rumänien ein viel versprechendes Gebiet. Auch hier ist für Rumänien typisch der starke Import besserer Waren. In den Warennachfragen werden neben Lein, Hanf und Baumwollgarn verschiedener Nummern besonders auf Kleiderstoffreste, Wirkwaren, Strumpfwaren, Cheviot, Krawatten usw. Kaufangebote gemacht. Es wird dabei immer hinzugefügt, daß nur Waren allerbester Ausführung begehrt werden.

Das Typische für den Export deutscher Erzeugnisse nach Rumänien können wir gerade im letzteren Moment sehen, der die Güte der Exportwaren verlangt. In Qualitätserzeugnissen könnte der deutsche Kaufmann heute nach Rumänien in großem Maßstabe absetzen, wenn nicht außer den handelspolitischen und Zollgründen, die wir bereits betrachteten, auch noch andere Momente einen starken Export verhindern würden. Ein wesentlicher Grund für die Beschränkung des deutschen Exports nach Rumänien ist die Unfreundlichkeit, mit der sich die rumänische Regierung speziell gegenüber Deutschland verhält. Man kann behaupten, daß die mißliche Wirtschaftslage des rumänischen Wirtschaftslebens zum großen Teil auf die gewollte Abhängigkeit Rumäniens von Frankreich zurückzuführen ist. Diese dokumentiert sich nicht nur in der übermäßigen Einfuhr volkswirtschaftlich schädlicher französischer Luxusartikel, sondern auch darin, daß man glaubt, den deutschen Wirtschaftsinteressen anders entgegentreten zu können als den Handelstreibenden anderer Staaten. Dadurch erhält das geschäftliche Gebaren in Rumänien einen anrüchigen Charakter. Deutlich kommt diese Politik in der Tatsache zum Ausdruck, daß Rumänien im Gegen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

satz zu seinem staatspolitisch klügeren Nachbarn, dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, bisher nicht auf den Artikel 18 Annex 2 des Versailler Vertrages verzichtet hat. Dieser Nichtverzicht hat Rumänien die Möglichkeit offen gelassen, im Falle es das für nötig erachtet, die deutschen Waren mit Beschlag zu belegen. Infolgedessen hielt sich der deutsche Kaufmann vom Rumäniengeschäft mit einer gewissen Vorsicht zurück. Wie recht er daran hat, ist aus dem letzten deutsch-rumänischen Konflikt zu ersehen, wo Rumänien nahe dran war, auf Grund des Artikels 18 Repressivmaßregeln gegenüber deutschem Eigentum in Rumänien zu ergreifen. Daß das vom rumänischen Standpunkt eine Zwecklosigkeit gewesen wäre, wird dadurch deutlich, daß der deutsche Exporteur es ja in der Hand hatte, seine Waren an einen Geschäftsfreund in Sofia oder Konstantinopel zu senden und sie von da als bulgarische oder türkische Erzeugnisse nach Rumänien einführen zu lassen. Für eine ganze Reihe deutscher Erzeugnisse besteht aber in Rumänien eine so starke Nachfrage — und die ausländische Konkurrenz ist nicht in der Lage, Deutschland zu ersetzen —, daß die projektierte Verdreifachung der Zölle auf deutsche Waren von der rumänischen Wirtschaft selbst hätte getragen werden müssen. Es sei hier nur an die Mannesmannröhren, die die rumänische Erdölindustrie in bedeutendem Maße benötigt, erinnert. Hier konnten die Mannesmannwerke ohne Sorge einer Zollerhöhung entgegensehen. Diese Gründe sind es wohl auch vorwiegend gewesen, die Rumänien damals davon abgehalten haben, seine Drohungen zu verwirklichen. Immerhin bleibt die Nichtaufhebung des Artikel 18 des Versailler Vertrages, wie überhaupt die de facto schlechtere Behandlung deutscher Importwaren in Rumänien ein wesentliches Hemmnis für den Ausbau der Handelsbeziehungen mit Deutschland. Ein anderer Faktor für die nicht genügende Entwicklung des rumänischen Imports ist die laxe kaufmännische Moral in Rumänien. So hüllte sich eine der größten Banken Rumäniens jahrelang bezüglich Begleichung eines größeren Wechsels zugunsten einer deutschen Firma in völliges Stillschweigen. Nicht aber allein rumänische Privatbanken und private Importeure sind es, die sich weigern, übernommene Waren vertragsgemäß zu bezahlen, ein Beispiel für die Unzuverlässigkeit Rumäniens ist der Streit zwischen der rumänischen Regierung und einer amerikanischen Großfirma[34].

[34] Bericht des Bukarester Korrespondenten an das Osteuropa-Institut in Breslau.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Im Jahre 1920 kam zwischen der The Baldwin Locomotiv Works in Philadelphia und der rumänischen Regierung ein Vertrag auf Lieferung von 60 Lokomoitven zu 65000 $, sowie von entsprechendem Eisenbahnmaterial im Gesamtwerte von 3 Mill. $ zustande. Es wurde vereinbart, daß die Zahlung durch monatlich fällige Schatzscheine, die jeweils in Paris zu domizilieren sind, im Verlaufe von fünf Jahren erfolgen soll. Die Gläubigerfirma erklärte sich auch einverstanden, bis zu einem gewissen Betrage Petroleumprodukte in Zahlung zu nehmen. Für das gelieferte und von der rumänischen Regierung anstandslos übernommene Eisenbahnmaterial wurden zunächst 581000 Dollar erlegt. Die Einlösung der Schatzscheine ging eine Zeitlang vonstatten. Plötzlich ließ sich der Finanzminister im Jahre 1922 durch ein spezielles Gesetz die Ermächtigung geben, diese Schatzscheine in langfristige Titres zu konvertieren, doch sah das Gesetz hierzu die ausdrückliche Einwilligung der Besitzer vor. Das Haus Baldwin forderte aber sein Recht und sofortige Bezahlung der fälligen Titres. Der rumänische Finanzminister weigerte sich und erklärte, der Staat habe keine anderen Zahlungsmittel als die konsolidierten Bons. Mit Mühe gelang es der Baldwinschen Fabrik, noch in drei Raten, insgesamt 898000 $ für seine Faktura zu retten, dann aber versagten alle Aufforderungen, sogar die diplomatischen Interventionen des Bukarester amerikanischen Gesandten. Bratianu war nicht zu erweichen und wollte der Gläubigerfirma an Zahlungs Statt neue Papierobligationen aufnötigen. Die Fabrik refüsierte und ging mit der gerichtlichen Liquidierung der Ansprüche vor.“ Es läßt sich leicht denken, mit welchen Schwierigkeiten die deutschen Exporteure in Rumänien zu kämpfen haben, wenn sogar einer angesehenen und großen amerikanischen Firma derartiges passieren kann. Überhaupt ist die starke Ausdehnung des Kreditgeschäfts in Rumänien ein Hemmnis für den Warenverkehr, besonders nach Deutschland, da die deutschen Kaufleute noch weniger als die anderer Länder in der Lage sind, langfristige Kredite zu gewähren. „Wenn der deutsche Textilwarenfabrikant, so schreibt eine namhafte Textilfachzeitschrift[35], seinen ausländischen Abnehmern heute kürzere Zahlungsfristen als früher üblich stellt, so ist das weder Willkür noch mangelndes Entgegenkommen, sondern er kann einfach nicht anders, weil er durch die eigenen Schwierigkeiten dazu gezwungen ist. Man weiß sehr wohl, daß auf diese Weise manches Geschäft der Konkurrenz des übrigen Auslandes zufällt, aber man vermag z. Zt. beim besten Willen nichts daran zu ändern.“

Trotzdem bemüht sich gerade die deutsche Exportindustrie in Rumänien vorzudringen und gibt ganz außerordentlich langfristige Kredite von 6, 9, sogar 12 Monaten[36]. Überhaupt registriert gerade das französische Handelsamt in Rumänien in seinen Berichten immer wieder

[35] Der Konfektionär, Berlin, Jhg. 1924.

[36] Konjunkturberichte, herausgegeben vom Osteuropa-Institut in Breslau, Nr. 17/18 vom 15. November 1925. S. 55.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das Entgegenkommen der deutschen Lieferanten und hebt hervor, daß die Franzosen bei weitem nicht die Anpassungsfähigkeit der deutschen Exporteure für das rumänische Geschäft haben; daher mache der deutsche Wettbewerb immer bedeutendere Fortschritte. Auch der Vizepräsident der Bukarester Handelskammer sprach kürzlich aus, daß die deutsche Produktion in Rumänien allmählich wieder die Oberhand gewinnt und nur England dieser Konkurrenz erfolgreich entgegentreten könne.

So dürfen wir unsere Ausführungen, die gerade bestrebt waren, auch die Schattenseiten des rumänischen Außenhandels und der Außenhandels- und Zollpolitik hervorzuheben und sachlich kritisch zu beleuchten, mit einem optimistischen Ausblick für die Entwicklung des deutsch-rumänischen Warenverkehrs schließen. Dieser Optimismus wird allerdings erst dann gerechtfertigt sein, wenn die mannigfachen Schwierigkeiten, unter denen der rumänische Außenhandel in den vergangenen sieben Jahren litt und zum Teil gegenwärtig noch leidet, behoben sein werden. Dann wird, besonders auch nach Deutschland, die rumänische Rohstoffausfuhr ihre augenblicklichen Hemmungen überwinden, und andererseits Rumänien als Absatzgebiet für deutsche Exportindustrie größtes Interesse beanspruchen. Dabei handelt es sich um die Deckung eines Massenbedarfs, und auf diesem Gebiete ist die Konkurrenz der einheimischen Industrie vielfach nicht zu fürchten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57503-9 | Generated on 2025-11-02 05:36:22
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/